

Zwischen Emanzipationsvision und Gesellschaftskritik : (Re)Konstruktionen der Geschlechterordnung in Frauenforschung - Frauenbewegung - Frauenpolitik

Hornung, Ursula; Gümen, Sedef; Weilandt, Sabine (Hrsg.)

2001

<https://doi.org/10.25595/4416>

Veröffentlichungsversion / published version
Buch / book

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

. Hornung, Ursula; Gümen, Sedef; Weilandt, Sabine (Hrsg.): *Zwischen Emanzipationsvision und Gesellschaftskritik : (Re)Konstruktionen der Geschlechterordnung in Frauenforschung - Frauenbewegung - Frauenpolitik*. Münster: Westfälisches Dampfboot, 2001. DOI: <https://doi.org/10.25595/4416>.

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY 4.0 Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu dieser Lizenz finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

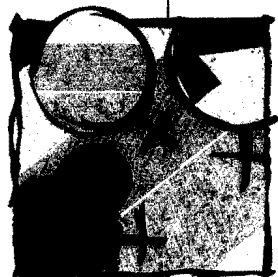
This document is made available under a CC BY 4.0 License (Attribution). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.en>

Ursula Hornung
Sedef Gümen
Sabine Weilandt (Hrsg.)

Zwischen Emanzipationsvision und Gesellschaftskritik

(Re)Konstruktionen
der Geschlechterordnung



HUMBOLDT-UNIVERSITÄT ZU BERLIN
Kultur-, Sozial- und
Bildungswissenschaftliche Fakultät
Zentrum für transdisziplinäre Geschlechterstudien
Sitz: Georgenstr. 47
10099 Berlin

Hornung/Gümen/Weilandt (Hrsg.)
Zwischen Emanzipationsvision und Gesellschaftskritik



0 000000 305785

Zwischen
Emanzipationsvision
B/0 Ho

57 17/02

FORUM FRAUENFORSCHUNG

Schriftenreihe der Sektion Frauenforschung
in der Deutschen Gesellschaft für Soziologie

Band 14

Ursula Hornung, geb. 1958, studierte Soziologie, Politik und Philosophie in Frankfurt am Main, danach wissenschaftliche Mitarbeit am Institut für Sozialforschung in Frankfurt sowie der Universität Dortmund, heute Dozentin bei der Handwerkskammer Rhein-Main, daneben Lehrbeauftragte an der FH Fulda.

Sedef Gümen, geb. 1954, Soziologin, B.A. und M.A. in New York City (1980), Promotion an der FU Berlin (1987), freie Wissenschaftlerin und Lehrbeauftragte, Forschungsschwerpunkte: Frauen-, Migrations- und Ungleichheitsforschung.

Sabine Weilandt, geb. 1954, Soziologin/Ethnologin, M.A., aktuell im Change Management in der Industrie in Süddeutschland und USA, Arbeitsschwerpunkte: Frauen, Arbeit, Bildung, Organisation, betriebliches Change Management.

Ursula Hornung/Sedef Gümen/
Sabine Weilandt (Hrsg.)

**Zwischen Emanzipationsvision
und Gesellschaftskritik:
(Re)Konstruktionen der Geschlechterordnung in
Frauenforschung – Frauenbewegung – Frauenpolitik**

WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT

Die Deutsche Bibliothek - CIP-Einheitsaufnahme

Zwischen Emanzipationsvision und Gesellschaftskritik: (Re)Konstruktionen
der Geschlechterordnung in Frauenforschung - Frauenbewegung -
Frauenpolitik / hrsg. von Ursula Hornung, Sedef Gümen und Sabine
Weilandt. - Münster : Westfälisches Dampfboot, 2001
(Forum Frauenforschung ; 14)
ISBN 3-89691-214-3



Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative Commons Attribution 4.0 Lizenz (BY). Diese Lizenz erlaubt unter Voraussetzung der Namensnennung des Urhebers die Bearbeitung, Vervielfältigung und Verbreitung des Materials in jedem Format oder Medium für beliebige Zwecke, auch kommerziell. (<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>) Die Bedingungen der Creative-Commons-Lizenz gelten nur für Originalmaterial. Die Wiederverwendung von Material aus anderen Quellen (gekennzeichnet mit Quellenangabe) wie z.B. Schaubilder, Abbildungen, Fotos und Textauszüge erfordert ggf. weitere Nutzungsgenehmigungen durch den jeweiligen Rechteinhaber.

1. Auflage Münster 2001

© 2001 Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster

Alle Rechte vorbehalten

Umschlag: Lütke · Fahle · Seifert, Münster

Druck: Fuldaer Verlagsagentur

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier.

ISBN 3-89691-214-3

Inhalt

Begleitwort	7
Einleitung	10
Danksagung	19
<i>Ute Gerhard</i>	
Frauenbewegung – Frauenforschung – Frauenpolitik Innovation und Selbstreflexion	21

I. Feministische Wissenschaftspraxis zwischen Subversion und Normalisierung

<i>Barbara Holland-Cunz</i>	
Zwanzig Jahre wissenschaftliche Revolution?	
Über Normalisierungen und Zukunftswege der feministischen Forschung	42
Auf dem Weg zur normalisierten Wissenschaft? Über das Schicksal subversiver Ansprüche in der Frauen- und Geschlechterforschung – Statements der Podiumsdebatte –	58
<i>Sabine Hark</i>	
Normalisierte Wissenschaft? Zum herrschaftskritischen Potential von Frauen- und Geschlechterforschung	58
<i>Carol Hagemann-White</i>	
Was bedeutet „Geschlecht“ in der Frauenforschung? Ein Blick zurück und ein Entwurf für heute	63
<i>Mechthild Bereswill</i>	
Kritische Wissenschaft als selbstreflexiver Prozeß	73
<i>Gudrun-Axeli Knapp</i>	
Kein Abschied von Geschlecht. Thesen zur Grundlagendiskussion in der Frauen- und Geschlechterforschung	78
<i>Hildegard Maria Nickel</i>	
Vom Umgang mit Differenzen	87
<i>Lerke Gravenhorst</i>	
Subversiver Anspruch und Normalisierungsrealität: Über Ziele, Wege und Perspektiven der Frauen- und Geschlechterforschung	96

II. Thematisierungen und ihre Veränderungen

Ursula Hornung

Soziale Gerechtigkeit und Gleichheit – ein Anachronismus?

Zur Renaissance einer Debatte

104

Encarnación Gutiérrez Rodríguez

Vergesellschaftung revisited?! Das konkave Glas der Konstitution

und Konstruktion. Strategien der Dekonstruktion und

postkoloniale Kritik im institutionellen Feminismus

135

Cornelia Ott

Heterosexualität und Gewalt

152

Ilse Modelmog/Edit Kirsch-Auwärter

Abschied von „weiblicher Kultur“?

Im Spannungsverhältnis von Theorien, Visionen, Politiken

171

III. Spannungsverhältnisse: Wissenschaft und Politik in Bewegung

Ilse Lenz

Bewegungen und Veränderungen. Frauenforschung und

Neue Frauenbewegungen in Deutschland

188

Ulrike Hänsch

Feministische Verstrickungen und Perspektiven.

Das Beispiel Frauenprojekte

220

Elvira Niesner

Frauenhandel zwischen Tabuisierung, Dramatisierung und

Instrumentalisierung – Herausforderungen für die feministische

Forschung und Praxis durch ein internationales und

tagespolitisch aktuelles Problem

239

Anhang

Sabine Weilandt

Chronik der 'Sektion Frauenforschung in den

Sozialwissenschaften' in der DGS

267

Autorinnen- und Herausgeberinnenangaben

281

Begleitwort

20 Jahre besteht die Sektion Frauenforschung in den Sozialwissenschaften der Deutschen Gesellschaft für Soziologie nun schon – ein Beweis für eine wirklich nachhaltige Etablierung der Frauenforschung in Deutschland!? Ich setze dieses Fragezeichen bewusst, denn wenn sich auch Frauenforschung über 20 Jahre lang erhalten konnte, so ist sie doch noch lange nicht flächendeckend so institutionalisiert und abgesichert, dass wir uns beruhigt zurücklehnen und auf die nächsten Jubiläen freuen könnten.

Doch zunächst besteht Anlass zur Freude. Wer hätte Mitte der siebziger Jahre gedacht, dass dieses zarte Pflänzchen, das zusammen mit der Frauenbewegung in Deutschland entstand und Frauen als Subjekt *und* als Gegenstand der Forschung meinte, sich weiterentwickeln und viele Blüten hervorbringen würde? Sicher ist jedenfalls, dass die Frauenforschung die bis dahin übliche Forschung sehr stark beeinflusst hat, inhaltlich wie methodisch, ganz besonders im sozialwissenschaftlichen Bereich. Und der Interdependenzen gibt es mehrere: Frauenbewegung und Frauenforschung haben sich gegenseitig „befruchtet“, und beide zusammen haben Politik verändert – sie haben zunächst die Inhalte der Frauenpolitik bestimmt, dann zunehmend auch die anderen Politikbereiche beeinflusst.

Das ist vielleicht einer der größten Erfolge: dass Frauenforschung auch andere Wissenschaftsdisziplinen erreichen konnte und dass frauenpolitische Themenstellungen nicht mehr nur in der „Frauenecke“ bearbeitet werden, sondern – ganz im Sinne von gender mainstreaming – auch zunehmend in den klassischen „harten“ Politikbereichen mitbedacht werden.

Lange genug hat die Frauenforschung ein Nischendasein gefristet, nicht immer auch ganz ungewollt. Ihre oftmals belächelten Grundsätze der Betroffenheit und Subjektivität, der Parteilichkeit und des Praxisbezugs haben die bis dahin üblichen Diskurse aufgebrochen und einen neuen Blick vermittelt. Ihr interdisziplinärer und intermethodologischer Ansatz war damals noch revolutionär, heute ist es gelebtes Wissen, dass die komplexen Probleme unserer Gesellschaft nur so angegangen werden können.

Dieser neue Blick war nötig, und das, was sichtbar wurde, hat die Inhalte der Frauenpolitik maßgeblich bestimmt. Was wäre die Frauenpolitik ohne die Frauenforschung gewesen? Beide waren aufeinander angewiesen: Die Frauenforschung brauchte die Unterstützung der Frauenpolitik, um Fuß fassen zu können, und die Frauenpolitik brauchte die Ergebnisse der Frauenforschung, um mit ihnen ihre politischen Forderungen begründen und untermauern zu können.

Ich denke nur an die Diskussionen um das Scheidungsfolgenrecht, die Anerkennung von Kindererziehungszeiten in der Rentenversicherung, die Gleichstellungsgesetze, die Strafbarkeit der ehelichen Vergewaltigung, um den strafprozessualen Opferschutz, um die Verantwortung des Rechtsstaats für die Betroffenen von häuslicher Gewalt, um Einzelfragen der Gesundheitspolitik und Ethik: Sie hätten ohne den Input der Frauenforschung entweder gar nicht oder in anderer Form stattgefunden.

Es hat lange gedauert, bis Wissenschaft und Politik ihre Verantwortung für die „Frauenthemen“ sehen konnten, und wir stehen erst am Anfang dieser neuen Entwicklung. Gender mainstreaming, als neuer Grundsatz in die Politik der Bundesregierung eingeführt, beinhaltet für die Frauen- bzw. Geschlechterforschung Chancen wie auch Risiken:

Die Chance, zunehmend von der Politik nachgefragt zu werden, weil alle Politikbereiche darlegen müssen, wie sich ihre Maßnahmen auf Frauen und Männer auswirken. Eine erhöhte Nachfrage wird sich auch zur Identifizierung von geschlechtsspezifischen Fragestellungen ergeben, denn schließlich erschöpft sich gender mainstreaming nicht darin, Daten geschlechtsspezifisch zu erheben und auszuwerten. Interessant ist dabei, dass alle wissenschaftlichen Disziplinen von diesen Fragestellungen betroffen sein werden, dass die höchste Kompetenz und Sensibilität für die Geschlechtsspezifik generell aber in den Sozialwissenschaften vorhanden sind.

Das Risiko aber auch, von diesem Mainstream aufgesogen, instrumentalisiert und in bestimmte Bahnen gelenkt zu werden. Wieweit kann Geschlechterforschung die Ziele von Auftragsforschung mitbestimmen? Bleibt Raum für Fragestellungen, die nicht unmittelbar von politischen Erfordernissen diktiert werden? Wie verträgt sich ein systemkritischer Ansatz mit Forschungen für das System? Auch wird Konkurrenz zu befürchten sein, wenn die wissenschaftlichen Einrichtungen das neue Feld für sich entdecken und in bewährter Manier besetzen (wollen).

Dies sind keine wirklich neuen Fragestellungen. Nicht umsonst zieht sich diese Problematik durch die verschiedenen Kapitel dieses Jubiläumsbandes. Sowohl die Frauenprojekte als auch die institutionalisierte Frauenpolitik müssen sich ständig in diesem Spannungsverhältnis behaupten. Doch können diese Fragen eine neue Dynamik erfahren, wenn sich gender mainstreaming als politisches Prinzip durchsetzt.

Es gibt also viel Bewegung, sowohl in der Wissenschaft als auch in der Politik. Es sind wichtige Prozesse in Gang gekommen, und dies ist ein eindeutiger Erfolg sowohl von Frauenforschung als auch von Frauenpolitik. Jetzt gilt es, diese Prozesse weiter mit zu gestalten und darauf zu achten, dass sie in die richtige Richtung weitergehen und sich nicht verselbstständigen.

Diese Aufgabe ist mindestens so herausfordernd wie die, den Prozess überhaupt in Gang zu bringen – und sie wird uns noch lange beschäftigen.

In diesem Sinne bin ich gespannt auf die nächsten 20 Jahre!

Dr. Christine Bergmann

Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Einleitung

Ziel, Konzept und Ansatz des Buches

Ziel des Buches ist es, zurückzuschauen und vorwärts zu denken – und das entlang des Spannungsverhältnisses, in dem Frauenforschung – Frauenbewegung – Frauenpolitik in den drei Jahrzehnten ihres Bestehens gestanden haben. Diese drei Bereiche sind die zentralen, gleichwohl flexiblen Standbeine, auf denen die theoretischen Reflexionen und das aktive Handeln von feministisch orientierten Frauen in der deutschsprachigen Wissenschaft, Gesellschaft und Politik stattgefunden haben und stattfinden.

Nach drei aktiven Jahrzehnten war es an der Zeit für eine kritische Bestandsaufnahme von Emanzipationsvisionen und Gesellschaftskritik. In diesen richteten sich die feministischen Perspektiven und Aktivitäten immer auf den grundlegenden sozialen Wandel der vorherrschenden, hierarchisch strukturierten Geschlechterordnung. Heute lassen sich – trotz stetem Spannungsverhältnis zwischen Kontinuität und Umbruch – in allen drei Bereichen weitreichende Erfolge verzeichnen. Die (Emanzipations-)Gewinne sind deutlich spürbar. In allen Bereichen der Gesellschaft hat eine breite Geschlechtersensibilisierung stattgefunden mit der Folge einer Normalisierung der Frauenforschung, der Institutionalisierung von Frauenbewegungen und der Umsetzung von Forderungen der Frauenpolitik.

Und dennoch: In keinem der drei Bereiche hat es so viel Veränderung gegeben, dass sich heute auf eine geschlechterspezifische Gesellschaftskritik verzichten ließe. Das zeigt der kritische Blick der Autorinnen im vorliegenden Band. Trotz aller Erfolge der Frauenforschung, Frauenbewegung und Frauenpolitik – oder jedenfalls parallel dazu – treten stark spürbare Backlash-Phänomene in den Vordergrund (vgl. 59. Rundbrief der Sektion, 1999, S. 6ff.).

In der *Frauenforschung* und feministischen Wissenschaftspolitik wurden Gender-Studies-Programme etabliert. Aber die Geschlechterfrage selbst wird immer noch weitgehend aus der Mainstream-Wissenschaft herausgehalten, indem sie zum Spezialfach erklärt wird, für das Frauen zuständig bleiben. Dies geschieht, obwohl die Existenz von Genderfragen und -programmen permanent an die Marginalisierung von Geschlechterfragen und von Wissenschaftlerinnen erinnern. Und obwohl Frauen- und Geschlechterforschung seit den achtziger Jahren eine vorher ungeahnte Institutionalisierung erfahren hat (mit einem deutlichen West-Ost- und Nord-Süd-Gefälle), werden die neu geschaffenen Stellen angesichts knapper Mittel schon wieder in Frage gestellt.

Auch die *Frauenbewegung* hat trotz einer weiten – wenn auch oft ungesicherten – Etablierung von (Teil-)Öffentlichkeiten und -Netzwerken keine grundle-

gende Veränderung gesellschaftlicher Institutionen erreicht. Ihre Diversifizierung und Partikularisierung ist Vorteil und Nachteil zugleich: Sie bietet sehr verschiedenen Frauen und Interessen eine Plattform, bleibt aber häufig auch auf diese verwiesen (z.B. hat das Netzwerk der Frauenbeauftragten mit dem der Migrantinnen oder dem der Frauenhäuser nur mittelbar zu tun). In einem gesellschaftlich konservativen Umfeld können so Zusammenhänge scheinbar unzusammenhängender Problembereiche weiterhin getrennt und Lösungsansätze isoliert werden. Das erleichtert es, Frauenbewegung für irrelevant oder für nicht existent zu erklären, sie auf jeden Fall unsichtbar zu machen.

In der *Frauenpolitik* liegen die Erfolge insbesondere in der (Teil-)Institutionalisierung und in der Änderung formeller Normierungen, die Frauen zum Nachteil gereichen. Frauenpolitik hat einerseits Konzepte von Frauenbewegungen aufgenommen. Andererseits wird sie zum Streifeld von Männern und Frauen in verschiedenen Positionen und mit unterschiedlichen (feministischen) Interessen. Die Transformation frauenpolitischer Perspektiven und Ziele in die allgemeine politische Agenda ist bislang uneingelöstes Programm.

Diese Historie aufzugreifen – ohne historisierend zu sein, sie im Licht der Entwicklung (selbst-)kritisch zu beleuchten, blinde Flecken aufzuspüren, Erfolge zu benennen, Einflüsse zwischen Feminismus und Mainstream – inzwischen auch einem feministischen Mainstream – zu ermitteln sowie einen Ausblick auf die Zukunft zu wagen, war das ehrgeizige Ziel, das sich die *Sektion Frauenforschung in den Sozialwissenschaften in der Deutschen Gesellschaft für Soziologie* mit diesem Buch zu ihrem 20-jährigen Bestehen (1999) gesetzt hat.

So hat die Entstehung dieses Bandes einen erfreulichen Anlass. Auf der Jubiläumsveranstaltung, vom 2. bis 4. Juli 1999 in Gelnhausen, war per Kopf und Körper für das allgemeine Wohlbefinden gesorgt: mit zahlreichen Beiträgen und Diskussionsrunden, mit einem spannenden Kulturprogramm, dem Fest *Performing Gender*, einem Kabarett von Hilde Wackerhagen (Frankfurt am Main) sowie mit einer Disco mit DJ Ute Bechdorf (Tübingen). Nicht alles lässt sich in diesem Band repräsentieren. Neben Fotos von der Tagung gibt es – ganz klassisch – das, was die Köpfe und Gedanken bewegt (hat).

Die Leitfragen der Tagung (vgl. 59. Rundbrief der Sektion, 1999, S 6ff.) haben Anstoß gegeben auch für die Beiträge dieses Bandes:

Wie verlief/verläuft die Entwicklung von Diskursen in Frauenforschung und Frauenbewegungen? Welche Themenkonjunkturen treten in welchen Kontexten wie auf? Welche Themen sind unsichtbar oder ausgegrenzt?

Inwiefern sind in diesen Themen und Thematisierungen Weiterentwicklungen oder kumulative Lernprozesse festzustellen? Inwiefern ist die Frauenforschung gekennzeichnet von Selbstreflexivität, d.h. einer kritischen Auseinan-

dersetzung mit ihren eigenen Entwicklungen und (positiven oder problematischen) Ergebnissen? Wo liegen die Grenzen?

Inwiefern verändert sich in den Thematisierungen das Verhältnis zwischen Frauenbewegung und Frauenpolitik? Werden die Veränderungen dort beobachtet oder reflektiert? Werden neue Modelle dieses komplexen Verhältnisses angedacht?

Wie reagiert die Frauenforschung auf die Internationalisierungen von feministischen Theorien, Netzwerken und Praxisbereichen?

Wo gibt es Schnittstellen/einseitige oder gegenseitige Beeinflussungen zum Mainstream?

Wo liegen jeweils die Stärken und Schwächen, die Chancen und Risiken der in der Frauenforschung vertretenen Konzepte, Positionen etc.?

Wo gibt es implizite Ausschlüsse und Grenzziehungen?

Wo liegen die eigenen blinden Flecken?

Wie und in welche Richtung sollte es denn weitergehen?

Angesichts des breiten Spektrums an Themen und Fragestellungen ging es uns Herausgeberinnen für den vorliegenden Band darum, die Verschränkung von Forschung, Bewegung und Politik in ausgewählten Themenbereichen aufzuzeigen. Damit ist der Band entlang dieser drei Standbeine konzipiert, wobei es weniger um deren analytische Trennung als um das Ineinandergreifen und um Syntheseleistungen geht.

Die Autorinnen haben ihre Beiträge so angelegt, dass sie – entlang einer historischen Perspektive – eine differenzierte Darstellung der Entwicklungen und Konjunkturen vornehmen. Dazu gehört der Blick auf blinde Flecken ebenso wie die Frage nach dem Verschwinden von Themen, die einmal wichtig waren, aber heute irrelevant oder unbeachtet sind. Alle Aufsätze im Band teilen miteinander – trotz aller Unterschiede – die kritische Einordnung der Themen und Thematisierungen in den jeweiligen historischen Kontext sowie die Darstellung des Stellenwertes für die Frauenforschung. Sie geben – folgernd aus dem was war – einen Ausblick auf das, was werden könnte, sollte oder vielleicht sein wird. Dabei laden die Positionen – in bewährter Tradition – zum Diskutieren, Streiten und Weiterdenken ein.

Zu den Beiträgen

In ihrer Festrede zur Jubiläumstagung, die den Einstieg in dieses Buch bildet, bietet *Ute Gerhard* eine persönliche Einschätzung des gegenwärtigen Standes der Frauenbewegung sowie des Verhältnisses von Frauenbewegung, Frauen- und Geschlechterforschung und Frauenpolitik. In historischer Perspektive werden

deren Spannweite, Verwicklungen und Ineinandergreifen als Innovation und Selbstreflexion ausgelotet. Die Autorin geht davon aus, dass das Handeln als Soziologinnen in Lehre und Forschung an den Universitäten und in der Gesellschaft als „politisch“ zu kennzeichnen ist, und das nicht zuletzt im Blick auf die Bedeutung und Kritik der Geschlechterverhältnisse.

Das *erste Kapitel* des Buches behandelt die Frage nach der feministischen Wissenschaftspraxis zwischen ihrer subversiven Tradition und der mittlerweile stattgefundenen (wie auch immer ungesicherten) Normalisierung in der Institution Wissenschaft. Der Beitrag von *Barbara Holland-Cunz* führt zum Kern der Debatte darüber, inwiefern diese Normalisierungen mit der alten Frage nach Paradigmenwechseln, die mit der Entwicklung und institutionellen Etablierung von Frauenforschung intendiert waren, noch zusammengehen. Ist diese Frage mittlerweile überflüssig geworden, weil Frauenforschung heute Normalwissenschaft ist, oder hat sie – trotz aller Institutionalisierung und Routinisierung – doch noch subversive Potenziale? Die möglichen Zukunftswege, die die Autorin aufzeigt, sind herausfordernd und provozierend zugleich.

Es folgen Beiträge einer Podiumsdiskussion zum Thema „Normalisierung und Subversion“, die auf der Jubiläumstagung stattfand. Die Statements von *Sabine Hark*, *Carol Hagemann-White*, *Mechthild Bereswill*, *Gudrun-Axeli Knapp* und *Hildegard Maria Nickel* wurden auf der Tagung von *Ina Dietzsch* und *Birgit Geissler* moderiert und mit den zentralen Fragen eingeleitet, auf die sie sich auch in den vorliegenden, überarbeiteten Fassungen richten. In ihrem Zentrum steht die Frage, ob sich die feministische Wissenschaft auf dem Wege zur normalisierten Wissenschaft befindet und wie sie sich zu ihren einst subversiven Ansprüchen verhält. Gerade die Sektion Frauenforschung hat seit ihren Anfängen 1979 subversive Ansprüche reklamiert, diese dem Politischen gleichgestellt und sich mit ihren Aktivitäten für eine Institutionalisierung der Frauenforschung – auch in der Deutschen Gesellschaft für Soziologie – eingesetzt. Nach zwanzig Jahren wird nun gefragt, was ‘subversiv’ und ‘politisch’ einmal bedeutete und inwieweit dies – angesichts deutlicher Normalisierungsprozesse – überhaupt noch möglich ist.

Für diesen Teil des Buches konnten wir zudem *Gerke Gravenhorst* gewinnen, die Einblicke aus der Perspektive einer Mit-Gründerin der Sektion vor über 20 Jahren eröffnet. Mit Rückblick auf die Entstehung von Frauenforschung und bezogen auf die heutige Thematisierung von Geschlecht, geht sie nicht zuletzt der Frage nach, welchen Anforderungen wir heute – als Sektionsmitglieder und feministische Soziologinnen – gegenüberstehen.

Einige Stichworte dieser Debatte, die der Sektionsrat diskutiert hat und die *Ina Dietzsch* bei ihrer Einführung in die Podiumsdiskussion präsentiert hat, sollen hier das Interesse der LeserInnen wecken:

die Ambivalenz, mit der wir als Soziologinnen die Zuschreibung „Frauenforscherin“ von außen annehmen; der notwendige, parteiliche Standpunkt als „Frau“, der sich manchmal als einziger Zugang zu Ressourcen stellt – und der sich mit dem Zustand der Zuschreibung und Etikettierung als „Frau aus dem Osten“ vergleichen lässt.

Weitere Diskussionspunkte sind die Definitionen und die Thematisierungen der Kategorie Geschlecht, welche nicht mehr übergreifend als omnipräsente Kategorie verstanden werden kann, um soziale Ungleichheit zu erfassen. Diese Relativierung der Kategorie Geschlecht ist eine Neuorientierung, die vor dem Hintergrund der Diskussionen der letzten Jahre über das Zusammenführen von Klasse, Ethnie und Geschlecht festzustellen ist. Für das Selbstverständnis der Frauen- und Geschlechterforschung hat dieses weitreichende Konsequenzen und zu einer Umorientierung über den Grundkonsens von Frauenforschung geführt.

Daraus leitete Ina Dietzsch auf der Podiumsdiskussion die Frage ab, ob Frauenforschung einen Mythos über einen ‘Grundkonsens’ konstruiert: Was bedeutet Subversivität aus dem Blickwinkel von unterschiedlichen theoretischen Positionen, politischen Interessen und persönlicher Betroffenheit? Wie gehen wir mit den Differenzen unter Frauenforscherinnen um? Welche Positionen ergeben sich bzgl. der Generationen und der unterschiedlichen beruflichen Etablierungen innerhalb der Frauenforschung? Im Fazit stellt sich die Frage nach der Bedeutung der Kategorie Geschlecht für die Produktion von Wissen, für die Integration von Institutionen und Subkulturen und nicht zuletzt für die Konstituierung der eigenen kritischen Wissenschaftspraxis und -politik.

Das *zweite Kapitel* des Buches stellt eine Auswahl an Themen und Thematisierungen vor, die in der sozialwissenschaftlichen Frauen- und Geschlechterforschung breiten Raum gefunden haben. Die Autorinnen zeigen Entwicklungen, Kontroversen und Perspektiven in der gegebenen Diskussionskonstellation auf und nehmen eine Einordnung und Positionierung aus eigener Sicht vor.

Ursula Hornung geht auf die Suche nach den zeitgemäßen Interpretationen sozialer Gerechtigkeit und stellt die provokative Frage, ob mit dem Aufkommen des mittlerweile unüberschaubaren Gerechtigkeitsdiskurses vom eigentlichen (klassischen) Gegenstand (gesellschafts-)kritischer Sozialwissenschaft – nämlich: vom Ideal der (materialen) Gleichheit vis-a-vis der Tatsache sozialer Ungleichheit – Abschied genommen wird. Sie problematisiert das Auseinander-treten der altbekannten Frage nach der Verteilungsgerechtigkeit und aktuellen Forderungen nach Gerechtigkeit, welche die Anerkennung der kulturellen Differenz in den Mittelpunkt stellen, indem sie einen kritischen Blick auf die post-

modernen und dekonstruktiven Entwicklungstrends der aktuellen feministischen Debatte über Gerechtigkeit – Gleichheit – Differenz wirft. Dabei werden unter Rekurs auf heutige Anforderungen der Frauenpolitik nicht nur die reflexiven Sackgassen der Debatte, sondern ebenso die möglichen Auswege im Hinblick auf eine Öffnung für normativ tragfähige, demokratietheoretisch reflektierte Blick- und Analyserichtungen skizziert. Das setzt nach Auffassung der Autorin eine gesellschaftstheoretische Kontextualisierung der Kategorie Geschlecht voraus, welche die Sozialität der Natur ebenso respektiert wie die Natürlichkeit des Sozialen.

Encarnación Gutiérrez Rodríguez liefert mit einem erweiterten Vergesellschaftungsbegriff, der nicht nur auf der gewohnten Ebene der Produktionslogik und des Geschlechterverhältnisses ansetzt, sondern das Moment der Diskursivierung in den Vordergrund rückt, einen Beitrag zu einer der brennendsten Fragen der letzten Jahre in der Frauen- und Geschlechterforschung: Was ist nun mit der Kategorie Geschlecht angesichts komplexer, mannigfaltiger, simultan verlaufender Herrschafts- und Machtverhältnisse? Mit Blick auf Ethnisierungs- und Rassisierungsprozesse als moderne Vergesellschaftungsformen, auf deren Grundlage Subjekte „angerufen“ werden, wird Geschlecht als eine geographisch und politisch situierte Strukturkategorie aufgefasst. Diese wiederum macht einen kritischen Begriff von Gesellschaft als Geflecht von antagonistischen und mannigfaltigen Bewegungen notwendig. Mit Blick auf die Strategien der Dekonstruktion und die postkoloniale Kritik im institutionellen Feminismus gelangt Gutiérrez Rodríguez an die zwei Ebenen des Subjektbildungsprozesses – an die der Konstitution und die der Konstruktion –, um darin das Moment der Differenz in der Kategorie Geschlecht deutlich zu machen. Ihre gesellschafts- und subjekttheoretische Analyse wird am Beispiel der Repräsentationspolitiken wie auch der Quotierung für Mitglieder aus sozio-politischen Minderheiten Gruppen lokalisiert und näher bestimmt.

Cornelia Ott bietet in ihrer Analyse von Heterosexualität und Gewalt einen integrativen Blick auf Theorie und Praxis sowie eine Blickverschiebung auf die vielfältigen (Ent-)Disziplinierungen, die in der gesellschaftlichen Organisation von Sexualität bestehen. Sie setzt sich mit den unterschiedlichen Zugängen und Verkürzungen zum Begriff „sexualisierte/sexuelle Gewalt“ und zum Thema Sexualität und Körper in der aktuellen Frauen- und Geschlechterforschung auseinander. Mit Rekurs auf die unterschiedlichen Konzeptionen von Macht, Herrschaft und Gewalt in der feministischen Theorie und Praxis, die ein – über das notwendige Maß der Differenzierung hinausgehendes – Verständigungshindernis bilden, stellt Ott die Frage: Wie lassen sich der Zusammenhang zwischen Macht, Gewalt und Sexualität reformulieren und gleichzeitig die dargestellten Verkür-

zungen überwinden? Mit Hilfe einer Foucaultschen Machtanalyse schlägt sie theoretische Modifizierungen vor, insofern sich diese mit weiterführenden (und: nicht nur mikrologischen!) Fragen nach Herrschaft und Gewalt vereinbaren lassen. Die These des Zusammenhanges von (Hetero-)Sexualität, Macht, Gewalt wird anhand illustrativer Beispiele im Rahmen der Herausbildung von geschlechtlichen/sexuellen Subjektivitäten und strukturell bedingten Herrschaftsverhältnissen diskutiert.

Ilse Modelmog und *Edit Kirsch-Auwärter* präsentieren mit „Abschied von weiblicher Kultur?“ einen Beitrag, der neben einer analytisch-argumentativen Richtung auch assoziativ und spielerisch ist, und bei dem dem Fragezeichen eine wichtige Bedeutung zukommt. Mit dem Sinnbild des kulturellen Körpers werden die Grenzen von Theorien in der feministischen Wissenschaft und der Umgang mit diesen Grenzen thematisiert. Es werden Fragen nach dem bisher Ausgegrenzten, Ausgeblendeten gestellt und unterschiedliche Zugänge zu Körper und Körperbewegungen im feministischen Diskurs ausgelotet. Die Autorinnen sprechen von der „Macht zu Theorien“ und den Möglichkeiten von Grenzüberschreitungen, die als eine der zentralen Kategorien im Kontext von Begrenzungen zu verstehen sind. Es geht dabei neben dem Aufzeigen der „blinden Flecken“ auch um die Infragestellung und Dekonstruktion der eigenen Prämissen in wissenschaftlichen Diskursen. Dieses wird mit dem zweiten zentralen Konzept der nicht festlegbaren, nicht linearen Zirkulationen als kulturelle Bewegungsprozesse verbunden – einem konzeptuellen Mittel, um gegen die Aporien des Kausalitätsdenkens und der Ent-Historisierung zu arbeiten. So werden im Aufsatz auch Ansätze vorgelegt, die die Grenzen zwischen Kultur und Natur überschreiten. Erst die Öffnung Feministischer Theorie ermöglicht, über die Grenzen von Zweigeschlechtlichkeit hinaus zu denken.

Das *dritte Kapitel* des Buches legt den Schwerpunkt auf die Verschränkungen, die zwischen Wissenschaft und Politik in Bewegung bestehen oder auch erst reflexiv hergestellt werden (sollten). An konkreten Praxisbeispielen von Frauenbewegung, Frauenprojekten und Frauenhandel zeigen die Autorinnen historische Entwicklungen und ordnen sie in den politischen und feministischen Kontext ein.

Sie zeigen Zusammenhänge, gegenseitige Beeinflussungen und Abgrenzungen zwischen Theorie und Praxis und werben nicht zuletzt für die (Erkenntnis- und Handlungs-)Gewinne, die sich ergeben, wenn eigene Grenzen bewusst überschritten werden.

Ilse Lenz geht in ihrer empirisch abgestützten Auseinandersetzung dem Verhältnis zwischen Frauenforschung und den Neuen Frauen- und anderen sozialen Bewegungen nach und fragt nach dem Zusammenhang mit dem kom-

plexen sozialen Wandel in der reflexiven Moderne. Mit ihrer Arbeitsdefinition der Neuen Frauenbewegungen nimmt sie Abschied von kanonisierenden Festlegungen und einem homogenen Geschlechterkollektiv „Frau“. Sie plädiert für die Wahrnehmung von sozialen, kulturellen und politischen Kontexten, von Differenzen im Geschlechterverhältnis sowie von individuellen Entwicklungen. Aus der Bewegungsforschung stellt sie neben einschlägigen Ansätzen auch neue Zugänge sowie feministische Konzepte dar. Für die Neuen Frauenbewegungen in Deutschland zeigt sie vier Phasen der Transformationen (1965 bis heute) und fragt nach deren Bedeutung für Modernisierung und Bewusstseinsveränderungen.

Ulrike Hänsch stellt in ihrem Beitrag die These auf, dass die feministische Politik des Widersprechens selbst von Widersprüchen durchzogen ist. Feminismus, als Gegenbewegung gegen dominante kulturelle und soziale Grenzen, baut eigene Grenzen und entwickelt eigene Dominanzen und greift auch – als Gegenbewegung – den „Mainstream-Feminismus“ als Macht an. Am Beispiel Frauenprojekte wird in der Rückschau auf die gegenkulturellen Wurzeln feministischer Bewegung die Spannung zwischen dem Privaten und Gesellschaftlichen, den individuellen und kollektiven Emanzipationsprozessen gezeigt. Historisch zeigt sich, dass in den euphorischen Anfangsjahren ein erotisches Verhältnis zu den Möglichkeiten der Veränderung bestand. In der heutigen Professionalisierung und Spezialisierung der Projekte wird diese Faszination vielfach vermisst und führt zu einer Verunsicherung feministischer Gewissheiten. Inwiefern die Frauen(-projekte) Irritationen erfahren, weil auch sie auf naturalisierte Geschlechterbinarität relativ unreflektiert rekurren, ist bislang wenig diskutiert worden. Angeregt wird, diese identitätskritischen Verunsicherungen zu thematisieren und eine Verbindung zwischen der Praxis der Frauenprojekte und den theoretischen Erkenntnissen der Frauen- und Geschlechterforschung herzustellen. Das hier zu Beginn der neunziger Jahre artikulierte Unbehagen an bisherigen Umgangsweisen mit der Kategorie Geschlecht bietet möglicherweise auch für die politische Arbeit von Frauenprojekten wertvolle Anregungen und könnte zudem die wechselseitige Theorie-Praxis-Bezogenheit konstruktiv und nutzbringend bereichern.

Elvira Niesner umreißt auf der Basis eines kurzen historischen Einblicks in die jüngsten Entwicklungen die gesellschaftspolitische Brisanz und Herausforderung des internationalen Frauenhandels, die sich heute in einem Spannungsfeld von Tabuisierung, Dramatisierung und Instrumentalisierung entfalten. Die Autorin zeigt die Ungereimtheiten, Ambivalenzen und Widersprüchlichkeiten auf, die in dieser politischen und wissenschaftlichen Arena das Handeln aller Beteiligten – seien es Aktivistinnen von NGOs, VertreterInnen staatlicher Orga-

ne oder Sozialwissenschaftlerinnen – kennzeichnen. Das schwer zu überschauende, komplexe Terrain des internationalen Frauenhandels wird jedoch nicht nur nach Barrieren und Widerständen sondiert, die einer politischen Lösung entgegenstehen, sondern ebenso nach Ansatzpunkten und weiterführenden Perspektiven – aus soziologisch-empirischem wie politisch-praktischem Blickwinkel. Normativ aufgeladene, hochideologische Auseinandersetzungen und Instrumentalisierungen der Thematik, hinter denen divergierende Zielsetzungen und Interessenlagen innerhalb wie zwischen den beteiligten Gruppierungen stehen, werden ebenso benannt wie die Notwendigkeit, sich gegenüber der Thematik des internationalen Frauenhandels auch in der akademischen Frauen- und Geschlechterforschung zu öffnen.

Zum Abschluss des Buches stellen wir eine *Chronik* der Sektion vor. Die hier präsentierte Fassung ist ein Auszug aus einer eben fertiggestellten, umfassenden Chronologie von Bettina Mathes, die über die Sektion Frauenforschung zu beziehen ist. Die Geschichte der Sektion und die Geschichte der Frauenforschung, -bewegung und -politik sind eng miteinander verknüpft. Ohne diese wäre dieses Buch nicht entstanden. Die hier vorgelegte Chronik zeigt die wesentlichen Themen und Aktivitäten, mit denen sich die Sektion in den 20 Jahren ihres Bestehens befasst hat. Sie nennt zugleich die Namen zahlreicher Frauen, die sich 'bewegt' und 'politisch' in der Frauenforschung engagiert haben und diese mit zu dem gemacht, was wir auf der Jubiläumsveranstaltung gefeiert haben: ein diskursives Forum, auf dem sich trefflich diskutieren, streiten, forschen, denken, planen, Politik betreiben, bewegen ... und feiern lässt.

Zum Entstehungsprozess des Buches

Das Spannungsverhältnis zwischen Subversion und Normalisierung, in dem auch wir uns als Herausgeberinnen befinden, zeigt sich nicht zuletzt an der Auswahl der Themenbereiche. Viel mehr, als sich hier darstellen lässt, ist in der Frauenforschung passiert. Viele Themenbereiche wie Recht, Nationalismus, Ost-West-Transformation, Terrorismus, Globalisierung, Ökonomie, Militär, Technik u.v.m. hätten ihrer Bedeutung nach ein Recht auf Darstellung oder ausführlichere Erörterung gehabt. Die hier getroffene Auswahl ist ein Spiegel der Jubiläumstagung und der Themen, die dort von Sektionsmitgliedern eingereicht wurden und sich so Platz verschaffen konnten, ebenso unterliegt sie eigenen Prioritätensetzungen und möglichen blinden Flecken.

Die Erstellung dieses Buches gestaltete sich als ein dynamischer Prozess, der immer wieder bedeutete, ursprüngliche Pläne aufzugeben und neue ins Auge zu

fassen. Das war anstrengend und vergnüglich zugleich. Ständige Bewegungen und Veränderungen, nicht zuletzt hervorgebracht durch die Globalisierung der Welt und die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, beeinflussten die Bedingungen, unter denen dieses Buch entstanden ist, nicht unerheblich: Angefangen bei den unterschiedlichsten Umgangsweisen mit der neuen Rechtschreibung (wie wandelbar Zeichen sind!), über die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes (wieviel Planbar- und Verbindlichkeit bleiben da noch übrig?), bis hin zu globalisierten Kommunikationsstrukturen (wie man bei weltweit wechselnden Standorten doch noch, aber eben anders, kommuniziert!). Schließlich unterlagen auch unsere Bemühungen, einen größeren „Ost-West-Beitrag“ zu bekommen, einem politischen Spannungsverhältnis. Sie stehen für die schwierige Balance, strukturell zu den VerliererInnen, aber individuell durchaus auch zu den GewinnerInnen der Wende zu gehören.

So zeigen nicht nur die Aufsätze, sondern auch der Entstehungsprozess des Buches, wie verschieden und gegensätzlich Ansätze und Sichtweisen sein können; wie aber eine kreative Zugangsweise zu Perspektivöffnungen, Erkenntnissen und Weiterentwicklungen führen kann. Ein Feminismus, der mit seinen Emanzipationsvisionen dynamisch umgeht und Gesellschaftskritik vice versa auch auf sich selbst bezieht, wird weiterhin viel Spannendes in Frauenforschung - Frauenbewegung - Frauenpolitik produzieren.

Danksagung

Zu guter Letzt möchten wir all jenen danken, die zum Zustandekommen dieses Bandes beigetragen haben: An der Entwicklung des Konzeptes und der Organisation der Jahrestagung waren die damaligen Sprecherinnen der Sektion Frauenforschung, Ilse Lenz (Bochum) und Sabine Brombach (Braunschweig), und - neben uns Herausgeberinnen - die Mit-Rätinnen Ina Dietzsch (Potsdam), Birgit Geissler (Bielefeld), Sabine Hark (Berlin/Potsdam) und Anja Wolde (Tübingen) beteiligt. Für die fachkundige Durchsicht und Enderstellung der Manuskripte danken wir Ingrid Zierold vom Institut für Sozialforschung in Frankfurt am Main; für die produktive Zusammenarbeit geht unser Dank an Susanne Paul-Menn vom Verlag Westfälisches Dampfboot. Für die (kleine aber feine) finanzielle Unterstützung danken wir der Sektion Frauenforschung. Das Begleitwort der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Dr. Christine Bergmann freut uns sehr, weil hier ein Schritt Verknüpfung zwischen Wissenschaft und Politik stattfinden konnte. Hilde Wackerhagen (Kabarettistin, Frankfurt am Main) hat uns - mit dem kritischen Stachel der Kabarettistin und mit viel Witz - unsere eigenen blinden Flecken vor Augen geführt.

Dank geht auch an die vielen Frauen, die im Laufe der Zeit die Chronik der Sektion vervollständigt haben. Last but not least danken wir den Autorinnen für ihre Beiträge und die kreative, kooperative Zusammenarbeit.

Frankfurt am Main, New York/Osnabrück, Tübingen
im August 2001

Ursula Hornung, Sedef Gümen, Sabine Weilandt

Ute Gerhard

Frauenbewegung – Frauenforschung – Frauenpolitik Innovation und Selbstreflexion

Vorbemerkung: Die ursprüngliche Fassung dieses Beitrages als Festvortrag, von dem gewöhnlich ebenso feierliche wie verallgemeinernde Aussagen erwartet werden, mag die Kühnheit des Titels wie des Ansatzes erklären. Um die Situation zu dokumentieren, habe ich mich dennoch entschieden, den Aufsatz nicht umzuschreiben, sondern die Form beizubehalten. Das heißt, ich werde keine systematische Analyse anbieten, sondern eine recht persönliche Einschätzung des gegenwärtigen Standes der *Frauenbewegung* sowie des Verhältnisses von Frauenbewegung und *Frauen- und Geschlechterforschung*. Das im Titel ebenfalls vorgegebene Stichwort *Frauenpolitik* wird insofern Berücksichtigung finden, als ich davon ausgehe, daß unser Handeln als Soziologinnen in Lehre und Forschung an den Universitäten und in der Gesellschaft als Politisches zu kennzeichnen ist, nicht zuletzt im Blick auf die Bedeutung und Kritik der Geschlechterverhältnisse. Den möglichen Rollenkonflikt zwischen mir als Feministin und als Frauenforscherin und Soziologin hoffe ich mit dem Hinweis auf die produktive Chance zu Selbstreflexion aufzulösen.

1. Das Verhältnis von Frauenbewegung zu Frauenforschung

Für all unser Denken und Tun war und ist seit nun mehr als zwanzig Jahren das Aufkommen der neuen Frauenbewegung der entscheidende Anstoß gewesen, Vorbedingung und Ausgangspunkt eben auch für die Frauenforschung, die heute Geschlechterforschung genannt wird. Als soziale, politische und kulturelle Bewegung hat sie nicht nur für Unruhe und sozialen Wandel in den Geschlechterbeziehungen gesorgt, nicht nur in vielfältigen Projekten von Frauen für Frauen das Selbst-Bewußtsein vieler einzelner sowie die Optionen einer Mehrzahl der Frauen erweitert. Sie hat mit dem Zursprachebringen eines zu Beginn der sechziger Jahre noch so genannten „Problems ohne Namen“ (Friedan 1963), d.h. mit dem Ernstnehmen der Erfahrungen von Frauen, die herrschenden Standards für Recht und Gerechtigkeit gründlich hinterfragt. Sie hat auf diese Weise nicht nur zu einem Wertewandel, sondern auch zu einer Veränderung der Lebensformen beigetragen. Als Bewegung von Frauen in der und in die Wissenschaft hat sie schließlich auch die Leerstellen, den 'male bias' und damit die Voraussetzungen und Methoden, die sogenannten Rationalität und Objektivität von Erkenntnis und Wissenschaft, neu zur Disposition gestellt.

Am Anfang gaben die Anlässe und Streitpunkte der westdeutschen Frauenbewegung der Frauenforschung ihre Themen und Fragestellungen vor. Zu den Bewußtsein und Lebensweise verändernden Streitpunkten und Themen gehörten – Stichworte mögen hier genügen: die Unterscheidung zwischen Lohn- und Hausarbeit als Drehpunkt gesellschaftlicher Positionierung und geschlechtsspezifischer Benachteiligung von Frauen; Liebe und Sexualität als Erfahrungsdimensionen privater Gewalt und staatlichen Gebärzwangs; schließlich auch die Herauslösung der Frauen aus der sozialistischen Linken und das Konzept und die Praxis politischer wie persönlicher Autonomie. Theoretisch wurden damit auch die gesellschaftstheoretischen Konzepte von Klasse und Geschlecht oder Kapitalismus und Patriarchat in ein neues Verhältnis gesetzt. Heftige Auseinandersetzungen begleiteten schon in den siebziger Jahren die Thematisierung der Differenzen unter Frauen, z.B. zwischen Müttern und Nicht-Müttern oder zwischen hetero- und homosexuellen Frauen. Gleichzeitig mit der Wiederentdeckung einer eigenen Geschichte und Kultur der Frauen wie der Frauenbewegung wurde systematische Institutionenkritik geübt, wurden Recht und Gesetz, Politik und Staat Gegenstand feministisch wissenschaftlicher Analyse. Bemerkenswert ist, wie verhältnismäßig spät die Frauenforschung in der BRD die Bewegung selbst zum Gegenstand wissenschaftlicher Analysen gemacht und damit das Feld der Bewegungsforschung besetzt hat. In der Literatur überwiegen noch nach zwanzig Jahren die Erfahrungsberichte, Dokumentationen und Verständigungstexte, ein Genre, das einer 'Politik der Subjektivität' und der Selbsterfahrung entsprach (vgl. hierzu im einzelnen Gerhard 1992).

Die *Erfahrungen*¹ von Frauen waren dabei von Anfang an die 'Prüfinstanz', über die zur Sprache gebracht wurde, was aus 'herrschender Meinung' und dem wissenschaftlichen Diskurs ausgegrenzt, nicht zur Kenntnis genommen wurde. Erfahrung, Selbst-Erfahrung war das Medium der Bewußtwerdungs- und kollektiven Lernprozesse – die „praktische Methode“ der sogenannten Selbsterfahrungsgruppen² und zugleich politische „Strategie der Veränderung“ (MacKinnon 1989). Immer hat die Bezugnahme auf Erfahrung auch als kritische Referenz gegenüber Bestehendem oder Vorwissen gedient, so auch in den neuzeitlichen Wissenschaften bei der nach bestimmten Regeln beobachteten, mitteilbaren und überprüfbaren Erfahrung, die im Empirismus als methodisch angeleitete Abbildung der Wirklichkeit verstanden wird. Gerade Kant hat darauf aufmerksam gemacht, daß, ebenso wie „Realität“ keine „unabhängig von den menschlichen Erkenntnisleistungen zugängliche Gegenstandswelt 'an sich'“ ist (Kambartel 1972, S. 615), auch Erfahrung an Begrifflichkeiten und Vor-Urteile geknüpft ist. Gleichwohl ist sie „Methode der Aufklärung“ und kann angesichts je unterschiedlicher Erfahrungen zur Prüfung und Revision des Geltenden dienen.

In dieser Weise hat die Berufung auf Erfahrungen in der Geschichte und Politik sozialer Bewegungen, wie insbesondere in der Frauenbewegung, eine wichtige Rolle gespielt. In der Perspektive der Frauen- und Geschlechterforschung kann die Bezugnahme auf Erfahrung dennoch nicht als Wahrheitsbeweis dienen. Denn es gibt keine authentischen Erfahrungen außerhalb von Diskursen. Erfahrung kann vielmehr nur verstanden werden als Form der Aneignung und Konstruktion von 'Wirklichkeit', die an Sprache und soziale Kontexte geknüpft ist. Sie ist selbst in Diskurse und die Geschichtlichkeit des Wissens eingebunden und notwendigerweise offen für neue Deutungen und Kritik (vgl. hierzu auch Scott 1992).

Nun war und ist das Verhältnis von Frauenbewegung zu Frauenforschung nicht nur eng, sondern auch kompliziert (vgl. Metz-Göckel 1989). Wechselseitig aufeinander verwiesen, aber verlöre Frauenforschung ihr kritisches Potential zu unvoreingenommener Erkenntnis, wenn sie sich lediglich in den Dienst einer bestimmten politischen Praxis stellte. Die eigene Involviertheit, früher sagten wir Betroffenheit und Parteilichkeit, erwies sich in diesem Fall ganz offensichtlich als Hemmschwelle. Andererseits ist die Frauen- und Geschlechterforschung explizit mit dem Anspruch und der Überzeugung angetreten, den Status quo gesellschaftlicher Ungleichheit und Unterdrückung von Frauen mit Hilfe wissenschaftlicher Einsichten verändern zu können. Ist dieser Anspruch inzwischen obsolet, nicht mehr angemessen, ja, wissenschaftlich unhaltbar?

Diese Frage ist deshalb für die Frauenforschung von eminenter Bedeutung, weil, wenn Frauenforschung nur im Tandem mit der Frauenbewegung Sinn macht, mit dem vielbeschworenen Ende der Bewegung die Begründung oder Notwendigkeit der Frauen- und Geschlechterforschung entfiele. Um diese schwerwiegende Frage zu beantworten, komme ich nicht umhin, den aktuellen Stand der Frauenbewegung einzuschätzen. Ich beziehe mich hierzu auf Erkenntnisse aus der sozialwissenschaftlichen Bewegungsforschung (vgl. hierzu und zum folgenden Gerhard 1999).

2. Frauenbewegung als soziale Bewegung

Im Begriff der sozialen Bewegung ist zunächst und vor allem ein gemeinsamer politischer Wille zur Veränderung gesellschaftlicher Verhältnisse ausgedrückt. Diese Zielsetzung setzt Akteure und die Bildung von Gruppen, schließlich die Bildung von Netzwerken voraus, die erst zu einer sozialen Bewegung werden, wenn das Netzwerk der Beteiligten zur Mobilisierung weiterer Netzwerke führt (vgl. Neidhardt 1985). Die Kennzeichnung einer Bewegung als soziales Handlungssystem, als kollektiven Akteur mit internen Solidaritäten, aber auch Kon-

flikten, ist wichtig, weil sie uns davor bewahrt, *die* Frauenbewegung wie auch andere soziale Bewegungen quasi als ein 'Subjekt' zu betrachten, das unvorhergesehen die politische Bühne betritt, um ebenso endgültig oder dramatisch wieder abzutreten. Alberto Melucci (1999, S. 114-116) spricht deshalb von sozialen Bewegungen „als zusammengesetzte(n) Handlungssysteme(n), in denen sehr verschiedene Bedeutungen, Ziele und Formen von Solidarität und Organisation zusammenfließen“ und bezeichnet die „kollektive Identitätsbildung“ als einen „delikatsten Prozeß“, der des ständigen Einsatzes bedürfe. Doch genau diese zielgerichtete Form gemeinsamen Handelns unterscheidet soziale Bewegungen von Verhalten in der Masse oder als Mode, das in den Theorien kollektiven Verhaltens allzu lange auch die Bewegungsanalyse verdunkelt hat (vgl. Smelser 1972).

Mit ihrem in die Öffentlichkeit getragenen Protest, ihren Streitfragen und Forderungen, aber auch neuen kulturellen Orientierungen greifen soziale Bewegungen gesellschaftliche Widersprüche und soziale Konflikte auf, sie thematisieren Unrechtserfahrungen und Ungerechtigkeit. Das heißt: Sie versuchen, durch die Veröffentlichung und damit Politisierung der vorher als marginal oder privat behandelten Anliegen ihre Forderungen als allgemein bedeutsame gegenüber dem Staat und seinen Institutionen bzw. den herrschenden Eliten durchzusetzen. Im günstigsten Fall verändern sich mit solchen Mobilisierungen und den neuen Formen der Partizipation nicht nur die Werthaltungen, die politischen und kulturellen Orientierungen der Beteiligten, sondern auch die politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, nehmen die Bewegungen oder Bewegungsorganisationen Einfluß auf die politischen und gesellschaftlichen Institutionen und verändern damit die bestehenden Verhältnisse selbst.

So haben Frauen viel bewegt seit dem Beginn der siebziger Jahre, als die neue Frauenbewegung als soziale, politische und internationale Bewegung der Frauen von sich reden machte und zusammen mit anderen sozialen Bewegungen und doch auf besonders nachhaltige Weise den Raum des Politischen neu definierte, veränderte und partiell eroberte. Dabei ist zu bedenken, daß diejenigen, die den Anstoß zu dieser Bewegung geben, sich aus dem Schutz der Normalität herauswagen, bestehende Ordnungen und Verhältnisse kritisieren, für gesellschaftlichen Wandel oder gar für radikale Veränderungen eintreten, immer eine Minderheit waren oder sind, eine Avantgarde und als solche Wegbereiterinnen für Ideen und neue Lebensweisen. Doch eine Gruppe und Minderheit, schließlich ein Netzwerk von Gruppen und Medien wird erst dann zu einer Bewegung, wenn sie mit ihrem Protest und ihren Forderungen zentrale Problempunkte, gesellschaftliche Widersprüche aufgreifen, die viele betreffen und die Unrechtserfahrungen von vielen zur Sprache bringen. Aus diesem Grund sind soziale

Bewegungen, wenn sie für mehr Gerechtigkeit, für Selbstbestimmung und die Beteiligung aller eintreten, wie z.B. die Bürgerrechtsbewegung, Motoren sozialen, kulturellen und politischen Wandels und die wichtigsten Agenten für mehr Demokratie oder – wie es bei Jean Cohen und Andrew Arato (1992, S. 19) heißt – „Schlüsselfiguren einer lebendigen, modernen Zivilgesellschaft“. In ihrer Theorie einer Zivilgesellschaft gilt gerade die Frauenbewegung als beispielhafte soziale Bewegung der Gegenwart, weil sie die geltenden „Standards der Gerechtigkeit“ für alle Sphären der Gesellschaft, eben auch in der Familie, reklamiert und damit wesentlich zu „Enttraditionalisierung und Demokratisierung sozialer Beziehungen“ beigetragen habe.

Heute nun fragen wir uns, wo diese Bewegung geblieben ist – zumal im Alltagsverständnis politischer Beobachter in der Regel ohnehin nur Hochphasen der Mobilisierung als „Bewegung“ wahrgenommen werden, zur Lebendigkeit einer Bewegung ihre Sichtbarkeit, der öffentliche Protest oder die Demonstration auf der Straße gehören. Zu erinnern ist auch, daß im bundesrepublikanischen Kontext von Anbeginn bereits erste Schritte zur Institutionalisierung von Frauenprojekten oder die Beteiligung an den institutionellen Formen der Politik sehr schnell mit dem Ende der Bewegung gleichgesetzt wurden. Da hilft jedoch der Hinweis auf die internationale wie die historische Bewegungsforschung, die uns darüber belehrt, daß soziale Bewegungen unterschiedliche Phasen durchlaufen und die verschiedenen Formen der Einmischung oder Beteiligung durchaus mit Phasen des Rückzuges, der Besinnung oder auch des Stillstandes wechseln können (vgl. Rammstedt 1978, S. 167f.; dagegen Raschke 1988; Buechler 1990; McClurg Mueller/Morris 1992; Rucht 1994; Klein u.a. 1999).

Aus verschiedenen Gründen aber besteht Anlaß, die gegenwärtige politische Bedeutung und den gesellschaftlichen Einfluß der neuen Frauenbewegungen zu überdenken. Drei Gründe möchte ich nennen:

– Erstens ist nicht zu leugnen, daß sich der westliche Feminismus in Anbetracht veränderter gesellschaftlicher und politischer Verhältnisse in der Defensive befindet. Für diese Feststellung ist es zunächst unerheblich, ob die neuen Rahmenbedingungen und aktuellen politischen Probleme lediglich andere Präferenzen gesetzt haben und eine neue politische Agenda erheischen oder ob die Erfolge der Frauenbewegungen den sogenannten „Backlash“ und Gegenbewegungen hervorgerufen haben. Zumindest ist zu berücksichtigen, daß die neue Frauenbewegung seit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten nur noch für westliche Erfahrungen steht und deshalb nicht für das Ganze in Anspruch zu nehmen oder auch verantwortlich zu machen ist, wenn sie keine neue Plattform und Agenda für ost- und westdeutsche Frauenanliegen findet.

- Ein anderer Grund, warum es um die Frauenbewegung stiller geworden ist, ist zweifellos ihr Erfolg. Vieles, worum die Frauen der siebziger Jahre kämpfen mußten, ist heute selbstverständlich geworden. Dabei ist der Erfolg der neuen Frauenbewegung nicht ohne weiteres meßbar, aber unzweifelhaft. Was die Frauenbewegung allein seit den siebziger Jahren an Veränderungen im Geschlechterverhältnis, zumindest im Hinblick auf die Orientierungen und Lebensentwürfe von Frauen bewirkt hat, ist an scheinbaren Selbstverständlichkeiten abzulesen, nicht zuletzt an der Selbstsicherheit, mit der eine jüngere Frauengeneration inzwischen meint, *den* Feminismus hinter sich lassen zu können, und sich selbst à la mode als postfeministisch versteht.

Immerhin haben Frauen in der Zwischenzeit in einem bisher in der Geschichte nicht gekannten Ausmaß Zugang zu Wissen, Bildung und Ausbildung erlangt und sind dabei, dieses Wissen kritisch und konstruktiv zu nutzen. Zudem gibt es weltweit einen Diskurs über Feminismus, der inzwischen die Unterschiede unter Frauen als Chance und Stärke erkannt hat und gerade auch mit der Verweigerung von Rollenzwängen und Weiblichkeit der Frau Gehör und Stimme, auch einen Körper und viel Phantasie und Lust an Kritik verliehen hat. In der Einschätzung von Seyla Benhabib (1993, S. 9) hat sich der Feminismus neben dem postmodernen Denken in der intellektuellen und universitären Kultur der westlichen Demokratien zu einem der „beiden führenden Gedankenströmungen unserer Zeit entwickelt“.

Im Bereich der institutionalisierten Politik gehören die Forderungen der Frauenbewegung inzwischen zum Standardprogramm politischer Rhetorik und haben gelegentlich Antworten in den Parteiprogrammen provoziert, auch wenn es nach wie vor an der Umsetzung hapert. Diese wurde größtenteils an dafür zuständige Institutionen oder Gremien delegiert, z.B. an Frauenbeauftragte, denen jedoch als Querschnittaufgabe im Ernstfall die Bündnisgenossen fehlen. Ebenso risikoreich erscheint mir die neuerliche Übertragung frauenpolitischer Zuständigkeiten an das sogenannte Gender-Mainstreaming. Gleichviel, die feministischen Zielsetzungen haben mittlerweile auch den Aktionsradius der etablierten Frauenverbände verändert und gelegentlich sogar in den Gewerkschaften für Unruhe gesorgt. Schließlich sind die Frauen in den Kirchen nicht nur seit eh und je die Basis aller Gemeindearbeit, sie sind sogar dabei, verkrustete Strukturen zu entrümpeln und scheuen nun selbst vor den höchsten Ämtern in der Kirche nicht mehr zurück (vgl. das neue Leuchtfener, das da erst vor Tagen entzündet wurde in Gestalt einer neuen Bischöfin für die Hannoversche Landeskirche!).

Für eine große Zahl von Frauen in Westeuropa, wie auf der Grundlage einer anderen Geschichte auch in Ost- und Mitteleuropa, hat die Veränderung der

Lebensformen und Lebensentwürfe zumindest partiell eine Veränderung der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung bewirkt bzw. Freiräume der Selbstbestimmung eröffnet, von denen frühere Frauengenerationen nur träumen konnten. Deshalb kann es auch passieren, daß einige es für nötig halten zu sagen: „Ich bin keine Feministin, aber ...“ Doch die Betreffende, Nutznießerin früherer Radikalität, vertritt dann ohne Bedenken Ansichten und Ziele, die durchaus als feministische zu kennzeichnen sind.

- In solchen Äußerungen aber zeigt sich – drittens – auch eine Bemühung um Abgrenzung und damit der dritte und entscheidende Grund für die ‘Atempause’, die ich in bezug auf die Frauenbewegung wahrnehme: Inzwischen ist eine neue Frauengeneration herangewachsen, zu deren Selbstfindung und Selbstbewußtsein die Distanzierung von den Müttern und erst recht zu den Feministinnen der vorigen Generation gehört. Tatsächlich wäre es auch nicht wünschenswert und angesichts der Mobilisierung zu mehr Selbst-Bestimmung nicht angemessen, wenn jüngere Frauen das ‘Erbe der Mütter’ widerspruchsfrei annehmen oder lediglich gehorsam verwalten würden. Denn es sind ja gerade die erkämpften Freiheiten und neuen gesellschaftlichen Bedingungen, die ihre ganze Aufmerksamkeit und Kraft und ihre Eigenständigkeit verlangen. Leben die jüngeren Frauen doch Lebensweisen, für die nun schon verschiedene Generationen von Feministinnen gestritten und argumentiert haben, für Formen der Partnerschaft und Lebensgestaltung, die Selbstbestimmtheit voraussetzen. D.h. es gehört zur Individuierung und „Selbstverwirklichung“ dazu, einen eigenen Standpunkt zu gewinnen, der Distanzierung von Vorgefundenem, auch vom „Erbe der Mütter“ beinhaltet (Gerhard 1999b und 1999c).

Der Wechsel der Perspektiven, der immer wieder als Generationenproblem erlebt wird, entspricht gleichwohl dem naturgemäßen Verlauf sozialer Bewegungen, die eben nicht auf Dauer zu stellen sind. Karl Mannheim, der die verwandten Jahrgänge einer Generation durch ihre je „spezifische Art des Erlebens und Denkens“ charakterisiert, spricht daher im Blick auf soziale Bewegungen von der „Notwendigkeit des steten Tradierens, Übertragens des ererbten Kulturguts“, das sowohl Distanzierungen von bisherigen Orientierungen als auch neuartige Zugänge erlaubt (Mannheim 1969). Nun besteht die Besonderheit der modernen Frauenbewegungen gegenüber den anderen neuen sozialen Bewegungen jedoch darin, daß sie schon eine alte Bewegung ist. Einerseits ist dies Beleg dafür, wie unerledigt die moderne Forderung nach Freiheit und Gleichheit auch der Frauen ist, andererseits hilft das Wissen um diese Tradition, um die „langen Wellen“ der Frauenbewegung, die theoretischen wie politischen Differenzen unter Frauen im neuen Feminismus ein wenig gelassener zu deuten.

3. Plädoyer wider die Kleinmütigkeit oder die 'langen Wellen' der Frauenbewegung

Der Blick auf die Geschichte der Frauenbewegung erinnert daran, daß es schon mehrere Generationen von bewegten Frauen und damit auch Wachablösungen gegeben hat, die zugleich Anlaß für einen politischen und theoretischen Kurswechsel waren. Schon um die Mitte der zwanziger Jahre sprachen die Frauen in der *alten Frauenbewegung* von mindestens drei Generationen: Als erste galten die 1848erinnen, die Altersgenossinnen von Louise Otto, die selbst nach dem Scheitern der Revolution und dem Verbot der ersten Frauenvereine 1865 den Allgemeinen Deutschen Frauenverein (ADF) gründeten, der von da an den Grundstein für die organisierte Frauenbewegung in Deutschland bildete. Von etwa 1890 bis zum Ersten Weltkrieg war dann mit dem Aufschwung und der Blütezeit der bürgerlichen wie auch der proletarischen Frauenbewegung eine zweite Generation von Akteurinnen am Werke, die sich auf die Gründungsmütter berief und sich doch gleichzeitig sehr deutlich mit ihren sehr viel weitergehenden politischen Forderungen von der nur „frauenrechtlerischen“, nur karitativen oder allzu bürgerlichen Frauenbewegung absetzen wollte. Dazu gehörten z.B. Helene Lange, Marie Stritt, Alice Salomon und Gertrud Bäumer auf der einen Seite, Clara Zetkin und Lily Braun auf der anderen, schließlich der „linke Flügel“ der Bürgerlichen, die sogenannten Radikalen, die von Minna Cauer, Anita Augspurg, Lida Gustava Heymann und Helene Stöcker angeführt wurden. Spätestens in den zwanziger Jahren nach dem Erreichen des Frauenwahlrechts 1918 weigerte sich die neue Frauengeneration, die Generation der ersten Studentinnen, aber auch der berufstätigen 'neuen Frau', ganz wider Erwarten, in die Fußstapfen der sogenannten Führerinnen zu treten. Der in den zwanziger Jahren in den damals etablierten Frauenorganisationen und ihren Publikationen verhandelte Generationenkonflikt, der sehr an unsere heutigen Reflexionen über den Zustand der Frauenbewegung erinnert, wird oft sogar für das Ende oder auch Scheitern der Frauenbewegung um 1933 verantwortlich gemacht (vgl. Bock 1995). Immer haben die Älteren diesem Abschwung oder 'Stillwerden' um die Bewegung ein Dennoch entgegengesetzt, ohne die skeptische jüngere Generation zu überzeugen. Und vielleicht trifft ja die trotzige Verteidigung der 'alten' Frauenbewegung von Agnes von Zahn-Harnack aus dem Jahr 1931 auch die Gefühlslage einiger Feministinnen heute, auch wenn wir uns vermutlich nicht mit so viel Pathos äußern würden: „Immer wird sie (die Frauenbewegung) von ihren Gegnern totgesagt, oder es wird ihr der wohlmeinende Rat gegeben, ihre eigene Überlebtheit anzuerkennen und von der Bühne abzutreten. Aber sie lebt und wird leben, unabhängig von Mißfallen

oder Wohlwollen, aus ihrer eigenen Kraft und bis sie ihre geschichtliche Mission erfüllt hat.“ (Zahn-Harnack 1931, S. 65)

Wie Geschichte und Verlauf insbesondere der Frauenbewegung zeigen, sind die Hochphasen der Mobilisierung und ihre „politischen Gelegenheitsstrukturen“ nicht auf Dauer zu stellen, gleichwohl bewirken sie etwas, verändern die Welt im Privaten, in der Öffentlichkeit, insbesondere im Verhältnis der Geschlechter. Weil die Ordnung im Geschlechterverhältnis jedoch quer zu *allem* und in allen Lebensbereichen von Bedeutung ist, sorgen Infragestellungen oder Veränderungen in dieser Beziehung für Beunruhigung, rufen Abwehr und heftige Reaktionen hervor, scheint immer wieder der kultivierte Boden zu wanken, auf den sich die abendländische Zivilisation etwas zugute hält.

„Die Revolution der Frau,“ schreibt Margarete Susman in ihrem Essay „Das Frauenproblem in der gegenwärtigen Welt“ aus dem Jahr 1926 (!), „hat nicht einfach den gesetzlichen Verlauf und Rhythmus anderer Revolutionen: einmütiges Sichaufbäumen gegen unerträglich gewordene Bindungen, von denen nur der nicht freiheitlich gesinnte Teil der Menschen sich zurückhält – sondern hier ist alles bunt und verwirrend gemischt. Hier bindet eine andere Macht der Freiheit gebieterisch die Hände; hier werden Ketten Kränze und Kränze Ketten. Hier werfen Traum und Zauber verwirrende Lichter und Schatten auf den Weg ...“ (Susman 1992, S. 147)

Es ist erstaunlich, wie modern Susmans Betrachtungen über die Frauenfrage auch im weiteren anmuten. In solchen Einschätzungen und Schlußfolgerungen wiederholt sich ein Gewährwerden, das ich als *modern* charakterisieren möchte, weil es die ganz spezifischen Erfahrungen von Frauen in der Moderne, in den politischen, sozialen und kulturellen Strömungen und Bewegungen seit der Französischen Revolution widerspiegelt. Es ist die Erfahrung von Teilhabe und Ausschluß, der Widerspruch zwischen der Rede vom Menschen als Subjekt von Rechten und der Besonderung und Benachteiligung als Frau. Es ist die Zweideutigkeit und Widersprüchlichkeit der Moderne, die gleichzeitig mit dem Versprechen der Freiheit und Gleichheit aller Menschen die Disziplinierung der Frauen zum anderen, zweiten Geschlecht inszenierte. Immer waren die Frauen, die an dem Projekt der „Welterlösung“ teilgenommen hatten, überrascht, was ihnen widerfuhr. Zeugnisse dafür finden sich bereits bei den Romantikerinnen, dann in allen Phasen gesellschaftlicher Umwälzungen oder Reform und Revolution, in Deutschland insbesondere auch nach ihrem Scheitern: zum Beispiel im Kontext der 1848er Revolution, nach dem Ende des Ersten Weltkrieges sowie 1949 mit der Etablierung der Bundesrepublik oder 1989 nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten. Immer war diesen historischen Bruchstellen oder Ereignissen ein besonderes Engagement, ein Emanzipationsschub oder die Mitwirkung von Frauen in den politischen Protest- und Demokratiebewegungen

vorausgegangen. Immer waren dem Aufschwung keineswegs Etablierung, sondern eher Ernüchterung und Enttäuschung über Nichterreichtes gefolgt. Die Umstände und politischen Zusammenhänge, die Sprache und die Bilder, in denen diese Erfahrungen überliefert werden, unterscheiden sich, doch der Anlaß der Beunruhigung und des Protestes bleibt seit 200 Jahren der gleiche, solange das Projekt, demokratische Verhältnisse für Männer *und* Frauen herzustellen, unvollendet ist. Aus diesen Gründen aber ist die Geschichte der Frauen nicht nur ein „Fundus“ schlechter Erfahrungen oder von „Beispielen für soziale Ungerechtigkeit“, sondern auch eine „Quelle mannigfaltiger Einsichten und Anregungen“ (Nussbaum 1996, S. 465), die helfen, die politischen Rahmenbedingungen zu analysieren, zu kritisieren und mitzugestalten. Insbesondere das Wissen, daß dem Auf und Ab, den immer wieder neuen Anfängen, Abbrüchen und Flauten in den 'langen Wellen' der Frauenbewegung notwendig ein Neuanfang gefolgt ist, entlastet und schützt gegen Kleinmütigkeit.

4. Die Radikalisierung feministischer Theorien anstelle von Politik?

Trotz der gegenwärtig beobachteten 'Windstille' um die Frauenbewegung als politische Kraft gibt es – dafür steht nicht zuletzt die Sektion Frauenforschung in der DGS – überaus lebendige wissenschaftliche Diskussionen im Bereich der Frauen- und Geschlechterstudien und elaborierte feministische Theorien in den Geistes- und Gesellschaftswissenschaften, die zu einer Herausforderung für die beteiligten Wissenschaften geworden sind. Es stellt sich mithin die berechnete Frage, warum wir eigentlich nicht auch diese Diskurse und neuen wissenschaftlichen Ansätze sowie die Institutionalisierung von Frauenforschung im Bereich der Wissenschaften und im Wissenschaftsbetrieb in die Erfolgsbilanz der Frauenbewegung einbeziehen, um mit Jane Jenson zu folgern: „One major form of action for creating solidarity is the generation of a new intellectual tradition of feminist theory“ (Jenson 1995, S. 431).

'Interdisziplinarität', die lange Zeit als nicht leicht einlösbares Markenzeichen feministischer Wissenschaft gehandelt wurde, aber auch eine gezielte Disziplinlosigkeit bildeten die entscheidende Innovation, die Grenzziehungen überschritt, die vorher zum Ausschluß gerade auch der Frauen und ihrer Erfahrungen und Forschungsinteressen aus den Wissenschaften geführt hatten. Überzeugend und für viele klärend war daher auch der Dialog zwischen Gudrun-Axeli Knapp und Hilge Landweer (1995) zu diesem Thema, in dem erstere betont:

„Für mich würde der Anspruch der Interdisziplinarität in der Frauenforschung erst aufhören, Sinn zu machen, wenn die Verhältnisse zwischen den Geschlechtern wirklich so

eindimensional geworden wären ..., daß sie nach der Logik einer einzigen Zugangsweise oder über singuläre Problemfelder erschließbar wären ... In der nicht reduzierbaren Komplexität menschlicher Verhältnisse liegen die Gründe, die für die Interdisziplinarität kritischer Wissenschaft sprechen.“ (Ebenda, S. 26)

Der Ausgangspunkt der Frauenforschung war das emanzipatorische Interesse an grundlegenden gesellschaftlichen Veränderungen, war die Verbindung von Gesellschaftsanalyse mit radikaler Gesellschaftskritik. Inzwischen hat ein breites Spektrum feministischer Forschungen das Innovationspotential, die Validität und Produktivität feministischer Perspektiven durch vielfältige Ergebnisse in beinahe allen sozial- und kulturwissenschaftlichen Disziplinen unter Beweis gestellt, haben sich feministische Fragestellungen in die verschiedensten Disziplinen eingenistet und tragen dort zumindest zur Beunruhigung des *mainstream* bei. Gleichzeitig haben sich feministische Wissenschaftlerinnen insbesondere innerhalb einzelner Disziplinen profiliert, ist ein Prozeß der Professionalisierung eingeleitet, der zugleich Spezialisierung bedeutet. In den Fächern und zwischen den Fächern ist es also zur Verbreiterung und zu Ausdifferenzierungen gekommen, die es verbieten, von *der* Frauenforschung oder generalisierend von *einer* feministischen Perspektive auf die Wissenschaften zu sprechen.

Zugleich ist jedoch eine Verschiebung innerhalb der Diskurse über feministische Theorie festzustellen, die sich, je nachdem, als poststrukturalistisch, postmodern oder postkolonial oder sogar ausdrücklich als postfeministisch verstehen, – eine Verschiebung, von der zugleich eine politische Verunsicherung ausgeht. Die Verunsicherung wird hervorgerufen durch die Kritik an einer feministischen Politik, die die Gemeinsamkeit des Frau-Seins als Bezugspunkt für die Emanzipationsbewegung der Frauen braucht. An die Stelle der Geschlechterdifferenz als ausschlaggebender, die gesellschaftlichen Verhältnisse bestimmender Perspektive scheinen die Differenzen auch unter Frauen neben vielfältigen anderen sozialen Unterschieden wie Klasse, Alter, Milieu oder Ethnie eine gemeinsame Bezugnahme auf die Kategorie ‘Frauen’ auszuschließen. Im Zentrum dieser internationalen feministischen Diskussion stand seit dem Beginn der neunziger Jahre Judith Butlers Buch „Gender Trouble“, deren Thesen offensichtlich insbesondere den theoretischen und politischen Interessen einer jüngeren Generation feministischer Wissenschaftlerinnen entgegenkommen (Butler 1990; vgl. auch Benhabib u.a. 1993; Landweer/Rumpf 1993).

Nun hat die lebhafte und theoretisch differenzierte Diskussion und Reaktion auf die poststrukturalistische Kritik gezeigt, daß Butler und andere einen wunden Punkt feministischer Theoriebildung getroffen haben, der insbesondere alle essentialistischen Vorannahmen oder Vorstellungen vom ‘Wesen der Frau’, aber auch eine alle Frauen qua Geschlecht umfassende Identitätspolitik oder soge-

nannte Standpunkttheorien infragestellt, die an bestimmte privilegierte Positionen und Erfahrungen von Frauen anknüpfen. „Diese Analysen,“ so auch Iris M. Young, „sind wichtige Lektionen für jede künftige feministische Forschung, die es vermeiden will, bestimmte Frauen aus ihren Theorien auszuschließen oder kontingente soziale Beziehungen zu einer Notwendigkeit erstarren zu lassen“ (Young 1994, S. 224). Damit stellt sich jedoch die Frage, inwieweit in dieser Perspektive der Dekonstruktion auch die Differenz zwischen den Geschlechtern „dekonstruiert“ und irrelevant wird, weil in der Vielfalt und Beliebigkeit der Differenzen die Besonderheit der Geschlechterdifferenz keine Bedeutung mehr hat (Nicholson 1990).

M.E. hat diese dekonstruktivistische Kritik nur in besonderer Schärfe und Klarheit *das* feministische Dilemma bloßgelegt, das den neuzeitlichen Feminismus von Anbeginn begleitet und deshalb auch als „Wollstonecraft-Dilemma“ bezeichnet wird (vgl. Pateman 1992, S. 58). Es ist die Schwierigkeit, einerseits die traditionelle Weiblichkeit (femininity) und die hierarchische Form der Geschlechterbeziehungen zu kritisieren, verändern, ja, aufheben zu wollen, und andererseits „Frau-Sein“ (to be a woman) bzw. weibliche Erfahrungen und Orientierungen zum Bezugspunkt für eine emanzipatorische Politik zu machen. Oder anders, in Rechtsbegriffen, ausgedrückt, es ist die anscheinend widersprüchliche Forderung, auf dem Recht auf Gleichheit und gleichzeitig der Anerkennung von Differenzen zu bestehen.

Nun kann und will ich der theoretischen Herausforderung, die unter dem Stichwort Poststrukturalismus und dem sogenannten ‘linguistic turn’ verhandelt wird, in diesem Rahmen nicht auf den Grund gehen, zumal diese Thematik in allen Beiträgen dieses Bandes mehr oder weniger präsent sein wird. Dennoch möchte ich nur kurz resümierend meinen gesellschaftstheoretisch begründeten Umgang mit diesen erkenntnistheoretischen Problemen skizzieren, für die sich aus soziologischer Perspektive, und das meint mit Blick auf die gesellschaftlichen Verhältnisse, der Begriff der Postmoderne anbietet.

5. Feminismus und Postmoderne und die Ambivalenz der Moderne

Die feministische Kritik, die durch die radikale Infragestellung tradierter Geschlechterrollen ausgelöst wurde und in Fortführung ihrer Wissenschaftskritik ihre eigenen Prämissen und Denkvorsetzungen im Hinblick auf die Kategorie ‘Frau’ und ‘Geschlecht’ in Frage stellt oder überprüft, zeugt zunächst einmal von einem hohen Grad an Souveränität und Selbstreflexion. Aus meiner Erfahrung als Wissenschaftlerin mit Erkenntnisinteressen ‘zwischen den Stühlen’

verschiedener Disziplinen, zwischen Soziologie, Rechtswissenschaft und Geschichte, aber auch im Wissen um die Fremdheit und Unsichtbarkeit der Frauen in den männlich dominierten Wissenschaften, fällt es mir nicht schwer, die 'Großen Erzählungen' loszulassen, sehe ich auch keinen Sinn darin, die Dogmatik der vorgefundenen und kritisierten Gesellschaftstheorien durch eine feministische Lehre zu ersetzen. Doch die Verabschiedung universalistischer, alles aus einem privilegierten Interesse oder Widerspruch erklärenden Theorien ist nicht gleichzusetzen mit Theorielosigkeit oder – wie eine der Thesen in der Diskussion um Postmoderne es ausdrückt – mit dem Ende der Geschichte. Denn aus der auch von Frauen als Handelnden und nicht nur Opfern gemachten Geschichte können und wollen wir nicht heraustreten, ebenso wenig wie wir die Situiertheit und Beweggründe unseres Denkens leugnen wollen. Woher aber gewinnen wir die Maßstäbe für unser Tun und wie verständigen wir uns über Regeln, die die Gestaltung gesellschaftlicher Verhältnisse u.a. auch der Geschlechterverhältnisse braucht?

Feministische Theoretikerinnen haben in dem Auf-Distanz-Gehen zur gesellschaftlichen Moderne und in der Kritik an einem Konzept von Modernisierung, das unter den Stichworten Rationalisierung, Industrialisierung, Fortschritt und Technik, aber auch der Demokratisierung als abendländischer Exportartikel firmiert, „Wahlverwandtschaften“ (Flax 1996) zwischen Postmoderne und Feminismus entdeckt. Zum Beispiel das 'starke' Programm der Individualisierung (vgl. Beck u.a. 1996), die Berücksichtigung veränderter Lebensformen, die in den soziologischen Untersuchungen zur „postmodernen Familie“ auch als Chance und nicht nur als Verfallsform der bürgerlichen Familie thematisiert werden (vgl. Lüscher u.a. 1988), vor allem aber die neue Bedeutung der Differenz als grundlegender Struktur gesellschaftlicher Anerkennungsverhältnisse, scheinen die Nähe der neueren feministischen Theorien zu postmoderner Argumentation zu bestätigen. Außerdem reagieren die Theorien zur Postmoderne anscheinend sehr sensibel auf die dramatischen gesellschaftlichen Veränderungen auch in den Geschlechterverhältnissen (vgl. hierzu Wagner 1995, S. 221f.), gerade weil ihre Zeitdiagnose Bezug nimmt auf Sprache, Kommunikation und nicht nur auf soziale, sondern auch ästhetische Dimensionen der Kritik. Dennoch bleibt diese theoretische Begegnung ein allzu „prekäres Bündnis“ (Benhabib 1995, S. 231f.), weil, wie auch Jane Flax kritisiert, der Post-Modernismus bisher keine „positive Vision“ von Gerechtigkeit anbieten konnte oder angeboten hat. „Sogar in den radikalsten männlichen Theorien des Postmodernismus fehlt jede Berücksichtigung von Geschlecht als Herrschaftsbeziehung“ (ebenda, S. 230). Die Autorin besteht daher darauf, daß Diskurse über Gerechtigkeit nicht ohne Konzepte von Subjektivität auskommen. So

richtig es sei, daß adäquate Theorien über Gerechtigkeit nicht von einer transzendentalen oder abstrakten Vernunft vorgegeben sind, so widersprüchlich sei es, eine ästhetische Auffassung von Subjektivität zu vertreten, jedoch völlige Gleichgültigkeit gegenüber den in engen sozialen Beziehungen wurzelnden Aspekten von Subjektivität zu demonstrieren (ebenda, S. 238). Benhabib's Resümee aus der postmodernen Diskussion um Geschlechterdifferenz lautet: Die Anerkennung von Unterschieden und Wechselseitigkeit zwingt uns dazu, mit anderen zu verhandeln. Doch um diesen Prozeß der Verhandlung über Gerechtigkeit zu ermöglichen und aufrechtzuerhalten, „muß es ein Selbst geben, das Reziprozität wünscht, das unsere Verbundenheit und wechselseitige Abhängigkeit ohne Schrecken anerkennt“ (ebenda, S. 245).

Daß auch Judith Butler mit ihrer radikalen Dekonstruktion der Geschlechterdichotomie und der Kategorie 'Frau' nicht die politische Handlungsfähigkeit von Frauen und Frauenbewegungen einschränken oder aufheben will, ist von ihr selbst wie auch anderen inzwischen oft genug betont worden (vgl. Butler 1991; Lorey 1996). Denn auch ein feministisch dekonstruiertes Selbst ist in konkrete soziale Beziehungen eingebunden. „Es ist gleichzeitig körperlich, geschlechtlich, sozial und einzigartig. Es ist fähig, Geschichten zu erzählen und sich selbst auf alle diese Arten vorzustellen und zu erfahren.“ (Flax 1996, S. 239) Butlers Kritik an der Kategorie 'Frau' zielt also nicht notwendigerweise auf das Ende des Feminismus. Vielmehr geht es um die kritische Reflexion über die Grundlagen feministischer Theoriebildung und über nicht intendierte politische Konsequenzen. Es bedeutet, sich das Risiko klarzumachen, daß vom „Wir“ zu sprechen, immer verbunden ist mit der Konstitution von Ausschluß und möglicher Diskriminierung anderer (Lorey 1996).

Trotzdem ist m.E. zu Recht mit kritischem Blick speziell auf die Philosophie als Meta-Theorie des Feminismus davor gewarnt worden, das Philosophieren über Geschlechterdifferenz mit Feminismus als Form von Protest oder mit sozialer Bewegung zu verwechseln (Pechriggl 1992; vgl. auch Fraser 1993). Auch ist der Beitrag der anderen Disziplinen, vor allem auch der sozialwissenschaftlichen Frauenforschung einschließlich der erhellenden historischen Analysen, m.E. hinter den philosophisch und erkenntnistheoretischen Auseinandersetzungen gelegentlich aus dem Blick geraten. Es sind dies Untersuchungen und Ergebnisse, die sowohl zur Orientierung der Frauenbewegung dienen als auch den Kanon der Wissenschaften ums Ganze verändern. Dazu gehört die Analyse der Geschlechterverhältnisse wie der politischen Kämpfe der Frauenbewegungen in der Gegenwartsgesellschaft. Die grundlegende historische wie soziologische Kritik der bürgerlichen oder auch modernen Gesellschaft, ihrer Geschichte und Struktur beinhaltet den Nachweis ihrer geschlechtsspezifischen Strukturen in

allen gesellschaftlichen Bereichen, in der Familie, im Bereich gesellschaftlicher Produktion, in den Institutionen von Staat und Gesellschaft. Die Frage, die sich auf der Basis dieser Analysen stellt, lautet, ob wir die Gegenwart noch als Moderne kennzeichnen, oder inwieweit die als postmodern gekennzeichneten Veränderungen tatsächlich eine neue Epoche anzeigen bzw. eine Variation oder Transformation der Moderne andeuten. Feministische Analyse und Kritik hat die Geschlechterordnung der Moderne, ihre grundlegenden Widersprüche und ihre Ambivalenz, die Halbheiten und Schattenseiten von Anbeginn ins Zentrum ihrer politischen wie theoretischen Opposition gestellt, aber sie hat auch die uneingelösten Versprechen der Aufklärung, der Gleichberechtigung und die Vision von Demokratie beim Wort genommen und bis an die Wurzeln des Übels, d.h. radikal zu Ende gedacht. Wenn also Ambivalenzen, Zweifel und Kritik, aber auch Differenzen und Differenzierungen (vgl. etwa die Theorien der soziologischen Klassiker wie Emile Durkheim oder Georg Simmel zu Arbeitsteilung) bereits in der Moderne angelegt sind, so bezeichnen postmoderne Theorien eine weitere kritische Phase der reflexiv gewordenen Moderne. Als kritische Perspektive auf die Gegenwartsgesellschaft ist die Postmoderne nach meinem Verständnis daher keine neue Epoche, kein Gegensatz, vielmehr eine Anzeige für ihre durch neue Krisen veränderte Fortsetzung.

Während die postmoderne Kritik im Kontext der Sprach- und Kulturanalyse, der Familie und Geschlechterrollen produktive und befreiende Diskurse anzuregen vermag, dürfte sie jedoch als erkenntnistheoretische Position, die über Gesellschaft philosophiert, nicht neue Maximen aufstellen oder in das andere Extrem der Gleichgültigkeit gegenüber Unrecht und Herrschaft und damit in Beliebigkeit verfallen. In der Kritik an der neuzeitlichen Philosophie würde ich den Postmodernisten daher insoweit folgen, als sie herrschende Diskurse, falsche Verallgemeinerungen und Eindeutigkeiten bloßlegen und in Frage stellen. Allerdings haben sich postmoderne Theorien mit ihrem Stillschweigen in der Geschlechterfrage, aber auch durch die Betonung der Selbstbezüglichkeit sowie die Vernachlässigung der sozialen Bezüge und Konflikte zum Problem der Gerechtigkeit bisher kaum geäußert. Die Vollendung des politischen Projekts der Moderne, die Einlösung des Versprechens der Freiheit und Gleichheit aller Menschen, auch der Frauen, stünde damit auch in der Deutung der Postmoderne als Teil der Moderne noch aus.

6. Soziologischer Schluß, oder: warum wir eine neue Bewegung der Frauen brauchen

Die feministische Kritik bisheriger Formen des Politischen, der bestehenden symbolischen Ordnungen und gesellschaftlichen Institutionen aus der Perspektive der Geschlechterdifferenz, die Forderung nach Anerkennung fürsorglicher Praktiken hat eine neue Sensibilität für die Bedeutung von Unterschieden und wechselseitigen Abhängigkeiten geschaffen. Wechselseitigkeit ohne traditionelle Unterordnung und Abhängigkeiten aber zwingt dazu, die Verhältnisse und ihre Bewertung neu zu verhandeln. Träger solcher Aushandlungsprozesse, die den Status quo, das politische Establishment verändern sowie eine Umwertung geltender Ordnungen intendieren, können nur Gruppen und soziale Bewegungen sein, die in der zivilgesellschaftlichen Sphäre agieren und zu bestimmten Fragen und Streitpunkten Öffentlichkeit herstellen. Weil Koalitionen mit sozialen Bewegungen als Praxis der Opposition und Subversion notwendig sind, aber ist m.E. feministische Forschung nur als eine kritische Theorie denkbar und auch insofern ein nicht abgeschlossenes Unterfangen:

„Die Verhältnisse der Wirklichkeit, von denen die Wissenschaft ausgeht, erscheinen ihr nicht als Gegebenheiten, die bloß festzustellen und nach den Gesetzen der Wahrscheinlichkeit vorauszuberechnen wären. Was jeweils gegeben ist, hängt nicht allein von der Natur ab, sondern auch, was der Mensch über sie vermag.“ Wissenschaft „zielt nirgends bloß auf Vermehrung des Wissens als solchem ab, sondern auf die Emanzipation des Menschen aus versklavenden Verhältnissen“ (Horkheimer 1988, S. 217f.).

Gerade weil die Soziologie als eine wissenschaftliche Form der Beobachtung und Kritik der Moderne im Blick auf die „sozialen Tatsachen“, d.h. auf die nicht ökonomisch verrechenbaren oder individualpsychologisch deutbaren gesellschaftlichen Verhältnisse entstand, gibt sie uns ein geeignetes theoretisches Rüstzeug wie auch die angemessenen empirischen und hermeneutischen Methoden an die Hand, um die feministische Kritik als genuin soziologische zu formulieren. Als eine Form der Selbstbeobachtung der Moderne, in die wir involviert sind, kann (und will) sie niemals jene Distanz gewinnen, die jedes andere analytische Unternehmen verlangt. „Der Blick auf die Moderne ist leichter in Zeiten des Zweifels und des Fragens als in Zeiten der Selbstgewißheit. Die 'klassischen' Soziologen schrieben in einer solchen Zeit.“ (Wagner 1995, S. 9) In meiner Vision einer feministisch begründeten Sozialwissenschaft sind die gegenwärtigen Ungewißheiten für eine Zeit- und Gesellschaftsdiagnose zu nutzen, besteht unsere Aufgabe als Wissenschaftlerinnen heute darin, mit diesem Wissen für die nächste Bewegung der Frauen eine Brücke zu bauen und zu steter Neugier und Kritik anzuregen.

Anmerkungen

- 1 Die Klärung des Erfahrungsbegriffs verdanke ich den Diskussionen zwischen meinen Kolleginnen im 1999 eingerichteten Graduiertenkolleg der Frankfurter und Kasseler Universitäten unter dem Titel „Öffentlichkeiten und Geschlechterverhältnisse. Dimensionen von Erfahrung“.
- 2 Es ist interessant und bemerkenswert, daß das Angloamerikanische diesen Begriff nicht kennt, diese Gruppen vielmehr „consciousness-raising groups“ heißen.

Literatur

- Beck, Ulrich/Giddens, Anthony/Lash, Scott (1996): *Reflexive Modernisierung. Eine Kontroverse*. Frankfurt a.M.
- Benhabib, Seyla (1993): *Feminismus und Postmoderne. Ein prekäres Bündnis*. In: Benhabib, Seyla u.a. (Hg.): *Der Streit um Differenz. Feminismus und Postmoderne in der Gegenwart*. Frankfurt a.M., S. 9-31
- (1995): *Selbst im Kontext*. Frankfurt a. M.
- u.a. (Hg.) (1993): *Der Streit um Differenz. Feminismus und Postmoderne in der Gegenwart*. Frankfurt a.M.
- Bock, Petra (1995): *Zwischen den Zeiten – Neue Frauen und die Weimarer Republik*. In: Bock, Petra/Kobitz, Katja (Hg.): *Neue Frauen zwischen den Zeiten*. Berlin, S. 14-37
- Buechler, Steven M. (1990): *Women's Movement in the United States: Women Suffrage, Equal Rights and Beyond*. New Brunswick/London
- Butler, Judith (1991): *Das Unbehagen der Geschlechter*. Frankfurt a.M. (Originalausgabe: *Gender Trouble: Feminism and the Subversion of Identity*. New York/London 1990)
- Cohen, Jean L./Arato, Andrew (1992): *Civil Society and Political Theory*. Cambridge/Mass.
- Flax, Jane (1996): *Jenseits von Gleichheit: Geschlecht, Gerechtigkeit und Differenz*. In: Nagl-Docekal, Herta/Pauer-Studer, Herlinde (Hg.): *Politische Theorie – Differenz und Lebensqualität*. Frankfurt a.M., S. 223-250
- Fraser, Nancy (1993): *Pragmatismus, Feminismus und die linguistische Wende*. In: Benhabib, Seyla u.a. (Hg.): *Der Streit um Differenz. Feminismus und Postmoderne in der Gegenwart*. Frankfurt a.M., S. 145-160
- Friedan, Betty (1963): *The feminine mystique*. New York (dt. Ausgabe: *Der Weiblichkeitswahn oder die Mystifizierung der Frau*. Reinbek 1966)
- Gerhard, Ute (1992): *Westdeutsche Frauenbewegung: Zwischen Autonomie und dem Recht auf Gleichheit*. In: *Feministische Studien*, 10. Jg., Heft 2, S. 35-55
- (1999a): *Atempause. Feminismus als demokratisches Objekt*. Frankfurt a.M.
- (1999b): *Atempause: Die aktuelle Bedeutung der Frauenbewegungen für eine zivile Gesellschaft*. In: Gerhard, Ute: *Atempause. Feminismus als demokratisches Objekt*. Frankfurt a.M., S. 157-178

- (1999c): Die Töchter der Emanzipation – Das Generationenproblem in der Frauenbewegung. In: Gerhard, Ute: *Atempause. Feminismus als demokratisches Objekt*. Frankfurt a.M., S. 179-193
- Horkheimer, Max (1988): Nachtrag zu „Traditionelle und kritische Theorie“ (zuerst 1937). In: Horkheimer, Max: *Gesammelte Schriften*. Hrsg. von Alfred Schmidt und Gunzelin Schmid Noerr. Band 4: *Schriften 1936-1941*. Hrsg. von Alfred Schmidt. Frankfurt a.M., S. 217-226
- Jenson, Jane (1995): *Extending the Boundaries of Citizenship: Women's Movements of Western Europe*. In: Basu, Amrita (Ed.): *The Challenge of Local Feminisms: Women's Movements in Global Perspective*. Boulder, S. 405-434
- Kambartel, F. (1972): „Erfahrung“. In: *Historisches Wörterbuch der Philosophie*. Hrsg. von Joachim Ritter. Band 2: D-F. Basel/Stuttgart, S. 609-618
- Klein, Ansgar/Legrand, Hans-Josef/Leif, Thomas (Hg.) (1999): *Neue soziale Bewegungen*. Opladen/Wiesbaden
- Knapp, Gudrun-Axeli/Landweer, Hilge (1995): „Interdisziplinarität“ in der Frauenforschung: Ein Dialog. In: *L'Homme*, 6. Jg., Heft 2, S. 6-38
- Landweer, Hilge/Rumpf, Mechthild (1993): Kritik der Kategorie „Geschlecht“. Streit um Begriffe, Streit um Orientierungen, Streit der Generationen. In: *Feministische Studien*, 11. Jg., Heft 2, S. 3-9
- Lorey, Isabell (1996): *Immer Ärger mit dem Subjekt. Theoretische und politische Konsequenzen eines juristischen Machtmodells*: Judith Butler. Tübingen
- Lüscher, Kurt/Schultheis, Franz/Wehrspan, Michael (Hg.) (1988): *Die postmoderne Familie*. Konstanz
- MacKinnon, Catherine (1989): *Feminismus, Marxismus, Methode und der Staat: Ein Theorieprogramm*. In: List, Elisabeth/Studer, Herlinde (Hg.): *Denkverhältnisse. Feminismus und Kritik*, Frankfurt a.M., S. 86-132
- McClurg Mueller, Carol/Morris, Aldon D. (Hg.) (1992): *Frontiers in Social Movement Theory*. New Haven, et al.
- Mannheim, Karl (1969): *Das Problem der Generationen* (zuerst 1928/29). In: Friedeburg, Ludwig v. (Hg.): *Jugend in der modernen Gesellschaft*. Köln/Berlin, S. 23-48
- Melucci, Alberto (1999): *Soziale Bewegungen in komplexen Gesellschaften*. In: Klein, Ansgar/Legrand, Hans-Josef/Leif, Thomas (Hg.): *Neue soziale Bewegungen*. Opladen/Wiesbaden, S. 114-130
- Metz-Göckel, Sigrid (1989): *Die zwei (un)geliebten Schwestern. Zum Verhältnis von Frauenbewegung und Frauenforschung im Diskurs der neuen sozialen Bewegungen*. In: Beer, Ursula (Hg.): *Klasse Geschlecht: feministische Gesellschaftsanalyse und Wissenschaftskritik*. Bielefeld, S. 28-66
- Neidhardt, Friedhelm (1985): *Einige Ideen zu einer allgemeinen Theorie sozialer Bewegungen*. In: Hradil, Stefan (Hg.): *Sozialstruktur im Umbruch*. Opladen, S. 193-204
- Nicholson, Linda J. (Hg.) (1990): *Feminism/Postmodernism. Thinking Gender*. New York/London

- Nussbaum, Martha (1996): Onora O'Neill: Gerechtigkeit, Geschlechterdifferenz und internationale Grenzen. Ein Kommentar. In: Nagl-Docekal, Herta/Pauer-Studer, Herlinde (Hg.): Politische Theorie. Differenz und Lebensqualität. Frankfurt a.M., S. 451-468
- Pateman, Carole (1992): Gleichheit, Differenz, Unterordnung. Die Mutterschaftspolitik und die Frauen in ihrer Rolle als Staatsbürgerinnen. In: Feministische Studien, 12. Jg., Heft 1, S. 54-69
- Pechtrigg, Alice (1992): Die Philosophin und die Frauenbewegung. In: Pellikaan-Engel, Maja E. (Hg.): Against Patriarchal Thinking, Proceedings of the VIth Symposium of the International Association of Women Philosophers. Amsterdam, S. 297ff.
- Rammstedt, Ottheim (1978): Soziale Bewegung. Frankfurt a.M.
- Raschke, Joachim (1988): Soziale Bewegungen. Ein historisch-systematischer Grundriß. Frankfurt a.M.
- Rucht, Dieter (1994): Modernisierung und neue soziale Bewegungen. Deutschland, Frankreich und USA im Vergleich. Frankfurt/New York
- Scott, Joan W. (1992): „Experience“. In: Butler, Judith/Scott, Joan W. (Hg.): Feminist Theorize the Political. London/New York, S. 22-40
- Smelser, Neil J. (1972): Theorie kollektiven Verhaltens. Köln
- Susman, Margarete (1992): Das Frauenproblem in der gegenwärtigen Welt. In: Susmann, Margarete: Das Nah- und Fernsein des Fremden. Essays und Briefe. Hrsg. und mit einem Nachwort versehen von Ingeborg Nordmann. Frankfurt a.M., S. 143-167
- Wagner, Peter (1995): Soziologie der Moderne. Frankfurt/New York
- Young, Iris M. (1994): Geschlecht als serielle Kollektivität: Frauen als soziales Kollektiv. In: Institut für Sozialforschung (Hg.): Geschlechterverhältnisse und Politik. Frankfurt a.M., S. 221-261
- Zahn-Harnack, Agnes v. (1931): Die Leipziger Bundestagung. In: Die Frau, 39. Jg., Heft 2, S. 65

I.

Feministische Wissenschaftspraxis zwischen Subversion und Normalisierung

Barbara Holland-Cunz

Zwanzig Jahre wissenschaftliche Revolution? Über Normalisierungen und Zukunftswege der feministischen Forschung

Seit nunmehr bald zwanzig Jahren gehen die hochschulpolitischen Meinungen darüber, ob die Frauen- und Geschlechterforschung eine wissenschaftliche Revolution ausgelöst habe, deutlich auseinander. Auch wenn es um die Kontroverse mittlerweile still geworden ist, streiten politisch engagierte Frauen und Männer an Universitäten und Fachhochschulen stets wieder neu um diese alte Frage, wenn etwa Professuren zu besetzen oder Gelder zu vergeben sind. Innovationsfähigkeiten und -leistungen des einschlägigen Forschungsfeldes werden dann fast immer strittig verhandelt. Und selbst wenn heute keine mehr ernsthaft von einer feministisch erfochtenen wissenschaftlichen Revolution sprechen mag, ist doch die weniger drastische, gleichwohl identische Frage nach dem Paradigmenwechsel in den Sozialwissenschaften noch immer nicht beantwortet. Als Mythos, Ideal und Anspruch ist der Begriff des Paradigmenwechsels in allen Sozial- und Kulturwissenschaften ein gerne verwendeter Topos, um die je eigenen wissenschaftlichen Hervorbringungen zu adeln; dies gilt keineswegs nur für feministisch orientierte Forscherinnen.

Schon Anfang der achtziger Jahre, also lange vor der allgemeinen Institutionalisierung von Frauenforschungsprofessuren und -zentren an bundesdeutschen Hochschulen, bestand zwischen Feministinnen jedoch keine grundsätzliche Einigkeit in der „Paradigmen-Frage“. Die wissenschaftstheoretische Position der Protagonistinnen des Paradigmenwechsels, idealtypisch formuliert bei Maria Mies (1984, S. 44; vgl. auch Mies 1978), blieb, obgleich sie lange Mehrheitsposition war, nicht unwidersprochen. Ich möchte insbesondere an einen mutigen Text von Marlis Krüger aus dem Jahr 1987 erinnern, in dem sie dezidiert den Anspruch zurückweist, bei den einschlägigen feministischen Vorschlägen handele es sich tatsächlich um ein „alternatives Paradigma“ (Krüger 1987, S. 61). Krüger sieht jedoch nicht unerhebliche Chancen für post-positivistische, kritische wissenschaftstheoretische Weiterentwicklungen (vgl. Krüger 1987, S. 69f.). Die Chancen für Neues werden bei Marlis Krüger somit nicht vollständig, aber dezidiert mit Blick auf die zentrale „Paradigmen-Frage“ verneint.

Aus der Sicht des feministischen Forschungsalltags heute erscheint der Krügersche Text im Rückblick allerdings weder besonders mutig noch außerordentlich überraschend. Die paradigmatische Emphase für die eigene Arbeit hat nachgelassen, der universitäre Alltag ist zur Routine geworden, die „Paradig-

men-Frage“ eher zum strategischen Argument mutiert. Daß Marlis Krüger vor beinahe anderthalb Jahrzehnten mit ihren Überlegungen die „heilige feministische Kuh“ der ganz neuen feministischen Wissenschaftsperspektive geschlachtet hat, möchte ich jedoch ausdrücklich als vorausschauenden und verdienstvollen Tabubruch würdigen. Selbst eine der herausragendsten und prominentesten feministischen Wissenschaftstheoretikerinnen, Sandra Harding, spricht noch 1986 davon, „... daß wir sowohl die Wissenschaft als auch das theoretische Denken ... neu erfinden müssen, um der gesellschaftlichen Erfahrung der Frauen ihren Sinn und ihre Bedeutung abzugewinnen“ (Harding 1990, S. 274).

Marlis Krügers ungewöhnliche Positionierung war allerdings eher vergeblich. Nicht nur als taktisches Argument in hochschulpolitischen Auseinandersetzungen, sondern auch als gleichsam identitätspolitisches Profil feministischer Forscherinnen hat sich bis heute die These vom ganz neuen feministischen Denken in Grundzügen erhalten. Noch immer werden regelmäßig auf Tagungen und in Sammelbänden die Disziplinen der jeweiligen Wissenschaftlerinnen mit dem Gestus wissenschaftlicher Revolution dekonstruiert. Sehr leicht ist sogar fächerübergreifend Konsens zwischen ansonsten einander eher neutral gesonnenen Kolleginnen zu erzielen, wenn die Rede auf die patriarchale, sexistische, normalwissenschaftliche scientific community gelenkt wird. Frau ist sich dann schnell über die wissenschaftliche Qualität des neuen Eigenen gegenüber dem verbrauchten Anderen einig, eine Einigkeit, die aufgrund ihrer Durchsichtigkeit einen schalen Beigeschmack hinterläßt. Die vorschnelle Einigkeit glättet nicht nur persönliche, sondern vor allem auch wissenschaftstheoretische und -politische Kontroversen. Auf diese Weise wirkt heute noch unterschwellig die Vorstellung vom feministischen Paradigmenwechsel in der herrschenden Wissenschaft.

Thomas Kuhn revisited

Bei einem nüchternen Rückblick auf die Kuhnschen Thesen wird jedoch deutlich, daß die alte Idee des Paradigmenwechsels qua Frauen- und Geschlechterforschung eher der legitimen hochschulpolitischen Emphase und Selbstermutigung denn einer genauen Lesweise des wissenschaftshistorischen, erkenntniskritischen Klassikers entspricht. Kuhn definiert die wissenschaftliche Revolution, den Paradigmenwechsel, als weitreichende Weltbildveränderung, plötzlichen Gestaltwandel und „wachsende Verlagerung der fachwissenschaftlichen Bindungen“ (vgl. Kuhn 1976, S. 123ff., S. 161, S. 169). Aus diesen Begriffen wird ersichtlich, daß die feministische „Paradigmen-Frage“ mit einem klaren „Nein“ beantwortet werden muß, denn eine weitreichende Veränderung

des wissenschaftlichen Weltbildes und der herrschenden theoretischen Bindungen hat feministische Wissenschaftspraxis im patriarchalen Betrieb nicht erzeugen können. Selbst ein Verweis auf die Phasen der Anomalien und Entdeckungen sowie der Krisen und theoretischen „Wucherungen“, die, Kuhn (1976, S. 65-89) zufolge, einer wissenschaftlichen Revolution vorausgehen, bringt keine zusätzlichen Hinweise auf die Plausibilität des Feminismus als neuem Paradigma. Allerdings beschreibt Kuhn hier sehr schön die zunehmende Starrheit der Normalwissenschaft (vgl. Kuhn 1976, S. 77).

In genau diesem Sinne interessant und wissenschaftskritisch höchst brauchbar sind die Kuhnschen Beschreibungen der normalwissenschaftlichen Arbeit: „In keiner Weise ist es das Ziel der normalen Wissenschaft, neue Phänomene zu finden ...“ (Kuhn 1976, S. 38). „Aufräumtätigkeiten (sic) sind das, was die meisten Wissenschaftler während ihrer gesamten Laufbahn beschäftigt ...“ (ebenda). Wissenschaft in ihrem normalen Gang ist demnach „... wenig bestrebt ..., bedeutende Neuheiten hervorzubringen, sei es als Begriff oder Phänomen“ (Kuhn 1976, S. 49); unerwartete Neuheiten werden gar nicht erst angestrebt (vgl. ebenda). Kuhn selbst markiert diese Befunde als „vielleicht überraschendste Eigenart der normalen Forschungsprobleme“ (ebenda). Der Eindruck der Langeweile und Ödnis liegt über diesen Zeilen, obgleich Kuhn durchgängig das Engagement und die Identifikation der Betreiber normalwissenschaftlicher Arbeit mit ihrer Tätigkeit des „Rätsellösens“ betont. Kuhn spricht gar vom „Enthusiasmus“ und der „Hingabe der Wissenschaftler an die Probleme der normalen Forschung“, von „Faszination“ und „Herausforderung“ (Kuhn 1976, S. 50).

Aus den Kuhnschen Beschreibungen können, mit dem Abstand von nunmehr vielen Jahren, einige Überlegungen entwickelt werden, die sich auf die deutsche feministische Wissenschaftshistorie beziehen. Vielleicht können diese Hypothesen die anfängliche Euphorie genauso erklären helfen, wie sie den aktuellen Zustand in einigen Konturen aufhellen.

Erstens erscheinen die anfangs emphatischen Selbstinterpretationen in der „Paradigmen-Frage“ plausibel und überzeugend, wenn sie vor allem als *Interpretationen gegen* die Ödnis und Starrheit der Normalwissenschaft verstanden werden, also gleichsam als *Anti-Identifikationen, Kontrastsetzungen* gegen die Normalität an Stelle eines affirmativen, positiven Bezugs auf den Begriff des Paradigmenwechsels. Verglichen mit der sexistischen Langeweile des normalwissenschaftlichen Alltags mußten den Protagonistinnen des Anfangs die eigenen wissenschaftlichen Arbeiten als geradezu revolutionär neu erscheinen. Als newcomer innerhalb der scientific community mußten deren Reputationskriterien, Rituale und rigorosen Hierarchien diejenige irritieren, die aus einer basisdemokratischen, dem Aufbruch und der Transformation verpflichteten

sozialen Bewegung kam und unter wissenschaftlicher Arbeit vor allem im Miesschen Sinne Veränderungsarbeit und Forschung für Frauen verstand. Als in der scientific community noch Ungeübte, Fremde, Marginalisierte wurde die Wissenschaft als ambivalenter Ort gedacht: zum einen implizit unterlegt mit den positiven Mythen von Wahrheitssuche und nachhaltiger Reflexion, zum anderen erlebbar geformt durch patriarchale Exklusionen, Ideologien und Herrschaftsgesten. Daß auf diesem Hintergrund die neue, noch nicht routinisierte, eigene Arbeit als das ganz Andere gedacht, erlebt und inszeniert wurde, erscheint rückblickend ausgesprochen verständlich.

Zweitens: Mit dem Verweis auf die normalwissenschaftliche Starrheit der sozialen und theoriepolitischen Strukturen evoziert der Subtext der Kuhnschen Argumente – entgegen den expliziten Beteuerungen der Hingabe – eine intuitiv erkennbare Beschwerlichkeit der konkreten Wissenschaftspraxis. Wie unter solchen normal(wissenschaftlich)en Voraussetzungen überhaupt Hingabe entstehen kann, ist eine auch bei Kuhn implizierte Frage (vgl. ebenda). Es ließe sich vermuten, daß neben der beschriebenen Kontrastsetzung auch eine explizite *Selbstermutigung* in die emphatischen Selbstinterpretationen eingegangen ist. Um einen Ort ertragen zu können, der der Hierarchie und Langeweile statt kollektiver Reflexion und Wißbegierde verpflichtet ist, ist es möglicherweise unverzichtbar, sich deutlich von den Personen und Praktiken dieses Ortes zu distanzieren und sich gleichsam Mut zuzusprechen. Es könnte auch eine Selbstermutigung sein, nicht selbst in Hierarchien, Rituale und Routinen und schließlich in wissenschaftliche Ödnis zu verfallen. Gegenüber dem ersten Aspekt, der auf anfängliche Kontrasterfahrungen rekurriert, möchte ich mit diesem Punkt bewußte, legitime Immunisierungsversuche gegen die schlechte Realität der scientific community unterstellen.

Drittens erhellen die Kuhnschen Überlegungen mittelbar auch die aktuelle Situation der institutionalisierten Frauen- und Geschlechterforschung, selbst wenn außer Frage steht, daß diese Institutionalisierung noch immer eher prekär, häufig marginal und potentiell gefährdet ist. Daß sich die anfängliche Euphorie und Emphase im Laufe der vergangenen fast zwei Jahrzehnte allmählich aufgelöst hat, ist mit der zunehmenden Einbindung der Protagonistinnen in den normalwissenschaftlichen Alltag leicht zu erklären. Diese Integration impliziert mit Kuhn potentiell mehreres: erlernte Hingabe ans alltägliche Rätsellösen; *professionalisierte Selbstansprüche* im Sinne einer Zufriedenheit mit diesen kleinen Schritten; Eingewöhnung und Einübung in die ritualisierten Kommunikationsformen in der scientific community. Die Strukturen der Wissenschaft haben die Protagonistinnen sozialisiert und verändert, mehr als sie die Strukturen haben verändern können. Positiv gedeutet erzeugt dies Vertrautheit mit der

eigenen Arbeit, daraus erwachsende gesteigerte theoretische und methodische Sicherheit sowie größere persönliche Selbstsicherheit. Die Identifikation mit einer Arbeitspraxis, die zugleich individuell kreativ und gesellschaftlich hoch angesehen ist, ist für Frauen, das möchte ich so generell sagen, eine außergewöhnlich positive Erfahrung. Im Unterschied zur bewußten Kontrastsetzung und zur strategischen Selbstermutigung gegen die Beschwerden der Normalwissenschaft scheint mir diese positive professionelle Identifikation ungleich haltbarer zu sein, basiert sie doch auf genauer Kenntnis der Binnenstrukturen und langjähriger Berufserfahrung.

Viertens schließlich geht damit jedoch eine eklatante wissenschaftspolitische und politische *Desillusionierung* einher. Zu erleben, daß die Starrheit und Langeweile der wissenschaftlich vergemeinschaftenden Strukturen veränderungs-resistenter sind als ursprünglich angenommen, konnte die emphatischen Protagonistinnen des Anfangs eigentlich nur frustrieren, ja vielleicht sogar politisch beschämen. „Aufräumtätigkeiten“ statt „Weltbildveränderung“, Integration statt Transformation, Zufriedenheit statt mutige Verweigerung, Identifikation statt Anti-Identifikation, Rätsellösen statt Gestaltwandel, kurz Normalwissenschaft statt wissenschaftlicher Revolution: Diese bedeutende Veränderung von Selbstverständnis und eigener Forschungspraxis muß erst einmal als individuelle und kollektive politische Erfahrung verarbeitet werden. Die Möglichkeiten der Verarbeitung lassen sich dabei auf einem virtuellen Kontinuum ansiedeln, an dessen einem Pol die fraglose Übernahme aller normalwissenschaftlichen Strukturbedingungen steht, an dessen anderem Pol die Verweigerung, der Ausstieg, die Absage an die wissenschaftliche Arbeit zu verorten ist. Daß letztere Haltung vergleichsweise selten zu beobachten war und ist, möchte ich ausdrücklich festhalten. Ein Scheitern an den ursprünglichen Idealen hat also zwei mögliche Gesichter: die fraglose Integration ebenso wie die Verweigerung.

Normalwissenschaft und Normalisierung

Daß die Protagonistinnen der emphatischen Anfangszeit keine wissenschaftliche Revolution hervorgebracht haben, ist ihnen angesichts der weitreichenden Implikationen der Kuhnschen Begrifflichkeit nicht anzulasten. Kritisch anzumerken wäre – im Sinne Krügers – allerdings der von Anfang an verfehltete Anspruch der Etablierung eines neuen Paradigmas, also gleichsam eine Fehlinterpretation, gar Nicht-Interpretation des Kuhnschen Textes. Die aus heutiger Sicht am Werk orientierten Erklärungen für die Ausgangssituation (Kontrastsetzung und Selbstermutigung) und für die wissenschafts-zeitgeschichtliche Entwicklung (Professionalisierung und Desillusionierung) lassen jedoch sogar eine

textliche Fehlinterpretation plausibel erscheinen. Sie lassen allerdings die Anpassungen der ehemaligen „Revolutionärinnen“ an die herrschende normalwissenschaftliche Alltagspraxis ebenso deutlich hervortreten. Pointiert ausgedrückt ließe sich die These formulieren, daß innerhalb der Frauen- und Geschlechterforschung eine *Normalisierung zur Normalwissenschaft* stattgefunden hat. Die „Normalisierungen des Feminismus“ betreffen die wissenschaftlichen wie die politischen Akteurinnen (vgl. Holland-Cunz 1998, S. 9ff.).

„Normalwissenschaft“ im Kuhnischen Verständnis ist freilich nicht mit „Normalisierung“ im Sinne Michel Foucaults identisch. Zwar zeichnet die Normalwissenschaft eine gesellschaftliche Mächtigkeit aus, doch bleiben bei Kuhn im Unterschied zu Foucault durchaus Rudimente der Vorstellung erhalten, daß Wissenschaft wesentlich auch eine an innerwissenschaftlichen Prinzipien orientierte Praxisform ist, die nicht restlos in den Macht-Wissen-Komplex verstrickt ist. Kuhn leugnet außerwissenschaftliche Einflüsse auf den innerwissenschaftlichen Prozeß der Wissensgenerierung keineswegs, doch hält er an intrinsischen Motiven und eigenlogischen Prozessen in der Wissenschaft fest. Vor allem aber hält er an dieser Dualität (Außerwissenschaftliches versus Innerwissenschaftliches) fest, eine Perspektive, die für Foucaults wissensbezogene Arbeiten von der frühen „Ordnung der Dinge“ (Foucault 1995) bis zum „Wille zum Wissen“ (Foucault 1991) keinerlei Gültigkeit hat. Hier wird der Mythos einer hehren Eigenlogik gründlich zerstört, und sei er auch nur noch in Rudimenten präsent. An einem nicht ganz unbedeutenden Punkt allerdings berühren sich die Anliegen von Kuhn mit denen von Foucault in „Die Ordnung der Dinge“; in den Worten Foucaults: „Was ich jedoch erreichen wollte, war, ein *positives Unbewußtes* des Wissens zu enthüllen: eine Ebene, die dem Bewußtsein des Wissenschaftlers entgleitet und dennoch Teil des wissenschaftlichen Diskurses ist ...“ (Foucault 1995, S. 11f.). Beide, Thomas Kuhn und Michel Foucault, analysieren damit die Ebene der wissenschaftlichen Intuitionen.

Doch *die Analytik der Macht* ist etwas anderes. Sie kann, muß aber nicht zu der These (ver)föhren, daß Normalwissenschaft eine normalisierende Wissenspraxis darstellt. Für Kuhn ist die Normalwissenschaft nicht zentrales Element eines Machtnetzes, das die moderne Form gesellschaftlicher Herrschaft darstellt. Für Kuhn ist die Zugehörigkeit zur Normalwissenschaft sogar höchst ehrenwert und ehrenvoll, der „Normalwissenschaftler“ darf sich als Teil des gesellschaftlich und wissenschaftlich anerkannten main stream betrachten. Teil der normalisierenden Macht zu sein, ist dagegen vielleicht unvermeidlich, bietet jedoch für „Revolutionärinnen“ keine positiven Selbstdeutungsmuster: normieren, qualifizieren, disziplinieren, differenzieren, klassifizieren, sanktionieren, hierarchisieren, konformisieren, homogenisieren, zugleich individualisieren,

subjektivieren (vgl. Foucault 1998, S. 229ff.) – all dies sind wahrlich keine Tätigkeiten, die unter die transformativen, machtkritischen subsumiert werden können. Während demnach mit Kuhn normalwissenschaftliche Wissenspraxis durchaus als wünschenswert betrachtet werden kann, muß mit Foucault normalisierende Wissenspraxis kritisch als Disziplinartechnik beschrieben werden; ersteres impliziert aner kennenswerte Leistungen, letzteres machtvolle Unterwerfungen. Beide Stichworte bezeichnen Weisen der fraglosen Integration, nicht der Verweigerung.

Eine so scharfe Polarisierung aus einer Kuhnschen und einer Foucaultschen Perspektive ist jedoch nicht auf den ersten Blick erklärungs mächtig, zumindest nicht auf der Ebene ausschließlich theoretischer Erörterungen. Die pointierte These von der feministischen Normalisierung zur Normalwissenschaft könnte auch durch eine These abgelöst werden, die die Lage der Frauen- und Geschlechterforschung gleichsam zwischen den Extremen normalwissenschaftlicher Leistung und normalisierender Herrschaft ansiedelt. Um den Realitätsgehalt möglicher Verortungen zu prüfen, muß sich der Blick zunächst einmal auf die Feinstrukturen der scientific community richten.

Mächtige Mikrostrukturen der Normalwissenschaft

Aus meinen eigenen Beobachtungen über die Strukturen des wissenschaftlichen Alltags möchte ich nur einige Aspekte hervorheben, die auf eine noch immer vorhandene eklatante sexistische Diskriminierung verweisen: Reputations- und Anerkennungsstrukturen orientieren sich an Vater-Sohn- oder Bruder-Konstellationen; die erfolgreiche und erfolgversprechende Einpassung in bestehende Forschungskulturen verläuft über diesen sozial männlichen Sozialisationsweg; Positionen werden über persönliche Bekanntschaften vergeben oder deren Erlangung wird dadurch zumindest erleichtert; die wissenschaftliche Selbstgerechtigkeit mittelmäßiger Kollegen wird von niemandem im Fach bestritten; deren taktisch überzogene Ansprüche an höchst qualifizierte Frauen erscheinen so absolut legitim; wechselseitige männliche Verharmlosungen und Deckung von Belästigungen und Diskriminierungen sind an der Tagesordnung; die Kommunikationsregeln sind stark ritualisiert und befriedigen das Gefühl der eigenen Bedeutsamkeit; routinisierte Strategien und Argumente gegen Frauenförderung und die Flexibilität, sich auf feministische Ansprüche rhetorisch einzustellen, sind mittlerweile deutlich ausgeprägt; wirkliches intellektuelles Vertrauen wird nur dem sozial bzw. politisch bzw. geschlechtlich Ähnlichen entgegengebracht; der Raum Hochschule funktioniert nach den Regeln der Homosozialität, d.h. Frauen werden selbst bei unübersehbarer Anwesenheit

weniger oder gesondert wahrgenommen (vgl. auch Holland-Cunz 2001a und 2001b).

In einem von Beate Krais editierten, im Frühjahr 2000 erschienenen hervorragenden Sammelband zu „Wissenschaftskultur und Geschlechterordnung“ (Krais 2000a) findet sich über die Texte verstreut eine Reihe weiterer Hinweise: Wissenschaft ist eine „Lebensform“, die die ganze Person verlangt; die AkteurInnen verkörpern die Strukturen; nicht nur die wissenschaftliche Leistung, sondern ganz wesentlich auch das Auftreten als Zugehörige entscheiden über die Leistungsbeurteilung durch andere; d.h. nicht nur die Leistung, sondern auch die Person wirkt auf die Anerkennungschancen; das wissenschaftliche Feld ist agonal strukturiert, doch Frauen werden zum Konkurrenz-Spiel der Männer nicht zugelassen; zudem empfinden Frauen dies nicht als Spiel, sondern als „bitter ernste(n) Kampf“ (vgl. Krais 2000c, S. 31, 38, 41, 44, 47, 48); das meritokratische Modell ist tief im wissenschaftlichen Bewußtsein verankert und führt zum Bestreiten von Vorurteilen; an „Eliteeinrichtungen“ läßt sich eine stärkere geschlechtsspezifische Stratifikation beobachten; geschlechtsspezifisch stereotype Erwartungen führen oft zu einem entsprechend bestätigenden, gleichwohl unbewußt stereotypen Handeln; Geschlechterstereotype wirken besonders stark in „Gruppen mit sehr ungleicher Geschlechterzusammensetzung“; Informationen, die die Stereotype bestätigen, werden dort eher aufgenommen, während Gegeninformationen ignoriert werden; WissenschaftlerInnen müssen sich heute zunehmend der Wissenschaftsverwaltung widmen, eine Tatsache, die die geschlechtsspezifischen Stereotype der Wissenschaft mit denen des Managements potenziert (vgl. Bielby 2000, S. 58f., 74, 65, 72, 73, 76f.); Frauenförderung durch einzelne Professuren ist erheblich von der jeweils fördernden Person abhängig; formalisierte Strukturen erscheinen egalitärer; das Auftreten als potentielle Bewerberin wird bei Frauen als „nahezu unsittlich“ wahrgenommen; in Studiengängen mit hohem Frauenanteil haben Männer besonders gute Chancen auf Nachwuchsförderung, sogar durch Professorinnen (vgl. Geenen 2000, S. 91, 93, 96, 101f.); das Gutachterwesen funktioniert als „Vetternwirtschaft“ und benachteiligt Frauen systematisch (vgl. Wenneras/Wold 2000).

Obwohl Krais zu Recht bemängelt, daß noch immer zu wenig über die innerwissenschaftlichen Strukturen bekannt sei (vgl. Krais 2000b, S. 17, 23), läßt sich doch, ausgesprochen müheelos, ein solch breites Spektrum konkreten Erfahrungswissens festhalten, das „nur“ etwas systematischer bearbeitet werden müßte. Das wenig überraschende, allen feministisch orientierten Wissenschaftlerinnen bekannte, aus den genannten Fakten ableitbare Fazit lautet: Die mächtigen Mikrostrukturen der Normalwissenschaft funktionieren noch immer in erster Linie gegen Frauen und feministische Forscherinnen. Die Normal-

wissenschaft ist weitgehend mit dem male stream identisch. Trotz Frauenförderung und Frauenforschung haben sich die Strukturen und die Akteure der scientific community in den vergangenen zwei Jahrzehnten nur wenig in Richtung tatsächlicher Gleichheit bewegt, auch wenn die Sexismen insgesamt subtiler geworden sein mögen.

Den *eigenen* Anteil an der Reproduktion der herrschenden Strukturen des Wissenschaftsbetriebes sollte aber keine feministische Wissenschaftlerin vergessen. Durch eine immer wieder aufgebrachte Geduld mit beobachteten Diskriminierungen, durch Distanzierungen an Stelle von Solidarisierungen zwischen Frauen, durch mit Schwesterlichkeit kaschierte berufsfeministische Hierarchien und Machtanmaßungen, durch die unbewußte Übererfüllung betrieblicher Strukturansforderungen, durch das Eingefangenwerden mittels fragiler Anerkennungs- und Integrationsversprechen, durch den Spagat zwischen Loyalitätserwartungen von innen (Männer) und außen (Frauen), durch vorauseilenden Gehorsam oder zumindest vorauseilende Verzagttheit in hochschulpolitischen Konfliktkonstellationen und durch häufig mangelnde Reflexion erwarteter Habitualisierungen tragen auch Frauenforscherinnen zum reibungslosen Funktionieren der normalwissenschaftlichen In- und Exklusionen bei (vgl. auch Holland-Cunz 2001b). Elke M. Geenen berichtet zudem aus einer empirischen Studie von einem bestürzenden Phänomen: „Von der Tendenz her ergibt sich folgender Wahrnehmungsmodus: Je höher die Frau in der Hierarchie angesiedelt ist, desto weniger fach- bzw. hochschulinterne Barrieren für Frauen nimmt sie wahr und um so stärker wird die geringe bzw. fehlende Präsenz von Frauen im wissenschaftlichen Personal individuellen Faktoren ... zugeschrieben.“ (Geenen 2000, S. 84f.).

Die Einschätzung all dieser konkreten Befunde zur Verortung der Frauen- und Geschlechterforschung ist nicht ganz einfach. Gegenüber den zahllosen Fakten von meßbarer Frauendiskriminierung durch Wissenschaftler sind die Fakten einer Frauendiskriminierung durch Wissenschaftlerinnen quantitativ und qualitativ sicherlich unbedeutend. Schon die noch immer eklatante Ungleichheit bei der Verteilung der Professuren entlastet Frauen rein statistisch. Doch die Reproduktion des Wissenschaftsbetriebes mit seinen herrschaftlichen In- und Exklusionen wird mittlerweile auch von Wissenschaftlerinnen unreflektiert betrieben und stellt kaum noch ein Thema feministischer Auseinandersetzung dar. Nicht in den verbeamteten Wissenschaftsbetrieb integrierte Feministinnen fragen zu Recht, ob denn keine mehr die Wissenschaft als Ganzes verändern will. In diesem Sinne sind feministische Wissenschaftlerinnen heute zu einem Teil der Normalwissenschaft geworden – mit Kuhn eine wissenschafts-logische Integrationsleistung und ein geschlechterpolitischer Fortschritt. Folgt eine jedoch der alten, scharfen feministischen Wissenschaftskritik, dann liegt der

Foucaultsche Ansatz der Normalisierung mindestens genauso nahe, dann haben die Strukturen der scientific community die Protagonistinnen tatsächlich mehr verändert als diese die herrschenden Strukturen.

An dieser Stelle wird häufig das Argument bemüht, daß eine so kleine Minderheit nicht veränderungsmächtig genug sei, um eine Umstrukturierung oder gar Revolutionierung der Verhältnisse hervorzubringen. Ich habe dieses Argument immer mit einer gewissen Skepsis betrachtet, da es nicht selten dazu dient, das falsche Leben im Falschen wortreich zu legitimieren. Von einer feministischen Normalisierung zur Normalwissenschaft möchte ich deshalb *in einem Sinne dezidiert* sprechen: Wo kritische Reflexion der herrschenden Verfahren und Mechanismen nicht mehr regelmäßig stattfindet, wo fraglos den ritualisierten Regeln gefolgt wird, wo das „Spiel“ bruchlos zur eigenen Orientierung wird, muß von einem normalisierenden Umgang mit den Subjekten in der Wissenschaftspraxis gesprochen werden. Das Risiko des Einspruchs, des Widerspruchs, der Kritik ist nicht so gewaltig, als daß nicht von Feministinnen erwartet werden könnte, dieses Risiko immer wieder einzugehen.

Vier Zukunftsszenarien der feministischen Forschung

Abschließend möchte ich vier Szenarien beschreiben, die systematisch mögliche Entwicklungswege der feministischen Wissenschaftspraxis skizzieren. Wie alle Szenarienentwürfe dienen auch die folgenden vier weniger der exakten Prognose kommender Ereignissen als vielmehr der Erhellung der Gegenwart. Pamela McCorduck und Nancy Ramsey konturieren in „Die Zukunft der Frauen“ den analytischen Wert von Szenarien auf höchst prägnante Weise so:

„Ein Wort über Szenarien im allgemeinen. Szenarien wollen nicht prognostizieren, die Zukunft vorhersagen, sondern sie wollen sie beleuchten und uns so auf das Unerwartete vorbereiten. Szenarien sind vielfältige Annäherungen an die Zukunft, Geschichten, die das Unabänderliche und das Notwendige ... mit dem Unvorhersagbaren und den Wahlmöglichkeiten menschlichen Handelns kombinieren. Wie gut Szenarien sind, bemißt sich nicht danach, ob sie auch tatsächlich so eintreffen. Es bemißt sich danach, wie weit es ihnen gelingt, Erwartungen zu untergraben, indem sie uns Einblick gewähren in die Veränderungen, die sich um uns herum zutragen. Je besser Szenarien sind, desto eindringlicher lassen sie uns die *Gegenwart* erkennen. Aus diesem Grund weigern die meisten Futurologen sich auch, den von ihnen entworfenen Szenarien Wahrscheinlichkeitswerte zuzuweisen. Die Orientierung am Wahrscheinlichen lenkt uns nur von der Anstrengung ab, uns gerade das Unvorstellbare vorzustellen und es in unsern Plänen aufzunehmen. Szenarien sind ein ausgezeichnetes Mittel, um Lernprozesse in Gang zu setzen, da sie uns mit beidem, mit erwünschten wie mit unerwünschten Eventualitäten, vertraut machen. Sie bieten so die Möglichkeit, positive Veränderungen zu planen.“ (McCorduck/Ramsey 1998, S. 36f.).

Ich zitiere die beiden Zukunftsforscherinnen hier so ausführlich, weil sie die Chancen und Beschränktheiten einer Szenariendiskussion in herausragender Weise verdeutlichen. Szenarien sind *Gedankenexperimente*, die nicht nur verschiedene Wege vermessen, sondern ganz wesentlich durch scharfe Konturierungen die politische und soziale Phantasie auf Handlungsalternativen lenken wollen. Im Sinne des Ausgeführten möchte ich meine abschließenden, sicher strittigen Überlegungen zu möglichen Entwicklungen verstanden wissen.

Erstes Szenario: Weiterer institutioneller Ausbau und fortschreitende Normalisierung. Hier gehe ich davon aus, daß die Einrichtung von Professuren, Programmen, Projekten, Kollegs und Zentren in der bisherigen Weise weiter vorankommt und auch die professionelle Integration und die Zufriedenheit der Akteurinnen mit dem normalwissenschaftlichen „Rätsellösen“ keinen Bruch erfährt. Die anfänglichen Selbstansprüche geraten vollständig in Vergessenheit, dienen allenfalls als strategische Argumente, die Forscherinnen richten sich als anerkannter Teil der herrschenden Wissenschaft in den Strukturen und Verfahren der scientific community ein. In Forschung und Lehre ist die Frauen- und Geschlechterforschung nur noch über ihren spezifischen Gegenstand von anderen Zirkeln der Normalwissenschaft zu unterscheiden. Dem Ausmaß der herrschaftlichen Zumutungen der jeweiligen Fächer entspricht exakt der Stand der normalisierenden feministischen Einpassung; er variiert disziplinar, wird aber überall fraglos akzeptiert.

Zweites Szenario: Stagnation oder Abbau des institutionell erreichten Standes und fortschreitende Normalisierung. Denkbar wäre jedoch auch, daß der institutionelle Ausbau seinen Zenit bereits erreicht oder gar überschritten hat. Andere Themen und Denominationen werden in den einschlägigen Fächern zunehmend als wichtiger erachtet; Globalisierung, Internationalisierung, Interkulturalität oder Anti-Rassismus sind hier denkbare Beispiele für neuere zentrale Forschungsfelder. Frauen-Professuren werden deshalb nicht neu besetzt und Förderprogramme laufen allmählich aus, doch die Akteurinnen nehmen diese Veränderungen nicht zum Anlaß, über die eigene Lage im Wissenschaftsbetrieb selbstkritisch nachzudenken. Vielleicht täuschen sie sich sogar über die Situation, nehmen das zunehmende Desinteresse nicht wahr und interpretieren den Abbau der Ressourcen schlicht als eine der üblichen patriarchalen Schikanen gegen geschlechterpolitische Themenfelder. Statt nach den – vielleicht berechtigten – Gründen für zunehmendes Desinteresse an Frauen- und Geschlechterforschung zu fragen, wird vorschnell auf den Stellen-einsparenden „Feind“ verwiesen, eigene Verantwortlichkeiten für die Lage (z.B. Normalisierung, Hierarchien, langweilige Wissensproduktion ohne Leidenschaft und Veränderungswillen, Entpolitisierung der Theorien) werden geleugnet. Dieser

selbstschützenden, ideologischen Fehlinterpretation wird sodann mit dem Versuch entsprochen, die An- und Einpassung – für erneuerte Anerkennung – noch perfekter zu gestalten und sich den normalwissenschaftlichen Riten, Ritualen und Routinen noch stärker zu verpflichten. Die auf diese Weise zustande kommende Normalisierung ist eine kämpferische, nicht eine gleichsam (selbst-) zufriedene wie im ersten Szenario. Der Anpassungs-geleitete Kampf um die knapper werden Ressourcen findet vornehmlich zwischen Frauen aller Statusgruppen statt.

Drittes Szenario: Weiterer institutioneller Ausbau und verstärkte Wissenschaftskritik. Der ungebrochene Ausbau im Sinne des ersten Szenarios geht hier mit einer verstärkten Reflexion der herrschaftlichen Verstrickungen in die Normalwissenschaft einher. Die ursprünglichen Selbstansprüche geraten nicht vollends in Vergessenheit, sondern werden, angesichts der zunehmenden eigenen institutionellen Stärke, wiederentdeckt und als ein besonderes Kennzeichen der Frauen- und Geschlechterforschung kultiviert. Die gewonnene Stärke erzeugt wissenschaftliches Selbstbewußtsein, theoretische und politische Neugierde, Freude am Experimentieren mit radikaleren Perspektiven und ein neues Verantwortungsgefühl zwischen Theorie und Praxis. Die Selbstermutigung im alten Sinne ist nicht mehr nötig, ein wissenschaftskritischer Blick wird aber erneut für absolut dringlich gehalten. Gerade die erworbene professionelle Kenntnis der innersten Strukturen der scientific community verleiht der Kritik besondere Schärfe. Die Akteurinnen gewinnen dadurch auch einen Teil ihrer ursprünglichen Arbeitslust und Forschungskreativität zurück. All dies wiederum verstärkt den weiteren institutionellen Ausbau, denn das Fachgebiet zieht engagierte Frauen an.

Viertes Szenario: Stagnation oder Abbau des institutionell erreichten Standes und verstärkte Wissenschaftskritik. In diesem letzten Szenario reagieren die Akteurinnen auf die veränderten Bedingungen nicht wie im zweiten Szenario mit Fehlinterpretationen, Wahrnehmungssperren und kämpferischer Normalisierung, sondern mit kritischer Selbstreflexion. Sie setzen der Stagnation oder dem Abbau eine dezidierte, ausgearbeitete Kritik an den Herrschaftsweisen der Normalwissenschaft entgegen, nutzen also das gewonnene Wissen politisch und betrachten auch die eigenen Einpassungsdeformationen in einem kritischen Rückblick. Dem sich stellenden wissenschaftspolitischen Problem wird nicht durch verstärkten Gehorsam und verschärfte Beteiligung an Herrschaft, sondern durch Rebellion und Widerspruch begegnet. Der letztendliche Ausgang dieses Szenarios ist unklar, denn es ließe sich begründet vermuten, daß einer selbst-reflexiv erneuerten feministischen Forschung der Umschwung zu einem neuen Ausbau gelingt, da sie Aufmerksamkeit und Aufsehen erregen kann. Scharfer

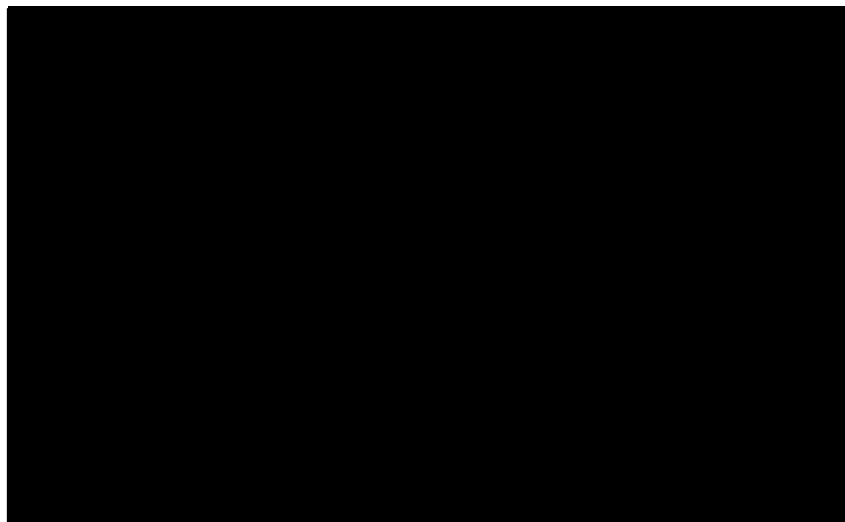
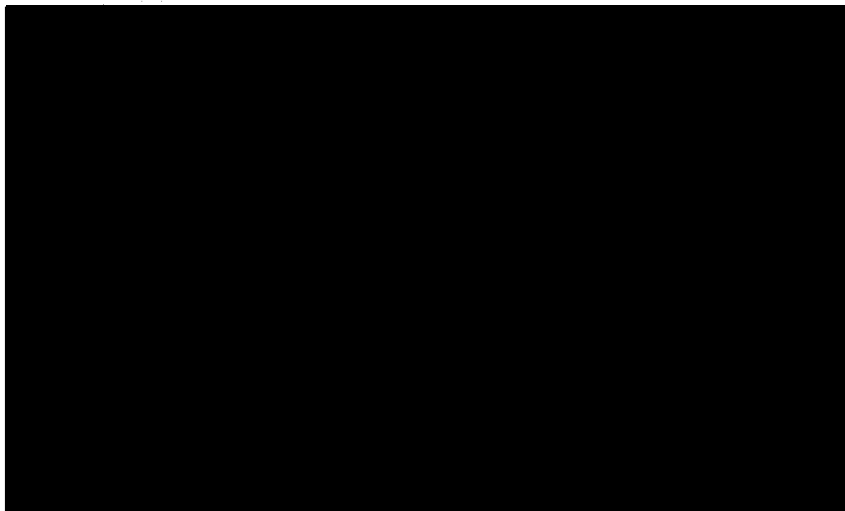
Protest in frauenfeindlichen Zeiten könnte jedoch auch zu Sanktionen in Form verstärkten Abbaus führen. Da Wissenschaft heute nicht unwesentlich über Aufmerksamkeitswerte funktioniert, halte ich die erste Konsequenz für die wahrscheinlichere.

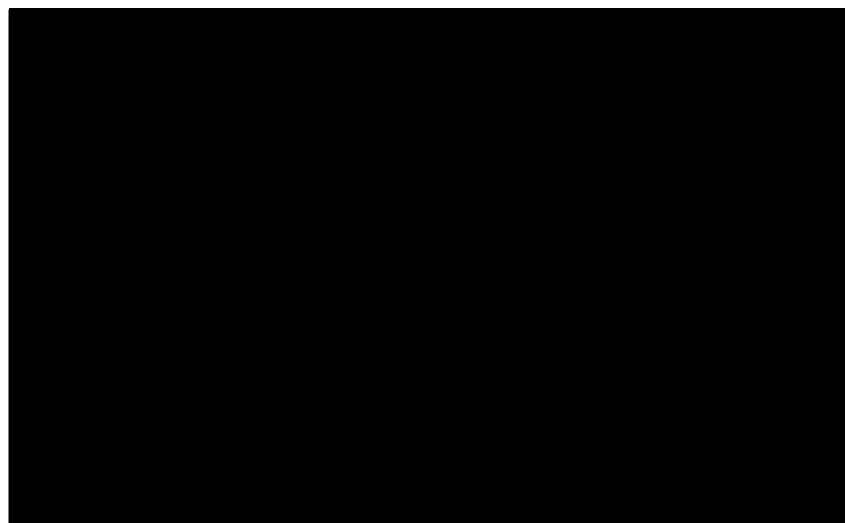
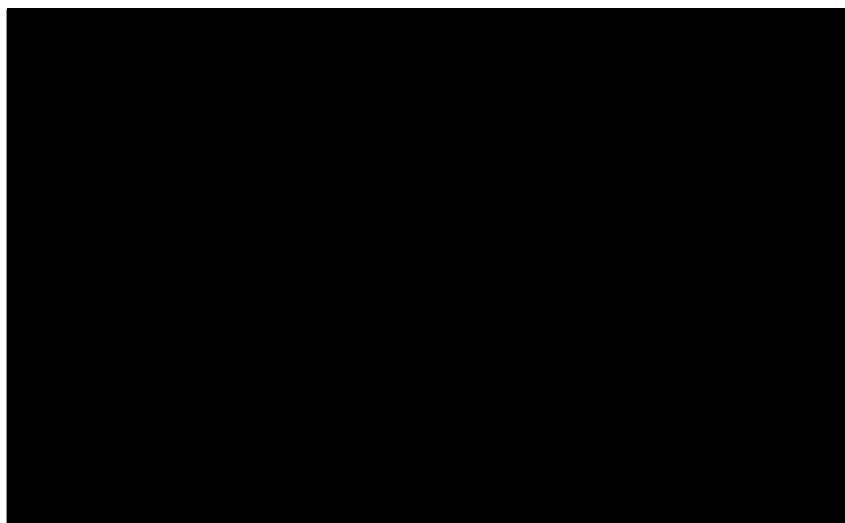
Es dürfte unschwer zu erkennen sein, daß meine Sympathie dem dritten Szenario gilt, verbindet es doch die Stärken der heutigen professionellen Lage mit den Stärken der anfänglichen kritischen Selbstansprüche. Es ist auch dasjenige Szenario, in dem die wissenschaftlichen Akteurinnen am eindeutigsten selbstbewußte, erfolgreich Handelnde sind und ihre Planungen und Wahlmöglichkeiten an den eigenen Zielen und nicht an herrschaftlichen Routinen ausrichten. Ebenso drückt es am deutlichsten die potentielle Begeisterung für wissenschaftliche Arbeit aus und setzt der normalwissenschaftlichen Ödnis die Freude an der Kreativität entgegen. Ob das dritte Szenario das mit den höchsten Wahrscheinlichkeitswerten ist, wage ich allerdings ausdrücklich zu bezweifeln; weder weiterer Ausbau noch Durchbruch zu erneuerter Anpassungsverweigerung scheinen mir gesicherte Größen. Ich möchte sogar die Befürchtung formulieren, daß die Angleichung an den normalwissenschaftlichen main stream die Anziehungskraft der feministischen Forschung erkennbar beeinträchtigt hat und daß deshalb einer potentiellen Stagnation oder einem Abbau außer den betroffenen Akteurinnen, verstrickt in kämpferische Normalisierungen, niemand mehr etwas entgegensetzen würde. Ignoriere ich also für einen Moment die futurologische Enthaltsamkeit gegenüber Wahrscheinlichkeiten, so ist das zweite Szenario keineswegs das unwahrscheinlichste, wahrscheinlicher sogar als das vierte.

Vor allem das erschreckend *unselbstkritische* zweite Szenario markiert hier, im Sinne von McCorduck/Ramsey, den Platz des *anstrengenden Unvorstellbaren*, das wir in unser *Planen* umso dringlicher aufnehmen müssen und das *Wahlmöglichkeiten und positive Veränderungen herausfordert*. Alle vier Wege wollen verdeutlichen, daß das breit geteilte erste Szenario, in dem Wissenschaftskritik nur noch die Rolle strategischer Rhetorik spielt, nur einen und noch nicht einmal den wünschenswertesten Zukunftsweg der feministischen Forschung darstellt. Daß die Frauen- und Geschlechterforschung heute nicht mehr von der wissenschaftlichen Revolution träumt, entspricht dem genaueren Kenntnisstand des main stream einschließlich der Kuhnschen Thesen. Daß sich die feministische Forschung immer tiefer in die normalisierenden Strukturen der herrschenden Normalwissenschaft verstrickt, ist jedoch nicht Schicksal, sondern Politik. Und Politik, auch Wissenschaftspolitik, kennt alternative Zukunftswege, wenn die *Gegenwart* präzise wahrgenommen wird.

Literatur

- Bielby, William T. (2000): Geschlecht und Karriere: Ist die Wissenschaft ein Sonderfall?
In: Krais, Beate (Hg.), S. 55-81
- Foucault, Michel (1995): Die Ordnung der Dinge. Eine Archäologie der Humanwissenschaften, Frankfurt a.M., 13. Aufl.
- (1998): Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses, Frankfurt a.M., 12. Aufl.
- (1991): Der Wille zum Wissen. Sexualität und Wahrheit. Erster Band, Frankfurt a.M., 4. Aufl.
- Geenen, Elke M. (2000): Akademische Karrieren von Frauen an wissenschaftlichen Hochschulen. In: Krais, Beate (Hg.), S. 83-105
- Harding, Sandra (1990): Feministische Wissenschaftstheorie. Zum Verhältnis von Wissenschaft und sozialem Geschlecht. Hamburg
- Holland-Cunz, Barbara (1998): Feministische Demokratietheorie. Thesen zu einem Projekt. Opladen
- (2001a): Die Vision einer feministischen Wissenschaft und der Betrieb der normal science. In: Berg, Tanja/Niekant, Renate/Schuchmann, Uta (Hg.): Erkenntnisprozesse. Zwischen Wissenschaftstheorie und politischer Praxis. Opladen, im Erscheinen
- (2001b): Probleme des Erfolgs. Überlegungen zu den ambivalenten Anforderungen institutioneller feministischer Theorie und Politik. In: Batisweiler, Claudia (Hg.): in Vorbereitung
- Krais, Beate (Hg.) (2000a): Wissenschaftskultur und Geschlechterordnung. Über die verborgenen Mechanismen männlicher Dominanz in der akademischen Welt. Frankfurt a.M./New York
- (2000b): Einleitung: Die Wissenschaft und die Frauen. In: Krais, Beate (Hg.), S. 8-29
- (2000c): Das soziale Feld Wissenschaft und die Geschlechterverhältnisse. Theoretische Sondierungen. In: Krais, Beate (Hg.), S. 31-54
- Krüger, Marlis (1987): Überlegungen und Thesen zu einer feministischen (Sozial-)Wissenschaft. In: Beer, Ursula (Hg.): Klasse Geschlecht. Feministische Gesellschaftsanalyse und Wissenschaftskritik. Bielefeld, S. 58-83
- Kuhn, Thomas S. (1976): Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen. Frankfurt a.M., 2. revidierte u. ergänzte Aufl.
- McCorduck, Pamela/Ramsey, Nancy (1998): Die Zukunft der Frauen. Szenarien für das 21. Jahrhundert. Frankfurt a.M.
- Mies, Maria (1978): Methodische Postulate zur Frauenforschung – dargestellt am Beispiel der Gewalt gegen Frauen. In: beiträge zur feministischen theorie und praxis, Heft 1, S. 41-63
- (1984): Frauenforschung oder feministische Forschung? Die Debatte um feministische Wissenschaft und Methodologie. In: beiträge zur feministischen theorie und praxis, Heft 11, S. 40-60
- Wenneras, Christine/Wold, Agnes (2000): Vetternwirtschaft und Sexismus im Gutachterwesen. In: Krais, Beate (Hg.), S. 107-120





Die Teilnehmerinnen der Jubiläumstagung.

Auf dem Weg zur normalisierten Wissenschaft? Über das Schicksal subversiver Ansprüche in der Frauen- und Geschlechterforschung – Statements der Podiumsdebatte –

Sabine Hark

Normalisierte Wissenschaft? Zum herrschaftskritischen Potential von Frauen- und Geschlechterforschung

„Wie männlich ist die Wissenschaft?“ fragten 1986 Karin Hausen und Helga Nowotny, um ein erstes Fazit der Kämpfe von Frauen um den Zutritt zur Wissenschaft zu versuchen. War unter männlichen Akademikern im Deutschland der letzten Jahrhundertwende die klare Vorstellung von „der faktischen und häufig auch für notwendig gehaltenen Männlichkeit der Wissenschaft“, die die soziale Schließung und Monopolisierung der akademischen Ausbildung und Lehre legitimierte (Hausen 1986, S. 38), hegemonialer Konsens, so ist hundert Jahre nach dem wissenschaftlichen Aufbruch der Frauen Bewegung ins beharrliche Spiel der Männer gekommen. Frauen sind heute nicht nur Subjekt der Erkenntnis, sie haben auch die vergeschlechtlichten Fundierungen von Erkenntnisstrukturen in der modernen Wissensproduktion radikal in Zweifel gezogen.

Gemessen an der Kürze der Zeit, die Frauen als Forschende und Lehrende am organisationalen und Wissen produzierenden Geschehen in akademischen Institutionen partizipieren, ist man versucht, dies als Erfolgsstory zu erzählen. Dennoch sind wir von der Selbstverständlichkeit, „Wissenschaft als Beruf“ (Max Weber 1919) ausüben zu können, statistisch gesehen noch ebenso weit entfernt¹ wie feministische sozialwissenschaftliche Theorie davon, „eine von Grund auf *andere* Soziologie zu betreiben“ (Lucke 1999, S. 23, Hervorhebung i.O.). Ausgestattet mit vergleichsweise wenig wissenschaftlichem Kapital – als einer Form symbolischen Kapitals, das immer aus Akten des Erkennens und Anerkennens ent- und besteht – haben feministische Wissenschaftlerinnen selten genügend akademische Autorität, „nicht nur die Regeln des Spiels festzulegen, sondern auch die Regelmäßigkeiten des Spiels, die Gesetze etwa ... die bestimmen, welche Forschungsgegenstände von Bedeutung sind, die darüber entscheiden, ob etwas als außergewöhnlich oder überholt gilt ...“ (Bourdieu 1998a, S. 23f.). Die geschlechtlich kodierte Dichotomie von Universalem/Partikularem wird im akademischen Feld bisher noch recht mühelos eher reproduziert statt transformiert; in einer aufs Ganze gesehen nahezu reibungslos funktionierenden geschlechtlichen Arbeitsteilung bestellen männliche Wissenschaft-

ler das Allgemeine der jeweiligen Disziplin, während Frauen- und GeschlechterforscherInnen den „Sonderfall“ Geschlecht bearbeiten.² Was feministische Soziologinnen auf der organisationssoziologischen Ebene im Hinblick auf die Integration von Frauen in akademische Organisationen als deren paradoxe „integrative Desintegration“ (Metz-Göckel 1993, S. 138) beschrieben haben, wiederholt sich in der Organisation des Wissens als „periphere Kooptierung“ (Klinger 1998, S. 95): Themen und Ansätze werden zwar vereinzelt dem etablierten Wissensbestand einverleibt, meist allerdings, ohne daß eine Reflexion darauf stattfindet, was die Integration feministischer Perspektiven tatsächlich für das kanonisierte Wissen bedeutet. Nüchtern betrachtet haben die extensiven Entwicklungen im Bereich Frauen- und Geschlechterforschung den Herzschlag der Disziplinen also nur wenig aus dem Rhythmus gebracht. Zwar hat eine Haltung wohlmeinender Toleranz in weiten Teilen die Haltung vollständiger Ignoranz abgelöst, aber daß Fragen der Vergeschlechtlichung in politischen, sozialen, kulturellen, individuellen oder technologischen und naturwissenschaftlichen Prozessen genuin berücksichtigt würden, davon ist die Mehrzahl der Disziplinen weit entfernt.

Von einer *normalisierten* Wissenschaft im Sinne Thomas Kuhns (1976), deren zentrales Merkmal die Herausbildung eines unangefochtenen Paradigmas ist, was – gemäß den derzeit gültigen Spielregeln – vor allem bedeutet, in der Lage zu sein, eigene Grenzen zu ziehen, Schranken um ein „Inneres“ herum zu errichten, von dem aus gültige Aussagen gemacht werden können, um das „Außen“ auf Distanz zu halten und dessen Erzählpunkte als irrelevant zu verwerfen, ist Frauen- und Geschlechterforschung mithin weit entfernt. Aber gerade vor dem skizzierten Hintergrund, daß Frauen- und Geschlechterforschung an einem Ort als Zeichen von Innovation gelten kann, während ihr anderenorts der Anspruch „auf den Titel einer Wissenschaft“ (Simmel 1917, S. 5) streitig gemacht wird, sollten wir genauer über die Spannung aus kritischen, Ordnung dezentrierenden Impulsen einerseits und Ordnung erhaltenden, normalisierenden Tendenzen andererseits nachdenken. Denn auch für Frauen- und GeschlechterforscherInnen gilt, was Bourdieu so klarsichtig formuliert hat: Der herrschaftskritische Anspruch allein ist keine zureichende Bedingung für die wirkliche Transformation eines Feldes, d.h. für die Transformation der Regeln des Spiels, setzt Revolution in einem Feld doch paradoxerweise zunächst die Akzeptanz der in diesem geltenden Regeln und Einsätze voraus. Er schreibt:

„Jedes soziale Feld, ob das wissenschaftliche, das künstlerische, das bürokratische oder das politische, bringt es dahin, daß die Personen, die sich in es hineinbegeben, jenes Verhältnis zum Feld entwickeln, daß ich *illusio* nenne. Sie mögen darauf aus sein, die Kräfteverhältnisse in diesem Feld umzustürzen, aber genau damit erweisen sie den Ein-

sätzen ihre Anerkennung, sind sie nicht indifferent. In einem Feld Revolution machen zu wollen heißt, das Wesentliche anzuerkennen, das von diesem Feld stillschweigend vorausgesetzt wird, nämlich daß es wichtig ist, daß das, was dort auf dem Spiel steht, wichtig genug ist, um einem Lust auf Revolution zu machen.“ (Bourdieu 1998b, S. 142)

Daraus folgt m.E., daß wir mehr noch als Programmatik selbstreflexive Handlungspraxen brauchen, die die Verwickeltheit unseres Tuns in hegemoniale Denk- und Handlungsmuster zu verstehen suchen. Denn, worauf Edit Kirsch-Auwärter hingewiesen hat: „Emanzipatorische Praxis wurde unfreiwillig affirmativ. Gegenparadoxiem wurden offensichtlich: auch widerständige Repräsentationen können noch ausgrenzende, hegemoniale Instrumente sein.“ (Kirsch-Auwärter 1996, S. 34)

Der Frage nach dem Schicksal der subversiven Ansprüche in der Frauen- und Geschlechterforschung, der Frage also, unter welchen Bedingungen der herrschaftskritische Anspruch feministischen wissenschaftlichen Wissens aufrecht erhalten werden kann, sollten wir uns daher immer wieder neu stellen. Ist Integration und Anerkennung überhaupt das Ziel? Was verbindet sich mit dem Begehren auf den „Titel einer Wissenschaft“, mithin auch danach, eine „abgeschlossene diskursive Formation“ (Foucault 1973, S. 70) zu werden? Wenn wir die Einschätzung teilen, daß die Entwicklung einer feministischen akademischen Gegenkultur notwendig war, um überhaupt neues, anderes Wissen generieren zu können, diese Gegenkultur aber auch widersprüchliche Effekte der unfreiwilligen Affirmation bestehender Anordnungen zeitigte, welche Fähigkeiten brauchen wir dann, um uns gegenüber den zunehmend identitäts- und tauschlogisch organisierten Weisen der Produktion wissenschaftlichen Wissens dissident verhalten zu können? Welche Kompetenzen brauchen wir, um eine auf die Reproduktion geschlechtlicher und anderer Hierarchien hin angelegte institutionelle Ökonomie zirkulärer Proliferation von Macht, Prestige und Ressourcen unterbrechen zu können (vgl. Lorber 1999, S. 333f.)?

Ich möchte als Antwort auf diese Fragen einen Aspekt besonders hervorheben. Begreift man Normalisierung als komplexen Prozeß, in dem Ein- und Ausschlußmechanismen nicht nur durch praktische Einübung, sondern auch durch bestimmte Wissensformen und mit diesen Wissensformen verbundenen Weisen der Subjektformierung erzeugt und differentiell reproduziert werden, so wäre m.E. Bedingung der Möglichkeit einer sich „machtempfindlich“ (King 1994, S. 55) verstehenden wissenschaftlichen Praxis genau die beständige Reflexion von Grenzziehungsprozessen und den damit verbundenen Mechanismen von Ein- und Ausschluß. Nicht umsonst waren die vergangenen zwei Dekaden weltweit geprägt von vehementen Kämpfen um das epistemische und politische „Wir“ des Feminismus. Deutlich wurde in diesen Kämpfen, daß konstitutiv für

die Produktion feministisch orientierten, wissenschaftlichen Wissens zwar die Bezugnahme auf ein epistemisches „Wir“ ist, dieses jedoch zugleich durch die Thematisierung und Bearbeitung von Differenzen und Ungleichheiten zwischen Frauen immer wieder relativiert, verschoben und reformuliert werden mußte.

Das deutet die m.E. einzuschlagende Richtung an: Eine „Herrschaftsabsage“ (Thürmer-Rohr 1995) praktizierende Frauen- und Geschlechterforschung muß sich der Aufgabe immer wieder neu stellen, die eigenen epistemischen Fundierungen gegebenenfalls auch radikal in Frage zu stellen. Denn, wie etwa die Kritik von Schwarzen Feministinnen, aber auch aus postkolonialen und queeren Ansätzen gezeigt hat, hat die Fokussierung auf Geschlecht und Geschlechterverhältnisse es tendenziell erschwert, wenn nicht gar verunmöglicht, die Komplexität von Macht und Modi von Subjektformierung zu verstehen. Geschlecht ebenso wie Klasse, „Rasse“, Sexualität oder Nation, hat etwa Wendy Brown (1997) argumentiert, seien zwar radikal verschiedene und oft womöglich auch nicht verbundene Weisen der Subjektformierung, sie könnten aber niemals als diskrete, voneinander isolierbare und kohärente Einheiten verstanden werden. Wenn es also unmöglich ist, z.B. Geschlecht von „Rasse“, Sexualität von Geschlecht, Männlichkeit von Kolonialismus zu extrahieren, brauchen wir dann nicht Ansätze, die weniger „identitätszentriert“ sind, und die, egal wie sie sich anstrengen, dies nicht zu tun, der Privilegierung und den damit verbundenen Erkenntnisbornierungen der namensgebenden Kategorie nicht entgehen können? D.h. statt Geschlechterforschung *und* Sexualitätsforschung *und* Ethnizitätsforschung etc. brauchen wir Ansätze, die anerkennen, daß die Apparate der Produktion und Regulierung von Subjekten erstens nicht neutral sind und jeweils auf Geschlecht oder „Rasse“ oder Sexualität angewendet werden, daß zweitens Subjekte nicht akkurat entlang dieser Kategorien als je spezifische Subjekte von Geschlecht oder Sexualität usw. gebildet werden und drittens Subjekt und Macht nicht als einander äußerlich gedacht werden können, Macht also nicht von außen auf ein Subjekt einwirkt, sondern die paradoxe Bedingung der Möglichkeit von Subjekt ist.

Entscheidend scheint es mir daher, im Befragen der *differentia specifica* von Geschlecht vs. Sexualität oder „Rasse“ zugleich präsent zu halten, daß dies selbst ein Akt der Produktion der Differenz ist, der immer Gefahr läuft, diese Differenz als räumlich absteckbare Kategorie zu verdinglichen. Denn es gibt keine Fragen des Geschlechts, die nicht immer auch Fragen der Organisation von Begehren, von „Rasse“, Ort oder Klasse sind. Diese Verbindungen, schreibt Biddy Martin (1996), würden dagegen von Konstruktionen angeblich einheitlicher, natürlicher, heterosexueller Geschlechter hartnäckig verschleiert. Ob wir

es dann am Ende allerdings noch mit Frauen- und Geschlechterforschung zu tun haben werden, sei an dieser Stelle dahingestellt.

Anmerkungen

- 1 Vgl. Lucke, Doris (1999): Männer, Frauen und die Soziologie. Zur halbierten Emanzipation einer aufklärerischen Disziplin. In: *Soziologie* 2/99, S. 23-45. Lucke referiert u.a. ein Ergebnis statistischer Berechnungen, nach denen es noch bis zum Jahr 2312 dauern wird, bis die vollständige Gleichstellung von Frauen an deutschen Hochschulen auf allen Hierarchieebenen erreicht ist.
- 2 Die wenigen männlichen Geschlechterforscher bzw. auch das im Entstehen begriffene Feld der kritischen Männerforschung haben an dieser Anordnung bisher wenig verändert. Ob langfristig durch männliche Geschlechterforscher eine Art „Gentrifizierung“ der Geschlechterforschung stattfinden wird, ist derzeit noch nicht abzusehen.

Literatur

- Bourdieu, Pierre (1998a): Vom Gebrauch der Wissenschaft. Für eine klinische Soziologie des wissenschaftlichen Feldes. Konstanz
- (1998b): *Praktische Vernunft. Zur Theorie des Handelns*. Frankfurt/M.
- Brown, Wendy (1997): The Impossibility of Women's Studies. In: *differences. A Journal of Feminist Cultural Studies* 9/3, S. 79-101
- Foucault, Michel (1973): *Archäologie des Wissens*. Frankfurt/M. 1990
- Hausen, Karin (1986): Warum Männer Frauen zur Wissenschaft nicht zulassen wollten. In: Hausen, Karin/Nowotny, Helga (Hg.): *Wie männlich ist die Wissenschaft?* Frankfurt/M., S. 31-42
- King, Katie (1994): Writing Conversations in Feminist Theory. Investments in Producing Identities and Struggling with Time. In: King, Katie: *Theory in its Feminist Travels. Conversations in U.S. Women's Movements*. Bloomington, S. 55-91
- Kirsch-Auwärter, Edit (1996): Anerkennung durch Dissidenz. Anmerkungen zur Kultur der Marginalität. In: Modelmog, Ilse/Kirsch-Auwärter, Edit (Hg.): *Kultur in Bewegung. Beharrliche Ermächtigungen*, Freiburg, S. 25-48
- Klinger, Kornelia (1998): Periphere Kooptierung. Neue Formen der Ausgrenzung feministischer Kritik. Ein Gespräch mit Kornelia Klinger, In: *Die Philosophin* 9/18, S. 95-107
- Kuhn, Thomas (1976): *Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen*. Frankfurt/M.
- Lorber, Judith (1999): *Gender-Paradoxien*. Opladen
- Lucke, Doris (1999): Männer, Frauen und die Soziologie. Zur halbierten Emanzipation einer aufklärerischen Disziplin. In: *Soziologie* 2/99, S. 23-45
- Martin, Biddy (1996): Sexuality Without Genders and other Queer Utopias. In: Martin, Biddy: *Femininity Played Straight. The Significance of Being Lesbian*. New York/London, S. 71-96

- Metz-Göckel, Sigrid (1993): Frauen in akademischen Berufen. In: Koppert, Claudia (Hg.): Glück, Alltag und Desaster. Über die Zusammenarbeit von Frauen. Berlin, S. 128-146
- Simmel, Georg (1917): Grundfragen der Soziologie (Individuum und Gesellschaft), 4. unveränderte Auflage, Berlin/New York 1984
- Thürmer-Rohr, Christina (1995): Denken der Differenz: Feminismus und Postmoderne. In: beiträge zur feministischen theorie und praxis, Heft 39, S. 87-97
- Weber, Max (1919): Wissenschaft als Beruf. In: ders. Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre. Tübingen 1985, S. 582-613

Carol Hagemann-White

Was bedeutet „Geschlecht“ in der Frauenforschung? Ein Blick zurück und ein Entwurf für heute

Mit der Etablierung von Frauenforschung als anerkanntes „Fach“ an den Universitäten gingen Veränderungen einher, verglichen mit der aufrührerischen Außenseiter-Stimmung der Anfangsjahre. Es ist aber auch ein Wandel in den Institutionen selbst zu verzeichnen. Um einen (sehr persönlichen) Rückblick geht es daher im ersten Teil des folgenden Beitrags; im zweiten Teil darum, in der aktuellen Diskussion um die Kategorie Geschlecht Position zu beziehen.

Die Sektion hat im Mai 1983 ihre Jahrestagung zum Thema veranstaltet „Frauen ante portas – Ausschluss, Ausstieg oder ...?“ mit dem Grundtenor, dass die Einrichtungen der Wissenschaft ihre Tore gegen uns schließen. (Das Thema setzte diese Ausgrenzung zugleich in Szene als für die Eingeschlossenen, die ihre Burg verteidigen, potentiell bedrohlich, denn wir haben uns damit nicht als Opfer, sondern eher als gefährliche Aufständische präsentiert!) Hatten wir doch auf dem Bamberger Soziologentag 1982 – angestoßen durch die wehleidige Äußerung eines männlichen Kollegen, der seinen Vortrag absagen ließ, weil er arbeitslos sei – selbst schon fast erstaunt festgestellt, dass die Hälfte der aus der Sektion vortragenden Frauen entweder schon ohne Arbeitsstelle war oder es innerhalb des kommenden Jahres sein würde. Als Antwort auf den blockierten Zugang zu den Institutionen und deren Abwehr gegen innovative Gedanken von Frauen wurden damals Netzwerke und autonome Institute für Frauenforschung und Frauenbildungsarbeit gegründet (vgl. Hagemann-White 1995). Präsent zu sein und auf unsere Inhalte und unsere Ansätze zu dringen, auch wenn unsere Arbeit unbezahlt blieb, war nahezu selbstverständlich.

Vor diesem Hintergrund gehe ich auf die mir gestellte Frage ein, wie ich – zur Generation der „Gründerinnen“ (Stoehr 1993) gehörend – den Prozess der

Institutionalisierung erlebt habe. Die kurze Antwort heißt: mit Genuss! Erst einmal war es eine große Entlastung, zu wissen, dass ich eine C4-Professur ausdrücklich für Frauenforschung erhalte. Nach Jahren der Rechtfertigung, weshalb denn eine Wissenschaft aus der Sicht von Frauen entwickelt werden darf und soll, warum es unumgänglich ist, die Erfahrungen und Handlungsfelder von Frauen wichtig zu nehmen, nach mehr als einer Dekade Legitimationsdruck für den Inhalt, die Methodologie und den theoretischen Rahmen meiner Arbeit, war ich auf einmal in der Lage, meine Energien der Entfaltung dieser Arbeit widmen zu können, in dem Wissen, man hat mich dazu berufen. Statt Gehör fordern zu müssen, konnte ich davon ausgehen, dass man mir zuhört.

Zweitens war und ist es eine Machtposition eigener Art, eine Stelle explizit als Frau für die Perspektive der Frauen inne zu haben. Zuvor schon in Berlin war mir deutlich geworden: Das endlose Gerede von der Diskriminierung der „Quoten-Frau“ ist Unsinn; das Gegenteil ist der Fall. Hatte man vorher, als ich „Mittelbau“ oder „Arbeitslose“ war, mich allenfalls rhetorisch gefragt, wie man diesen oder jenen Quatsch behaupten könne, so erlebte ich nach Antritt der (statusniedrigen, befristeten) Teilzeitprofessur eher freundliche Bitten um Erläuterung und aufmerksames Interesse für meine Antwort. Als Ursache dieser Verwandlung vermute ich ein Doppeltes: Zum einen bringt die Professur als solche Autorität mit sich; zum anderen aber haben wir mit unserer Inszenierung der bedrohten Stadt nicht ganz falsch gelegen. Die Bewohner der Burg Wissenschaft wussten sehr wohl, dass draußen im Lande und unter dem Frauenvolk eine Unruhe war; und sie wussten in ihrer homosozialen Männerwelt Wissenschaft, dass sie selbst nicht kundig sind, die Zeichen zu deuten. Eine berufene Frau muss wissenschaftlich etwas können (das zu bezweifeln würde schon die eigene Stellung ins Zwielficht ziehen), ist aber zugleich imstande zu erklären, was das alles zu bedeuten hat, sie kann die so beunruhigende Frage beantworten: Was will (in der Wissenschaft) das Weib? – denn sie wurde für Frauenforschung berufen.

Die Besetzung von hochrangigen Stellen mit Frauen, die zudem ein „Mandat“ zur Selbstaufklärung der Wissenschaft in Sachen Geschlecht mitbrachten, hatte eine erhebliche Wirkungsmacht innerhalb der Institution. Dafür nehme ich als Beispiel meinen Standort, die Pädagogik in Osnabrück; 1988 kam ich mit einer Mitarbeiterin (C-1) dahin. Wir zogen Doktorandinnen nach uns, warben Drittmittelprojekte ein, nutzten Sonderprogramme, um weitere Stellen mit Frauen zu besetzen. Zugleich verfolgten wir – wie die meisten Frauenforschungsprofessorinnen – inhaltlich und kollegial eine Integrationsstrategie: Wir stellten unsere Themen in Beziehung zu zentralen Gebieten des Faches, beteiligten uns an den Prüfungen und den Einführungsveranstaltungen und nahmen Gelegenheiten zur Kooperation wahr. Diese Linie – starke Präsenz von

aktiven Frauen zusammen mit Offenheit für das Gespräch, aber auch für unbeliebte Routineaufgaben – führte, ganz ohne Aufdringlichkeit, zur steten Vermehrung des Frauenanteils bei den Stellenbesetzungen. Inzwischen lehren in der Pädagogik in Osnabrück zur Hälfte Frauen, vor allem in den höchstdotierten Professuren C-4 (im Moment sind alle drei mit Frauen besetzt). In den letzten sechs Jahren haben sich sechs Frauen habilitiert, in der Frauenforschung gab es acht Promotionen. Das Klima ist für die Anerkennung der Leistungen von Frauen – und für eine Geschlechterperspektive auch dann, wenn das Arbeitsgebiet nicht „Frauenforschung“ ist – aufgeschlossen. Studierende mit Interesse an einem Thema aus der Frauenforschung sind nicht mehr darauf angewiesen, sich bei Frauen prüfen zu lassen. Geschlechtsbezogene Fragen zu Bildung, Erziehung, Schule oder Familie sind im Fach akzeptiert. Gewiss sind nicht alle Kollegen (und Kolleginnen) gleich kompetent, aber sie setzen sich damit auseinander, und die Angst vor dem defensiv-feindseligen Prüfer, der auf feministische Anwandlungen aggressiv reagiert, ist verschwunden. Natürlich hat es auch Ambivalenzen, Anfälle von Neid und Konflikte gegeben; sie wurden meist durch „normale“ Anlässe ausgelöst, wie etwa Fragen der Raumzuteilung, der vermuteten Ungleichbelastung u.a.m. Allerdings habe ich den Eindruck, dass der Anteil von unsachlich aufgeheizten Konflikten in dem Maße zurückgegangen ist, wie der Anteil von Frauen im Kollegium zugenommen hat.

Neben solchen Erfolgen der Institutionalisierung, die es auch an anderen Hochschulen gibt, ereignete sich aber ein bemerkenswerter Wandel innerhalb der Frauenforschung. Kaum war die Schaffung von Stellen für Frauenforschung richtig in Gang gekommen – von den ersten beiden Professuren, die 1985 ausgeschrieben und 1987-88 besetzt wurden (Frankfurt und Osnabrück) bis zum Stand von 76 Frauenforschungsprofessuren im Bundesgebiet 1993 (Bock 1994) hat sich die Etablierung in rasantem Tempo vollzogen –, begann die Frauenforschung an sich selbst zu zweifeln. Die Zeitgleichheit dieser beiden Entwicklungen kann kein Zufall sein. Mit der Institutionalisierung ist, wie mir scheint, ein ganz neues Unbehagen aufgekommen, eine Scheu davor, beruflich auf das Frausein festgelegt zu werden. Obwohl die Frauenforschung vom Ansatz her kritisch über beide Geschlechter und über das Verhältnis, in dem sie zu einander stehen, zu denken beanspruchte, wurden nunmehr eine Selbstbeschränkung auf Frauen als alleinigen Gegenstand und eine Fixierung auf die Frau als Opfer befürchtet. Für den neuen Begriff „Geschlechterforschung“ werden inzwischen Aussagen über Männer und über die Ungleichbehandlung der Geschlechter reklamiert, während Frauenforschung nachträglich (und verfälschend) darauf reduziert wird, sich auf die Angehörigen der weiblichen Genusgruppe zu konzentrieren (Becker-Schmidt/Knapp 2000, S. 36).

Die heute in Mode gekommene definitorische Abgrenzung ist alles andere als eine „Ausdifferenzierung der Frauenforschung“ (ibid.), sie wiederholt vielmehr jene Spaltung zwischen den Geschlechtern, die von Anfang an gerade der deutschen Frauenbewegung zu schaffen machte. Deren Zentrierung um die Autonomie war eine politische Kraftquelle (vgl. Hagemann-White/Rerrich 1988), es entstanden aber auch rasch in der Praxis Reservate, die abgewertet werden konnten. In den achtziger Jahren haben prominente Vertreter der soziologischen Zunft uns belehren wollen, Frauenforschung sei nichts als eine Nabelschau, die irgendwann aufhören müsse. Wie sehr diese Wahrnehmung an den Hauptentwicklungslinien der jungen Frauenforschung vorbeigeht, ist an den Beiträgen der Sektion zu den Soziologentagen 1982 und 1984 leicht zu überprüfen; auch die beiden ersten Bände der Buchreihe der Sektion mit den Titeln „Kategorie Geschlecht“ und „FrauenMännerBilder“ zeugen von der damals konstitutiven Fokussierung auf das Geschlechterverhältnis.

Frauenforschung hieß in den prägenden Anfangsjahren, den hegemonialen männlichen Blick durch den Blick von Frauen und durch eigenständige Beobachtung, Bewertung und Zugriff der Theoriebildung herauszufordern, seine Geltungsansprüche in Frage zu stellen, mit Alternativen zu konfrontieren. Die Delegitimierung androzentrischen Denkens wurde durch eine doppelte Hinwendung zu Frauen geleistet (und gerade weil diese Leistung in so erheblichem Maße erbracht wurde, ist es heute so leicht geworden, sie rückblickend zu übersehen). Erstens, zu Frauen als Wissenschaftlerinnen, deren Diskurs wissensbildend, wissend und bildend werden sollte, dafür steht z.B. die Sektion selbst: Der Begriff hieß nach dieser Seite hin „Frauen forschen“, und der implizierte Bezug auf ein Kollektiv verwies auf die Erkenntnis, dass Forschung ein sozialer Prozess ist. Es war historisch neu, dass Frauen nicht allein (vereinzelt) an der Wissenschaft partizipieren, sondern dies als einander Zugewandte tun. Andere Frauen wichtig zu nehmen war ein Schritt dahin, sich selbst ernst zu nehmen, sich vom Bestätigungsbedarf durch männliche Anerkennung zu lösen. Und es war zweitens eine Hinwendung zu Frauen als interessierende Zielgruppe, deren Erfahrungen der Forschung wert sind, weil über sie kaum etwas Zutreffendes bekannt war. Es sollte nicht mehr angehen, alle Frauen mit Wesens- oder Wertungsaussagen einzuordnen, während Männer als sozial und individuell Verschiedene ganze Wissenschaftszweige beschäftigten. Z.T. haben feministische Ansätze den Spieß rhetorisch umgedreht und den Mann als einfältiges und uninteressantes Wesen hingestellt. Der doppelte Bezug auf Frauen als Subjekt und Objekt der Forschung war somit Programm, dessen Ziele Eigenständigkeit und Vielfalt waren; *dies* ist es, was im Begriff „Frauenforschung“ steckte.

Die lebhaftesten Diskussionen der Frauenforschung, z.B. über die Hausarbeit oder über Gewalt gegen Frauen, Bücher wie Ulrike Prokops „Weiblicher Lebenszusammenhang“ (1976) können nicht als Abhandlungen über „die“ Frau oder „die Frauen“ gelesen werden. Aussagen über das Gemeinsame aller Frauen sind in heuristischer Funktion zu finden, sie sollten Unterdrückung kennzeichnen. Ernsthafte Ansätze zur (verallgemeinerten) Bestimmung des weiblichen Subjekts gelangten in die Frauenforschung erst auf dem Wege der Positivierung negativer Erfahrungen, der versuchten Umwertung der Werte. In dieser Wendung sollte nicht mehr (oder vielleicht: vorrangig symbolisch) über Gewalt, Leid und Diskriminierung gesprochen werden, sondern darüber, was Frauen Wertvolles einzu bringen haben. Das war sicherlich ein Bedürfnis in der feministischen Bewegung selbst, weil die Euphorie der Entdeckungen, wo das Patriarchat überall wirkt – in der Hoffnung, Wissen sei auch Macht, um alles zu verändern –, einer Mischung von Erschrecken und Depression gewichen war, verbunden mit dem Wunsch, in der Theorie die Frau als Subjekt ihrer eigenen Befreiung deutlicher fassen zu können. Dazu sollte auch die eigene innerpsychische Verstrickung im tradierten Geschlechterverhältnis verstanden und ggf. therapeutisch aufgelöst werden (vgl. Breitenbach/Hagemann-White 1994). Andererseits ist die Suche nach dem Positiven eine Folge der Erweiterung der Frauenbewegung in breite Lebenskreise der Bevölkerung hinein, denen die intellektuelle Aufregung bei der Beschreibung fataler Verstrickungen keine Stimmung der Hoffnung vermittelte. Frauenpolitik in der Breite drängte auf die Anerkennung der Arbeit und die Würdigung der Leistungen von Frauen, griff fasziniert nach jeder Aussage, mit der begründet werden konnte, dass die Gesellschaft der Frauen in qualifizierten und führenden Positionen bedarf. Mit dieser Positivierung kamen Verallgemeinerungen, die zur Legitimation der Einrichtung von Stellen offenbar verlockend und pragmatisch brauchbar waren, aber zu Recht auch Unbehagen bereiten.

Heute haben wir noch einmal eine grundlegend andere Situation. Mehrere Generationen von Studentinnen und jüngeren Fachkolleginnen haben die Frauenforschung in der Institution vorgefunden und ihrerseits Kritik entwickelt. Im Zuge von Individualisierung, Pluralisierung der Lebensformen, Globalisierung der Diskurse ist die Annahme einer Wesensverschiedenheit der Geschlechter weniger intuitiv plausibel; ältere Texte, die diese Annahme aushebeln wollten, werden als deren Bestätigung missverstanden. Unterschiede unter Frauen und unter Männern werden stärker wahrgenommen. Zunehmend wird – nicht allein in der Frauenforschung, auch z.B. in den Fachdidaktiken – an konstruktivistische Ideen und Positionen angeknüpft.

Ich habe mit meiner These, die Zweigeschlechtlichkeit sei eine kulturelle Konstruktion (Hagemann-White 1982), einen gewissen Beitrag zu dieser Ent-

wicklung geleistet, und in letzter Zeit wird mir des öfteren gesagt, ich hätte zur Verwendung der Kategorie Geschlecht Verwirrung gestiftet und sollte endlich sagen, was ich dazu denke. So habe ich meine Vorbereitung für diese Podiumsdiskussion mit der Frage begonnen: Was ist Geschlecht? Die folgenden Überlegungen dazu sind sicherlich nicht erschöpfend, sondern spiegeln meinen momentanen Stand.

Geschlecht, das wäre die Grundaussage, *ist* eine Relation. Das ist wahrlich kein neuer Gedanke in der feministischen Theorie, und doch habe ich den Eindruck, als würde diese Erkenntnis uns immer wieder entgleiten, sind wir doch gewohnt, in unseren Alltagstheorien wie in der hohen Kultur die Geschlechtszugehörigkeit als Markierung für irgend etwas zu verstehen, was deren Angehörige haben oder sind. Das Relationale des Geschlechts ist aber schon für die biologische Zweiteilung maßgeblich. Selbst als Medium der Fortpflanzung bedeutet Geschlecht immer, dass zwei getrennt Existierende zueinander in einem bezogenen Verhältnis stehen; das gilt biologisch, aber auch kulturell.

Die Bezugnahme auf unsere leibliche Existenz scheint mir durchaus sinnvoll, um das Phänomen Geschlecht zu verstehen, auch wenn die Leiblichkeit nur gesellschaftlich vermittelt und kulturell gedeutet erfahrbar ist. Hilge Landweer hat in diesem Sinne eine Grundlegung versucht; sie sieht die Generativität als Schlüssel zur Entstehung von Geschlechterkategorien. Kultur als das „kollektive Sich-eine-Vergangenheit-Geben und Eine-Zukunft-Beanspruchen“ (Landweer 1994, S. 147) sei auf die Reproduktion der Gattung verwiesen und müsse daher immer zwei „Kern-Kategorien“ bilden, „die Individuen nach ihrem als möglich unterstellten Anteil an der Entstehung neuer Menschen klassifizieren“ (ebenda, S. 152). Die Anknüpfung an die generative Zweigliederung sei unhintergebar und strukturiere die kulturell variablen Geschlechterbegriffe. Damit ist für Landweer keine Aussage über die Relevanz der Fortpflanzung für die konkreten Individuen getroffen und keine Festlegung eines wie auch immer gearteten Wesensunterschiedes; nicht Merkmale stehen hier zur Debatte, sondern eine Relation. Sozial und kulturell impliziert jedes Frausein ein Mannsein und umgekehrt. Ihren Bezug aufeinander zu interpretieren und so eine grundlegende Zweiteilung zu denken, sei aufgrund der Tatsache der Fortpflanzung anthropologisch zwingend.

Doch geht mir Landweers Sprung von der Generativität zur binären Logik einer fundamentalen Zweigeschlechtlichkeit zu schnell. Wenn es zutrifft, dass Geschlecht immer schon in Verhältnis zu Generation und Generativität steht, impliziert die Relation zwischen zwei schon immer ein Drittes, das dabei entstehen kann. Das ist zunächst zwar kontingent, lediglich ein (unsicheres) Potential; notwendig muss sich aber jedes lebende Menschenwesen als eben dieses

Dritte selbst begreifen, das aus der Relation von Frau und Mann hervorgegangen ist. Und das wiederum bedeutet, dass das Geschlecht einer Person, weil sie geboren wurde, ebenfalls in Relation zu dem der beiden Eltern, insbesondere in Bezug zu einem gleichgeschlechtlichen Elternteil steht. Nicht ohne Grund hat Luce Irigaray (1987) die (uns fehlende) Genealogie der Frauen so sehr betont: Die Tochter sucht ein Bild in ihrer Mutter, „das ihr ähnlich und gleichzeitig verschieden wäre“ (Irigaray 1987, S. 49), findet aber einen leeren Spiegel, weil im Patriarchat Mütter nicht zugleich (begehrende) Frauen sein dürfen. So wenig unsere Kultur dies sichtbar werden lässt: Jede Art von Frausein stellt eine Relation zur Mutter dar. Gerade weil Geschlechterkategorien kulturell im Generationenverhältnis wurzeln, enthält ihre Zweiteilung vom Anbeginn zugleich ein Dreiecksverhältnis. Eine Mutter zu haben impliziert die Existenz eines Vaters und die Frage nach der Beziehung zu ihm. Mutter und Vater haben ihrerseits Mütter und Väter gehabt; wo ein Kind entstanden ist, können weitere hinzukommen. Die Generativität, als Tatsache der Fortpflanzung, der Natalität und Mortalität verstanden, begründet keine einzige Zweiteilung, sondern drei (und mehr) Gegenüberstellungen von Gleichsein und Anderssein, sie ist ein Geflecht von Relationen.

Deshalb ist zwar das Geschlecht naturtheoretisch gesehen schon geeignet, Polaritäten symbolisch zu vertreten, zu verstärken oder durch sie vertreten zu werden, es birgt zugleich aber auch ein dynamisches Störpotential gegenüber jeder Polarität in sich und kann diese Dynamik ebenso symbolisch vertreten. Denn das Dreieck ist Ausgangspunkt der Vielfalt, und die Symbolisierungskraft des Geschlechts umfasst die Zweiheit und die Vielfalt. Eine Frau ist wie ihre Mutter und sie ist dies auch nicht; sie kann potentiell Mutter werden, aber nach dem gleichen Prinzip kann sie mehrere Kinder haben, sie ist Tochter einer Mutter und möglicherweise Mutter einer Tochter. Aus den zwei Weiblichkeiten, deren Relation die Generativität konstituiert, werden viele; ihre Gemeinsamkeit ist Ort einer ebenso unhintergehbaren Differenz. Aus zwei Männlichkeiten – Vater-Sohn, Sohn-Vater – werden ebenfalls mehrere, wenngleich diese Relation weniger konkret am Leib erfahrbar ist. Die Polarität zwischen weiblich und männlich oder Frau und Mann enthält im Verborgenen immer auch den dritten Bezugspunkt; das Geschlecht ist nicht eins und nicht zwei. Jede Gestalt von Frausein oder Weiblichkeit, von Mannsein oder Männlichkeit definiert sich im Verhältnis zu anderen möglichen oder realen, vielleicht als Versprechen oder als Bedrohung vorhandenen Weiblichkeiten oder Männlichkeiten. Was zunächst als anthropologische Konstante einer Zweiheit erschien, entpuppt sich als Kette der Vervielfältigung; das Geschlecht ist, in der Generativität begründet, nie nur ein Verhältnis von zwei Gegensätzen zueinander.

Ein symbolisches System der Zweigeschlechtlichkeit ist immer durch und durch eine kulturelle Konstruktion. Diese Auslegungen der Geschlechtlichkeit sind zwar plastisch, mit keinem benennbaren Inhalt vorab festgelegt, aber keineswegs beliebig. Als Menschen kennen wir, wenn diese Fremdwörter unbedingt sein müssen, keinen Sex, der nicht immer schon Gender wäre.

Damit sind wir bei der leidigen Frage nach der Gleichursprünglichkeit von Differenz und Hierarchie angelangt. Die These gilt, dies vorab gesagt, nicht für jegliche Differenz und war wohl auch nie so gemeint. Differenzen, die zugleich Hierarchie sind, polarisieren, oder umgekehrt: polarisierende Differenzen erweisen sich als von der Quelle her hierarchisch konstruiert. Damit ist gemeint: Sie halten eine binäre Gegenüberstellung aufrecht, indem sie die im Dreieck beginnende Vielfalt unterdrücken. Daher sind sie immer in sich doppelt hierarchisch. Sie setzen einerseits eine ungleichgewichtige Wertigkeit der beiden Pole voraus und schaffen andererseits eine Abstufung innerhalb der Gruppe der Erscheinungen, die an dem einen oder anderen Pol verortet sein sollen. Daraus erwächst für Geschlechtsidentitäten das, was Regina Becker-Schmidt und Gudrun-Axeli Knapp (1987) als den doppelten Identitätszwang beschrieben haben, denn indem die mehrschichtige Relation Geschlecht als binäre Polarität gefasst wird, verschwindet ihre produktive Hervorbringung von Vielfalt, diese unterliegt einem Tabu, und ihre Bewusstwerdung wird heftig bekämpft.

Ferner sind die Differenzen, um die es hier geht, auf den Körper bezogen und der Leib ist an ihnen beteiligt. Bob Connell nennt sie „body-reflexive practices“. Sie werden durch die Art und Weise, wie wir uns auf unseren Körper beziehen, konstituiert und erhalten – aber auch verunsichert und unterlaufen. Das Leib-Körper-Verhältnis selbst enthält eine Dimension der Beunruhigung und Widersprüchlichkeit. In dieser Hinsicht scheinen mir Geschlecht und Rasse verwandt, von gleicher Art, im Unterschied etwa zu Ethnie, soziokultureller Herkunft, Nationalität oder sexueller Orientierung. Diese Unterscheidung wird oft verwischt, wenn z.B. von „Ausländerfeindlichkeit“ die Rede ist, als würden Hass – oder Toleranz – vom Anblick der Ausweispapiere ausgelöst. Tatsächlich werden Ethnie und Staatsbürgerschaft erst durch ihre Legierung mit der (hierzulande meist unausgesprochenen) Wahrnehmung einer anderen „Rasse“ zu Kategorien von Ausgrenzung und Herrschaft. Eine Ausländerin wird als solche weder auf Anhieb erkannt noch diskriminiert. Es ist die am Körper gefundene bzw. in die Körperlichkeit gelegte Differenz, die eine (als unüberwindbar gesetzte) Fremdheit bestimmt. Dafür gibt es allerdings in Deutschland keine brauchbare Sprache.

Rassismus aus territorialen Abgrenzungen abzuleiten oder aus einer archaischen Angst vor den unheimlichen Fremden zu erklären, ist soziologisch so

naiv wie die Ableitung des Sexismus aus den biologischen Vorgängen der Fortpflanzung. Beide sind vielmehr Ausdruck und Medium der Fortsetzung einer kulturellen Konstruktion, die durch ein Analgam von Hierarchie und polarisierter Differenz konstituiert wird, die am Leib und Körper verortet und gebunden ist. Die Differenzen unter Männern und unter Frauen gehören ebenso dazu wie die binäre Optik der Zweigeschlechtlichkeit oder der Trennung von Schwarz und Weiß. Feministische und antirassistische Politik erfordern – beide gleichermaßen – eine analytische Auflösung dieser Verbindungen von Hierarchie und Polarisierung, keine Verleugnung, sondern eher eine Entzauberung der körperlichen Phänomene und Erfahrungen, die im Sexismus und Rassismus herrschaftstragend symbolisiert werden.

Die Entstehung einer Debatte um die Brauchbarkeit der Begriffe „Frau“ und „Frauenforschung“ liegt nicht daran, dass positivierende Verallgemeinerungen, die alle Frauen für die Interessen der privilegierten Mittelschichtfrauen vereinnahmten, für die politische Repräsentation der Frauen benötigt wurden, oder dass wir befürchten müssten, ohne diese vereinnahmenden Gesten sei keine Vertretung von Fraueninteressen mehr möglich. Diese Gesten sind vielmehr Merkmale der Klientelpolitik, zu der die Frauenpolitik vielfach degeneriert ist, aber keine Erfordernis einer politischen Bewegung. Die Verunsicherung und der Streit müssen andere Gründe haben. Es ist viel eher so, wie Barbara Holland-Cunz (1999) hervorhebt, dass wir es neuerdings mit zwei Anti-Positionen zu tun haben, also Anti-Essentialismus und Anti-Konstruktionismus. In den früheren feministischen Entwürfen, von Gayle Rubin (1975) über Suzanne Kessler und Wendy McKenna (1979) bis zu mir (1982), wurde die These von der Gleichursprünglichkeit von sex und gender, von ihrem Charakter als kulturelle Konstruktion und ihrer Verwicklung in Herrschaft eher als eine kreative Erweiterung im Denken der Verbindungen von Subjekt und Struktur gedacht. Es gab kein Anti, kein „ich aber sage euch“. Die heutigen Kontroversen erinnern mich eher an die Debatte über das Müttermanifest, in der die kritisierte Position nur bei den Kritikerinnen ausformuliert vorzufinden war und kaum oder gar nicht bei den jeweiligen Gegnern. Barbara Holland-Cunz bezeichnet das Eigentümliche an der Konstruktivismus-Diskussion als eine „theoretische Mythisierung“ und zieht das Fazit: „Die Polarisierung der naturtheoretisch relevanten Debatte ist selbst eine Konstruktion!“ (Holland-Cunz 1999, S. 23). Warum sie sich so entwickelt hat, wäre eine wirklich interessante Diskussionsfrage.

Eine letzte Bemerkung: Das Paradoxe an unserer Lage heute scheint zu sein, dass wir in einem Gesellschaftszustand sind, der immer weniger Herrschaft durch Polarisierung sichern kann, aber bislang keine neuen Freiheiten schaffen konnte, die diese überwinden. Daraus erwächst wahrscheinlich die Doppel-

gleisigkeit unserer Strategien auch zu der Institutionalisierungsfrage, zugleich selbstbewusst und mit Nachdruck auf der Sicht von Frauen zu bestehen, sie im Dialog in die Mitte der Fächer einzuführen und die Kollegen dafür zu gewinnen, dass sie genauso denken können. Das Geschlechterverhältnis wie das Generationenverhältnis impliziert, das Gegenüber als ähnlich und doch verschieden, zu mir im Gegensatz stehend und mir doch gleich zu begreifen.

Literatur

- Becker-Schmidt, Regina/Knapp, Gudrun-Axeli (1987): Geschlechtertrennung - Geschlechterdifferenz. Suchbewegungen sozialen Lernens. Frankfurt a.M.
- /- (2000): Feministische Theorien, Zur Einführung. Hamburg
- Bock, Ulla (1994): Frauenforschungsprofessuren an deutschen Universitäten/Gesamthochschulen und Hochschulen (ausgenommen Fachhochschulen). Zweite Auflage, Berlin
- Breitenbach, Eva/Hagemann-White, Carol (1994): Von der Sozialisation zur Erziehung - Der Umgang mit geschlechtsdifferenter Subjektivität in der feministischen Forschung. In: Bracht, U./Keiner, D. (Hg.): Jahrbuch für Pädagogik 3. Frankfurt a. M., S. 249-263
- Connell, R. W. (1995): Masculinities. Oxford (dt.: Der gemachte Mann. Opladen 1999)
- Hagemann-White, Carol (1982): Zur Problematik des Begriffs „weibliche Sozialisation“. In: Sektion Frauenforschung in der DGS (Hg.): Beiträge zur Frauenforschung am 21. Deutschen Soziologentag. München, S. 137-155
- (1995): Frauenforschung: Der Weg in die Institution. Ideen, Persönlichkeiten und strukturelle Bedingungen am Beispiel Niedersachsens. Bielefeld
- /Rerrich, Maria S. (Hg.) (1988): FrauenMännerBilder. Männer und Männlichkeit in der feministischen Diskussion. Bielefeld
- Holland-Cunz, Barbara (1999): Naturverhältnisse in der Diskussion. Die Kontroverse um „sex and gender“ in der feministischen Theorie. In: Bauhardt, C./von Wahl, A. (Hg.): Gender and Politics. „Geschlecht“ in der feministischen Politikwissenschaft. Opladen, S. 15-28
- Irigaray, Luce (1987): Zur Geschlechterdifferenz. Interviews und Vorträge. Wien
- Kessler, Suzanne/McKenna, Wendy (1978): Gender, an ethnomethodological approach. New York
- Landweer, Hilge (1994): Generativität und Geschlecht. Ein blinder Fleck in der sex/gender-Debatte. In: Wobbe, T./Lindemann, G. (Hg.): Denkachsen. Zur theoretischen und institutionellen Rede vom Geschlecht. Frankfurt a.M., S. 147-176
- Prokop, Ulrike (1976): Weiblicher Lebenszusammenhang. Von der Beschränktheit der Strategien und der Unangemessenheit der Wünsche. Frankfurt a.M.
- Rubin, Gayle (1975): The traffic in women: notes on the „political economy“ of sex. In: Reiter, Rayna R. (Hg.): Toward an anthropology of women. New York/London, S. 157-210

Stoehr, Irene (1993): Gründerinnen – Macherinnen – Konsumentinnen? Generationenprobleme in der Frauenbewegung der 1990er Jahre. In: Modelmog, I./Gräßel, U. (Hg.): Konkurrenz & Kooperation. Frauen im Zwiespalt? Münster/Hamburg, S. 91-115

Mechthild Bereswill

Kritische Wissenschaft als selbstreflexiver Prozeß

Jubiläen sind Zeremonien, die auf bedeutungsvolle und einflußreiche Entwicklungen aufmerksam machen. Zugleich bieten solche „Ehrentage“ Anlaß für Rückblicke, Legendenbildungen und Standortbestimmungen. Grundsatzfragen werden aufgeworfen, (alte und neue) Kontroversen rücken in den Blick und werden gerne als Aufhänger für (Selbst-)Verständigungsprozesse genommen, beispielsweise in Form von Podiumsgesprächen, wie das, für das ich diesen Beitrag ursprünglich entworfen habe. Als mir die Sektionsrätinnen im Frühjahr 1999 ihre Impulse und Fragen für das Jubiläumspodium mitteilten, brauchte ich eine gute Weile, um meinen eigenen Fokus auf die Entwicklung der Frauenbewegung und Frauenforschung (wieder) zu finden. In anstrengenden Denkrunden kreiste ich über den Fragen zum Generationenkonflikt in der feministischen Bewegung, zum Verhältnis von Frauen- und Geschlechterforschung, der Funktion von Lehrstühlen für Frauenforschung oder zum Verhältnis von kritischer Wissenschaft und Politik. Alle diese Fragen sind eng mit meiner eigenen Geschichte in der westdeutschen Frauenbewegung und Frauenforschung sowie mit meinem eigenen Professionalisierungsprozeß in verschiedenen beruflichen Kontexten verknüpft. Trotzdem – keine schien so recht zu mir passen. Nach einer Weile gewann ich den produktiven Abstand zu den inspirierenden, aber auch übermächtigen Grundsatzfragen zurück und fand heraus, welche Perspektive mich sowohl beruflich als auch politisch bis heute begleitet und beschäftigt, wird das Verhältnis zwischen Institutionalisierungsprozessen und lebendig gehaltener Kritik am Bestehenden angesprochen. Es ist die Frage nach den subjektiven Voraussetzungen kritischer Wissenschaft oder anders gesagt: In welche subjektiven, also auch emotionalen Konflikte führt uns das Streben nach einer wirkungsvollen Verbindung zwischen Kritik, politischer Intervention und differenzierter wissenschaftlicher Kreativität? Ich betrachte im folgenden unser Engagement für wissenschaftstheoretische oder politisch-strategische Konzepte und unsere erkenntnistheoretischen Kontroversen aus einem subjektbezogenen Blickwinkel und vernachlässige erkenntnistheoretische Grundsatzfragen sozialwissenschaftlicher Frauenforschung. Indem ich mich dem „subjektiven Faktor“ im Kräftefeld institutioneller Dynamiken zuwende, setze ich ein konflikthafte Subjekt voraus und präferiere dabei – wie gleich deutlich werden wird – psycho-

analytische Erkenntnisse. Damit rückt der Stellenwert von inneren Konflikten und Affekten für die Verarbeitung äußerer Impulse und die Bewältigung widersprüchlicher Anforderungen in den Blick (Becker-Schmidt/Knapp 1987; Bereswill/Ehlert 1996).

Aus meiner Sicht bedeutet das Streben, kritische Wissenschaft zu institutionalisieren, sich bewußt in einem Zwiespalt zu bewegen. Es ist der andauernde Konflikt zwischen Anpassung und Abgrenzung im Verhältnis zur etablierten Wissenschaft, aber auch zu etablierten Strategien der Politik. Daraus ergibt sich eine (nicht neue) Frage, was die alltägliche Überbrückung dieses Zwiespalts betrifft: Wie läßt sich das Verhältnis zwischen den Regeln traditioneller Institutionen und dem eigenen Willen zur Veränderung gestalten, ohne sich vollends aufzureiben oder zu resignieren? An dieser Stelle knüpfe ich an Denkbewegungen aus dem Kontext ethnopsychoanalytischer Arbeiten an (vgl. Nadig 1986; Morgenthaler u.a. 1986 und Parin 1978), um die Anforderungen, denen Subjekte unterliegen, wollen sie Bestehendes transformieren, genauer zu reflektieren. Ankerpunkt meiner Reflexionen ist ein Bild, das Maya Nadig entworfen hat. Sie nimmt die Ambivalenzen in den Blick, die für feministische Wissenschaftlerinnen mit dem Prozeß der Institutionalisierung von Frauen- und Geschlechterforschung verbunden sind. Mit Bezug zu den inneren Bewegungen des Subjekts begreift Nadig den Anspruch, kritische Wissenschaft zu betreiben, als eine subjektive Pendelbewegung zwischen der Identifikation mit Institutionen und ihren herrschenden Werten sowie der Abgrenzung von diesen (vgl. 1992, S.159). Das Bild des Pendels, das zwischen der Affirmation des Bestehenden und einer radikalen Ablehnung traditioneller Institutionen und ihrer Verhaltensrituale ausschlägt, bringt die persönliche Anstrengung zu Bewußtsein, die eine kritische Haltung mit sich bringt. Die Veränderung von Bestehendem kommt nicht ohne Annäherung an dieses aus; die eigene Beziehung zu Traditionen sollte – und kann – immer neu ausgelotet werden. Diese Perspektive eröffnet sich jedenfalls, wenn die subjektive Gestaltung von Kritik nicht in einseitiger Abgrenzung aufgeht. Anpassung und Widerstand sind keine eindeutigen Positionen, bei denen wir ohne Konflikte oder Kompromisse auskommen.

Indem ich Nadigs psychodynamisches Bild aufgreife, fokussiere ich die affektive Seite politischen und wissenschaftlichen Engagements. Das Verhältnis zwischen Wissenschaft und Politik, zwischen Traditionen und Erneuerungen aus der Perspektive konflikthafter Subjektivität zu thematisieren, eröffnet einen praxisorientierten, selbstreflexiven Zugang zu wissenschaftlichen und politischen (Grundsatz-)Fragen – nicht nur anläßlich von Jubiläen. Die Bereitschaft zu einer introspektiven Auseinandersetzung mit den unhintergehbaren Konflikten, die jedes kritische Engagement stiftet, hält unsere emotionale Involviertheit und

unsere Ambivalenzen im Umgang mit Macht, Traditionen und kritischem Engagement bewußt. Ich meine damit die Betrachtung der eigenen Verwicklungen in Prozesse der Institutionalisierung, die mit Erfolgen, Niederlagen, Begehrlichkeiten und schmerzlichen Kompromissen, vor allem aber mit persönlichen Veränderungen verbunden sind. Hinzu kommt, daß unsere professionellen Strategien in biographische Selbstentwürfe eingebettet sind. Vor diesem Hintergrund bedeutet eine kritische Selbstbetrachtung zweierlei: unsere biographischen Muster im Umgang mit Anpassung und Widerstand wahrzunehmen; die eigenen Affekte als Erkenntnisimpulse und nicht als unliebsame Belastung oder etwa bloßes Resultat äußerer Zumutungen zu begreifen. Beide Aspekte weisen in Richtung der unbewußten Dimensionen des eigenen Handelns im Umgang mit Macht, Ohnmacht und kultureller Hegemonie, in die wir auf höchst unterschiedliche Weise verstrickt sind.

Nehmen wir die Relevanz unbewußter Impulse und Konflikte für unsere alltäglichen Orientierungen ernst, gewinnt das Prinzip der professionellen Selbstreflexion an Brisanz. Soll die innere Pendelbewegung zwischen Affirmation und Kritik ihre Entsprechung auf der Ebene wissenschaftlichen und politischen Agierens finden, müssen wir Wege finden, unser Engagement und unsere Kreativität nicht an Größenvorstellungen oder an übermächtige Ohnmachtsgefühle zu verlieren. Das eigene Unbewußte bleibt dem Bewußtsein unzugänglich, zumindest ohne gezielte Interventionen. Unsere Abwehrhaltungen, Illusionen oder Desillusionierungen im Umgang mit Macht, Konkurrenz, mit Erfolg und mit Angst sind uns aber durchaus zugänglich, und wir können sie mit Hilfe von Introspektion und professioneller Selbstreflexion einer Realitätsprüfung unterziehen (vgl. Bereswill/Ehlert 1996, S. 25ff.). Diese Strategie mag auf den ersten Blick anstrengend und unattraktiv erscheinen, tatsächlich verschleifen wir unsere Kräfte nachhaltiger, wenn wir unser Engagement an Größenphantasien knüpfen, deren Stütze in der Regel die lähmenden und festgefahrenen Seiten der Institution sind (vgl. Erdheim/Nadig 1979 und 1980). Vor allem aber werden Kreativität und Eigensinn den Konflikten mit Macht und Ohnmacht geopfert und verkümmern hinter unserem Rücken. Anhaltendes Jammern, destruktive Strategien im Umgang mit Autonomie, die Etablierung von Abhängigkeiten anstelle von wertschätzender Kollegialität oder kräftezehrende Konkurrenzszenarien – die Institution Wissenschaft mag solche Mechanismen nicht nur fördern, sondern auch fordern; fraglos unterwerfen müssen wir uns aber selbst dann nicht, wenn wir diese Institution zu repräsentieren gelernt haben.

Sich nicht zu unterwerfen, ist kein ausschließlich intellektueller Akt. Wenn ich die Inspiration psychoanalytischen Denkens ernst nehme, resultiert daraus die je eigene Suche nach den reflexiven Zwischenräumen im wortwörtlichen

Sinn: Selbstreflexion bedeutet, sich den eigenen Verstrickungen zuzuwenden, sie nicht auf andere zu projizieren und in einen inneren Dialog zu treten über die widerstreitenden Impulse, die vom Grundkonflikt zwischen Abgrenzung und Einlassung ausgelöst werden. Selbstreflexion in diesem Sinn bedeutet Introspektion, im besten Fall mit Hilfe intersubjektiver Verfahren wie Supervision oder anderer Beratungen. Sich Beratungsräume zu eröffnen heißt die Belastungen durch Institutionenprozesse anzuerkennen und die eigene Fähigkeit zum inneren Dialog zu trainieren. Diese Fähigkeit korrespondiert mit der Weiterentwicklung von Verhandlungsgeschick und strategischen Potentialen im (wissenschafts-)politischen Raum. Genauso fördert die Fortentwicklung produktiver Selbstreflexion Dialogfähigkeit im Kontext erkenntnistheoretischer, methodologischer Kontroversen: Sie eröffnet Möglichkeiten, den eigenen Definitionsanspruch zu relativieren und sich von Polarisierungen abzugrenzen. Dies sind meiner Meinung nach entscheidende Voraussetzungen, um originellem Denken und kühnen Entwürfen den Weg zu bahnen. Entscheidend für eine dialogorientierte Entfaltung politischer Interventionen und wissenschaftlicher Kreativität jenseits destruktiver Überforderungsszenarien ist die Bereitschaft, Irritationen des eigenen Denkens nicht abzuwehren, sondern aufzugreifen (vgl. Bereswill 1997). Dafür müssen wir sie überhaupt als solche zur Kenntnis nehmen, was erneut den Stellenwert bewußt gehaltener Subjektivität in Wissenschaft und Politik ins Spiel bringt.

Irritationen sind Verunsicherungen. Es sind Anstöße, das Eigene zu überdenken, sie bedrohen aber auch unsere liebgewonnen Überzeugungen. Die Sektionsrätinnen, auf deren Anregung hin ich meinen Beitrag zur Gelnhausener Tagung im Sommer 1999 entwarf, hatten anlässlich des Jubiläums eine Überraschung parat, die die anregende Seite von Irritationen auf spielerische Weise zeigte. Ich denke an den Auftritt der Kabarettistin Hilde Wackerhagen, die uns Wissenschaftlerinnen einen Spiegel vorhielt, was die Möglichkeiten und Grenzen unserer Denkbewegungen betrifft. Wackerhagen spielte mit ihrer Fremdheit unseren Konzepten gegenüber. Sie wendete ihre Unsicherheit, ob sie überhaupt verstanden habe, worauf wir mit unseren Debatten und Publikationen hinauswollten, in treffsicheren „Angriffswitz“ (Wackerhagen 1984). Mit ihrem Humor eröffnete sie uns die Möglichkeit, über uns selbst zu lachen. Dabei kam auch ich mit meinem gelichenen Bild von der „Pendelbewegung“ (Nadig) nicht ungeschoren davon. Wackerhagen karikierte meinen Fingerzeig auf die Bedeutung psychodynamischer Aspekte, indem sie die Anstrengung, die mit dem Anspruch auf eine ständige innere Bewegung verbunden ist, auf eine andere Ebene „übersetzte“. *Aus der Pendelbewegung wurde bei ihr das Keulenschwingen im Sport – für mich verbunden mit der Erinnerung an meinen eigenen Sportunterricht als*

Mädchen. Die „Verkörperung“ der Anstrengung, die die Künstlerin aus meinem Beitrag heraushörte, nimmt dem „schönen Bild“, das ich mir gewählt habe, seine Eleganz. Sich ständig in Bewegung zu halten, eine Holzkeule zu schwingen und dabei im richtigen Moment in die Knie zu gehen, ohne umzufallen – aus dem schwingenden Pendel im Raum wird ein bodenständiges Bild. Im Lachen über das Keulenschwingen bahnt sich eine Erkenntnis ihren Weg: Die Inhalte kritischer Wissenschaft von Feministinnen haben sich in den letzten zwanzig Jahren entwickelt und verändert – die Anforderungen, die eigene Balance nicht zu verlieren und mit den Füßen auf dem Boden zu bleiben, sind gleich geblieben.

Literatur

- Adler, Matthias (1993): *Ethnopsychanalyse. Das Unbewußte in Wissenschaft und Kultur*. Stuttgart/New York
- Becker-Schmidt, Regina/Knapp Gudrun-Axeli (1987): *Geschlechtertrennung – Geschlechterdifferenz. Suchbewegungen sozialen Lernens*. Bonn
- Bereswill, Mechthild/Ehlert, Gudrun (1996): *Alleinreisende Frauen zwischen Welt- und Selbsterfahrung*. Königstein im Taunus
- /- (1997): *Migration und Rassismus: eine Herausforderung des westlichen Feminismus*. In *Ariadne* 32/November: *Exil – Emigration*, S. 65-71
- Erdheim, Mario (1988): *Die gesellschaftliche Produktion von Unbewußtheit. Eine Einführung in den ethnopsychanalytischen Prozeß*. Frankfurt am Main
- /Nadig, Maya (1979): *Größenphantasien und sozialer Tod*. In: *Kursbuch* 58. Berlin, S. 115-126
- /- (1980): *Die Zerstörung der wissenschaftlichen Erfahrung durch den akademischen Diskurs*. In: *Berliner Hefte* 15., S. 35-52
- /- (1991): *Ethnopsychanalyse*. In: Blum, Eva Maria (Hg.): *Herrschaft, Anpassung, Widerstand. Ethnopsychanalyse*, Band 2, S. 187-201
- Morgenthaler, Fritz/Weiss, Florence/Morgenthaler, Marco (1986): *Gespräche am sterbenden Fluß. Ethnopsychanalyse bei den Iatmul in Papua-Neuguinea*. Frankfurt am Main
- Nadig, Maya (1985): *Ethnopsychanalyse und Feminismus – Grenzen und Möglichkeiten*. In: *Feministische Studien* 2, S. 105-118
- (1986): *Die verborgene Kultur der Frau. Ethnopsychanalytische Gespräche mit Bäuerinnen in Mexiko*. Frankfurt am Main
- (1992): *Der ethnologische Weg zur Erkenntnis. Das weibliche Subjekt in der feministischen Wissenschaft*. In: Knapp, Gudrun-Axeli/Wetterer, Angelika (Hg.): *Traditionenbrüche*. Freiburg im Breisgau, S. 151-200
- Parin, Paul (1978): *Der Widerspruch im Subjekt. Ethnopsychanalytische Studien*. Frankfurt am Main

- (1981): Erfahrungen mit der Psychoanalyse bei der Erfassung gesellschaftlicher Wirklichkeit. In: Huber, Jakob/Macho, Thomas (Hg.): Klagenfurter Beiträge zur Philosophie. Wien, S. 7-36
- /Parin-Mattèy, Goldy (1986): Subjekt im Widerspruch. Frankfurt am Main
- Wackerhagen, Hilde (1984): Warum schreiben Frauen so wenig Satiren? In: Heenen, Susann (Hg.): Frauenstrategien. Frankfurt am Main, S. 138-166

Gudrun-Axeli Knapp

Kein Abschied von Geschlecht. Thesen zur Grundlagendiskussion in der Frauen- und Geschlechterforschung¹

Die Spatzen pfeifen es allerorten von den Dächern, daß die Frauen- und Geschlechterforschung von einer Grundlagenkrise erfaßt worden ist. In der anglo-amerikanischen Frauen- und Geschlechterforschung wird von einem „new scepticism about the use of gender as an analytical category“ gesprochen (Bordo 1990). Inzwischen hat diese, in den USA vor allem unter dem Etikett des „postmodernism“ geführte Debatte auch den deutschsprachigen Raum erreicht. In wissenschaftlichen Texten ist die Rede von einer „entsicherten Situation“ (Wobbe/Lindemann 1994, S. 8), von „Umbruch und Krise“ (Annauß 1996), von „Dezentrierung“ (Schein/Strasser 1997), vom relativen Bedeutungsverlust oder „Wirksamkeitsverlust“ der Kategorie Geschlecht (Pasero 1995), sogar von der „Auflösung der Geschlechterdifferenz“ (Heintz 1993). Bücher und Aufsätze beginnen mit Fragen wie „Ist die Kategorie „Geschlecht“ überholt?“ (Maihofer 1995).²

Die Debatte findet ihr Echo in den Massenmedien, die genüsslich das Ende des verkniffenen Latzhosen-Feminismus beschreiben. Die postfeministische³ Ära der Individualistinnen, der selbstbewußten Girlies und Superwomen hat begonnen, die nicht jammern, sondern sich einfach das nehmen, was sie brauchen. In meinem Kommentar will ich mich nicht auf einzelne Positionen dieser Grundlagendiskussion konzentrieren. Charakteristisch sind in diesem Fall ohnehin weniger die SolistInnen als das crossover-Konzert von Wissenschaft und Massenmedien. Es ist der Zusammenklang der Stimmen, der eine Stimmung erzeugt, deren Wirkungen im akademischen wie im breiteren öffentlichen Diskurs die identifizierbaren Tonfolgen, die sachlichen Aussagen der einzelnen übersteigen, sogar übertönen. Insofern haben wir es mit einem Phänomen zu tun, das beinahe Gerücht-Struktur aufweist: Seine Auslöser sind schwerer zu fassen als die emergenten Effekte – seine Effekte sind nicht einzeln zurechenbar. Gleichwohl gibt es benennbare Komponenten der Komposition.

Theoretische Impulse zu dieser Diskussion gehen wesentlich von zwei Bereichen aus: Zum einen von der variantenreichen Auseinandersetzung mit den

Fundierungen feministischer Kritik, die sich auf die Unterstellung kollektiver Soziallagen und strukturell geteilter Probleme beziehen. Hier sind die Anstöße aus der amerikanischen Auseinandersetzung mit der sozialen Heterogenität von Frauen⁴ entscheidend. Zum anderen von der Sex/Gender-Debatte und ihrer Befragung aller Annahmen einer naturgegebenen Zweigeschlechtlichkeit der Gattung. In diesem Feld hat vor allem die „Queer Theory“ für Wirbel gesorgt (Hark 1993). Eingebettet sind diese Entwicklungen in den weiteren Kontext der aktuellen modernisierungstheoretischen Diskussion, deren Kennzeichen Begriffe wie Pluralisierung, Individualisierung und Differenzierung sind. Darüber hinaus sind sie getragen und angestoßen von einer Verschiebung der Gewichte zwischen Disziplinen⁵, und, disziplinübergreifend, zwischen wissenschaftlichen Paradigmen bzw. Ansätzen.⁶

Sowohl die Sex/Gender-Debatte als auch die Diskussion um „Differenzen“⁷ unter Frauen haben trotz mancher modischer Züge zu einer Sensibilisierung vor allem für epistemologische Probleme und Wichtiges zur Kritik identitätspolitischer Fundierungen beigetragen. Insofern sind sie inspirierend und produktiv.

Gleichzeitig ist es zu begrifflichen Verschwommenheiten und perspektivischen Einengungen gekommen. Dies hängt nicht zuletzt mit dem „Gender“-Begriff zusammen, der die interne Vielschichtigkeit der Dimensionen, mit denen wir es analytisch zu tun haben, zudeckt. Wer von „Geschlecht“ – und vom „Bedeutungsverlust“ der Kategorie spricht, sagt noch nichts darüber aus, um was es geht. Wenn zehn Autorinnen von der Relativierung und De-Zentrierung von Geschlecht sprechen, können zehn unterschiedliche Gründe impliziert sein, ohne daß sie auf der kategorialen Ebene ausgewiesen würden. Geschlecht ist, ähnlich wie „Differenz“, eine Reflexionskategorie, die „an sich“ inhaltsleer ist. Deshalb ist eine Klärung von Hinsichten unabdingbar: Meint die Rede von „Geschlecht“ Geschlechterdifferenz als Eigenschafts- und Identitätskategorie, zielt sie auf Geschlechterbeziehungen als Relationen und Formen des Austauschs zwischen Männern und Frauen; auf Geschlechterordnungen als symbolisch-kulturelle Klassifikations- und Regulationssysteme oder auf Geschlechterverhältnisse als sozialstrukturelle Organisationsform des Verhältnisses zwischen den Genus-Gruppen? Die Dimensionen, die der Geschlechtsbegriff unter sich subsumiert, sind überaus vielfältig: sie reichen von personalen Attributionen bis hin zu Fragen der Gesellschaftstheorie: wie sind Geschlechterverhältnisse in die Gesellschaft eingebettet und durch sie geprägt, wie konstitutiv ist eine bestimmte Verfaßtheit von Geschlechterverhältnissen für die jeweilige Gesellschaft? Hier werden Aussagen über Organisationsformen gesellschaftlicher Reproduktionsprozesse gemacht, nicht über Individuen und deren Handlungen oder über

Gruppenbeziehungen aus der Perspektive des Handelns. Alle diese Dimensionen lassen sich analytisch voneinander trennen, praktisch und historisch stehen sie in einem Vermittlungszusammenhang, den es zu bestimmen gilt. Um Hintsichten klären zu können, in denen „Geschlecht“ weniger relevant sein soll als zuvor, müßte überdies deutlich gemacht werden, ob es sich bei der Rede vom „Bedeutungsverlust“ um eine sozialdiagnostische oder um eine epistemologische Aussage handelt und in welchem Verhältnis beide zueinander stehen.

Diesbezügliche Klärungen und Reflexionen sind vergleichsweise rar. Es gibt eine gewisse Disproportion zwischen den spezifischen Begrenztheiten der Problemausschnitte, die jeweils angepeilt werden, und der Wende- und Endrhetorik, die sie begleitet. So bezieht sich in der Sex-Gender-Diskussion, dem einem Zentrum der gegenwärtigen Debatte, der Begriff „Geschlecht“ schwerpunktmäßig auf Fragen der Geschlechtszugehörigkeit, nicht etwa auf spezifische Strukturen der Vergesellschaftung der Genus-Gruppen oder auf die Frage nach dem historischen Zusammenhang unterschiedlicher Formen von Herrschaft. Dies betrifft sowohl den ethnomethodologisch-wissenssoziologischen Geschlechtsbegriff, der wesentlich an Studien zu Transsexuellen entwickelt wurde, als auch Judith Butlers Geschlechtsbegriff, der ebenfalls aus einem sexualpolitischen Kontext kommt, jedoch in einem sprachphilosophischen Horizont erörtert wird. Ihnen geht es um die soziale Produktion von Geschlechtszugehörigkeit, um Identität, Identitätszwänge und deren Normalisierung. Die pauschale Rede von „Gender“ verdeckt diese spezifische Engführung. In Kombination mit einem oft wagemutig vagen Gebrauch des Begriffs „dekonstruktivistisch“, der allmählich zu einem modischen Synonym für „Kritik“ gerät⁸, entsteht eine brisante diskursive Mischung aus Gerücht, wahrgenommenen Veränderungen, wichtigen, aber leider übergeneralisierten Einsichten und Positionierungsinteressen im Wissenschaftsfeld.

An der Rezeptionsgeschichte von Judith Butlers Buch „Das Unbehagen der Geschlechter“ (1991) könnte dies vermutlich exemplarisch studiert werden. Dabei läßt sich in bezug auf Butlers Ansatz, die ja oft als eine der Mütter des neuen Paradigmas genannt wird, gar nicht von einem Bedeutungsverlust oder einer Dezentrierung der Kategorie Geschlecht sprechen: weder im sozialdiagnostischen noch im epistemologischen Sinne. Im Gegenteil: Bei ihr ist der Dekonstruktionsbegriff, der ja oft als Topos des Abschieds vom „klassischen Feminismus“ gelesen wird, geradezu per definitionem an die Diagnose eines Zustandes gebunden, in dem Geschlecht als normatives Ordnungssystem stabil institutionalisiert ist. Ihr geht es zum einen um die Analyse der heterosexuellen Matrix, die den binären Rahmen des Begriffs „Geschlecht“ sichert, und um die Untersuchung der normativen Prinzipien, die das biologische Geschlecht (Sex)

regulieren. Zum anderen betreibt sie eine vehemente Kritik der identity-politics, d.h. aller Versuche, Politik über die Setzung eines mit bestimmten Eigenschaften versehenen Kollektivsubjekts „Frauen“ zu fundieren. Butler würde aber nie im sozialdiagnostischen Sinne von einem Bedeutungsverlust, einer De-Institutionalisierung von Geschlecht oder einer Relativierung seiner strukturellen Effekte sprechen. Sie operiert mit ihrem sprachphilosophischen Zugang theoretisch an den Grenzmarkierungen der symbolischen Ordnung, an denen Fundamentalnormen kultureller Geltung sich über den Ausschluß von „verworfenen Anderen“ (abjects) begründen. Ihre Analysen kreisen mit großer Intensität um die regulative Macht des Geschlechterdualismus für kulturell zentrale Konzeptionen wie etwa die des Subjekts. Die Fragerichtung ist grundlagenkritisch, antifoundationalist: Wie wird die innere Stabilität des binären Rahmens des Begriffs „Gender“ gesichert, und wie muß man den Begriff „Gender“ reformulieren, damit er auch jene Machtverhältnisse umfaßt, die den Effekt eines vordiskursiven Geschlechts (Sex) hervorbringen und dabei diesen Vorgang der diskursiven Produktion selbst verschleiern. Die Stabilität dieses Grundrahmens und die Mechanismen seiner Immunisierung gegen Veränderung sind ihr Thema, nicht Diagnosen seiner Aufweichung oder Relativierung.

Referenzpunkt für feministische Forschung sind die Disparitäten, die Benachteiligung und Diskriminierung von Frauen im Verhältnis zu Männern in all ihren Ausprägungen, kumulativen Effekten und Widersprüchlichkeiten. Dieser Analysefokus beinhaltet weder logisch noch historisch die Annahme, daß es sich bei den Genus-Gruppen um in sich homogene Einheiten mit spezifischen „Identitäten“, „Mentalitäten“ oder mit identischen Lebensbedingungen handelt. Wenn nicht 'Geschlecht' der Referenzpunkt des Vergleichs ist, sondern Schicht, Ethnie oder Hautfarbe, dann müssen in der feministischen Forschung auch die sozialen, kulturellen und politischen Differenzen zwischen Frauen zur Kenntnis genommen werden. (Becker-Schmidt 1998a, b, 2000) Um derartige Verhältnisbestimmungen geht es in der gegenwärtigen feministischen theoretischen Diskussion.

Allerdings scheint mir für die anstehenden Verhältnisbestimmungen m.E. zweierlei wichtig:

Wenn nicht Unterschiede und Ungleichheiten zwischen den Genus-Gruppen, sondern Unterschiede und Ungleichheiten unter Frauen in den Blick genommen werden, bekommen wir es mit Konstitutionsverhältnissen zu tun, in denen Geschlechterdifferenzen nicht die primären Konstituentien sind oder sein müssen. Diese Konstitutionsverhältnisse können nicht erfaßt werden, wenn sich der Blick ausschließlich auf Frauen konzentriert.

So wie Analysen des Geschlechterverhältnisses nicht davon absehen können, daß es sich um eine kapitalistische Gesellschaft handelt, die durch die Trennung

von Arbeit und Produktionsmitteln konstituiert ist, kann z.B. Ethnizität als kulturell-strukturelle Formation nicht erfaßt werden, wenn man sie über Unterschiede zwischen Frauen fokussiert.

Dies sprengt, und das ist der zweite Punkt, den identitäts- und subjekt-theoretischen Horizont dieser Diskussion. Die starke Ausrichtung auf Fragen der Zugehörigkeit, der Distinktion im Sinne des „doing difference“, und der mehr oder weniger „multiple identities“ ist unzureichend, wenn es auch darum geht, Strukturzusammenhänge und kulturelle Formationen zu analysieren, in denen „Differenzen“ als soziale Relationen, als Distributions- und Anerkennungsverhältnisse historisch entstanden sind und wirksam werden. Man kommt sonst nicht an das Problem heran, welches spezifische Gewicht bestimmten Relationen in einem historisch-gesellschaftlichen Kontext zukommt und welche Verknüpfungen es zwischen ihnen gibt. Dies sprengt dann auch den sprach- und wissens-theoretischen Horizont eines Großteils der hier einschlägigen Ansätze. Der Kontext dieser Fragen wäre der systematische Ort, sich über die spezifischen Produktivitäten von Zugangsweisen zu verständigen.

Für die Zukunft der feministischen Forschung und der Sektion habe ich drei Wünsche:

Erster Wunsch: Ich wünsche mir eine stärkere Ausprägung der verglichenen Komponente und mehr Offenheit in der Diskussion der Grundlagen der jeweils eigenen Position. Ich halte es hier mit Wolfgang Welsch: „Ein Diskurs, der das Niveau von Wissenschaftlichkeit besitzen möchte, kann heute nur derjenige sein, der innerhalb der Doppelstruktur von Aussage und Aussagebedingungen operiert ... Im Idealfall führt solche Bedingungs-transparenz zur Konturierung der Grenzen und Ausschlüsse, die mit dem jeweiligen Bedingungs-rahmen verbunden sind.“ (Welsch 1992, S. 48). Eine solche Orientierung würde die wissenschaftliche Streitkultur befördern können, weil sich auf dieser Grundlage nicht nur „Hinsichten“, sondern auch die jeweiligen Grenzen und blinden Flecke klarer herausarbeiten lassen. Dann könnte man beispielsweise begründen, weshalb eine gesellschaftstheoretische Orientierung, wie ich sie in der Tradition der älteren Kritischen Theorie für unverzichtbar halte, in bezug auf bestimmte Fragestellungen – etwa die Kritik der normativen Heterosexualität – die ich ebenfalls für unverzichtbar halte, an ihre Grenzen stößt (Ott 1998).

Zweiter Wunsch: Es sprechen viele Zeichen dafür, daß sich die gesellschaftlich-politischen Grundkoordinaten derzeit gravierend ändern und daß wir in eine neue Phase kapitalistischer Expansion und eine postnationale Konstellation (Habermas 1998) eintreten. Die wissenschaftlichen Theorien hinken wieder einmal der Wirklichkeit hinterher. Es stellen sich Fragen, die mit dem zukünftigen Gesicht Europas und der Welt zusammenhängen, mit veränderten Zusam-

mensetzungen von Bevölkerungen, mit ungleichzeitigen ökonomischen Entwicklungen, Rückbau von Sozialstaatlichkeit und großrahmigeren politisch-rechtlichen Regulationen. Feministische Theorie, wenn sie nicht provinziell, konservativ und langweilig werden will, muß sich stärker auf diese Prozesse einstellen. Ich sehe darin eine ungeheure Herausforderung auch für meine Generation und fühle mich als Lehrende in die Verantwortung genommen, die Wissenschaft, die ich gelernt habe, in bezug auf ihre Tauglichkeit für die Analyse der veränderten Gesellschaft zu überprüfen. Zu solchen Überprüfungen gehört die Frage der Kontextbindung der eigenen theoretischen Traditionen: in welchem Gesellschaftsbezug wurden sie entwickelt, welche historische Erfahrung geht in sie ein, wo liegen Grenzen der Übertragbarkeit. Mein Wunsch ist, daß auch in der feministischen Theoriebildung solche Kontextbezogenheit stärker in den Blick genommen wird. Das Problem der „Übersetzung“ wird umso dringlicher, je mehr die feministische Diskussion sich internationalisiert oder – in jüngster Zeit – amerikanisiert. Bestimmte Theoreme, die aus den USA herübergekommen sind, greifen nicht unbedingt in bezug auf europäische Verhältnisse und umgekehrt. Dies gilt in gewisser Weise sogar für den englischsprachigen Zentralbegriff „Gender“, dessen linguistische Konnotationen nicht in alle Sprachen übertragbar sind.⁹ Solche Fragen, wie sie etwa Judith Butler und Rosi Braidotti im Materialienband 14 der Frankfurter Frauenschule (1994) aufwerfen, hätte ich gern intensiver diskutiert.

Mein dritter Wunsch betrifft den Zusammenhang von Wissenschaft und Politik: Ich gehe davon aus, daß feministischer Theorie ein Stück Distanz zu jeglichen identitätspolitischen Fundierungen not tut. Wenn aber Evelyn Annuß in ihrem Beitrag „Grenzen der Geschlechterforschung“ in den Feministischen Studien (Mai 1999) im Zusammenhang einer grundlegenden Kritik des identitätspolitischen Paradigmas für eine „Entpolitisierung der Geschlechterforschung“ plädiert, dann habe ich – obwohl ich viele ihrer Argumente teile – den Eindruck, daß hier „politisch“ mit „identitätspolitisch“ gleichgesetzt wird.

Nun ist aus einer sozialpsychologischen Perspektive klar, daß Erkenntnis und Interesse immer – mehr oder weniger offenkundig – miteinander verbunden sind, und daß eine besondere Aufmerksamkeitsbindung entsteht, wenn es um Probleme geht, die einem nahe kommen. Ich halte solches Involviertsein für eine der unverzichtbaren Quellen feministischer Kritik und im übrigen auch institutioneller Praxis.

In dem unvermeidbaren Spagat zwischen Professionalisierung und der Weiterentwicklung feministischer Kritik wünsche ich mir, daß die Sektion sich nicht so weit professionalisiert, daß sie ihren Impetus als Bindung stiftendes Netzwerk von Wissenschaftlerinnen verliert. Gerade weil sie im Zeichen einer

gewissen Gemeinsamkeit von Interessen und Problemlagen steht, ist sie ein potentieller Ort, Unterschiede zur Geltung zu bringen. Etwas professioneller werden könnten allerdings die Formen der Geschichtsschreibung der Frauenforschung: das gängige Erzählmuster vom essentialistischen Differenzfeminismus und universalisierenden Patriarchatskonzepten der siebziger Jahre zum dekonstruktiven Avantgardismus der postfeministischen Gegenwart ist eine Karikatur. Bis zum nächsten Jubiläum hätte ich gern eine Geschichte zum Wiedererkennen und Weiterschreiben. Aber das wäre ja nun schon der vierte Wunsch ...

Anmerkungen

- 1 Eine ausführlicher begründete Version dieser Thesen findet sich in: Knapp, Gudrun-Axeli: Dezentriert und viel riskiert. Anmerkungen zum Bedeutungsverlust der Kategorie Geschlecht. In: Knapp, Gudrun-Axeli/Wetterer, Angelika (Hg.): Soziale Verortung der Geschlechter. Gesellschaftstheorie und feministische Kritik. Münster 2000.
 - 2 Für weitere Bezugnahmen auf diesen Diskurs vergl. u.a.: Münsteraner Arbeitskreis für Gender Studies 1999; Haas 1995; Frankfurter Frauenschule 1994; Klinger 1998; Sgier 1994.
 - 3 Dabei bezeichnet der affirmative theoretische Begriff des „Postfeminismus“ – im Gegensatz zu dem öffentlichen Gebrauch in den Massenmedien – weder das vielbeschworene Ende der Frauenbewegung noch das Backlash-Klima der Nach-Wende-Zeit; er wird vielmehr positiv verwendet, um eine bestimmte theoretische Strömung auszuzeichnen: „Die führenden Theoretikerinnen des ‘Post-Feminismus’ sind Amerikanerinnen (Dazu gehören u.a. Judith Butler, Jane Flax, Donna Haraway, Sandra Harding und Joan Wallach Scott).“ (Heintz 1993, S. 35/Fn.18) Einmal davon abgesehen, ob die genannten Wissenschaftlerinnen selbst die Bezeichnung für sich akzeptieren würden: Das Szenario, auf dessen Hintergrund „Post-Feminismus“ hier von Bettina Heintz plausibilisiert wird, ist durchaus charakteristisch. Sie geht davon aus, daß der „Geschlechterbegriff, der die feministische Diskussion lange Zeit beherrscht hat, ... historisch überholt (ist)“, und reflektiert den Diskurs-Wechsel auf dem Hintergrund gesellschaftlicher Entwicklungen: „Beides – die zunehmende Heterogenisierung der weiblichen Lebenssituation sowie der relative Bedeutungsverlust der Geschlechtszugehörigkeit in einer differenzierten und rationalisierten Gesellschaft – bildet den realen Erfahrungshintergrund für die Dekonstruktion eines universalisierenden Konzeptes von ‘Frau’ (bzw.) ‘Mann’.“ (Heintz 1993, S. 37) Auf der Folie der suggestiven Gleichung: Feminismus = universalisierende Konzepte von „Frau“ und „Mann“/Realentwicklung = Individualisierung und Pluralisierung erscheint der Paradigmenwechsel nicht nur schlüssig, sondern überfällig.
- Ihr Fazit: „Die Umorientierung im geschlechtertheoretischen Denken hat, anders formuliert, auch strukturelle Gründe. Das sogenannte post-feministische Denken ist jedenfalls ein Denken, das der modernen Gesellschaft und der Pluralität der weiblichen Lebenssituation(en) um einiges angepasster ist als die ahistorische Geschlechterontologie des ‘klassischen’ Feminismus.“ (ebenda)

- 4 Ein Zitat der Anthropologinnen Gerlinde Schein und Sabine Strasser mag dafür als Beleg stehen: „Die zentrale Stellung von gender für Feminismus ist also doppelt in Frage gestellt: durch das Erkennen der gleichzeitigen Wirksamkeit aller sozialen Kategorien (gender, race, Klasse, Ethnizität usw.) und durch die Einsicht in die fundamentale Bedeutung dieser ‘anderen Differenzen’ für die Konstruktion von gender selbst. Gender ist niemals allein wirksam, sondern wird in spezifischen Kontexten gleichzeitig mit und durch andere Differenzen konstruiert, artikuliert und sozial realisiert. Überschneidungen und Durchkreuzungen von Kategorien und Differenzen, aber auch postkoloniale Hybridität, Cyborg- und borderland-Identitäten bilden nun die Kernfelder nicht nur der feministischen Diskussion.“ (Schein/Strasser 1997, S. 10)
- 5 Von den Sozialwissenschaften als Leitdisziplinen kritischer Wissenschaft hin zu Kultur-, Sprach- und Literaturwissenschaften.
- 6 Von historisch und ideologiekritisch orientierten gesellschaftstheoretischen Ansätzen hin zu unterschiedlichen Varianten des Poststrukturalismus und der Wissenssoziologie.
- 7 Für ausführlichere Bezüge siehe die Kapitel „Konstruktion und Dekonstruktion von Geschlecht“ sowie „Achsen der Differenz – Strukturen der Ungleichheit“ in dem Band: Becker-Schmidt, Regina/Knapp, Gudrun-Axeli: „Feministische Theorien zur Einführung“, Hamburg 2000.
- 8 Ausführlicher in: Knapp, Gudrun-Axeli: Differenz und Dekonstruktion. Anmerkungen zum „Paradigmenwechsel“ in der Frauenforschung, in: Hradil, Stefan (Hg.): Differenz und Integration. Die Zukunft moderner Gesellschaften. Verhandlungen des 28. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, Dresden 1996, Frankfurt am Main/New York 1997.
- 9 Vgl. Knapp, Gudrun-Axeli: unveröffentlichte Vorlesung im Projektbereich „Arbeit“ der Internationalen Frauenuniversität, Hannover, Juli 2000.

Literatur

- Annuß, Evelyn (1996): Umbruch und Krise in der Geschlechterforschung. Judith Butler als Symptom. In: Das Argument 216, S. 505-527
- Aulenbacher, Brigitte (2000): Die Zweite Moderne – ein herrenloses Konstrukt. Reichweite und Grenzen modernisierungstheoretischer Zeitdiagnosen. In: Knapp, Gudrun-Axeli/Wetterer, Angelika (Hg.): Soziale Verortung der Geschlechter. Gesellschaftstheorie und feministische Kritik. Münster
- Becker-Schmidt, Regina (1998a): Geschlechterdifferenz – Geschlechterverhältnis: soziale Dimensionen des Begriffs „Geschlecht“. In: Institut Frau und Gesellschaft (Hg.): Zeitschrift für Frauenforschung 11, Heft 1/2, S. 37-46
- (1998b): Trennung, Verknüpfung, Vermittlung: zum feministischen Umgang mit Dichotomien. In: Knapp, Gudrun-Axeli (Hg.): Kurskorrekturen. Feminismus zwischen Kritischer Theorie und Postmoderne. Frankfurt am Main/New York
- /Knapp, Gudrun-Axeli (2000): Feministische Theorien zur Einführung. Hamburg

- Bordo, Susan (1990): *Feminism, Postmodernism, and Gender-Scepticism*. In: Nicholson, Linda J. (Hg.): *Feminism/Postmodernism*. New York, S. 133-156
- Braidotti, Rosi (1994): *Gender und Post-Gender. Die Zukunft einer Illusion*. In: Verein Sozialwissenschaftliche Forschung und Bildung für Frauen (Hg.): *Facetten feministischer Theoriebildung Band 14: Zur Krise der Kategorien. Frau. Lesbe. Geschlecht*. Frankfurt am Main, S. 7-31
- Brooks, Ann (1997): *Postfeminisms. Feminism, cultural theory and cultural forms*. London
- Butler, Judith (1991): *Das Unbehagen der Geschlechter*. Frankfurt am Main
- (1994): *Unter Feministinnen; „The Trouble with Gender“*. In: Verein Sozialwissenschaftliche Forschung und Bildung für Frauen (Hg.): *Facetten feministischer Theoriebildung Band 14. Zur Krise der Kategorien. Frau. Lesbe. Geschlecht*. Frankfurt am Main, S. 145-177
- Crosby, Christina (1992): *Dealing with Differences*. In: Butler, Judith/Scott, Joan W.: *Feminists Theorize The Political*. New York, S. 130-144
- Feministische Studien (1993): *Kritik der Kategorie Geschlecht*, 11/2
- Frankfurter Frauenschule (Hg.) (1994): *Zur Krise der Kategorien. Frau. Lesbe. Geschlecht. Materialienband 14*. Frankfurt am Main
- Gerhard, Ute (1999): *Atempause. Feminismus als demokratisches Projekt*. Frankfurt am Main
- Haas, Erika (Hg.) (1995): *„Verwirrung der Geschlechter“*. Dekonstruktion und Feminismus. Wien
- Habermas, Jürgen (1998): *Die postnationale Konstellation. Politische Essays*. Frankfurt am Main
- Hark, Sabine (1993): *Queer Interventionen*. In: *Feministische Studien* 2, S. 103-109
- Heintz, Bettina (1993): *Die Auflösung der Geschlechterdifferenz. Entwicklungstendenzen in der Theorie der Geschlechter*. In: Bühler, Elisabeth u.a. (Hg.): *Ortssuche. Zur Geographie der Geschlechterdifferenz*. Zürich/Dortmund, S. 17-49
- Klinger, Cornelia (1998): *Feministische Philosophie als Dekonstruktion und Kritische Theorie. Einige abstrakte und spekulative Überlegungen*. In: Knapp, Gudrun-Axeli (Hg.): *Kurskorrekturen. Feminismus zwischen Kritischer Theorie und Postmoderne*. Frankfurt am Main/New York, S. 242-257
- Knapp, Gudrun-Axeli (1997): *Differenz und Dekonstruktion. Anmerkungen zum „Paradigmenwechsel“ in der Frauenforschung*. In: Hradil, Stefan (Hg.): *Differenz und Integration. Die Zukunft moderner Gesellschaften. Verhandlungen des 28. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, Dresden 1996*. Frankfurt am Main/New York, S. 495-513
- (2000): *More Power to Argument*. In: *Feminist Theory* 1(2), August
- Maihofer, Andrea (1995): *Geschlecht als Existenzweise*. Frankfurt am Main
- Modlesky, Tanja (1991): *Feminism without Women: Culture and Criticism in a 'Postfeminist' Age*. New York

- Münsteraner Arbeitskreis für Gender Studies (Hg.) (1999): *Kultur Geschlecht Körper*. Münster
- Ott, Cornelia (1998): *Die Spur der Lüste. Sexualität, Geschlecht und Macht*. Opladen
- Pasero, Ursula (1995): Dethematisierung von Geschlecht. In: Pasero, Ursula/Braun, Friederike (Hg.): *Konstruktion von Geschlecht*. Pfaffenweiler, S. 50-66
- Schein, Gerlinde/Strasser, Sabine (Hg.) (1997): *Intersexions. Feministische Anthropologie zu Geschlecht, Kultur und Sexualität*. Wien
- Sgier, Irena (1994): *Aus eins mach zehn und zwei lass gehn. Zweigeschlechtlichkeit als kulturelle Konstruktion*. Bern/Zürich/Dortmund
- Welsch, Wolfgang (1992): *Topoi der Postmoderne*. In: Fischer, H.R./Retzer, A./Schweitzer, J. (Hg.): *Das Ende der großen Entwürfe*. Frankfurt am Main
- Wobbe, Theresa/Lindemann, Gesa (Hg.) (1994): *Denkachsen. Zur theoretischen und institutionellen Rede vom Geschlecht*. Frankfurt am Main

Hildegard Maria Nickel

Vom Umgang mit Differenzen

1. *Ein gemeinsamer Nenner?*

Vor dem Hintergrund eigener Erfahrungen mit dem DDR-Sozialismus und dem Zusammenbruch eines gesellschaftlichen Systems, das gegenüber Westdeutschland durch einen „Gleichstellungsvorsprung“ (Geissler 1992) ostdeutscher Frauen gekennzeichnet war, interessiert mich, was die bundesdeutsche feministische Frauen- und/oder Geschlechterforschung leistet, um gesellschaftliche Transformationsprozesse in ihrer Gender-Dimension zu fassen bzw. wie in die Gender-Debatte gesellschaftliche Transformation Eingang findet.

Wenn man sich die Etablierung der Frauen- und Geschlechterforschung in der Bundesrepublik ansieht – ich verkürze, vereinfache und spitze zu¹ –, ist erstens festzustellen, dass ihr erkenntnistheoretischer Ausgangspunkt zunächst eine „vorwissenschaftliche“, spontane Definition des Forschungsgegenstandes war: Sie übersetzte eine (benachteiligte) Geschlechtergruppe, die Frauen, relativ umstandslos und 'naiv' in eine wissenschaftliche Fragestellung. Untersuchungen von Elisabeth Pfeil und Ursula Lehr markieren diese Etappe, später ist es Helge Pross, die die Lebenslage von (Haus-)Frauen und die Einstellung von Männern zu Themen der Soziologie macht, zugleich aber keine „Frauenforscherin“ ist. Denn Frauenforschung definierte sich als „parteiliche“ Forschung von, über und im Interesse von Frauen, und ihre Verbindung mit der Frauenbewegung galt als selbstverständlicher und unhintergebarer Ausgangspunkt von Authentizität und Validität. Die differenztheoretische Diskussion der späten siebziger und beginnenden achtziger Jahre fokussierte das „weibliche Arbeitsvermögen“

(Beck-Gernsheim; Ostner) und rückte dabei auch die strukturelle Differenz von Erwerbsarbeit und Hausarbeit (Gottschall 2000) in das Zentrum der Aufmerksamkeit. Mit Ursula Beer, Ute Gerhard, Regina Becker-Schmidt und Gudrun-Axeli Knapp kam in den späten achtziger Jahren Geschlechterhierarchie als moderne, mit der kapitalistischen Ökonomie und den bürgerlichen Verhältnissen systematisch verbundene Kategorie in den Blick (Gottschall 2000), die – und das war der Fokus der neunziger Jahre – in der symbolischen Reproduktion und im doing-gender flexibel und variantenreich immer wieder neu hergestellt wird. Ich behaupte nun und bin mir der Provokation dieser These bewusst, dass die Frauen- und Geschlechterforschung bei all ihren Erkenntnisleistungen zugleich auch als ein unbeabsichtigtes Nebenprodukt die von ihr kritisierte Sozialordnung der Zweigeschlechtlichkeit wie ein „quasi Naturgesetz“ festzurrite. Die Annahme von der Gleichursprünglichkeit von (Geschlechter-)Differenz und (Geschlechter-)Hierarchie legte sich – polemisch formuliert – wie ein erkenntnistheoretischer Panzer um die bundesdeutsche Debatte. Es bedurfte des US-amerikanischen Streites um Differenz und um die Kategorie „Frau“, dass dieser Panzer wissenschaftskritisch reflektiert, partiell auch durchlöchert wurde. Gemeinsamer Nenner der sozialwissenschaftlichen Frauen- und Geschlechterforschung in der Bundesrepublik ist seit Mitte der achtziger Jahre, so Helga Milz 1994: Akzeptanz eines potentiellen Andersseins der Geschlechter-(Differenz), der anderen kulturellen Verortung, Sozialisation, Orientierung, Identität und Lebensweise von Frauen gegenüber Männern. Aber auch Differenzen in der Gruppe, die das Anderssein für sich reklamieren, wurden thematisiert: differenzierte Differenz, Vielgestaltigkeit des Andersseins, egalitäre Differenz sind Stichworte.

2. Was haben gesellschaftliche Transformation und die feministische Debatte um Differenz(en) miteinander zu tun?

Die feministische Gender-Forschung der vergangenen 20 Jahre hat sichtbar gemacht, dass der Dualismus von Männlichkeit und Weiblichkeit eine enorme Persistenz und Flexibilität hat (Knapp 1995, 2001). Das führt zu der sozialwissenschaftlich brisanten Frage, ob der gesellschaftliche Transformationsprozess, der den Wechsel in das 21. Jahrhundert begleitet, lediglich zu einer neuerlichen „Modernisierung“ der alten Bipolarität beiträgt, bei der die impliziten Asymmetrien und Hierarchien im Geschlechterverhältnis bzw. in der „Relationalität zwischen Genus-Gruppen“ (Knapp 2001) auf höherer Stufe fortgeschrieben werden oder ob fundamentalere Erosionen der Sozialordnung der Zweigeschlechtlichkeit anstehen, weil von einem grundsätzlichen Strukturwandel der gesamten Wirtschafts-, Arbeits- und Lebenswelt auszugehen ist. Eine Reihe von

empirischen Belegen – vor allem auch aus der „gendersensiblen“ Transformationsforschung (Nickel u.a. 1999; Jähnert u.a. 2001; Kreisky/Sauer 1997) – zeigt, dass die alten Dualismen tendenziell ihre Gültigkeit zu verlieren scheinen, und zwar durch „Überlappungen und Grenzüberschreitungen“ (Bilden 1991), die nicht mehr nur in der Angleichung weiblicher Biographien an männliche, sondern umgekehrt, auch in einer strukturbedingten Feminisierung männlicher (Erwerbs-)Biographien zu finden sind. Neben dem tiefsitzenden Symbolsystem der Zweigeschlechtlichkeit greift anscheinend auch das zivilgesellschaftliche „Deutungsmuster der Gleichheit“ in den Geschlechterbeziehungen der westlichen Moderne. Beide Muster – Differenz und Gleichheit – scheinen gegenwärtig in allen gesellschaftlichen Bereichen zu kollidieren und sich – in einem sehr ambivalenten Verweis aufeinander – neu zu formieren (Bilden 1991; Maihofer 1997).

Wie offen – so ist zu fragen – ist die Frauen- und Geschlechterforschung selbst für das Re-Thinking des Geschlechterverhältnisses? Gibt es (sozialwissenschaftliche) Ansätze, die neue Optionen für die feministische Debatte eröffnen, oder lässt sich nach dem Zusammenbruch des Sozialismus fortschreiben, „was wir inzwischen über die Differenzen und unterschiedlichen Interessen von Frauen als der einen ‘Hälfte der Menschheit’ gelernt haben“ (Gerhard 1996)? Geht es mit dem Zusammenbruch des Sozialismus beispielsweise vor allem darum – wie ich Ute Gerhard verstehe –, eine weitere, nämlich die ostdeutsche Differenz zu akzeptieren und sie in die Vielfalt der Formen westlicher Selbstbestimmung zu integrieren? Oder stellen sich auf diesem Hintergrund möglicherweise auch ganz neue und grundsätzlich andere (Forschungs-)Fragen?

Dem Feminismus und der Frauenforschung in der Bundesrepublik ging und geht es immer auch um den Nachweis der Eigenständigkeit, damit verbunden vor allem auch „um die Unterscheidung von Geschlechterungleichheit von Klassenungleichheit“ (Beer 1989). Unter diesem Blickwinkel wurde nicht nur deutlich, dass Klasse und Geschlecht zwei verschiedene Sozialstrukturen sind, die zwar miteinander verknüpft, aber nicht identisch sind, sondern so könnte sich auch erklären, dass auf der Basis moderner kapitalistischer Sozialstrukturen und der damit verbundenen Hervorbringung individualisierter Lebensformen und pluralisierter Lebensstile (auch für Frauen) in der Bundesrepublik der siebziger und achtziger Jahre einerseits eine wachsende Infragestellung patriarchaler Verhältnisse möglich wurde, und andererseits die *neue* Frauenbewegung in der Bundesrepublik „nicht so sehr die Verteilungs- und Eigentumsfragen – also Gleichheit – (thematisiert(e)), sondern die Lebensweise, Selbstbestimmung ... im Zentrum der Mobilisierung ... stehen“ (Gerhard 1995).

Das Blatt der modernen Wohlfahrtsgesellschaft hat sich allerdings nicht erst mit dem deutschen Vereinigungsprozess gewendet. Verteilungskämpfe um knap-

pe Ressourcen bestimmen zunehmend die gesellschaftspolitische Tagesordnung. Damit drängen aber auch Fragen sozialer Ungleichheit wieder stärker in den Vordergrund. In der feministischen sozialwissenschaftlichen Forschung findet das – zwar zögerlich – zunehmend auch wieder Beachtung (Stolz-Willig/Veil 1999; Gottschall 2000; Lenz u.a. 2000), so dass seit Mitte der neunziger Jahre der weiter oben beschriebene „gemeinsame Nenner“ (Milz) der differenztheoretischen Argumentation brüchig geworden ist. Das scheint in „Dilemmaformulierungen“ (Maihofer 1997) deutlich zu werden, die einesteils eine gewisse erkenntnistheoretische Hilflosigkeit wie aber andernteils auch ein neues Problem empfinden signalisieren.

3. Anachronistische Reflexionen – Die deutsche Vereinigung als ein Exempel der Transformationsforschung

Mehr als zehn Jahre nach dem Zusammenbruch des Sozialismus in Mittel- und Osteuropa sind die Auswirkungen der Transformationsprozesse auf die Geschlechterverhältnisse und Geschlechterordnungen noch immer nahezu unerforscht. Diese Forschungslücke sollte dringend geschlossen werden, denn daran hängen gesellschaftspolitische Fragen, die das „Haus Europa“ und seine zivilgesellschaftliche Zukunft betreffen. Allerdings setzt dies einen den Osten einbeziehenden internationalen, komparativen Diskurs voraus, der bisher weitgehend² uneingelöst ist (Jähnert u.a. 2001).

Auch bezogen auf den deutschen Vereinigungsprozess und die Transformationsforschung in der Bundesrepublik gilt diese Leerstelle (Sauer 1999). Die Ausblendung von Geschlecht in der Forschung schließt allerdings die gleichzeitige Stilisierung von Ost-Frauen als generalisierte „Opfer“ westlicher Modernisierung einerseits bzw. andererseits als verallgemeinerte „Verursacherinnen der Arbeitsmarktkrise“ in den neuen Bundesländern (und darüber hinaus) nicht aus. Diese „Schieflagen“ der Transformationsforschung lassen sich – mit Birgit Sauer – folgendermaßen charakterisieren:

- Während sich Wissenschaftler um „geschlechtsabstinente“ allgemeine Theorien der Transformation bemühen, die zumeist allerdings kaum greifen, weil sie eindimensionaler, modernisierungstheoretischer (westlicher) Herkunft sind, verhalten sich Wissenschaftlerinnen in der Transformationsforschung eher „theorieabstinent“. Im „Malestream“ der Transformationsforschung sind Frauen sowohl als Untersuchungsgegenstand wie als Forschende weitgehend abwesend, und Geschlecht als Untersuchungskategorie existiert kaum. (Jüngste Belege: Esser 2000; Noll/Habich 2000; Bertram/Kollmorgen 2001).
- In der Frauen- und Geschlechterforschung ist hingegen die gesellschaftliche Transformation kein systematischer (theoretischer) Gegenstand, und die

empirische Forschung in diesem Zusammenhang ist vergleichsweise spärlich bzw. kleinteilig beschreibend, wo auch „große“ Fragen zu stellen und zu beantworten wären: Was passiert im Verhältnis der Geschlechter, wenn gesellschaftliche Strukturen sich radikal verändern? Ist unter den Bedingungen des Aufeinanderprallens verschiedener Geschlechterverhältnisse in einem gesellschaftlichen Raum die These von *einem* sich zwar modernisierenden, aber in seiner Asymmetrie gleichbleibenden System der Zweigeschlechtlichkeit aufrechtzuerhalten?

- In einer Reihe von empirischen Untersuchungen zur Transformation tauchen (Ost-)Frauen als bevorzugte Problemgruppe auf (z.B. Heering/Schroeder 1996). Sie sind entweder (passiv) die
 - a) Verliererinnen der deutschen Einheit, vor allem im Sinne eines vermeintlich oder tatsächlich verlorenen „Gleichstellungsvorsprungs“, insbesondere hinsichtlich ihrer Erwerbsintegration;
 - b) Opfer der Ökonomisierung aller Sozialbeziehungen, mit dem Effekt, dass junge ostdeutsche Frauen kaum noch Lust zeigten, Kinder zu gebären; oder sie sind
 - c) eigensinnige Quertreiberinnen, die zu wenig anpassungsbereit sind und trotz veränderter gesellschaftlicher Bedingungen an ihrer „Erwerbsneigung“ festhalten.

Die subversive Herausforderung an die Wissenschaft könnte auf diesem Hintergrund heißen, dass Wissenschaft und Forschung wieder als eine „Form des kollektiven Gedächtnisses“ angerufen werden müssen, zumal die offizielle Geschichtsschreibung dazu neigt – auch bezogen auf den Transformationsprozess – auszublenden, abzuspalten und zu verschweigen. Das allerdings wäre zunächst mit einem Anliegen an die (ostdeutsche) Frauen- und Geschlechterforschung selbst zu verbinden, denn es ist wohl zum großen Teil ihre (unerledigte) Aufgabe, den Faden der Geschichte aufzunehmen. Warum dies nur so vereinzelt geschieht, hat viele und neben „abwicklungsbedingten“ ideologischen Gründen vor allem auch handfeste finanzielle Ursachen. Ein Grund für das auffällige Schweigen ist aber in der Tat derjenige, den Ute Gerhard benannt hat: Auch wir brauch(t)en „eine Atempause“, ob sie „zur Mobilisierung unserer Kräfte“ (Gerhard 1996, S. 14) genutzt wird, werden kann, bleibt abzuwarten.

Auch die westdeutsche sozialwissenschaftliche Frauen- und Geschlechterforschung der Nachwendezeit war in der Regel, wenn auch aus anderen Gründen, ebenfalls weit von dem Transformationsthema entfernt und vor allem mit der ethnomethodologischen Diskussion zur sozio-kulturellen Konstruktion von Geschlecht verbunden. Sie konzentrierte sich darauf, dass Konstruktionsprozesse an den vorgefundenen zweigeschlechtlichen Klassifikationen (Wetterer 1995)

ansetzen. Die mikrosoziologischen Analysen nahmen also zumeist ihren Anfang bei der symbolischen Ordnung der Geschlechter, dem Alltagshandeln und den Mechanismen ihrer kulturellen Reproduktion. Damit aber ist eine Reihe von Problemen verbunden, die Gegenstand von Kritik waren (Gottschall 1996; Nickel 1996; Knapp 1999). Ich will diese Polemik hier nicht erneut aufwärmen, nur auf folgenden Gesichtspunkt nochmals verweisen: Die – vor allem auch von Gudrun-Axeli Knapp zu Recht kritisierte – Engführung des sozialwissenschaftlichen Ansatzes auf das *doing gender* im Alltagshandeln hatte notwendigerweise die weitgehende Ausblendung gesellschaftlicher Prozesse und Strukturen zur Folge. Das Fehlen einer gesellschaftstheoretischen Perspektive (Knapp 1999) führte geradezu zwangsläufig zur Ausblendung des gesellschaftlichen Transformationsprozesses. Damit aber blieb notwendigerweise weitgehend unbeachtet, dass es im deutschen Vereinigungsprozess zu einer zwar ungleichgewichtigen, dennoch gravierenden Konfrontation zweier unterschiedlicher Geschlechterregime (Sauer 1996) bzw. Geschlechterordnungen (Nickel 1999) kam bzw. kommt, die in ihren Differenz-Effekten erst noch zu erforschen und zu gewichten wäre.

Transformationsprozesse sind zweifellos hochgradig widersprüchlich und vielschichtig und durch mindestens zwei zentrale ungleichzeitige Faktoren charakterisiert: Sie basieren zum einen auf national-historischen Kontexten und damit verbundenen „nationalen Geschlechterordnungen“ wie zugleich auch auf Strukturen des Staatssozialismus. Die Geschlechterverhältnisse in den ehemals sozialistischen Ländern waren – im Vergleich zu den westlich-kapitalistischen – zum Teil durch den bereits erwähnten ambivalenten „Gleichstellungsvorsprung“ (Geissler 1992) der Frauen (vor allem in der Erwerbsarbeit) charakterisiert. In den meisten sozialistischen Ländern begünstigte die staatliche Sozialpolitik die Vereinbarkeit von Frauenerwerbsarbeit und Mutterschaft und machte damit den auch für West-Frauen zunehmend attraktiven „doppelten Lebensentwurf“ lebbar. Zum anderen ist die Transformation mit einer westlichen „Pfadabhängigkeit“ verknüpft, d.h. sie unterliegt einem Anpassungsdruck an marktwirtschaftliche Verhältnisse, die sich allerdings selbst in einem gravierenden Wandlungsprozess befinden: Durch Umbrüche der Produktion, der Arbeit und der Arbeitsmärkte in den „postindustriellen“ Ländern zerfällt das idealtypische Modell des männlichen Ernährers und der weiblichen Familienerhalterin sowie die auf Männer und Frauen zugeschriebene Polarität von „Öffentlichkeit“ und „Privatheit“. Was das für die (Neu-)Strukturierung von „Öffentlichkeit“ und „Privatheit“ und die darauf basierenden Geschlechterarrangements und -verhältnisse künftig bedeutet, ist noch weitgehend ungeklärt. Womöglich treffen die bisherigen Begrifflichkeiten schon nicht mehr, und es stellt sich die Frage nach

der perspektivischen Tragfähigkeit (westlicher) feministischer Theorien auch an diesem Punkte.

Die Transformationsprozesse führen – quer zum Geschlecht – zu Hybridbildungen in allen Lebensformen. Transformation ist damit auch als Pluralisierung von Organisationsformen des Geschlechterverhältnisses zu beschreiben, die als traditionelle (in Ost und West), aber auch in neuen Kombinationen nebeneinander bestehen können. Da sich die Individuen als soziale Subjekte in dieser Pluralität bewegen, entwickeln sie die Fähigkeit, sich mehrerer Organisationsformen zu bedienen, sie zu nutzen. Sie formen sie als Akteure der Transformation um und müssen sich in ihnen behaupten (Performance von Geschlechterverhältnissen). Im „doppelten Transformationsprozess Ost-West“ (Nickel 1995) darf allerdings auch die Asymmetrie zu Gunsten der Dominanz des Westens nicht übersehen werden. So sind zwar auch im Westen die gesellschaftlichen Verhältnisse und Organisationsformen in Bewegung (Erosion des Normalarbeitsverhältnisses und der Ernährerfamilie, anhaltende Erwerbsorientierung von Frauen etc.) und treiben zu eigenen „Hybridformen“ (Eindringen der Männer in Erwerbsbereiche von Frauen, Ausdifferenzierungen in der Gruppe der Frauen). Dennoch ist – im Unterschied zu Ostdeutschland – nicht das Ende oder der Untergang des Gesellschafts-systems Ausgangspunkt von Transformation, sondern die Transformation vollzieht sich in vermeintlich stabilen kapitalistischen Strukturen und Institutionen.

4. Ein abschließendes Plädoyer: Theoriegeleitete empirische feministische Transformationsforschung

Meine Argumentation hat – bei aller Notwendigkeit von Interdisziplinarität – einen fachlichen, disziplinären Kontext: Sozialwissenschaften (Soziologie und Politikwissenschaften) sind empirische, sozialen Tatsachen (Strukturierung von Strukturen; soziale Beziehungen und Herrschaftsverhältnisse etc.) verpflichtete Wissenschaften. Sie arbeiten mit Methoden, die es erlauben sollten, Befunde, empirische facts, zu generieren, die reproduzierbar sind. Wissenschaftliche Objektivierbarkeit und Prüfbarkeit sind – bei aller berechtigten feministischen Kritik an der vermeintlichen Objektivität und Neutralität von Wissenschaft – m.E. unhintergehbare methodologische Voraussetzungen.

Die deutsche Vereinigung und die Transformationsprozesse in Ost- und Mitteleuropa sind empirische Felder der Geschlechterforschung, die unmittelbar vor unserer Nase liegen. Sie erschließen sich allerdings nicht vornehmlich empirisch und schon gar nicht in erster Linie mikroanalytisch, sondern bedürfen der gesellschaftstheoretischen feministischen Perspektive.

Geschlechterpolitiken in Ost- und Westdeutschland haben – und zwar im Sinne von ideologischer Abgrenzung und referenziellem Bezug – „ordnend“ in

die Konstituierung der jeweiligen Geschlechterverhältnisse eingegriffen. Sie führten im Laufe von mehr als 40 Jahren in Deutschland schließlich zu deutlich unterscheidbaren Modifikationen der „nationalen Geschlechterordnung“ (Ostner 1995). Bis heute sind sie beispielsweise als flache hierarchisierte Komplementarität (Nickel 1999) einerseits (Ost) erkennbar und als eine stärker „symbolische Demokratisierung des Geschlechterverhältnisses“ (Metz-Göckel u.a. 1992) andererseits (West). Daraus leitet sich eine für die gemeinsame bundesdeutsche Zukunft nicht unwesentliche Frage ab: Ist das momentan zu konstatierende Beharrungsvermögen eines „ostdeutschen Geschlechterarrangements“ lediglich ein temporärer Sonderweg, der sich mit dem Generationenwechsel verwächst und schnell erledigt? Oder ist das Modell Ost die Zukunft West? Liegt – was die These von den generalisierten Verliererinnen der deutschen Einheit relativieren würde – der „Gleichstellungsvorsprung“ vielleicht immer noch in Ost-Deutschland? Und was hieße das für den Gestaltungsauftrag feministischer Politik?

Anmerkungen

- 1 Es gibt mittlerweile eine Reihe von Studien, die die Geschichte der bundesdeutschen Frauen- und Geschlechterforschung differenziert und tiefgründig aufarbeiten, darunter Karin Gottschall (2000) und Helga Milz (1994).
- 2 Das Zentrum für interdisziplinäre Frauenforschung an der Humboldt- Universität zu Berlin hatte sein 10-jähriges Jubiläum zum Anlass genommen, eine internationale Konferenz auszurichten, die unter dem Titel „Gender in Transition“ Expertinnen aus Ost- und Mitteleuropa wie auch aus westlichen Ländern zusammenbrachte. Diese Konferenz (siehe Jähnert u.a. 2001) hat gezeigt, wie fruchtbringend ein die ostdeutsche Perspektive einbeziehender Diskurs sein kann.

Literatur

- Beer, Ursula (1989): Das Geschlechterverhältnis ein 'Nebenwiderspruch'? In: Klasse und Geschlecht, IMSF Frankfurt/Main
- Bertram, Hans/Kollmorgen, Raj (Hg.) (2001): Die Transformation Ostdeutschlands. Opladen
- Bilden, Helga (1991): Geschlechtsspezifische Sozialisation. In: Hurrelmann/Geulen (Hg.): Neues Handbuch der Sozialforschung. Weinheim und Basel, S. 279-301
- Esser, Hartmut (Hg.) (2000): Der Wandel nach der Wende. Wiesbaden
- Geissler, Rainer (1992): Die Sozialstruktur Deutschlands. Opladen
- Gerhard, Ute (1995): Die ‚langen Wellen‘ der Frauenbewegung – Traditionslinien und unerledigte Anliegen. In: Becker-Schmidt/Knapp (Hg.): Das Geschlechterverhältnis als Gegenstand der Sozialwissenschaften. Frankfurt/New York, S. 247-278
- Gerhard, Ute (1996): Atempause: Die aktuelle Bedeutung der Frauenbewegung für eine zivile Gesellschaft. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 21-22/96, 17. Mai 1996, S. 3-14

- Gottschall, Karin (1996): Doing Gender While Doing Work? Erkenntnispotentiale konstruktivistischer Perspektiven für die Analyse des Zusammenhangs von Arbeitsmarkt, Beruf und Geschlecht. In: Geissler/Maier/Pfau-Effinger (Hg.): FrauenArbeitsMarkt. Sozialwissenschaftliche Arbeitsmarktforschung Neue Folge 6. Berlin, S. 63-94
- Gottschall, Karin (2000): Soziale Ungleichheit, Kontinuitäten und Brüche, Sackgassen und Erkenntnispotentiale im deutschen soziologischen Diskurs. Opladen
- Heering, Walter/Schroeder, Klaus (1996): Zur Entwicklung der Frauenbeschäftigung in Ostdeutschland. In: Deutschland Archiv 3
- Jähner, Gabi/Gorisch, Jana/Hahn, Daphne/ Nickel, Hildegard Maria/Peinl, Iris/ Schäfgen, Katrin (Hg.) (2001): Gender in Transition in Eastern and Central Europe. Berlin
- Knapp, Gudrun-Axeli (1995): Unterschiede machen. Zur Sozialpsychologie der Hierarchisierung im Geschlechterverhältnis. In: Becker-Schmidt/Knapp (Hg.): Das Geschlechterverhältnis als Gegenstand der Sozialwissenschaften. Frankfurt/New York
- (1999): Geschlechterdifferenz und Dekonstruktion. Anmerkungen zur Verwendung des Dekonstruktionsbegriffes in der sozialwissenschaftlichen Frauenforschung. In: Nickel/Völker/Hüning (Hg.): Transformation - Reorganisation - Geschlechterforschung. Opladen
- (2001): Dezentriert und viel riskiert: Anmerkungen zur These vom Bedeutungsverlust der Kategorie Geschlecht. In: Knapp/Wetterer (Hg.): Soziale Verortung der Geschlechter. Gesellschaftstheorie und feministische Kritik. Münster
- Kreisky, Eva/Sauer, Birgit (Hg.) (1997): Geschlechterverhältnisse im Kontext politischer Transformation. PVS Sonderheft 28/1997
- Lenz, Ilse/Nickel, Hildegard M./Riegraf, Birgit (Hg.) (2000): Geschlecht - Arbeit - Zukunft. Münster
- Maihofer, Andrea (1997): Gleichheit und/oder Differenz. Zum Verlauf einer Debatte. In: Kreisky/Sauer (Hg.): Geschlechterverhältnisse im Kontext politischer Transformation. PVS Sonderheft 28/1997
- Metz-Göckel, Sigrid/Müller, Ursula/Nickel, Hildegard Maria (1992): Geteilte Welten. Geschlechterverhältnis und Geschlechterpolarisierung in West und Ost. In: Jugend 92, Lebenslagen, Orientierungen und Entwicklungsperspektiven im vereinten Deutschland. Hg. Jugendwerk der Deutschen Shell. Bd.2. Opladen
- Milz, Helga (1994): Frauenbewusstsein und Soziologie. Opladen
- Nickel, Hildegard Maria (1995): Frauen im Umbruch der Gesellschaft. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament B 36-37/95
- (1996): Feministische Gesellschaftskritik oder selbstreferentielle Debatte? In: Berliner Journal für Soziologie 4, S.325-338
- (1999): Erosion und Persistenz. Gegen die Ausblendung des gesellschaftlichen Transformationsprozesses in der Frauen- und Geschlechterforschung. In: Nickel/Völker/Hüning (Hg.): Transformation - Reorganisation - Geschlechterforschung. Opladen, S. 9-34

- Noll, Heinz-Herbert/Habich, Roland (Hg.) (2000): Vom Zusammenwachsen einer Gesellschaft. Frankfurt/New York
- Ostner, Ilona (1995): Arm ohne Ehemann? In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament B 36-37/95, 1. September 1995, S. 3-12
- Sauer, Birgit (1996): Transition zur Demokratie? Die Kategorie „Geschlecht“ als Prüfstein. In: Kreisky (Hg.): Vom patriarchalen Staatssozialismus zur patriarchalen Demokratie. Wien, S. 131-167
- Sauer, Birgit (1999): Transition zur Demokratie? Zur Geschlechterkritik sozialwissenschaftlicher Transformations- und Konsolidierungstheorien. In: Berliner Journal für Soziologie 4, S. 507-531
- Stolz-Willig, Brigitte/Veil, Mechthild (Hg.) (1999): Es rettet uns kein höh'eres Wesen ... Feministische Perspektiven der Arbeitsgesellschaft. Hamburg
- Wetterer, Angelika (Hg.) (1995): Die soziale Konstruktion von Geschlecht in Professionalisierungsprozessen. Frankfurt/New York

Lerke Gravenhorst

Subversiver Anspruch und Normalisierungsrealität: Über Ziele, Wege und Perspektiven der Frauen- und Geschlechterforschung¹

1. Frauen- und Geschlechterforschung als kritische Praxis – zur Thematisierung der Kategorie „Geschlecht“

Frauen- und/oder Geschlechterforschung in der Bundesrepublik oszilliert heute wie zu Beginn ihrer Institutionalisierung zwischen den Polen *subversive, feministisch begründete Ansprüche* einerseits und *Normalisierungsrealität* andererseits. Schon die bloße Wahl des Namens 'Frauenforschung' für die Bezeichnung der Wissenschaftsrichtung, die als Teil und im Gefolge der Zweiten Frauenbewegung an den bundesrepublikanischen Hochschulen durchgesetzt wurde, ist ein Hinweis darauf. Die Wahl der Bezeichnung 'Frauenforschung' in diesem Zusammenhang lief auf eine sprachliche Normalisierung hinaus, mit der eine Ablehnung der eigentlichen subversiven Absichten durch die damals institutionalisierungsrelevanten etablierten fachdisziplinären Instanzen verhindert werden sollte. Das jedenfalls ist meine Erinnerung an diese Vorgänge, auch an mein eigenes Dazutun in meiner Eigenschaft als Gründungsmitglied und erste 'Erste Sprecherin' der Sektion 'Frauenforschung in den Sozialwissenschaften' in der Deutschen Gesellschaft für Soziologie. Das semantische Feld „feministisch/Feminismus“ war damals in breiten Teilen der Bevölkerung, vor allem der männlichen Bevölkerung – und wegen des letzteren Sachverhaltes – auch innerhalb der etablierten Wissenschaftsorganisationen so negativ besetzt, daß z.B. wir Gründerinnen der Sektion 'Frauenforschung' in der DGS eine pragmatische Anpassung an die

Sprache der damals vorherrschenden frauen- und geschlechterpolitischen Vorstellungen betrieben. Ohne die semantische Anpassung wäre in der Bundesrepublik die offizielle Anerkennung von Frauenforschung als Wissenschaftsdisziplin (u.a. in Gestalt der Zustimmung eben zur Einrichtung einer Sektion Frauenforschung in der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, einiger entsprechender Lehrstühle sowie Studienschwerpunkte) wohl kaum erfolgt. Die Entscheidung für die Bezeichnung 'Frauenforschung' wurde gewiß erleichtert durch die in den Vereinigten Staaten bereits erfolgte Durchsetzung von „women's studies“/ „women's research“ und der Ausrichtung der bundesrepublikanischen Sozialwissenschaft an den Normen und Entwicklungen in den USA.

Unter dem begrifflichen Dach 'Frauenforschung' sammelte sich, so meine Erinnerung, tatsächlich dann am ehesten (aber nicht ausschließlich) die Frauenforschung, die in einem gebremsten Maße feministisch und deshalb kaum basalfeministisch orientiert war.² Allerdings stimmten die Interpretationen dieses Typus von Frauenforschung zumindest mit dem subversiven Ziel überein, die Verdrängung der Frauen aus dem wissenschaftlichen Kanon (und damit letztlich auch aus dem politischen System) rückgängig zu machen. Die hier so genannte gebremst-feministische Frauenforschung arbeitete jedoch weniger mit feministischen Interpretationen, die feminismuszentrale Problematiken explizit und konsequent in den Mittelpunkt stellen. Vor allem pochte sie bei der Erarbeitung und Formulierung ihrer Erkenntnisse und Theorien nicht konsequent auf das basale Skandalon eines makro- und mikrostrukturellen männerprivilegierenden Machtgefälles zwischen den Geschlechtern und eines maskulinitätskulturell gestützten Gewaltpotentials in Staat und Gesellschaft (mit all den Weiterungen dieses Skandalons für Zivilisierung/Dezivilisierung in der Verfaßtheit von Staat und Gesellschaft sowie der Geschlechterbeziehungen in ihnen). So hat der Antrag zur Sektionsgründung die intendierte Frauenforschung als Wissenschaftsfeld beschrieben, das ohne Problem von den bisherigen 'Torhütern in den sozialwissenschaftlichen Toren' als additiv zu den bestehenden verstanden werden konnte und dessen Aufbau die Grundfeste des vorhandenen sozialwissenschaftlichen Denkens über Gesellschaft und Staat de facto kaum in Frage gestellt hat.³ Noch mehr läßt sich das erste Sektionsregister mit den Angaben zu den Arbeitsschwerpunkten der sich damals in der Sektion versammelnden Frauenforscherinnen als Dokument solchen gebremsten Feminismus' lesen.⁴

Über zwanzig Jahre später ist kaum wirklich abzuschätzen, ob der gebremst-feministische Anteil von Frauenforschung/Geschlechterforschung kleiner bzw. der basalfeministische größer geworden ist. Wahrscheinlich aber läßt sich sagen, daß die inzwischen vollzogene kategoriale und tatsächliche Ausdehnung von der Frauen- auf die Geschlechterforschung doch eine Aufweichung von bisheri-

gen Denk- und Interaktionsgrenzen bewirken wird. Auf diese Weise trägt sie auf längere Sicht gesehen hoffentlich auch zum erfolgreichen Durchsetzen basalfeministischer Subversionsansprüche bei. Dies ist zumindest meine Lesart der beginnenden Bedeutung der neueren sozialwissenschaftlichen, feministisch informierten Maskulinitätsforschung von männlichen Kollegen, z.B. der Arbeiten von Alberto Godenzi oder Robert Connell zum Zusammenhang von Gewalt und Maskulinität(en).⁵ Die Arbeiten dieser Autoren zeigen aber auch, daß die bloße Ausweitung der Frauen- auf die Geschlechterforschung allein *nicht* den notwendigen qualitativen Sprung beinhaltet. Der besteht nach wie vor und für diese beiden Versionen des Forschungsfeldes darin, bestimmte Grundstrukturen und -prozesse von gesellschaftlichen Inhumanitätspotentialen und -realitäten sichtbar zu machen, und zwar solche, die am ehesten dann plausibel benannt und interpretiert werden, wenn dies basalfeministisch geschieht, d.h. wenn die Diagnosen vor allem von der Sensibilität für das Vorhandensein von maskulinitätskulturell gestützten Macht- und Gewalthierarchien getragen sind. So bildet die Auffassung von Geschlecht als Strukturkategorie, so wichtig sie ist, die gesellschaftliche Wirklichkeit nur dann zulänglich ab, wenn sie auch die immer noch zentralen Macht- und Gewaltsymmetrien zwischen den Geschlechtern zum Ausdruck bringt. Eine der Voraussetzungen für all dies scheint mir zu sein, Phänomene wahrnehmen zu können, die hoch negativ zu bewerten sind und die in jedem Fall die Vorstellung und Einrichtung der eigenen Lebenssphäre stark tangieren. Zum einen braucht allein schon die Dauerbeschäftigung mit Hoch-Kritikwürdigem einen Ausgleich durch Lebensbegeisterung. (Wahrscheinlich war die sichtbare und gelebte Frauenbewegung ein sozialer Ort und ein soziales Ereignis, in dem beide Notwendigkeiten zusammengeführt werden konnten; und wahrscheinlich gilt das auch analog für die Queerbewegung. Die generelle Frauenbewegung als konkretes Lebensmilieu aber ist zurückgegangen und diffundiert. Gleichzeitig ist die Queerbewegung viel zu begrenzt geblieben, um signifikanter Teil des Lebensmilieus vieler der Frauen zu werden, die sich in der Frauenforschung engagieren.) Zum anderen ist festzustellen, daß niemand leben kann, ohne intensivst auf geschlechterkategorisierte Menschen (sich selbst eingeschlossen) zu reagieren. Beide Herausforderungen zeigen, daß es bei basalfeministisch angeregten und plausibilisierten Subversionsansprüchen um Subversion im Bereich eines 'Eigenen' geht, in dem 'eigene' Personen involviert sind (die 'eigenen AuftraggeberInnen bzw. Vorgesetzten', 'die GutachterInnen und RezensentInnen des eigenen Werkes', 'die eigenen KollegInnen', 'der eigene Lebenspartner', 'der eigene Sohn' ...). Und gerade deshalb sind Normalisierung und eher gebremster Feminismus innerhalb von Frauenforschung so attraktiv, und gerade deshalb lassen sich die Gründe für die Schwierigkeiten bei der

Orientierung an basalfeministisch-subversiven Ansprüchen kaum ausreichend auffinden, wenn man ihnen primär innerkategorial und innertheoretisch nachgeht. Daß das Persönliche nicht nur politisch, sondern auch theoretisch ist, muß immer wieder erarbeitet werden. Nur dann kann z.B. ausreichend gesehen werden, daß das Vorhandensein von – zu kritisierenden, weil v.a. männer‘privilegierenden’ – Geschlechterhierarchien sehr viel mehr zu tun hat mit dem – im Vergleich zu der Situation in der Gruppe der Frauen – relativ höheren, aber durch das existierende Weltverständnis nicht neutralisierten Gewaltpotential in der Gruppe der Männer, in anderen Worten: mit der viel niedrigeren Verletzungsoffenheit und viel höheren Verletzungsmacht von Männern⁶ und sehr viel weniger mit dem Gebrauch der Kategorie ‘Geschlecht(er)’ und einer daraus vielleicht folgenden Stärkung von Geschlechterdifferenz.

2. Institutionalisierte Eigenständigkeit und Ghettoisierung – selbstgeschaffenes Dilemma einer überholten Strategie?

Das Dilemma zwischen institutionalisierter Eigenständigkeit von Frauen- und Geschlechterforschung und einem beträchtlichen Resonanzmangel durch Ghettoisierung ist nicht neu, sondern begleitet die Frauen- und Geschlechterforschung von Anfang an. Ich halte die eigenständige Institutionalisierung allerdings für unabdingbar, weil nur sie die Dauerhaftigkeit und Intensität des Denkens und des Austauschs bringen kann, die für umfassende und folgenreiche Analyse und Kritik notwendig ist. Eine umfassende Wirkung von Frauen- und Geschlechterforschung kann nur durch Unterstützung eigenständiger Institutionen zustandekommen. Auf der Ebene der Institutionalisierung mit den Mitteln der Hochschule wäre ein Beispiel dafür die Verankerung von Frauen- und Geschlechterforschung als Pflichtnebenfach in vielen anderen Studiengängen. Ich sehe allerdings die Hauptschwierigkeit für eine weitreichende Vermittlung des Wissens- und Kritikbestandes auf einer anderen, schon einmal angesprochenen Ebene. Frauen- und Geschlechterforschung, die basal- noch mehr als die gebremst-feministische, verlangt, wenn sie sich vermitteln und greifen soll, ein außerordentliches Maß an Kritikoffenheit und Selbstreflexion – und zwar von den Forschenden selbst wie von den AdressatInnen, eben weil sie, qua thematischem Gegenstand, immer auch ein als hocheigen Empfundenes und zu Problematisierendes beider Gruppen berührt. Frauen- und Geschlechterforschung, die in feministischer Orientierung eine spezifische, männerprivilegierende Geschlechterordnung auflösen will, kann gar nicht anders, als immer subjektiv auch sehr belastende Fragen von Schuld und Verantwortung zu tangieren. In der naheliegenden Abwehr solcher Fragen sehe ich die Hauptursache für die Insulierung oder Ghettoisierung von Frauen- und Geschlechterforschung.

3. Generationen-Konflikte der Themen und Theorien – sinnvolle Kriterien für Entwicklungsgeschichte?

Es gibt Generationen von Themen und theoretischen Bezügen innerhalb der Frauen- und Geschlechterforschung Deutschlands. Allein die Namensänderung von „Frauen“- zu „Frauen- und Geschlechter“-forschung, die sich mehr und mehr durchsetzt, könnte dafür ein Ausweis sein. Wahrscheinlich besteht die entscheidende Weichenstellung der zeitlich verortbaren Änderungen in den jeweils akzeptierten Normierungen der zentralen Bezugssysteme für gesellschaftlichen Wandel – im Wegfall des Denkens in gesamtgesellschaftlichen Alternativen zum Bestehenden und in dessen Ersatz z.B. durch ein Denken, das gesellschaftliche Transformation im Medium von Mainstreaming akzentuiert.

Trotz solcher Beobachtungen halte ich die Beschreibung von Generationenabfolgen für nicht sonderlich aufschlußreich, wenn es um die Formulierung einer triftigen Entwicklungsgeschichte der Frauen- und Geschlechterforschung geht. Das gilt im Hinblick auf Deutschland wie im Hinblick auf die inter- bzw. transnationale Entwicklung. Die deutsch-europäischen und weltweiten macht- und staatspolitischen Umwälzungen und deren Folgewirkungen, die sich insgesamt als Neue Globalisierung fassen lassen, haben unendlich viele Ent- ebenso wie Neu-Homogenisierungen gebracht. Da ist es äußerst schwierig, sozio-historisch gehaltvolle Gestaltungen von Personengenerationen, also von 'Älteren' und 'Jüngeren', vorzunehmen und darüber hinaus noch jeweils zugehörige Theoriegenerationen abzustecken. Die stärkste zeitbezogene Veränderung theoretischer Bezugssysteme der Frauenforschung der alten Bundesrepublik z.B. geschah im Übergang zur 'neuen' Bundesrepublik Deutschland, und zwar als Prozeß, der als Teil der Neuen Globalisierung begriffen werden muß und sich innerhalb *einer* Personengeneration abspielte und nicht durch das Hinzukommen einer weiteren Personengeneration gekennzeichnet ist.

Im übrigen war bereits die Binnendifferenzierung der Frauen- und Geschlechterforschung speziell in der alten Bundesrepublik so groß, daß spezifische Theorieansätze dort kaum spezifischen Generationen zuzuordnen sind. Ein Beispiel: Die Spezifik der theoretischen Ansätze der 'Jüngeren' wird gegenwärtig oft in den Ideen von Selbstbehauptung, Kompetenz und Teilhabe gesehen. Diese perspektivierenden Grundannahmen hatten schon lange in dem Bereich der Frauenforschung Fuß gefaßt, der den Nationalsozialismus thematisierte – wenn auch im Kontext von moralisch hoch negativ zu bewertender Selbstbehauptung, Kompetenz und Teilhabe. Die Kontroversen, die es im Zusammenhang damit gegeben hat und gibt, sind, soweit ich es sehe, Kontroversen innerhalb einer einzigen Personengeneration.⁷

In den Fällen, in denen es vielleicht eine Identität von Theorien- und Personengenerationen innerhalb der Frauen- und Geschlechterforschung gibt, sehe ich außerdem kaum, daß Konflikte wirklich ausgetragen werden. Das würde ja voraussetzen, daß die unterschiedlichen Generationengruppen einen umstrittenen, weil ihnen hoch wichtigen, gemeinsamen thematischen Gegenstand explizit benennen würden, auf den sie aber unterschiedliche theoretische Perspektiven haben. Streitet sich z.B. auf diese Weise eine (wirklich ältere?) Generation von Gleichstellungstheoretikerinnen mit einer (wirklich jüngeren?) Generation von Queertheoretikerinnen? Am ehesten scheinen sich Gruppen wie die erwähnten nebeneinander her zu entwickeln, sie scheinen sich nicht als wechselseitig für einander interessante und relevante Adressatinnen zu erleben. Was sie gemein haben, scheint eher der von ihnen jeweils benutzte gleiche disziplinäre Schirm 'Frauenforschung'/'Geschlechterforschung' zu sein.

Wenn denn die Unterscheidung von 'Älteren' und 'Jüngeren' für die Differenzierung von Theorieansätzen innerhalb der Frauen- und Geschlechterforschung keine entscheidende Größe darstellt, dann bringt es auch nicht viel weiter, in *diesem* Zusammenhang nach den Erwartungen der Älteren an die Jüngeren zu fragen. Alle, die Frauen- und Geschlechterforschung zu ihrer eigenen Sache gemacht haben, sollten sich ins Bewußtsein rufen, daß trotz aller Unterschiede die Tatsache eines Verlangens nach Veränderung gesellschaftlicher Verhältnisse sie einen kann. Im Horizont genau dieses Bewußtseins sollten sie Kommunikation miteinander eröffnen und aufrechterhalten und ihre Theorien weiterentwickeln.

4. Ziele und Perspektiven heute?

Ich will die Frage normativ wenden, um sie dann so zu beantworten: Frauen- und Geschlechterforschung sollte weiterhin im Interesse der Auflösung inakzeptabler gesellschaftlicher Verhältnisse arbeiten. Dieses übergeordnete Ziel schließt ein Doppeltes ein: die gleichberechtigte Teilhabe der Geschlechter an gesellschaftlicher und staatlicher Macht und an den dazugehörigen Ressourcen *ebenso* wie die Überwindung der sozio-politischen Gründe für den immer noch gravierenden Mangel an solcher Teilhabe von Frauen. Zu diesen Gründen gehören nach wie vor an zentraler Stelle die Männerdominanz in Staat und Gesellschaft sowie diejenigen Maskulinitätsformationen auf kollektiver und transkollektiver Ebene, für die manifeste oder latente Angriffsgewalt kultiviert oder aber auch nur zugelassen wird. Das hier benannte Ziel ist ohne eine Portion begleitender 'Normalisierung' wohl kaum zu erreichen. Die Gratwanderung zwischen 'Subversion' und 'Normalisierung' wird der Frauen- und Geschlechterforschung sicherlich erhalten bleiben.⁸

Anmerkungen

- 1 Ich konnte leider die Einladung des Sektionsrates zur Teilnahme an der Podiumsdiskussion nicht wahrnehmen, freue mich aber um so mehr über die Gelegenheit, meine Anmerkungen an dieser Stelle noch einbringen zu können.
- 2 Mit der Kennzeichnung 'basalfeministisch' meine ich durchaus die Phänomene, die auch mit dem Attribut 'radikalfeministisch' im ursprünglichen Sinn angesprochen worden sind. Allerdings möchte ich mit der Entscheidung für ein neues Wort der Bedeutungsverschlechterung entgehen, die das Wort 'radikalfeministisch' erfahren hat – es wird zu oft benutzt, um bestimmte Frauen und ihre Argumente als 'dialogunfähig' bzw. als 'unerträglich extrem, aggressiv, fundamentalistisch' zu kennzeichnen. Zur Verdeutlichung des Ausdrucks „gebremst-feministisch“ vgl. oben den unmittelbar anschließenden Text.
- 3 Vgl. Sektionsinitiative 'Frauenforschung in den Sozialwissenschaften': Antrag zur Gründung einer Sektion für Frauenforschung in den Sozialwissenschaften in der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, November 1978 (vervielf. Transkript).
- 4 Das Register enthält die Angaben zu 106 Wissenschaftlerinnen. Nur 21 von ihnen haben Einträge zu ihren Arbeitsschwerpunkten gemacht, in denen sie ausdrücklich und erkennbar Bezug auf Frauenbewegung/Feminismus bzw. kritische Perspektiven auf Aspekte von Frauen- bzw. Geschlechterverhältnissen genommen haben. Die übrigen Frauenforscherinnen haben ihre frauen- und geschlechterpolitischen Anliegen zumindest nicht auf die Ebene expliziter Identifizierung gehoben. Vgl. Register zu den Mitgliedern der Sektion Frauenforschung in den Sozialwissenschaften in der Deutschen Gesellschaft für Soziologie. I. Namen und Arbeitsschwerpunkte. Anhang zum Rundbrief Nr. 9 vom 4. Mai 1981 (vervielf. Transkript).
- 5 Vgl. z.B. Robert Connell: *Der gemachte Mann*, Opladen 1998; Alberto Godenzi: *Gewalt im sozialen Nahraum*, Basel 1996, oder ders. (Hg.): *Frieden, Kultur und Geschlecht*, Freiburg (Schweiz) 2000.
- 6 Theresa Wobbe hat die Popitzschen Begriffe von Verletzungsoffenheit und Verletzungsmächtigkeit in die feministische Diskussion eingeführt. Vgl. Theresa Wobbe: *Welten der Gewalt: Sexismus und Rassismus*. In: Christiane Tillner (Hg.): *Rechtsextremismus, Rassismus, Gewalt. Feministische Beiträge*. Münster 1994, S. 27-36.
- 7 Vgl. Kulturreferat der Landeshauptstadt München / Offene Akademie der Münchner Volkshochschule: *Jenseits der Täterschaft. Frauen und Nationalsozialismus oder die These von der Moral des Geschlechts*. Transkript einer Diskussionsveranstaltung in München, 6. November 1998 (erstellt von der Frauenakademie München).
- 8 Mit einem sehr herzlichen Dank an Sedef Gümen und Ursula Hornung für intensives Mitdenken und wirklich weiterführende Anmerkungen zu einer früheren Fassung des vorliegenden Textes.

II.

Thematisierungen und ihre Veränderungen

Ursula Hornung

Wir spinnen Pläne, die an unsrer Seele zehren;
Oft müssen wir das erst Begonnene zerhauen,
Eh' wir das herrliche Geschöpf erschauen,
Wonach wir seufzen unter höllischem Begehren!
(Charles Baudelaire, aus: Der Tod der Künstler,
in: Les Fleurs du Mal)

Soziale Gerechtigkeit und Gleichheit – ein Anachronismus? Zur Renaissance einer Debatte

1. Die Renaissance des Gerechtigkeitsdiskurses: Abschied von der Gleichheit?¹

Jürgen Habermas outet in „Die postnationale Konstellation und die Zukunft der Demokratie“ (1998) Margaret Thatcher, die entschieden neoliberal eingestellte Ex-Premierministerin Großbritanniens, als die eigentlich postmoderne Erscheinung unter den PolitikerInnen. Denn Thatcher erfand das Schlagwort, „daß es so etwas wie Gesellschaft ‘gar nicht gibt‘“ (ebenda, S.92). So absurd eine solche Äußerung auf den ersten Blick erscheinen mag, Thatcher hat einen Zusammenhang intuitiv treffend erfaßt: Gemeint ist der Umstand, daß die Soziologie ihren Gegenstand – die Gesellschaft – durch eine bestimmte, dem Vernunftrecht entnommene Perspektive erst erzeugt. SoziologInnen haben diesen normativen Vorgriff von Beginn an gerne verleugnet. Jedoch erlaubt erst er, den sozialwissenschaftlichen Blick auf eine gesellschaftliche Realität zu lenken, die unvernünftig erscheint. Zudem verhilft allein eine solche Perspektive gesellschaftlichen Konflikten, die virulent vorhanden sind, in der politischen Öffentlichkeit zu beunruhigender Kraft (ebenda, S. 91 ff). Seit 1989 aber scheinen, wie Habermas lakonisch feststellt, PolitikerInnen und, wie ich hinzufügen möchte, Teile der Geistes- und Sozialwissenschaften nach der Vorgabe zu verfahren: „Wenn wir die Konflikte schon nicht lösen können, müssen wir wenigstens den kritischen Blick entschärfen, der aus Konflikten *Herausforderungen* macht.“ (Ebenda, S.92, Herv. im Original)

Diese Bemerkungen Habermas' zielen auf das Plädoyer, die Begrenzungen nationalstaatlicher Politik zugunsten einer transnationalen, demokratischen WeltbürgerInnenpolitik zu überwinden. Zugleich kennzeichnen sie treffend die Hauptachse der Kontroversen wie die Sprengkraft einer Debatte, die sich gegen-

wärtig um zeitgemäße Interpretationen sozialer Gerechtigkeit ranken. Emanzipationsvision und Gesellschaftskritik bündeln sich – auch im feministischen Denken – in Fragen nach den Gestaltungsmöglichkeiten sozial gerechter gesellschaftlicher Verhältnisse und Beziehungen. Das Vernunftrecht der Aufklärung steckt hierfür den Erwartungshorizont ab: Die als natürlich erachtete gesellschaftliche Gleichheit – und Freiheit – aller Menschen gilt seither vielen als unabdingbare Voraussetzung wie Resultat sozialer Gerechtigkeit und Demokratie. Mehr noch: „Wer von Gleichheit nicht reden will, sollte auch von Gerechtigkeit schweigen“. So faßt Bernd Ladwig (2000, S. 585) die Quintessenz normativer Theorien seit Platon und Aristoteles zusammen. Nun ist dieses ideengeschichtliche Erbe Grundlage wie immer wiederkehrender Gegenstand strittiger Reflexionen in der Sozialphilosophie wie den Sozial- und Wirtschaftswissenschaften und steht wiederholt im Zentrum von Auseinandersetzungen in der politischen Öffentlichkeit. Allerdings zeichnet sich die heutige Renaissance der Thematisierung von sozialer Gerechtigkeit dadurch aus, daß deren ideengeschichtlich wie realgesellschaftlich konstitutiver Zusammenhang mit Gleichheit in Zweifel gezogen wird.² Als Begründung hierfür gelten vorrangig nicht politisch-praktische Probleme egalitaristischer Politik. Vielmehr gilt Gleichheit als das falsche Ziel, wenn Philosophie, Sozialwissenschaft und Politik auf Gerechtigkeit gerichtet sein sollen.

Mich interessieren die sozialwissenschaftlichen und politischen Implikationen der heutigen Auseinandersetzungen über soziale Gerechtigkeit und Gleichheit, die mir selbst aus einer egalitarismuskritischen, feministischen Perspektive vielfach höchst fragwürdig erscheinen. Ferner möchte ich wissen, welchen Beitrag die Frauen- und Geschlechterforschung zu zeitgemäßen Ausformulierungen dieser traditionsreichen, politisch-regulativen Ideen leisten kann. Es geht mir um die Identifizierung von Blickrichtungen und das Auffinden von Orientierungskategorien. Emanzipative Politiken sind auf beides angewiesen. Hierauf allerdings verstellt feministisches Denken heute den Blick: Eine derart konstruktiv, offen normativ und empirisch universal formulierte Fragestellung und Intention stellt sich etwa entschieden postmodernem, feministischem Denken im Grunde genommen nicht. Sie gelten ihm als theoretisch falsch und politisch nutzlos. Im Unterschied dazu begründet sich auch in der feministischen Diskussion eine auf Gerechtigkeit zielende Egalitarismuskritik (vgl. Hornung 1993, 2000a,b). Ausgehend von der Nichteinlösung der Versprechen auf soziale Gerechtigkeit und Gleichheit sucht sie in der Auseinandersetzung mit formellen und informellen Normierungen und Institutionalisierungen empirisch fundierte Antwortinweise auf jene Problematiken, die Anne Phillips in der Frage bündelt: „Which Equalities Matter?“ (1999). Allerdings mangelt es auch hier – darin postmodernen, femini-

stischen Denkansätzen vergleichbar – an einer Reflexion der politisch-normativen Voraussetzungen, die den eigenen Analysen zugrunde liegen.

In Auseinandersetzung mit aktuellen Entwicklungstrends feministischen Denkens umreißt ich zunächst in Form einer Gedankenskizze, wie sich mir die Frage nach sozialer Gerechtigkeit und Gleichheit stellt. Im Fortgang konkretisiere ich meine Perspektive – auch hier in programmatischer Absicht und in zugespitzter, komprimierter Form – am Beispiel einer kurzen Reflexion über die Wiederbelebung altbekannter, wirtschaftsliberaler Gedankenfiguren. Deren gesellschaftspolitische Quintessenz kulminiert derzeit in der Forderung nach produktivitätsorientierten, sozialen Ungleichheiten, die zuvorderst kapitalistischen Verwertungsimperativen dienen, aber letztendlich zum Wohle aller reichen sollen. Dieses Credo feiert in Parteien aller Couleur wie in Teilen der Soziologie (vgl. Streeck 2000) geraume Zeit schon fröhlich Urständ und wird dort als unumgänglicher Katalysator sozialer Gerechtigkeit gehandelt. Ich greife hierbei auf Ergebnisse einer hervorragenden, aus einer politisch-ökonomischen Sicht formulierten Analyse von Birgit Mahnkopf (2000) zurück. Sie verweist auf eine Dimension der Thematik, die ich aus frauenpolitischer Sicht für zentral erachte: Es handelt sich um das Pluralismusproblem, das sämtliche Gerechtigkeitstheorien, die den Gedanken sozialer Gerechtigkeit mit dem der Gleichheit verknüpfen, durchzieht (vgl. Ritsert 1997). In der Ungelöstheit dieser Problematik (vgl. Hornung 2000a,c) sehe ich den maßgeblichen Grund für ein heute in den Frauenbewegungen und der Frauenforschung der hochindustrialisierten, wohlhabenden Länder des Nordens und Westens verbreitetes Phänomen: das Auseinandertreten der Forderung nach Umverteilung von gesellschaftlicher Arbeit, Macht und Einkommen, die auf die in Gerechtigkeitstheorien seit Aristoteles im Vordergrund stehende Frage der Verteilungsgerechtigkeit verweist, und Forderungen nach Gerechtigkeit, die die Anerkennung kultureller Differenz in den Mittelpunkt stellen. Die Entkoppelung dieser beiden politischen Perspektiven im Gerechtigkeitsdiskurs von Frauenbewegung und -forschung wird in der anglo-amerikanischen Diskussion zunehmend problematisiert, doch fehlt es dort wie hier an Entwürfen, die beides zusammenzudenken in der Lage sind.³

2. Feministischer Gerechtigkeitsdiskurs und Gleichheit: Reflexive Sackgassen, mögliche Auswege

Angesichts des hohen Ausmaßes von sozialen Ungerechtigkeiten, Ungleichheiten und Gewalttätigkeiten, die die Lebens- und Arbeitssituation von Frauen weltweit charakterisieren, verwundert, daß auf Gleichheit bezogene Politiken in der feministischen Soziologie und hiesigen Frauenbewegung alles andere als

unbestritten sind.⁴ Tatsächlich ist das Gegenteil der Fall. Intensive, zumeist empirisch und nationalstaatlich ausgerichtete Forschungen und Diskussionen über die Chancen und Risiken, die Bedingungen und Möglichkeiten wie die Reichweite und Wirkungsmöglichkeiten egalitärer Politiken kennzeichnen das Bild über die Jahre. Sie reichen von der Kritik traditioneller Gleichstellungspolitiken über die Auseinandersetzung mit differenzpolitisch akzentuierten, gleichwohl gleichheitsorientierten Frauenförderkonzepten bis hin zur Entwicklung von Entwürfen des Gender Mainstreaming, welche derzeit in der nationalen Frauenpolitik und der EU-Politik verhandelt werden und im Kontext globaler Politikansätze als integraler Bestandteil von Global-Governance-Konzepten diskutiert werden.⁵ Die inhaltlichen Akzente und Positionen, politischen Perspektiven, Ziele und Pfade divergieren bei genauerer Betrachtung erheblich: Dabei geht es immer wieder zentral um die Frage, ob und inwieweit die Idee der Gleichheit als Leitvorstellung von (Geschlechter-)Gerechtigkeit dienen kann. Diese partielle Analogie zur Main-Male-Stream-Debatte endet zunächst mit der Fragestellung, deren Beantwortung in der feministischen Diskussion von Anfang an sehr eigene Wendungen nimmt.

Diese ziehen sich unter dem Label einer auf das Geschlecht bezogenen Debatte über „Gleichheit und/oder Differenz“ bis in die achtziger Jahre als roter Faden durch die Diskussion. Die Auseinandersetzungen konzentrieren sich dabei – hauptsächlich in der empirischen Forschung wie in gleichstellungspolitisch orientierten Diskussionszusammenhängen – auf die egalitarismuskritische Frage, was die Idee der Gleichheit unter den gegebenen, historisch-konkreten gesellschaftlichen Voraussetzungen und Bedingungen als Zielvorstellung feministischer Politik bedeutet bzw. bedeuten soll. Allerdings verengt sich die Thematik in der Folge vor allem in der theoretischen Diskussion auf die stark polarisierende Frage, welcher Stellenwert der Idee der Gleichheit als politische Leitvorstellung zukommen soll im Unterschied zu Politiken, die die Differenz der Geschlechter akzentuieren.⁶ Dabei zeichnet sich seit geraumer Zeit im deutschsprachigen Raum eine Tendenz ab, die Nancy Fraser (2001, S. 251ff.) für die US-amerikanische Frauen- und Geschlechterforschung bereits seit Mitte der achtziger Jahre diagnostiziert: Die alte Frage nach „Gleichheit und/oder Differenz“ der Geschlechter verlagert sich auf Theorie- und Politikansätze, die – nach einer Phase der Akzentuierung von Geschlechterdifferenz – nun die „Differenzen unter Frauen“ betonen, und konzentriert sich, in den USA bereits seit den frühen neunziger Jahren, zusehends auf dezentrierende, anti-essentialistische und dekonstruktivistische Perspektiven. Sie betonen vielfältige, sich überschneidende und miteinander konfligierende, kulturell bedingte Differenzen⁷. Der Gedanke von wie auch immer konstruierten, vor allem aber zu

dekonstruierenden Differenzen hat den der Gleichheit als regulative Idee einer auf Gerechtigkeit zielenden feministischen Soziologie und Politik verdrängt. Letztere avanciert zusehends zum Niemandsland vor allem der theoretischen Reflexion. Die Forderung nach Gerechtigkeit artikuliert sich dabei verstärkt in einer Grammatik, die nicht die Gleichheit, sondern die Anerkennung kultureller Differenz(en) in den Mittelpunkt rückt. Gleichheit ist das falsche Ziel einer auf Gerechtigkeit bezogenen Politik. Lautet so nun ebenso die Botschaft der avantgardistischen, feministischen Theorie von heute?

Essentialismuskritik und Emanzipationsvision:

Ein Ding der Unmöglichkeit?

Meine unzeitgemäß gesellschaftskritische, empirisch universale und normative Frage nach zeitgemäßen Vorstellungen von sozialer Gerechtigkeit und Gleichheit liegt mithin nicht allein quer zu dominanten Akzentsetzungen der Main-Male-Stream-Diskussion, die im aktuellen Gerechtigkeitsdiskurs feministische Fragestellungen noch immer kaum zur Kenntnis nimmt. Vielmehr scheint sie selbst mit maßgeblichen theoretischen Perspektiven der soziologischen Frauen- und Geschlechterforschung nicht zusammenzupassen. Diese hat in den letzten Jahren die soziologisch eminent wichtigen Fragen der politisch-philosophischen Begründetheit wie der erkenntnistheoretischen und empirischen Gebotenheit universaler Fragestellungen und Perspektiven kaum bearbeitet. Ebenso wenig hat sie die theoretisch-methodischen Möglichkeiten ihrer Übersetzung in soziologische Analysen erkundet. Das hat wesentlich damit zu tun, daß in Teilen der heutigen feministischen Theorie eine folgenschwere Verwechslung und Vermischung von Universalismus und Essentialismus erfolgt, in denen Cornelia Klinger (1998a) gravierende theoretische Irrtümer postmodernen, feministischen Denkens sieht (ebenda, S. 187). Dabei unterliegen universalistische, selbst empirisch universale Fragestellungen und Perspektiven bereits dann einem tendenziellen Denkverbot, wenn essentialisierende Aussagen per se gleichgesetzt werden mit einem naiven Essentialismus, der um die Bedingtheit seiner Aussagemöglichkeiten nicht weiß und sich in identitätslogisch verkürzten Phantastereien, etwa über biologisch determinierte Artikulationen von Weiblichkeit und Männlichkeit, verliert. Ein solchermaßen vereinfachtes Verständnis einer essentialismuskritischen, erkenntnistheoretischen Haltung ist heute in der Frauen- und Geschlechterforschung durchaus en vogue und reicht weit über das engere Spektrum der konstruktionistischen, postmodernen Theoriedebatte hinaus.⁸

Im Unterschied zur Universalismusfrage spielt die Reflexion von Normativität in der soziologischen Frauen- und Geschlechterforschung allerdings bereits seit Jahren eine herausragende Rolle. Sie begrenzt sich jedoch weitgehend auf die

Analyse der normativen Implikationen der Kategorie Geschlecht in sozialen Ungleichheitsprozessen einschließlich ihrer über Frauenforschung und -politik vermittelten Dimensionen. Hier kulminieren Stärken und Schwächen der heutigen Diskussion in besonderer Weise (vgl. Hornung 2000a,b; Villa 2000): Der weit verbreitete verengte Blickwinkel auf Frauen wird aufgegeben zugunsten einer zunächst einmal weiteren und umfassenderen theoretischen Perspektive auf Geschlecht. Diese aber verfestigt sich im Kontext der Diskussionen über Gleichheit und/oder Differenz – vor allem im Zuge der breiten Adaption der aus dem anglo-amerikanischen Sprachraum rezipierten Sex-Gender-Unterscheidung – in einer geradezu atemberaubenden, analytischen Gleichsetzung der Kategorie Geschlecht mit Gender und einer darauf bezogenen, inhaltlichen Konzentration auf dessen Bedeutungsgehalte und Wirkungsweisen.⁹ Demgegenüber unterbleibt die Reflexion auf die analytische Dimension Sex, von der die Sex-Gender-Unterscheidung ursprünglich ausging, heute nahezu vollständig. Das ist ein Ergebnis der berechtigten Kritik daran, daß selbst noch die Sex-Gender-Differenzierung tradierte Ontologismen einer biologisch determinierten Zweigeschlechtlichkeit transportiert, welche naiv-essentialisierende, bipolare und heterosexuelle (Zwangs-?)Vorstellungen „natürlicher“ Zweigeschlechtlichkeit bis heute am Leben erhält. Indem im Gegenzug aber in der Reflexion auf Gender die explizite, analytische Anerkennung eines eigenständigen, an und für sich seienden Natürlichen heute zumeist unterbleibt, verflüchtigt sich der Impetus patriarchatskritisch gerichteter Essentialismuskritik, die nach wie vor erforderlich ist, in einer oberflächlichen, anti-essentialistischen Haltung. Sie läßt – zumeist unausgesprochen – in der Reflexion nichts außerhalb dessen gelten, was sich soziologischem Denken erschließen kann. Hier drohen anti-essentialistische, dekonstruktivistisch orientierte Theorie und Empirie, die gegen identitätslogische Kurzschlüsse und totalisierende Reflexion rebellieren, den von ihnen kritisierten Tendenzen anheimzufallen. Das bringt erhebliche Dilemmata für die Ausformulierung feministischer Emanzipationsvisionen mit sich.

Die seit Jahren wiederkehrende Kritik an der unzulänglichen gesellschaftstheoretischen wie -politischen Kontextualisierung der Kategorie Geschlecht – sowohl in der Dimension von Gender wie der von Sex – hat angesichts dessen bis heute kaum dazu beitragen können, die Suggestion zu mildern, daß das, was an gesellschaftlichen Problematiken traditionell unter dem verkürzenden Stichwort Frauenfrage verhandelt wurde, nun in der Geschlechterfrage, genauer: in Prozessen der Konstruktion und Dekonstruktion von Gender, aufzugehen scheint. Der dahinterstehende theoretisch-methodische Perspektivenwechsel, der in der heute gängigen Rede von Geschlecht als zentralem Gegenstand (und nicht als zentraler Analysekategorie) der soziologischen Frauen- und Geschlech-

terforschung abzulesen ist (vgl. Villa 2000), verstellt den Blick auf die Frage nach gesellschaftlichen Entwürfen von sozialer Gerechtigkeit und Gleichheit erheblich: Frauen (und Männer) werden primär aus der Perspektive ihrer wie auch immer sozial vermittelten und sich ausprägenden Geschlechtlichkeit wahrgenommen und scheinen in dieser sich geradezu aufzulösen. Gender avanciert zur Mega-Kategorie, die alles in sich aufzunehmen vermag: Nicht soziale Ungerechtigkeiten und Ungleichheiten, die sich – unter anderem – über geschlechtsspezifische Formen der Vergesellschaftung von Menschen vermitteln und Frauen bis heute stärker treffen als Männer, fungieren demzufolge als primäre Zielscheibe feministisch-soziologischer Kritik. Vielmehr scheinen es wesentlich die symbolisch-kulturell, sprachlich-interaktiv vermittelten Konstruktionsprinzipien binärer Zweigeschlechtlichkeit zu sein, welche – zumeist reduziert auf die Bedeutungsgehalte von Gender – Ausgangspunkt jeglicher sozialer Diskrepanzen und Diskriminierungen sind, welche heute auch Frauen treffen.

Die gegenwärtige wissenschaftlich-intellektuelle Situation ist dennoch nur bedingt dem Umstand geschuldet, daß im Zuge postmoderner Aufbruchstimmung auch in der feministischen Forschung politisch-philosophische Grundlagen und Perspektiven soziologischer Kritik vorschnell zu Grabe getragen wurden, wie manche meinen. Jene erschienen umgekehrt nicht wenigen, gleichfalls vorschnell, als sicherer und eindeutiger Ausgangspunkt von Frauenforschung und -politik. Die Gründe für die skizzierten Entwicklungen liegen tiefer. So wurde der Gedanke der Gleichheit in der „alten“ Frauenbewegung mit aller Emphase hochgehalten. Dieser spielte dann zwar gleichfalls in der „neuen“ Frauenbewegung von Anfang an eine herausragende Rolle, dennoch lag der Akzent ihres politischen Aufbruchs und Willens – bis heute? – auf der Befreiungsemphase. Zu diesem Ergebnis kommt Barbara Holland-Cunz (2001) in ihrer höchst lebendig und scharfsinnig geschriebenen politischen Ideengeschichte des modernen Feminismus: Zentrales politisches Movens und maßgeblicher Impetus der „neuen“ Frauenbewegung zeichnen sie als „Revolte der Freiheit“ aus (ebd.). In ihr pflanzt sich bis heute die uralte Frage nach dem Zusammenhang von sozialer Gerechtigkeit und Gleichheit fort. Diese Verbindungslinien treten allerdings nicht offen zu Tage und können deshalb nicht fruchtbar gemacht werden für zukunftsweisende Entwürfe von sozialer Gerechtigkeit und Gleichheit, die die neuen und alten Thematiken der Frauen- und Geschlechterfrage in sich aufnehmen und transzendieren. Einen maßgeblichen Grund dafür sehe ich in theoretischen Ausweglosigkeiten der ursprünglichen Debatte über „Gleichheit und/oder Differenz“, welche ebenso die nachfolgenden Debatten über die „Achsen der Differenz“ bis heute prägen (vgl. Fraser 2001, Maihofer 1998).

*Die bizarre Opposition von Gleichheit und Differenz:**Zur Auflösung eines scheinbar unauflösbaren Gegensatzes*

Den Kern der Unmöglichkeit, die im heutigen Feminismus aufgeworfenen Fragen befriedigenden, überzeugenden Lösungen zuzuführen, bringt Geneviève Fraisse in ihrem Beitrag „Zwischen Gleichheit und Freiheit“ (1996) aus Sicht der Politischen Philosophie auf den Punkt: Angesichts der philosophiegeschichtlichen Überzeugungskraft der Idee der Gleichheit ist ihr nicht nachvollziehbar, daß das Wort Gleichheit im zeitgenössischen feministischen Denken nicht allein steht und es nicht zum Zentrum einer Bewegung geworden ist. Noch erstaunlicher allerdings findet sie, daß Gleichheit dem Begriff der Differenz gegenübergestellt wird. Diese irritierende Umgangsform mit dem Gedanken der Gleichheit und die ebenso irritierende begrifflich-politische Vermischung von Gleichheit und Differenz, die in der Kontrastierung der beiden Kategorien zum Ausdruck kommt, erklärt Fraisse damit, daß die aus philosophischer Sicht unsinnige Entgegensetzung von Gleichheit und Differenz in der feministischen Diskussion als Chiffre für die Frage nach Identität und Differenz fungiert. Hier liegt das eigentliche philosophische Gegensatzpaar: „Man ist identisch oder different, aber man ist nicht gleichberechtigt oder different“ (ebenda, S.10). Die philosophische Opposition von Identität vs. Differenz – in den Bedeutungsgehalten von Identität als Gleichsein mit sich selbst und Gleichsein mit anderen – beschäftigt die Frauen- und Geschlechterforschung vor allem im Zusammenhang subjektphilosophisch-sprachanalytisch orientierter Fragen nach den diskursiv, symbolisch-kulturell und interaktiv vermittelten Bedeutungsgehalten und Wirkungsweisen der Kategorie Geschlecht bzw. der Geschlechterdifferenz. Ob Identität dabei in der Bedeutung der Ähnlichkeit mit dem anderen oder das in sich geschlossene Subjekt meint, immer markiert das Wort „Differenz“ das exakte Gegenteil: als innere oder äußere Vervielfältigung. In dieser philosophischen Debatte verorten sich heute bedeutende Stränge postmodernen, feministischen Denkens. Aus Sicht der politischen Philosophie allerdings erscheinen diese aber dann wenig ertragreich, wenn das Gegensatzpaar Identität vs. Differenz als notwendige Alternative markiert wird. Ich möchte daher Fraisse darin folgen, diese Opposition durch den Begriff der Aporie zu ersetzen, statt einer sich wechselseitig ausschließenden Gegenüberstellung also, eine Verbindung zu denken: „Nicht als Fehlen, eines Auswegs und als Unlösbarkeit, sondern als Spiel und Öffnung eines Feldes zwischen den zwei Grenzpunkten, zwischen denen die Geschlechterdifferenz für alle ihren Ausdruck findet, dem Ähnlichen und dem Unähnlichen“ (ebenda, S.11).

Zu dieser philosophischen Dimension der Gleichheit-und-Differenz-Debatte tritt freilich eine politische hinzu. Zwar macht die Vermischung zwischen dem

politischen Begriff der Gleichheit und dem ontologischen Begriff der Differenz die Originalität der feministischen Debatten aus, wie Fraisse betont, gleichwohl plädiert sie dafür, die „wacklige Opposition“ (ebenda, S.12) dieser Vermischung aufzulösen und auseinanderzuziehen. In der bisherigen Logik wird der Gleichheit im Sinne von Gleichberechtigung die Differenz entgegengesetzt, denn diese scheint notwendigerweise Ungleichheit zu erzwingen. Einem Ideal der Gleichheit wird dann die Tatsache der Differenz und der mit ihr unweigerlich verbundenen Ungleichheiten kontrastiert: „Dann steht eine erträumte Gleichheit einer unvermeidlichen Ungleichheit entgegen“ (ebenda, S.11). In den Augen von Fraisse ist das Zusammenfallen von Differenz mit der Bedeutung von Ungleichheit das Ergebnis eines politischen Kurzschlusses, in dem der feministische Diskurs alten demokratietheoretischen Irrtümern anheimfällt. Die Anerkennung der Differenz der Geschlechter bringt aus dieser Sicht notwendigerweise deren Hierarchie hervor. Nur deren Identität kann dann für Gleichberechtigung sorgen. Nur so läßt sich Fraisse zufolge die philosophisch betrachtet bizarre Opposition von Gleichheit und Differenz im nun schon recht gealterten, neuen Feminismus verstehen; eine Opposition, die eigentlich die von Gleichheit und Ungleichheit meint.

Am Ende – als Ergebnis der Auflösung der Vermischung von philosophischer und politischer Diskussion – steht für Fraisse eine philosophische Aporie und ein politischer Dissens. In der Aporie sieht sie das Versprechen dafür, eine Diskussion über Ähnlichkeiten und Differenzen endlos führen zu können. „Und die Abweichung der Gleichheit von ihrem eigenen Prinzip, die entsteht, wenn man die Differenz gegen die Wohlbegründetheit der Gleichheit ins Feld führt, verschwindet, wenn Differenz keine Angst mehr macht, sondern wenn sie anerkannt wird, ohne daß man ihr Wertungen oder Glaubenssätze aufpfropft. Dann gewinnt die Gleichheit der Geschlechter ihre subversive Funktion zurück. Als solche ist sie noch immer unsere Grundfrage.“ (Ebenda, S.12) Während die Geschlechterdifferenz für Fraisse der Ausgangspunkt der epistemologischen Arbeit ist, ist für sie Gleichheit der Ausgangspunkt jeder politischen Reflexion und erfüllt gleichwohl nicht den gesamten Raum der Politik.

Das Begriffspaar Gleichheit/Differenz verdeckt – wie sowohl die Politische Philosophin Fraisse als auch die Politische Theoretikerin Holland-Cunz (1998, 2001) unter Rekurs auf unterschiedliche Referenztheorien und unabhängig voneinander zeigen – die zentrale Frage im Gerechtigkeitsdiskurs des heutigen Feminismus und damit die Frage, mit der alles begann: Es ist die nach der Verknüpfung des Gleichheitsgedankens mit dem der Freiheit, die nach Auffassung dieser Autorinnen bis heute die dringlichste aller feministischen Fragen ist (vgl. ebenso Berg 2000). Das Zusammendenken von Gleichheit und Freiheit ist

zudem eine Voraussetzung dafür, den europäischen und angelsächsischen Ethnozentrismus zu überwinden, der die Diskussionen der hiesigen Frauenforschung und -bewegung bis heute auszeichnet (vgl. Gümen 1996, 1998; Gutiérrez Rodríguez in diesem Band). Dieser kommt ebenfalls in der falschen Opposition von Gleichheit und Differenz zum Ausdruck. Denn sie verstellt systematisch den Blick für die Dringlichkeit wie Möglichkeit, das global eklatante Ausmaß an Gewalt gegen Frauen politisch-normativ zu reflektieren mit dem Ziel, dem – jenseits hilfloser, abstrakter Moral – politisch begegnen zu können. Solange die Opposition von Gleichheit und Differenz jedoch aufrechterhalten wird, muß jeder Protest gegen Gewalt gegen Frauen einen Eingriff in ein in spezifischer Weise verengtes, feministisches Denken bedeuten. Denn dieser Protest fordert ein Gleichheitsverständnis ein, das das der Freiheit umschließt. Gewalt und Freiheit sind nicht zusammenzudenken, wie Fraise auch aus politisch-philosophischer Sicht zeigt: „Die Diskriminierung straft das Prinzip der Gleichheit Lügen, das auf der Identität der Personen beruht. Die Gewalt leugnet das Prinzip der Freiheit im Namen ihrer Differenz“ (ebenda, S.18). Diese Autorin geht davon aus, daß die Freiheit der Frauen an ihren Körper gebunden ist ebenso wie an ihre evidente sexuelle Differenz. Während sich die Gleichheit der Geschlechter eher auf Vernunft beruft, die Identität menschlicher Ratio bei Männern und Frauen anspricht, bezeichnet die Freiheit der Frauen ihre unausweichliche Differenz (ebenda, S. 18ff.). Jene findet ihren Ausdruck in der Achtung und dem Schutz der körperlichen Integrität und Selbstbestimmung von Frauen. Es geht also für Frauen nicht allein um das bürgerlich-demokratische Gut der Gleichheit, sondern ebenso um das der Freiheit, genau hierfür trübt aber die unaufgelöste Opposition von Gleichheit und Differenz den Blick. Ein Ideal der Gleichheit, das das der Freiheit mit reflektiert, zeichnet sich für Fraise folgerichtig ab im Bild der „Identität menschlicher Wesen auf der Grundlage ihrer Differenz“ (ebenda, S. 21).

Holland-Cunz (2001) transferiert und erweitert eine solche politisch-philosophische Vision von Gleichheit und Freiheit aus der Meta-Perspektive der Demokratietheorie in die postnationale Vision der Solidarität von einander sich als Gleiche und Freie anerkennende Fremde (ebenda, S. 4ff). Sie verknüpft hierin feministisch-utopische Gleichheitsvorstellungen von Marge Piercy (1983) mit Adornos (1976) nur vage umrissenem Freiheitsideal. In Piercys utopischem Roman stiften als „gesellschaftlich Freie und Gleiche geborene natürlich Ungleiche“ (Holland-Cunz 2001, S.4) kulturell differente Traditionen und Kontexte. Sie sind für alle offen, und alle können diese miteinander teilen. Adornos Vorstellung von Freiheit ist ebenfalls mit einer nicht abstrakten, differenzorientierten Gleichheitsvorstellung verknüpft. Ihm ist eine emanzipierte Gesell-

schaft kein „Einheitsstaat“, sie ist ihm vielmehr „die Verwirklichung des Allgemeinen in der Versöhnung der Differenzen.“ (Adorno zit. nach Holland-Cunz, ebenda) Eine Politik, die sich auf eine solche Gesellschaft richtet, soll daher nach Auffassung Adornos „die abstrakte Gleichheit der Menschen nicht einmal als Idee propagieren. Sie sollte ... den besseren Zustand ... denken als den, in dem man ohne Angst verschieden sein kann.“ (Ebenda) Holland-Cunz übersetzt Adornos „Kürzel für die Freiheitsträume des neuen Feminismus“ (ebenda) unter Rückgriff auf die Erkenntnischancen, die Sandra Hardings (1994) erkenntnistheoretisches Verständnis von Frauen als Fremde in der Politik, als „outsiders within“ bietet, in die visionäre Vorstellung einer postnationalen Demokratie, in der sich alle als wechselseitig Fremde anerkennen: Hier sind alle fremd und in dieser Fremdheit gleich. Der Gedanke der Solidarität einander Fremder – mithin die Fremdheit, die in aller Regel negativ konnotiert ist – avanciert in der Argumentation dieser Autorin, nicht zuletzt kritisch gewendet gegen Habermas' (1998) eher abstrakt-formal konzipierten, demokratietheoretischen Ansatzpunkt des Rechtsgenossen, zu einem maßgeblichen Anknüpfungspunkt für eine demokratische Politik der Gleichheit und Freiheit, welche ebenfalls in feministischer Politik nationalstaatliche Identifikationen und Begrenzungen überwinden will.

Auf der Suche:

Gerechtigkeit und das Versprechen auf materiale Gleichheit

Die abstrakten und zugleich konkreten, faßbaren und nachvollziehbaren feministisch-politischen Visionen, die Fraisse und Holland-Cunz skizzieren, heben wohltuend ab vom akademisierten Wortgeklänge heutiger, gerade auch postmoderner Rhetoriken. Sie machen den Blick frei für die Entwicklung von Entwürfen gesellschaftlicher Gleichheit und Freiheit, die den Ertrag aufnehmen können, welche die Debatten über die „Achsen der Differenz“ in der Nachfolge der alten Gleichheit-und-Differenz-Debatte erbracht haben, ohne den Ausweglosigkeiten anheimzufallen, die sich in ihnen als Ergebnis unaufgelöster Vermischungen und Verkürzungen bis heute fortpflanzen. Nancy Fraser sieht diesen Erkenntnisfortschritt (2001, S.272 ff.) erstens in der Auflösung der analytischen und politischen Fixierung des feministischen Blicks auf die Geschlechterdifferenz, zweitens in der klaren Absage an ein essentialistisches Verständnis von Identität und Differenz und drittens in der Entwicklung einer multikulturellen Sicht einer Vielfalt kultureller Formen, die eine Absage an jede Vorstellung beinhaltet, „derzufolge man nur auf eine Weise wirklich Mensch sein kann“ (ebenda, S. 273). Die Verhaftetheit in den Grenzen der alten Gleichheit-und-oder-Differenz-Debatte kulminiert demgegenüber aus Frasers Sicht in der Schwierigkeit, das „theoretische Kunststück“ (ebenda, S. 267) zu bewerkstelligen, „einen

Hasen aus einem Hut hervorzuzaubern“ (ebenda), nämlich aus einer anti-essentialistischen, dekonstruktivistischen Perspektive, eine auf Kultur bezogene normative Politik begründen zu wollen, welche aus einer ontologischen Konzeption von Identität und Differenz abgeleitet werden soll. Hier kehrt die von Frasse thematisierte Vermischung von Philosophie und Politik wieder. Sie pflanzt sich fort in dem weiteren, von Fraser kritisierten Sachverhalt, daß heutige dekonstruktivistische Konzepte systematisch die Frage nicht würdigen, wie eine anti-essentialistische Politik der Anerkennung von Differenzen mit einer auf Egalität zielenden Umverteilungspolitik zu vereinbaren ist (ebenda, S. 269). Denn: „Nur auf der Grundlage sozialer Gleichheit können kulturelle Unterschiede frei ausgebildet und demokratisch vermittelt werden“ (ebenda, S. 272). In der Übergehung dieser unter kapitalistischen Verhältnissen für emanzipative Politiken zentralen Frage kehrt die alte Kontrastierung von Gleichheit und Differenz wieder.

Die scheinbar unauflösbare, politisch-philosophisch, im übrigen auch soziologisch, nicht haltbare Opposition von Gleichheit und Differenz hat in der These der Gleichursprünglichkeit von Geschlechterdifferenz und Hierarchie Eingang in die sozialwissenschaftliche Frauen- und Geschlechterforschung gefunden und hier eine weit über die philosophisch-theoretischen Beiträge der Konstruktionsismusdebatte hinausreichende Adaption erfahren. Das liegt nicht zuletzt daran, daß empirische Befunde diese Annahme auf den ersten Blick durchaus zu belegen scheinen.¹⁰ Die Hartnäckigkeit aber, mit der sich diese These hält, die seit Jahren immer wieder kritisiert wird, dürfte sich hauptsächlich daraus erklären, daß ihre gedanklichen Wurzeln weit in die Geschichte feministischer Theorie und Politik zurückreichen (vgl. Hagemann-White und Nickel in diesem Band). Der Preis dafür ist hoch: Er besteht in der systematischen, theoretisch-methodisch angelegten Verstellung des feministisch-soziologischen Blicks dafür, wie normativ überzeugende Visionen von einer gerechten Gesellschaft soziologisch aufgegriffen sowie an gesellschaftlichen Phänomenen konkretisiert und analysiert werden können. Hierin aber liegt die Voraussetzung dafür, Ziele, Ansatzpunkte und Pfade einer feministisch-politischen Agenda zu umreißen, die – etwa über die Konkretisierung von Gender-Mainstreaming-Konzepten – Handlungshinweise für die politisch-praktische Gestaltung gerechter und egalitärer politischer, wirtschaftlicher oder „privater“ Institutionen und Organisationen benennt.

Frasse' Bild der Gleichheit als Anerkennung der Identität menschlicher Wesen auf der Grundlage ihrer Differenz, Holland-Cunz' transnationale, demokratietheoretische Vision der Solidarität von sich als Gleiche und Freie anerkennende Fremde wie Frasers engagiertes, leidenschaftliches Plädoyer für

den Erhalt einer emanzipativen feministischen Theorie und Politik, die den Ertrag anti-essentialistischer, dekonstruktivistischer Perspektiven mit der Idee gesellschaftlicher Emanzipation zu verknüpfen weiß, zeigen die Notwendigkeit, im Gerechtigkeitsdiskurs der Frauen- und Geschlechterforschung einen über ein formales Verständnis von Gleichheit hinausgehenden Begriff materialer Gleichheit zu entwerfen, der das Ideal der Gleichheit mit dem der Freiheit verknüpft. Weil selbst die Idee materialer Gleichheit auf dem Gedanken der Identität beruht, setzt sie im Grunde genommen die Entwicklung einer historisch und empirisch informierten, feministischen Anthropologie voraus (vgl. Ritser 1997, Holland-Cunz 1998). Das bedeutet keineswegs, in naiv-essentialisierende Denkweisen zurückzufallen. In ihrer Zurückweisung finden dekonstruktivistische feministische Kritiken und solche, die im Anschluß an die Kritische Theorie argumentieren, eine gemeinsame Ausgangsposition. Insofern scheinen, bei allen ansonsten bestehenden theoretischen Unterschieden, diese Denkrichtungen im Zentrum der Kantschen Philosophie einen unausgesprochenen Konsens zu finden. Der radikale Anti-Universalismus und Anti-Essentialismus heutiger, dekonstruktivistisch orientierter Theorie steht dazu wie gesagt freilich im Widerspruch. Er versperrt letztendlich den Blick für eine überzeugende Reflexion des *gesellschaftlichen* Naturverhältnisses, welches sich nicht allein, wohl aber wesentlich im Umgang mit dem weiblichen Körper artikuliert und für feministische Theorie und Politik – gerade im Hinblick auf die Ausformulierung emanzipativer, gesellschaftlicher Visionen von Gerechtigkeit, Gleichheit und Freiheit – von zentraler Bedeutung ist. Vollkommen zu Recht ist deshalb in den vergangenen Jahren in der Frauen- und Geschlechterforschung in der Auseinandersetzung mit anti-essentialistischen, dekonstruktivistischen Arbeiten gerade um diese Fragen heftig gerungen worden (vgl. den Beitrag von Hagemann-White in diesem Band). Ian Hacking (1999) Analyse der aktuellen Konstruktionsdebatte, der anti-essentialistische, dekonstruktivistische Arbeiten der feministischen Philosophie und Theorie wissenschaftstheoretisch zugeordnet werden können, zeigt allerdings, daß maßgebliche VertreterInnen dieser Richtungen – wie zum Beispiel Judith Butler (1997) – entgegen dem Eindruck vieler AnhängerInnen und KritikerInnen erkenntnistheoretisch keineswegs universal konstruktionsistische Positionen ernsthaft vertreten; also solche, die die Existenz an und für sich seiender Dinge leugnen. Statt dessen dominiert sowohl in den naturwissenschaftlichen wie den sozialwissenschaftlichen Strängen des heutigen Konstruktivismus die Verortung im wohldurchdachten, schützenden Hause Kants – wenngleich auch häufig implizit und diffus (ebenda, S. 70). Das heißt: Die Existenz von an und für sich seienden, letztlich unerkennbaren Dingen wird hier allenthalben anerkannt. Kants Prämissen jedoch entsprechen nur

solche begrifflichen Fassungen von Geschlecht oder von Gender, die die Wechselwirkungen im Blick behalten, die zwischen der Sozialität des Natürlichen wie der Natürlichkeit des Sozialen existieren. Analytische Konzeptualisierungen also, die – und sei es lediglich implizit – alles Seiende theoretisch auf wie auch immer im einzelnen gefaßtes, gesellschaftlich Bestimmbares und Erkennbares reduzieren, ersetzen vormals biologistische Bestimmungen lediglich durch soziologische. Bleibt die Frage, wie dieser Problematik theoretisch-methodisch und begrifflich angemessen entsprochen werden kann.

Ein empirisch universal fundiertes Verständnis materialer Gleichheit, das weder im naiven Anti-Essentialismus verharrt noch in essentialistische Argumentationen zurückfällt, kann von Adornos (1980) theoretisch-methodischer Sensibilität für das Nicht-Identische ausgehen, die er maßgeblich in Auseinandersetzung mit der Kantschen Philosophie entwickelt hat und dem entschiedenen Bruch mit der bewußtseinsphilosophischen Immanenz des Hegelschen Systems verdankt. Von hier ist darauf zu reflektieren, worin das Identische am Nicht-Identischen des eigenen Selbst wie dem des Anderen unter jeweils gegebenen historischen, empirisch konkreten Voraussetzungen und Bedingungen besteht: Das ist die erkenntnistheoretische und theoretisch-methodische Voraussetzung dafür, die von Fraisse und Holland-Cunz entwickelten Visionen von Gleichheit und Freiheit weiterzuentwickeln. Hier dürften heute insbesondere jene egalitarismuskritischen Ansätze der neueren Politischen Philosophie und Theorie weiterhelfen, die sich – bei aller Unterschiedlichkeit – im Kontext eines historisch und empirisch informierten „Essentialismus“ und Universalismus artikulieren, der die Reflexion empirisch-universaler, offen normativ formulierter Fragestellungen und Intentionen im Unterschied zum postmodernen Diskurs zuläßt und fördert.¹¹ So vertritt etwa Martha Nußbaum in ihrer breit diskutierten Gerechtigkeitskonzeption des „Aristotelischen Sozialdemokratismus“ (1999) ein Gleichheitsverständnis, das sich keinem methaphysischen, sondern einem ethischen, empirisch fundierten, universalen „Essentialismus“ verpflichtet fühlt; ein Begriff, den sie zudem eher polemisch denn ernsthaft verstanden wissen will (Nußbaum 2001, S. 146). Nußbaum bezeichnet damit den Kern einer ethischen Argumentation. Dieser ethische Kern ist in ihrem Entwurf, der die Idee menschlicher Freiheit aus der Sicht eines feministisch aufgeklärten, liberalen Pluralismus zu integrieren sucht, Gegenstand eines politischen Konsenses (ebenda).¹² Eine Annäherung an eine solche Perspektive impliziert aber die Bereitschaft, sich einer Gratwanderung auszusetzen: Nämlich zwischen der Scylla universalistischer Argumentationen, die Gefahr laufen, im rigorosen Monismus zu erstarren, und der Charybdis relativistischer Argumentationen hindurchzugehen. Letztere ergehen sich heute in der „repressiven Toleranz“

(Herbert Marcuse) postmodernen *Anything Goes*. Selbst angesichts dieser nicht unerheblichen Risiken können Entwürfe eines auf materiale Gleichheit bezogenen Gerechtigkeitsverständnisses, die diese Klippen überwinden und die Beziehungen der Geschlechter integrieren, feministisch-soziologische Forschung und Politik jedoch in die Lage versetzen, sich verstärkt und offensiver, als das heute üblich ist, universal orientierten, normativen Fragestellungen und Perspektiven zuzuwenden – und damit politisch relevanten Themen, welche auf der Tagesordnung stehen.

In den von Fraisse und Holland-Cunz entworfenen, utopischen Bildern von Gleichheit und Freiheit artikulieren sich die heutigen Herausforderungen einer auf gesellschaftliche Emanzipation und soziale Gerechtigkeit gerichteten soziologischen Theorie und feministischen Politik. Sie weisen weit hinaus über einen auf formale Gleichheit ausgerichteten, nationalstaatlich begrenzten Egalitarismus. Hierauf konzentrierte sich der westliche, mitteleuropäische und anglo-amerikanische Feminismus der wohlhabenden Industrienationen in den vergangenen Jahrzehnten vor allem im Rahmen nationalstaatlich bezogener Gleichstellungspolitiken durchaus mit Erfolg. Damit begrenzte Frauenpolitik ihre Perspektiven, Reichweite und Wirkungsmöglichkeiten aber auf solche Problemlagen, die für viele Frauen in Mittel- und Nordeuropa wie den USA zentral waren. Das ging allerdings selbst in diesen Ländern zu Lasten solcher Frauen, für die neben gleichstellungspolitisch relevanten Problematiken andere, eher freiheitsbezogene Fragen im Vordergrund standen – ein Sachverhalt, der in der Debatte über die „Differenzen unter Frauen“ nachdrücklich zur Sprache gebracht wird und in der Forderung kulminiert, Differenzen unter Frauen in feministischer Politik aufzugreifen. Der heutige Gerechtigkeitsdiskurs im Feminismus ist – in Europa wie den USA – von diesen Auseinandersetzungen geprägt. Zugleich liegt aber selbst darüber noch der Schatten der Vergangenheit. Denn selbst in diesen Konflikten kommt der tradierte, nationalstaatlich vermittelte Ethnozentrismus feministischer Politiken noch immer zum Ausdruck: Für die Mehrzahl von Frauen auf unserem Globus geht es augenblicklich nicht primär um Problematiken, welche etwa im Zuge der Durchsetzung einer, hinsichtlich der Differenzen unter Frauen, reformulierten, egalitaristischen Gleichstellungspolitik behoben werden können oder etwa durch die Schaffung einer multikulturellen Gesellschaft. So wichtig und richtig es ist, die in bürgerlich-demokratischen Staaten offerierten Möglichkeiten zu nutzen, so sollte dennoch nicht übersehen werden: Für eine große Zahl von Frauen steht die Etablierung und Sicherstellung elementarer, materialer Gleichheits- und Freiheitsgebote im Vordergrund, die dem Schutz der körperlichen Integrität ebenso gelten wie der Sicherung weiterer, grundlegender materieller Existenzbedingungen. Untersuchungen internationaler Organisa-

tionen und internationale Frauenresolutionen im Rahmen transnationaler Global-Governance-Politiken führen das drastisch vor Augen. Die Situation von Frauen in Algerien, in Afghanistan oder dem Iran, um nur einige wenige Länder zu nennen, macht auf durchaus dramatische Weise klar: Eine überzeugende, feministische Vision von Gerechtigkeit und Gleichheit kann heute nur im Rahmen einer transnationalen Perspektive entfaltet werden, die sich nachdrücklich auf materiale Gleichheitserfordernisse richtet. Das bedeutet zugleich, sich den Anforderungen zu stellen, die die Freiheit für Frauen reklamiert. Erst dann überwindet die hiesige feministische Politik den europäischen und angelsächsischen Ethnozentrismus, der sie über Jahrzehnte prägte. Er ist nicht allein Fragen kultureller Differenz geschuldet. Vielmehr verdankt er sich zentral überkommenen, nationalstaatlichen Identifikationen und Begrenzungen ebenso wie Jahren des materiellen Überflusses, von denen bestimmte Frauen in bestimmten Ländern Europas und Nordamerikas profitieren konnten. Der im akademischen Raum beheimatete feministische Gerechtigkeitsdiskurs tut sich augenblicklich schwer, aus diesen Bahnen auszuscheren.

Der Gewinn solcher Reflexion dürfte demgegenüber darin bestehen, in Abgrenzung von einem egalitaristisch verkürzten, formalen Versprechen auf Gleichheit, an dem zudem die hiesige Gleichstellungspolitik immer wieder scheitert, ein auf materiale Gleichheit gerichtetes Versprechen von Gerechtigkeit zu entwickeln, das – eben weil es auf Freiheit reflektiert – Antworten auf die heutigen, von einer globalisierten Ökonomie beherrschten, gesellschaftlichen Bedingungen bereithalten kann. Ein solches Versprechen auf Gerechtigkeit und Gleichheit hätte neben anderem abzuheben auf demokratisch verfaßte Formen der Anerkennung achtungswürdiger, kultureller Unterschiede in und zwischen Gesellschaften, die von ihren Mitgliedern als plurale begriffen und gestaltet werden. Die Grenzen solcher Politik der Anerkennung wären freilich dort zu legen, wo (materiale) Gleichheitsforderungen nicht geachtet werden – eine Notwendigkeit, die ethnizistisch und religiös-fundamentalistisch aufgeladene Gewalttätigkeiten und kriegerische Auseinandersetzungen in den letzten Jahren nachdrücklich vor Augen geführt haben. Man denke an die Geschehnisse in den Ländern des ehemaligen Jugoslawiens: Dort wurden menschenverachtende Brutalitäten im Namen kultureller Differenz ausagiert, welche sich politisch in Mißachtung, gar gezielter Vernichtung der differenten Anderen artikulierten. Auf der politischen Tagesordnung standen Folter, Totschlag und Mord; Gewalttätigkeiten, die sich gegenüber Frauen noch dazu in systematischen Vergewaltigungen entluden.

Das postmoderne Diktum vom „Ende aller großen Erzählungen“ basiert, wie Cornelia Klinger (1998b) zeigt, auch in der feministischen Diskussion auf einer verzerrten Interpretation des für diese Debatte zentralen Textes „Das post-

moderne Wissen. Ein Bericht“ von Lyotard (1986). Er eröffnet hier mit anderen AutorInnen einen Diskurs über die Differenz, der freilich bei ihm weniger beschreibende als vielmehr normative Züge trägt. Differenz ist für Lyotard nicht einfach etwas Gegebenes, dem es lediglich angemessen zu entsprechen gilt. Vielmehr ist sie ihm etwas „höchst Problematisches oder Prekäres“ (Klinger, S. 253), das in Anbetracht endgültiger Vernichtungsdrohung geschützt werden soll. Klinger hegt keine Zweifel an Lyotards Ziel, Differenz und Pluralität bewahren zu wollen, denen im Zuge der Durchsetzung marktwirtschaftlicher Effizienz totalitäre Uniformierung droht. Wohl aber hat sie Zweifel an seiner Strategie, auf Differenz als Postulat zu setzen. Lyotard verkennet hier den Charakter des modernen, dem Effizienzprinzip verpflichteten Gesellschaftssystems: Es ist so strukturiert, daß es Differenz nicht nur zuläßt, sondern erzwingt und immer wieder aus sich hervorbringt. Seine Spezifität besteht in der „Gleichzeitigkeit von fortschreitender Systemeinheit und fortgesetzter Differenzierung, Diversifizierung und Fragmentierung“ (ebenda, S. 254). Diese Prozesse sorgen für eine zunehmende Vereinheitlichung, die durch gleichzeitiges Auseinanderreißen und Aufspalten gekennzeichnet ist. Dabei handelt es sich um Tendenzen, die einander bedingen. Sie können sich gegenseitig nicht aufheben, ebenso wenig aber ergänzen. Von hier geht die totalitäre Gefährdung aus, die der postmoderne Diskurs den großen Erzählungen zuschreibt; eine Wirkung, die diese schon lange verloren haben (ebenda). Der postmoderne Appell an Differenz bietet all dem nicht die Stirn, jene ist nämlich selbst ein Teil davon. Hierauf muß auch feministische Theorie und Politik Antworten entwickeln.

3. Soziale Gerechtigkeit im Umbruch: Gerechtigkeit durch Ungleichheit?

Die Auseinandersetzungen über zeitgemäße Interpretationen sozialer Gerechtigkeit, die gegenwärtig in den Arenen von Politik und Wissenschaft ausgefochten werden, sind auch für einen demokratisch verfaßten, bürgerlich-nationalen Staat wie Deutschland, in dem der Gedanke sozialer Gerechtigkeit Verfassungsrang genießt und auf vielfältige, widersprüchliche Weise rechtlich codifiziert und politisch institutionalisiert ist, von unmittelbarer politisch-praktischer Bedeutung (vgl. Prokla 121, 2000). Das gilt insbesondere für die darüber vermittelten konkreten Ausformungen des Geschlechterverhältnisses und der Geschlechterbeziehungen. Sie gehen bis heute für Frauen in allen ihren Arbeits- und Lebensbereichen mit ausgeprägten Ambivalenzen und Widersprüchen einher, befördern patriarchale Benachteiligungen und Diskriminierungen und schaffen damit soziale Diskrepanzen, die sich für Frauen nicht allein, wohl aber maßgeb-

lich, entlang der Geschlechterlinien entfalten. Wenn die empirischen Befunde der soziologischen Frauen- und Geschlechterforschung sich in einem Punkt decken, dann in diesem (vgl. Hornung 2000b, Lohauß 2000). In jüngster Zeit machen überdies die mehr als halbherzige Novellierung des Staatsbürgerrechts, die öffentlichen Diskussionen über doppelte Staatsbürgerschaft, vor allem aber nationalistisch-fundamentalistisch aufgeladene Fremdenfeindlichkeit und Rassismus, über die täglich in den Zeitungen zu lesen sind, selbst in Deutschland schmerzhaft klar: Von einer Verwirklichung der heute in feministischer, politischer Philosophie und Theorie angedachten Visionen sind auch wir weit entfernt. Ein in die gesellschaftlichen Institutionen und Organisationen implementiertes, in der politischen Kultur verankertes, demokratisches Ideal der Anerkennung von einander als Gleiche und Freie sich begegnender Fremder, ist allenfalls ansatzweise in Sicht, und selbst das bereits Vorhandene ist permanenter Bedrohung ausgesetzt.

Aus dieser Perspektive wird die Brisanz ersichtlich, die der Synchronität von Argumentationsmustern innewohnt, welche in den Geistes- und Sozialwissenschaften wie der politischen Öffentlichkeit auf eine zunehmende Entkoppelung des Gerechtigkeitsgedankens von dem der Gleichheit hinauslaufen. Birgit Mahnkopf (2000) zeigt diese Zusammenhänge in ihrer eingangs erwähnten Analyse am Beispiel der aktuellen SPD-Grundwertedebatte in brillanter Weise auf. Die Überzeugungskraft ihrer Argumentation rührt nicht zuletzt daher, daß sie diese Diskussion präzise im Kontext global ausgerichteter, sozio- und politisch-ökonomischer Entwicklungstrends verorten kann. Im Zentrum dieser Auseinandersetzungen steht die Frage, wieviel Gleichheit die Gerechtigkeit erfordert und wieviel Freiheit für ökonomische Dynamik unabweisbar ist (ebenda, S. 493). Damit ist bereits mit der Fragestellung eine Entgegensetzung von Freiheit und Gleichheit impliziert; eine Gedankenfigur, die in der Tradition des klassischen Liberalismus hinlänglich bekannt und in der Vergangenheit ebenso oft kritisiert worden ist. Sie impliziert ein Gesellschaftsverständnis, das sich Gesellschaft als bloße Ansammlung einzelner, monadenhafter Individuen, bar jeglicher Sozialität – sprich: wechselseitiger Beziehungen und Bindungen – denkt.

Warum, so fragt Mahnkopf, zielt der aktuelle Gerechtigkeitsdiskurs darauf ab, die Entfaltungsspielräume individueller Freiheitsrechte – zu Lasten des Gleichheitsgedankens – in der Sphäre der Ökonomie zu vergrößern (ebenda, S. 494)? Tatsächlich ist diese Stoßrichtung der Argumentation empirisch gesehen mehr als verwunderlich. Neue Produktions- und Managementmethoden, die Flexibilisierung und Deregulierung der Arbeits(zeit)- und Beschäftigungsverhältnisse und -bedingungen u.v.a.m. gewährleisten das bereits seit Jahren. Auf der anderen Seite erleben viele Menschen diese Entwicklungen aber nicht als Befrei-

ung, sondern als Prekarisierung ihrer Erwerbs- und Lebensbedingungen (ebenda). Faktisch betroffen davon sind in erster Linie Frauen (vgl. Maier 1998, Stolz-Willig/Veil 1999). Ferner ist es in der aktuellen industrie- und betriebssoziologischen Forschung wie in der auf Arbeit und Ökonomie bezogenen Frauen- und Geschlechterforschung (vgl. Hornung 2000a, b) derzeit eine offene, schwer zu beantwortende Frage, was an den aktuellen Entwicklungen „heute Kennzeichen einer ‘Befreiung’ und was Kennzeichen neuer Knechtschaft wäre“ (Mahnkopf 2000, S. 494). Weil dieses heute so unklar ist, weist die Entgegensetzung von Freiheit und Gleichheit nicht so sehr auf die problematische Begrenzung individueller Freiheitsrechte in der ökonomischen Sphäre, sondern darauf, daß das politische Ziel größtmöglicher Gleichheit zunehmend in Frage gestellt wird. Das hat den Nebeneffekt, daß unter den Bedingungen globalen Wettbewerbs das neoliberale Plädoyer für die Wahrnehmung und Ausdehnung individueller Freiheitsrechte letztendlich alle lokalen Bande und Zugehörigkeiten von Menschen als Quelle von Erstarrung abkanzelt (ebenda). Ökonomische Anforderungen und Zumutungen an Arbeitszeiten, Mobilität, Flexibilität, kurzum: umfassende zeitliche und räumliche Verfügbarkeiten, können so zudem unter der Flagge individueller Freiheitsangebote zu selbstverständlichen Verhaltenszumutungen avancieren. Richards Sennetts Prototyp des Menschen, wie er für den „leichten Kapitalismus“ (Baumann 1999) offenbar nur zu gebrauchen ist, der „flexible Mensch“ (Sennett 2000) scheint – für Männer wie für Frauen gleichermaßen? – nun sogar aus Sicht der Gerechtigkeit das Gebot der Stunde zu sein. Zugunsten privatwirtschaftlicher Prosperität erheben diese Vorgaben die Fragmentierung des ökonomischen und sozialen Lebens, die Verunstetigung, die Unplanbarkeit und Unkalkulierbarkeit der Lebens- und Erwerbschancen von Frauen und Männern – aller sozialer Schichten, einschließlich die der politisch heißumworbenen „Neuen Mitte“ – gleichsam zum politischen Programm.

Die politisch-theoretische Achillesferse:

Rawls erster und zweiter Grundsatz sozialer Gerechtigkeit

Die politische Debatte über zeitgemäße Neuinterpretationen sozialer Gerechtigkeit entfaltet sich im Kontext neuerer Gerechtigkeitstheorien, hauptsächlich im Anschluß an das Konzept des heute einflußreichsten, liberalen Gerechtigkeitstheoretikers überhaupt: John Rawls (1991). Dabei zeichnet sich speziell die SPD-Grundwertedebatte durch einen spezifischen Rekurs auf Rawls Konzeption von Gerechtigkeit aus. Dieser zielt – verkoppelt mit einem Diskurs, der die auf den Markt bezogene Leistungsfähigkeit und -bereitschaft des Einzelnen und nicht etwa Gleichheit zum Nonplusultra menschlichen Wertes und menschl-

cher Würde stilisiert – darauf, der neoliberalen Forderung nach produktivitätsorientierten, sozialen Ungleichheiten die akademischen Weihen der politischen Philosophie zu verleihen.

Dem stehen die bereits erwähnten, non-egalitaristischen Konzeptionen von Gerechtigkeit und Gleichheit entgegen, die sich ebenfalls mit Rawls Theorie der Gerechtigkeit auseinandersetzen, aber im Unterschied dazu sich darauf richten, materiale Gleichheitsanforderungen zu begründen, die die liberale Forderung demokratischer Pluralität respektieren und damit kollektiven wie individuellen Freiheitsgeboten genügen. Sie finden mittlerweile in einer formidablen Anzahl internationaler Veröffentlichungen ihren Ausdruck (vgl. Krebs 2000).¹³ Diesen Kritiken scheint zudem gerade aus feministischer Sicht eine hohe Berechtigung und Überzeugungskraft zuzukommen: Im Ergebnis weisen sie ebenfalls darauf hin, daß es aus heutiger Sicht nicht darum gehen kann, normative, universal konnotierte Vorstellungen von sozialer Gerechtigkeit und Gleichheit aufzugeben. Wohl aber geht es darum, bislang vorliegende Konzepte zu reformulieren. Das gilt insbesondere für das Gleichheitsverständnis. In einem ersten Versuch, die gegenwärtigen Gerechtigkeitstheorien nach ihren egalitarismuskritischen Implikationen zu ordnen, unterscheidet Angelika Krebs (2000, S. 7ff.) analytisch zwischen non-egalitaristischen und egalitaristischen Gerechtigkeitstheorien. Ersteres meint solche Konzepte, in denen Gleichheit als Nebenprodukt von Gerechtigkeit eine große Rolle spielt, letzteres benennt Konzepte, in denen Gleichheit als Ziel von Gerechtigkeitstheorien schlechthin gilt. Diese vorläufige, vorsichtige Analyse fördert das angesichts der bisherigen feministischen Auseinandersetzungen mit Gleichstellungs- und Frauenförderpolitiken nicht überraschende Ergebnis zu Tage, daß non-egalitaristische Theorien durchaus egalitärer sein können als egalitaristische, insofern sie nämlich die Verwirklichung materialer Gleichheitsforderungen höher stellen denn die Verteilung materieller Güter nach egalitaristischen Prinzipien (vgl. ebenda). Hier ist zum Beispiel Nußbaums (1999, S. 24ff.) bereits erwähnte Gerechtigkeitskonzeption von hohem Interesse, die sie im Anschluß an das Gleichheitsverständnis des Wohlfahrtsökonom Sen (2000, 2001) entwickelt. Ihm zufolge ist Gleichheit nicht im Sinne einer gleichen Verteilung von Gütern wie etwa bei Rawls zu verstehen, sondern im Sinne des Einräumens von Entfaltungsmöglichkeiten für Fähigkeiten, über die alle Menschen verfügen sollen. Für die Frage der Gerechtigkeit ist dann ausschlaggebend, welche Fähigkeiten wesentlich sind und welche nicht. Die Transformation von Gütern und Ressourcen in reale Freiheitsräume ist, wie zum Beispiel auch Mahnkopf (2000, S. 518) vermutet, hier eher möglich denn in der Perspektive Rawls. Nußbaum (1999) wiederum konkretisiert Sens Konzept nicht zuletzt angesichts der Erfordernisse, vor denen heutige Entwicklungs-

politik steht, hinsichtlich der Frage, welche Fähigkeiten Menschen auf verschiedenen Ebenen und in verschiedenen Dimensionen in einer Gesellschaft ermöglicht werden müssen, damit sie ein gutes Leben führen können.

Eine gedankliche Wegscheide zwischen solchen Argumentationen, die in bester, aufklärerischer Tradition nach zeitgemäßen Interpretationen sozialer Gerechtigkeit suchen, und solchen, die letztlich darauf hinauslaufen, den Gedanken der Gerechtigkeit von dem der Gleichheit soweit wie möglich zu entkoppeln, um damit soziale Ungleichheiten zu legitimieren, stellt der Umgang mit bzw. die Auslegung des Spannungsverhältnisses dar, das zwischen erstem Grundsatz und zweitem Grundsatz – dem sogenannten Differenzprinzip – sozialer Gerechtigkeit bei Rawls (1991) besteht. In der Tradition des vertragstheoretischen Denkens unterstellt Rawls in seinem ersten Grundsatz der Gerechtigkeit, daß souveräne und vernunftbegabte Individuen in einem hypothetisch angenommen Urzustand den Grundsatz gleicher Grundrechte und -pflichten wählen würden. Darüber hinaus würden sie – wie Rawls in seinem zweiten Grundsatz festlegt – sogar darin übereinkommen, daß nichts Ungerechtes an sozialer und wirtschaftlicher Ungleichheit, also an den größeren Vorteilen weniger, ist, wenn sich daraus Vorteile für jeden, insbesondere aber für die schwächsten Mitglieder der Gesellschaft ergeben. Dieser zweite Grundsatz der Rawlschen Gerechtigkeitstheorie, das sogenannte Differenzprinzip, klingt wie eine Verhöhnung des ersten Grundsatzes, ist aber so nicht gemeint (vgl. Ritsert 1997, S. 109ff.).¹⁴ Rawls versucht hier vielmehr eine Antwort auf die Pluralismusproblematik zu geben, indem er dem Sachverhalt Rechnung tragen will, daß Menschen sehr unterschiedliche Vorstellungen von dem haben, was sie sich unter einem guten Leben vorstellen. Bei genauer Betrachtung verhält sich diese Frage bei Rawls einigermaßen kompliziert und widersprüchlich, aber eines ist sehr klar formuliert: Die Bedingungen des ersten Grundsatzes müssen erfüllt sein, bevor die des zweiten, also die des Differenzprinzips, überhaupt in Kraft treten können. Denn im ersten Grundsatz legt Rawls die Umriss des für menschliches Zusammenleben Unabdingbaren fest. Hier gibt es, wie Jürgen Ritsert (1997) kommentiert, „nichts zu stufen, in diesem Bereich bedeutet Ungleichheit eine durch nichts zu moderierende Ungerechtigkeit!“ (ebenda, S. 115).

Zwischen erstem und zweitem Grundsatz besteht bei Rawls ein auf konzeptionelle Offenheit setzendes Spannungsverhältnis, das inhaltlich – sprich: über öffentliche, demokratische Auseinandersetzungen – ausgefüllt und konkretisiert werden muß und soll. Genau diese Aufgabe aber wird in der aktuellen politischen Grundwertedebatte in der SPD übergangen, wie Mahnkopf zeigt (2000, S. 498ff). Statt dessen heben die Verfechter eines neuen Gerechtigkeitsverständ-

nisses einseitig ab auf den zweiten Grundsatz der Rawlschen Theorie, das Differenzprinzip, indem sie auf die möglichen Vorteile verweisen, welche für ökonomisch und sozial schlechter gestellte BürgerInnen aus gesellschaftlichen Ungleichheiten resultieren sollen. Mahnkopf sieht hierin ein Indiz dafür, daß dieser Rekurs auf das Rawlsche Differenzprinzip primär dem Zweck dient, die existierenden Ungleichheitsstrukturen politisch außer Streit zu stellen. Statt dessen sollen in der politischen Öffentlichkeit die Diskussionen auf die Frage verlagert werden, wie eine gleichmäßige Verteilung von Vor- und Nachteilen, welche innerhalb der gegebenen Ungleichheitsstrukturen bestehen, aussehen kann. Immanent betrachtet dient der Rückgriff auf das Rawlsche Differenzprinzip dazu, ein uraltes, (neo-)liberales Argument, nämlich „Ungleichheit ist für wirtschaftliche Effizienz funktional“, mit der Vorgabe zu kombinieren, daß ökonomische Wachstumssteigerung Umverteilung ersetzen kann und soll (ebenda, S. 498-499). Diese Vorgabe war für die Politik der westdeutschen Sozialdemokratie der Nachkriegszeit bekanntlich maßgeblich und durchaus mit Erfolg gekrönt. Eine Wiederholung dieses Erfolgs erscheint aber mehr als zweifelhaft: Das Ende fortwährender, ökonomischer Prosperität ist auch in Deutschland schon geraume Zeit in Sicht. Wenn angesichts dessen in der aktuellen Gerechtigkeitsdebatte Wirtschaftsjournalisten oder Soziologen heute sogar das Ende der Gleichheit fordern, dann meinen sie, wie Mahnkopf zeigt, nicht die Rechtsgleichheit, die Gleichheit vor dem Gesetz oder die Gleichheit aller Menschen im Sinne der Menschenrechte. Vielmehr soll damit gesagt werden, daß der Egalitarismus einer verteilungsgerechten Gesellschaft auf Kosten ihrer Effizienz geht: Die heute realisierte Gleichheit wirkt sich als Blockade der ökonomischen Dynamik aus (ebenda, S. 499). Aus dieser Perspektive werden die tradierten Orientierungs- und Zielkategorien der Leistungs- und Bedarfsgerechtigkeit und damit maßgebliche Orientierungen der Tarif- und Sozialpolitik neoliberaler Erneuerung anheimgestellt. Zugleich steht damit der Bezugsrahmen bisheriger Gleichstellungs- und Frauenförderpolitik wie ebenso der von Gender Mainstreaming zur Disposition. Diese Entwicklungstrends sind alles andere als neu. Neu aber ist die Offensivität, mit der diese heute in der politischen Öffentlichkeit forciert werden, und der Umstand, daß dieses unter nachdrücklicher Berufung auf soziale Gerechtigkeit geschieht.

Die Entscheidung darüber, ob diese Auseinandersetzungen am Ende auch für Frauen nur mit der Zunahme neuer Risiken verbunden sind und den Abbau frauenpolitisch erkämpfter, ökonomischer und sozialer Besitzstände fördern, hängt nicht zuletzt davon ab, welche Vorstellungen von Gerechtigkeit und Gleichheit feministische Forschung und Bewegung in die aktuellen Auseinandersetzungen einzubringen vermögen. Frauenpolitisch brisant an diesen Ent-

wicklungen wie den Inhalten des Gerechtigkeitsdiskurses, der sie forciert, ist vor allem, daß damit gleichstellungspolitischer Intervention – deren Reichweite und Wirkungsmöglichkeiten ohnehin begrenzt sind – der Boden entzogen wird. Die heute dominanten, institutionellen Formen der Leistungs- und Bedarfsgerechtigkeit implizieren ein für Frauen hochambivalentes Gleichheitsversprechen (vgl. Hornung 2000a, b; Lohauß 2000). Ob in den aktuellen Auseinandersetzungen Chancen für eine Neugestaltung der herrschenden Prinzipien der gegebenen Verteilungsgerechtigkeit liegen, seien es die tariflich festgeklopften Prinzipien der Leistungsgerechtigkeit in der privaten Wirtschaft oder seien es die sozialpolitisch bestimmten Maßgaben der Bedarfsgerechtigkeit im sozialen System, ist eine politische Frage. Das heißt: Zukunftsweisende, frauenpolitische Perspektiven sind hier dringend gefordert. Die heutigen Konzepte des Gender Mainstreaming, die ja explizit auf die Herstellung von mehr Geschlechtergerechtigkeit und Geschlechterdemokratie in den Institutionen zielen, bedürfen – vor allem was die private Wirtschaft angeht – der inhaltlichen Konkretisierung. Das könnte neben vielem anderen im Sinne einer gesetzlich flankierten und tarifpolitisch forcierten Re-Regulierung der „Normalarbeit“ geschehen, die z.B. Raum für die Verwirklichung individueller Arbeitszeitanprüche von Beschäftigten gibt. Die Umsetzung von Gender-Mainstreaming-Konzepten setzt ein konkretisiertes, materiales Verständnis von Gleichheit voraus, das aus frauenpolitischer Sicht formuliert werden muß, will sich Gender Mainstreaming nicht als inhaltslose Pseudopolitik entpuppen, welche am Ende eher Männern denn Frauen nützt. Die europaweite „Feminisierung“ (vgl. Maier 1998) der objektiven wie subjektiven Seiten der Beschäftigungssysteme etwa – Voraussetzung wie Resultat des sozio-ökonomischen Wandels der vergangenen Jahre – impliziert Individualisierungs- und Pluralisierungsprozesse, deren GewinnerInnen und VerliererInnen auch auf Frauenseite nicht ohne weiteres auszumachen sind. Hier liegt der wahre Kern neoliberaler Ideologie und die Blauäugigkeit postmoderner Politik der Differenz. Der genaue empirische Blick zeigt hingegen: Das heute in der Gerechtigkeitsdiskussion in den politischen Raum projizierte Bild einer wachstumshinderlichen egalitären Gesellschaft ist – allemal aus frauenpolitischer Sicht – eine „Chimäre“ (Mahnkopf). Deutschland ist kein egalitärer Staat, soziologische Indikatoren für soziale Ungleichheit belegen das.

4. Plädoyer für eine demokratietheoretische Öffnung der Gerechtigkeitsdiskussion

Ob der im aktuellen Gerechtigkeitsdiskurs von maßgeblichen Vertretern aus Politik, Wirtschaft wie der Soziologie skizzierte Pfad zukünftiger Entwicklung – „Dritter Weg“ genannt – ökonomisch betrachtet sinnvoll und gangbar ist, muß bezweifelt werden. Mit Sicherheit aber dürfte die Umsetzung dieser gerechtigkeitspolitischen Perspektiven Prozesse weiter voranschreitender Demokratisierung eher erschweren denn erleichtern, vielleicht sogar verunmöglichen. Die allenthalben heute schon sichtbaren Gefährdungen aufgrund kaum noch überbrückbarer sozio-ökonomischer Diskrepanzen sind nicht allein in Ostdeutschland zu sehen. Widerständiges Andenken gegen die gegenwärtigen Trends in der ökonomischen und politischen Sphäre wie im öffentlichen Diskurs regt sich mittlerweile auch in den Sozialwissenschaften, wenngleich erst in Ansätzen. So werden etwa in Industrie- und Betriebssoziologie sowie Gewerkschaftsforschung zunehmend demokratie- und gerechtigkeits-theoretisch relevante Fragen aus empirischer Sicht zum Thema gemacht. Ausgehend von der Problematik, was angesichts der fortschreitenden Erosion männlicher „Normalarbeit“ und „Normalarbeitspolitik“ die Qualität eines guten Lebens ausmachen kann und soll, scheinen sich zunehmend gewerkschaftliche und soziologische Kollegen für ein Verständnis von sozialer Gerechtigkeit zu interessieren, welches materialen Gleichheitsforderungen ebenso genügt wie Freiheitsgeboten, die Pluralität respektieren (vgl. Gewerkschaftliche Monatshefte 4/2000, Döhl u.a. 2000). Bei allen momentan offenen Fragen, eines ist klar: Zeitgemäße Lösungen der Pluralismusproblematik werden angesichts der voranschreitenden Ausdifferenzierungs- und „Feminisierungstendenzen“ der Arbeitsmärkte und Beschäftigungsbedingungen, wie den unterschiedlichen Arbeitszeit- und Beschäftigungspräferenzen erwerbsfähiger Frauen und Männer (vgl. Bielenski 2000), immer dringlicher. Ohne eine Demokratisierung von privatwirtschaftlichen Institutionen und Organisationen läßt sich die bewußte, politische Gestaltung von Pluralität aber nicht entwickeln, ebensowenig ohne konkretisierte Perspektiven von Geschlechtergerechtigkeit und -gleichheit. Forschungspraktisch formuliert: Letztendlich geht es für die soziologische Forschung – einschließlich der feministischen – um eine Öffnung für normativ reflektierte und empirisch universal orientierte, demokratietheoretisch relevante Fragestellungen, wenn sie Zukunftsträchtiges zu sozialer Gerechtigkeit und Gleichheit leisten will.

Der Ertrag hiervon könnte für die Frauen- und Geschlechterforschung zudem darin bestehen, die in der Vergangenheit praktizierte, analytische Fixierung auf die Kategorie Geschlecht zurücknehmen und diese gesellschaftstheoretisch und -politisch angemessen kontextualisieren zu können, so daß sie zu guter

Letzt nicht sogar verabschiedet werden muß (vgl. Knapp in diesem Band)! Dies hieße nichts anderes, als das Kind mit dem Bade auszuschütten. Letzteres ist freilich in der bisherigen Logik anti-essentialistischer, dekonstruktivistischer Perspektiven angelegt, vor allem dann, wenn diese in der Enge der Subjektphilosophie verharren, wie zum Beispiel die Arbeiten Judith Butlers zeigen (1991, 1997): Der Freiheitsimpetus feministischen Denkens muß sich hier in der auf Permanenz gestellten, sprachlich und symbolisch-interaktiv vermittelten, performativen Aufhebung von Gender behaupten und sich zugleich darin erschöpfen. Hier bleibt keine andere Wahl – außer der, aus der einmal eingeschlagenen Logik auszuscheren: Gender impliziert in dieser Argumentation unweigerlich Herrschaft, die auf gedanklicher Ausgrenzung gründet. So betrachtet stellt die heutige, dekonstruktivistische Debatte über vielfältige, miteinander konfligierende Identitäten einen Salto-Mortale rückwärts dar: Indem die in der Gender-Debatte eingeschlagene gedankliche Systematik bis zum Ende ausbuchstabiert wird, zeigt sich, daß Gender sich im gesellschaftlichen Nichts verliert, am Ende alles umfaßt und nichts besagt. Damit wird die kategoriale Fixierung auf und Hypostasierung von Gender zugunsten einer Öffnung für die mögliche Analyse multi-dimensionaler Ungleichheitsfaktoren, die Frauen treffen können, aufgesprengt, die Perspektive öffnet sich. Was vorerst in aller Regel bleibt, ist die – theoretisch vorgezeichnete – gedankliche Weigerung, die Existenz weiblicher Menschen auch begrifflich anzuerkennen.

Insofern wird in der aktuellen feministischen Theoriediskussion Catharine MacKinnons patriarchatskritisch gemeinte Feststellung „Eine Frau zu sein, bedeutet noch nicht ein Mensch zu sein“ (zit. nach Nußbaum 1999, S. 176) in gewisser Hinsicht auf die Spitze getrieben. Anstatt politisch-philosophische Vermischungen und falsche Oppositionen aufzulösen, werden sie auf immer neuer Stufenleiter reproduziert. Worauf es statt dessen gerade heute ankommt, ist, sowohl die Sozialität des Natürlichen wie die Natürlichkeit des Sozialen auch – aber eben nicht ausschließlich – in ihren auf die Geschlechtlichkeit von Menschen bezogenen Wechselwirkungen zu reflektieren, und zwar gerade in normativer Hinsicht. In der weitgehenden Stillstellung dieser Dialektik im feministischen Denken – und zwar nicht allein in seinen dekonstruktivistischen Varianten – sehe ich einen maßgeblichen Grund dafür, daß sich, während ich diesen Beitrag schreibe, in Deutschland eine weichenstellende, politische und wissenschaftliche Diskussion um die Zukunft der Gentechnologie nahezu ohne Beteiligung der Frauen- und Geschlechterforschung etablieren kann. Die politisch-ethische Dimension, Tragweite und Ambivalenz, die die aktuellen Entwicklungen in Gentechnik und -medizin auszeichnen, werden zunehmend in der politischen Öffentlichkeit diskutiert. Freilich geschieht auch das unter signi-

fikantem, feministischem Schweigen. Bleibt die Frage, was feministisch-soziologische Theorie heute hierzu zu sagen hat: Welche Blickrichtung hat sie? Wofür tritt sie ein? Schließlich: Welche Argumente kann sie der politischen Öffentlichkeit zur Verfügung stellen?

Politik – auch die Frauenpolitik – benötigt normativ reflektierte Perspektiven und Orientierungskategorien. Es sind die Akteurinnen der Frauenpolitik, sei es in Betrieben, Gewerkschaften, Parteien, der institutionalisierten Gleichstellungspolitik in Kommunen und Ländern, der Bildungsarbeit oder in NGOs, die von der Frauen- und Geschlechterforschung gesellschaftspolitisch fundierte Hilfestellungen erwarten. Daß es dabei nicht um einen unmittelbaren Kurzschluß von Wissenschaft und Politik gehen kann, liegt auf der Hand (vgl. Hänsch und Niesner in diesem Band). Gehe ich von den Anfragen aus der politischen Praxis aus, die mich heute erreichen, dann interessiert nicht allein die Identifizierung von konkreten, auf die spezifischen Praxisfelder bezogenen, politischen Ansatzpunkten. Vielmehr richten sich die Erwartungen zunehmend auf grundsätzliche Orientierungen der Politik, einschließlich der Frauenpolitik, überhaupt. Das verwundert nicht: Politische AkteurInnen bewegen sich in gesellschaftlichen Räumen, die – wie z.B. Betriebe – durch permanenten, sich drastisch beschleunigenden, schwer zu durchschauenden Wandel gekennzeichnet sind.

Dem steht eine nicht zu übersehende, sozialwissenschaftliche Hilflosigkeit gegenüber, politisch aussagekräftige Hinweise zu bieten. Der soziologische Anteil an dieser Problematik, die keineswegs nur die aktuelle Frauen- und Geschlechterforschung auszeichnet, scheint allerdings zunehmend erkannt zu werden. Zumindest standen nach Jahren ausgeprägter Abstinenz in der Auseinandersetzung mit universal konnotierten, regulativen Ideen der Gesellschaftstheorie und -politik wie den normativen Voraussetzungen und Implikationen der eigenen Disziplin die Soziologietage 2000 in Köln gar unter dem höchst normativen Titel: „Gute Gesellschaft? Zur Konstruktion sozialer Ordnungen“. Inwieweit sich diese Fragestellung, wie Dirk Kaesler (2000) hofft, als „selbstgeschaffene Möglichkeit“ (ebenda) „eines genialen Glücksfalls“ (ebenda) erweist, die als zeitdiagnostisch angemessene „Wahrnehmung einer Herausforderung“ (ebenda) begriffen und realisiert wird, bleibt abzuwarten – auch in der Frauen- und Geschlechterforschung. Der zwischenzeitlich aufgestaute wissenschaftliche Klärungsbedarf jedenfalls ist nicht zu übersehen. Seit geraumer Zeit schon häufen sich gerade in den empirisch ausgereiften Teildisziplinen der Frauen- und Geschlechterforschung ebenso in Main-Male-Stream-Disziplinen Bezugnahmen auf normativ hochaufgeladene Begrifflichkeiten der Politischen Philosophie und Theorie, wie „Gerechtigkeit“, „Demokratie“, „gute Praxis“ oder eben: „gutes Leben“. Derlei Formulierungen setzen angesichts des aktuel-

len Stands der theoretischen Soziologie, einschließlich der feministischen, auf einen offenkundigen Pragmatismus, der sich zunächst nicht um die inhaltliche Auffüllung großer Gedanken schert. Wohl aber beharrt er darauf, daß auf Emanzipation gerichtete Wissenschaft und Politik auf die Artikulation normativ tragfähiger Blickrichtungen angewiesen sind.

Anmerkungen

- 1 Wichtige Anregungen für diesen Beitrag verdanke ich der gemeinsamen Lektüre und Diskussion mit den Mitgliedern meiner langjährigen Theoriegruppe: Mein Dank geht an Michela Beta, Barbara Holland-Cunz, Christine Kruse und unseren regelmäßigen Gast, Tanja Berg. Last but not least: Sedef Gümen danke ich für weiterführende Kritik und kollegiale Ermunterung.
- 2 Vgl. ebenda, alle weiteren Beiträge in Prokla 121 (2000), Heimann (2001).
- 3 Für Großbritannien vgl. Phillips (1999); für die USA vgl. Benhabib (1998), Fraser (2001).
- 4 Vgl. Gravenhorst, Ott und Niesner in diesem Band.
- 5 Vgl. Brand u.a. (2000), Holland-Cunz/Ruppert (2000), Jung/Küpper (2001), Stiegler (1998, 2000), Tondorf (2001); Bergmann in diesem Band.
- 6 Vgl. Gerhard u.a. (1990), Maihofer (1998).
- 7 Für die deutschsprachige Entwicklung vgl. Becker-Schmidt/Knapp (2000), S.63 ff. sowie 103 ff.; Gerhard, Hänsch, Hagemann-White, Knapp, Gutiérrez Rodríguez in diesem Band.
- 8 Es sind vor allem Regina Becker-Schmidt und Gudrun-Axeli Knapp, die im Anschluß an die Kritische Theorie im Laufe der letzten Jahre immer wieder nachdrücklich auf die Notwendigkeit erkenntnistheoretischer Präzisierung wie gesellschaftstheoretischer Kontextualisierung verwiesen haben, vgl. Becker-Schmidt/Knapp (2000), Becker-Schmidt (2001), Knapp (2001) und in diesem Band.
- 9 Gender wird im deutschen Sprachraum in der Regel als „soziales“ Geschlecht übersetzt, Sex im Unterschied dazu als „biologisches“ Geschlecht.
- 10 Vgl. etwa Wetterer (1995); kritisch vgl. Gottschall (2000), Hornung (2000a,b).
- 11 Vgl. im Überblick: Krebs (2000), Nußbaum (1999, 2001) oder aus Sicht der Wohlfahrtsökonomie: Sen (2000, 2001).
- 12 Nußbaum entwickelt ihren Entwurf von Gerechtigkeit im Anschluß an Arbeiten von Amartya Sen (2000, 2001), in Auseinandersetzung mit John Rawls Theorie der Gerechtigkeit (1991) sowie der klassischen Philosophie; hier vor allem unter Rückgriff auf Aristoteles und dessen Interpretation durch Marx. Vgl. Nußbaum (1999), insb. S. 24-85, (2001), S. 151 ff.
- 13 Zu diesen non-egalitaristischen Strängen der Gerechtigkeitsdiskussion zählt Krebs z.B. Arbeiten von Elizabeth S. Anderson, Harry Frankfurt, Derek Parfit, Avishai Margalit, Joseph Raz und Michael Walzer (vgl. Krebs 2000). Im Unterschied dazu scheinen mir aus feministischer Sicht in diesem Spektrum vor allem die Beiträge von Amartya Sen (2000) und Martha Nußbaum (1999) wegweisend zu sein.

- 14 Einen Überblick über wichtige Aspekte und Problematiken von Rawls Theorie der Gerechtigkeit bietet ein von Otfried Höffe (1998) herausgegebener Sammelband.

Literatur

- Adorno, Theodor W. (1976): *Minima Moralia. Reflexionen aus dem beschädigten Leben*. Frankfurt am Main
- (1980): *Negative Dialektik*. Frankfurt am Main
- Baudelaire, Charles (1980): *Les Fleurs du Mal. Die Blumen des Bösen*. Stuttgart
- Baumann, Zygmunt (1999): *Die Moderne als Geschichte der Zeit*. In: Fricke, Werner: *Jahrbuch Arbeit und Technik 1999/2000*. Bonn, S. 19-30
- Becker-Schmidt, Regina (2001): Was mit Macht getrennt wird, gehört gesellschaftlich zusammen. Zur Dialektik von Umverteilung und Anerkennung in Phänomenen sozialer Ungleichstellung. In: Knapp, Gudrun-Axeli/Wetterer, Angelika, a.a.O., S. 91-131
- /Knapp, Gudrun-Axeli (2000): *Feministische Theorien zur Einführung*. Hamburg
- Benhabib, Seyla (1998): Von der Politik der Identität zum sozialen Feminismus. Ein Plädoyer für die neunziger Jahre. In: Kreisky, Eva/Sauer, Birgit, a.a.O., S. 50-68
- Benhabib, Seyla (2001): Diskursethik, Urteilskraft und Minoritätenrechte. In: Pauer-Studer, Herlinde, a.a.O., S. 7-34
- Berg, Tanja (2000): *Vom Traum der feministischen Revolution zur Gleichstellungspolitik. Feministische Freiheitsvisionen im Wandel*. Unveröffentlichtes Vortragsmanuskript, gehalten im Rahmen der Sektionsveranstaltung der Sektion Frauenforschung in der DGS auf dem Soziologietag 2000 in Köln
- Bielenski, Harald (2000): Erwerbswünsche und Arbeitszeitpräferenzen in Deutschland und Europa – Ergebnisse einer Repräsentativerhebung. In: WSI-Mitteilungen 4, S. 228-237
- Brand, Ulrich/Brunnengräber, Achim/Schrader, Lutz/Stock, Christian (2000): *Global Governance. Alternative zur neoliberalen Globalisierung*. Münster
- Butler, Judith (1991): *Das Unbehagen der Geschlechter*. Frankfurt am Main
- (1997): *Körper von Gewicht*. Frankfurt am Main
- Döhl, Volker/Kratzer, Nick/Sauer, Dieter (2000): Krise der NormalArbeits(s)Politik. Entgrenzung von Arbeit – neue Anforderungen an Arbeitspolitik. In: WSI-Mitteilungen 1, S. 5-17
- Fraisse, Geneviève (1996): Zwischen Gleichheit und Freiheit. In: *Frankfurter Frauenschule* (Hg.): *Gleichheit, Freiheit, Differenz. Materialienband 16*. Königstein/Taunus
- Fraser, Nancy (2001): *Die halbierte Gerechtigkeit*. Frankfurt am Main
- Gerhard, Ute/Jansen, Mechthild/Maihofer, Andrea/Schmid, Pia/Schultz, Irmgard (Hg.) (1990): *Differenz und Gleichheit. Menschenrechte haben (k)ein Geschlecht*. Frankfurt am Main
- Gewerkschaftliche Monatshefte 4 (2000): *Neue Zeitkultur (Schwerpunkt)*
- Gottschall, Karin (2000): *Soziale Ungleichheit und Geschlecht. Kontinuitäten und Brüche, Sackgassen und Erkenntnispotentiale im deutschen soziologischen Diskurs*. Opladen

- Gümen, Sedef (1996): Die sozialpolitische Konstruktion „kultureller“ Differenzen in der bundesdeutschen Frauen- und Migrationsforschung. In: beiträge zur feministischen theorie und praxis. Heft 42, S. 77-89
- (1998): Das Soziale des Geschlechts. Frauenforschung und die Kategorie „Ethnizität“. In: Das Argument: Grenzen. Nr. 224. 40. Jg., Heft 1-2, S. 187-202
- Habermas, Jürgen (1998): Die postnationale Konstellation und die Zukunft der Demokratie. In: Habermas, Jürgen: Die postnationale Konstellation. Frankfurt am Main, S. 91-169
- Hacking, Ian (1999): Was heißt 'soziale Konstruktion'? Zur Konjunktur einer Kampfvokabel in den Wissenschaften. Frankfurt am Main
- Harding, Sandra (1994): Das Geschlecht des Wissens. Frauen denken die Wissenschaft neu. Frankfurt am Main/New York
- Heimann, Horst (2001): Mehr Ungleichheit wagen. Zum Boom der Egalitarismuskritik. Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 6, S. 711-718
- Höffe, Otfried (1998): John Rawls. Eine Theorie der Gerechtigkeit. Berlin
- Holland-Cunz, Barbara (1998): Feministische Demokratietheorie. Thesen zu einem Projekt. Opladen
- (2001): Die alte neue Frauenfrage (Arbeitstitel). Erscheint demnächst im Suhrkamp Verlag. Frankfurt am Main
- /Ruppert, Uta (2000): Frauenpolitische Chancen globaler Politik. Verhandlungsverfahren im internationalen Kontext. Opladen
- Hornung, Ursula (1993): Tarifliche und betriebliche Vereinbarungen zur Frauenförderung: Ein Weg zur beruflichen Gleichstellung der Geschlechter? In: Aulenbacher, Brigitte/Goldmann, Monika (Hg.): Transformationen im Geschlechterverhältnis. Frankfurt am Main/New York, S. 131-168
- (2000a): Let's Do „Gender“. And don't forget Sex!? Reflexionen über berufliche Gleichheit, A-Sexualisierung und Frauenförderung am Beispiel mittlerer Dienstleister. In: Lenz, Ilse/Nickel, Hildegard M./Riegraf, Birgit (Hg.): Geschlecht. Arbeit. Zukunft. Münster
- (2000b): Stachel „Geschlecht“. Der soziologische Diskurs über den Wandel und die Zukunft in Arbeit, Ökonomie und Geschlechterverhältnis – ein Überblick. In: Soziologie. Forum der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, S. 5-19
- (2000c): Geschlechterdemokratie in neoliberaler Zeit. Feministische Politik- und Partizipationskonzepte und sozio-ökonomischer Wandel – ein Anachronismus? In: Gewerkschaftliche Monatshefte, 51. Jahrgang, Heft 12, S. 689-697
- Jung, Dörthe/Küpper, Gunhild (2001): Gender Mainstreaming und betriebliche Veränderungsprozesse. Bielefeld
- Kaesler, Dirk (2000): Von der Selbsterkenntnis zur Selbstbeherrschung. Expertise und Einmischung – ein Plädoyer gegen die Resignation in der Soziologie. In: Frankfurter Rundschau vom 26. September, Nr. 224, S. 28

- Klinger, Cornelia (1998a): Liberalismus – Marxismus – Postmoderne. Der Feminismus und seine glücklichen oder unglücklichen „Ehen“ mit verschiedenen Theorieströmungen im 20. Jahrhundert. In: Kreisky, Eva /Sauer, Birgit, a.a.O., S. 177-193
- (1998b): Feministische Philosophie als Dekonstruktion und Kritische Theorie. Einige abstrakte und spekulative Überlegungen. In: Knapp, Gudrun-Axeli (Hg.): Kurskorrekturen. Feminismus zwischen Kritischer Theorie und Postmoderne. Frankfurt am Main/New York, S. 242-256
- Knapp, Gudrun-Axeli (2001): Degeneriert und viel riskiert: Anmerkungen zur These vom Bedeutungsverlust der Kategorie Geschlecht. In: Knapp, Gudrun-Axeli/Wetterer, Angelika, a.a.O., S. 15-62
- /Wetterer, Angelika (Hg.) (2001): Soziale Verortung der Geschlechter. Gesellschaftstheorie und feministische Kritik. Münster
- Krebs, Angelika (2000): Gleichheit oder Gerechtigkeit. Texte der neuen Egalitarismuskritik. Frankfurt am Main
- Kreisky, Eva/Sauer, Birgit (1998): Geschlechterverhältnisse im Kontext politischer Transformation. Opladen/Wiesbaden
- Ladwig, Bernd (2000): Gerechtigkeit und Gleichheit. In: Portal 121. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, 30. Jahrgang, Nr. 4, S. 585-610
- Lohauß, Peter (2000): Soziale Gerechtigkeit in Zeiten der Globalisierung und Individualisierung: Zum Wandel parteipolitischer Konzepte. In: Prokla 121, S. 527-546
- Liotard, Jean-François (1986): Das postmoderne Wissen. Ein Bericht. Hg.von Peter Engelmann. Graz/Wien
- Mahnkopf, Birgit (2000): Formel 1 der neuen Sozialdemokratie: Gerechtigkeit durch Ungleichheit. Zur Neuinterpretation der sozialen Frage im globalen Kapitalismus. In: Prokla 121. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, 30. Jahrgang, Heft 4, S. 489-525
- Maihofer, Andrea (1998): Gleichheit und/oder Differenz. Zum Verlauf einer Debatte. In: Kreisky, Eva/Sauer, Birgit, a.a.O., S. 155-176
- Maier, Friederike (1998): Konvergenz oder Divergenz. Zur Entwicklung der Frauenerwerbstätigkeit in der EU. In: Regenhard, Ulla (Hg): Die männliche Wirtschaft. Geschlechtertrennung und Konzepte zur Frauenintegration. Berlin, S.19-43
- Nußbaum, Martha C. (1999): Gerechtigkeit oder Das gute Leben. Frankfurt am Main
- (2001): Literatur, Moral und ethische Empfindsamkeit. In: Pauer-Studer, Herlinde, a.a.O., S. 129-152
- Pauer-Studer, Herlinde (2001): Konstruktionen praktischer Vernunft. Philosophie im Gespräch. Frankfurt am Main
- Phillips, Anne (1999): Which Equalities Matter? Cambridge
- Piercy, Marge (1983): Women on the Edge of Time. London
- Prokla 121 (2000): Soziale Gerechtigkeit. 30. Jahrgang, Heft 4. Münster
- Rawls, John (1991): Eine Theorie der Gerechtigkeit. Frankfurt am Main
- Ritsert, Jürgen (1997): Gerechtigkeit und Gleichheit. Münster

- Sen, Amartya (2000): *Ökonomie für den Menschen. Wege zur Gerechtigkeit und Solidarität in der Marktwirtschaft*. München/Wien
- (2001): Konsequentialismus, *Social-Choice-Theorie* und Gleichheit der Vermögen. In: Pauer-Studer, Herlinde, a.a.O., S. 183-236
- Sennett, Richard (2000): *Der flexible Mensch. Die Kultur des neuen Kapitalismus*. Berlin
- Stiegler, Barbara (1998): *Frauen im Mainstreaming: Politische Strategien und Theorien zur Geschlechterfrage*. Bonn, <http://www.fes.de>
- (2000): *Wie Gender in den Mainstream kommt: Konzepte, Argumente und Praxisbeispiele zur EU-Strategie des Gender Mainstreaming*. Bonn, <http://www.fes.de>
- Stolz-Willig, Brigitte/Veil, Mechthild (Hg.) (1999): *Es rettet uns kein höh'res Wesen ... Feministische Perspektiven der Arbeitsgesellschaft*. Hamburg
- Streeck, Wolfgang (2000): Die Bürgergesellschaft als Lernzielkatalog. In: *Die Mitbestimmung*, Jahrgang 46, Heft 6, S. 28-31
- Tondorf, Karin (2001): Gender Mainstreaming – verbindliches Leitprinzip für Politik und Verwaltung. In: *WSI-Mitteilungen*, Heft 4, S. 271-277
- Villa, Paula-Irene (2000): Das Subjekt Frau als Geschlecht mit Körper und Sexualität – Zum Stand der Frauenforschung in der Soziologie. In: *Soziologie. Forum der Deutschen Gesellschaft für Soziologie*, Heft 3, S. 20-35
- Wetterer, Angelika (Hg.) (1995): *Die soziale Konstruktion von Geschlecht in Professionalisierungsprozessen*. Frankfurt am Main/New York

Encarnación Gutiérrez Rodríguez

Vergesellschaftung revisited?! Das konkave Glas der Konstitution und Konstruktion. Strategien der Dekonstruktion und postkoloniale Kritik im institutionellen Feminismus

Im Juli 1999 feierte die Sektion Frauenforschung der Deutschen Soziologie ihr zwanzigjähriges Bestehen. Viele frauenbewegte und feministische Akademikerinnen waren gekommen, unter ihnen auch ich. Vor zwanzig Jahren hatte ich gerade sechs Jahre in der Bundesrepublik gelebt. Meine Generation begegnete dem Feminismus auf der Straße, aber auch in den Institutionen. Der antifrunkistische Widerstand im spanischen Staat, der Kampf um nationale Befreiung in Zentralamerika, antirassistische Politik in Europa und das Aufkommen eines „queeren Bewußtseins“ dank der Schriften Gloria Anzaldúas, aber auch die zahlreichen selbstorganisierten oder institutionalisierten Frauenseminare an der Frankfurter Universität bestimmten meinen Zugang zur feministischen Theorie und Praxis. Nicht zuletzt wurde mein Blick durch die Erfahrung der „Gastarbeiterpolitik“ geprägt. Auf widersprüchliche Weise zeigte sich dieser Abschnitt bundesrepublikanischer Geschichte während meines Studiums. Auf der einen Seite begegnete ich einem Interesse an der Thematik, das in den Schwerpunkten „Ausländerpädagogik“, „Migrationsforschung“ oder „interkulturelle Erziehung“ zum Ausdruck kam; auf der anderen Seite nahm ich die Präsenz immigrierter Menschen an der Universität als Studierende¹ und als Reinigungspersonal wahr. Als HochschuldozentInnen oder MitarbeiterInnen in wissenschaftlichen Projekten waren MigrantInnen so gut wie gar nicht vorhanden. Dies hat sich bis heute nur geringfügig geändert². Eine Förderung von Studierenden und WissenschaftlerInnen mit Diaspora-, Exil- und Migrationshintergrund scheint an deutschen Universitäten im Vergleich zu den Nachbarländern Großbritannien und den Niederlanden kaum diskutiert worden zu sein und in weiter Ferne zu liegen³.

Den Raum der Sektion Frauenforschung zu betreten, heißt nun für mich zwar, einen Raum zu betreten, der von unterschiedlichen Differenzen unter Frauen durchzogen ist, in dem jedoch die Kolonial- und Einwanderungsgeschichte der Bundesrepublik einem „blank spot“ gleicht. Es heißt aber auch, an der theoretischen Auseinandersetzung um die Kategorie Geschlecht als soziale Konstruktion beteiligt zu sein.

Sedef Gümen merkt in ihrem 1998 erschienenen Aufsatz „Das Soziale des Geschlechts“ an, daß in den letzten Jahren in der deutschsprachigen sozialwis-

senschaftlichen Frauenforschung ein Paradigmenwechsel zu verzeichnen ist. Es sei zu einer Perspektivenerweiterung in der Analyse gekommen, insofern die Kategorie Geschlecht nicht einzig und allein auf der Basis eines ausschließlich binären Geschlechtermodells im Sinne der Geschlechterdifferenz und der Sex-/Gender-Debatte betrachtet werde. Nun wende sich die Aufmerksamkeit der Forscherinnen auch auf Kategorien wie „Ethnizität“ und „Nation“ (vgl. Gümen 1998). Zeitgleich sieht Gümen jedoch eine theoretische Lücke bei der Erfassung von „Ethnizität“ aufkommen (ebenda, S. 189). Statt die doppelseitige Dimension von Ethnisierungsvorgängen in der Herstellung von Gemeinschaften und insbesondere von Individuen in der gesellschaftlichen Struktur zu verorten, wird dieser Differenzierungs- und Hierarchisierungsvorgang als kulturelle Erscheinung sozialer Interaktionen gefaßt. In Bestimmung von Ethnizität als „askriptives Merkmal“ tauche diese Herangehensweise auf (ebenda, S. 189). Die Rolle staatlicher Institutionen, Interpellationspraktiken und historischer Genealogien bei der strukturellen Verankerung von Differenzen und Hierarchien im Kontext des Nationalstaates bliebe dabei unthematisiert.

An diesem Punkt setzt meine 1999 veröffentlichte Studie zu „Intellektuelle MigrantInnen – Subjektivitäten im Zeitalter von Globalisierung“ an. Darin wird eine Bestimmung von Ethnisierungs- und Vergeschlechtlichungsvorgängen als Ausdruck struktureller Gewalt vollzogen. Im Sinne eines Vergesellschaftungsbegriffs, der nicht nur auf der Ebene der Produktionslogik und des Geschlechterverhältnisses ansetzt, sondern das Moment der Diskursivierung in den Vordergrund rückt, wird die Kategorie Geschlecht als sozial verortetes, diskursiv hergestelltes und institutionell im Alltag der Subjekte umgesetztes Phänomen bestimmt. Geschlecht stellt so eine soziale und diskursiv hergestellte Verortung dar (Gutiérrez Rodríguez 1999a). *Geschlecht als Konfiguration* ist daher als *geographisch und politisch situierte Strukturkategorie* zu fassen (vgl. Alexander/Mohanty 1997). In diesem Sinne verstehe ich *Geschlecht als Konfiguration mannigfaltiger, simultan verlaufender Herrschafts- und Machtverhältnisse*. Ethnisierungs- und Rassierungsprozesse stellen demnach moderne Vergesellschaftungsformen dar, auf deren Grundlage Subjekte angerufen werden. Für diese Bestimmung von Geschlecht ist ein kritischer Begriff von Gesellschaft notwendig, der Gesellschaft als Geflecht von antagonistischen und mannigfaltigen Bewegungen versteht. Gesellschaftstheorie muß demnach „die Starrheit des hier und heute fixierten Gegenstandes auflösen in ein Spannungsfeld des Möglichen und Wirklichen: jedes von beiden ist, um nur sein zu können, aufs andere verwiesen“ (Adorno 1995, S. 197).

Dieser Annahme folgend werde ich nun aufzeigen, warum Geschlecht als verräumlichte und verzeitlichte, diskursiv erschaffene und sozial gelebte Katego-

rie zu verstehen ist und wie diese Bestimmung auf eine mögliche Verständigung auf einer von Differenzen durchkreuzten feministischen Plattform hinweisen könnte. Ich gehe in fünf Schritten vor. Im ersten Schritt werde ich zunächst meinen hochschulpolitischen Bezug zur sozialwissenschaftlichen Geschlechterforschung nachzeichnen. Nach einer theoretischen Auseinandersetzung um die Kategorie *Geschlecht als verräumlichtes und verzeitlichtes Phänomen* in der Dynamik von Unterwerfungstechniken und dem Umgang der Subjekte mit Vergesellschaftungsmechanismen komme ich auf die Beziehung zwischen den zwei Ebenen des Subjektbildungsprozesses, der der Konstitution und der der Konstruktion zu sprechen, um darin das Moment der Differenz in der Kategorie Geschlecht deutlich zu machen. Sodann greife ich die Frage nach der Repräsentation und Intelligibilität von markierten und unmarkierten Subjektpositionen auf. Anhand des Textes von Gayatri C. Spivaks „Can the Subaltern Speak?“ werde ich aufzeigen, wie die Schriften von Intellektuellen an der Sichtbarmachung und Unsichtbarmachung von gesellschaftlich geschaffenen Differenzen beteiligt sind. Daraus resultiert die Frage nach Repräsentation und Intelligibilität, die im unmittelbaren Zusammenhang mit Wissensproduktion und hier konkret mit der Ausbuchstabierung von Geschlecht verknüpft ist. Zum Schluß werde ich zwei gesellschaftskritische Strategien aufzeigen, die der Dekonstruktion und der Forderung nach Quotierung für Mitglieder aus „soziopolitischen Minderheitengruppen“⁴. Doch zunächst zu meinem Referenzrahmen im akademischen Feminismus.

Feminismus und Gesellschaftskritik

Als ich im Sommer 1999 die Jubiläumsveranstaltung der Sektion Frauenforschung besuchte, gehörte ich zu den sehr wenigen Teilnehmerinnen mit Migrationshintergrund⁵. Diese fehlende Präsenz ist nicht nur mit der geringen Anwesenheit junger Akademikerinnen in der Sektion Frauenforschung zu erklären, sondern auch mit der fehlenden Förderung einer neuen antirassistisch und queertheoretisch arbeitenden Forscherinnengeneration. Dem ist solange auch nicht durch eine Quotierung für Wissenschaftlerinnen mit Diaspora-, Exil- und Migrationshintergrund beizukommen, solange ihre Analysen im *mainstream* ausgeblendet und unbenannt bleiben (vgl. Gutiérrez Rodríguez 1999b). Dieser Zustand spiegelt einerseits den Legitimationsdruck, dem sich sozial- und geisteswissenschaftliche Fakultäten in der aktuellen hochschulpolitischen Lage unterworfen sehen, wider, andererseits weist er auf einen dringenden Reformierungsbedarf der Nachwuchsförderung und des hierarchisch gegliederten deutschen Universitätssystems⁶ hin. Die Ansprüche der StudentInnen- und Wissenschaft-

lerInnengenerationen der siebziger und achtziger Jahre, Gesellschaftskritik zu leisten und die Wissenschaft aus dem Elfenbeinturm herauszuholen, scheinen verwaltungstechnischen Fragen und hochschulpolitischen Kompromissen gewichen zu sein. Neue Inhalte, Ideen und kritische Weiterentwicklungen von Denktraditionen werden kaum gefördert mit dem Ergebnis, daß vor allem gesellschaftskritische Nachwuchswissenschaftlerinnen der Institution Wissenschaft frustriert den Rücken zuwenden müssen, müde davon, ohne Geld und Stellen gegen die akademischen Mühlen anzurennen. Dieser Zustand der heutigen Wissenschaft gilt nicht nur für Migrantinnen bzw. Frauen, auch männliche gesellschaftskritische Denker sehen sich mit großen Hürden konfrontiert bei dem Versuch, die universitäre Laufbahn einzuschlagen. Mir ist beim Schreiben dieser Sätze durchaus bewußt, daß Frauenforschung generell trotz ihrer „Semi-Integration“ in den *mainstream* weiterhin ein um- und bekämpftes Feld ist. Keines der ihr gemachten Zugeständnisse trägt die Garantie des Unwiderruflichen. Denn sobald die Streiterinnen in diesem Feld fehlen, werden auch diese Errungenschaften rückgängig gemacht. Doch heißt dies nicht, daß Kritik an dem bisher Erreichten nicht nötig und wichtig wäre. Gerade weil es ein Feld widerstreitender Interessen ist, müssen wir uns darüber verständigen, was sich hier ereignet und wer daran beteiligt ist. Neue Fragen müssen gestellt und Strategien überdacht werden.

Nicht zuletzt hat das explorative hochschulpolitische Reformprojekt „Internationale Frauenuniversität“ (ifu) einige Umsetzungsmöglichkeiten und -probleme aufgezeigt. Zwei der großen strukturellen Probleme waren auch hier die asymmetrische Beziehung zwischen Lehrenden und „Studentinnen“⁷ und die verkrusteten disziplinären und ethnozentristischen Lern- und Lehrmethoden an deutschen Hochschulen. Auf eine sinnliche und sehr explizite Weise wurden im Rahmen der ifu universale Aussagen über die „Frau“ und das „Geschlechterverhältnis“ im westlich geprägten Feminismus von den Teilnehmerinnen insbesondere aus den südlichen Kontinenten dekonstruiert (vgl. Khoo 2000). Neue Fragen für die feministische Theoriebildung resultierten hieraus: Wie können wir heute gemeinsame Ansprüche als Feministinnen in der Institution Wissenschaft definieren, wenn Feminismus ein Aushandlungsfeld von sich widerstreitenden und miteinander konfligierenden Positionen ist? Was heißt, vor diesem Hintergrund feministische Gesellschaftskritik zu leisten, wenn Geschlechterpolitiken nicht einfach allein über eine binäre Geschlechterordnung erklärt werden können, sondern insbesondere über die Unterwerfung der Subjekte? Welche neuen Formen der Repräsentation von Weiblichkeit fließen in das Hegemoniale ein? Welche neuen „hegemonialen Blöcke“ entstehen mittels der Einbindung in eine herrschende Gruppe entlang der Verteilung von Eigentum,

Wissen und Macht? Sind diese Prozesse der Herstellung einer herrschenden sozialen Gruppe nur entlang der Linie der Geschlechterdifferenz zu erklären, oder müssen wir nicht gerade hierfür die Kategorie Geschlecht und den Zusammenhang der Vergesellschaftung für Modelle, die die widersprüchliche und vielschichtige Dynamik von Macht und Herrschaft erklären, öffnen? Wie gestalten sich vor diesem Hintergrund Geschlechterverhältnisse?

Ich will mich hier nur mit zwei der gerade aufgeworfenen Fragen beschäftigen, der Formulierung der Kategorie Geschlecht als Ensemble von sich widerstreitenden und miteinander korrelierenden gesellschaftlichen Verhältnissen sowie der damit einhergehenden Frage nach Repräsentation. Doch zunächst zur verräumlichten und verzeitlichten Konfiguration Geschlecht.

Geschlecht als verräumlichte und verzeitlichte Konfiguration

An die Tradition der kritischen Theorie anknüpfend, bin ich an einem Feminismus interessiert, der Kritik an identitären Logiken weiterentwickelt und das Gegebene auf seine Konstruiertheit hin befragt. Das bedeutet für mich, Phänomene als situiert zu betrachten und auf ihre geographische, politische und soziale Beschaffenheit hin abzuklopfen. Für die Analyse von Geschlecht heißt dies, Geschlecht als Ensemble heterogener sozialer Verhältnisse, als Knotenpunkt politisch verräumlichter Beziehungspraktiken, Diskurse, staatlicher Regulierungen und Begehrensökonomien zu verstehen. Subjekte werden auf dieser Basis mittels staatlicher Anrufungspraktiken und Sozialisationsagenturen als Identische im Namen *einer* Nationalität, *eines* Geschlechts, *einer* Hautfarbe, *einer* Sexualität, *einer* Körpernorm entlang von Produktions- und Besitzverhältnissen in einem verräumlichten und verzeitlichten Kontext evoziert. In der Gleichzeitigkeit von nicht gleichursprünglichen Tausch- bzw. Abhängigkeitsverhältnissen und Subjektivierungstechniken wird *Geschlecht als verräumlichte und verzeitlichte Konfiguration*, d.h. in seiner historischen, geographischen und politischen Verortung, hergestellt. Das Combahee River Collective (CRC) drückt dies 1979 in seinem „A Black Feminist Statement“ wie folgt aus: „The most general statement of our politics at the present time would be that we are actively committed to struggling against racial, sexual, heterosexual and class oppression, and see as our particular task the development of integrated analysis and practice based upon the fact that the major systems of oppression are interlocking. The synthesis of these oppressions creates the conditions of our lives.“ Die Konstitution zur Frau verläuft daher nach Meinung des CRC nie eindimensional oder bilateral, sondern ist über vielfältige und simultane Vorgänge von Macht und Herrschaft bestimmt: „We also often find it difficult to separate race from class from sex oppression because in our lives they are most

often experienced simultaneously. We know that there is such a thing as racial-sexual oppression which is neither solely racial nor solely sexual ..." (ebenda). In den achtziger Jahren nimmt Chandra Talpade Mohanty diese Betrachtung auf, um die geopolitische kontextspezifische Ausbildung von Geschlecht zu unterstreichen (Mohanty 1988). Demnach bilden sich Geschlechterbeziehungen nach Mohanty nicht an jedem Ort identisch aus, da sie Produkt von sozialen, politischen und historischen Aushandlungen und Kämpfen sind. Ein Reden über das „Patriarchat“ und über „Frauen“, das diese Kategorien nicht geopolitisch kontextualisiere bzw. sie nicht in ihrer spezifisch verorteten Geschichte aufzeige, verschleierte die konkreten, heterogenen und komplexen Lebenslagen von Subjekten.

Die Ausbildung von Geschlecht und von Subjektivität, so folgere ich aus diesen Überlegungen, sind als Konfiguration beziehungsweise Effekte sozialer Differenzierungs- und Hierarchisierungsvorgänge zu begreifen. Geschlechtskonfigurationen werden in der Wechselwirkung von institutionellen und sozialen Interpellationspraktiken und Begehrensökonomien konstituiert. Diese zwei Ebenen entspringen nicht nur aktuellen gesellschaftlichen Regulationsweisen, sondern formieren – wie neuere Untersuchungen zum Feld der Arbeit ergeben haben (vgl. Boudry u.a. 1999; Negri u.a.1998) – Akkumulationsregime (Möller 2000).

Der Begriff der Vergesellschaftung benennt diesen widersprüchlichen und mannigfaltigen Charakter im Subjektivierungsprozeß. Gesellschaft als Prozeß verstanden, setzt sich aus komplexen Bewegungsgesetzen zusammen (Adorno 1995, S. 9). Der Begriff der Gesellschaft ist nach Adorno „weder unmittelbar zu greifen noch, wie naturwissenschaftliche Gesetze, drastisch zu verifizieren“ (ebenda, S. 10). Gesellschaft läßt sich nicht aus Einzeltatsachen bestimmen und auch nicht als Faktum dingfest machen. Zugleich gibt es jedoch kein soziales Faktum, das nicht durch Gesellschaft determiniert ist. Um soziale Tatsachen erfassen zu können, benötigen wir eine Theorie von Gesellschaft, die die sozialen Zusammenhänge als Widersprüche denkt. Gesellschaftstheorie hat nicht ein hermeneutisches Verständnis von Gesellschaft zum Ziel, sondern „hebt die Reflexion auf Gesellschaft dort an, wo Verstehbarkeit endet“ (ebenda, S. 12). Geschlecht aus einer gesellschaftskritischen Perspektive betrachtet bedeutet, Geschlecht nicht als Ding-an-sich zu deuten, sondern in seiner gesellschaftlichen Beschaffenheit, durch den Begriff an sich und als Begriff selbst. Geschlecht kann daher als Begriff nie definitiv bestimmt werden, solange es ein Dispositiv und Regulativ von Gesellschaft beschreibt (vgl. Gutiérrez Rodríguez 2001). Auch wenn es als Begriff selbst Sachverhalte einer aktuellen Gesellschaftskonstellation bezeichnet, muß es doch immer wieder auf seinen aktuellen analytischen Gehalt für die Erfassung komplexer Verhältnisse überprüft werden.

In diesem Zusammenhang muß eine Unterscheidung in der Analyse des Subjektbildungsprozesses vorgenommen werden, die die Zweidimensionalität des *Regierens* und der *widersprüchlichen Selbstunterwerfung* aufspürt. Unter Bezug auf den Saussurschen und Lacanschen Gedanken der subjekt- und gesellschaftskonstituierenden Dimension von Sprache umfaßt die Kategorie Geschlecht demnach zwei Ebenen der Subjektbildung, die der Ideologieproduktion, der *Konstruktion* wie des Selbstverhältnisses (Foucault 1993) sowie der Existenzweise (Maihofer 1995), der *Konstitution*.

Subjekt und Gesellschaft: Konstitution und Konstruktion

Die unterschiedliche Auswirkung und Prägung vielfältiger Macht- und Herrschaftsverhältnisse im Subjekt wird besonders deutlich, wenn wir die Vorgänge der Konstruktion und der Konstitution gesondert betrachten. In der Debatte um die Konstruktion von Geschlecht ist es meiner Ansicht nach zu einer Gleichsetzung der Vorgänge der Konstruktion und der Konstitution gekommen. Subjektbildungsprozesse sind zwar mittels der Analyse von Normalisierungs- und Disziplinierungspraktiken untersucht worden, doch sind dabei die hierarchisierenden und differenzierenden Effekte, die in der Kontingenz institutioneller Gewaltinstanzen soziale Ungleichheitslagen ausbilden, aus dem Blick geraten. Denn obwohl Geschlecht normativ hergestellt wird, wird es je nach Konstellation der an der Anrufung beteiligten Gewaltinstanzen auf spezifische Weise konfiguriert und erfahren (vgl. Castro Varela/Gutiérrez Rodríguez 2000). Denn Subjektivierung im Sinne von Unterwerfung wird nicht nur diskursiv produziert, sondern auch sinnlich in Form eines Erleidens beziehungsweise der individuellen und kollektiven Erfahrung von Gewalt. Eigentum- und Besitzverhältnisse, auch wenn sie nicht immer diskursiv vermittelt werden, markieren die Erfahrung des Subjektes von Unfreiheit und Abhängigkeit⁸. Beispielsweise sieht sich ein auf die Bearbeitung seines Asylantrages in der Bundesrepublik wartender Flüchtling mit menschenverachtenden Restriktionen in seinem Alltag konfrontiert, die erst die „Bewegungsfreiheit“ konstituieren, die der als „weiß“⁹ konstruierten EU-Bürgerin¹⁰ zugestanden wird. Auf der Ebene der Konstruktion werden Individuen mittels struktureller Normierungsvorgänge als homogene kollektive Identitäten geschaffen. So findet in allen modernen Gesellschaften eine Anrufung zur Frau oder zum Mann statt. Diese Benennungspolitik geht mit institutionellen und alltäglichen Praktiken der Vergeschlechtlichung einher. Auf der Ebene der Konstitution wirken sich diese Subjektivierungspraktiken unterschiedlich aus. Denn an der biographischen Kontingenz werden die Heterogenität und die Verschränkung der unterschiedlichen Achsen von Macht und Herrschaft deutlich. Konstruktionen wirken sich daher nicht auf identische

Weise im Subjekt aus. Ihre Wirkungsmächtigkeit hängt von der Konstellation und dem Zusammenkommen mit anderen Prozesse der Differenzierung und Hierarchisierung ab. Individuen können daher als Identische konstruiert werden. Doch sie werden nicht identisch konstituiert. Obwohl also Frauen eine Zurichtung zur Frau erfahren, sie also über ein strukturelles Merkmal als Gleiche konstruiert werden, prägt dieser Moment der Differenzierung auf unterschiedliche Weise die Subjektbildung. Der Prozeß der Differenzierung kann daher ein identischer sein, während der der Hierarchisierung von dem Zusammenkommen und der Konstellation der sozialen Verhältnisse abhängt. Subjekte werden in dieser Verflechtung von institutionellen und alltäglichen Praktiken/Diskursen als Identische konstruiert, doch stehen sie entlang gesellschaftlicher Hierarchisierungsprozesse mittels Eigentum und Arbeit diametral zueinander. Demnach sind Mechanismen der Unterwerfung, der Kontrolle, der Normierung und der Disziplinierung je nach den historischen Genealogien, den aktuellen Anrufungspraktiken und dem herrschenden Kräfteverhältnis zu unterscheiden. Andernfalls verschwimmen Hierarchien, und die Dimension von Herrschaft verflüssigt sich in der Feststellung einer gleichursprünglichen Unterwerfung. Ich bin zwar der Auffassung, daß das Subjekt von den Verhältnissen, in denen es lebt, erzeugt wird, doch sind unterschiedliche Diskurse und Gewaltinstanzen an seiner Herstellung beteiligt. Menschen können zwar mittels rassistischer Diskurse als „weiß“ oder „schwarz“ konstruiert werden, doch strukturieren diese zwei Kategorien den Alltag und die Lebensbedingungen der Bezeichneten in unterschiedlicher Weise. Beide Kategorien sind einer rassistischen Bezeichnungspraxis unterworfen, doch wirkt sich diese unterschiedlich aus. Während die ersten zum Beispiel in einer europäischen Gesellschaft eher eine *strukturelle* Integration erfahren¹¹, müssen die zweiten auf dieser Grundlage mit Ausschluß und Diskriminierung rechnen. In diesem Sinne unterscheide ich zwischen Konstruktion als strukturellem Bezeichnungsrahmen, als institutionellem und sozialem Akt der Anrufung, und Konstitution als der kontingenten Wirkungsweise, die sich als Furche in die Soma und die Psyche des Subjekts eingräbt, die aber auch in der Materialisierung von gesellschaftlichen Hierarchien ihren Ausdruck findet.

Konstruktionsprozesse drücken sich auf der subjektiven und gesamtgesellschaftlichen Ebene unterschiedlich aus. Sie markieren eine Differenz, die aus hierarchisierenden Differenzierungsvorgängen entlang von Eigentum, Geld, Wissen und Macht resultieren. In diesem Zusammenhang steht der Begriff der Differenz als Marker für soziale Ungleichheit. Es handelt sich um eine Ungleichheit, die ökonomisch und politisch gekennzeichnet ist. Es ist diese Differenz, die Audre Lorde in ihrem Haus der Differenzen benennt (Lorde 1984)

und die Angela Davis als die Erfahrung von Rassismus umschreibt (Davis 1983). Wie kann nun diese Differenz im Feld der Diskurse ausgedrückt werden, wenn ihre Präsenz über ihre Abwesenheit auf der Ebene der Darstellung und Analyse markiert ist?

Zur Bearbeitung dieser Frage erscheint es mir nicht nur notwendig, die Kategorie Geschlecht für die Mannigfaltigkeit und die Komplexität von sozialen Beziehungen zu öffnen, es sollte auch eine kritische Reflexion über Wissensproduktionen und die Funktion von WissenschaftlerInnen in der Beschreibung und Darstellung von Welt stattfinden. Hierauf hat nicht zuletzt Gayatri C. Spivak mit ihrer postkolonialen Kritik an Repräsentationstechniken hingewiesen.

Repräsentationspolitiken und postkoloniale Kritik

Die Debatten um die Spuren des Kolonialismus im Werden und Machen von Welt und der Ausformungen des heutigen Rassismus im Norden scheinen sich im deutschsprachigen Kontext an zwei verschiedenen Orten abzuspielen. Während die akademische und kritisch-künstlerische, politische Öffentlichkeit „Postkolonialität“ als britischen oder US-amerikanischen Import in den kulturtheoretischen Kanon aufnimmt (vgl. Bronfen 1997), kommt es bei feministischen Theoretikerinnen mit Diaspora-, Exil- und Migrationserfahrung zu einer eigenen Entwicklung postkolonialer Kritik in bezug auf den deutschsprachigen Kontext (Hügel u.a. 1993; Steyerl 1998; Gelbin u.a. 1999). Insbesondere Schwarze Deutsche Feministinnen haben bereits Mitte der achtziger Jahre auf die koloniale Konsistenz der Bundesrepublik hingewiesen (vgl. Oguntoye u.a. 1986). Für diese Autorinnen bezeichnet Postkolonialismus nicht nur die Kolonialgeschichte Großbritanniens oder die Studien von Intellektuellen aus ehemaligen Kolonien in den ökonomischen Metropolen. Vielmehr betont er eine Verfaßtheit, in der sich nicht nur die Bundesrepublik, sondern ganz Europa befindet. Ruth Frankenberg und Lata Mani bezeichnen Postkolonialität unter Bezug auf Antonio Gramsci und Louis Althusser als eine „conjuncture“, einen Ort der politischen Verortung („Politics of Location“) (Frankenberg/Mani 1995, S. 292). Dieser Ort ist in das Gedächtnis und das Vermächtnis einer kolonialen Vergangenheit und seiner gegenwärtigen Ausformungen sowie Wirkungsweisen eingewoben.

An diese Überlegung knüpft Gayatri C. Spivak an, wenn sie die Frage formuliert: „Can the Subaltern Speak?“ Sie begründet darin keineswegs, wie fälschlicherweise in der englisch- und deutschsprachigen Rezeption angenommen, die „subalterne Frau“ könne nicht sprechen, vielmehr spielt sie auf die Verhinderung des Redens der subalternen Frau durch die herrschenden Stimmen im offiziellen Diskurs an (Spivak 1988a, S. 287ff.). Es geht also nicht darum, daß

diese Stimmen sich nicht zu Wort melden. Vielmehr werden sie nicht, *obwohl* sie präsent und laut sind, gehört. In Spivaks Worten: „So, ‘the subaltern cannot speak’, means that even when the subaltern makes an effort to the death to speak, she is not able to be heard, and speaking and hearing complete the speech act.“ (Spivak 1988a, S. 292) Die Verstummung ihrer Stimmen erliegt einem gesellschaftlichen Konsens, in dem sie als Mitglieder minoritärer Positionen vereinnahmt werden. Die Vereinnahmung erfolgt entweder durch eine Unsichtbarmachung oder durch eine Partikularisierung ihrer Stimmen (vgl. Gutiérrez Rodríguez 1999c). Die Wissensproduktion von Intellektuellen aus *subalternen* Gruppen sieht sich mehreren Faktoren unterworfen, die auf die Produktionsbedingungen, den Produktionskontext und die Förderungs- und Rezeptionsbedingungen zurückzuführen sind. In Relation zu den herrschenden sozialen Gruppen nehmen die marginalisierten Gruppen eine *subalterne* Position ein (Spivak 1985). Subaltern bezeichnet hier die Unterwerfung einer sozialen Gruppe durch die hegemonialen Gruppen. Die herrschenden sozialen Gruppen setzen ihre Vormachtstellung (Hegemonie) nicht nur mittels repressiver Staatsapparate durch, sondern insbesondere durch die Bildung eines Konsenses im Bereich des Symbolischen, d.h. der Kultur und der Wissenschaft. Ihre hegemoniale Stellung stellt sich auf diese Weise durch ein soziales Kräfteverhältnis her, das in der politischen wie in der zivilen Gesellschaft herrschend ist. Die Subalternen sind einerseits vom herrschenden Kräfteverhältnis ausgeschlossen, andererseits konstitutiv für dessen Herausbildung. Nur mittels der Unterwerfung, der Ausgrenzung und der Ausbeutung der Subalternen konstituieren sich die Herrschenden als hegemoniale Gruppe. Gerade diese Funktion von Intellektuellen als ‘BeschreiberInnen von Welt’ (Darstellung) und ‘SprecherInnen für Welt’ (Vertretung) beschäftigt Spivak in ihrem Aufsatz: „Can the Subaltern Speak?“ (Spivak 1988a).

Am Beispiel der Analyse des Textes von Bhuvanewar Bhaduri zeigt Spivak (ebenda) auf, wie eine radikale dekonstruktivistische Lektüre des Textes mit hegemonialen Interpretationssträngen brechen kann, in dem die Katachrese (Bildbruch in der Beziehung Konzept-Metapher) in den Vordergrund gerückt wird. Die Aufgabe einer Intellektuellen oder Akademikerin, die an der Repräsentation dieses Textes im Sinne von Darstellung und Vertretung beteiligt ist, wäre, den Text auf seine Verstehensgrenzen hin zu verschieben und zugleich den eigenen Verstehenskontext zu thematisieren. Denn die Lektüre und die Darstellung eines Textes vollzieht sich nicht außerhalb eines situierten Wissens. Der Verstehensprozeß bildet nach Spivak eine Synthese von Bewußtsein und Beschreibung, d.h. das Sprechen über den Text reflektiert das Bewußtsein der SprecherInnen selbst (Spivak 1988a, S. 274). Der Prozeß der Lektüre, der Ana-

lyse und der Darstellung ist unmittelbar mit der Funktion der Vertretung gekoppelt. Er beschreibt Formen der diskursiven Aneignung von Welt im Sinne Spivaks Schreibens von Welt („worlding“) (Spivak 1988b). „Worlding“ auf eine Nord-Süd-Matrix gestellt, evoziert die Geschichte des Kolonialismus, d.h. das Schreiben der Kolonialisten über die „neue Welt“ oder den „Orient“ (vgl. Said 1979). Es benennt auch die binäre Logik einer okzidentalischen Philosophie-tradition, in der nicht nur das weibliche Geschlecht zum Objekt von Begierde und Gewalt für das hegemoniale Subjekt konstruiert wurde (vgl. Alarcón 1990, Benhabib 1990), sondern insbesondere auch die „Kolonialisierten“ (vgl. Fanon 1966, Memmi 1954). Für die Analyse und das Reden über Geschlecht bedeutet dies konkret, daß Geschlecht auf seine diskursive Konsistenz Gesellschaft zu analysieren und zu kritisieren befragt werden muß, auf der allgemeineren Ebene weisen diese Überlegungen auf die Notwendigkeit hin, Wissensproduktionen auf ihre Situierung und Repräsentationslogik hin zu überprüfen.

Dekonstruktion und Quotierung

Theorien entstehen nicht kontextunabhängig, sondern stellen selbst verzeitlichte und verräumlichte, in der differentiellen Bewegung von Sprache entstandene Effekte dar. Demzufolge schlägt Spivak eine dekonstruktive Lektüre vor, die die Komplexität und geographische sowie politische Verortung von Subjektivitäten in ihrer komplexen Differenz offenbart, ohne sie dabei als „Differente“ zu konstruieren oder als „Gleiche“ zu lesen. Als politische Strategie interessiert sich Spivaks postkoloniale Dekonstruktion für das Ausgeschlossene und für die Perspektive, die diese für den hegemonialen Konsens eröffnet. Es geht ihr nicht darum, eine Reihe diskursiver Prozeduren oder Regeln in eine neue hermeneutische Methode einzuordnen. Vielmehr strebt sie eine Gesellschaftskritik an, die die politischen und institutionellen Strukturen, die unsere Praxis, unsere Kompetenz und unser Handeln ermöglichen und beherrschen, unter die Lupe nimmt. Dekonstruktion ist für Spivak keine Schule des Denkens, sondern ein Weg der kritischen Relektüre gesellschaftlicher Phänomene. In diesem Zusammenhang wirft sie die Frage nach der Beschaffenheit von Subjektlogiken auf: „What sort of coding has produced this subject?“ (Spivak 1990, S. 19). Sie fragt nach der immanenten Logik von Repräsentationsweise. Dabei interessiert sie sich insbesondere für das Unbenannte im Text. Eine postkoloniale kritische Dekonstruktion beschreibt demnach eine Strategie, die die Prämissen eines ethnozentrischen Denkens, in dem europäisch ausgebildete Intellektuelle sich bewegen, erspürt. Sie erschüttert die Basis von Wissensproduktion, indem sie diese aus ihrem universellen Geltungsanspruch herausrückt und kontextualisiert.

In diesem Rahmen ist die Verbindung zwischen Differenz und Repräsentation am Beispiel der sozialen Kategorie Geschlecht zu denken, Geschlecht in der dialektischen Bewegung des Begriffs und des Begreifens. Sich mit der gesellschaftskritischen Dimension feministischer Kritik zu beschäftigen, impliziert das In-Bewegung-Halten der eigenen Begriffsbildung und Analysen. Es heißt auch, das eigene Instrumentarium auf seinen diskursiven Entstehungskontext hin zu lesen. Und nicht zuletzt beinhaltet es, sich über die eigene Verantwortung als Sprecherin von Welt bewußt zu werden. Eine dekonstruktive Repräsentationspolitik ist mit dem Anspruch, gesellschaftliche Zusammenhänge diskursiv zu erfassen, verknüpft. Dies ist nicht nur dadurch gegeben, daß einzelne kritische Diskurselemente in den herrschenden Kanon eingefügt werden, sondern geschieht vor allem darüber, daß die unter den Teppich gekehrten Stimmen auch personell in der Öffentlichkeit vertreten sind. Vor diesem Hintergrund ist die Forderung Natascha Apostolidous nach Quotierung für MitgliederInnen aus soziopolitischen Minderheitengruppen entstanden (vgl. Apostolidou 1994). Apostolidou wirft die Frage auf, wie in der Bundesrepublik eine Quotierung für MitgliederInnen aus soziopolitischen Minderheitengruppen aussehen könnte, ohne dabei den Blick für die Totalität von Herrschaftsverhältnissen zu verlieren. Die Frage bleibt, die Forderung auch.

Anmerkungen

- 1 Von den 8,6 Prozent der ausländischen Studierenden an deutschen Universitäten im Wintersemester 1997 betrug der Anteil der „BildungsinländerInnen“ mit einer deutschen Hochschulzugangsberechtigung 34,5 Prozent (Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Ausländerfragen 2000, S. 122). 77 Prozent der BildungsinländerInnen an deutschen Hochschulen stammen aus ArbeiterInnenfamilien und nur 7 Prozent aus den mittleren und höheren Schichten (ebenda). Der Anteil von Frauen ist in diesen Statistiken nicht aufgeführt.
- 2 In der ausführlichen Bibliographie von Marion Schulz werden Aufsätze zum Thema Geschlecht, Migration und Rassismus von Wissenschaftlerinnen mit einem Exil- oder Migrationshintergrund aufgeführt. Bereits in den siebziger Jahren erschienen einige Publikationen aus dieser Perspektive zum Thema (vgl. Schulz 1992; Gutiérrez Rodríguez 1996).
- 3 In der 1996 von der Alice-Salomon-Fachhochschule durchgeführten Untersuchung zu „Möglichkeiten und Hindernissen in der Zusammenarbeit und Bündnispolitik von Frauen in Ost und West“ wird auf die geringe Präsenz von Schwarzen deutschen Frauen und MigrantInnen als Hochschuldozentinnen und Projektmitarbeiterinnen verwiesen (Ayim u.a. 1996). Weiterhin wurde in der Studie festgestellt, daß eine kritische Auseinandersetzung mit der Einwanderungsgeschichte und Kolonial-

geschichte der Bundesrepublik im Curriculum nicht vorgesehen war (vgl. auch Amos/Gutiérrez Rodríguez/Lutz 1999).

- 4 Diese Bezeichnung habe ich Sedef Gümen entnommen (vgl. Gümen 1996).
- 5 Die Existenz von intellektuell ausgebildeten und arbeitenden Migrantinnen, exilierten Frauen und schwarzen deutschen Frauen ist in der Bundesrepublik nicht mehr zu leugnen. Insbesondere im Kontext der Arbeitsmigration stehende intellektuelle Frauen haben in den letzten dreißig Jahren eine Bildungsmobilität erfahren. Sie stellen jedoch weiterhin nur eine kleine Gruppe innerhalb der Gesamtheit der MigrantInnenkinder dar. Mehrheitlich sind ArbeitsmigrantInnenkinder in der Hauptschule anzutreffen (vgl. Gelbin/Konuk/Piesche 1999; Gutiérrez Rodríguez 1999c). 1997 besuchten 1.117.848 SchülerInnen mit Flucht- und Migrationshintergrund allgemeinbildende und berufliche Schulen in der Bundesrepublik. Ihr Anteil an der Gesamtzahl der Schüler betrug 9,4 Prozent (vgl. Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Ausländerfragen 2000, S. 116). Davon besuchten 1997 950.707 (79,7%) allgemeinbildende Schulen und 228.141 (20,3%) berufliche Schulen (vgl. ebenda, S. 114). Davon erwarben 42,7 Prozent einen Hauptschulabschluß; 28,1 Prozent die mittlere Reife, 0,9 Prozent die Fachhochschulreife, 9,0 Prozent die Hochschulreife, und 19,4 Prozent hatten die Hauptschule ohne Abschluß verlassen. Im Vergleich hierzu erwarben von den deutschen SchülerInnen im gleichen Zeitraum 25,2 Prozent den Hauptschulabschluß, 40,9 Prozent die mittlere Reife, 0,7 Prozent die Fachhochschulreife, 25,5 Prozent das Abitur, und 7,7 Prozent verließen die Schule ohne jeglichen Abschluß (ebenda). Deutlich wird, daß im Vergleich zu deutschen SchülerInnen Flüchtlings- und MigrantInnenkinder 1997 überproportional an Hauptschulen und unterproportional an Gymnasien vertreten sind. Auch an Sonderschulen finden sie sich im Vergleich zu ihren deutschen MitschülerInnen verstärkt auf (6,2% zu 3,8%) (vgl. ebenda, S. 115). Die in dem Bericht präsentierten Untersuchungsergebnisse zeigen außerdem, daß die angenommene positive Entwicklung Anfang der neunziger Jahre bei der Verbesserung der Schulabschlüsse von Jugendlichen mit einem nicht-deutschen Paß zum Stillstand gekommen ist. Zwischen 1994 und 1997 ist der Anteil „ausländischer“ SchülerInnen an Realschulen und Gymnasien leicht gefallen, der Anteil an Sonderschulen dagegen schwach gestiegen.
- 6 Im Rahmen des explorativen Hochschulprojektes der Internationalen Frauenuniversität (ifu) kam auch die pyramidenartige Führungsstruktur an deutschen Universitäten zur Sprache. So stellten einige Teilnehmerinnen fest, daß bei einigen der auswärtigen Dozentinnen und Teilnehmerinnen sich der Eindruck eingestellt habe, die deutsche akademische Kultur sei sehr dozierend und hierarchisch aufgebaut (vgl. El-Beshir u.a. 2000; Doro 2000).
- 7 Die bei der ifu als „Studentinnen“ aufgenommenen Teilnehmerinnen verwarfen die Bezeichnung „Studentinnen“, da sie darin ihre Position als Forschende nicht gespiegelt sahen. Sie führten statt dessen die Bezeichnung „participants“ ein. Diese Auseinandersetzung verweist auf ein strukturelles Moment des hierarchischen Gefüges an deutschen Universitäten (vgl. El-Beshir u.a. 2000). Andererseits zeigte die

- Erfahrung im Rahmen der ifu, daß in einer akademischen Institution durchaus neue Lern- und Lehrformen verwirklichtbar sind: Interdisziplinarität, die Auseinandersetzung zwischen Kunst-Theorie und anderen wissenschaftlichen Disziplinen, aber vor allem der Aspekt der Internationalität. Einige Teilnehmerinnen forderten ethisch-moralische Prinzipien in Forschung und Lehre wie das Streben nach Gerechtigkeit und die Achtung der Würde eines Menschens ein. Dies wurde insbesondere angemerkt im Zusammenhang mit traditionellen Untersuchungen über Länder aus dem Süden und pauschalen Aussagen über die „Dritte-Welt-Frau“ als einer „Unwissenden“, „Unterdrückten“ und als Transporteurin eines von der Forscherin imaginierten homogenen Kollektivs, das über das Merkmal der „anderen differenten Kultur“ hergestellt wurde (ebenda). Auch wurde auf die heteronormative Struktur des Curriculums verwiesen (Kunstman 2000; Vieth 2000).
- 8 Die Subjekte konstituieren sich nicht nur über die Erfahrung des Erleidens, sondern auch des Begehrens im Sinne von Freude und Lust, das sei nur am Rande erwähnt. Doch setze ich den Fokus in diesem Aufsatz auf die Instanzen von Herrschaft.
 - 9 Zur Konstruktion von „Weißheit“ als Merkmal für Privilegierung siehe Ruth Frankenberg 1993 veröffentlichte Studie.
 - 10 Das Schengener Abkommen von 1992 führte die Unterscheidung zwischen EU-BürgerInnen und sogenannten DrittstaatlerInnen ein. An diese Unterscheidung ist die „grenzenlose Binnenwanderung innerhalb der EU“ für Erstere gekoppelt, während die Einreise(un)möglichkeiten für Letztere zunehmend juristisch verschärft wurden. Dieses Verfahren setzt sich in den Amsterdamer Verträgen von 1999 fort (vgl. Kopp 1999).
 - 11 Auch wenn diese Aussage faktisch aufgrund des Zusammenkommens anderer Marginalisierungsmerkmale wie ökonomischer Lage, Geschlecht, Körper oder Sexualität nicht im Einzelfall zutreffen mag, ist sie meiner Meinung nach von einer strukturellen Perspektive aus betrachtet gültig (vgl. Frankenberg 1996).

Literatur

- Adorno, Theodor W. (1995): Gesellschaft. In: Tiedemann, Rolf (Hg.): Soziologische Schriften I. Frankfurt am Main, S. 9-19
- Alarcón, Norma (1990): The Theoretical Subject(s) of this Bridge Called My Back and Anglo American Feminism. In: Anzaldúa, Gloria (Hg.): Making Soul - Making Faces. Haciendo Caras. San Francisco, S. 356-369
- Alexander, Jacqui/Mohanty, Chandra T. (Hg.) (1997): Feminist Genealogies, Colonial Legacies, Democratic Futures. New York/London
- Amos, Karin/Gutiérrez Rodríguez, Encarnación/Lutz, Helma (1999): „Geschlecht, Ethnizität und Differenz“. Zentrum zur Erforschung des Geschlechterverhältnisses an der Johann-Wolfgang Goethe Universität, Frankfurt am Main
- Apostolidou, Natascha (1994): Quotierung für Migrantinnen. In: Eichhorn, Cornelia/Grimm, Sabine (Hg.): Gender Killer. Amsterdam/Berlin, S. 65-68

- Ayim, May/Kümmel, Renate/Schultz, Dagmar (1996): Möglichkeiten und Hindernisse in der Zusammenarbeit und Bündnispolitik von Frauen aus Ost und West in der sozialen Praxis. Berlin
- Benhabib, Seyla (1990): Das Selbst im Kontext. Frankfurt am Main
- (1999): Sexual Difference and Collective Identities: The New Global Constellation. In: Signs, Bd. 24, Nr. 2, S. 335-361
- Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Ausländerfragen über die Lage der Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland. Bonn 2000
- Boudry, Pauline/Kuster, Brigitta/Lorenz, Renate (1999): Reproduktionskonten fälschen. Heterosexualität, Arbeit & Zuhause. Berlin
- Bronfen, Elisabeth (Hg.) (1997): Hybride Kulturen – Beiträge zum angloamerikanischen Multikulturalismus. Tübingen
- Castro Varela, Maria del Mar/Gutiérrez Rodríguez, Encarnación (2000): „Queer Politics im Exil und in der Migration“. In: Beger, Nico/Engel, Antke/Hark, Sabine/Genschel, Corinna/Schäfer, Eva (Hg.): Queering Demokratie. Berlin, S. 100-112
- Combahee River Collective (1979): A Black Feminist Statement. In: Hull, T. Gloria/Scott, Patricia Bell/Smith, Barbara (Hg.): All the Women Are White, All the Blacks Are Men, But Some of Us Are Brave. New York, S. 13-22
- Davis, Angela (1983): Rassismus und Sexismus. Berlin
- Doro (2000): When the „East“ meets the „South“ and the „West“ sets the Agenda. In: Diskus, Nr. 3
- El-Beshir, Nagwa/George, Annie/Ludvig, Alice/Ruokonen-Engler, Miina-Kristiina (2000): Migrating Women, Academic Women: Researching the ‚Other‘ without seeing ourselves. (unveröffentlichtes Manuskript) Hannover
- Fanon, Frantz (1966): Les damnés de la terre. Paris
- Foucault, Michel (1993): Technologien des Selbst. In: Martin, Luther H./Gutman, Huck/Hutton, Patrick H. (Hg.): Technologien des Selbst. Frankfurt am Main, S. 24-62
- Frankenberg, Ruth (1993): The Social Construction of Whiteness: White Women, Race Matters. Minneapolis
- Frankenberg, Ruth (1996): Weiße Frauen, Feminismus und die Herausforderung des Antirassismus. In: Fuchs, Brigitte/Habinger, Gabriele (Hg.): Rassismen und Feminismen. Differenzen, Machtverhältnisse und Solidarität zwischen Frauen. Wien, S. 51-66
- Frankenberg, Ruth/Mani, Lata (1995): Crosscurrents, Crosstalk: Race, „Postcoloniality“ and the Politics of Location. In: Cultural Studies, Nr. 2, Vol. 7, S. 292-310
- Gelbin, Cathy/Konuk, Kader/Piesche, Peggy (1999): Marginale Brüche. Taunusstein am Main
- Gümen, Sedef (1996): Die sozialpolitische Konstruktion „kultureller“ Differenzen in der bundesdeutschen Frauen- und Migrationsforschung. In: beiträge zur feministischen theorie und praxis. Heft 42, S. 77-89

- Gümen, Sedef (1998): Das Soziale des Geschlechts. Frauenforschung und die Kategorie „Ethnizität“. In: *Das Argument: Grenzen*. Nr. 224. 40. Jg., Heft 1-2, S. 187-202
- Gutiérrez Rodríguez, Encarnación (1996): Eine Frau ist nicht gleich Frau, nicht gleich Frau, nicht gleich Frau ... Zur Notwendigkeit ... In: Fischer, Ute-Luise u.a. (Hg.): *Kategorie: Geschlecht*. Opladen, S. 163-190
- Gutiérrez Rodríguez, Encarnación (1999a): Intellektuelle Migrantinnen – Subjektivitäten im Zeitalter von Globalisierung. Eine postkoloniale dekonstruktive Analyse von Biographien im Spannungsverhältnis von Ethnisierung und Vergeschlechtlichung. Opladen
- Gutiérrez Rodríguez, Encarnación (1999b): *Akrobatik in der Marginalität*. In: Gelbin, Cathy/Konuk, Kader/Piesche, Peggy (Hg.): *Marginale Brüche*. Taunusstein am Main
- Gutiérrez Rodríguez, Encarnación (1999c): Fallstricke des Feminismus: Das Denken „kritischer Differenzen“ ohne geopolitische Kontextualisierung. Einige Überlegungen zur Rezeption antirassistischer und postkolonialer Kritik im deutschsprachigen Feminismus. In: *Polylog – Zeitschrift für interkulturelle Philosophie*. Wien, S. 13-24
- Gutiérrez Rodríguez, Encarnación (2001): Grenzen der Performativität. In: *Reihe Interventionen*. Hochschule für Theorie und Gestalt. Zürich
- Hügel, Ika/Lange, Chris/Ayim, May/Bubeck, Ilona/Aktas, Gülsen/ Schultz, Dagmar (Hg.) (1993): *Entfernte Verbindungen*. Berlin
- Khoo, Agnes (2000): Speech at the IFU Closing Ceremony by a Student of the Project Area Migration. www.vifu.de
- Kopp, Karl (1999): Europäische Asyl- und Migrationspolitik im Übergang ‘von Maastricht nach Amsterdam’. In: *Pro Asyl*, S. 44-47
- Kunstman, Adi (2000): *Migrating Sexual Body: Sexuality and Body in the Migration Research and in IFU's classroom*. (unveröffentlichtes Manuskript). Hannover
- Lorde, Audre (1984): *Sister Outsider*. Freedom
- Maihofer, Andrea (1995): *Geschlecht als Existenzweise*. Frankfurt am Main
- Mani, Lata (1993): Crocurrent, crosstalk: race, ‘postcoloniality’ and the politics of location. In: *Cultural Studies*. Vol. 7, Nr. 2, S. 21-39
- Memmi, Albert (1956): *Portrait du colonisateur et portrait du colonisé*. Paris
- Mohanty, Chandra Talpade (1988): Aus westlicher Sicht: feministische Theorie und koloniale Diskurse. In: *beiträge zur feministischen theorie und praxis*, 11 Jg., S. 149-162
- Möller, Carola (2000): Immaterielle Arbeit – die neue Dominante in der Wertschöpfungskette. In: *Das Argument*, Heft 2, Jg., 42, S. 215-226
- Negri, Toni/Lazzarato, Maurizio/Virno, Paolo (1998): *Umherschweifende Produzenten*. Immaterielle Arbeit und Subversion. Amsterdam/Berlin
- Oguntoye, Katharina/Opitz, May/Schultz, Dagmar (1986): *Farbe bekennen*. Afro-deutsche Frauen auf den Spuren ihrer Geschichte. Berlin
- Said, Edward (1979): *Orientalism*. New York

- Schulz, Marion (1992): *Fremde Frauen. Von der Gastarbeiterin zur Bürgerin*. Frankfurt am Main
- Spivak, Gayatri Chakravorty (1985): *Subaltern Studies: Deconstructing Historiography*. In: Guha, Ranajit (Hg.): *Subaltern Studies IV*. Oxford, S. 14-23
- (1988a): *Can the Subaltern Speak?*. In: Nelson, Cary/Grossberg, Lawrence (Hg.): *Marxism and the Interpretation of Culture*. Chicago
 - (1988b): *Feminism and Critical Theory*. In: *Other Worlds*. London/New York
 - (1990): *The Post-Colonial Critic*. Hrsg. von Sarah Harasym. New York/London
- Steyerl, Hito (1998): *Die leere Mitte*. In: *Staatsarchitektur* Nr. 7/8. Wien
- Vieth, Joensa (2000): *Sexuality, Power Relations and the Production of Knowledge in the IFU Curriculum*. (unveröffentlichtes Manuskript). Hannover

Cornelia Ott

Heterosexualität und Gewalt

In der zunächst erregten, nunmehr gezähmten (?) Auseinandersetzung um sogenannte poststrukturalistische oder dekonstruktivistische Ansätze in der Frauen- und Geschlechterforschung gewannen Erkenntnisgegenstände an Bedeutung, die in den vorangegangenen Jahren eher randständig waren: Körper und Sexualität. Sie tauchten zwar in den Konzepten von Generativität sowie psychosexueller Sozialisation auf, waren präsent in ethnologischen und historischen Studien. Sie führten aber neben den „großen Themen“ wie der geschlechtshierarchischen Arbeitsteilung, der Kritik an androzentrismen Theorienansätzen sowie der Konzeptualisierung der Kategorie Geschlecht eher ein Schattendasein. Seit Beginn der neunziger Jahre mehren sich theoretisch geleitete Arbeiten in der Frauen- und Geschlechterforschung zu Fragen der Konstituierung geschlechtlich-sexualisierter Körper, sexueller Identität, sexueller Orientierung und zur Kritik heteronormativer Organisation von Sexualität.

In der Geschichte der neuen Frauenbewegung hingegen sind die Themen Körper und Sexualität seit Beginn von zentraler Bedeutung. In der Anstrengung, Begriffe wie Herrschaft, Ausbeutung und Diskriminierung auf die Lebenszusammenhänge von Frauen zu beziehen, wurde die Kritik herrschender Definitionen von und gewaltförmiger gesellschaftlicher Praxis gegenüber weiblichen Körpern und Sexualitäten einflußreich. In Frauenprojekten haben sich einige dieser Diskurse um Körper und Sexualität mittlerweile institutionalisiert: Lesbienzentren, Frauengesundheitszentren, Notrufe für vergewaltigte Frauen und Mädchen, Beratungsstellen, u.a. für sexuell mißbrauchte Mädchen, und Frauenhäuser. Dieser Strang der feministischen Kritik ist ansatzweise in sozialpolitische Intervention einbezogen: Darauf verweist sowohl die – wie auch immer unzulängliche – staatliche Förderung der o.g. Projekte als auch die programmatische, internationale Forderung, ein (mehr oder weniger weitgehendes) Selbstbestimmungsrecht von Frauen über ihre Körper im Rahmen von Gesundheitspolitik zu fördern und zu schützen.

Sollte es also nach Jahren der abgekühlten Beziehungen zwischen Frauen- und Geschlechterforschung und Frauenbewegung in dieser gemeinsamen Thematisierung von Körper und Sexualität eine Annäherung geben? Diese Frage hat aufgrund der Ausdifferenzierungen sowohl innerhalb der Frauen- und Geschlechterforschung als auch der Frauenbewegung wenig Aussicht auf befriedigende Antworten. Jedoch kann vorsichtig festgestellt werden, daß theoretische Zugänge und Schwerpunktsetzungen eher auf eine weitere Distanzierung hinauslaufen. Die Rede vom Spiel mit Begehren und Geschlecht, von der

Verflüssigung von Machtbeziehungen stößt bei den Praktikerinnen auf weitgehendes Unverständnis; deren Beharren auf die Benennung von Tätern und Opfern sowie deren Konzept patriarchaler Herrschaft wiederum erscheint vielen Theoretikerinnen antiquiert. Meines Erachtens bilden vor allem die als konträr verstandenen Konzeptionen von Macht, Herrschaft und Gewalt, die jeweils Theorie oder Praxis anleiten, ein Kommunikationshindernis, welches über das notwendige Maß der Differenzierung zwischen Theoriebildung und handlungsbezogenen Ansätzen hinausgeht. Dies ist umso bedauerlicher, da es auf beiden Seiten Verkürzungen gibt, die einen verzerrten Blick auf die Verhältnisse produzieren. Am Gegenstand „sexualisierte/sexuelle Gewalt“ werde ich die Grenzen und Reichweiten der jeweiligen theoretischen Grundlagen herausarbeiten und eine integrative Perspektive vorschlagen, die Erkenntnisse aus Theorie und Praxis zu verknüpfen sucht.

Theoretische Implikationen des Begriffs „sexualisierte/sexuelle Gewalt“ und deren Situierung innerhalb der Frauenbewegung

Die neue Frauenbewegung faßt unterschiedliche Formen von sexuellen Übergriffen auf Frauen und Mädchen¹ – von anzüglichen Blicken, unerwünschtem Begrapschen, pornographischen Bildern bis zu Vergewaltigungen – unter dem Begriff „sexualisierte/sexuelle Gewalt“ zusammen. Dieser verfügt neben einer deskriptiven Funktion über eine analytische Dimension und eine Reihe theoretischer Implikationen. Die folgenden Zitate aus der aktuellen Informationsbroschüre der niedersächsischen Notrufe für vergewaltigte Frauen verdeutlichen die weitreichenden Voraussetzungen des Begriffs: „Sexuelle Gewalt ist ein Herrschaftsinstrument und fest in unserer patriarchalen Kultur verankert. Durch die Ausübung sexueller Gewalt demonstrieren Männer ihre machtvollen Stellung über Frauen und Kinder und festigen sie gleichzeitig damit.“ (Niedersächsische Notrufe, o.O., o.J., S. 35)

Sexuelle Gewalt wird als Ausdruck und Mittel eines Herrschaftszusammenhangs verstanden. Sexuelle Gewalt, so die Annahme, ist kein individuelles Problem, sondern strukturelles Merkmal patriarchaler Gesellschaften, das überdies Auskünfte über den Zustand solcher Gesellschaften zu geben scheint: „Zahlreiche Untersuchungen zeigen: je ungleichgewichtiger in einer Gesellschaft das Machtverhältnis zugunsten des Mannes ist, desto größer ist das Ausmaß sexueller Gewalt.“ (ebenda, S.35)

Weiterhin wird „sexualisierte/sexuelle Gewalt“ als Machtphänomen begriffen und *nicht* als Teil eines sexuell/biologisch begründeten Verhaltensrepertoires von Männern: „Vergewaltigungen dienen Männern dazu, ihre vermeintlich

männliche Überlegenheit zu demonstrieren, Wut abzulassen, das Opfer zu demütigen und ihre Macht zu festigen. In vielen Untersuchungen zeigt sich, daß sexuelle Befriedigung – wenn überhaupt – nur von untergeordneter Bedeutung ist.“ (ebenda, S. 20)

Hier wird eine entscheidende Trennung zwischen (Hetero-)Sexualität und sexueller Gewalt eingeführt: Nicht der Zwang zur sexuellen Befriedigung motiviert den Täter, sondern der Wunsch nach Machtausübung. Diese Annahme versteht sich u.a. als Gegenentwurf zu der bis heute verbreiteten „Dampfkesseltheorie“, die sexuelle Gewalt aus der männlichen Triebökonomie zu erklären sucht.

Diese Annahmen haben ihre theoretischen Wurzeln in der Auseinandersetzung der (frühen) neuen Frauenbewegung mit Sexualität. In Anknüpfung an den Diskurs der „sexuellen Befreiung von bürgerlich-kapitalistischen Zwängen“ der 68er Bewegung haben Frauen in vielfältiger Weise Sexualität und Körper thematisiert. Die Kampagnen um den § 218, die oft aus Selbsterfahrungsgruppen entstandenen Selbsthilfegruppen, die sich mit Themen wie gynäkologische Selbstuntersuchungen, Lustfähigkeit und Erfahrungen in heterosexuellen Beziehungen beschäftigten, waren konstitutiv für die neue Frauenbewegung. Die Bemühungen um eine „Neudefinition von Sexualität jenseits phallokratischer-kapitalistischer Zwänge“ brachten neben der Unzufriedenheit vieler Frauen mit ihren heterosexuellen Beziehungen zunehmend die „dunkle Seite“ von Sexualität ans Licht. Seit Beginn der siebziger Jahre wurde die Notwendigkeit des Schutzes von Frauen vor einer Sexualität, die nun vorwiegend als gewaltförmig begriffen wurde, thematisiert. Der in diesem Zusammenhang benutzte Begriff „Zwangsheterosexualität“ implizierte eine umfassende und vernichtende Kritik an heterosexuellen Verhältnissen: Heterosexualität sei an und in sich gewaltförmig, kleine Korrekturen, wie z.B. Veränderungen des Sexualverhaltens, seien nicht ausreichend. Es war kein Zufall, daß diese Kritik am vehementesten von lesbischen Frauen vertreten wurde, aus deren Reihen auch die überwiegende Zahl der Analysen zu Heterosexualität entwickelt wurden. Weniger systematisch, aber entschlossen formierte sich die Verteidigung von Heterosexualität, die vorgenannte Kritik als lustfeindlich und normierend bezeichnete und an der Vorstellung eines emanzipatorischen Potentials von Sexualität, vor allem von Heterosexualität festhielt.²

In der US-amerikanischen Debatte, die bei aller Unterschiedlichkeit großen Einfluß auf die hiesige hatte³, bildeten sich entlang dieser Konfliktlinie zwei Positionen heraus: eine, die die Aspekte der Widerständigkeit und des Lust- und Bindungspotentials von Sexualität in den Vordergrund stellte, und eine, die die herrschende gesellschaftliche Organisation von Sexualität als herrschaftskonform

und gewalttätig benannte. Auch wenn die Heftigkeit dieser Auseinandersetzung, die in den USA als „sex wars“ in die Geschichte der Frauenbewegung einging, in der hiesigen Diskussion ausblieb, bleibt doch zu konstatieren, daß das Verhältnis von Sexualität, Lust und Gewalt in der feministischen Analyse ungeklärt bleibt.

Im Begriff „sexualisierte/sexuelle Gewalt“ und in der heutigen Diskussion schlägt sich diese Ambiguität nieder. Mit der mittlerweile vorherrschenden Setzung, „sexualisierte/sexuelle Gewalt“ sei keine Sexualität, sondern in erster Linie Machtdemonstration, wird eine Trennung zwischen Gewalt und Sexualität vorgenommen. Die „sexuelle Gewalttätigkeit“, so wird angenommen, speise sich aus Faktoren der Ungleichheit aus anderen gesellschaftlichen „Räumen“, aus der ungleichen Verteilung ökonomischer, politischer und symbolischer Ressourcen zwischen Frauen und Männern, jedoch nicht aus der Sexualität selbst. Das bietet zunächst den Vorteil, „jenseits“ von Gewalterfahrungen eine Sexualität und sexuelle Akteure annehmen zu können, die, vor allem in Hinblick auf Prävention, aber auch in Hinblick auf die subjektiven Wünsche von heterosexuellen⁴ Frauen, einen „herrschaftsfreien Raum“ innehaben. Dieses Konzept birgt jedoch auch die Gefahr, Sexualität selbst zu „naturalisieren“. Fragen nach der gesellschaftlich-symbolischen Organisation von Sexualität, nach Heteronormativität treten in den Hintergrund; Sexualität bleibt – jenseits der gewalttätigen Auffälligkeit – wieder den individuellen Beziehungen überlassen.⁵ Völlig ungeklärt ist folgende Frage, die Carol Hagemann-White auf den Punkt bringt: „... warum Vergewaltiger ihren Machttrieb gerade mit dem Penis ausleben, warum sie nicht genausogut Frauen zu nicht-sexuellen Diensten zwingen. Und grundlegender fragt es sich, wie wir dazu kommen zu behaupten, eine häßliche Sexualität sei in Wahrheit gar keine.“ (Hagemann-White 1998, S. 68)

Ein weiteres Problem, das dem Begriff „sexualisierte/sexuelle Gewalt“ inhärent ist, liegt in der Konzeption von Macht/Herrschaft, die behauptet, daß Macht und Herrschaft wesentlich auf brutaler Gewalt beruht. So bezeichnen die Herausgeberinnen der „beiträge zur feministischen theorie und praxis“ Gewalt als wichtigste Säule des Patriarchats: „Gewalt ist prinzipiell und permanent ein Strukturmerkmal weiblicher Sozialisation und Alltagserfahrung im Patriarchat. Es funktioniert insbesondere über die Unterwerfung und die Aneignung des weiblichen Körpers (sexuelle und körperliche Gewalt gegen Mädchen und Frauen, heterosexistische Sexualität der Degradierung von Frauen zu Objekten, Pornographie, § 218, medizinische Zugriffe, Psychiatrisierung, Belästigungen usw.).“ (beiträge zur feministischen theorie und praxis, Heft 37/1994, S. 5)

Die Skandalisierung von Gewalt gegen Frauen und Mädchen ist ein notwendiger, anfangs analytisch verstandener Gegenentwurf zur individualisierenden

Mythologisierung und Duldung von sexueller Gewalt, die in unserer Gesellschaft bis heute Bestand haben. Mit der universalen Definition von Gewalt – universal in Hinblick auf das, was als Gewalt definiert wird und universal in Hinblick auf die Struktur der Geschlechterverhältnisse – wird „Gewalt“ jedoch zu einem Begriff, der andere Ursachen und Wirkungen von Ungleichheit zwischen den Geschlechtern verdrängt: „Der Gewaltbegriff wird mit der Einverleibung der Kategorien Macht, Herrschaft, Unterdrückung und Ausbeutung etc. aufgebläht und mit dem Anspruch überfrachtet, die Erscheinungsformen aller dieser Kategorien mit zu umschließen.“ (Wildt 1987, S. 83)

Eine Folge dieses universalisierenden Gewaltbegriffs, der durchaus erfolgreich ist in dem Sinne, als die Bekämpfung von „Gewalt gegen Frauen“ mittlerweile als Aufgabe von Staat und Gesellschaft angesehen wird, ist die Konstruktion eines „Weiblichen“, das sich vor allem als Opfer darbietet. Die berüchtigt-bekannte patriarchale Geste des Schutzes kann sich damit erneut etablieren, während emanzipatorische Ansprüche zurücktreten. Dies zeigt sich u.a. in der Ausweitung des polizeilich-therapeutischen Ansatzes zur Intervention in sogenannten „gewaltbelasteten Beziehungen“. In den in vielen Städten initiierten Interventionsmodellen gegen häusliche Gewalt erscheint Gewalt gegen Frauen als Taten sozial devianter Männer gegenüber psychisch labilen Frauen. Entsprechend individualisierend sind die Interventionen: Soziales Training für die Täter, psychologische Hilfe für die Opfer. In der engen Zusammenarbeit zwischen Polizei, Staatsanwaltschaft und Sozialarbeit wird u.a. die Zugriffsmöglichkeit des Staates auf die private Sphäre erweitert, weitgehend unabhängig von den Interessen der betroffenen Frauen und weit entfernt davon, an die strukturellen Faktoren von Ungleichheit zu rühren.

Als Resümee dieser Skizze zum gegenwärtigen Erkenntnisstand läßt sich feststellen, daß die unklare Beziehung zwischen Sexualität und Gewalt und die Schwäche des benutzten Gewaltbegriffes einerseits nützlich ist in dem Sinne, als ein gewisser Schutz und Hilfsangebote für Frauen inzwischen allgemein als notwendig angesehen werden, andererseits aber die bestehenden Verhältnisse stützt, in dem Sinne, als sich zunehmend eine individualisierende, sozialtherapeutische Perspektive auf sexuelle Gewalt etabliert. Die emanzipatorischen und auf Veränderung der Verhältnisse gerichteten Intentionen der Frauenbewegung drohen dabei auf der Strecke zu bleiben. Auf die Fragen nach dem Zusammenhang zwischen Sexualität und Gewalt und nach dem Zusammenhang zwischen Gewalt und Macht gilt es also, neue Antworten zu finden. Was liegt da näher, als in den aktuellen theoretischen Entwürfen zu Sexualität, Körper und Macht Anhaltspunkte zu suchen? Sie versprechen nicht nur neue Zugänge zur gesellschaftlichen/kulturellen Organisation von Sexualität, son-

dern auch neue Zugänge zu einem umfassenderen Verständnis von Macht und legen darüber hinaus einen konstitutiven Zusammenhang zwischen Sexualität und Macht nahe.

Sexualität und Körper in der aktuellen Frauen- und Geschlechterforschung

In der Folge der Veröffentlichung von Judith Butlers Buch „Das Unbehagen der Geschlechter“ (Butler 1991) ist in der bundesrepublikanischen Frauen- und Geschlechterforschung ein neuer Diskussionszusammenhang zu Körper und Sexualität entstanden, der u.a. auf der Jahrestagung der Sektion Frauenforschung mit dem Workshop „Sexualität – Macht – Materie“ berücksichtigt wurde. Gemeinsame Grundlage dieses Diskussionszusammenhangs ist die Bezugnahme auf die Theorien von Michel Foucault, insbesondere auf seine Machtanalyse und auf die sogenannte „Repressionshypothese“, die besagt, daß Sexualität in modernen Gesellschaften nicht primär unterdrückt wird, sondern in vielfältiger Weise in Subjektivierungsprozesse eingebunden ist. Andrea Bührmann beispielsweise sieht in der an Foucault orientierten Analyse völlig neue Erkenntnismöglichkeiten:

„Dabei wird die Vergesellschaftung der Frauen nicht mehr allein als Zurichtung und Unterdrückung verstehbar. Vielmehr werden der Körper der Frau selbst, die Differenzierung der Körper in männliche und weibliche sowie die Ausbildung von geschlechtsspezifischen Sozialcharakteren zu produzierten Gegenständen, die in strategischen Auseinandersetzungen hervorgebracht werden. Zudem erscheint die Frau im Rahmen einer Ökonomie der Macht als tätiges Subjekt, da alle Individuen als Elemente strategischer Auseinandersetzungen gedacht werden.“ (Bührmann 1995, S. 20)

Nun hat die Frauen- und Geschlechterforschung auch vor der Bezugnahme auf Foucault in Zurichtung und Unterdrückung nicht die alleinigen oder überwiegenden Modi der Vergesellschaftung gesehen. Auch in bezug auf die Analyse der Hervorbringung männlicher und weiblicher Körper sowie geschlechtsspezifischer Sozialcharaktere kann in keiner Weise von einer „Leerstelle“ gesprochen werden. Ethnomethodologische, sozialkonstruktivistische und sich kritisch auf die Psychoanalyse beziehende Ansätze zu diesem Themenspektrum sind in der hiesigen Frauen- und Geschlechterforschung seit langem etabliert. Was ist nun das spezifisch Neue, das in von Foucault geleiteten Analysen auftaucht? Regina Becker-Schmidt konstatiert eine „Konzentration auf Sprache, Wissen, Diskurse und deren Bedeutung für die Gegenstandskonstitution“⁶ (Becker-Schmidt/Knapp 2000, S. 72) und hebt vor allem für die Arbeiten von Judith Butler deren „politische Korrespondenz mit den Ansätzen aus den Queer-Studies“ (ebenda,

S. 72) hervor. Im folgenden werde ich die weiteren wesentlichen Verschiebungen skizzieren, die sich aus einer Bezugnahme auf Foucaults Theorie zu Macht und Sexualität für den hier behandelten Gegenstand ergeben.

Zu den Spezifika der Foucaultschen Machtanalyse gehört die Annahme, daß Macht in modernen Gesellschaften vorwiegend über Anreizsysteme funktioniert und Machtverhältnisse insofern instabil sind, als sie nicht festgelegt sind, sondern in ständigem Kampf um die Gültigkeit von Legitimationssystemen hervorgebracht werden: „Die Macht funktioniert und wird ausgeübt über eine netzförmige Organisation. Und die Individuen zirkulieren nicht nur in ihren Maschen, sondern sind auch stets in einer Position, in der sie diese Macht zugleich erfahren und ausüben, sie sind niemals die unbewegliche Zielscheibe der Macht, sie sind stets ihre Verbindungselemente.“ (Foucault 1978, S. 82)

So sei auch die Beziehung zwischen Macht und Sexualität nicht wesentlich durch Unterdrückung oder Zwang, sondern durch aktive Mitwirkung der Individuen gekennzeichnet und darüber hinaus Sexualität eine Wissensproduktion, die moderne Machtverhältnisse als „natürliche“ erscheinen läßt. Sexualität ist in der Foucaultschen Analyse zentral positioniert: „Sex eröffnet den Zugang sowohl zum Leben des Körpers wie zum Leben der Gattung. Er dient als Matrix der Disziplinen und als Prinzip der Regulierungen ... Allgemein wird also der Sex am Kreuzungspunkt von 'Körper' und 'Bevölkerung' zur zentralen Zielscheibe für eine Macht, deren Organisation eher auf der Verwaltung des Lebens als auf der Drohung mit dem Tode beruht.“ (Foucault 1977, S. 174f.)

Die Attraktivität, die eine solche Analyse für alle hat, die sich mit der Frage der gesellschaftlichen Organisation von Sexualität und deren Verstrickung in Machtverhältnisse befassen, liegt auf der Hand. Mit der Hinwendung zu einer „Mikrophysik des Sozialen“ bietet der Foucaultsche Ansatz ein Raster an, in dem Sexualität als eigenständiges Machtfeld untersucht werden kann – befreit aus der Umklammerung ökonomischer oder herrschaftstheoretischer „Erstbegründungen“. Nicht mehr strukturelle Macht – sei es als ökonomische Struktur, sei es als politische Verwaltung, sei es als Zivilisationsprozeß –, sondern die Alltäglichkeit des individuellen Selbstverständnisses und Handelns tritt in den Vordergrund⁷.

In der Frauen- und Geschlechterforschung, vor allem im englischsprachigen Raum, werden die Foucaultschen Ansätze, die originär das Geschlechterverhältnis nicht thematisieren, vielfältig und meines Erachtens fruchtbar einbezogen.⁸ Queer theories, die einen wesentlichen Beitrag zur Analyse der gesellschaftlichen/kulturellen Organisation von Sexualität leisten, rekurrieren wesentlich auf Foucaults Arbeiten. Die Konzeption der Kategorie Geschlecht kann mit der Einbeziehung dieses Forschungsstrangs, mit der Dimension der sexuell-

sozialen Bedeutungs- und Organisationszusammenhänge, die in „biologisches“ und „soziales“ Geschlecht eingehen, vervollständigt werden.

Dennoch, für eine Analyse von Sexualität und Gewalt scheint sich diese theoretische Zugangsweise zunächst zu sperren. Vor allem in ihrer hiesigen Rezeption erscheinen die Hindernisse unüberwindbar. Wenn wir für gegenwärtige, westliche Gesellschaften annehmen, daß Macht wesentlich über Anreize zirkuliert, keine gesellschaftliche Gruppe über Macht als Besitz verfügt und Macht vor allem im diskursiven Raum beheimatet ist, wird Gewalt, vor allem in Verbindung mit Sexualität, kaum thematisierbar. Sie wirkt wie ein Fremdkörper, ein Überbleibsel aus vormodernen Gesellschaften, losgelöst und isoliert von den „wirklichen“ Machtmechanismen. Der Blick auf die alltägliche Gewalt läßt diese Sichtweise fragwürdig werden, sie bedarf einer Korrektur.

In den queer-nahen Ansätzen überwiegt zudem die Annahme, daß sich Heteronormativität als zwar feindselig gegenüber als abweichend konstruierten Sexualitäten äußert und eine Reihe von Machtwirkungen mit sich bringe, in sich selbst aber weitgehend widerspruchsfrei sei (Rubin 1984). Das Modell der „melancholischen Heterosexualität“ (Butler 1993, S. 236) hat sich scheinbar in den Ansätzen durchgesetzt: eine Sexualität, deren Protagonisten die auferlegten Gebote erleiden, sich des Leidens aber nicht mehr bewußt werden. Nicht Wut oder Aggression, sondern Einverleibung und Identifizierung mit dem Verlorenen (dem gleichgeschlechtlichen Begehren) seien die Reaktionen der in der Heterosexualität verfangenen Subjekte, ersteres zeige sich allenfalls in der Homophobie. Das Bild melancholisch-getriebener Akteure von Heterosexualität drängt sich auf, die lustlos-zwanghaft die ewige Wiederholung des Gleichen anstreben, aufgestört höchstens durch die Anwesenheit der „Anderen“, die eine vage Erinnerung an Verlust auslösen, was jedoch auch nur als unbestimmte Angst spürbar wird. Anders gesagt, normative Heterosexualität wird kritisiert, insofern sie eine Reihe von Machtwirkungen produziert (Geschlechtsidentitäten, Begehrensformen, Homophobie, staatliche/nationale Regulierung usw.), aber nicht, insofern sie auch Gewalt gegen Frauen und Mädchen produziert. Nicht berücksichtigt werden unter anderem die unterschiedlichen Ressourcen, über die Frauen und Männer in Hinblick auf die Teilnahme an den strategischen Auseinandersetzungen, nicht nur auf dem Feld der Sexualität, verfügen können. Die Diskussionen und Aktionen der Frauenbewegung stellen hier wichtiges Material zur Verfügung, das zeigt, daß die Ambivalenzen der Heterosexualität durchaus dem Bewußtsein zugänglich sind und in differenzierter Weise verarbeitet werden.

Ein weiteres Problem dieses Theoriespektrums ist die Fokussierung auf Diskurse im doppelten Sinne: zum einen die Annahme, daß Macht überwiegend diskursiv und dezentral zirkuliert, zum anderen die Annahme, daß der Blick auf

die Diskurse der Blick auf die Wirklichkeit ist. So kann z.B. Bührmann den Kampf von Frauen gegen Gewalt als Diskursereignis analysieren, ein Diskursereignis, daß Gewalt gegen Frauen erst „wirklich“ macht (Bührmann 1995, S. 155ff.). Eingetretene Rippen, Vaginal- oder Analfissuren, Knochenbrüche sind zwar in dem Sinne diskursiv, als sie erst durch eine entsprechende Benennung zu Gewalt werden. Sie sind aber auch material, insofern sie Spuren in Körper eingraben, die sichtbare und fühlbare Zeichen der Macht sind sowie Anregungen zu vielfältigen diskursiven Auslegungen geben⁹.

Angesichts der verbreiteten, diskursiven und materialen, sexuellen Gewalttaten gegenüber Frauen, aber auch angesichts des vielfältigen Widerstandes von Frauen (und Männern) gegen die Normierungen und Beschränkungen, die Heterosexualität kennzeichnen, sind die Angebote der hier skizzierten Ansätze zu Macht und Sexualität nicht weitreichend genug.

Sexualität, Macht und Gewalt

In den Diskussionen sowohl in der Frauenbewegung als auch in der Frauen- und Geschlechterforschung um Sexualität ist es zu Verkürzungen gekommen, die ich hier nochmals kurz zusammenfasse. Das Paradigma der Trennung zwischen Gewalt und Sexualität und der universalisierte Gewaltbegriff im Kontext der neuen Frauenbewegung trüben den Blick auf die vielfältigen Disziplinierungen und Entdisziplinierungen, die in der gesellschaftlichen Organisation von Sexualität wirksam sind. Die Überbetonung mikrologischer Machtprozesse bei einer gleichzeitigen Universalisierung des Machtbegriffes, wie er für viele Ansätze der neueren Frauen- und Geschlechterforschung prägend ist, verstellt den Blick auf die Persistenz von Gewalt und auf Verfestigungen von Machtverhältnissen in strukturelle Herrschaftsverhältnisse.

Somit stellt sich das Ausgangsproblem meines Textes erneut: Wie läßt sich der Zusammenhang zwischen Macht, Gewalt und Sexualität reformulieren und gleichzeitig die dargestellten Verkürzungen überwinden? Im folgenden verlasse ich das Feld Foucaultscher Analysemöglichkeiten nicht, da ich der Auffassung bin, daß sich hier trotz aller Probleme am ehesten Ansatzpunkte für dieses Projekt finden lassen. Zunächst werde ich versuchen, anhand der Möglichkeiten, die sich in Foucaults Machtanalyse finden, eine Verbindung zwischen Macht und Gewalt herzustellen. Danach werde ich Sexualität, Macht und Gewalt anhand empirisch angelegter Problematisierungen erneut aufeinander beziehen.

Eines der Hauptargumente der Foucault-geleiteten Untersuchungen bezüglich der Thematisierung von Gewalt und Herrschaft im Geschlechterverhältnis

lautet, daß Repression und Gewalt überwundene Formen der Machtausübung seien. Macht in der heutigen Zeit sei produktiv, nicht zerstörend. In „Überwachen und Strafen“ (Foucault 1978) zeigt Foucault anhand der Veränderungen im französischen Strafsystem im ausgehenden 18. Jahrhundert den Übergang zu einer neuen politischen Besetzung der Körper auf. An die Stelle „peinlicher Marter“ und der Rituale der öffentlichen Züchtigungen und Hinrichtungen tritt ein Umgang mit den Körpern, der diese nicht zerbricht und auslöscht, sondern zu nützlichen, gleichwohl gefügigen Körpern umzuformen sucht. Die Disziplinarmacht, eine Technologie, die Raum, Zeit, Strafe, Anreiz und Überwachung kombiniert, löst danach eine Machtform ab, die vorwiegend auf physischer Gewalt beruht. Während Foucault hier immer noch direkte, physische Einwirkungen auf die Körper in den verschiedenen gesellschaftlichen Institutionen thematisiert, also eine Verschränkung diskursiver und nichtdiskursiver Praktiken annimmt, verschiebt sich diese Analyse in „Sexualität und Wahrheit“. Hier treten die medizinischen und wissens technologischen Diskurse in den Vordergrund, es sind die Reden über Sexualität, die eine Verkörperung von Sexualität bewirken. Foucault spricht nun von der Machttechnik der Regulierung, die an die Seite der Disziplinierung tritt. Diese drei Typen der Machtentfaltung – Gewalt, diskursive und nichtdiskursive Disziplinierung sowie diskursive Regulierung – werden nun häufig als „Drei-Stufen-Modell“ gelesen, mit einer historisch-linear gedachten Verbindung „von – zu“. Tatsächlich legt Foucault eine solche Sichtweise nahe. Dennoch widerspricht eine solche Historisierung von Macht/Gewalt/Herrschaft der Konzeption von Geschichte, der Foucault verpflichtet ist. Danach gibt es keine linearen, von einer inneren Logik getriebenen Entwicklungen, sondern immer nur Ereignisse oder Problemstellungen, die einer Lösung bedürfen. (Foucault 1978) Somit könnte, ohne den Analyserahmen zu verlassen, eine gleichzeitige Existenz verschiedener Macht/Gewalt-/Herrschaftsformen angenommen werden, auch wenn eine vorherrschende Tendenz eines bestimmten Machttyps auszumachen ist. Dabei kann auf Foucault selbst zurückgegriffen werden. So spricht er immer wieder die mörderische Qualität der neuen Macht an (Foucault 1976 und 1977), beschreibt den Zusammenhang von Gewalt und Macht (Foucault 1987) und thematisiert an anderer Stelle die Möglichkeit des Umschlages der Macht in Herrschaft:

„In den menschlichen Beziehungen haben Machtbeziehungen eine außerordentlich große Ausdehnung ... Diese Analyse der Machtbeziehungen stellt ein besonders komplexes Feld her; sie stößt manchmal auf etwas, das man Herrschaftszustände oder -tatsachen nennen kann, worin die Machtbeziehungen blockiert und erstarrt sind, statt beweglich zu sein. Und sie gestatten denen, die an den Machtbeziehungen teilhaben, nicht, eine Strategie zu verfolgen, mit der sie diese verändern können. Wenn es einem Individuum

oder einer gesellschaftlichen Gruppe gelingt, ein Feld von Machtbeziehungen zu blockieren, sie unbeweglich und starr zu machen und mit Mitteln, die sowohl ökonomisch als auch politisch oder militärisch sein können, jede Umkehrbarkeit der Bewegung zu verhindern, dann steht man vor dem, was man einen Herrschaftszustand nennen kann.“ (Foucault 1985, S. 11)

Es ist also durchaus mit der Foucaultschen Machtanalyse vereinbar, *auch* von Herrschaft und Gewalt zu sprechen und damit den Blick auf makrologische Zusammenhänge zu öffnen. Da Gewalt diskursiv und material ausgeübt werden kann, müßte sich der Blick nicht nur auf Sprach- und Wissenssysteme, sondern auch auf nichtdiskursive Prozesse richten. Wird einerseits die Einbeziehung von Gewalt zu einem Korrektiv der emphatischen Hinwendung zu rein flexiblen und diskursiven Modellen von Machtbeziehungen, wird andererseits die Behauptung des absoluten Vorranges von Gewalt gegenüber anderen Formen von Macht fragwürdig. Gewalt wäre dann nicht mehr die alleinige Erscheinungsform von Macht, sondern eine von vielen anderen möglichen, vielleicht ein Sonderfall. Eine weitere Modifizierung beträfe das historische Verständnis von Gewalt. Anstatt von einer überhistorischen, stets gleichbleibenden Gewalt auszugehen, gilt es, Gewalt im jeweiligen historischen (und räumlichen) Kontext zu analysieren. Es wäre die These zu überprüfen, Gewalt sei in der heutigen, westlichen Gesellschaft ein Zeichen der Stärke maskuliner Machtausübung: Könnte sie nicht vielmehr als Zeichen der Ambivalenzen und Inkonsistenzen maskuliner Machtansprüche verstanden werden?¹⁰

Eine weitere Auslegung der Foucaultschen Sichtweise besagt, daß Gewalt, im Gegensatz zu Macht, zerstörerisch ist und im Extremfall Leben auslöscht. Sie sei also unproduktiv, Gegenpol einer Macht, die anreizt und „positiv“ ist. Auf Täter und Opfer gewandt, heißt dies, daß es dem Täter nur um sinnlose Zerstörung geht, dem Opfer nur das Leiden bleibt. Dies trifft sicherlich auf die zahlreichen spontanen Gewalttaten zu¹¹. In der Regel vollzieht sich jedoch Gewalt gegen Frauen in teils langjährigen Beziehungen, die Häufigkeit und Intensität der Gewalt nimmt sogar proportional mit der Länge der Beziehung zu¹². Vieles spricht dafür, daß mit dieser sogenannten „Beziehungsgewalt“ nicht primär zerstört, sondern etwas produziert werden soll. Bezogen auf sexuelle Gewalt von Männern in heterosexuellen Beziehungen läßt sich zeigen, daß Gewalt ein Mittel unter anderen ist, mit dem versucht wird, geschlechtliche/sexuelle Subjektpositionen zu errichten und zu sichern.

Zahlreiche Untersuchungen thematisieren die Beweggründe, Ziele und Rechtfertigungen im Feld sexueller Gewalt. Ist zunächst festzustellen, daß Männer es vorziehen, über ihre Gewalttätigkeit gegenüber Frauen zu schweigen oder diese zu verdrängen, verblüfft im weiteren die Vielfalt der genannten Rechtfertigun-

gen (vgl. Hearn 1998). Es lassen sich dennoch einige signifikante Begründungszusammenhänge erkennen. So zeigt u.a. Hagemann-White, daß Männer ihre Gewalttätigkeit als legitime Durchsetzung ihrer sexuellen Rechte verstehen (Hagemann-White 1998)¹³. Sie sehen in der Gewalt ein zwar bedauerliches, aber unvermeidliches Mittel, das dann eingesetzt wird, wenn ihnen ihr Recht auf Sex ungebührlich verweigert wird. Dieses vermeintliche maskuline Recht auf Sex spiegelt sich in der freiwilligen Unterwerfung von Frauen in sexuelle Kontakte mit ihren Beziehungspartnern, auch wenn sie selbst keinen Sex wünschten. In von Nicola Gavey durchgeführten Interviews schildern Frauen den Hauptgrund, der sie in unfreiwilligen Sex „einwilligen“ ließ: die Annahme eines Rechtes des Mannes bzw. einer männlichen Natur (Gavey 1992). Das Insistieren des Mannes auf Sex wird als normal, die Verweigerung der Frau als unnormal empfunden. Dieses subjektive Empfinden wird häufig durch die Reaktionen gesellschaftlicher Autoritäten (Ärzte, Psychologen, Polizei, Richter etc.) gestützt, die in der Regel die Sichtweise der Täter einnehmen und rechtfertigen: „And I went to the doctor about it and he just told me that I was, um, psychologically (pause) you know, undone, ... I mean he virtually actually said to me that I was insane. And then my husband, just to jump up and down on the bed every night, you know, telling me the same thing ...“ (Gavey 1992, S. 109)

Erst seit drei Jahren besteht in der BRD die Möglichkeit, Vergewaltigung in der Ehe als Straftat anzuzeigen und zu verfolgen. Noch in den sechziger Jahren wurden in einem (bis heute in den Kommentaren angegebenen) Gerichtsurteil nicht nur die ehelichen Pflichten der Frauen betont, sondern auch deren Pflicht, diese mit „Zuneigung und Opferbereitschaft zu gewähren“ (Niedersächsische Notrufe, o.O., o.J., S. 23). Gesellschaftliche Normierungen von Geschlecht stützen/verhindern somit subjektive Verarbeitungen sexueller Wünsche und Vorstellungen. Diese Normierungen begünstigen eindeutig männliche Subjektpositionen.

Juliet Flower MacCannell und Dean MacCannell stellen einen engen Zusammenhang zwischen der Konstituierung von geschlechtlich/sexueller Subjektivität und Gewalttätigkeit her. Sie bezeichnen das Ziel von Gewalt im allgemeinen, aber auch von sexueller Gewalt als Affirmierung eines „Willens zu Lust“, der anscheinend nur dadurch realisiert werden kann, daß der Zugang der Anderen zu ihrer Lust versperrt/gestört wird. Die Taktik der Gewalt zielt darauf, das Opfer von jeder Möglichkeit, ein eigenständiges Erleben von Lust (nicht nur sexuelle, sondern Lebenslust im allgemeinen) zu separieren. Sie kommen zu dem Schluß: „In domestic violence, childhood incest, rape and other hate crimes, the assailant may be motivated to commit the crime for no other reason than to affirm his will to pleasure, to ‘have it all’ while reducing his

victims to less than nothing, clumsily occupying the subject position of a classic capitalist.“ (MacCannell/MacCannell 1993, S. 222)

Für die AutorInnen ist es vor allem die Logik des Kapitals, die das Selbstbewußtsein der Menschen formt und bezüglich der Sexualität eine Kultur des Exzesses, der unendlichen Bedürfnisausweitung erfordert und zugleich einen steten Mangel produziert. Von den AutorInnen nur implizit erwähnt ist die Gleichung „breadwinner = Recht auf Sex“. Neben der spezifischen Ausformung, die subjektive Wünsche bzgl. sexuellen Erlebens im Kapitalismus annehmen, begünstigen die unterschiedlichen Positionen der Geschlechter im Verhältnis zu den Ressourcen des Arbeitsmarktes die gewalttätige Erzwingung eines irrationalen Tausches. Die *reale* Verfügungsmacht ermöglicht in vielen Fällen die Ausübung von Gewalt, z.B. der Entzug von Essen, Wohnung etc., und erschwert (verunmöglicht) dem Opfer die Flucht. Die *fiktionale* Position des „breadwinners“ bietet darüber hinaus auch in Fällen, in denen Frauen selbst erwerbstätig sind, Rechtfertigungsgründe: „Abends kam sie meist stolz von der Arbeit nach Hause ... Ich hätte mich ja auch selbst befriedigen können, aber da hab' ich mir gesagt, da liegt ja meine holde Angetraute, und die ist mir auch etwas schuldig. Wenn sie schon mein Bankkonto für ihre exklusiven Einkäufe plündert, kann sie sich mir auch ab und zu hingeben. Ich erfülle meine ehelichen Pflichten und will dafür auch das eheliche Vergnügen haben.“ (Godenzi 1989, S. 59)

Das subjektive Tun der Täter findet seine Begründung nicht nur in normativen Diskursen über Weiblichkeit/Männlichkeit und Heterosexualität, sondern auch in der geschlechtshierarchischen Arbeitsteilung und deren symbolischer Überformung¹⁴. Auch wenn Gewalt gegen Frauen kein klassenspezifisches Problem ist, wie die Frauenbewegung immer betont hat, läßt sie sich ohne eine gesellschaftstheoretische Perspektive nicht erfassen.

Der „Wille zur Lust“, den MacCannell/MacCannell herausarbeiten, läßt sich jedoch auch auf Foucaults Theorie der modernen Subjektivität beziehen. Sie besagt, daß sich Subjektivierung als Position der Macht/Unterwerfung wesentlich über die Technologien von Sexualität herstellt: Das Wissen der (eigenen) Sexualität konstituiert zugleich ein sexuelles Rechtssubjekt (Foucault 1977). Die Einforderung von sexuellen Rechten bzw. die Verweigerung derselben sind Positionen, die einem selbst-mächtigen Subjekt zukommen und ihm zugrunde liegen¹⁵. Diese (fiktionale und reale) Subjektposition ist jedoch, so Foucault weiter, umkämpft und damit grundsätzlich instabil. Sie muß sich ständig beweisen, um ihren Platz zu behaupten. Foucault selbst hat nur den sexuellen, nicht den geschlechtlichen Kern dieses modernen Subjekts rekonstruiert, die Herausarbeitung der geschlechtlichen Positionierung moderner Subjekte ist eine Lei-

stung der Frauen- und Geschlechterforschung. Sie verweisen darauf, daß die „mächtige“ Subjektposition sowohl als maskuline begriffen und verteidigt wird als auch durch eine entsprechende feminine Subjektposition zu bestätigen ist. Hagemann-Whites Frage, warum es nun ausgerechnet der Penis ist, der Macht durchsetzen soll, ließe sich nun so beantworten: Weil dieser Penis/Phallus das markanteste Zeichen potenter Subjekte ist, allerdings nur dann, wenn sich diese Potenz in Beziehung zu einem anderen Subjekt verwirklichen kann. Der reinste Ausdruck phallokratischer Macht wären sexuelle Beziehungen, in denen ein „Nein“ möglich wäre, dieses „Nein“ aber freiwillig unterbleibt. In manchen Fällen wird die Erfüllung dieser Fiktion/Realität von Frauen als Geschenk dargeboten: „Oh, I've said no to him occasionally, but hardly ever, hardly ever. And 'cause, you see, he- That was absolutly wonderful to him. The fact that I never ever turned him down. I mean, it was of *major importance in his life*, that I never said no.“ (Gavey 1992, S. 111)

In anderen Fällen wird versucht, die Bestätigung der Fiktion/Realität maskuliner Omnipotenz brutal zu erzwingen. Sexuelle Gewalt soll dann instabil gewordene, sexuelle Subjektpositionen *wiederherstellen*: „Ich habe meiner Frau immer wieder gesagt, ich würde sofort mit der Gewalt aufhören, wenn sie wieder beim Geschlechtsverkehr mitmacht. Irgendwann hat sie das begriffen. Manchmal braucht es eben ein wenig Druck.“ (Godenzi 1989, S. 55)

Gewalt wird also zum Hilfsmittel, mit dem scheinbar in Frage gestellte geschlechtlich/sexuelle Positionen wiederhergestellt werden sollen: in diesem Fall das Recht des Ehemannes auf den Geschlechtsverkehr und der Verzicht der Ehefrau auf ein eigenständiges Begehren. In diesem Sinne produktiv, zerstört Gewalt jedoch in der Regel die subjektive/physische Existenz der Anderen. Sie vernichtet letztlich die Möglichkeit des freiwillig unterbleibenden „Neins“. Alle hier zitierten Untersuchungen belegen die subjektzerstörenden Auswirkungen einer Gewalt, die auf die Brechung des Selbstgefühls, besonders in Hinsicht auf Lust, zielt. Macht und Gewalt gehören also insofern zusammen, als Gewalt eine Möglichkeit von Macht ist; sie sind als Gegenpole zu betrachten, insofern Gewalt Macht letztlich unmöglich macht. Gewalt ist daher sowohl zentral zur Macht, als auch deren Grenze. Sowenig wie eine Theorie der Macht auf die Analyse von Gewalt verzichten kann, sowenig kann eine Gewaltanalyse die Omnipotenz von Gewalt behaupten. Weiter läßt sich sagen, daß gegenwärtig Heterosexualität ein Vektor von Macht und Gewalt ist, insofern sie eng mit der Herausbildung von Subjektivitäten verbunden ist, die (nicht nur) als weibliche und männliche hierarchisch positioniert sind¹⁶, und insofern sie sich als Norm aufschwingt. Gleichzeitig bilden normative Diskurse über Männlichkeit/Weiblichkeit sowie die geschlechtshierarchische Arbeitsteilung und deren Bedeutung

für gesellschaftliche Strukturierungs- und Machtprozesse die Korrelationen, die Möglichkeiten und Grenzen realer/fiktiver sexueller Subjektpositionen zu fixieren suchen. Frauenbewegung und Frauen- und Geschlechterforschung haben zu diesen Zusammenhängen viel zu sagen, die gegenwärtige „Funkstille“ ist mehr als bedauerlich und sollte im beiderseitigen Interesse überwunden werden.

Ausblicke

Die Thematisierung von sexueller Gewalt ist ein schwieriges Unterfangen. Der Wunsch, in und durch Sexualität ein Stück weit den gesellschaftlichen Zwängen entkommen oder gar diesen eine Utopie entgegensetzen zu können, war (und ist?) auch in der Frauenbewegung groß. Wurden diese Hoffnungen von Teilen der Frauenbewegung eine Zeitlang in lesbische Sexualität oder in eine spezifisch weibliche Sexualität gesetzt, hat sich mittlerweile eine gewisse Beliebigkeit breit gemacht: „if it feels good, do it!“ Ein Haupteinwand gegen eine Verschränkung von Sexualität und Macht/Gewalt besteht darin, daß damit die subversiven und emanzipatorischen Potentiale von Sexualität negiert werden. Bezeichnenderweise kommt der stärkste Widerstand gegen Anti-Gewalt-Projekte wie solche gegen sexuellen Mißbrauch von Mädchen nicht aus den Reihen der Konservativen, sondern aus der Reihe der Linken. Auch in den neuen queer-Ansätzen wird Wert auf diese vermeintliche Qualität von Sexualität gelegt, wenn mit der Vervielfältigung von sexuellen/geschlechtlichen Identitäten die Hoffnung einhergeht, daß damit das Regime von Zwei-Geschlechter-Ordnung und Heterosexualität gestürzt werden könnte. Es hält sich mit anderen Worten ein Diskurs, „in dem der Sex, die Enthüllung der Wahrheit, die Umkehrung des Weltlaufes, die Ankündigung eines künftigen Tages und das Versprechen einer Glückseligkeit miteinander liiert sind“ (Foucault 1977, S. 17). Es zeichnet sich gleichzeitig eine Entwicklung ab, die beide Geschlechter einem verschärften „Sexualisierungs-diktat“ unterwirft: Sexuelle Aktivität wird zu einem Zeichen von Leistungsfähigkeit und Modernität und muß entsprechend dargestellt werden. Geschlecht und sexuelle Orientierung werden hier in diesem Diskurs zweitrangig gegenüber einem zwanghaften „doing sexuality“. Die reale Verwicklung von Sexualität, Macht und Gewalt, die am augenfälligsten in der Vergewaltigung, viel subtiler in „normalen“ sexuellen Begegnungen am Werke ist, verweist dagegen auf die Verstrickung moderner Subjekte in Macht- und Herrschaftsstrukturen, die eben nicht „äußerlich“ sind. Der Vorschlag Foucaults, sexuelle Gewalt zu entsexualisieren, so z.B. Vergewaltigung nicht mehr als Sexualstraftat, sondern als Körperverletzung zu ahnden, führt m.E. zu einer Verschleierung dieses Zusammenhanges.¹⁷ Es gilt, die Ambivalenz von Heterosexualität, die sowohl Normierungen

unterläuft als auch Hierarchien abstützt, im Blick zu halten und weder in die eine noch in die andere Richtung zu verkürzen. Die steigende Zahl der als sexuelle Gewalt begriffenen und zur Anzeige gebrachten Übergriffe, die Thematisierung eines eigenständig/gleichwertigen Begehrens von Frauen und Mädchen, die Vervielfältigung von sexuellen Identitäten im Umfeld der lesbisch/schwul/queeren Zusammenhänge verweisen u.a. darauf, daß die Fiktionen/Realitäten phallogozentrischer/heteronormativer Sexualität in Frage gestellt wird. Gleichzeitig zeigt die Persistenz von männlicher sexueller Gewalt die fortdauernde Hierarchisierung sexueller Subjekte, sie korrespondiert mit der sozialen Ungleichheit der Geschlechter und zeigt, daß Männer ihre vermeintlichen Rechte nicht kampfflos aufgeben. Eine Integration aller dieser Implikationen in eine Theorie von Heterosexualität steht noch aus.

Anmerkungen

- 1 Wobei sexualisierte Gewalt gegen Mädchen (und Jungen) einen Bereich bildet, in dem eine Spezialisierung und eigenständige, wenn auch mit anderen Anti-Gewalt-Projekten vernetzte, Institutionalisierung stattgefunden hat. Vgl. hierzu: Brückner 1998.
- 2 Literatur zu diesem Absatz u.a.: von Soden 1988; Bendkowski/Rotalsky 1987; Schwarzer 1975; Hengstenberg/Sturm 1990; Kramer 1994; Dackweiler 1995.
- 3 Vgl. zu dieser Diskussion: Ott 1998, S. 64-116, wichtige Literatur auch für die hiesige Frauenbewegung waren u.a. Firestone 1975; Brownmiller 1978; Koedt (neuveröff.) 1988; Millet 1971.
- 4 Die Frage nach sexueller Gewalt in lesbischen Beziehungen wird theoretisch unterschiedlich gewichtet und ist empirisch nicht gut belegt. Die Beratungsstellen sind vornehmlich auf die Bedürfnisse heterosexueller Frauen ausgerichtet.
- 5 Ein Teil der autonomen Frauenbewegung benutzt weiterhin den Begriff „Zwangs-heterosexualität“ in Rückgriff auf die Arbeit von Adrienne Rich. Jedoch basiert auch dieser Ansatz auf einer Aufspaltung zwischen „natürlicher“ weiblicher Sexualität und einer bestimmten gesellschaftlichen Organisation von Sexualität, die Rich als „obligatorisch“ versteht. Zu einer Diskussion dieses Ansatzes siehe auch: Cornelia Ott 1998, S. 83ff.
- 6 Becker-Schmidt bezieht in Hinsicht auf diese Hinwendung auch ethnomethodologisch-konstruktivistische Ansätze sowie die Arbeiten von Donna Haraway ein, arbeitet im weiteren auch die Unterschiede heraus.
- 7 Daß dieser mikrologische Blick zu Lasten der Wahrnehmung makrologischer Zusammenhänge führen kann, ist vielfach kritisiert worden. Vgl. hierzu: Gudrun-Axeli Knapp 1998.
- 8 Einen Überblick über die Bandbreite möglicher Fragestellungen bieten: I. Diamond/L. Quinby 1988 und C. Ramazanoglu 1993.

- 9 Am Beispiel der Marter zeigt Foucault die scheinbar überwundene „politische Ökonomie“ auf, die die Beziehung zwischen Macht und Körper regulierte: Die Macht des Souveräns wurde durch den gemarterten Körper sichtbar und spürbar. Der von der Macht gezeichnete Körper wurde zum Zeichen der Macht, kommunizierte die Macht, sowohl als Bestätigung als auch als (und das führte zu der Veränderung des Strafsystems) Infragestellung. Michel Foucault 1977.
- 10 Diese These vertritt Renee Heberle und empfiehlt ein Umdenken in den Strategien der Anti-Gewalt-Arbeit. Die Betonung der allumfassenden Gewalt gegen Frauen führt ihrer Annahme nach zu einer Stärkung maskuliner Macht, da sie Frauen ausschließlich als Opfer konstituiert. (Heberle 1996)
- 11 Sexuelle Gewalt gegen Frauen hat in der Tat viele Formen, die sich nicht auf eine Logik reduzieren lassen. So stellt z.B. die organisierte sexuelle Ausbeutung von Frauen (Frauenhandel, Sextourismus) eine eigenständige Form sexueller Gewalt dar, deren Dimension der Ausnutzung ökonomischer/nationaler Ressourcen über den hier behandelten Themenbereich weit hinausgeht.
- 12 Vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Bonn 1995.
- 13 Ich verdanke diesem Aufsatz von Carol Hagemann-White wertvolle Hinweise, so auch der Arbeit von Gavey.
- 14 In binationalen Partnerschaften kommt die privilegierte Situation der „richtigen“ Staatsangehörigkeit hinzu. Hier stützt das Ausländerrecht (speziell § 19) sexuelle Gewalt und Ausbeutung, indem es den MigrantInnen ein eigenständiges Aufenthaltsrecht zunächst verweigert. Die Drohung mit dem Ausländerrecht ist ein weitverbreitetes Mittel, Migrantinnen an dem Verlassen der Beziehung zu hindern.
- 15 Sexuelle Rechte in einem Foucaultschen Verständnis umfassen sehr viel mehr als das Recht auf Sex, sie beinhalten Wissensproduktionen und Normalisierungstechnologien sowohl in bezug auf das Individuum als auch in bezug auf die Bevölkerung. Vgl. dazu Foucault 1992.
- 16 Aufschlußreich, wenn auch im einzelnen zu kritisieren, sind dazu die Ausführungen von Pierre Bourdieu in Dölling/Krais 1997.
- 17 Vgl. hierzu: Hengehold 1994.

Literatur

- Becker-Schmidt, Regina/Knapp, Gudrun-Axeli (2000): *Feministische Theorien zur Einführung*. Hamburg
- beiträge zur feministischen theorie und praxis (1994): *Gewalt-tätig*. Heft 37, Köln, S. 5-19
- Bendkowski, Halina/Rotalsky, Irene (Hg.) (1987): *Die alltägliche Wut: Gewalt, Pornographie, Feminismus*. Berlin
- Bourdieu, Pierre (1997): *Die männliche Herrschaft*. In: Dölling, Irene/Krais, Beate (Hg.): *Ein alltägliches Spiel. Geschlechterkonstruktionen in der sozialen Praxis*. Frankfurt a.M.

- Brownmiller, Susan (1978): *Gegen unseren Willen*. Frankfurt a.M.
- Brückner, Margrit (1998): *Wege aus der Gewalt gegen Frauen und Mädchen. Eine Einführung*. Frankfurt a.M.
- Bührmann, Andrea (1995): *Das authentische Geschlecht. Die Sexualitätsdebatte der Neuen Frauenbewegung und die Foucaultsche Machtanalyse*. Münster
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (1995): *Gewalt gegen Frauen hat viele Gesichter. Eine Broschüre von Männern für Männer*. Bonn
- Butler, Judith (1991): *Das Unbehagen der Geschlechter*. Frankfurt a.M.
- (1993): *Critical Queer*. In: Butler, Judith: *Bodies that matter*. New York, S. 223-243
- Dackweiler, Regina (1995): *Ausgegrenzt und eingemeindet: die neue Frauenbewegung im Blick der Sozialwissenschaften*. Münster
- Diamond, Irene/Quinby, Lynn (eds.) (1988): *Feminism and Foucault*. Boston
- Ferguson, M. (1989): *Blood at the roots - motherhood, sexuality and male dominance*. London
- Firestone, Sulamith (1975): *Frauenbefreiung und sexuelle Revolution*. Frankfurt a.M.
- Foucault, Michel (1976): *Überwachen und Strafen*. Frankfurt a.M.
- (1977): *Der Wille zum Wissen*. Frankfurt a.M.
- (1978): *Nietzsche, die Genealogie, die Historie*. In: Foucault, Michel: *Dispositive der Macht*. Berlin
- (1978): *Recht der Souveränität/Mechanismus der Disziplin*. In: Foucault, Michel: *Dispositive der Macht*. Berlin
- (1985): *Freiheit und Selbstsorge*. In: Becker, Helmut u.a.: *Freiheit und Selbstsorge*. Frankfurt a.M.
- (1987): *Das Subjekt und die Macht*. In: Dreyfuß, H.L./Rabinow, P.: *Jenseits von Strukturalismus und Hermeneutik*. Frankfurt a.M.
- (1992): *Leben machen und Sterben lassen: Die Geburt des Rassismus*. Vorlesung März 1976. In: *diskus*, Nr.1
- Gavey, Nicola (1992): *Technologies and Effects of Heterosexual Coercion*. In: *Feminism & Psychology, Special Issue: Heterosexuality*, Vol.2, Nr.3, S. 93-119
- Godenzi, Alberto (1989): *Bieder, brutal. Frauen und Männer sprechen über sexuelle Gewalt*. Zürich
- Hagemann-White, Carol (1998): *Was tun? Gewalt in der Sexualität verbieten? Gewalt entsexualisieren?* In: *Wildwasser Berlin e.V., Input. Aktuell zum Thema sexualisierte Gewalt*. Ruhnmark, S. 51-73
- Haraway, Donna (1989): *Primate Visions. Gender, Race and Nature in the World of Modern Science*. New York/London
- Hearn, Jeff (1998): *The violences of Men*. London
- Heberle, Renee (1996): *Deconstructive Strategies and the movement against sexual violence*. In: *Hypatia*, Vol.11, Nr.4, S. 63-76
- Hengehold, Laura (1994): *An Immodest Proposal: Foucault, Hysterization, and the „Second Rape“*. In: *Hypatia*, Vol.9, Nr.3, S. 89-107

- Hengstenberg, Heike/Sturm, Gabriele (1990): sex macht lust. Das Thema Sexualität in der neuen deutschen Frauenbewegung. In: Interdisziplinäre Forschungsgruppe Frauenforschung: Liebes- und Lebensverhältnisse. Sexualität in der feministischen Diskussion. Frankfurt a.M., S. 61-83
- Knapp, Gudrun-Axeli (1998): Postmoderne Theorie oder Theorie der Postmoderne. Anmerkungen aus feministischer Sicht. In: Knapp, Gudrun-Axeli (Hg): Kurskorrekturen. Frankfurt a.M.
- Kramer, Helgard (1994): Zum Stand der Frauenbewegung: Mythenbildung trübt den Blick. In: Modelmog, Ilse/Gräbel, Ulrike (Hg.): Konkurrenz und Kooperation: Frauen im Zwiespalt? Münster, S. 71-89
- Koedt, Anne (1988): Der Mythos vom vaginalen Orgasmus. In: Anders, Ann (Hg): Autonome Frauen: Schlüsseltexte der Neuen Frauenbewegung seit 1968. Frankfurt a.M.
- MacCannell, Dean/MacCannell, Juliet Flower (1993): Violence, power and pleasure. A revisionist reading of Foucault from the victim perspective. In: Ramazanoglu, Caroline (ed.): Up against Foucault. New York, S. 203-236
- MacKinnon, Catherine (1987): Feminism unmodified. Cambridge
- Millet, Kate (1971): Sexus und Herrschaft. Frankfurt a.M.
- Niedersächsische Frauen-Notrufe (o.J.): Aus unserer Sicht. Sexuelle Gewalt gegen Frauen. Ohne Ort
- Ott, Cornelia (1998): Die Spur der Lüste. Sexualität, Geschlecht und Macht. Opladen
- Ramazanoglu, Caroline (ed.) (1993): Up against Foucault. New York
- Rich, Adrienne (1989): Zwangsheterosexualität und lesbische Existenz. In: List, Elisabeth/Studer, Herlinde (Hg.): Denkverhältnisse. Feminismus und Kritik. Frankfurt a.M.
- Rubin, Gayle (1984): Thinking Sex: Notes for a radical theory of the politics of sexuality. In: Vance, C.S. (ed.): Pleasure and Danger. Boston
- Schwarzer, Alice (1975): Der „kleine Unterschied“ und seine großen Folgen. Frankfurt a.M.
- Soden, Kristina v. (Hg.) (1988): Der große Unterschied. Die neue Frauenbewegung und die siebziger Jahre. Berlin
- Wildt, Carola (1987): Feministische Gewaltdebatte im Rückblick. In: Bendkowski, Halina/Rotalsky, Irene (Hg): Die alltägliche Wut: Gewalt, Pornographie, Feminismus. Berlin, S. 74-84

Kultur ist Ordnung und Reinlichkeit
(Sigmund Freud)

Unordnung ist der Prozess der künstlerischen
Schöpfung
(Catherine Clement)

Abschied von „weiblicher Kultur“? Im Spannungsverhältnis von Theorien, Visionen, Politiken

1. Am Anfang war „der Schrei“

Mit einem Schrei haben für Antoinette Fouque, Mitbegründerin des Mouvement de Libération des Femmes (MLF 1968), die Befreiungsbewegungen von Frauen in den sechziger Jahren begonnen. Am Anfang, sagt sie in einem Interview 1990, kam es mit dem Schrei zur „Wortergreifung“, zu „Körperworten“. Sie spricht aus diesem Anlass sogar von einer „oralen Explosion“ (Fouque 1991). Dadurch wird eine Schockerfahrung ausgedrückt, die sich im Sinne Walter Benjamins als eine „Konstellation des Erwachens“ beschreiben lässt. Diese Erfahrung zeichnet sich insbesondere durch zwei Aspekte aus: Zum einen wird mit dem Schrei Schmerz zum Ausdruck gebracht, zum anderen signalisiert er Befreiung.

Darin offenbart sich ein Spannungsverhältnis: Der Schrei ist Bruch und Aufbruch zugleich. Er stellt die Versprechen der herrschenden Kultur in Frage, entlarvt sie als Verblendung, als Illusionen und Phantasmen. Er ruft Erinnerungen an das bekannte, gleichnamige Werk des Malers Edvard Munch wach, das als Kritik an der Moderne verstanden wird. Aber wenn „Der Schrei“ auch daran erinnert – dieser Schrei von Frauen, den Fouque beschreibt, vermittelt noch eine andere Botschaft. Ihrer Auffassung nach beseitigt er „die Zensur des Körpers“, macht er die „schöpferische Kraft von Frauen“ hörbar und sichtbar.¹

Antoinette Fouque betont, dass der Schrei vor allem die Diskussion um den Körper als Text bereichert, indem er auf dessen Grenzen verweist. Schon Mary Douglas hat darauf hingewiesen, dass Sprache und Körper nicht zusammenfallen (Douglas 1981, S. 216f.). In diesem Sinn beharrt auch Barbara Duden zu Recht auf der Eigenständigkeit des Leibes gegenüber Text oder Sprache (Duden 1987). Die entscheidende Entdeckung von Fouque ist indessen der „subversive Leib“. Er setzt sich gegen Zensur, gegen (Ver-)Schweigen und (Zer-)Reden durch,

selbst dort, wo er nur noch Buchstabe sein soll. Dieser so „entfesselte“ Körper steht am Beginn von streitbaren Auseinandersetzungen mit Kulturkonzepten zur Weiblichkeit, einer Weiblichkeit, die in die Widersprüchlichkeit von Traditionen und Neuerungen, von Handlungspraxen und Strategien eingebettet ist.

Wir wollen diese Diskussion aufgreifen. Der kulturelle Körper wird für uns ein Beispiel, um Grenzen in der feministischen Wissenschaft und den Umgang mit ihnen aufzuzeigen. Uns erscheint sie an der Stelle ergänzungsbedürftig, an der es um den eigensinnigen Leib gegenüber seiner Vereinnahmung durch Sprache, Text oder Diskurse geht. Grenzen von Theorien aufzeigen aber heißt, auf das aufmerksam zu machen, was ausgegrenzt wird. Unser Anliegen ist freilich auch, Grenzverschiebungen, Grenzdiskurse und Grenzüberschreitungen aufzuspüren.

Allerdings beabsichtigen wir nicht, eine Kulturtheorie vorzulegen. Denn wir sind der Ansicht, dass theoretische Erklärungsversuche notwendig fragmentarisch sind – und bleiben sollten. Wir wollen statt dessen anhand von zwei Kategorien vermitteln, dass durch Kritik an vorliegenden Theorien neue Perspektiven von Kultur gewonnen werden können, die Geschlechterverhältnisse in einem anderen Licht erscheinen lassen. Diese beiden Kategorien sind: Grenzüberschreitungen und Zirkulationen. Kulturelles Handeln wird von uns als Prozess von Kritik, Eigenkritik² und Neugestaltung verstanden. Dabei gilt es zu berücksichtigen: Kultur ist stets auch Selbstbeschreibung.

2. Grenzüberschreitungen – oder: Zur Macht von Theorien

Kulturkonzepte zur Weiblichkeit haben auch in der Frauen- und Geschlechterforschung immer wieder implizit oder explizit mit dem Begriff der Grenzen operiert. Maya Nadig etwa beschreibt die „verborgene Kultur der Frau“ als tägliches Verschieben der „Grenzen des Erlaubten“ im Rahmen der ‚moralischen Ökonomie‘ einer Gesellschaft. Im „Wechselspiel von Selbstbehauptung und Integration, von Widerstand und Anpassung“, im „spielerischen Umgang mit sozialen Institutionen“ verschwimmt zugleich die Grenze zwischen Subjektivität und gesellschaftlicher Objektivität, werden beide – wie in Momentaufnahmen – in ihrem Verhältnis zueinander erkennbar (vgl. Nadig 1987, S. 33f.).

Als Forscherin und im Rückblick auf die Entwicklung ‚autonomer‘ Frauenpolitik aus größerer Entfernung vom Alltagshandeln gesteht Rossana Rossanda feministischer Kritik den Anspruch und auch den Erfolg zu, durch Entmystifikation des herrschenden Wissens Kultur zu bereichern. Sie warnt jedoch davor, der Versuchung einer Eigenständigkeit, einer (totalisierenden) Parallelität von Dominanz- und Gegenkultur zu erliegen. Ihre Option, die ihr aus einer „Sicht

der Welt als Bewegung, als Ungleichgewicht, als Einmischung, als Kampf um die Macht und gegen sie“ erwächst, besteht darin, einen Blick von außen auf die patriarchale Welt zu werfen, und zwar als fortwährenden Angriff auf deren Grenzen (Rossanda 1989, S. 73).

Begrenzungen werden auch erkennbar, wenn Judith Butler mit der Analyse performativer Akte auf die Möglichkeit von Veränderung aufmerksam macht. Der (vorgeprägte) „Diskurs der Freiheit“, in dem emanzipatorische Ansprüche erhoben werden, „unterdrückt gerade die Energien, die er freizusetzen vorgibt“ (Butler 1998, S. 193). Handlungsmacht entsteht im Zwischenraum von Redundanz und Wiederholung. Eine „zukünftige Sprache“ kann gefunden werden, wenn die Voraussetzungen des Sprechens sie nicht bereits beinhalten. Der Sprechakt kann zum Akt des Widerspruchs werden. Dadurch wird die performative Äußerung entoffizialisiert, für neue Zwecke enteignet. Performativität kann in dieser Weise gegen Herrschaft gewendet, Sprachgrenzen können geöffnet werden, das Unsagbare wird sagbar.

Damit ist zugleich ein Prozess skizziert, in dem Identifizierungen angenommen und verworfen werden. Butlers Intention ist das unablässige, permanente Aufdecken von Ein- und Ausschlussverfahren zur Veränderung von Herrschaftssprache und Zensur. Freilich geht es außerdem darum, Inkohärenz von Subjekten anzuerkennen, deren konstitutive Instabilität zu sehen. Birgit Wartenpfehl bezeichnet dieses Verfahren als: „der Spannung Raum geben“ (Wartenpfehl 1996, S. 207). Begrenzungen und Grenzüberschreitungen sind jedoch gegenseitig sich bedingende Prozesse. Grenzüberschreitungen können selber Grenzen transportieren. So kann es zu problematischen Grenzüberschreitungen kommen, die Kritik herausfordern und deren Veränderung notwendig erscheint.

Wie schmerzlich oder befreiend das Aufzeigen von Grenzen, das Infragestellen von Annahmen und Ansprüchen, die Auflösung der vermeintlichen Gewissheiten in der Biographie der Einzelnen – ob Forschende oder Erforschte – erfahren werden, können wir nur ahnen. Das Denken in polarisierenden Differenzen, gleich welchen Vorzeichens, das alleine die „weibliche“ Kultur von einer anderen, „männlichen“ oder ‘dominanten’ Kultur abzugrenzen vermag, und ebenso der Versuch, die Aufhebung der Widersprüche zwischen ihnen – gleichsam magisch – etwa durch einseitige Aufwertung zu bewerkstelligen, sind nicht vor instrumentellen Kurzschlüssen sicher. Erkennen heißt, so zeigt uns die Entwicklung der feministischen Wissenschaft, Differenzen auszuhalten, sich den Widersprüchen stellen.

Der angestrebte und erhoffte, der begehrte und verführerische „Blick aufs Ganze“ bleibt auf die stetige Wahrnehmung des Ausgegrenzten angewiesen, auf die fortgesetzte Benennung des Verschwiegenen, auf das beharrliche Nachzeich-

nen der Verwerfungen. Es sind solche Grenzüberschreitungen, die die Macht von Delimitationen, die Macht von Theorien offenlegen können. Und es ist die Suche nach Erkenntnissen, die uns immer wieder abfordert „gegen Kultur zu denken“, wie wir in Abwandlung der vielschichtigen Begriffsprägung von Lila Abu-Lughod festhalten möchten (vgl. 1996, S. 14ff.).

Der Begriff Frau lacht nicht ...

Das bislang auch in der Frauenforschung Ausgegrenzte zu thematisieren, verweist auf Grenzüberschreitungen, erfordert Fragen nach Verdrängungen, Tabuisierungen, nach Berührungsängsten vor Worten, Gedanken, Ideen. Dagegen stehen die Versuche, einen anderen Blick, ein verändertes Selbstbewusstsein und Selbstverständnis zu gewinnen. Grenzüberschreitung meint die Verschiebung des „Horizontes“, wobei offen bleibt, ob damit nicht eine neue Begrenzung notwendig gegeben ist, ob der Effekt erneute Beharrung oder verstetigter Aufbruch sein wird. Die gegenwärtigen Diskussionen um den Körper, um seine „Existenzweise“ (vgl. Maihofer 1995), sollen im folgenden als Beispiel zur Auflösung von Grenzen herangezogen werden. Zwei Theoriestränge lassen sich vor allem erkennen: einerseits die Konstruktion des Körpers durch Sprache und andererseits die Auseinandersetzung um den historischen, materiellen Körper.

Die Konstruktion des Körpers durch Sprache ist geprägt durch die von Butler aufgestellte These der „heterosexuellen Matrix“ als Voraussetzung von Zweigeschlechtlichkeit. Diese These hat in der Frauenforschung bisher wenig Beachtung gefunden, sie wurde weitgehend ausgeblendet oder als nicht kritikfähig vernachlässigt. Zu Recht fordert Evelyn Annuß die notwendige Auseinandersetzung mit der damit einhergehenden veränderten Geschlechterfrage, um Ausgrenzungen zu korrigieren. Sie sieht darin auf der Ebene eines kollektiven Unbewussten einen „Abwehr- und Verteidigungskampf gegen die Bedrohung, die die *queer theory* im Feld der Geschlechterforschung für manche offenbar darstellte“ (Annuß 1999, S. 95). Auf der Grundlage dieser von Butler entwickelten Theorie der Entgrenzung des diskursiven Körpers, seiner Auslösung aus dem bestehenden Normenfeld, bleiben gleichwohl wesentliche 'Körpereffekte' ausgeschlossen, theoretisch nicht fassbar: Erregungen, Zärtlichkeiten mit Anderen, Körper-Gedächtnis, sei es Schmerz oder Freude, Metamorphosen des Körpers, Eigensinn.

Damit sind Grenzen des Textes angesprochen. Dass Sprache Macht und Gewalt produziert, ist hinreichend bekannt. Desgleichen birgt sie zweifellos Befreiungsabsichten, Gegenentwürfe, Optionen. Sprache besteht – wie Christina v. Braun (1995) hervorhebt – aus Zeichen, Begriffen, Worten, Bedeutungen, dem Alphabet. Der Begriff „Frau“ aber kann nicht lachen oder weinen, er ist

nicht glücklich oder unglücklich. Judith Butler konstatiert selbst: „Der Körper ist gleichsam der blinde Flecken des Sprechens; das, was über das Gesagte hinaus, jedoch gleichzeitig in ihm und durch es agiert“ (Butler 1998, S. 22).

Bei dem zweiten Theorieansatz haben wir es mit einer dazu konträren Ansicht zum Körper zu tun, die besonders eindeutig von Barbara Duden vertreten wird. Ihre Matrix ist der materielle Körper, der historische, gelebte Leib, dessen Materialität ontologische Affinität aufweist. Zwar hat Duden damit die Geschichtswissenschaft um die relevante Analyse des Körper-Innern erweitert. Allerdings kann ihr Anspruch, „die konkrete Wirklichkeit des Körpers“ zu erfassen, wohl kaum am historischen „Objekt“, ja nicht einmal in der Aktualität eingelöst werden: „Ich wollte den Leib als erlebtes Objekt von Klage, Sorge, Angst und Selbstgefühl dieser Frauen verstehen“ (Duden 1987, S. 207). Dieser Wunsch scheitert nicht nur an der historischen Immaterialität des Körpers, der lediglich als Text materialisiert ist. Er scheitert zudem an der Unmöglichkeit, die „Leidens-Praxis“ (Duden) der Frauen nachzuvollziehen, die nur als Produkt des Leidenspotentials der Autorin zu begreifen ist. Darüber hinaus bleibt in diesem Konzept, das Intimität aufheben will, das dialektische Verhältnis von Materialität und Immaterialität des Körpers unberücksichtigt.

Beide Ansätze, die hier nur grob skizziert werden können, lassen eine Leerstelle erkennen: Die Hinwendung zu Anderen, Körper-Berührungen, das, was sich in der Fülle als Begegnungs-Versuche umreißen lässt, die stets von der Situation, in der sie vorkommen, abhängig sind. Zwar sind in der Sprachtheorie Intersubjektivität und Austausch mitgedacht, und auch für Körpergeschichte gilt das Bestreben, Bezugsebenen zur Interaktion auszumachen. Hier ist jedoch mehr gefordert: Es wird davon ausgegangen, dass sich Körper in der situativen Begegnung formen, dass sie durch Berührungen, Liebe oder Gewalt, durch Zuneigungen und Verachtung, durch Anziehung oder Abwehr konstituiert sind, kurzum durch das, was sich als „Atmosphären“ umschreiben lässt. Dazu gehört der Bezug zur Umwelt, zur gesellschaftlich und historisch-kulturell geformten Natur. „Was wir Umweltproblem nennen, ist primär ein Problem der menschlichen Leiblichkeit“, erkennt auch Böhme (vgl. 1995, S. 14), wenngleich er die Geschlechterdifferenz vernachlässigt. In welcher Weise Körper von einer problematisch gewordenen Umwelt abhängig und geprägt sind (und vice versa), ist bislang kaum in die Diskussion eingegangen. Diese Frage aber sollte in das Selbstbewusstsein integrierbar sein und für die Produktion der Geschlechtskörper konkretisiert werden können.

Eine Theorie zur körperlicher Begegnung hat Julia Kristeva vorgelegt. Sie unterscheidet – anders als Lacan – zwischen der semiotischen und der symbolischen Ordnung und gewinnt damit einen Ansatz für ein verändertes Verständ-

nis vom Körper und seinen Entfaltungsmöglichkeiten. Erste Prägungen des Kindes entstehen durch die Rhythmen von Bedürfnis und Befriedigung. Vorstufe und Vorbedingung für den Einstieg ins Symbolische und den Spracherwerb ist die vorläufige Ordnung des Semiotischen. Es entsteht eine „semiotische Chora“ (Kristeva 1978, S. 35ff.). Bereits für das Semiotische ist ein intersubjektiver Austausch erforderlich als Vermittlung zwischen eigenem und (zumeist) mütterlichem Körper. Bettina Schmitz formuliert: „Mit den Körper-Verhältnissen geht die menschliche Bedürftigkeit ebenso wie die jeweiligen gesellschaftlichen Gepflogenheiten, mit ihr umzugehen, in Sprache ein“ (Schmitz 1999, S. 65).

Über Andere, (zumeist) die Andere, wird der Bezug auf den eigenen Körper als ein erstes Selbstverhältnis hervorgebracht. Für Kristeva sind wir selbst als Körper die gegenständliche Welt, die wir zu erfassen suchen. Im Sprechen des Kindes findet sich seine Trennungsgeschichte; die „Sprachgestalten“ erinnern jedoch auch an körperliche Verbundenheit. In diesem Spannungsverhältnis entsteht der Entwurf von Subjektivität. Das Individuum ist dadurch nicht von Anderen gänzlich unabhängig oder völlig „autonom“. Diese Verbundenheit verweist auf einen bleibenden, auch körperlichen Austausch mit Anderen, und es stellt sich ein Bezug zum eigenen Körper her, der sich verändern kann. „Die Position im Symbolischen, in der Sprache, ist nicht ein für allemal erreicht; sie bleibt bedroht, oder positiver formuliert bleibt das Symbolische angewiesen auf die Vermittlung des Semiotischen und die so mögliche Verbindung mit dem Außersprachlichen“ (Schmitz 1999, S. 66).

In der Sprache oder wie Kristeva noch genauer betont: in der Spracharbeit, also einem ständigen Prozess, wirkt beides, Semiotisches und Symbolisches. Auf diese Weise kann ebenso durch Offenheit und Lebendigkeit Entfaltung möglich werden wie durch Starrheit Begrenzungen eintreten können. Sprache kommt dabei eine poetische Dimension zu. Kristeva entfaltet mit ihrer Theorie vom sprachlichen und außersprachlichen Körper ein verändertes Frauenbild und ein anderes (erotisches) Geschlechterverständnis. Sie vertritt eine Kultur der poetischen Sprache und der empfindsamen, auch körperlichen Begegnungen.

Die Abfolge dieser wenigen und knapp skizzierten theoretischen Entwürfe zu Körper und Körperbewegung im feministischen Diskurs soll vor allem eins verdeutlichen: ein Erkenntnismodus, der nach dem Ausgeblendeten fragt, um die impliziten Annahmen besser zu erkennen. Grenzüberschreitungen werden als Kriterium einer kritischen Theorie dort erkennbar, wo nicht nur aufgezeigt wird, welcher Mangel und welche blinden Flecken in wissenschaftlichen Diskursen auftreten, sondern auch die Mühen offengelegt werden, eigene Prämissen in Frage zu stellen, zu dekonstruieren. Dies ließe sich gerade bei Kristeva auch an

der Entwicklung ihrer eigenen Theorie verdeutlichen. Es geht jedoch dabei – wie der folgende Abschnitt zeigen soll – nicht etwa um einen linearen Erkenntniszuwachs.

3. Zirkulationen – oder: Über Sinn lässt sich reden

Kulturelle Prozesse bestehen aus Zirkulationen von Immateriellem und Materiellem. Darunter finden sich Ideen, Phantasien, Diskurse, auch Texte, Artefakte etc. Immaterialität bezeichnet eine Struktur, in der es keinen Gegensatz mehr von Geist und Materie gibt. Das heißt, mit dieser Bestimmung ist gleichzeitig auch der Begriff der Materialität verändert. Materie, Materialität wird damit nicht länger als etwas betrachtet, das dem Subjekt als Objekt entgegengesetzt scheint (vgl. Lyotard 1985, S. 24). Das klassische Subjekt-Objekt-Verhältnis löst sich auf. Materie bleibt unbestimmt, ist ein Energiezustand.

Zirkulationen, um an einem Begriff von Jacques Derrida anzusetzen, der hier allerdings weiter gefasst wird, ereignen sich als Bewegungen, die keinen eindeutigen Beginn oder entsprechendes Ende haben. Sie sind fließend, ungeregt, selbst wenn sie Ordnungen hervorbringen können. Die Vielfalt kultureller Produktionen geschieht auf eine Weise, die keinen eindeutigen „Sinn“ erkennen lässt. Sinn erweist sich als ein historisches Phantom, von Wissenschaftlern beschworen. Allerdings kann Sinn durch Dekonstruktion in seinem Entstehungsprozess verfolgt werden, so z.B. in dem Prozess, in dem „männliche Kultur“ und „weibliche Kultur“ konstruiert wurden (in dem „Emanzipation“ verschrieben und ein „backlash“ beschworen wurde). In einem Briefwechsel mit Catherine Clement wird von Kristeva die Überlegung angestellt, was wäre, wenn die alte Teilung zwischen jenen, die das Leben geben, und jenen, die den Sinn geben, im Verschwinden begriffen wäre? „Das wäre“, so Kristeva, „eine radikale Umwälzung, etwas noch nie Dagewesenes“ (Clement/Kristeva 2000, S. 22). Es geht ihr nicht um Leben an sich, sondern darum, „dem Leben als Sinnträger, eines Sinns, zu dessen Formulierung die Frauen aufgerufen sind, ihr Begehren und ihre Sprache einzubringen“ (ebenda).

Zirkulationsprozesse können sich überschneiden, kumulieren oder auseinanderdriften. Es kann zu (räumlichen, zeitlichen, personellen) Verdichtungen und neuen Intensitäten (von Ideen, Phantasien, Gefühlen) kommen, wie das z.B. bei den neuen Frauenbewegungen der Fall war. Und Verdichtungen, Intensitäten oder besonders sensibilisierte Felder können ihrerseits neue Zirkulationen anstoßen.

Wichtig ist: Zirkulationen sind kontingent. Sie sind weder durch Linearität von Entwicklungen noch durch dichotome Polarisierungen charakterisiert. In

dieser Perspektive kann den Aporien des Kausalitätsdenkens und der Ent-Historisierung entgegengearbeitet werden. So haben sich wohl, mit ihrer Hoffnung auf (totale) kulturelle Veränderungen, Frauenpolitik und häufig genug auch feministische Wissenschaft an der mit dieser Erwartung einhergehenden traditionellen Herrschaftssprache orientiert. „Gleichstellung“ beispielsweise offenbart sich in der Perspektive der Zirkulationen in theoretisch wie praktisch als Paradoxie.

Die Wiederkehr von Not, Leid und Gewalt wird ebenso denkbar wie der zirkuläre Wechsel von Aufklärung, Erinnerung und Verdrängung. Kontingenz wird fassbar und damit das Erbe von Frauen-Traditionen – wie kritisch auch immer – eher anzunehmen.

Positionierung in der Welt

Zirkulationen sind kulturelle Bewegungsprozesse mit Eigendynamiken, deren Richtung nicht festzulegen ist und die zu ungleichzeitigen Erscheinungen führen. Das bezieht sich auch auf Körperdiskurse, denen verschiedene Anthropologien, als ein Aspekt von Kulturtheorien, zugrunde liegen. Inzwischen ist die Diskussion von philosophischen Anthropologien vor allem durch eine Auseinandersetzung mit traditionellen Orientierungen auf der einen und mit neuen Technologien auf der anderen Seite bestimmt. In der feministischen Wissenschaft tauchen beide Facetten auf. Das Anknüpfen an klassische Theoriesätze, etwa der Kritischen Theorie Adornos, der Psychoanalyse Freuds oder auch der Sprachphilosophie Searlscher Prägung hat vorwiegend zu deren Revidierung und Erweiterung durch die Kategorie Geschlecht geführt. Für die Kritische Theorie ist insbesondere Regina Becker-Schmidt zu nennen, für die Psychoanalyse z.B. Jessica Benjamin und für die Sprachtheorie etwa Susanne Lüdemann. Dabei sind die anthropologischen Vorgaben, die Auswirkungen auf das Geschlechterverhältnis durch das ihnen zugrunde liegende Menschenbild haben, weniger radikal in Frage gestellt und kritisiert worden.

Der Vorstellung von „weiblicher“ Kultur unterliegt, gewissermaßen als Subtext, indessen auch manifest, die anthropologische Annahme hierarchischer Polarisierungen mit den hinreichend bekannten und diskutierten Ausdifferenzierungen im Hinblick auf die Geschlechterverhältnisse. Selbst die Sprachtheorie als jüngere Erscheinung hinterfragt nicht die Konzentration auf Sprache als Ausdruck kultureller Voreingenommenheit. In den klassischen Anthropologien kommt Sprache (wie auch Geist) ausschließlich Menschen zu. Außerdem wurde der Anspruch, „Sprachelite“ zu sein, von Männern geltend gemacht.³ Abgesehen davon, dass die Prominenz der Sprache bereits eine gravierend ausgrenzende Privilegierung ausmacht, wird auch eine Grenzziehung zur „Natur“ vorgenom-

men; Kultur basiert sogar auf dieser Abgrenzung. Für ein verändertes Kulturverständnis muss eine aktuelle Diskussion aufgenommen werden, die bereits neue Wege weist. Das soll an einem Entwurf diskutiert werden, der von der Bedeutung von neuen Technologien für Technik-Kultur ausgeht (Donna Haraway), und an einem Konzept dargestellt werden, das Natur integriert (Doris Janshen).

Am radikalsten wohl streift Donna Haraway das traditionelle Gewand der Anthropologie ab. Besonders die Figur der Cyborgs lässt neue Verbindungslinien erkennen. Sie kritisiert mit ihrem Ansatz einer Technik-Kultur herkömmliche Trennungen von Mensch und Natur, von Mensch und Artefakten, von Realität und Fiktion, einer materiellen und imaginären Realität. Das führt zu der Aussage: „Wir sind Cyborgs“. Darunter versteht sie, dass von Sprache, Werkzeuggebrauch, Sozialverhalten, Geist nichts mehr übrig bleibt, was zu einer Trennungslinie von Mensch und Tier führen kann. Vielmehr gibt es für (geschlechtslose) Cyborgs lustvolle, wenn auch vielleicht irritierende Verkoppelungen. Zudem ist die Unterscheidung von Tier, Mensch (Organismus) und Maschine durchlässig geworden. Des weiteren hat sich die Grenze zwischen Physikalischem und Nichtphysikalischem weitgehend verwischt. Sie betont angesichts solcher Veränderungen: „Mein Cyborgmythos handelt also von überschrittenen Grenzen, machtvollen Verschmelzungen und gefährlichen Möglichkeiten, die fortschrittliche Menschen als einen Teil notwendiger politischer Arbeit erkunden sollten“ (Haraway 1995, S. 39).

Die von Haraway verorteten Veränderungen führen zu einer künstlichen Körperlichkeit. Körper sind generativ, sie produzieren Bedeutungen, sie sind materiell und symbolisch. Die Konstruktion von Körpern kann nicht nur allein über eine Analyse der Lebenswelten oder aus Alltagspraxen erschlossen werden, es müssen auch die wissenschaftlichen und technologischen Vermittlungen berücksichtigt werden. Körper sind nicht nur diskursiv hergestellt, sie verfügen vielmehr über Dichte, Massivität, Gewicht. Die Cyborg ist letztlich „eine Art zerlegtes und neu zusammengesetztes, postmodernes kollektives und individuelles Selbst. Es ist das Selbst, das Feministinnen kodieren müssen.“ (Haraway, 1995, S. 51)

Haraway entwirft mit dem Konzept der Cyborgs eine technisch orientierte Kultur, die bereits Wirklichkeit ist. Sie bezieht allerdings eine Kritikposition insofern, als sie zugleich eine politische Kultur von Frauen da anregt, wo sie aktiv in technologische Prozesse eingreifen können. Auf die Kodierung von Technologien und Diskursen können sie Einfluss nehmen. Denn Wissenschaft und Technologie sind nicht determiniert, sie machen ein „historisches System“ aus, das auf strukturierten Beziehungen zwischen Menschen beruht. Mit dieser

Auffassung durchbricht sie zugleich lineare Zeitvorstellungen, um Entwicklungen zu fassen, die sich eben nicht gradlinig als Fortschritt darstellen, sondern als zirkuläre Bewegungen sowohl Offenheit wie nicht bestimmbare reversible oder irreversible Zeitverläufe aufweisen.

Ein an „Natur“, dem „Animalischen“, ausgerichtetes Kulturkonzept entwickelt Doris Janshen. Die Erfolgsgeschichte der modernen Kultur, sagt sie, ist auch eine Verdrängungsgeschichte des Kreatürlichen, des Animalischen (vgl. Janshen 1996, S. 266). Damit meint sie die Tiere. Die nahe Verortung von Frauen und Natur gilt in diesem Kontext längst nicht mehr. Der Wunsch, im Abstreifen der „Natur“ Kultur zu schaffen, hat (inzwischen) beide Geschlechter erfasst, die klassischen Zuordnungen versagen angesichts dieser „Vision“. Beiden Geschlechtern gemeinsam ist die „Wiederaneignung des Natürlichen“, die „Kommunikation“ mit dem Tier. Dabei geht es insbesondere um zwei Aspekte: die wechselseitige soziale Angleichung und das Wissen um körperliche Gemeinsamkeiten. Dabei werden männliche Tiere (meistens Haustiere wie Hunde oder Katzen) als „Nah-Tiere“ bevorzugt. Fern-Tiere, zum Beispiel Nutztiere wie Kuh oder Schwein, „werden aus der sozialen und körperlichen Interaktion ausgeblendet“ (Janshen 1996, S. 276).

Janshen stellt eindringlich dar, wie sich ein Geschlechterbündnis beobachten lässt, bei dem sich beide, Männer und Frauen, in ihren archaischen Lebenskonzepten an Tieren schadlos halten. Dazu lässt sich die existentielle Spannung zwischen Leben und Tod rechnen, die, wenn sie nicht verdrängt wird, zu Körperängsten, Unsicherheiten und Ungewissheiten führt. Das Bündnis steht gegen Todesängste. So werden Tiere, so Janshen, „mit den eigenen Ungeklärtheiten belastet, indem diese entweder das verbotene Archaische ungeniert ausleben sollen oder aber mit ihrem Leben für den Unsterblichkeitswahn der sie beherrschenden Menschen zahlen müssen“ (Janshen, S. 279). Janshen zeigt zirkulierende Prozesse für das Verhältnis Mensch – Tier („Natur“) auf, die auf Widersprüche, Ungereimtheiten und Ungleichzeitigkeiten aufmerksam machen. Das Geschlechterbündnis spielt dabei eine wesentliche Rolle: Mann und Frau sind in der Beherrschung von „Natur“ (hier: Tieren) Komplizen und Komplizinnen. Janshens Kulturkonzept verdeutlicht die Notwendigkeit einer Auseinandersetzung mit kulturell geprägter Natur, die immer schon Geschichte hat.

Beide Ansätze vermitteln die Kritik an traditioneller Anthropologie. Sie entwickeln neue Menschenbilder, in denen Geschlecht eine veränderte Rolle einnimmt. Indem auf diese Weise klassische Anthropologie überwunden wird, verweisen sie darauf, dass Frauen für ihre Positionierung in der Welt selbstverantwortlich denken und handeln müssen.

Berührungen und Verunreinigungen

Zirkulationen sind kontingent. Fragen wir nach der Bedeutung des Begriffs Kontingenz, so ist erstaunlich, welche Bandbreite ihm zukommt (berühren, anrühren, beglücken; betreffen, erreichen, treffen; angrenzen, anliegen, anstoßen; erfassen, ergreifen; verunreinigt, behaftet, beladen etc.) und welche Verarmung er in neueren Theorien erfahren hat (im Extremfall: nur zufällig). An dieser Stelle sollen nur zwei Aspekte zur Sprache kommen, an denen die analytische Stärke des Konzepts der Zirkulationen offensichtlich wird: Berührungen und Verunreinigungen.

Für das, was moderne (Alltags-)Kultur ausmachen soll, werden häufig die Schlagworte Individualisierung, Distanz, Isolierung verwandt. Vor diesem Hintergrund werden Marginalisierungen und Ausgrenzungen vorgenommen, wird das „Fremde“ abgegrenzt. Damit ist gesagt: Berührungen werden ebenso wie Verunreinigungen tabuisiert. Es geht nicht nur um Sauberkeit, Hygiene oder – wie Mary Douglas spottet – „keimfreie Mysterien“. Alles was körperlich oder geistig als 'schmutzig' bezeichnet wird, was als Verunreinigung gelten soll, wird auf 'Andere', auf 'fremde' Kulturen übertragen und auf Distanz gehalten. Daher verwundert es nicht, wenn Freud hervorhebt, Kultur sei Ordnung und Reinlichkeit. Er identifiziert diese Eigenschaften als wesentliche Ansprüche an die Subjekte (vgl. Freud 1974, S. 227). In ihrem brieflichen Dialog zu Weiblichkeit und dem Sakralen erörtern Catherine Clement und Julia Kristeva ausführlich die Tatsache, dass der Schmutz in allen seinen Dimensionen, insbesondere aber in bezug auf den menschlichen Körper, in der abendländischen Kultur verdrängt wurde, in anderen Kulturen aber durchaus als produktiv verstanden wird (Clement/Kristeva 2000, S. 48ff.).

Das Verhältnis von Geist und Körper (mit allen seinen Funktionen) wird zumeist so behandelt, dass in ihm die relevanten Abstufungen sozialer Hierarchien zum Ausdruck kommen (Douglas 1981, S. 106). Berührungängste gegenüber „Fremden“, „Anderen“, sind immer auch körperlich bedingt. Das „Schmutzige“ betrifft besonders die Sexualität und den Frauenkörper. Überhaupt stellt der Dauerdiskurs über Sexualität ein fortgesetztes Lehrstück versuchter „Reinigungen“ dar. Isabelle Azoulay z.B. hat darauf aufmerksam gemacht, dass auch Jessica Benjamin, indem sie Frauen sexuelles Begehren abspricht, für eine 'saubere' Sexualität plädiert. Ihr Entwurf weiblichen Begehrens, das sie auf den „fehlenden Vater“ zurückführt, ist in Azoulays Sicht von „schmutzigen Vorstellungen“ und sexuellen Machtphantasien gereinigt, „unbequeme Anteile“ von Sexualität sind in ihm wegrationalisiert (Azoulay 1996, S. 138). Andererseits lässt Azoulay selbst ähnliche Distanzierungen erkennen, wenn sie über die Geburt ihres Kindes reflektiert. Die Geburt, argumentiert sie, stellt eine Situa-

tion her, in der Frauen aus der kulturellen und sozialen Gemeinschaft heraustreten. Sie schildert den Geburtsvorgang als elementar, brutal und gewaltsam, als einen „Naturvorgang“. Der Bruch mit Kultur bei der Geburt ist begleitet von „Pein, Leid, Scham“. Deshalb fordert sie ein Recht auf eine „humane“ Geburt mit medizinischem Eingriff durch Periduralanästhesie. „Die Befreiung vom ‘altüberlieferten Fluch’ wird zum Grundrecht“ (Azoulay 1998, S. 202).

Die Frage, die Azoulay sich gleichwohl nicht stellt, lautet: Wird der Geburtsvorgang von ihr nicht deshalb als naturhaftes Schockerlebnis erfahren, weil er in der Kultur als „schmutzig“ etikettiert ist und gerade deswegen medizinisch „gereinigt“, d.h. auch unter (männliche) Kontrolle gebracht werden muss? Geburt als schmutziger und gereinigter Vorgang lässt sich auch in Bildern von Frieda Kahlo entdecken. Sie liefert eines der wenigen Beispiele zu diesem Sujet in der Malerei. Auffällig ist in ihren Bildern, dass die Gebärende alleine ist. Es gibt keine Berührungen mit anderen. Sie ist von steriler Technik umgeben.

Ein anderes Beispiel für Verunreinigungen und Berührungängste findet sich bei Sarah Kofman in ihrer Dekonstruktion des Kantschen Begriffes der „Achtung“ gegenüber Frauen. Achtung ist bei Kant Frauen gegenüber dann gewährleistet, wenn sie das verkörpern, was Männer von ihnen verlangen: eine moralische Person zu sein, sich schamhaft zu verhalten, zur „schönen“, gereinigten Rede neigen, die niemanden berührt. „Die weibliche Schamhaftigkeit macht die Frauen achtbar und bewahrt den Mann davor, sich *vor sich selbst* zu ekeln; aber sie schützt ihn auch vor einem Ekel ganz anderer Art, jenem vor dem weiblichen Geschlecht“ (Kofman 1998, S. 48). Die Einübung in die Moral verläuft über die Erziehung zum „guten Geschmack“, und dazu gehört „der Übergang von schmutzigen Worten zur Gewähltheit des Ausdrucks, der einen Schleier über alles Abstoßende, Ekelhafte und Schändliche wirft“ (Kofman, S. 48).

Mit diesen Beispielen soll gezeigt werden: Wenn feministische Wissenschaft Berührungen negiert und Verunreinigungen verdrängt oder verwirft, verschweigt sie, dass der Leib verletzbar, fragil, anfällig ist – indessen auch begehrllich. Ein gewandeltes Leibverständnis, das Erfahrungen von seiner Materialität einschließt, kann zu verändertem Selbst-Bewußt-Sein führen. Und auch das meint im Sinne von Lila Abu-Lughod: *Gegen Kultur leben* (1996, S. 14ff.).

Zusammenfassend lässt sich sagen: Die Geschichte der feministischen Wissenschaft zeigt, dass der Bruch mit (hegemonialer) Kultur noch keinen Aufbruch zu neuen Horizonten garantiert. Eigenständigkeit ist zunächst nicht mehr als eine Versuchung. Der Prozess kultureller Kritik und Neugestaltung bedarf fortwährender Grenzüberschreitungen und Neuorientierungen. Dafür eröffnet der Begriff der Zirkulationen neue Perspektiven. Er ermöglicht es,

‘kontingente’ Entwicklungen vor allem unter zwei Aspekten zu betrachten: Ökonomien und Ästhetiken.

Erstens: In Zirkulationsprozessen lassen sich unterschiedliche Ökonomien entdecken, die nicht alle den Regeln des Äquivalenten-Tausches als Verallgemeinerung unterworfen sind. Diese folgen z.T. nicht, wie die Dekonstruktion erkennen lässt (vgl. Kristeva 1971), einem männlichen Entwurf von ökonomischer Rationalität oder moralischer Ökonomie. Mit beiden Ökonomien sind Beschränkungen im Geschlechtsbild, im Körper von Frauen eingeschrieben. „Weibliche Kultur“ als Differenzkonstrukt bleibt ihnen verhaftet. Zirkulationen zeichnen dagegen Ökonomien der Verausgabung und der Verschwendung auf, in denen auch der „Geschlechts-Körper“ eine variable Spielmasse sein kann und ist.

Zweitens: In Zirkulationsprozessen werden weiter besondere Ästhetiken fassbar. Sie schließen sinnliche Leibpraxen und deren Bezug zu Umwelt und Atmosphäre ein. Ästhetik lässt sich dann nicht länger auf individuelle Wahrnehmung, Erfahrung und Präsentation reduzieren, auf ‘guten’ Geschmack, körpergebundenen Genuss oder identifikatorische Erlebnisse. Im kulturellen Alltag äußern sich Ästhetiken als Kritik von Grenzen und als Gestaltungen jenseits von Grenzen. Ästhetische Lebensgestaltung, in der auch die Geschlechterfrage neu formuliert werden muss, ist auf das Lebbarmachen von Übergängen angewiesen.

„Weibliche Kultur“ ist offensichtlich inzwischen in Frage zu stellen, der Abschied von ihr ist nicht unbedingt schmerzhaft, weil – wie gezeigt wurde – bereits andere Kulturentwürfe vorliegen, die aus dem traditionellen Schattendasein von Frauen hinausführen. Darin werden Frauen auf ihre Handlungsmöglichkeiten verwiesen, die Welt und damit auch sich selbst so zu beschreiben, dass sich Veränderungen einstellen. Gegen Kultur zu schreiben, eröffnet andere Welten in anderen Geschlechter-Konstellationen. Das jedenfalls ist eine der möglichen und bereits jetzt schon vorhandenen Erzählungen darüber, dass zwischen Begehren und Versprechen Kultur entsteht.

Anmerkungen

- ¹ In ähnlicher Weise beschreibt Catherine Clement in einem Briefwechsel mit Julia Kristeva das Verhalten von schwarzen Frauen während einer katholischen Wallfahrt bei Dakar. „Plötzlich gellende Schreie in der Menge: eine Frauenstimme“ (Clement/Kristeva 2000, S. 9). Diese Szene wiederholt sich während der zweistündigen Zereemonie in einem regelmäßigen Rhythmus. Clement vermutet darin ein authentisches Verhalten der Frauen gegenüber den institutionell-kirchlichen Erwartungen. Es verweist auf größere Durchlässigkeit des Körpers, ist ein „Erwachen“, eine Befreiung.

- 2 Bereits Kant hat darauf aufmerksam gemacht, dass es notwendig ist, die eigenen Begriffe kritisch zu hinterfragen (vgl. auch Adorno 1992, S. 23).
- 3 Sprache ist, wie die Diskussion um das Sprechen in der feministischen Wissenschaft (z.B. Mary Belenky, Carol Gilligan u.a.) zeigt, in der allgemeinen Wahrnehmung nach wie vor wesentlich männlich kodiert.

Literatur

- Abu-Lughod, Lila (1996): Gegen Kultur Schreiben. In: Ilse Lenz/Andrea Germer (Hg.): *Wechselnde Blicke*. Opladen, S. 14-47
- Adorno, Theodor W. (1992): *Philosophische Terminologie*, Bd. 1. Frankfurt a.M.
- Azoulay, Isabelle (1996): *Phantastische Abgründe*. Frankfurt a.M.
- (1998): *Die Gewalt des Gebärens*. München
- Annuß, Evelyn (1999): Grenzen der Geschlechterforschung. In: *Feministische Studien*, Nr. 1, S. 91-103
- Becker-Schmidt, Regina (1992): Verdrängung, Rationalisierung, Ideologie. In: Gudrun-Axeli Knapp/Angelika Wetterer (Hg.): *TraditionenBrüche*. Freiburg i.B., S. 65-115
- Belenky, Mary Field/McVicker Clinchy, Blythe/Rule Goldberger, Nancy/Mattuck Tarule, Jill (1989): *Das andere Denken*. Frankfurt a.M./New York
- Benjamin, Jessica (1990): *Die Fesseln der Liebe*. Frankfurt a.M.
- Böhme, Gernot (1995): *Atmosphären*. Frankfurt a.M.
- Braun, Christina v. (1995): „Frauenkrankheiten“ als Spiegelbild der Geschichte. In: Farideh Akashe-Böhme: *Von der Auffälligkeit des Leibes*. Frankfurt a.M., S. 98-130
- Butler, Judith (1998): *Haß spricht*. Berlin
- Clement, Catherine/Kristeva, Julia (2000): *Das Versprechen. Vom Erwachen der Frauen*. München
- Derrida, Jacques (1976): *Die Schrift und die Differenz*. Frankfurt a.M.
- Douglas, Mary (1981): *Ritual, Tabu und Körpersymbolik*. Frankfurt a.M.
- Duden, Barbara (1987): *Geschichte unter der Haut*. Stuttgart
- Fouque, Antoinette (1991): *Frauen in Bewegungen*. In: *Freibeuter* Nr. 48, S. 37-49
- Freud, Sigmund (1974): *Das Unbehagen in der Kultur*. In: *Fragen der Gesellschaft, Ursprünge der Religion*. Bd. IX, Frankfurt a.M., S. 191-271
- Gilligan, Carol (1985): *Die andere Stimme*. München
- Haraway, Donna (1995): *Die Neuerfindung der Natur*. Frankfurt a.M./New York
- Hagemann-White, Carol (1992): *Strategien gegen Gewalt im Geschlechterverhältnis*. Pfaffenweiler
- Janssen, Doris (1996): *Frauen, Männer und dann auch noch die Tiere. Zur kulturellen Integration des „Animalischen“*. In: Ilse Modelmog/Edit Kirsch-Auwärter (Hg.): *Kultur in Bewegung*. Freiburg i.B., S. 263-283
- Kofman, Sarah (1998): *Die Ökonomie der Achtung. Kant*. In: Herta Nagl-Docekal (Hg.): *Was ist feministische Philosophie?* Wien, S. 41-63

- Kristeva, Julia (1971): Die Semiologie – kritische Wissenschaft und/oder Wissenschaftskritik. In: Tel Quel, München, S. 21-36
- Kristeva, Julia (1978): Die Revolution der politischen Sprache. Frankfurt a.M.
- Lüdemann, Susanne (1994): Mythos und Selbstdarstellung. Freiburg i.B.
- Lyotard, Jean-Francois (1985): Immaterialität und Postmoderne. Berlin
- Maihofer, Andrea (1995): Geschlecht als Existenzweise. Frankfurt a.M.
- Nadig, Maya (1997): Die verborgene Kultur der Frau. Frankfurt a.M.
- Rossanda, Rossana (1989): Zur Frage einer weiblichen Kultur. In: Feministische Studien, Nr. 1, S. 71-86
- Schmitz, Bettina (1999): Intellektualität und Mütterlichkeit, versöhnt gedacht: eine weibliche Identitätskatastrophe im Symbolischen. In: Die Philosophin, Nr. 19, S. 55-74
- Wartenpffl, Birgit (1996): Destruktion – Konstruktion – Dekonstruktion. Perspektiven für die feministische Theoriebildung. In: Ute Luise Fischer/Marita Kampshoff/Susanne Keil/Mathilde Schmitt (Hg.): Kategorie: Geschlecht? Opladen, S. 191-211

III.

Spannungsverhältnisse: Wissenschaft und Politik in Bewegung

Ilse Lenz

Bewegungen und Veränderungen. Frauenforschung und Neue Frauenbewegungen in Deutschland¹

Es gibt sie noch, es gibt sie nicht, es gibt sie anders ...

Zu Kontinuität und Veränderung der Neuen Frauenbewegung

Einige Stimmen besingen seit längerem den Anbruch des Postfeminismus. Sinnvoller scheint, von einer Atempause der neuen Frauenbewegung in Deutschland zu sprechen (Gerhard 1999). Denn einige Anzeichen weisen darauf hin, dass der Feminismus weiterhin aktuell ist. So enthält eine Zusammenstellung von Frauennetzwerken in Deutschland für 1998/99 immerhin 5000 Adressen und Informationen: Das Spektrum reicht von Informatikerinnen über die Medienfrauen, die Frauenhäuser, die Frauenselbstverteidigungskurse, die Schwarzen deutschen Frauen, die *Schlangenbrut* (eine Zeitschrift für religiös und feministisch interessierte Frauen), den Verein *Huren wehren sich gemeinsam* bis zu dem Lesbentreff Frauenliebe im Pott, dem Lesbennetz im Internet oder den Beauftragten für gleichgeschlechtliche Lebensweisen (vgl. Franzke/Frerichs 1998; Dickel/Brauckmann 1998). Ferner reagieren nach neueren Umfragen junge Frauen überwiegend positiv auf den Begriff Feminismus (52%) oder Emanzipation (70%). Sie finden den Einsatz für Fraueninteressen weiterhin wichtig (Institut für Demoskopie Allensbach 2000, S. 30ff.).

Um nun aber diese Anzeichen interpretieren zu können, um die Entwicklung, den gegenwärtigen Stand und die Zukunft der Neuen Frauenbewegung (von nun an NFB) verstehen zu können, wären weitere empirische Forschungen wesentlich. Zwar liegen einige wichtige zusammenfassende Darstellungen und Untersuchungen zu einzelnen Aspekten vor. Doch hat die Frauenforschung trotz ihrer erstaunlichen Erfolgsgeschichte ihr empirisches kritisches Forschungspotential in Bezug auf die Neue Frauenbewegung eher zurückhaltend angewandt.²

Frauenbewegung – von, mit und für Frauen?

Zu einer Arbeitsdefinition der Neuen Frauenbewegungen

Was Frauenbewegungen sind, meint jedermann zu wissen. Als leitendes Merkmal wird oft angenommen, dass sie Bewegungen von, mit und für *Frauen* darstellen. Ihre spezifischen Anliegen und Entwicklungen treten eher in den Hintergrund. Diese Vorstellung legt tendenziell „die Frau“ als einheitliches

homogenisiertes Subjekt zugrunde. Die Unterschiede zwischen Frauen nach Klasse und Ethnizität, die in den Frauenbewegungen eine wichtige Rolle spielen, werden unsichtbar. Die Unterschiede zu Männern werden im Gegensatz dazu totalisiert. Nach dieser Alltagsvorstellung haben Männer in der Frauenbewegung keinen Ort, obwohl einige männliche Theoretiker und Aktivisten sich in ihrer historischen Entwicklung als Bündnispartner und Förderer erwiesen (vgl. Offen 2000). Frauenbewegung wird zu einer Angelegenheit eines biologisch zugeschriebenen Geschlechtes oder zu einer der (letzten?) Bastionen des Geschlechtsdualismus: Sie soll alle Frauen angehen, und das soll wiederum beinhalten, dass allen Männern etwas abgehen wird. Frauenbewegung wird also oft als Nullsummenspiel gesehen. Mit geschlechtsdualistischen Ansätzen lässt sich aber nicht die Differenzierung und Weiterentwicklung der feministischen Positionen erklären.

Neben der Tendenz zum Geschlechtsdualismus und einer gewissen Naturalisierung der Geschlechterkonflikte lässt sich als weiteres Defizit eine Tendenz zur Ahistorizität feststellen. Das Bild der Frauenbewegungen wurde, wie Barbara Ryan (1992) für die USA feststellt, vor allem an der Herausbildungsphase um 1965-1970 gewonnen. Ihre folgenden Transformationen werden kaum zur Kenntnis genommen – als hätte sich die Frauenbewegung nicht verändert.

Angeichts des Diskussionsstands scheint es mir wichtig, anstelle kanonisierender Festlegungen und Abgrenzungen neue nützliche Arbeitsdefinitionen zur Frauenbewegung zu entwickeln. Eine solche Arbeitsdefinition von Frauenbewegung sollte offen sein für die sozialen, kulturellen und politischen Kontexte und für die Wahrnehmung von Differenzen im Geschlechterverhältnis. Sie sollte ferner ermöglichen, die individuellen Entwicklungen und Entscheidungen wahrzunehmen, statt ein homogenes Geschlechtskollektiv „Frau“ zu unterstellen. Schließlich sollte sie offen dafür sein, die inneren Veränderungen der Frauenbewegung aufzunehmen. Dabei ist eine Zusammenführung der Forschung zu Frauenbewegungen und sozialen Bewegungen sinnvoll.³

In einer Zusammenschau möchte ich die folgende Arbeitsdefinition vorschlagen:

Frauenbewegungen sind mobilisierende kollektive AkteurInnen in spezifischen soziohistorischen Kontexten, in denen sich Personen unter maßgeblicher Beteiligung von Frauen für einen grundlegenden Wandel der Geschlechterverhältnisse und damit verbundener gesellschaftlicher Ungleichheit und Abwertung einsetzen. In Diskursen über und in kulturellen Repräsentationen von Geschlecht, Weiblichkeiten und Männlichkeiten entwickeln sie eine hohe symbolische Integration. Sie bilden neue (Semi-)Öffentlichkeiten im Spannungsfeld von öffentlichen und häuslichen Sphären. Sie weisen variable Organisations-

und Aktionsformen auf. Diese Frauenbewegungen artikulieren sich in und zu Modernisierungsprozessen und tragen auf vielfältige Weise zu ihnen bei – indem sie sie fördern, beeinflussen oder auch hemmen und kanalisieren. Dadurch beeinflusst, verändern sie sich wiederum in reflexiven Prozessen.

In dieser etwas sperrigen Arbeitsdefinition ist eine Reihe von wichtigen Aspekten zusammengepackt. Sie ist handlungstheoretisch orientiert, d.h. Mobilisierung und kollektives Handeln (und z.B. nicht allein das Verfassen von klugen Büchern) sind entscheidend dafür, ob von Frauenbewegung gesprochen werden kann. Gleichwohl liegen das Handeln und das diskursive Verhandeln von Geschlecht nah beieinander; so werden in Diskursen und symbolischen Aktionsformen Frauen- oder Männerbilder entworfen, repräsentiert und verbreitet. Diese neuen Symbole und Leitbilder können modernistisch oder traditionalistisch entworfen werden, und sie können mehr auf Gleichheit oder Differenz der Geschlechter abheben. Während die Frauenbewegungen also bisherige herrschende Geschlechternormen angreifen oder verhandeln, können sie auch zu neuen Normierungen beitragen. Diese können sich entsprechend dem Kontext als Normen der Machtbildung (*empowerment*) und Erweiterung des Handlungshorizonts, aber auch als einengend erweisen.

Wenn *Personen* als die Subjekte der kollektiven Mobilisierung genannt werden, wird einerseits auf das Wechselverhältnis von Individualisierung und Frauenbewegung hingewiesen. Wenn Frauen sich in der Frauenbewegung engagieren, setzen sie sich *persönlich* mit der kollektiven Weiblichkeitsnorm auseinander und eröffnen individuelle und kollektive Optionen. Von *Personen als Suchbegriff* auszugehen, die wie z.B. einige Berufsfrauen, Mütter, Lesben, Migrantinnen potentiell unterschiedliche Erfahrungen und soziale Positionen mitbringen, kann erleichtern, die unterschiedlichen Wege innerhalb der Frauenbewegungen wahrzunehmen.⁴

Die *Person als Suchbegriff* unterspült andererseits die geschlechtsdualistische Abgrenzung, mit der gelegentlich schon fast naturalisierend „die Männer“ als Kollektiv auf „der anderen Seite“, wenn nicht gar als Gegner der Frauenbewegung beschworen werden. Diese Abgrenzung geht von patriarchalischen Diskursen aus und findet sich in einigen feministischen Aussagen wieder, aber sie entspricht nicht den Tatsachen: Gerade bei ihrer Herausbildung wurden Frauenbewegungen in verschiedenen Ländern von einzelnen Männern unterstützt, wenn auch von vielen anderen angegriffen. Die Erfolge der internationalen Frauennetzwerke in den Dekaden der Frau wäre ohne männliche Bündnispartner in den Führungsetagen der UN und der nationalen Regierungen nicht möglich gewesen. Mir geht es hier um Sichtbarmachung der Beteiligten in der Frauenbewegung. Ebenso wenig wie die Arbeiterbewegung nur aus ArbeiterInnen

bestand, ist die Frauenbewegung als eine umfassende Emanzipationsbewegung kein weibliches Monopol. Aber Frauen haben sie mit ihrem Mut, ihrer Energie, ihren neuen und anderen Ideen und Visionen maßgeblich angestoßen, geleitet und weiterentwickelt.⁵

Die Kontextualisierung von Frauenbewegungen bedeutet, sie in ihrem historischen Horizont zu verstehen und sie auf die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen und Machtverhältnisse zurückzubeziehen (vgl. Wobbe 1989). In meiner Arbeitsdefinition wird ein Wechselverhältnis zwischen Frauenbewegungen und der gesellschaftlichen Modernisierung angenommen; d.h. die Definition geht davon aus, dass Frauenbewegungen sich für einen grundlegenden Wandel der Geschlechterverhältnisse und damit verbundener Abwertung und Ungleichheit einsetzen. Aber das bedeutet keineswegs eine normative Festlegung in dem Sinne, dass Frauenbewegungen von vornherein progressiv seien oder konservative Frauenverbände ihr nicht zugehörten. Entscheidend ist der Deutungshorizont der Aktivistinnen für ihr Engagement. So können sich auch eher konservative Frauenbewegungen für sozialen Wandel in dem Sinne einsetzen, dass Mütter mehr Respekt erhalten sollen.

Sehr relevant ist schließlich die reflexive Veränderung der Frauenbewegungen im Zuge der Modernisierung, um ihre inneren Veränderungen und ihre Transformationen wahrzunehmen. Denn gerade die Erfolge der Frauenbewegungen führen zu neuen Rahmenbedingungen, die ihrerseits ihren Verlauf beeinflussen können (vgl. Gerhard 1999). Z.B. finden junge Frauen auch als Resultat der Neuen Frauenbewegungen mehr Einstiegschancen in Bildung und Beruf. Da sich aber die Rahmenbedingungen für das Leben mit Kindern nicht wesentlich verändert haben, wird ihnen „Vereinbarkeit“ als Frage der individuellen Wahl bzw. ihrer Leistungsfähigkeit als „Powerfrau“ präsentiert und nicht als grundlegend soziale Frage. Statt die Frauenbewegungen vor allem an ihren Anfangsphasen zu messen (und bei Veränderungen ihr Ende zu verkünden), wäre wichtig, diese Transformationen zu untersuchen. Dazu sind Theorieansätze aus der sozialen Bewegungsforschung und der Frauenforschung fruchtbar zu machen.

Subjektivitäten, Ressourcen, Gelegenheiten ... Im Spannungsfeld von feministischer und sozialer Bewegungsforschung

In der feministischen und der sozialen Bewegungsforschung hat sich ein Spektrum von innovativen Theorieansätzen herausgebildet. Sie fokussieren vor allem auf die Herausbildung sozialer Bewegungen; die Frage ihrer Entwicklung und

Transformationen wird weniger thematisiert (vgl. aber Rucht 1997). Ich werde im Folgenden auf beide Aspekte eingehen.

Seit dem 19. Jh. fragen die Sozialwissenschaften, warum sich soziale Bewegungen herausbilden. Die Klassiker antworteten, dass diese auf strukturelle Ungleichheiten reagierten: Die Frauenbewegung formiere sich gegen das Patriarchat, die Arbeiterbewegung gegen den Industriekapitalismus.⁶ Die Forschung zu Neuen Sozialen Bewegungen (von nun an NSB) führte den Strukturansatz in dem Sinne weiter, dass die Ökologie-, die Alternativ- oder die Frauenbewegungen nicht wie die klassischen sozialen Bewegungen auf strukturelle Widersprüche in der Produktion, sondern der Reproduktion oder aber der „Lebenswelt“ antworteten (vgl. Brand 1985). Dabei entging den Autoren, dass die Frauenbewegung nicht eben neu ist, sondern sich in den ersten europäischen Revolutionsphasen herausbildete und im 20. Jh. global verbreitete (vgl. u.a. Dackweiler 1995).

Allerdings sind die Strukturklärungen durch neuere Ansätze der sozialen Bewegungsforschung kritisch hinterfragt worden (s.u.). Sie behaupten, dass die vielfältigen strukturellen Ungleichheiten und Spannungen in modernen Gesellschaften keineswegs immer soziale Bewegungen hervorrufen. Vielmehr sei erklärungsbedürftig, warum sich Personen in sozialen Bewegungen – auch in Frauenbewegungen – zusammentun und mobilisieren lassen.

Ich möchte im Folgenden einige wichtige Ansätze zur Erforschung der NFB zusammenstellen. Ich beginne mit neueren Zugängen aus der sozialen Bewegungsforschung, die sich auf materielle und politische Bedingungen richten, und fasse dann einige feministische Konzepte zusammen, die fruchtbar zu machen wären:

1. Die Theorie der *Ressourcenmobilisierung* nimmt an, dass soziale Bewegungen sich nur entwickeln können, wenn es ihnen gelingt, hinreichende Ressourcen zu sammeln. Diese Ressourcen müssen insbesondere den Erhalt oder die Ausweitung der Bewegungsorganisationen ermöglichen, die zentral für die Aktionen und die Mobilisierung sind (vgl. McAdam 1996; Rucht 1994). Der Ansatz ist nützlich, um die Organisationsprozesse und die materielle Infrastruktur von Frauenbewegungen zu untersuchen.⁷

Diese Ressourcen sind begrifflich weit gefasst: Sie können aus Geld, Zeit, Wissen oder Informationen bestehen. In den neueren Fassungen werden auch symbolische Güter wie Prestige oder kulturelle Werte einbezogen. Kulturelle Sinnzusammenhänge (Semantiken) werden so in die Ressourcen eingereiht. Allerdings erscheint mir fraglich, ob symbolische Zusammenhänge schlichtweg als „Ressourcen“ eingeordnet werden können. Ein Beispiel ist Kritik am medizinischen Umgang mit Körper und Schwangerschaft und die damit verbundene Rückbesinnung der NFB auf die vormodernen „weisen Frauen und Heiler-

innen“, die die Hexe als bisheriges stereotypes Bild der bedrohlichen Weiblichkeit neu definierte und eine autonome Umwertung vollzog. Ohne sinnhafte (hermeneutische) Interpretation kann die Ambivalenz dieser Symbole und ihre innere Spannung nicht entschlüsselt werden.

2. Demgegenüber hebt die Theorie der politischen Gelegenheitsstrukturen (*political opportunity approach*) auf die *externen* Veränderungen im politischen System und der politischen Kultur ab: Durch eine Öffnung der politischen Gelegenheitsstrukturen rufen sie die *Entstehung* sozialer Bewegungen hervor oder begünstigen sie (vgl. Tarrow 1996). Am häufigsten werden die folgenden Konstellationen genannt: Förderlich ist die generelle Offenheit des politischen institutionellen Systems, d.h. z.B. der Zugang der Frauenbewegungen zu Regierungsinstanzen (wie dem Familien- oder dem Arbeitsministerium).⁸ Günstig ist ferner eine Verschiebung der herkömmlichen politischen Allianzen in der Elite, wenn die sozialen Bewegungen in die bisherigen Formen der Interessenvertretung einbezogen werden wie z.B. bei der Frage der Ökologie; schließlich ist das Auftreten von Bündnispartnern der sozialen Bewegungen in den Eliten wichtig.

Während die Herausbildung der schwarzen Bürgerrechtsbewegung oder der Ökologiebewegung noch halbwegs plausibel mit solchen Veränderungen der Gelegenheitsstrukturen assoziiert werden kann, sind die Neuen Frauenbewegungen Ausnahmen, die Zweifel an der Regel begründen. Denn faktisch erwiesen sich das institutionelle System und die politischen Allianzen ihnen gegenüber geschlossen; sie öffneten sich erst allmählich, nachdem wichtige Verbände wie Gewerkschaften, die Kirchen und einige Parteien begannen, sich mit dem Feminismus auseinanderzusetzen. Während der Theorieansatz an der realen Entwicklung der NFB vorbeigeht, so erweist sich auch sein Verständnis von Politik und politischer Prozesse als reduziert: Er verortet sie klassisch im öffentlichen Raum und schreibt die Trennlinie zum privaten Bereich fort. Schließlich vernachlässigt er die Frage der Entwicklung von Subjektivitäten und *agency*, nämlich warum und wie Personen sich für die NFB engagieren und handlungsfähig werden, ebenso sehr wie den Ansatz der Ressourcenmobilisierung.

Nützlich ließe sich der Ansatz der politischen Gelegenheitsstrukturen in eine weite Annahme fassen: Rasche Veränderungen im politischen System, den Elitenkonstellationen und von sozialen und kulturellen Kontexten⁹ beeinflussen in einem Wechselspiel die Entwicklungsprozesse und die Einflussmöglichkeiten von sozialen Bewegungen. Um die Schnittstellen zwischen politischem und institutionellem Wandel und Neuen Frauenbewegungen zu untersuchen, kann er sich als fruchtbringend erweisen. Allerdings bleibt die enge Gleichsetzung des

Politischen mit dem öffentlichen Raum ein grundlegendes Hemmnis, um die „Politikrelevanz des Privaten“ und die Grenzverschiebungen zwischen beiden Bereichen auch nur wahrzunehmen.

3. Verschiedene feministische Autorinnen haben die Veränderung von Subjektivitäten und die Entwicklung von Handlungsfähigkeit (*agency*) in ihrer Bedeutung für die Herausbildung von Frauenbewegungen untersucht. Denn Frauen sind tendenziell aus der Öffentlichkeit, auch aus den sozialen Bewegungen ausgegrenzt; sie müssen sich als soziale und politische Subjekte, als „BürgerInnen der Zivilgesellschaft“ erfinden und selbst verändern (vgl. Gerhard 1999; Schild 1992; Zdravomyslova 2000). Als wichtige Leitfragen werden benannt:

3.1. Der Entwurf und die Praxis neuer Subjektivitäten. Dazu müssen die Feministinnen nicht nur Widerstände in der patriarchalischen politischen Kultur und bei vielen Männern überwinden, sondern sie müssen sich auch mit den Weiblichkeits- und Männlichkeitsleitbildern und -stereotypen auseinandersetzen, die sie selbst verinnerlicht haben.

3.2. Die Machtbildung von Frauen in Frauennetzwerken oder Kleingruppen. Diese stellen ein „symbolisches Netzwerk“ (Schild 1992, S. 41) bereit, um die bisherigen Erfahrungen von Unterordnung oder Ausgrenzung neu zu interpretieren und sich mit den herrschenden geschlechtlichen Repräsentationen und mit den Weiblichkeitsnormen ihrer Schicht und Ethnie auseinanderzusetzen.¹⁰

3.3. Die Überwindung der Dichotomie der Sphären von Öffentlich und Privat. In den modernen liberalen Demokratien wurde die Grenzziehung zwischen Öffentlich und Privat von einer Trennung der Geschlechter überlagert (Pateman 1988). Der öffentliche Bereich stand unter den Vorzeichen des männlichen Staats- und Marktbürgers, der private (oder subjektive) wurde dem öffentlichen untergeordnet und den Frauen als Reich der Familie oder – modern gesagt – der Beziehungen zugewiesen. Die Neuen Frauenbewegungen durchbrachen diese Trennung und Unterordnung der Sphären mit dem Leitwort „Das Private/das Persönliche ist politisch“. Während bereits die Studentenbewegung ihre Politik zum „Privaten“ hin öffnete, entwickelte sie aber keine umfassende Kritik der geschlechtlichen Unterordnung; sie griff die Autoritäten als Vaterfiguren an, nicht aber die patriarchalen Herrschaftsformen. Die feministischen Ansätze umkreisten darauf die Bedeutung der Politisierung des Privaten und der neuen Rearrangements zwischen beiden Bereichen: Bedeutet das Auftreten der „öffentlichen Frau“, dass die Trennung zwischen Öffentlich und Privat tendenziell aufgehoben wird, wie es Talkshows täglich vorexerzieren? Welche neuen feministischen Konzepte für eine Neudefinition und Demokratisierung des Privaten werden entwickelt (vgl. Mae 2000)?

3.4. Sexualität ist und war zentral für feministische Theorien der Frauenbewegung und wurde mit den Begriffen Autonomie und Selbstbestimmung verbunden: Die herrschenden Sexualitätsdiskurse wurden als patriarchale Machtdiskurse reinterpretiert, in denen Männer die Definitionsmacht über Frauen und ihre Körper beanspruchten. Ferner macht eine umfassende Sexualisierung ihrer Person den Frauen die Gleichheit im öffentlichen Raum streitig. Im Zuge der Neuen Frauenbewegungen veränderten sich auch die Sexualitätsdiskurse: Die unterschiedlichen Formen sexueller Gewalt wurden benannt und veröffentlicht. Parallel dazu werden sexuelle Orientierungen, wie lesbisch oder heterosexuell, diskursiviert; sie werden als fluktuierend und kontingent verhandelt. Während die *queer-theory* vielfältige Wurzeln hat, drückt für einige Feministinnen das Leitwort *queer* diese Öffnung durch Pluralisierung und Flexibilisierung aus.

4. Die Bedeutung von *Diskursen* für kulturelle Veränderungen hat die feministische Forschung im Anschluss an Foucault herausgearbeitet. Ebenso zeichnet sie die Verknüpfung von Diskursen zu Machtstrategien im Geschlechterverhältnis nach und betrachtet die Sexualitätsdebatten der Frauenbewegung kritisch (vgl. Bührmann 1985). Mit den unterschiedlichen Diskursansätzen wird wahrnehmbar, wie neue kollektive Bewusstseinsformen auswuchern, sich in kapillarisch feinen Netzen austauschen und dann wiederum zu neuen thematischen Schwerpunkten zusammenfließen können: Z.B. wird Mitte der siebziger Jahre die unbezahlte Frauen- und Familienarbeit in kleinen Gruppen angesprochen, einige wenige Aufsätze und Bücher werden weitergereicht und -empfohlen, und es entfaltet sich eine Kampagne „Lohn für Hausarbeit“, in der recht unerwartet Wissenschaftlerinnen, Mütter und später Pionierinnen der Prostituiertenbewegung zusammenkommen. Eine Richtung der sozialen Bewegungsforschung nimmt an, dass diese neuen Thematisierungen in Form von *framing* von den FührerInnen der sozialen Bewegungen entworfen werden. Danach projizieren diese neue Themen und Motive, um gemeinsame normative Interessenrahmen (*frames*) zu schaffen (*framing*-Ansatz; vgl. McAdam 1994). Gegenüber dem *framing*-Ansatz, der auf bewusste Thematisierungen durch die Führung abhebt, eignen sich die Diskurstheorien m.E. besser, um die massenhaften, nicht angeleiteten Prozesse von kulturell-symbolischen Veränderungen und Bewusstseinswandel „von unten“ zu untersuchen, die dem oft beschworenen Wertewandel zugrunde liegen.

5. Gerade aber bei der Herausbildung neuer Öffentlichkeiten und neuer Kommunikationen zwischen „öffentlich“ und „privat“ zeichnen sich sehr spannende und folgenreiche Auswirkungen der Neuen Frauenbewegungen ab. Die mündliche *face-to-face*-Kommunikation wird in Frauengruppen und Netzwer-

ken umgewandelt; sie schaffen Medien und Foren zur Kommunikation wie z.B. zahlreiche eigene Zeitschriften, informelle und formelle Treffen, Mailinglisten usw. So entwickelt sich eine feministische Semiöffentlichkeit, die sich zwischen den persönlichen Beziehungen in Familie, Freundschaft, Nachbarschaft und Beruf und der generalisierten Öffentlichkeit der Politik und der Medien erstreckt. Einerseits werden die aktiven Frauen durch die Ausschließungstendenzen von Politik und Medien, die weiterhin Barrieren für sie enthalten, in die Semiöffentlichkeit verwiesen und abgedrängt; andererseits gestalten sie diese kreativ und offensiv als eigenen Raum der Kommunikation und Verständigung (vgl. Lenz 2000a).

6. Besonders brisant ist die demokratiethoretische Dimension der Neuen Frauenbewegungen (vgl. Holland-Cunz 1998): Sie begannen mit basisdemokratischen Ansätzen in Bezug auf die Machtbildung der Individuen und die Teilhabe in den Kleingruppen, und sie führten zu *empowerment* der Frauen und einer Demokratisierung des Alltags (s.u.). Doch zeigten sie rasch auch Demokratie-defizite, wie informelle Hierarchien oder unklare Verantwortlichkeiten. Dennoch haben die Frauengruppen und -projekte auch im Übergang zur Professionalisierung einen ethischen Rahmen und alltägliche demokratische Prozesse entfaltet, die langfristig demokratische Machtbalancen zwischen Frauen förderten (vgl. Brückner 2000; Lenz 2000a).

Mit der institutionellen Integration von Flügeln der NFBen hat sich die Relevanz demokratiethoretischer Ansätze noch zugespitzt. Es zeichnen sich Hierarchisierungstendenzen ab, da einige Pionierinnen als Politikerinnen, Wissenschaftlerinnen, Medienfrauen usw. Machtpositionen erobert haben. Wie sind Repräsentation, Verantwortlichkeit und umfassende Partizipation zu verstehen und zu gestalten? Wem z.B. sind ExpertInnen verantwortlich, die neue Ansätze in der Mädchenarbeit entwerfen und durchsetzen: den Mädchen (sowie den Jungen, die ebenfalls davon beeinflusst werden), dem Feminismus, den Müttern oder Eltern der Mädchen oder „dem Wähler“? Die feministischen Demokratietheorien stehen vor großen und weiterführenden Herausforderungen.

7. Mit der Internationalisierung der Neuen Frauenbewegungen werden die Theorien zur Globalisierung im Spannungsfeld von „global-national-lokal“ zunehmend relevant (vgl. Lenz 2000b). Die Entwicklung internationaler feministischer Netzwerke bedeutet, dass transnationale Ziele und Strategien entwickelt werden und globale feministische Kommunikationen und Räume entstehen. Die Dekaden der Frau um die UN von 1975-1995 führten zu weitreichenden internationalen Beschlüssen, die wie z.B. *gender mainstreaming* national und lokal wirksam werden. Solche internationalen Institutionalisierungen sind mit den Ansätzen von *global governance* (vgl. Ruppert 1998), von internationalen

Geschlechterregimes oder internationaler gleichheitlicher Regulierung (Lenz 2000b) untersucht worden.

In der internationalen Wendung der Neuen Frauenbewegungen wird allerdings ihre bisherige Einbindung in die jeweiligen nationalen Geschlechterordnungen dramatisch sichtbar, die z.B. in den feministischen Debatten um Rassismus oder internationale Ungleichheit kritisiert wurde (vgl. Lenz 2000c). Kultur-, diskurs- und strukturtheoretische Ansätze für diese „unglückliche Ehe“ zwischen Nation und Frauenbewegungen sind dringend erforderlich.

Zur Entwicklung der Neuen Frauenbewegungen in Deutschland

Mit einer knappen Skizze der Entwicklung der Neuen Frauenbewegungen in Deutschland will ich versuchen, auf ihre Transformationen einzugehen. Sicher lässt sich eine grundlegende Kontinuität ihrer Anliegen – bis zu den ersten Wellen – feststellen, was Ute Gerhard (1999) mit dem Ansatz der „langen Wellen“ bezeichnet hat. Dennoch zeigen sich Veränderungen im Zuge ihrer Entwicklung. Im Folgenden will ich versuchen, diese anhand einiger zentraler Dimensionen einzukreisen¹¹, die als Leitfragen zu verstehen sind:

1. die Entwicklung der Organisationen und Netzwerke sowie die institutionelle Integration z.B. in Parteien, Verbände, Kirchen usw. und in das Bildungssystem,
2. die Entwicklung der Diskurse,
3. die Entwicklung der Trägerschaft,
4. die Entwicklung und spezifische Formen der neuen feministischen Öffentlichkeit und Semiöffentlichkeit,
5. die Ergebnisse, die reflexive Neuorientierungen fördern.

Nun treten Veränderungen in diesen Dimensionen keineswegs gleichzeitig oder parallel auf. Während z.B. die Neuen Frauenbewegungen ab 1980 in ihre Netzwerke zunehmend institutionell integriert werden, führen ihre Diskurse in vielem die Ansätze oder „Grundstruktur“, die sich in den siebziger Jahren gebildet hatten, fort. Ich möchte also von einer *Transformation* zu einer neuen Phase sprechen, wenn sich *zwei oder mehr dieser Dimensionen* grundlegend wandeln. Zudem werden die Transformationen im Folgenden hervorgehoben, um ein dynamisches Bild der Neuen Frauenbewegungen statt der verbreiteten statischen Aufnahmen zu skizzieren. Die Kontinuitäten „laufen mit“ und können in diesem Rahmen nicht ausführlich diskutiert werden.

Als Arbeitshypothese werden die folgenden Phasen in der NFB angenommen:

1. Bewusstwerdungs- und Artikulationsphase (1968-1975),

2. Projekte- und Konsolidierungsphase (1975-1980),
3. Phase der Differenzierung, Professionalisierung und institutionellen Integration (1980-1989),
4. Internationalisierung und Neuorientierung (seit 1989).

Zur Bewusstwerdungs- und Artikulationsphase (1968-1975)

Die NFB formierte sich auch in Deutschland im Zusammenhang der großen antiautoritären StudentInnen- und Jugendbewegung nach 1965. Vor allem Zirkel von sozialistischen Studentinnen begannen die ersten Diskussionen und Aktionen. Während sie in der Bewegung politische Erfahrungen und Selbstbewusstsein erworben hatten, erlebten sie zugleich, dass sie in den männlich zentrierten Politikformen marginalisiert wurden. Sie reagierten also auf widersprüchliche Erfahrungen von partieller Integration und *empowerment* in der Bewegung und gleichzeitiger Marginalisierung und Ausschluss.

Diese Frauengruppen, Weiberräte oder Diskussionszirkel entwickelten feministische Neubestimmungen einer Politik der Subjektivität und Autonomie. Sie stellten fest, dass die Unterordnung in der Sexualität, in Beziehungen und der Mutterschaft politische Bedeutung habe. Zusammengefasst in dem Schlagwort „Das Private ist politisch“ leiteten sie eine umfassende Kritik der patriarchalen Abhängigkeit und Unterdrückung ein. Diese Diskurse trugen dazu bei, die Grenze zwischen „Öffentlich“ und „Privat“ anzugreifen, zu verschieben und neu zu ziehen (vgl. Knäpper 1984).

Eine Massenbewegung, die über die ersten feministischen Diskussionsgruppen hinausging, formierte sich in dem Protest gegen den § 218. Alice Schwarzer hatte als Journalistin in Deutschland und Frankreich gearbeitet und stand in Kontakt zu französischen Feministinnen, so dass sie deren Aktionen vermittelte. 1971 führten prominente und „ganz normale“ Frauen in Westdeutschland eine ähnliche Kampagne wie in Frankreich durch: 374 Frauen bezichtigten sich öffentlich selbst: „Ich habe abgetrieben“. Mit diesem radikalen Tabubruch verband sich das persönliche Risiko strafrechtlicher Verfolgung. Dennoch erklärten sich Frauen aus allen Bevölkerungsschichten solidarisch, so dass die Zahl der Selbstbezeichnungen rasch auf 3000 anstieg.

Die Initiatorinnen der Selbstbezeichnungsaktion hatten die Medien bewusst eingesetzt. So fand sie enormen Widerhall quer durch Westdeutschland. In großen und kleinen Städten fanden sich Frauen zu Diskussionen, Gesprächskreisen, Aktionen zusammen. Dadurch bildeten sich Kerne von Netzwerken und Gruppen heraus, die teils später Frauenzentren gründeten und/oder in Bildungseinrichtungen, in Verbänden wie Kirchen und Gewerkschaften und im regionalen Zusammenhang die neuen feministischen Ansätze bekannt machten

und diskutierten. Die Trägerschichten hatten sich differenziert und ausgeweitet: Berufstätige Frauen (auch aus dem Medien- oder dem Bildungssektor), Hausfrauen, Mütter, Studentinnen trafen sich in den neuen Zentren und tauschten sich aus.

In ihren Organisationsformen orientierten sich die Feministinnen an basisdemokratischen Formen und grenzten sich zugleich von bürokratischen Massenorganisationen der Gewerkschaften und den eher etablierten Frauenverbänden ab. Den Kern der neuen Bewegung bildeten Kleingruppen, aus denen bei Aktionen, Konferenzen usw. rasch weitgefächerte personale politische Netzwerke entstanden. Kurz nach seiner „Erfindung“ in den USA¹² verbreitete sich der Ansatz der Selbsterfahrung oder Bewusstseinsbildung (*consciousness raising*) international wie ein Lauffeuer – so auch in Westdeutschland. Das Konzept war durch Erfahrungen entwickelt und weitergeführt worden: Die Frauen in einer Gruppe diskutierten offen ihre Erfahrungen zu einem zentralen Problem wie z.B. Verhütung und Lust in der Sexualität. Sie bezogen sie dann auf die Lage von Frauen und die Geschlechterungleichheit und entwickelten so politische Auswertungen und Einschätzungen über deren Ursachen und Reproduktion.

Diese Form der Bewusstseinsbildung als offener und (auch selbst-)kritischer Prozess ermöglichte eine Veränderung der eigenen Subjektivität, und sie bedeutete eine grundlegende Machtbildung für einzelne „ganz normale Frauen“: Indem sie sich gegenseitig ernst nahmen und anerkannten, gewannen sie auch individuell Selbstbewusstsein. Die Gruppen erwiesen sich zugleich als kleine „Lernzentren“, in denen Frauen Teamwork, Sprechen im kleinen Kreis oder vor der Öffentlichkeit, Organisations-Know-How usw. einübten. So erwarben sie Wissen über ihre Lebenszusammenhänge wie soziale und politische Kompetenzen, die sie in anderen Kontexten weiterverwenden und -entwickeln konnten. Die NFB wurde so ein riesiges Forum der politischen Erfahrung und Bildung für mehrere Frauengenerationen. Ihr Politikstil offener, personenzentrierter und egalitärer Gruppen und Netzwerke legte die Erfahrung und Bedürfnisse der Einzelnen zugrunde und beförderte ihre Verantwortlichkeit, Kompetenz und Machtbildung; er beeinflusste die neuen sozialen Bewegungen ab Mitte der siebziger Jahre grundlegend.

Da die Kleingruppen auf informellen Strukturen beruhten, waren sie allerdings gelegentlich diffus; trotz des demokratischen Anspruchs wurden Verantwortlichkeit und Aufgaben teils nicht klar zugeordnet und transparent. Ferner gab es kaum strukturelle Verfahren oder Lösungen für personale Konflikte, die sich als lähmend und zerstörerisch erwiesen.

In Westdeutschland erfolgte der feministische Aufbruch der NFB eher getrennt und in beiderseitiger Abgrenzung von den etablierten Frauenverbänden

wie dem deutschen Frauenrat.¹³ Die ersten Wellen der Frauenbewegungen waren damals aufgrund des langfristigen Traditionsbruchs u.a. durch den Nationalsozialismus und ihre Ausblendung aus dem Schulunterricht kaum bekannt, so dass eine differenziertere Auseinandersetzung mit dem intellektuellen und organisatorischen Erbe erst später in Gang kam. Erst nach dem Beginn der siebziger Jahre fanden allmählich Begegnungen und Annäherungen statt.¹⁴ Es bildeten sich nach 1970 immer wieder überregionale Organisationen heraus wie der DFB (Demokratische Frauenbund), die teils an Parteien oder sozialistische Verbände angelehnt waren. Sehr viel später zur Zeit der deutschen Vereinigung brachte der Unabhängige Frauenverband (1989), der die Gleichstellungserfolge in der DDR mit feministischen Ansätzen von Selbstbestimmung verband, neue Energie und politische Impulse in die NFB ein. Doch hat sich in der autonomen NFB das Primat der personenzentrierten Gruppen und Netzwerke durchgesetzt und erhalten; trotz mancher schwungvoller und wichtiger Versuche gibt es keine überregionalen Dachorganisationen, in der unterschiedliche Richtungen zusammenarbeiten und Fraueninteressen vertreten.

Die Kleingruppen und Netzwerke hatten sich zunächst in Volkshochschulen, Kirchen, Universitäten und anderen öffentlichen Räumen oder in Küchen und Wohnzimmern getroffen. Nach 1972 erfolgte ein Gründungsboom von Frauenzentren in Groß- und Kleinstädten, mit denen sie sich gemeinsame semiöffentliche Räume für Frauen schufen. „Im Zentrum“ gab es Beratungen für Frauen (oft zu Abtreibung), Gruppentreffen, Austausch, Frauenzeitschriften und Flugblätter, Kaffee und Gelegenheiten zum Schwatzen und zunehmend Feste. So bildeten die Zentren neue kulturelle und politische Räume und wurden zu Keimzellen feministischer Öffentlichkeit.

Die sich formierende NFB hatte zu diesem Zeitpunkt zahlreiche Kommunikationsnetze und Treffen, aber sie entwickelte erst allmählich eigene überregionale Medien. Die linke und liberale Presse hatte teils interessiert und neugierig, teils abwertend und ausgrenzend reagiert. Persönliche Diffamierungen in den Medien von Feministinnen zeigten bestürzenden Sexismus. Offensichtlich war es für den damaligen männlichen Medien-Mainstream einfacher, von „Hängebusen“ oder „Nachteulen“ zu sprechen, als sich mit den Inhalten der feministischen Kritik intellektuell auseinanderzusetzen. Die NFB konnte also versuchen, über neue und phantasievolle Aktionen Informationen in den Medien-Mainstream zu bringen, aber eigene Medien zur übergreifenden Kommunikation und Diskussion bildeten sich erst ansatzweise heraus. Dies änderte sich in der nächsten Phase.

Parallel zur Bildung der Gruppen und Gründung der Zentren vollzog sich eine weitere organisatorische Weichenstellung: Die Bewegung definierte sich

mehrheitlich als homosozialen Zusammenhang von Frauen. In einigen Kreisen waren Männer beteiligt. Doch nun vertrat die Frauenbewegung mehrheitlich einen klaren Separatismus; er wurde mit der Forderung nach Autonomie und eigenen Räumen für Frauen begründet. Warum die NFB in Westdeutschland den Weg des Separatismus einschlug, der in der Folge kaum hinterfragbar und quasi naturalisiert wurde, wäre eine wichtige Forschungsfrage.¹⁵

Die ersten Bewegungstexte, die Übersetzungen und Rezeption aus den USA, Westeuropa und der Dritten Welt verwoben sich mit den Ergebnissen der Selbsterfahrungsgruppen. Ausgehend von ihren – rekonstruierten – Erfahrungen forderten die Frauen autonome Definitionsmacht. Indem sie diese mit den vorherrschenden Geschlechterstereotypen und Ideologien kontrastierten, konnten sie neue Forderungen und Strategien entwickeln. Dabei ging es nicht um neue geschlossene Theorieentwürfe, sondern es handelte sich eher um Suchbewegungen entlang der Linien von Autonomie, Subjektivität und sinnlicher Vernunft (vgl. Knäpper 1984). Erfahrungen wurden als unmittelbarer Zugang zu einer anderen bisher unterdrückten Wirklichkeit gesehen. Die Kritik daran setzte in den späten siebziger Jahren ein. Insbesondere unter dem Einfluss von Foucault begannen Feministinnen, die Erfahrungsberichte als Diskurse aufzufassen, in denen Wirklichkeit und Perspektiven konstruiert werden.

Welche politischen Denkrichtungen beeinflussten die Diskurse der NFB? Sie war zunächst von sozialistischen Ansätzen beeinflusst, die sie undogmatisch feministisch wandte, und nahm die radikalen Analysen der sexuellen Gewalt und der internationalen Ausbeutung vor allem aus den USA und der Dritten Welt, die in den siebziger Jahren erarbeitet wurden, offen auf. Auf dieser Grundlage einer Mischung subjektorientierter, basisdemokratischer und gesellschaftstheoretischer Ansätze zeigte die NFB sich früh aufgeschlossen für neue Herausforderungen und Fragen: Lesbianismus, die Neubestimmung von Arbeit, Ökologie, die „Dritte Welt“ und feministische Friedensperspektiven. Diese Themen wurden in den folgenden Phasen heftig diskutiert und in der Praxis angegangen.

Projekte- und Konsolidierungsphase (1975-1980)

Die Frauengruppen und ihre neuen kommunikativen Netzwerke differenzierten sich ca. ab 1975 nach Richtungen, Themen und Praxisfeldern. Während sich in den Frauenzentren zunächst viele aktive Frauen generell austauschten und gemeinsam über die neuen brennenden Fragen diskutierten, bildeten sich Gruppen zu einem bunten Spektrum neuer Themen jenseits der bereits verbreiteten Beratungsprojekte zu Sexualität, Verhütung und Abtreibung heraus. Zentrale Kristallisationspunkte von Gruppen waren

Körper, Sexualität, Gesundheit,

Lesben,
 neue Lebensformen und Neubestimmung von Mutterschaft und Partnerschaften: Alleinerziehende oder mit Ausländern lebende Frauen,
 Bewussterwerb von und Kampf gegen sexuelle Gewalt,
 internationale Frauensolidarität,
 feministische Öffentlichkeit,
 Frauenforschung und -studien.

Diese Themen wirkten generierend für Diskussionen, Bewussterwerb und neue gleichheitliche Praxisformen. Frauen entwickelten gemeinsam neue Formen von Selbstuntersuchung und eigneten sich ihren Körper an, sie schrieben und spielten Theaterstücke über Lohn für Hausarbeit, sie trafen sich in feministischen Schwangerschafts- und Stillgruppen,¹⁶ sie veranstalteten Diskos nur für Frauen und gründeten die ersten Frauenrockbands.

In einer dynamischen Sicht wirkten die Themen auch generierend für die diskursive Entwicklung und „Entdeckung“ darauffolgender neuer Fragen und Probleme. Neue Diskurse entstanden und entfalteten sich in einzelnen *Thematisierungsketten*, wobei in diesem Rahmen nur vier wesentliche Felder angesprochen werden können:

1. *Zur autonomen weiblichen Sexualität und Erotik*: Frauen hatten erlebt, dass sie als Sexualobjekte und abhängige Partnerinnen definiert worden waren und sie hatten u.a. daraus ihren Leitsatz „Das Private ist politisch“ abgeleitet. Aus der Wiederentdeckung weiblicher Lust und Erotik ergab sich die Zuwendung zum eigenen Körper und seine Wiederaneignung. Die Feministinnen wollten sich nicht mehr fremdbestimmten Normen über die ideale Figur oder Brust oder die kanonisierte Form des Orgasmus fügen. Sie sammelten Erfahrungen aus ihrem Alltag; daraus ergab sich rasch ein großes Interesse und Wissen über Frauengesundheit, die als psychisches und körperliches ganzheitliches Wohlbefinden neu definiert wurde. Vorher galten weibliche Gesundheit und Sexualität eher als medizinisches Terrain, das die (männlichen) Frauenärzte beherrschten. „Hexengeflüster“ oder „Unsere Körper, unser Leben“ lauteten die Buchtitel, mit denen sich eine gemeinsame Reise zur Aneignung des eigenen Körpers und zur Einforderung von Definitionsmacht durch Frauen verband. Die Thematisierungskette spannte sich also von autonomer Sexualität zu Wissen und Selbstbestimmung über den Körper zum Neuentwurf von gesundem Leben.

2. *Zu lesbischen Erfahrungen und zum Lesbianismus*: Die Sexualitätsdebatte hatte die damalige ausschließliche Heterosexualitätsnorm relativiert. Die NFB bot ebenso wie die gemischte Homosexuellenbewegung Räume, in denen sich Lesben begegnen und ihre Forderungen und Visionen formulieren konnten.¹⁷ Während Lesben nun sichtbar und offensiv gegen soziale Diskriminierung auf-

traten, entwickelten sie unter dem Einfluss von Impulsen aus den USA generelle Visionen für die gesamte Frauenbewegung: Lesben sahen sich als „frauen-identifizierte Frauen“, die ihre Energien voll für Frauen und die Frauenbewegung einbringen könnten. Wichtig war auch die Vorstellung eines „lesbischen Kontinuums“, nach dem Frauen sich – in unterschiedlicher Intensität – Frauen zuwenden und sie lieben können; sie ermöglichte, trotz aller damaligen Kontrollen Brücken zwischen lesbischen und heterosexuellen Frauen zu bauen. Die Thematisierungskette verlief von den lesbischen Erfahrungen zu Neubestimmungen der Frauenbewegung und Kritik an Heterosexualität als Norm und Zwang.

3. *Zur Erneuerung des Arbeitsbegriffs:* Da unter Arbeit bisher nur Lohnarbeit verstanden wurde, wurde die überwiegend weibliche Reproduktionsarbeit zur menschlichen Versorgung ausgeblendet. In Weiterführung von Ansätzen aus den USA, Europa und Lateinamerika begannen Frauen, die gesellschaftliche Anerkennung von Versorgungsarbeit und „Lohn für Hausarbeit“ zu fordern. Mütterzentren und die Hausfrauengewerkschaft knüpften an diese materielle Fundierung der Reproduktionsarbeit an.

Aber auch die ersten Ansätze zur Prostituiertenorganisation bezogen sich auf die Hausarbeitsdebatte und definierten *sex work* als – bezahlte – Reproduktionsarbeit zu weitgehend ungeschützten Bedingungen. Die Thematisierungsketten gingen von einem Arbeitsbegriff aus, der realitätsgerecht um die Reproduktionsarbeit erweitert wurde: Eine Richtung führte von der Hausarbeit zur materiellen Anerkennung von Erziehungs- und Versorgungsarbeit. Das Erziehungsgeld 1986, die Anrechnung von Kinderversorgung in der Rente und die Pflegeversicherung bedeuteten ein elementares Entgelt für Versorgungsarbeit auf unterstem Niveau. Eine weitere Kette beeinflusste die Organisation von Prostituierten sowie die Diskussion um den internationalen Frauenhandel, die in Abgrenzung von der bisherigen Doppelmoral versuchte, einen feministisch-realistischen Zugang zu *sex work* zu entwickeln.

4. *Zur sexuellen Gewalt:* Vergewaltigung und Misshandlung von Frauen war bis zu den siebziger Jahren ein Tabuthema; die Opfer schwiegen meist aus Scham darüber. Die NFB wurde durch die Selbsterfahrungsgruppen und Berichte von Betroffenen mit dem Ausmaß und der Tiefe der sexuellen Gewalt konfrontiert. Sie wurde nicht mehr als privates Problem einzelner Frauen, sondern als strukturelle Unterdrückung im Patriarchat interpretiert. Sexuelle Gewalt läuft danach auf verschiedene politische Mechanismen hinaus, männliche Herrschaft zu sichern und zu stabilisieren, z.B. indem Frauen die Öffentlichkeit aus Angst vor Vergewaltigung meiden. Die Thematisierungsketten multiplizierten sich geradezu, als die vielfältigen und erschreckenden Gewaltformen allmählich

sichtbar und benennbar wurden: Schlägen von Frauen in Beziehungen, Vergewaltigungen, sexuelle Belästigung, Pornographie, Prostitution und der erschütternde sexuelle Missbrauch von Kindern.

In diesen vier wesentlichen Themenfeldern wurden zwar fortlaufend neue Fragen aufgeworfen und „entdeckt“; aber bis Mitte oder Ende der siebziger Jahre bildete sich rasch eine lang wirkende konzeptionelle Grundstruktur von feministischen Sichtweisen, Diskursen und Kontroversen heraus: Das Geschlechterverhältnis in der Moderne sei durch ungleiche Arbeitsteilung und Gewalt gekennzeichnet; durch die Ideologie der Privatheit und der natürlichen Geschlechterrollen sei die Geschlechterherrschaft in Lebenswelt, Medien und Wissenschaft legitimiert worden. Die Frauenunterdrückung sei also ein grundlegender Widerspruch moderner Gesellschaften, die allerdings mit anderen Spaltungen nach Klasse und Ethnie und der Ausbeutung der Natur vermittelt sei.

Diese radikale Kritik hinterfragte aber die Zweigeschlechtlichkeit der Verhältnisse kaum: Eher wurde sie durch die Forderung nach Autonomie der Frauen und dualistische Patriarchatsthese argumentativ reproduziert, da „die Männer“ als Nutznießer der Frauenunterdrückung und potentiell alle Frauen als Opfer patriarchaler Verhältnisse betrachtet wurden. Während die Frauenforschung in Westdeutschland Ende der achtziger Jahre gestützt auf sozialkonstruktivistische Ansätze einen solchen Geschlechtsdualismus zu hinterfragen begann, ist deren Potential erst ab Mitte der neunziger Jahre ansatzweise in der Frauenbewegung fruchtbar geworden. Der Ruf nach Geschlechterdemokratie und die Kritik an Identitätspolitik u.a. in der Lesbenforschung (vgl. Hark 1996) leiteten eine neue Suche nach Bündnissen und neuen demokratietheoretischen Fundierungen ein, die auch andere unterdrückte Gruppen einbeziehen wie z.B. umfassende BürgerInnenrechte (*citizenship*).

Die konzeptionelle Grundstruktur der feministischen Diskurse entfaltete sich vor dem internationalen Horizont der Frauenbewegung: Im ersten Tribunal gegen Gewalt gegen Frauen in Brüssel 1986 hatten sich Netzwerke in Europa und in den USA gebildet (Dackweiler 2000; Dackweiler/Schäfer 1999). Die Dekaden der Frau bildeten ab 1975 mit der ersten UN-Weltfrauenkonferenz in Mexiko einen institutionellen Rahmen für die Globalisierung der Frauenbewegung.

Die Trägerschichten der Neuen Frauenbewegungen hatten sich ausgeweitet: Sie war weiterhin vor allem eine Jugendbewegung; knapp 60% waren unter 25 Jahren und ca. 95% unter 30 Jahren. Doch zog sie auch Berufsfrauen (ca. 43%), Hausfrauen (ca. 20%) und Mütter, viele Lesben, auch einige MigrantInnen an.¹⁸

Weiter bildete sich eine Reihe von Frauenprojekten heraus; sie waren spezialisierte, aber flexible und in der Frauenöffentlichkeit verankerte Organisationen, die einzelne Fragen bearbeiteten. Ihre Trägerinnen verfolgten frauenpolitische

Ziele; sie mussten mit der Entwicklung der Projekte häufig auch die feministische Ansätze erfinden und entwickeln, die Gleichheit und Machtbildung zwischen den Frauen ermöglichen sollten. So weigerten sich die ersten Frauenhäuser, die betroffenen Frauen nach den geltenden bürokratischen Richtlinien als Sozialhilfefälle einzustufen (was die Betroffenen und nicht ihre gewalttätigen Ehemänner als Problemfall erscheinen ließ); sie schufen statt dessen in *learning by doing* Selbsthilfeansätze, die auf der Partizipation betroffener Frauen z.B. in der Hausversammlung und der alltäglichen Hausorganisation aufbauten. Solche Ansätze befruchteten und durchzogen die folgenden Selbsthilfebewegungen in Gesundheits- und Sozialpolitik. Damals waren sie sehr radikal und mussten mit hohem Risiko durchgesetzt werden, während sie heute gerade durch ihre erfolgreiche Verbreitung und Kopie routinisiert wurden, so dass sie erneut hinterfragt werden.¹⁹

Projekte bildeten sich zunächst in den Bereichen Gesundheit/Körper/Sexualität, Gewalt gegen Frauen, Frauenkultur und Bildung heraus. Sie vollzogen somit die anfängliche innere Differenzierung der NFB nach. Von besonderer Bedeutung ist allerdings die Herausbildung einer feministischen Öffentlichkeit und der Anfänge der Neuen Frauenforschung. Denn damit ergeben sich zugleich Möglichkeiten der Kommunikation über die Frauenbewegung sowie ihrer wissenschaftlichen Begleitung und Beobachtung: Sie eröffnen Chancen der Selbstreflexivität und Veränderung.

In ihrer Konsolidierungsphase brachte die NFB nun eigene Medien zur Schaffung von Kommunikation und Öffentlichkeit hervor. Besondere Bedeutung kam den beiden überregionalen Zeitschriften *Emma* und *Courage* zu. Sie waren Flaggschiffe feministischer Kommunikation und Öffentlichkeit zwischen diesen Kleingruppen, Netzwerken und Projekten und starteten selbst Diskussionen bzw. intervenierten darin. Durch diese Medien-Projekte hatte die NFB verschiedene Foren zur Information und zur Selbstverständigung geschaffen. Diese Diskussionsräume boten die Möglichkeit einer autonomen kritischen Auseinandersetzung und Selbstbeobachtung.

Studentinnen und wissenschaftliche Mitarbeiterinnen brachten Frauenforschung und -studien in die Universität ein. Die Sommeruniversität für Frauen, die von wechselnden Gruppen in Berlin organisiert wurde, bildete ein Forum für theoretische, auch internationale Impulse sowie für Kontroversen und Praxisreflexionen. Nachwuchswissenschaftlerinnen und Aktivistinnen bildeten den Kern der Frauenstudienbewegung, die sich in den achtziger Jahren erfolgreich für die Institutionalisierung von Frauenforschung einsetzte.

Zu Beginn der achtziger Jahre hatte sich die NFB differenziert, ihre Projekte hatten sich konsolidiert, und sie hatte stabile Netzwerke und einen neuen

gleichheitlichen und kreativen Politikstil entfaltet, der das *empowerment* von Frauen in allen Lebensbereichen stärkte. Vor allem die Dimensionen der Systematisierung der Diskurse in einer „Grundstruktur“, der veränderten Organisationsformen (Projekte) und der eigenen Medien rechtfertigen m.E., von einer neuen Phase der NFB zu sprechen.

Während sie sich anfangs als Protestbewegung formierte, entwickelten sich ab Mitte der siebziger Jahre Wechselwirkungen mit der institutionalisierten Frauenpolitik. Die Trennlinie zu den etablierten Frauenverbänden und den Frauenabteilungen der Gewerkschaften oder Kirchen weichte allmählich auf, so dass es zu persönlichen Kontakten und Meinungsaustausch kam. Weiter beeinflusste die NFB einige grundlegende Gesetzesreformen mit, wenn auch das Ausmaß nicht genau abzusehen ist. Zwar blieben die Revisionen des § 218 um 1974 und 1976 bei einem lauen Kompromiss, einer relativ freizügigen Indikationslösung, stehen. Doch führte die Reform des Familien- und Scheidungsrechts 1977 durch die sozialliberale Koalition das Zerrüttungsprinzip und eine Unterhaltsregelung ein, in der die Versorgungsarbeit – meist der Ehefrau – für Partner und Kinder materiell anerkannt wurde. Die institutionelle Integration, die von Kritikerinnen als Weg in den „Staatsfeminismus“ angegriffen wurde und in der nächsten Phase deutlich zutage trat, zeichnete sich bereits ab.

Phase der Differenzierung, Professionalisierung und institutionellen Integration (1980-1989)

Nach 1980 verstärkten sich die Tendenzen zur Professionalisierung und Integration der Frauenbewegung in politische und gesellschaftliche Verbände. Paradoxerweise zeigen ihre Diskurse zu diesem Zeitpunkt eine Wendung zur Betonung der Geschlechterdifferenz. Während die feministische Diskussion in den siebziger Jahren auf die Struktur und die Ideologiekritik der Geschlechterungleichheit fokussiert hatte, gewannen nun die Fragen nach einer gemeinsamen weiblichen Subjektivität und Identität, die der Frauenbewegung theoretisch zugrunde gelegt werden können, an Brisanz. In diesen Ansätzen besteht Emanzipation in der Anerkennung und Gleichwertigkeit, nicht der Minimierung der Differenz. Die Kontroversen um Differenz, Gleichheit oder Dekonstruktion von Geschlecht durchzogen die folgenden Phasen und sind bis heute nicht gelöst.

Die Gewaltdebatte wurde durch die Sichtbarmachung und Skandalisierung des sexuellen Missbrauchs dramatisiert. Die erschreckenden Erfahrungsberichte und Schätzungen zeigten den langzeitbiographischen Charakter von sexueller Gewalt und ihre Tiefenstrukturen auf. Familien wurden nun auch im öffentlichen Bewusstsein und den Medien vom intimen Hort zum Risikobereich für Frauen und Mädchen. Doch zeigten sich Gefahren der Skandalisierungsstrategie wie eine oft

stereotype Vermarktung des Problems in den Medien und ein Generalverdacht, der bei einigen Vätern zu tragischen Schicksalen führte und wenig zur Lösung der Problematik beiträgt. Insgesamt erhielt die Gewaltdebatte eine zentrale Stellung, während die Frage nach autonomer Sexualität und Eros zurücktrat.

Parallel dazu bildeten sich Gruppen, die gesellschaftliche Zukunftsthemen unter feministischer Perspektive neu bestimmten und dazu aktiv wurden: Im Zusammenhang mit der Ökologiefrage und der atomaren Aufrüstung wurde um 1980 die patriarchale herrschende Rationalität und Naturwissenschaft kritisiert und als Alternative eine sinnliche Rationalität der Subsistenz entworfen. Zugleich entwickelten sich internationale und innerdeutsche Netzwerke: Im Gegensatz zu den Gipfeltreffen der Politiker führten *Frauen für den Frieden* in der BRD und der DDR ihre „Taltreffen“ durch, und sie bauten Austausch mit den USA, Osteuropa und der Dritten Welt auf. Die Auseinandersetzung mit der Gen- und Reproduktionstechnik und den Informationstechnologien kritisierte die Instrumentalisierung von Frauen und ihren Körpern und der Natur.

Die Grundstruktur der Bewegungsdiskurse wurde in drei Punkten selbstkritisch hinterfragt. Der Mythos, dass alle Frauen gemeinsam und gleichermaßen von einem einheitlichen Patriarchat unterdrückt würden, wurde durch die Kritik der MigrantInnen, schwarzen Deutschen und der Lesben aufgebrochen. Die hierarchischen Differenzen, die sich zwischen Frauen aus ihrer Klasse, „Rasse“, kulturellen Herkunft und sexuellen Orientierung ergeben, kamen auf die theoretische und praktische Tagesordnung. Ebenso wurde das Bild der Frau als „Opfer des Patriarchats“ angegriffen und nach der Mittäterschaft von Frauen z.B. in Bezug auf die Abwertung anderer Frauen oder Rassismus gefragt. Schließlich begann die Diskussion um die „Männerbilder“ in der Bewegung und in der Frauenforschung, in der neue reaktive Stereotypen kritisiert wurden. Damit fingen Wissenschaftlerinnen an, sich sensibel mit Männern und Männlichkeit zu beschäftigen und die implizite Geschlechtergrenze in der Frauenforschung zu überschreiten. Die Weiterführung zur Genderforschung stand am Horizont.

Auch die Trägerinnen differenzierten sich weiter: Einzelne Gruppen formierten sich – wie zuvor schon die Lesben – als eigene „Subbewegungen“. Die MigrantInnenbewegung z.B. formulierte ihre Forderungen und Kritik am deutsch-zentrierten Feminismus, Mütter fanden sich in Mütterzentren zusammen; feministische Lehrerinnen, Journalistinnen, die Stadtplanerinnen, die Juristinnen oder die Lesben in der Kirche gründeten eigene Netzwerke, die teils auch regelmäßige Foren oder Rundbriefe und Zeitschriften einrichteten.

Mit der Konsolidierung der Projekte stellte sich eine gewisse Professionalisierung ein, die das frauenpolitische Engagement nicht ablöste, sondern umformte und spezifizierte (vgl. Brückner 2000). Wichtig war nicht nur, die Betroffenen

im Frauenhaus solidarisch zu unterstützen – oder ein Kulturzentrum mit einem spannenden Programm zu machen –, sondern auch, die Aufgaben professionell anzugehen und zu lösen sowie ggfs. Weiterbildung oder auch Supervision einzubeziehen.

Dazu kamen die unterschiedlichen institutionellen Flügel der NFB. Solche Flügel sind zunächst die Frauenabteilungen und Frauennetzwerke in sozialen Verbänden wie den Gewerkschaften, Kirchen und Wohlfahrtseinrichtungen. Ab Ende der siebziger Jahre hatten sie sich für Ansätze aus der Frauenbewegung geöffnet und sie in ihre Organisationen eingebracht. Was mit Bildungsarbeit und Gesprächskreisen begann, zeigte eine generierende Dynamik, so dass rasch Themen wie die Gleichstellung in den Gewerkschaften oder Kirchen, die Quotierung, die Neubestimmung der inhaltlichen Ausrichtung wie z.B. frauen- und familienfreundliche Arbeitsbedingungen auf die Tagesordnung kamen.²⁰ Der Preis der Integration lag darin, dass die Frauenanliegen nun für die Organisationen mit ihrer überwiegend männlichen Führer- und Trägerschaft „übersetzt“ und teils angepasst werden mussten. Doch konnten sich viele Frauennetzwerke von der Protest- zur Interventionskultur wandeln (vgl. Müller 1997).

Die Parteien öffneten sich ebenfalls mehrheitlich für Frauenpolitik. Die grüne Partei spielte eine Vorreiterrolle, da Feminismus einen ihrer inhaltlichen Stützpfeiler darstellte und diese Partei ein Bündnis mit autonomen Frauen einging. Eine klare Quotierung, das „Feminat“ eines rein weiblichen Parteivorstandes (1984) und wegweisende frauenpolitische Beschlüsse z.B. in Bezug auf berufliche Gleichheit setzten Maßstäbe für die anderen Parteien. Die SPD beschloss 1988 eine Quotierung in Höhe von 30% für jedes Geschlecht. Ferner machte sie sich in den Bundesländern und Kommunen für Gleichstellung und für Frauenforschung stark.

Die CDU hielt sich zwar mit der innerparteilichen Gleichstellung der Frauen zurück. Doch wurde Rita Süßmuth erste Frauenministerin in der Bundesrepublik und setzte 1986 erstmals den Erziehungsurlaub für Mütter oder Väter durch. Auch die konservative Frauenpolitik hatte sich unter dem Einfluss der Frauenbewegung modernisiert und pluralisiert.

Schließlich gelang auch die institutionelle Verankerung von Frauenforschung in den Kultur- und Sozialwissenschaften. Mit der ansatzweisen Institutionalisierung der Frauenforschung und ihrer sozialkonstruktivistischen Wende (s.u.) lockerte sich allerdings die Verbindung zur Frauenbewegung; beide Seiten sind auf der Suche nach Zukunftsmodellen kritischer und konstruktiver Kooperation.

Die wesentlichen Veränderungen dieser Phase sind die Differenzierung der Trägerschaft, die Professionalisierung der Organisationsformen und die institutionelle Integration. Die konzeptionelle Grundstruktur wurde in Westdeutsch-

land eher in Richtung der Geschlechterdifferenz verschoben, aber zugleich u.a. durch die Migrantinnen- und Lesbenbewegung hinterfragt. Schließlich bedeutet die Etablierung der Frauenforschung, dass nun auch feministische Wissenschaftskritik und die Suche nach Definitionsmacht die Neuen Frauenbewegungen begleiten und ein Potential für Reflexion und Innovation bieten.

Internationalisierung und Neuorientierung (seit 1989)

Die deutsche Vereinigung nach dem Fall des autoritären Kommandosozialismus einerseits und die zunehmende Globalisierung andererseits haben die Differenzierung und Internationalisierung der NFB weiter vorangetrieben. Die paternalistische Emanzipation in der DDR brachte einen Modernisierungsvorsprung in der Geschlechterfrage in die politische Kultur der neuen Bundesrepublik ein, der sich langfristig auswirken kann. Die Frauen im Osten erwarteten eine befriedigende und lebenslange Berufslaufbahn sowie hinreichende öffentliche Kinder- und Lebensversorgung; häufig arbeiteten sie mit Männern zusammen. Der UHV (Unabhängiger Frauenverband; 1989) nahm diese Lernprozesse und die Stärke der Frauen in Ost und West auf und wurde als organisierter Verband aktiv.

Einem überparteilichen Bündnis von Politikerinnen und Aktivistinnen gelang es, im § 2 des Grundgesetzes die Gleichstellung als staatliche Aufgabe zu verankern. Damit sind Gleichstellung und Quotierung im öffentlichen Dienst sowie die Aktivitäten von Frauenbeauftragten rechtlich abgestützt. Die Vereinigung erforderte auch eine Neuregelung des Abtreibungsrechts, da in der DDR die Fristenlösung galt. So beschloss die konservativ-liberale Regierung Kohl 1992 eine faktische Straffreiheit der Abtreibung, die allerdings als Straftat definiert wurde. Aus dem gleichen Motiv der Geburtenpolitik (und nicht primär zur Förderung beruflicher Emanzipation) wurde eine allgemeine Garantie für Kinderbetreuung für Kinder von drei bis sechs Jahren eingeführt, die allerdings keineswegs Ganztagsbetreuung beinhaltet.

Weitere rechtliche Reformen sind das Antidiskriminierungsgesetz von 1993, das sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz verbietet, und die schlussendliche Strafbarkeit von Vergewaltigung in der Ehe. Im Ausländerrecht wurde bei der Rückschneidung des Asylrechts 1993 der Aufenthalt von abhängigen Ehepartnern leicht verbessert. Ebenso wurde ausländischen Prostituierten ein minimales Aufenthaltsrecht zuerkannt. Die rechtliche Reformdynamik, mit der Forderungen der NFB umgesetzt wurden, kam unter der konservativ-liberalen Regierung von Kohl zeitweilig zum Erliegen, hat aber unter der rot-grünen Koalition erneut eingesetzt.

Parallel dazu ist die Bedeutung von übernationalen Regulierungen insbesondere durch die UN und die EU sehr angestiegen (vgl. Schmidt 2000). Die IV.

Weltfrauenkonferenz 1995 in Peking verabschiedete eine Aktionsplattform mit weitreichenden zukunftsorientierten Maßnahmen in zwölf zentralen Bereichen (u.a. Bildung, Arbeit, sexuelle Gewalt, Mädchen, Armutsbekämpfung, Ökologie, politische Partizipation; vgl. Wichterich 2000). Machtbildung für Frauen und *Gender Mainstreaming* wurden als Leitprinzipien der Gleichstellung beschlossen. *Gender Mainstreaming* bedeutet die gleichheitliche Beteiligung an Ressourcen und Entscheidungspositionen; weiter sollen alle staatlichen und öffentlichen Programme und Maßnahmen daraufhin überprüft werden, ob sie geschlechtergerecht sind. Da dieses Prinzip in die Amsterdamer Verträge 1997 übernommen wurde, ist es für die EU verbindlich und wird bereits in deutsches Recht übernommen (vgl. z.B. das Landesgleichstellungsgesetz NRW 1999; vgl. auch Schmidt 2000). Die internationale politische Neuorientierung der NFB, die sich mit der Eröffnung der internationalen politischen Gelegenheitsstrukturen ergab, bedeutet m.E. eine Veränderung zur vorigen Phase: Frauenbewegungen und Frauenpolitik orientieren sich nicht mehr vorrangig im Rahmen des Nationalstaats; vielmehr sind die Frauennetzwerke Pionierinnen von *Glokalisierung* (Alt Vater, Mahnkopf nach Lenz 2000b): Sie nehmen internationale Impulse auf, vermitteln sie zu nationalstaatlichen Bedingungen und werden vor Ort, in den Regionen, Betrieben, Bildungseinrichtungen, Gruppen aktiv.

Die Frauenforschung konzentrierte sich nun auf das Geschlecht als Leitfrage, so dass sich eine – heftig debattierte – Tendenz zur Geschlechterforschung abzeichnet. Sie brachte fundamentale Veränderungen und Innovationen in die Grundstruktur der feministischen Diskurse ein, die sich in den siebziger Jahren relativ früh herausgebildet hatte. Die These der sozialen Konstruktion von Geschlecht brach mit der Vorstellung, dass es zwei Geschlechter – Frauen und Männer – gibt, die auch zu den Grundlagen der NFB in Deutschland gehört hatte. Vielmehr wird Geschlecht als eine soziale Institution gesehen (Lorber 1999), die kulturell und gesellschaftlich geschaffen wird und Ungleichheit grundlegend legitimiert. Geschlecht wird von der dualen Naturgegebenheit zu einer letztlich wandelbaren und gestaltbaren Pluralität. Nicht mehr Anerkennung von Verschiedenheit, sondern *gender-free*, die Aufhebung des Geschlechtes als kollektive Zwangszuschreibung wird an den Horizont geschrieben. Die Konsequenzen und die Bedeutung dieser Entwicklung für die Praxis sind noch nicht ersessbar.

Zugleich wurden andere bisherige Grenzen des feministischen Diskurses überschritten. Die Antirassismusdebatte und die Forschung über MigrantInnen schuf ein Bewusstsein über Ausgrenzungstendenzen im Feminismus in Deutschland. Die Selbstorganisation von Migrantinnen wurde sichtbar (vgl. Schwenken 2000). Die Wiederbelebung der Debatten um Klasse, „Rasse“ und Geschlecht führte

zur Wahrnehmung der komplexen Ungleichheiten und Differenzen im Geschlechterverhältnis. Die Neuen Frauenbewegungen werden als plurale Bündnisse von Frauen aus unterschiedlichen sozialen Positionierungen wahrgenommen, und die interne Demokratie und Kommunikation wird allmählich diskutiert (vgl. Holland-Cunz 1998).

Der Ansatz der Geschlechterdemokratie²¹ will ein feministisches Zukunftskonzept entwerfen, das Frauen und Männer anspricht und mobilisieren kann. Es verbindet Gleichstellung mit einer generellen gesellschaftlichen Demokratisierung und gibt Ansatzpunkte für Bündnisse zwischen Frauen und Männern, die für Gleichheit eintreten.

Der politische und organisatorische Wandel brachte eine erneute Annäherung von Geschlechterforschung und Frauenbeauftragten bei der reaktiven Weiterentwicklung von Gleichstellung. Denn in der Globalisierungsdebatte erodierten die Grundpfeiler des vorigen westdeutschen Wohlfahrtsstaats, auf den sich die NFB der siebziger und achtziger Jahre bezogen hatte. Neue Steuerungsmodelle und der „aktivierende Staat“ setzen weniger auf zentrale rechtliche oder bürokratische Vorgaben, sondern auf Anreize und Sanktionen, die dezentral wirken sollen. Damit wird auch Gleichstellung flexibilisiert und tendenziell zur permanenten Verhandlungssache.

Die Trägerinnen der NFB haben berufliche und institutionelle Positionen erworben, und sie sind in die Jahre gekommen. Leider fehlen Untersuchungen über ihre Schicht, kulturelle Herkunft oder ihr Alter. Dass aber Feministinnen mittlere und einige Entscheidungspositionen in wichtigen Institutionen errungen haben – also gerade ihr Erfolg – lässt die „Frauenfrage“ aber auch als selbstverständlich erscheinen, und sie wird weniger mit kritischem Potential und eigenständigen Aufbrüchen verbunden. Jüngere Frauen betonen die Notwendigkeit, unter veränderten Rahmenbedingungen Feminismus und Frauenbewegung für sich neu zu definieren. So richtet sich die Zukunftshoffnung auf Erneuerung auch auf die „widerspenstigen Töchter“ (Weingarten, Wellershof 1999) oder junge Kolleginnen.

Die institutionelle Integration bedeutet zudem, dass Frauenbewegung weniger auf der Straße stattfindet als in zahlreichen dezentralen Veranstaltungen, Verhandlungen und Veränderungen in kleinen oder großen Schritten. Das Fehlen einer übergreifenden feministischen Öffentlichkeit, in der Kontroversen ausgetragen und Strategien entwickelt werden könnten, erweist sich als großes Defizit. Kurz gesagt: Es geschieht sehr viel, aber niemand weiß das noch. Dennoch hat sich die Frauenbewegung nicht angesichts der veränderten gesellschaftlichen Verhältnisse und ihrer eigenen Erfolge zur Ruhe gelegt, sondern sie verändert sich weiter und wirkt transformativ.

Wer hat was wie verändert?

Zur Bedeutung der Frauenbewegungen für die Modernisierung

Welche Bedeutung den Neuen Frauenbewegungen für die Modernisierung der Geschlechterverhältnisse zukommt, ist eine komplexe empirische Frage und nur schwer genau festzumachen. Es scheint sinnvoll, zwischen unterschiedlichen Ebenen des sozialen Wandels zu unterscheiden, um den Einfluss der Frauenbewegungen zu konzeptualisieren und zu untersuchen. Es bietet sich eine Unterscheidung an zwischen:

1. dem *soziokulturellen Wandel*, der sowohl den breiten Bewusstseinswandel als auch die kulturellen Veränderungen u.a. in Alltagskultur und Medien umfasst.
2. dem *soziostrukturellen Wandel*, d.h. der Verteilung von Ressourcen und Chancen: Dazu gehören vor allem Veränderungen der geschlechtlichen Arbeitsteilung in Bezug auf bezahlte und unbezahlte Arbeit und der Zugang zu Bildung. Im Unterschied zu den deutlichen Gleichheitstendenzen in der Allgemeinbildung hat sich die ungleiche geschlechtliche Arbeitsteilung in den verschiedenen sozialen Milieus in Westdeutschland nicht grundlegend geändert, sondern eher modifiziert und modernisiert (vgl. Burkhard/Koppetsch 1999). In Ostdeutschland wird die institutionelle Unterstützung für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wie Kindergärten, Weiterbildung für Mütter usw. bedroht und erodiert.
3. dem *politischen Wandel*: Frauen sind in der politischen Öffentlichkeit präsent. Im Jahr 2000 umfassen sie in Deutschland 30,9% der ParlamentarierInnen, und sie haben Kabinettspositionen erreicht. Integration in Macht- und Entscheidungspositionen bedeutet eine gewisse Demokratisierung, allerdings noch nicht per se einen grundlegenden Wandel in der Politik. Ferner haben die Neuen Frauenbewegungen basisdemokratische Partizipationsformen jenseits der herkömmlichen bürokratischen männlich zentrierten Organisationsformen in die politische Kultur eingebracht. Und sie thematisieren neue Politikinhalte für postindustrielle Gesellschaften wie die Fragen von Gleichheit und Differenz oder die Bedeutung der *Care-Work* in Familie und Bürgerarbeit.
4. dem *institutionellen Wandel*: Unter Institutionen werden die langfristigen Normen und Regeln verstanden, die bestimmte soziale Kontexte regulieren.²² Die moderne bürgerliche Familie regelt in diesem Sinne als Institution die ungleiche Arbeitsteilung im Heim, und das staatliche Familienrecht marginalisiert einstweilen gleichgeschlechtliche Lebensweisen. Ein institutioneller Wandel wäre z.B. eine Anerkennung der Pluralisierung von Lebensformen und eine gesellschaftliche Unterstützung gleichheitlicher Partnerschaften und der Kindererziehung.

Die Unterscheidung dieser Ebenen des sozialen Wandels könnte zu einer differenzierteren Beurteilung der feministischen Strategien beitragen: Für die Bewusstseinsveränderung z.B. ist eine Kritik von Zweigeschlechtlichkeit stimulierend, wie sie sich aus der reflexiven Entwicklung der Frauenbewegung ergibt. Daraus ergab sich aber manchmal unter der Hand das Tabu, wie bisher die Fragen von Kinderversorgung und Mehrfachbelastung in die institutionelle Gleichstellung einzubeziehen. Denn es wurde befürchtet, so ungewollt die Vorstellung der beschäftigten Frau als potentielle Mutter zu bestärken und somit die angestrebte Gleichheit zu konterkarieren. Jedoch wäre wichtig, die Strategien auf die jeweiligen Ebenen des sozialen Wandels zu orientieren. Wenn die institutionellen Normen und Regeln Frauen fortlaufend als Hausfrauen und Mütter definieren, ist die Antwort wenig ertragreich, dass Geschlecht sowieso sozial konstruiert sei. Vielmehr würde es gelten, einerseits die Pluralisierung der weiblichen Lebensentwürfe hervorzuheben, zu denen heute das Leben allein oder mit Männern oder mit Frauen und/oder Kindern gehört, und andererseits die institutionelle Regulierung der Mutterschaft genau zu untersuchen.

Wenn wir die Ebenen des sozialen Wandels betrachten, so lassen sich einige Vermutungen über den Einfluss der Neuen Frauenbewegungen anstellen. Ich nehme an, dass sie einen fundamentalen *Bewusstseinswandel* erreicht haben: Erstens akzeptiert die Mehrheit der Frauen geschlechtliche Ungleichheit nicht (vgl. Institut für Demoskopie Allensbach 2000). Weiterhin wird seit 30 Jahren in Beziehungen und am Arbeitsplatz intensiv über „Geschlecht“ verhandelt, es wird hinterfragt und ansatzweise neu definiert. Ungleichheit ist nicht mehr selbstverständlich, sondern sie wird diskursiv aufgegriffen, umgedeutet, angegriffen. In neueren kulturellen Projektionen wie der *queer-theory* oder einer Vielgeschlechtlichkeit jenseits des Geschlechtsdualismus wird eine generelle Befreiung von Geschlecht angedacht.

Der kulturelle Wandel lässt sich auch an neuen Frauen- und Männerbildern oder androgynen oder virtuellen Körperrepräsentationen in den Medien erkennen. Die Neuen Frauenbewegungen leiteten also subjektive Bewusstseinsveränderungen und eine Vervielfältigung und Politisierung von Geschlechter- und Körperdiskursen in den Medien ein.

Doch werden die Bewusstseinsveränderungen nicht unmittelbar auf den anderen Ebenen des sozialen Wandels umgesetzt: Einerseits zeigt sich dort das Beharrungsvermögen (die Hexis) neopatriarchaler Verhältnisse. Andererseits ist die Eigenlogik gerade *institutioneller Regeln* vom kulturellen Wandel tendenziell abgeschirmt oder immunisiert. Am ehesten gelang eine größere *politische Partizipation* von Frauen, die allerdings nur zurückhaltend und ansatzweise in Gleichstellungspolitik übersetzt werden konnte.

Doch die neuen Aufbrüche von Frauen und solidarischen Männern werden in der Reproduktion der geschlechtlichen Arbeitsteilung absorbiert. Die jungen Frauengenerationen werden mit dem Versprechen, die Gleichberechtigung sei längst erreicht, vor den verkrusteten Verhältnissen stehen gelassen. Die Zähigkeit und Reproduktion der Ungleichheit wird unterfüttert durch die Zurückhaltung des institutionellen Wandels. Eine Zukunftsfrage der Neuen Frauenbewegungen liegt darin, wie sie – ohne ihr feministisches Kritikpotential und ihre Sprengkraft zu verlieren und die Eigenlogik der Institutionen zu übernehmen – *institutionellen Wandel zu Geschlechtergerechtigkeit* anregen und erreichen können.

Anmerkungen

- 1 Für Diskussionen und Unterstützung danke ich sehr herzlich u.a. Reinhart Kößler, Michiko Mae, Lisa Mense, Helen Schwenken, Kristina Schulz, Charlotte Ullrich und Paula Villa.
- 2 Diese Einschätzung bezieht sich auf die generellen Schwerpunkte der Frauenforschung in Deutschland. Doch liegen einige sehr wichtige Untersuchungen vor, wie die Gesamtdarstellungen zur Entwicklung der Frauenbewegung in Deutschland (vgl. Apostolidou 1995; Gerhard 1990; Frevert 1986; Nave-Herz 1997 und zur NFB die neue Zusammenfassung von Dackweiler/Schäfer 1999). Empirische Untersuchungen zur NFB konzentrieren sich auf einige zentrale Aspekte, wie die feministischen MigrantInnen/Intellektuellen (Gutiérrez Rodríguez 1999), die Lesbenbewegung (Hark 1996), die Thematisierung (Schäfer 2000) und Organisierung der NFB gegen sexuelle Gewalt (Hagemann-White 1997; Brückner 2000) sowie die regionale Entwicklung der NFB (Dackweiler 1995; Poppenhusen 1992) und ihre interne Ungleichheit (Franzke/Frerichs 1998); die Internationalisierung der NFB wird u.a. bei Lenz, Mae, Klose 2000; Dackweiler 2000; Schmidt 2000; Schwenken 2000, Wichterich 2000 untersucht.
- 3 Vgl. u.a. Gerhard 1999; Offen 2000; Raschke 1988, Rucht 1994; die Definition lehnt sich stark an die klassische handlungstheoretische Bestimmung von Raschke an (vgl. 1988, S. 77).
- 4 Insofern will diese Definition über das Konzept der *Identitätspolitik* hinausführen, das vor allem in der politisch-feministischen US-Diskussion der achtziger Jahre vorherrschend war. Vgl. Zur Kritik der Identitätspolitik die wegweisenden Arbeiten von Sabine Hark (1996) und Encarnación Gutiérrez Rodríguez (1999).
- 5 Meine Position lässt sich auch als Versuch lesen, den Ansatz der sozialen Konstruktion des Geschlechts für die Analyse von Frauenbewegungen fruchtbar zu machen und zugleich die Dualismen zu überwinden, die die Sozialwissenschaft des 19. Jhs. mit ihren dualistischen Konzepten von Geschlecht und Klasse in die folgende Forschung eingeschrieben hat.

- 6 Diese Erklärung hat häufig einen geschichtsphilosophischen oder teleologischen Beiklang, als ob diese Bewegungen bestimmte Missionen innehätten. Zu weiteren soziologischen und sozialpsychologischen Ansätze bis ca. 1980 vgl. Raschke 1988.
- 7 Allerdings scheint die Erklärungsfähigkeit der Ressourcenmobilisierungs-Theorie für die Entstehung der NFBen begrenzt, da diese unter chronischem Geld-, Zeit- und Ressourcenmangel litten (vgl. Lenz/Mae 2000; Davis 1999).
- 8 Umgekehrt kann Geschlossenheit die Herausbildung sozialer Bewegungen insofern begünstigen, als ihre Anliegen nicht im politischen System aufgenommen werden und jene autonom vertreten müssen.
- 9 Dieter Rucht spricht rel. weit von „Kontextstrukturen“; vgl. Rucht 1994; Schwenken 2000.
- 10 Dies wird später am Beispiel der *Consciousness-Raising* Gruppen erläutert, s.u.
- 11 Diese überknappe Zusammenfassung einer der wichtigsten sozialen Bewegungen im 20. Jh., die die Subjektivität, die Köpfe, Emotionen und Körper der Beteiligten umfassend beeinflusst hat, muss von vornherein ein unzureichendes Fragment bleiben; eher gegen bessere Einsicht wird der Versuch einer bisher noch nicht vorliegenden einführenden Skizze bis zur Gegenwart gewagt.
- 12 Der englische Begriff gibt eher wieder, dass es sich nicht – wie oft unterstellt – um „subjektive Lagergruppen“, sondern um die kritische Rekonstruktion der sozialen Machtverhältnisse handelt, die allerdings nicht von der Theorie diktiert, sondern von der Sicht der betroffenen Individuen her erarbeitet werden sollten. Die Bewusstwerdungsgruppen diskutierten durchaus kontrovers und politisch orientiert; aufgrund des basisdemokratischen Ansatzes sind sie bis heute wichtig für Organisationsansätze „von unten“. Vgl. Davis 1999; DuPlessis/Snitow 1998.
- 13 Der Deutsche Frauenrat ist ein Zusammenschluss von Frauenverbänden und Frauengruppen gemischter Verbände; insgesamt sind ca. 100 Organisationen mit rund 11 Mio. Mitgliedern in ihm vertreten. Er wurde 1951 neu gegründet und benannte sich 1969 in „Deutscher Frauenrat“ um; er sieht sich als politische Interessenvertretung der Frauen und wird zunehmend auch international aktiv.
- 14 Im Gegensatz dazu bildete sich in den USA rasch eine gewisse Kooperation zwischen dem Verband NOW (*National Organization of Women*, 1966) und den neuen autonomen radikalen Ansätzen heraus (vgl. Davis 1999, S. 29ff; Ferree, Hess 1994).
- 15 In anderen Ländern wie z.B. Japan oder den USA beteiligten sich einige Männer an der NFB. In Westdeutschland kann die Entscheidung für den Separatismus in den frühen siebziger Jahren u.a. durch die patriarchalen und sexistischen Presseangriffe sowie die massive politische Ausgrenzung durch einige Vertreter der Neuen Linken einerseits sowie die Vereinnahmungsversuche durch männerdominierte kommunistische Zirkel andererseits begünstigt worden sein. Die feministischen Gruppen beanspruchten einen Freiraum zur Entwicklung ihrer Ansätze und Visionen, der durch den Separatismus eher zu erreichen schien. Allerdings wurde diese Entscheidung in der Folge nicht noch einmal grundlegend diskutiert, sondern ihre Konsequenz „veralltäglichte sich“.

- 16 In den siebziger Jahren erschien Geburt vor allem als medizinisches Problem, und die männlichen Gynäkologen hatten Definitionsmacht. Stillen wurde in der Öffentlichkeit kaum toleriert, z.B. stillende Frauen aus Cafés verwiesen usw.
- 17 Als Problem stellte sich, dass die NFB zu Beginn Lesbianfragen eher ignorierte und Männer in der Homosexuellenbewegung vorherrschend waren.
- 18 Die Angaben beruhen auf einer Leserinnenumfrage 1978 der Zeitschrift *Courage* mit einem Sample von 663 Frauen (vgl. *Courage* 1978, Heft 11, S. 31); es handelt sich also nur um Tendaussagen.
- 19 Vgl. Brückner 2000 zur Professionalisierung und selbstreflexiven Weiterentwicklung der Frauenprojekte.
- 20 Die Untersuchung von Rucht u.a. (vgl. 1997) der sozialen Bewegungsprojekte in Berlin hat gezeigt, dass die Institutionalisierung einer Bewegung nicht notwendig in ihrer Bürokratisierung endet, sondern dass in den Neuen Sozialen Bewegungen auch in der Institutionalisierungsphase neue Thematisierungen und Mobilisierungen stattfinden.
- 21 Der Ansatz wurde um das Feministische Institut der Heinrich-Böll-Stiftung entwickelt; er erscheint als „*work in progress*“, so dass sich weitere Fragen stellen.
- 22 Judith Lorber definiert Geschlecht (*Gender*) als Institution (vgl. 1999).

Literatur

- Autonome Frauenredaktion (Hg.) (1989, 1990): *Frauenbewegungen in der Welt*. (3 Bde.). Berlin
- Apostolidou, Natascha (1995): *Die Neue Frauenbewegung in der BRD und Griechenland. Eine vergleichende Studie*. Frankfurt a.M.
- Brand, Karl-Werner (Hg.) (1985): *Neue soziale Bewegungen in Westeuropa und den USA. Ein internationaler Vergleich*. Frankfurt a.M./New York
- Brückner, Margrit (2000): Vernetzung zwischen politischem Anspruch und professionellen Erfordernissen – Überlegungen zur Entwicklung der autonomen deutschen Frauenprojektebewegung. In: Lenz, Ilse/Mae, Michiko, a.a.O., S.75-94
- Bühmann, Andrea (1995): *Das authentische Geschlecht. Die Sexualitätsdebatte der Neuen Frauenbewegung und die Foucaultsche Machtanalyse*. Münster
- Burkhard, Günter/Koppetsch, Cornelia (1999): *Die Illusion der Emanzipation. Zur Wirksamkeit latenter Geschlechtnormen im Milieuvvergleich*. Konstanz
- Costain, Anne (1992): *Inviting Women's Rebellion. A political Process Interpretation of the Women's Movement*. Baltimore/London
- Dackweiler, Regine (1995): *Ausgegrenzt und eingemeindet : die neue Frauenbewegung im Blick der Sozialwissenschaften*. Münster
- (2000): „Wir sind der Nukleus der globalen Zivilgesellschaft“ – Zusammenspiel und Wechselverhältnis der internationalen und nationalen Frauenbewegungen am Beispiel des österreichischen Gewaltschutzgesetzes. In: Lenz, Ilse/Mae, Michiko, a.a.O., S. 167-199

- /Schäfer, Reinhild (1999): Lokal – national – international: Frauenbewegungspolitik im Rück- und Ausblick. In: Klein, Ansgar/Legrand, Josef (Hg.): Neue soziale Bewegungen. Impulse, Bilanzen und Perspektiven. Opladen/Wiesbaden. S. 199-244
- Davis, Flora (1999): Moving the Mountain. The Women's Movement in America since 1960. New York. 2. Aufl.
- Dickel, Helga/Brauckmann, Caroline (1998): Frauennetzwerke 98/99. Diemedia/Köln
- DuPlessis, Rachel/Snitow, Ann (Hg.) (1998): The Feminist Memoir Project. Voices from Women's Liberation. New York
- Ferree, Myra Marx/Martin, Patricia Yancey (Hg.) (1995): Feminist Organizations. Harvest of the New Women's Movement. Philadelphia
- Franzke, Heike/Frerichs, Petra (1998): Die Netze der Frauen – eine quantité négligeable? In: Zeitschrift für Frauenforschung. Heft 48 ,1998. Bielefeld. S. 90-104
- Frevert, Ute (1986): Frauen-Geschichte: zwischen bürgerlicher Verbesserung und neuer Weiblichkeit. Frankfurt a.M.
- Gerhard, Ute (1990): Unerhört. Die Geschichte der deutschen Frauenbewegung. Reinbek
- (1999): Atempause. Feminismus als demokratisches Projekt. Frankfurt a.M.
- Gutiérrez Rodríguez, Encarnación (1999): Intellektuelle Migrantinnen. Subjektivitäten im Zeitalter von Globalisierung. Opladen
- Hagemann-White, Carol u.a. Hg. (1997): Parteilichkeit und Solidarität. Praxiserfahrungen und Streitfragen zur Gewalt im Geschlechterverhältnis. Bielefeld
- Hark, Sabine (1996): Deviante Subjekte. Die paradoxe Politik der Identität. Opladen
- Heinrich-Böll-Stiftung, Feministisches Institut (1999): Dokumentation der Beiträge zu „Wie weit flog die Tomate?“ Eine 68erinnen-Gala der Reflexion. Berlin
- Hervé, Florence (Hg.) (2000): Geschichte der deutschen Frauenbewegung. 7. Aufl. Köln
- Holland-Cunz, Barbara (1998): Feministische Demokratietheorie. Thesen zu einem Projekt. Opladen
- Institut für Demoskopie Allensbach (2000): Fraueninteressen und Frauenpolitik. Eine Repräsentativbefragung zu den Interessen von Frauen und ihren Erwartungen an die Politik. Im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
- Knäpper, Marie-Theres (1984): Feminismus – Autonomie – Subjektivität. Tendenzen und Widersprüche in der neuen Frauenbewegung. Bochum
- Lenz, Ilse (1994): Zum Umgang mit den Unterschieden zwischen Frauenforscherinnen. In: Modelmog, Ilse/Gräfel, Ulrike (Hg.): Konkurrenz & Kooperation. Frauen im Zwiespalt?
- (1995): Geschlecht, Herrschaft und internationale Ungleichheit. In: Becker-Schmidt, Regina/Knapp, Gudrun Axeli: Das Geschlechterverhältnis als Gegenstand der Sozialwissenschaften. Frankfurt a.M./New York. S. 19-47
- (2000a): What does the women's movement do, when it moves? Kommunikation und Organisation in der neuen japanischen Frauenbewegung. In: Lenz,Ilse/Mae, Michiko (Hg.): a.a.O., S. 95-132

- (2000b): Globalisierung, Geschlecht, Gestaltung? In: Lenz, Ilse/Nickel, Hildegard/Riegraf, Birgit (Hg.): *Geschlecht - Arbeit - Zukunft*. Münster. S. 16-49
- (2000c): Politische Modernisierung und Frauenbewegungen in Japan und Deutschland. Zum Versuch einer vergleichenden Perspektive. In: Pigulla, Andreas u.a. (Hg.): *Ostasien verstehen*. Peter Weber-Schäfer zu Ehren. Festschrift aus Anlass seiner Emeritierung. BJOAS Bd. 23, S. 217-231
- /Mae, Michiko (Hg.) (2000): *Frauenbewegungen weltweit. Aufbrüche, Kontinuitäten, Veränderungen*. Opladen
- Lorber, Judith (1999): *Gender-Paradoxien*. Opladen
- McAdam, Doug (1994): Das „Framing“ der amerikanischen Bürgerrechtsbewegungen. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Sonderheft 34, Jg. 46, S. 393-412
- (Hg.) (1996): *Comparative perspectives on social movements: political opportunities, mobilizing structures, and cultural framings*. Cambridge
- Mae, Michiko (2000): Wege zu einer neuen Subjektivität. Die neue japanische Frauenbewegung als Suche nach einer anderen Moderne. In: Lenz, Ilse/Mae, Michiko (Hg.): a.a.O., S. 21-50
- Morgenroth, Christine (1996): *Die engagierte Frau. Frauen und ihre Interessenorganisationen*. Münster
- Müller, Ursula (1997): Von der Gegen- zur Interventionskultur: „Frauenforschung“ als institutionalisierte Sozialwissenschaft. In: Metz-Göckel, Sigrid/Steck, Felicitas (Hg.): *Frauenuniversitäten. Initiativen und Reformprojekte im internationalen Vergleich*. Opladen
- Müngst, Agnes Senganata (1998): *Der Beitrag lesbischer Frauen zur Öffentlichkeit der Autonomen Frauenbewegung am Beispiel einer Großstadt*. Pfaffenweiler
- Nave-Herz, Rosemarie (1997): *Die Geschichte der Frauenbewegung in Deutschland 5., überarb. u. erg. Aufl.* Niedersächsische Landeszentrale für Politische Bildung, Hannover
- Offen, Karen (2000): *European Feminisms. 1700 1950. A Political History*. Stanford
- Ostner, Ilona (1998): Soziale Ungleichheit, Ressentiment und Frauenbewegung. Eine unendliche Geschichte? In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Sonderheft 38, Jg. 50, S. 383-404
- Pateman, Carol (1988): *The Sexual Contract*. Cambridge
- Poppenhusen, Margot (1992): *Viel bewegt - nichts verrückt? 20 Jahre Frauenbewegung in Freiburg*. Freiburg
- Raschke, Joachim (1988): *Soziale Bewegungen. Ein historisch-systematischer Grundriß*. Frankfurt a.M./New York
- Rucht, Dieter (1994): *Modernisierung und neue soziale Bewegungen. Deutschland, Frankreich und USA im Vergleich*. Frankfurt a. M./New York
- (1997): *Soziale Bewegungen auf dem Weg zur Institutionalisierung: zum Strukturwandel „alternativer“ Gruppen in beiden Teilen Deutschlands*. München

- Ruppert, Uta (Hg.) (1998): Lokal bewegen, global verhandeln. Internationale Politik und Geschlecht. Frankfurt a.M./New York
- Ryan, Barbara (1992): Feminism and the Women's Movement : Dynamics of Change in Social Movement Ideology. New York
- Schäfer, Reinhild (2000): Die politischen Strategien der neuen Frauenbewegung gegen Gewalt im Geschlechterverhältnis: Der Prozess der Konstituierung körperlicher und sexualisierter Gewalt gegen Frauen als soziales Problem. Dissertation Universität Frankfurt a.M.
- Schenk, Herrad (1992): Die feministische Herausforderung. 150 Jahre Frauenbewegung in Deutschland. 6. Aufl. München
- Schild, Veronica (1992): Jenseits der „Zivilgesellschaft“: Unsichtbare Aspekte des Übergangs von der Diktatur in Chile. In: Peripherie. Zeitschrift für Politik und Ökonomie in der Dritten Welt. Nr. 47/48
- Schmidt, Verena (2000): Zum Wechselverhältnis zwischen europäischer Frauenpolitik und europäischen Frauenorganisationen. In: Lenz, Ilse/Mae, Michiko, a.a.O., S. 133-167
- Schwenken, Helen (2000): Frauen-Bewegungen in der Migration. Zur Selbstorganisation von Migrantinnen in der Bundesrepublik Deutschland. In: Lenz, Ilse/Mae, Michiko, a.a.O., S. 133-167
- Tarrow, Sidney (1996): Power in Movement: Social Movements and Contentious Politics. Cambridge Studies in Comparative Politics. Cambridge
- Weingarten, Susanne/Wellershoff, Marianne (1999): Die widerspenstigen Töchter. Für eine neue Frauenbewegung. Köln
- Wichterich, Christa (1996): Wir sind das Wunder, durch das wir überleben. Die 4. Weltfrauenkonferenz in Peking. Köln
- (2000): Strategische Verschwisterung, multiple Feminismen und die Globalisierung von Frauenbewegungen. In: Lenz, Ilse/Mae, Michiko, a.a.O., S. 257-280
- Wobbe, Theresa (1989): Gleichheit und Differenz. Politische Strategien von Frauenrechtlerinnen um die Jahrhundertwende. Frankfurt a.M./New York
- Zdravomyslova, Elena (2000): Die Feministinnen der ersten Stunde im heutigen Russland: Ein Portrait vor dem Hintergrund der Bewegung. In: Lenz, Ilse/Mae, Michiko, a.a.O., S. 51-73

Ulrike Hänsch

Feministische Verstrickungen und Perspektiven. Das Beispiel Frauenprojekte

Mit der Frauenbewegung verbinden wir in unserer Vorstellung normalerweise eine Bewegung des Protestes und des Widerständigen. Feministinnen widersprechen herrschenden Meinungen, Normen und kulturellen Praxen – damit sind sie berühmt geworden, damit identifizieren wir sie und damit identifizieren wir uns.

Feministinnen legen Widerspruch ein auf zahlreichen Gebieten, in vielfältigen sozialen Feldern. Und sie tun dies, indem sie Grenzen einer männlich zentrierten Kultur überschreiten. Die Politik der Frauenbewegung ist so immer auch eine Politik fortwährender Grenzüberschreitungen mit dem Ziel, die patriarchalen Grenzen des Erlaubten und die patriarchalen Grenzen sozialer, politischer und ökonomischer Macht langfristig zu verschieben – im Interesse von Frauen wie auch im Interesse einer größeren Geschlechtergleichheit. Widerspruch und Grenzüberschreitung sind auf diese Weise die wichtigsten Durchsetzungsformen frauenbewegten Handelns oder wie Sigrid Metz-Göckel formuliert: „In der provokativen Phase der neuen Frauenbewegung wurde die Möglichkeit einer Reform des § 218 zu einem kollektiven Befreiungsakt aus unwürdiger, sozial diskriminierender sowie kriminalisierter Bevormundung ... ‘Aufs Kämpfen eingestellt’, legten die Schriften und Aktionen ein überraschendes Widerstands- und Aggressionspotential von Frauen frei, ein selbstbewußtes Regeln überschreitendes Bestehen auf der Lust und List eine Frau zu sein.“ (Metz-Göckel 1989, S. 36)

Dieses politische Engagement, das sich gegen dominante kulturelle Normen und soziale Grenzen wendet und für größere Handlungsfreiheit und Ermächtigung von Frauen einsetzt, baut allerdings gleichzeitig eigene Grenzen auf und entwickelt eigene Dominanzen. Die feministische Gegenbewegung wird nach einer ersten Zeit der „Unschuld“ seit den achtziger Jahren selbst als Macht angegriffen. Sie wird schließlich selbst als diskursive Macht verstanden, angesichts derer sich neue Gegenbewegungen formieren, die ihrerseits die im „Mainstream-Feminismus“ verdrängten und vergessenen Themen freilegen, besetzen und diskursfähig machen. So haben „chronologisch früher als im deutschsprachigen Raum ... in den USA ‘Women of Color’ auf die Relevanz dieser Dimension sozialer Differenz aufmerksam gemacht. Doch auch hierzulande spielt die Kritik an der Farbenblindheit sozialwissenschaftlicher Frauenforschung seit den Anfängen der 1990er Jahre eine wichtige Rolle und speist sich u.a. aus

Arbeiten der Migrationsforschung.“ (Villa 2000, S. 41) Lesbische Frauen wiederum kritisierten insbesondere die in der Frauenforschung unreflektierte Heteronormativität (vgl. u.a. Hacker 1989, Pagenstecher 1990, Hänsch 1998).

Daß die feministische Politik des Widersprechens selbst von Widersprüchen und Ambivalenzen begleitet und durchzogen ist, soll hier einer genaueren Betrachtung unterzogen werden. Das Motiv dabei ist allerdings nicht, das Widersprüchliche in der Politik eliminieren und wegredden zu wollen. Widersprüche sind vielmehr als etwas aufzufassen, das möglichst klar zu realisieren, mit dem flexibel und reflektiert umzugehen ist und das letztlich wohl oder übel als konstitutiver Bestandteil feministischer Politik, vermutlich von Politik insgesamt, auszuhalten ist.

Ich beginne mit einer Rückschau auf die gegenkulturellen Wurzeln feministischer Bewegung und die Geschichte von Frauenprojekten, die aufgebrochen waren – und mit dieser Absicht bis heute verbunden sind –, das gegenkulturelle „Andere“ des Feminismus nicht nur zu denken, sondern es in einer politischen und beruflichen Praxis zu realisieren.

Rückschau auf gegenkulturelle Wurzeln von Frauenbewegung und Frauenprojekten

„Ausgangspunkt der Neuen Frauenbewegung ist“, so formuliert Margrit Brückner, „eine ‘Politik der ersten Person’, die Idee, gleichzeitig sich selbst und die gesellschaftlichen Strukturen zu verändern“ (Brückner 1996, S. 464). Diese Neudefinition des Politischen durch die Einbeziehung des Privaten zeigte sich in den ersten und wichtigsten Aktivitäten der autonomen Frauenbewegung, in den Frauengruppen und später (bis heute) in den Themen der Projekte. Deutlich wird dies insbesondere bei der Veröffentlichung und Skandalisierung „privater“ Gewalt gegen Frauen und Mädchen und in der Suche nach „anderen“ Formen des menschlichen Miteinanders, sowohl im beruflichen und öffentlichen als auch im privaten Raum. Die Suche nach dem „anderen“ besseren Miteinander hat die autonome Frauenbewegung in West-Deutschland mehrheitlich als eine Suche nach Kooperation und Verbindung *mit Frauen* kreiert (vgl. Müntst 1998). Die mehr oder minder ausschließliche Bezugnahme auf Frauen und die Gemeinschaft mit Frauen ist ein zentrales Motiv der feministischen Projekte – ein Motiv, das seine Wurzeln in den Anfängen einer sozialen Bewegung findet, die das Organisationsprinzip der Homosozialität als wesentliche Dimension ihres gegenkulturellen Handelns entwarf. „Frauen wollten sich aufeinander beziehen, miteinander arbeiten, ungeachtet der Vorurteile, die nach wie vor über das Verhältnis zwischen Frauen herrschen und verbreitet werden ...

Die Neue Frauenbewegung setzte Frauensolidarität gegen Isolation und Rivalität.“ (Koppert/Lindberg 1993, S. 76)

Der positive Bezug auf die weibliche Identität wurde somit in den 70er Jahren zu einem wesentlichen Moment der neu entstehenden Bewegung, die sich die „Befreiung der Frauen“ zum Ziel setzte (vgl. Geiger/Hacker 1989). Eine der wichtigen euphorisierenden Lernerfahrungen jener Anfangszeit war für viele die Erkenntnis, daß selbst erlebte Gewalt- und Unterdrückungserfahrungen von anderen Frauen geteilt werden und daß Unterdrückung und Benachteiligung keine individuellen Probleme, sondern strukturelle Erfahrungen von Frauen sind.

In meiner schon einige Jahre zurückliegenden Untersuchung über die Bedeutung feministischer Gruppen und Projekte in Wuppertal schildert eine Interviewpartnerin die biographische Relevanz dieser feministischen Kontexte.

„Und das erste, was wir da natürlich auch machten – in allen Städten fand das ja so statt –, war eine Selbsterfahrungsgruppe. Und das waren wichtige Erkenntnisse, die wir da machten ... Das waren meine Unsicherheiten, die ich im ganzen Leben hatte, ich hab mir nie etwas zugetraut, ich hab immer gedacht, ich bin die Dümme in der ganzen Welt ... Und dann auf einmal hör ich da, daß andere Frauen so ähnliche Probleme hatten. Und dann kamen wir ja allmählich darauf zu sprechen, daß wir ja in dieser Kultur benachteiligt werden, daß wir ja nicht diese Chancen haben, zu lernen und Berufe zu haben, das haben wir uns ja alles erst erarbeiten müssen ... Mir war das erstmal ganz wichtig, überhaupt was mit Frauen zu machen. Die ganzen vorher gelebten fünfzig Jahre war ich immer sehr einsam ... Und dann kam ich in diese Frauengruppen und da hab ich gefühlt, hier bin ich zu Hause. Und von da an hab ich mich so radikal verändert. Ich war ja vorher total verklemmt, hatte Berührungsängste und Kontaktschwierigkeiten. Und in diesen zwanzig Jahren Frauenbewegung bin ich ein ganz anderer Mensch geworden.“ (Hänsch 1991, S. 12)

Die Interviewpartnerin beschreibt hier individuelle und kollektive Emanzipationsprozesse, die möglich werden, indem sich Frauen ihrer ähnlichen oder gleichen Erfahrungen vergewissern, diese Erfahrungen als strukturelle Merkmale einer frauen-benachteiligenden Kultur markieren, den Regeln dieser Kultur widersprechen und die ihnen gesetzten Grenzen mit der Unterstützung anderer Frauen überschreiten. Diese euphorisierenden Lern- und Erkenntnisprozesse der Frauen fanden und finden in vielfältigen Kontexten statt. Von besonderer Bedeutung scheinen hier vor allem die Selbsterfahrungsgruppen in den siebziger und frühen achtziger Jahren. In diesen Gruppen verbindet sich die persönliche Leidens- und Unterdrückungserfahrung, das individuelle Motiv zur Veränderung und die Abstraktion von der eigenen Erfahrung durch die Begegnung mit den Erfahrungen anderer Frauen – Prozesse, die die einzelnen als euphorisierende Bestärkung und Ermächtigung erleben.

Innerhalb dieser kollektiven feministischen Kontexte definieren Frauen neu, was eine Frau sein könnte, wie sie leben könnte, woran es mangelt, welche Ansprüche gestellt werden können und welche Wünsche zu formulieren überhaupt möglich ist. Diese kollektiven Erfahrungen, die Diskussions- und Denkprozesse *in Gruppen* ermöglichen es den beteiligten Frauen, neue und befreiende Konstruktionen von Wirklichkeit und neue Lesarten der Wirklichkeit zu entwickeln.

„Der Gruppenzusammenhang bildet die Basis für die Selbstveränderungs- und Solidarisierungsprozesse, denn ein ‘Frauenbewußtsein’ ist ja nicht einfach da, sondern entwickelt sich erst im Prozeß der sozialen Auseinandersetzungen und über krisenhafte persönliche Erfahrungen, die ausgetauscht und reflektiert werden. Dieses neue Selbstbewußtsein ist eine Ressource, auf die die Bewegung der Frauen zurückgreifen kann, indem sie mithilft, es zu entfalten.“ (Metz-Göckel 1989, S. 52)

Wenn wir davon ausgehen, daß wir die „Wirklichkeit“, die uns umgebende und die uns innewohnende, nicht pur oder authentisch aneignen können, sondern diese immer erst entziffern und lesen müssen, wir also „Wirklichkeit“ nicht unmittelbar erleben, sondern daß das Erleben immer zugleich ein Deuten ist, so bedeutet Frauenbewegung eben auch einen Rahmen, in dem sich neue Deutungen von Wirklichkeit entwickeln konnten und können.

Soziale Ungleichheit der Geschlechter strukturiert die Gesellschaft und ist ein Prinzip gesellschaftlicher Organisation, das bis in die kleinsten Bereiche hinein gilt – dies könnte zusammenfassend als *das* feministische Deutungsmuster bezeichnet werden. Geschlechterungleichheit und weibliche Identität wurden zu zentralen Themen frauenbewegter Auseinandersetzung. Beides wurde dabei zunächst und einerseits als etwas Soziales und damit auch Veränderliches verstanden.

Frauenprojekte balancieren mit Widersprüchen

Mit der Gründung der Frauenprojekte, die sich in den achtziger Jahren in Westdeutschland aus den feministischen Diskussions- und Aktionsbewegungen der ersten Jahre entwickelten und eine neue Phase der Bewegung darstellen, wurde die Verberuflichung feministischer Anliegen zum Kernpunkt aller Veränderungen: Die „Transformation frauenpolitischer Forderungen in Belange beruflicher Arbeit hat nachhaltige Auswirkungen auf die politischen Ansprüche gezeitigt, die die Projektgründungen geprägt haben“ (Brückner 1996, S. 468). In den Frauenprojekten selbst sollten sich allerdings zugleich – und dies war eines der wesentlichen Motive für ihre Gründung – feministische Utopieentwürfe eines ‘anderen’ Arbeitens und Lebens verwirklichen. „Die Zusammenarbeit in

den Projekten sollte nicht nur den Zielen feministischer Befreiungspolitik dienen, sondern zugleich Modell neuer Kollektivität sein“ (Koppert/Lindberg 1993, S. 76). Als Eckpfeiler dieses angestrebten Modells neuer Kollektivität verstanden viele Projektgründerinnen zumindest in den ersten Jahren: Hierarchiefreiheit, Parteilichkeit, Unabhängigkeit von formalen beruflichen Qualifikationen und das Prinzip der Konsensentscheidungen (vgl. Steffens 2000, S. 85).

Die gemeinsam erfahrene Unterdrückung als Frauen wurde – so zeigt Brückner – „als Basis gleicher Bedürfnisse und geteilter Ziele gesehen: Selbstbefreiung und das Ende männlicher Vorherrschaft“ (Brückner 1996, S. 464). Die Gründungsphase der autonomen Frauenprojekte war, wie die Frauenbewegung zu jener Zeit insgesamt, geprägt von der Vorstellung kurzfristig durchsetzbarer, weitreichender politischer Veränderungen und von „überschwenglichen Hoffnungen auf Schwesterlichkeit“ (Brückner, ebenda) und geborgener Gleichheit unter Frauen. Die Erfahrungen der in den Projekten tätigen Frauen machten jedoch deutlich, daß gesellschaftliche Veränderungsprozesse schwerfällig sind und es auch unter Frauen unterschiedliche Lebensvorstellungen, mangelnde Verlässlichkeit und Konkurrenz gibt. Nicht zuletzt zeigte sich, daß die verführerisch einfachen feministischen Deutungsmuster der ersten Frauenbewegungsjahre Idealisierungen, Vergrößerungen und vor allem zahlreiche blinde Flecken aufweisen. So konstatiert Margrit Brückner:

„Die beflügelnden Vorstellungen der Anfangsphase erwiesen sich im Alltag als problematisch, denn die Realität bleibt auch unter guten Bedingungen weit hinter vielen Hoffnungen zurück. Dennoch wären die Projekte ohne diese Utopien nicht gegründet worden, da es ja gerade nicht um caritative Unterstützung ging, sondern um solidarisches Handeln zum eigenen Wohle.“ (Brückner 1996, S. 465)

Im Feminismus der ersten Jahre kommt so auch sehr viel von dem zum Ausdruck, was Ernst Bloch mit dem Prinzip Hoffnung verbindet. Es zeigte sich eine – wie Bloch sagt – „kundige Unzufriedenheit ...“, die zur Hoffnung gehört, weil sie beide aus dem Nein zum Mangel entspringen“ (Bloch 1985, S. 3). Nichts kennzeichnet die Frauenbewegung, besonders in ihrer Konstitutionsphase, so sehr wie dieser Affekt des Hoffens, die Unwilligkeit, sich zu bescheiden, und die daraus hervorgehende Bewegung des Verändernwollens. Der Glaube an das Gelingen der Veränderung war dabei beinahe selbstverständlich. So war es gewissermaßen ein erotisches Verhältnis, das die Frauen zur Frauenbewegung entwickelten. Und diese Erotik war nicht zuletzt gespeist durch machtvollere Phantasien darüber, was die Frauenbewegung alles verändern könne. Es ist diese erotische Faszination, die heute vielfach vermißt wird. Mit einem vielleicht etwas gewagten Bild könnte das Verhältnis der frauenbewegten Frauen zur Frauenbewegung verglichen werden mit einer Liebesbeziehung, die in die Jahre

gekommen ist. Nach der ersten Zeit glücklicher Symbiose, die so glücklich machte, weil sie ein Gefühl von Ermächtigung vermittelte, stellte sich schließlich für viele Ernüchterung und Enttäuschung ein.

Die Schwierigkeiten innerhalb und mit der eigenen Frauenbewegung kristallisierten sich nicht zufällig auch in den Widersprüchen, mit denen die Frauenprojekte zu leben haben. Die Frauenprojekte sind heute – vielleicht neben den institutionalisierten Frauenbeauftragten in den unterschiedlichen Organisationen und der Frauenforschung innerhalb oder neben den Universitäten – die sichtbarsten öffentlichen Repräsentanten von Frauenbewegungen insgesamt. Und sie scheinen die eigentlichen rechtmäßigen Erbinnen und würdigen Nachfolgerinnen der autonomen Frauenbewegung der siebziger Jahre – gewissermaßen die einzigen „leiblichen Töchter“ dieser Frauenbewegung – zu sein. Parthenogenetisch aus ihr entstanden, haben sie nicht zuletzt mit den gewaltigen in sie gesetzten Hoffnungen ihrer Mütter zu kämpfen. So erfahren sie als privilegierte Erbinnen zwar besonderes Interesse und besondere Wertschätzung, aber es richten sich auch besondere Erwartungen an sie.

Die Leistungen der Frauenprojekte sind beachtlich, und sie zu würdigen fällt – bei einem allseits bekannten feministischen Hang zu Kritik – zu oft und besonders innerhalb feministischer Kontexte unter den Tisch. Die Projekte haben nicht nur Benachteiligung von Frauen und Gewalt gegen Frauen und Mädchen thematisiert und zu einem öffentlichen Thema gemacht, sie bieten konkrete Unterstützungen für unterschiedliche Gruppen von Frauen. In den Projekten wurde die anfangs ausschließlich ehrenamtliche, da als politisch verstandene Arbeit zu professioneller und nunmehr bezahlter Arbeit entwickelt. In den vielfältigen Arbeitsbereichen, die Frauenprojekte heute abdecken, haben die Gründerinnen und die heutigen Mitarbeiterinnen ein überaus hohes Maß an professioneller Kompetenz erreicht. Dies ist um so beachtlicher, wenn wir die relativ kurze Zeitspanne bedenken, in der Frauenprojekte überhaupt existieren. Es wurden neue Strukturen und Arbeitsformen geschaffen. Und selbst wenn sich die Ziele und Arbeitsformen der einzelnen Projekte unterscheiden, so sind die meisten Frauenprojekte ihrem Selbstverständnis nach bis heute immer noch *auch* Orte politischen Engagements geblieben. Wenn die frauenbewegten Anfangsjahre durch das Verständnis geprägt waren, daß das Private politisch sei, so kann – wie Barbara Kavemann bemerkt – „als neue These gelten, daß auch das Fachliche politisch ist“ (Kavemann 1997, S. 192).

Allerdings hat insbesondere die Professionalisierung und Spezialisierung der Projekte diese gleichzeitig sowohl in ihrer Außendarstellung als auch in ihren inneren Strukturen stark verändert. Susanne Hauser formulierte bereits 1990 in einer Arbeit über Autonome Frauenprojekte: „Die autonomen Frauenprojekte

haben sich, teilweise nach zehn- und fünfzehnjähriger Tätigkeit, konsolidiert ... In dem Prozeß der Konsolidierung ist das Vorläufige, das in dem Wort Projekt steckt, ein wenig antiquiert worden, Professionalisierung bestimmt das Bild.“ (Hauser 1990, S. 78) Nach massiven Kürzungen im Sozial- und Kulturbereich der öffentlichen Haushalte ist dieser vorsichtige Optimismus, was die materielle Basis der Projekte anbelangt, nur bedingt aufrecht zu erhalten. Gleichwohl üben Frauenprojekte noch immer eine große Anziehung auf viele Frauen aus. Nicht zuletzt ist es aber gerade die zunehmende Professionalisierung, die mit den eigenen Grundsätzen und utopischen Entwürfen der Anfangsjahre in Widerspruch gerät. Frauenprojekte sollen für die mitarbeitenden Frauen und für die Adressatinnen einerseits „anders“ sein als alle anderen Organisationen, andererseits sind sie jedoch gerade im Zuge ihrer Professionalisierung und des damit verbundenen Bedarfs an öffentlichen Geldern einem hohen Anpassungsdruck unterworfen. Aufgrund ihrer Erfahrungen mit Berliner Frauenprojekten beschreibt Susanne Hauser, daß in der intensiven Auseinandersetzung mit öffentlichen Geldgebern diesen gegenüber eine gewisse Annäherung stattfindet, die bis zur Identifikation, zur Übernahme von Bewertungen, Maßstäben und Kategorien reichen kann (vgl. Hauser, ebenda). Marion Steffens konkretisiert dies für die Arbeit in Frauenhäusern:

„Die Struktur der Arbeit wurde von der Bezahlung oder Nichtbezahlung erheblich beeinflusst ... Die Auswirkungen von Bezahlung waren beispielsweise: Einhaltung formaler tariflicher Qualifikationsanforderungen, feste Arbeitszeiten, Verstärkung der Hierarchie zwischen Mitarbeiterin und Bewohnerin, die paradoxe Situation abhängige Arbeitnehmerin und Arbeitgeberin zugleich zu sein, ständiger Kampf ums Geld, der viel von denjenigen Energien band, die vorher in politische Aktionen geflossen sind.“ (Steffens 2000, S. 86)

Wenn Politik eng mit den existenzsichernden Notwendigkeiten von Erwerbsarbeit verknüpft wird, schwächt dies – so argumentiert Steffens –, „die Freiheit des politischen Handelns. Dies scheint mir vor allem dann zu gelten, wenn der ursprüngliche Politisierungsimpuls der Frauenbewegung, etwas Neues in die Welt zu bringen, durch die Konzentration auf die Arbeitsplatzsicherung und damit einhergehende Professionalisierungstendenzen erloschen ist.“ (Steffens 2000, S. 92)

In der Arbeit der Projekte zeigt sich also ein anstrengender Spagat der Frauenbewegung, der in den euphorischen Anfangsjahren so gewiß nicht phantasiert wurde. Die Feministinnen in den Projekten befinden sich mit einem Bein in einem Land des „Andersseins“, der Patriarchatskritik und den Wünschen und Vorstellungen von „besseren Verhältnissen“, zu deren Realisierung sie aufgebrochen waren. Mit dem zweiten Bein jedoch stehen sie im Bereich der Notwendig-

keiten, der Sachzwänge, der mühseligen Existenzabsicherungen. Mit utopischen Wünschen im Kopf und im Herzen finden sich die Frauen in den Projekten schließlich immer häufiger wieder in den Niederungen einer Realität, die von Machtgefällen und einschränkenden Normierungen durchzogen ist und die um den Preis des Überlebens mehr oder minder deutliche Spuren von Anpassen und Einfügen verlangt. Zudem werden nicht zuletzt aufgrund neu entstehender dekonstruktiver, identitätskritischer Deutungsmuster der neunziger Jahre Widersprüche in feministischen Konzepten und Wirklichkeitskonstruktionen unübersehbar. Beides hinterläßt nicht nur bei Projektmitarbeiterinnen deutliche Spuren der Verunsicherung.

Inwiefern die Frauenprojekte Irritationen erfahren, weil auch sie auf naturalisierte Geschlechterbinarität relativ unreflektiert rekurren, ist bislang nur ansatzweise diskutiert worden. Im folgenden geht es vor allem darum, die Verbindung zwischen der Praxis der Frauenprojekte und den im Theorieraum relevant gewordenen identitätskritischen Verunsicherungen überhaupt zu thematisieren und vielleicht einige auch konkretere Forschungen in diesem Bereich anzuregen.

Als eine Antriebskraft von autonomer Frauenbewegung und Frauenprojekten kann nicht zuletzt die Postulierung und Idealisierung eines „Spezifischen“, eines „Anderen“ der Frauen gelten: „Die patriarchale Setzung weiblichen Andersseins wurde im Zuge des Aufbruchs der Neuen Frauenbewegung mit der Hoffnung ‘anders = besser’ versehen und durch Gegenidealisierung der Frauen zu einer positiven Zuschreibung umgedeutet. Ort dieser Hoffnung waren vor allem die autonomen Projekte, wo das ‘Andere’ in eigenen Räumen entworfen und vorgelebt werden konnte.“ (Brückner 1996, S. 475) In welchem Maße die Frauen der Frauenbewegung (und nicht nur in Projekten engagierte Frauen) hier Hoffnungen investierten, daß sich eine „andere“ Wirklichkeit entwerfen ließe, läßt sich am bisweilen recht deutlichen Ausmaß von Enttäuschung und vielleicht auch einer „Entidealisierung“ von Frauenzusammenhängen ablesen (vgl. u.a. Brückner/Holler 1990). Nicht selten geht dies einher mit der Frage, ob das Ende der Überhöhung des Weiblichen auch ein Ende der Schaffung und Beibehaltung gemeinschaftsstiftender Orte für Frauen bedeutet. In der Tat – so die Beobachtung in den letzten Jahren – zeigen sich viele Frauen enttäuscht, daß die Frauenbewegung nicht das gebracht hat, was frau sich von ihr erwartet hat, und erklären das Projekt Feminismus für antiquiert oder für schon immer verfehlt. Und selbst bei denjenigen, die noch immer „dabei“ sind, macht sich beispielsweise angesichts stagnierender oder zurückgehender Besucherinnenzahlen bei Veranstaltungen, mangelnder öffentlicher Wertschätzung und vielleicht vor allem mangelnder inhaltlicher Inspirationen und Anregungen Verun-

sicherung und Unzufriedenheit breit. Die Fixierung des „Anderen“ der Frauen war insofern vielleicht nicht nur Antriebskraft, sondern auch Behinderung, die sich als Lähmung auswirkt.

Gleichwohl bietet das sich zu Beginn der neunziger Jahre artikulierende Unbehagen an bisherigen Umgangsweisen mit der Kategorie „Geschlecht“ innerhalb der Frauen- und Geschlechterforschung möglicherweise auch für die professionelle und politische Arbeit von Frauenprojekten wertvolle Anregungen. Diese theoretische Grundsatzdiskussion, die zumeist ausschließlich im akademischen Raum geführt wurde, faßt Birgit Wartenpfehl zusammen:

„Der Gegenstand sozialwissenschaftlicher Frauenforschung – die Kategorie ‚Geschlecht‘ – hat ihre Gewißheit verloren, und die Frauenforschung teilt sich nun die Sinnkrisen-debatte mit der allgemeinen Soziologie. Im Zusammenhang der zunehmenden Rezeption poststrukturalistischer Theorien und der vermehrten Aufmerksamkeit gegenüber konstruktivistischen Ansätzen innerhalb der sozialwissenschaftlichen Frauenforschung ist es immer uneindeutiger geworden, worauf sich die Frauenforschung mit der Kategorie Geschlecht überhaupt noch beziehen kann.“ (Wartenpfehl 2000, S. 13)

Der frauenforschende Streit um die Kategorie Geschlecht kulminierte Anfang bis Mitte der neunziger Jahre vor allem im Zuge der Rezeption von Texten der US-amerikanischen Philosophin Judith Butler, insbesondere ihres Buches „Gender Trouble. Feminism and the Subversion of Identity“ (1990). Es spiegeln sich in diesen Debatten eben jene Widersprüche und Grenzen, die in der feministischen Theorie und Praxis heute und in den letzten Jahren hervortraten. Diese haben nicht zuletzt auch damit zu tun, daß bisweilen gern gelehnet wird, daß gegenkulturelles Handeln durchaus auch immer in das verwickelt ist, was es bekämpft – beispielsweise wenn in Frauenprojekten auf ein spezifisch Weibliches, ein gemeinsames Element von Weiblichkeit Bezug genommen wird.¹ Interessanterweise blieb die Frauenprojektebewegung von einer solchen durch Streit und Debatten begleiteten Sinnkrise, soweit ich dies zu beurteilen vermag, fast gänzlich verschont. Möglicherweise aber könnte die Debatte, die die Frauenforschung enorm belebt hat, auch für die Frauenprojekte erfrischende Wirkung haben.² Entlang zweier Thesen von Judith Butler – „Das feministische Wir ist stets nur eine phantasmatische Konstruktion“ und „Die Geschlechtsidentität ist eine Imitation, zu der es kein Original gibt“ – lassen sich zwei wichtige feministische Deutungsmuster diskutieren, die sowohl für die Frauenforschung als auch für Frauenpolitik und Projektarbeit handlungsleitend waren und sind.

Das „feministische Wir“ – das „feministische Ich“

„Das feministische Wir ist stets nur eine phantasmatische Konstruktion, die zwar bestimmten Zwecken dient, aber zugleich die innere Vielschichtigkeit und Unbestimmtheit dieses 'Wir' verleugnet und sich nur durch die Ausschließung eines Teils der Wählerschaft konstituiert, die sie zugleich zu repräsentieren sucht.“ (Butler 1991, S. 209)

Butler thematisiert hier Ausschlußverfahren im Feminismus, die – wie in den vergangenen Jahren aus vielerlei Perspektiven festgestellt (vgl. u.a. Gümen 1998, Hänsch 1998, Hark 1996, Schäfer 1998) – mit der Politik der Frauenbewegung und der Beschwörung eines feministischen Wir verbunden sind. Das „Wir Frauen“ der Frauenbewegung hat zwar für viele Frauen, wie beschrieben, stärkende und ermächtigende Wirkung. Gleichwohl trifft dies nicht für alle Frauen zu, obwohl doch die meisten feministischen Gruppen den Anspruch haben, tendenziell die Interessen aller Frauen zu vertreten. So wurde in den achtziger Jahren innerhalb der westdeutschen autonomen Frauenbewegung massive Kritik von Schwarzen Frauen und Migrantinnen laut, die der Politik und Wissenschaft der Frauenbewegung eine einseitige und unreflektierte „weiße Perspektive“ vorwarfen.

So zeigt Sedef Gümen auf, daß die „politisch tradierte Betonung des wesentlichen 'Andersseins' von Frauen“ für die hiesige Frauenbewegung eine wichtige Legitimationsfunktion hat, um politische Autonomie und Selbstbestimmung von und für Frauen zu gewinnen. Die Differenz zwischen den Geschlechtern gilt dabei als ein „Schlüsselkonzept“ und als eine „fundamentale Differenz“ mit der Folge, daß „andere soziale Kategorien (z.B. Klasse, Ethnizität) als sekundäre oder auch konkurrierende Merkmale“ betrachtet werden (Gümen 1994, S. 25).

Sedef Gümen kritisiert hier eine feministische Praxis (sowohl in der Frauenforschung als auch in der feministischen Politik), Geschlechterdifferenz als primäre und zentrale Kategorie sozialer Schließung zu verstehen. Mit der Wahrnehmung von Geschlecht als primärer Unterdrückungsform wird zugleich ein Wir-Frauen, eine einheitliche Identität von Frauen konstruiert, die allerdings – so zeigt Gümen – die Verschiedenheit von Frauen im Sinne ihres unterschiedlichen Verwobenseins in unterschiedliche Formen von Unterdrückung verwischt und verleugnet. (Vgl. hierzu auch u.a. Butler 1991, 1995; Gutiérrez Rodríguez 1999; Wartenpfehl 2000)

In den letzten Jahren wird nicht nur der politische Sinn eines eindeutigen feministischen Wir angezweifelt. Problematisiert wird auch die selbstverständliche Bezugnahme feministischer Theorie und Politik auf eine dem kulturellen Einfluß vorgängige biologisch begründete Zweigeschlechtlichkeit. Butler formuliert: „Es gibt keine 'richtige' Geschlechtsidentität, eine, die zu dem einen statt

zu dem anderen Geschlecht gehören würde und die in welchem Sinn auch immer, dessen kulturelles Eigentum wäre ... die Geschlechtsidentität ist eine Imitation, zu der es kein Original gibt“ (Butler 1996, S. 26). Diese Argumentation fokussiert weniger ein feministisches Wir, sondern gewissermaßen das *feministische Ich*, die individuelle Geschlechtsidentität. Die selbstverständliche Bezugnahme in feministischer Theorie und Politik auf den weiblichen Menschen gerät ins Blickfeld der Kritik. Demnach affirmieren feministische Konzeptionen den geschlechtlichen Machtdiskurs bereits dann, wenn die Kategorie Frau unreflektiert als gegebene, biologische Tatsache angenommen wird.

An den Irritationen, die nicht „ordnungsgemäß“ geschlechtlich identifizierte Wesen, Transsexuelle, Transvestiten, Butch, KV³ und Tunte auslösen, zeigt sich, wie sehr menschliche Identität mit einer „ordnungsgemäßen“ eindeutigen geschlechtlichen Identifizierung verbunden ist und wie diejenigen, die weder ganz als Frau noch als Mann einzuordnen sind, eine Form kultureller Unmöglichkeit darstellen (vgl. u.a. Butler 1995, S. 29f.). Diese „Wesen“, wie Butler sie nennt, passen nicht in die soziale Ordnung und sind doch Teil dieser sozialen Wirklichkeit. In die Gedankengebäude und Aktivitäten eines Feminismus, der auf Geschlechterdifferenz als primärer Kategorie rekurriert, lassen sie sich allerdings ebenso wenig integrieren. So braucht auch der Feminismus für seine Theorie und Politik bisher meist eindeutige Geschlechter. Denn auch innerhalb feministischer Kontexte wird das „Insistieren auf einem bipolaren Modell der Geschlechterdifferenz ... doch als Sachverhalt oder als faktische Gegebenheit gehandhabt“ (Hagemann-White 1993, S. 69).

Wenn ich hier so explizit Bezug nehme auf das Thema Transgender, so geht es dabei nicht nur darum, unbemerkte Ausschlüsse zu kritisieren und fragile Existenzrechte zu bekräftigen. Vielmehr zeigen sich die spezifischen Existenzversuche zwischen und neben den beiden Geschlechtern als Herausforderung für bisherige feministische Konzepte. An diesen geschlechtlich unbestimmten ‘Wesen’ und der Unsicherheit, innerhalb der Frauenbewegung mit ihnen umzugehen, zeigen sich strukturelle Schwächen in feministischen Konzepten, die Wandlungen notwendig machen. Das Thema Transgender ist deshalb so wichtig für den Feminismus, weil sich an diesen Menschen, die sich nicht richtig ‘den Frauen’ und nicht richtig ‘den Männern’ zuordnen lassen, in unübertrefflicher Deutlichkeit die Re-Visionsbedürftigkeit traditioneller feministischer Gedanken zu Geschlecht verdeutlicht (vgl. Genschel 2000).

Abschied von einer dominanten Kategorie Geschlecht

Aus konstruktivistischer und dekonstruktiver Perspektive wird angeregt, das Verständnis von „Geschlecht“ nicht nur zu entnaturalisieren, sondern auch – und dies wäre einer der Wege dahin – stärker zu kontextualisieren, „Geschlecht“ einzubinden in die vielfältigen Formen sozialer und kultureller Differenzierungen und Hierarchisierungen. Dies bedeutet auch, sich von der Kategorie Geschlecht als alleiniger oder primärer Unterdrückungsform aller Frauen zu verabschieden, und es ermöglicht gleichzeitig einen Zuwachs an Offenheit gegenüber unterschiedlichen Lebenswelten und -formen, auch gegenüber denjenigen, die beispielsweise den Regeln normativer Heterosexualität nicht entsprechen. (Vgl. für die deutschsprachige Diskussion u.a. Gümen 1998; Gutiérrez Rodríguez 1999; Lenz 1992; Quaestio 2000; Wartenpfehl 2000)

Es gehört zu den hervorragenden Leistungen feministischer Theorie und Praxis, eine Deutungsweise entwickelt zu haben, die Geschlecht als eine Kategorie wahrnimmt, die die Gesellschaft ordnet und die Lebenschancen für Frauen und Männer unterschiedlich verteilt. Andererseits – und hier eröffnet sich ein Streitthema heutiger Diskussion – verstrick(t)en sich Feministinnen in Widersprüche, die heute aus konstruktivistischen bzw. dekonstruktiven Perspektiven kritisiert werden. Indem insbesondere große Teile der autonomen Frauenbewegung Geschlecht als Analysekategorie fokussierten, reproduzierten sie, so kritisierte Hagemann-White bereits 1988, ein Denken in Schemata von naturalisierter Geschlechterbinarität. So knüpfen die neuen und kritischen feministischen Deutungsmuster doch gleichwohl an traditionelle Vorstellungen polarer Geschlechtsidentitäten an und stellen ihrerseits auch wiederum neue Normierungs- und Disziplinierungsstrategien dar, beispielsweise indem sie neue ideale Formen von Weiblichkeit entwerfen (vgl. u.a. Bührmann 1995).

„Frauen und Männer leben in unterschiedlichen Kulturen“ (Millet) oder „Nichts weder Rasse noch Klasse bestimmt so sehr ein Menschenleben wie das Geschlecht“ (Schwarzer) – diese Sätze sprechen (zu Recht) von einem Ungleichheitsverhältnis zwischen Frauen und Männern, sie kritisieren es und protestieren dagegen. Gleichzeitig – und dies wird heute deutlicher als in den siebziger und achtziger Jahren – schreiben sie weibliche und männliche Identitäten fest und betonen damit eine Differenz der Geschlechter, die sie angetreten waren zu kritisieren. Die feministische Tradition des Denkens in zweigeschlechtlich strukturierten Deutungsmustern führt insofern auch zu einem „ungewollten Konservatismus“ (Gildemeister/Wetterer 1992, S. 203f.) in den politischen Entwürfen des Feminismus, die mit großer Beharrlichkeit an (ausschließlich) zweigeschlechtlichen Mustern festhalten und sie zum Dreh- und Angelpunkt von

Aktivitäten und theoretischen Analysen machen, die das „Soziale des Geschlechts“ (Gümen 1998) im Sinne seiner jeweiligen Kontextualisierung außer acht lassen. Für mich zeigt sich hier einer der wichtigsten Widersprüche feministischen Denkens, der nicht zuletzt mit einer gewissen politischen Lähmung verbunden ist und vielleicht auch mitverantwortlich ist für die heute bisweilen zu konstatierende Unattraktivität des Feminismus bei der jüngeren Generation von Frauen.

Wenn heute vielfach von starken antifeministischen Stimmungen gesprochen wird und einem Attraktivitätsverlust der Frauenbewegung, so sehe ich die Ursachen der Gefährdungen des Feminismus weniger in einer machtvollen patriarchalen Renaissance als vielmehr in unreflektiert konservativen Tendenzen der Frauenbewegung selbst. Daß feministische Ideen und Gruppen heute zum Teil an emotionaler Anziehungskraft verloren haben, findet seine Ursachen weniger in einem feindlichen Außen als vielmehr in einem zum Teil starren, Wandel verweigernden Innen. Denn Inspiration und Erotik entstehen nur dort, wo Verunsicherungen und Irritationen zugelassen werden und die Neugier auf Neues größer ist als die Angst, das feministisch Bewährte zu verlieren.

Solange der konstruktive Charakter und die Konstruktionsweisen der Zweigeschlechtlichkeit im Alltagshandeln undurchschaut bleiben, besteht die Gefahr, daß sie auch in der und durch die Frauenbewegung reproduziert werden. D.h. auch politische Entwürfe des Feminismus beteiligen sich an der Konstruktion von Zweigeschlechtlichkeit, stützen deren „natürliche“ Selbstverständlichkeit und tragen gewissermaßen als unbeabsichtigte Nebenfolge zur Naturalisierung eines Herrschaftszusammenhangs bei, den der Feminismus sonst in allen Belangen und mit gutem Grund heftig kritisiert (vgl. Gildemeister/Wetterer 1992, S. 204). So führen Diskussionen im Zusammenhang mit Frauenförderung – bei einer unbestreitbar politischen Notwendigkeit – allzu häufig auch zu „Dramatisierungen“ von Geschlechterdifferenz und damit auch zu neuen Formen der Konstruktion und Festschreibung dieser Differenz (vgl. ebenda, S. 248).

Die Politik der Frauenbewegung – und dies betrifft auch die Frauenprojekte – sieht sich heute in der diffizilen Situation, daß sie zwar gegen Geschlechterungleichheit vorgehen muß, sich aber gleichzeitig davor hüten sollte, dabei auf Geschlechterstereotypen Bezug zu nehmen, die sie selbst stets kritisiert hat. Gleichwohl ist zu konstatieren, daß gerade auch Frauenprojekte in den von ihnen herausgegebenen Texten und Programmen immer wieder das „Andere“ und „Spezifische“ „der Frauen“ zitieren, beschwören, es feiern oder darin Zuflucht suchen. Gleichzeitig jedoch weist die Praxis vieler Projekte über diese (öffentliche) Rhetorik hinaus. Nach meiner Beobachtung zeichnen sich gerade Frauenprojekte auch durch ein Bemühen darum aus, differente Lebensweisen

und -bedingungen von Frauen wahrzunehmen, Differenzen anzuerkennen und insbesondere auch der Kritik von gesellschaftlich marginalisierten Gruppen (wie Lesben und Migrantinnen) Rechnung zu tragen (vgl. auch Münt 1998). Diese Praxis jedoch gerät in Konflikt mit dem Rückgriff auf eindimensionale, auf die Kategorie Geschlecht konzentrierte Deutungsmuster. Den Alltag mit einer „Matrix von Differenzen“ (Lenz 1992) zu erleben und sich gleichzeitig nicht trennen zu können von den ehemals für „wahr“ erachteten Grundsätzen und Deutungen, dieser Widerspruch stellt sich möglicherweise auch als ein Resultat materieller Zwänge heraus. Denn in der Auseinandersetzung um öffentliche Fördermittel ist der Rückgriff auf Geschlechterstereotype eine erfolgreiche Strategie.⁴ Rhetorisch wird diese Widersprüchlichkeit – mit vielfältigen, sich überschneidenden Differenzen zu leben und gleichzeitig die Geschlechterdifferenz als dominante Deutungskategorie zu privilegieren – zumeist mit einer „multikulturellen Politik der Aufzählung“ gelöst (Gümen 1997, S. 1), die Geschlecht als alle Frauen einigendes und primäres Unterdrückungsmoment beibehält, zu der andere Differenzierungen und Hierarchisierungen hinzuaddiert werden. Die Binarität von Männlichkeit und Weiblichkeit bleibt damit weitgehend unhinterfragt und andere kulturell produzierte Differenzen (wie Ethnizität oder Homo-/Heterosexualität) werden ebenso fixiert belassen und werden zu Eigenschaften von Personen, die beispielsweise ethnisch (oder auch sexuell) markiert sind (vgl. auch Gümen, ebenda).

Die grundlegende Schwierigkeit feministischer Politik, wie überhaupt jeder Politik, die sich für spezifische Gruppen einsetzt, liegt demnach darin, für mehr Rechte und mehr Macht einer spezifischen Gruppe zu kämpfen und gleichzeitig nicht zu vergessen, daß diese spezifische Gruppe als solche ein Produkt sozialer und kultureller Konstruktion ist und das Auffinden und Benennen einer gemeinsamen Identität zugleich normativ und damit ausschließend ist (vgl. Butler 1995, S. 153ff.; Hark 1996, S. 11; Wartenpfehl 1999, S. 65). Dieses Paradox stellt sich auch für Frauenprojekte. Yvonne Doderer formuliert: „Wenn das nächste Jahrhundert uns gehören soll, wie bereits die erste Frauenbewegung postuliert hat, sehen sich die Projekte und Zusammenhänge, die im Kontext der Neuen Frauenbewegung entstanden sind, mit einigen Herausforderungen konfrontiert: Sie müssen nicht nur um die Aufrechterhaltung, Beibehaltung oder gar Erweiterung ihrer Räume und Räumlichkeiten weiterhin kämpfen, sondern auch ihre Inhalte, Angebote und Politikformen weiter fortschreiben.“ (Doderer 2000, S. 30) Eine nicht zu unterschätzende Perspektive besteht darin, – so Doderer weiter – „feministische Theoriebildung und feministische Praxis in Zukunft wieder offensiver zu verschränken“ (ebenda). Die Fortentwicklungen feministischer Theoriebildung, die zu sich selbst in „eine reflexive und zugleich

anerkenkende Distanz“ (Villa 2000, S. 36) gegangen ist, für sich und die Arbeit der Projekte zu nutzen, sich auch neuen Theoretisierungen von Geschlecht nicht zu verweigern, um nach aufregenden Konkretisierungen in der Praxis zu suchen – dies könnte eine mögliche Folge dieser Verschränkung feministischer Theorie und Praxis sein. Dies bedeutet aber zugleich eine neue Herausforderung für die theorieproduzierenden Kolleginnen der Wissenschaft, nach Formen und Wegen der Vermittlung zu suchen, auch wenn die vergangenen zwanzig Jahre offenbar gezeigt haben, daß – wie Barbara Holland-Cunz bemerkt – „gesellschaftskritische Theoriebildung ohne unmittelbaren Bewegungsbezug tatsächlich möglich ist“ und „daß es keinerlei ‘wirklicher Kämpfe der Frauen’ bedarf, um den wissenschaftlichen Fortschritt des Feminismus voranzubringen“ (Holland-Cunz 1997, S. 34). Um nicht selbstreferentiell das Glück allein in der Fortschreibung weiterer kluger Gedanken und dem Ringen nach Anerkennung in der Wissenschaftsgemeinschaft zu suchen, bedarf es auch von dieser Seite der Dialogwilligkeit, der aktiven Bereitschaft zu demokratischen Formen der Auseinandersetzung und des Austauschs. Zumal von diesem Austausch wechselseitige Anregungen zu erwarten sind und die Frauenforschung – bisweilen ja ebenfalls sehr wandlungsresistent – zumeist von einem weitaus einheitlicheren Forschungssubjekt „Frau“ ausgeht, als dies in der Praxis der Projekte üblich und möglich wäre.⁵ Wie allerdings über kulturell erzeugte und Hierarchie produzierende Differenzen gesprochen werden kann, ohne die Differenzen gleichzeitig wieder zu essentialisieren und naturalisieren, ist eine Frage, die schließlich für beide Bereiche (Projektepraxis und Frauenforschung) zentral ist.

Gildemeister und Wetterer fordern 1992, eine feministische Strategie zu entwickeln, deren Ziel das Entschlüsseln und Entnaturalisieren der Geschlechterdifferenz und nicht bloß deren Enthierarchisierung wäre, „daß mittelfristig die Gleichzeitigkeit einander auch widersprechender Zielsetzungen notwendig ist, das Insistieren auf Gleichheit, Differenz und Dekonstruktion“ (ebenda, S. 249). Birgit Wartenpfuhl plädiert 1996 dafür, in der Debatte um die Kategorie Geschlecht „der Spannung ihren Raum zu geben. Der Spannung, einerseits nicht mehr bestimmen zu können, was eine Frau ist, andererseits die Notwendigkeit, die Kategorie ‘Frau’ als einen analytischen Begriff anzuerkennen. Denn solange das Geschlechterverhältnis ein soziales Ungleichheitsverhältnis und immer auch ein potentielles Gewaltverhältnis ist, brauchen wir die Kategorie ‘Frau’ zur Erforschung gesellschaftlicher Macht- und Herrschaftsverhältnisse. Um aber nicht im Status Quo verhaftet zu bleiben und Veränderungen denken zu können, brauchen wir die Perspektive der Dekonstruktion.“ (Wartenpfuhl 1996, S. 207)

Wie es nun wiederum von Frauenprojekten anzustellen ist, diese sich widersprechenden Ziele und Perspektiven in der Praxis anzugehen, bleibt allerdings

an dieser Stelle eine zwangsläufig offene Frage, deren Antwort zwar wunderbar, aber vielleicht auch wunderbar wäre. Denn diese Frage ist jeweils kontextabhängig konkret und neu zu stellen und könnte Inhalt jener Dialoge zwischen frauenbewegten Projektmitarbeiterinnen und feministischen Wissenschaftlerinnen sein, die in der Zukunft hauptsächlich erst noch zu führen sind.

Anmerkungen

- 1 Zusammenfassendes zur deutschsprachigen Butler-Kontroverse vgl. Niekant 1999, auch Wartenpfehl 2000.
- 2 Allein an dieser so unterschiedlichen Entwicklung dieser beiden Zweige der Frauenbewegung (Forschung und Projekte) zeigt sich auch die fatale feministische Arbeitsteilung (die mit der Verberuflichung des Feminismus einhergeht) zwischen Praxis des Feminismus in den Projekten und Theorieentwicklung in den Strukturen der scientific community.
- 3 „Butch“ und „KV“ („Kesser Vater“): Männlich orientierte Form lesbischer Selbstdarstellung.
- 4 Hagemann-White weist 1988 darauf hin, daß in kaum einem anderen Land die Frauenhausbewegung so eindeutig von autonomen Frauenhäusern definiert worden ist und auch beispielsweise Frauenbildungsarbeit den Entwicklungsspielraum erhält, trotz staatlicher Finanzierung Männer auszuschließen. „Schwer zu sagen, wo sonst in der Welt eine christlich-konservative Regierung ... Begriffe und Problemdefinitionen der oppositionellen und ketzerischen Feministinnen in die eigene Programmatik aufnahm. Diese reale gesellschaftliche Wirkungskraft erwächst, so meine Vermutung, eben aus der unmittelbaren Bereitschaft, die Wesensverschiedenheit der Geschlechter einzusehen.“ (Hagemann-White 1988, S. 226) Mit Argumenten, die sich auf eine „Wesensverschiedenheit der Geschlechter“ reduzieren lassen, ist es Frauenprojekten offenbar möglich, auch von konservativer Seite öffentliche Gelder für Räume und Aktivitäten, die ausschließlich Frauen zur Verfügung stehen, zu beanspruchen. Mit einer solchen Perspektive können Frauenprojekte am Geschlechterverständnis auch konservativer Frauen und Männer anknüpfen, so in gewisser Weise auf eine „gemeinsame Basis“ rekurrieren und sich damit relativ erfolgreich für ihre Projekte einsetzen.
- 5 Hierzu gibt es sicher unterschiedliche Wahrnehmungen und Auffassungen. So bemerkt Sigrid Metz-Göckel optimistisch: „Eine Vielfalt von Frauenleben, Atypisches und Typisches zugleich als frauengemäß zu denken, ist Programm aktueller Frauenforschung“ (Metz-Göckel 2000, S. 37). Daß sich dieses Programm allerdings nicht unbedingt und stets in der Forschungspraxis widerspiegelt, zeigen auch aktuellere Untersuchungen der Frauenforschung, die sich immer noch durch den Ausschluß nicht-normativer Subjektpositionen, Körper oder Lebensweisen auszeichnen. Vgl. hierzu beispielsweise die Kritik Jutta Hartmanns (2000) an der heteronormativen Debatte um Lebensformen oder Claudia Nagodes (2001) Kritik an unreflektierten,

auch feministisch-wissenschaftlichen Konstruktionen von behinderten/nicht-behinderten Körpern.

Literatur

- Bloch, Ernst (1985): *Das Prinzip Hoffnung*, Bd. 1. Frankfurt a.M.
- beiträge zur feministischen theorie und praxis (1990): Nr. 27. Köln
- Brückner, Margrit (1996): *Bewegter Stillstand? Überlegungen zur Neuen Frauenbewegung am Beispiel ihrer Projekte*. In: Hradil, Stefan (Hg.): *Differenz und Integration. Die Zukunft moderner Gesellschaften. Verhandlungen des 28. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Dresden*. Frankfurt a.M./New York, S. 464-478
- /Holler, Simone (1990): *Frauenprojekte und soziale Arbeit – Eine empirische Studie. Materialien zur Sozialarbeit und Sozialpolitik*. Fachhochschule Frankfurt a.M.
- Bühmann, Andrea (1995): *Das authentische Geschlecht. Die Sexualitätsdebatte der Neuen Frauenbewegung und die Foucaultsche Machtanalyse*. Münster
- Butler, Judith (1991): *Das Unbehagen der Geschlechter*. Frankfurt a.M.
- (1995): *Körper von Gewicht*. Berlin
- (1996): *Imitation und die Aufsässigkeit der Geschlechtsidentität*. In: Hark, Sabine (Hg.): *Grenzen lesbischer Identitäten*. Berlin, S. 15-37
- Doderer, Yvonne (2000): *Neue Frauenbewegung im Spannungsfeld von Subversion, Raumaneignung und Mainstreaming*. In: Fritzsche, Bettina/Nagode, Claudia/Schäfer, Eva (Hg.): *Geschlechterverhältnisse und sozialer Wandel*. Opladen (i.E.)
- Geiger, Brigitte/Hacker, Hanna (1989): *Donauwalzer Damenwahl. Frauenbewegte Zusammenhänge in Österreich*. Wien
- Genschel, Corinna (2000): *Wann ist ein Körper ein Körper mit (Bürger-)Rechten? In: Quaestio (Hg.): Queering Demokratie. Sexuelle Politiken*. Berlin
- Gildemeister, Regine/Wetterer (1992): *Wie Geschlechter gemacht werden. Die soziale Konstruktion von Zweigeschlechtlichkeit und ihre Reifizierung in der Frauenforschung*. In: Knapp, Gudrun-Axeli/Wetterer, Angelika (Hg.): *TraditionenBrüche. Entwicklungen feministischer Theorie*. Freiburg i.Br., S. 201-254
- Gümen, Sedef (1994): *Differenz, Ungleichheit, Demokratie im bundesdeutschen und US-amerikanischen feministischen Diskurs*. In: Frauenanstiftung e.V. (Hg.): *Demokratie und Differenz. Feministische Bündnispolitik auf dem Weg zu einer Zivilgesellschaft*. Hamburg, S. 21-32
- (1997): *Differenzen und Hierarchien: Möglichkeiten von Koalitions politik* (Manuskript)
- (1998): *Das Soziale des Geschlechts. Frauenforschung und die Kategorie 'Ethnizität'*. In: *Das Argument* 224, 40. Jg., H.1-2, Hamburg, S. 187-202
- Gutiérrez Rodríguez, Encarnación (1999): *Intellektuelle Migrantinnen – Subjektivitäten im Zeitalter von Globalisierung*. Opladen
- Hacker, Hanna (1989): *Lesbische Denkbewegungen*. In: *Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis* 25/26, S. 49-56

- Hänsch, Ulrike (1991): „In den zwanzig Jahren Frauenbewegung bin ich ein ganz anderer Mensch geworden“ – Erika Schilling und die Frauenbewegung in Wuppertal, Festschrift, Frauengleichstellungsstelle für Frauenfragen. Wuppertal
- (1998): Ein erotisches Verhältnis? Lesbische Perspektiven und feministische Theoriebildung. In: *Feministische Studien*, Heft 2, S. 135-141
- Hagemann-White, Carol (1988): Wir werden nicht zweigeschlechtlich geboren. In: Hagemann-White, Carol/Rerrich, Maria S. (Hg.): *FrauenMännerBilder. Männer und Männlichkeit in der feministischen Diskussion*. Bielefeld, S. 224-236
- (1993): Die Konstrukteure des Geschlechts auf frischer Tat ertappen? Methodische Konsequenzen einer theoretischen Einsicht. In: *Feministische Studien*, Heft 2, S. 68-78
- Hark, Sabine (1996): *Deviante Subjekte. Die paradoxe Politik der Identität*. Opladen
- Hartmann, Jutta (2000): Normierung und Normalisierung in der Debatte um Lebensformen. Versuch einer dekonstruktiven Bearbeitung für die Pädagogik. In: Lemmermöhle, Doris et.al. (Hg.): *Lesarten des Geschlechts. Zur De-Konstruktionsdebatte in der erziehungswissenschaftlichen Geschlechterforschung*. Opladen, S. 256-267
- Hauser, Susanne (1990): Autonomie und Geld! Was bedeutet öffentliches Geld für Frauenprojekte? In: *Dokumentation zur Offenen Frauenhochschule 1990*. Wuppertal, S. 75-79
- Holland-Cunz, Barbara (1997): feministische theorie und praxis und die beiträge. In: *beiträge zur feministischen theorie und praxis 46/97*. Köln, S. 33-37
- Kavemann, Barbara (1997): Zwischen Politik und Professionalität: Das Konzept der Parteilichkeit. In: Hagemann-White, Carol/Kavemann, Barbara/Ohl, Dagmar: *Parteilichkeit und Solidarität. Praxiserfahrungen und Streitfragen zur Gewalt im Geschlechterverhältnis*. Bielefeld, S. 179-236
- Koppert, Claudia/Lindberg, Birgit (1993): Projekte der Moderne – Zu zwanzig Jahren feministischer Zusammenarbeit. In: Koppert, Claudia (Hg.): *Glück, Alltag und Desaster. Über die Zusammenarbeit von Frauen*. Berlin, S. 76-100
- Lenz, Ilse (1992): Geschlechterordnung oder Geschlechteraufbruch in der postindustriellen Veränderung? Zur Kritik der Zweigeschlechtlichkeit in der Frauenforschung. In: Kulke, Christine/Scheich, Elvira (Hg.): *Zwielicht der Vernunft. Die Dialektik der Aufklärung aus der Sicht der Frauen*. Pfaffenweiler, S. 107-118
- Metz-Göckel, Sigrid (1989): Die zwei (un)geliebten Schwestern. Zum Verhältnis von Frauenbewegung und Frauenforschung im Diskurs der neuen sozialen Bewegungen. In: Beer, Ursula (Hg.): *Klasse Geschlecht*. Bielefeld, S. 28-66
- (2000): Spiegelungen und Verwerfungen. Das Geschlecht aus der Sicht der Frauenforschung. In: Janshen, Doris (Hg.): *Blickwechsel. Der neue Dialog zwischen Frauen- und Männerforschung*. Frankfurt/New York, S.25-46
- Münst, Agnes Senganata (1998): *Der Beitrag lesbischer Frauen zur Öffentlichkeit der Autonomen Frauenbewegung am Beispiel einer Großstadt*. Pfaffenweiler

- Nagode, Claudia (2001): Grenzenlose Konstruktionen – Konstruierte Grenzen? Behinderung und Geschlecht aus der Sicht von Lehrerinnen in der Integrationspädagogik (Dissertation). Dortmund
- Nickant, Renate (1999): Zur Krise der Kategorien „Frauen“ und „Geschlecht“. Judith Butler und der Abschied von feministischer Identitätspolitik. In: Bauhardt, Christine/von Wahl, Angelika (Hg.) Gender and Politics. „Geschlecht“ in der feministischen Politikwissenschaft. Opladen, S. 29-46
- Pagenstecher (1990): Der blinde Fleck im Feminismus: Die Ignoranz der frauenwissenschaftlichen und frauenpolitischen Relevanz der lesbischen Existenzweise. In: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis 28, S. 127-134
- Quaestio (Beger, Nico/Hark, Sabine/Engel, Antke/Genschel, Corinna/Schäfer, Eva) (2000): Sexuelle Politiken. Politische Rechte und gesellschaftliche Teilhabe. In: Quaestio (Hg.): Queering Demokratie. Sexuelle Politiken. Berlin, S. 9-27
- Schäfer, Eva (1998): Postmoderne Implikationen im Feminismus – der ostdeutsche Kontext. In: Feministische Studien, 16. Jg., Heft 1, S. 95-105
- Steffens, Marion (2000): Arbeit und Politik in feministischen Projekten. In: Ihr Sinn 21/2000, Bochum, S. 84-93
- Villa, Paula-Irene (2000): Das Subjekt Frau als Geschlecht mit Körper und Sexualität – Zum Stand der Frauenforschung in der Soziologie. In: Soziologie Heft 3
- Wartenpfehl, Birgit (1996): Destruktion – Konstruktion – Dekonstruktion. Perspektiven für die feministische Theorieentwicklung. In: Fischer, Ute Luise/Kampshoff, Marita/Keil, Susanne/Schmitt, Mathilde (Hg.): Kategorie: Geschlecht. Empirische Analysen und feministische Theorien. Opladen, S. 191-210
- (1999): Dekonstruktive Bestimmungen von Geschlecht – Identität – Differenz jenseits metaphysischer Gewissheiten. In: Bauhardt, Christine/von Wahl, Angelika (Hg.): Gender and Politics. „Geschlecht“ in der feministischen Politikwissenschaft. Opladen
- (2000): Dekonstruktion von Geschlechtsidentität – Transversale Differenzen. Eine theoretisch-systematische Grundlegung. Opladen

Frauenhandel zwischen Tabuisierung, Dramatisierung und Instrumentalisierung – Herausforderungen für die feministische Forschung und Praxis durch ein internationales und tagespolitisch aktuelles Problem

Frauenhandel ist in Deutschland insbesondere seit dem Fall der Mauer Thema einer breiteren gesellschaftlichen Diskussion. Obgleich Menschenhandel – und damit auch Frauenhandel – im strafrechtlichen Sinne eindeutig definiert ist, vermischen sich sowohl in öffentlichen als auch in fachspezifischen Debatten vielfach Inhalt und Definition. Unabhängig vom Straftatbestand werden darin unterschiedliche Gruppen mit Frauenhandel in Verbindung gebracht. Migrantinnen in der Prostitution, Heiratsmigrantinnen und Migrantinnen auf dem informellen Arbeitsmarkt werden als Verbrechenopfer genannt. Frauen, die zur Prostitution gezwungen oder über die Bedingungen in der Prostitution getäuscht wurden, sollen genauso betroffen sein wie Frauen, die unter schwierigen rechtlichen und finanziellen Bedingungen im Sexgewerbe, im Privathaushalt oder in der Gastronomie ihr Einkommen erwirtschaften, und Frauen, die sich privat oder per Katalog in die Ehe vermitteln ließen.

In der individuellen sowie in der öffentlichen Wahrnehmung sind mit der Terminologie Frauenhandel unterschiedlichste Ebenen und Formen von Ausbeutung, Abhängigkeit und Fremdbestimmung gemeint. Verschiedene Komponenten begünstigen diese inhaltlich unklare Situation zur Definition:

1. Der Straftatbestand Menschenhandel zielt auf den Schutz der sexuellen Selbstbestimmung ab. Von Menschenhandel wird gesprochen, wenn Personen unter Anwendung von Gewalt, Zwang oder Täuschung ihres sexuellen Selbstbestimmungsrechtes beraubt werden. Opfer von Menschenhandel sind per Rechtsdefinition nicht nur Personen in der Prostitution. In der Praxis ist dieses Verbrechen aber vor allem im Rotlichtmilieu präsent¹.

2. Betroffene sind im strafrechtlichen Sinne Opfer, also Geschädigte des Verbrechens.

3. In der Regel handelt es sich aber zugleich um nicht-deutsche Frauen ohne Einreise- oder Aufenthaltsrecht, die sich durch den Verstoß gegen das Ausländergesetz strafbar gemacht haben. Die Geschädigten von Menschenhandel sind selbst der Strafverfolgung ausgesetzt.

4. Ähnlich wie viele Heiratsmigrantinnen und Migrantinnen auf dem informellen Arbeitsmarkt, sind die Betroffenen Opfer struktureller Bedingungen. Sie

wurden aufgrund wirtschaftlicher Armut in ihrer Herkunftsregion zur Auswanderung gedrängt.

5. Zugleich haben sie sich im Rahmen ihrer begrenzten Möglichkeiten zu einer risikoreichen Veränderung ihres Lebens entschieden und diese Entscheidung auch umgesetzt. Sie handeln eigenverantwortlich, sind sowohl Subjekte als auch Akteurinnen ihrer Lebensbiographie.

6. Mit Blick auf internationale und geschlechtsspezifische Zusammenhänge handelt es sich bei den Opfern von Menschenhandel regelmäßig um Frauen aus armen Herkunftsregionen, die den sexuellen Bedürfnissen männlicher Prostitutionskunden in den Wohlstandsgesellschaften zur Verfügung stehen.

7. Betroffene von Menschenhandel sind zu über 99% weiblichen Geschlechts, weshalb, zur Betonung dieser geschlechtsspezifischen Segregation, in der Praxis auch besser von Frauenhandel zu sprechen ist.

8. Bei den Tätern des Verbrechens ist diese Geschlechtsspezifität nicht wiederzufinden: Auch weibliche Akteure verdienen einträglich bei der Anwerbung, Vermittlung und Ausbeutung der Opfer von Menschenhandel mit.

Frauen- oder auch Menschenhandel bietet so gesehen sehr viel Spielraum für Interpretationen, häufig mit Phantasie und Emotionen gemischt. Inhaltliche Unklarheiten im sozialen, politischen, nicht-rechtlich verankerten Kontext lassen ein Vakuum entstehen, das zur Dramatisierung, Instrumentalisierung und Funktionalisierung dieses Themas auf den verschiedensten Ebenen der politischen Diskussion führt.

Aus diesem Grund will ich sowohl einen kritischen als auch einen selbstkritischen Beitrag in dem schwierigen und komplexen Feld leisten. Hintergrund sind umfangreiche Erfahrungen, die ich in den letzten 15 Jahren in Forschung und Praxis zu Frauenhandel, eingebunden in die Arbeit von Frauenorganisationen (NGOs), sammeln konnte.

Ich stelle mir die Aufgabe, inhaltliche und politische Ungereimtheiten in der Arbeit von NGOs zu erklären, die auf dem Gebiet des Frauenhandels in Form von Einzelfallhilfe und Öffentlichkeitsarbeit tätig sind. Es geht darum, die Widersprüchlichkeiten, die manchmal zwischen den Erkenntnissen aus der Praxis und den politischen Forderungen entstehen, kritisch zu würdigen.

Die gesellschaftliche Anerkennung der Arbeit der NGOs basiert zum Teil auf der Dramatisierung des Phänomens Frauenhandel und findet deshalb häufig auf Kosten einer differenzierten Darstellung der Situation der Frauen in den verschiedenen Lebenslagen – wie Prostituierte, Heiratsmigrantin, Dienstleisterin auf dem informellen Arbeitsmarkt – statt. Die Gefahr besteht, dass die NGOs aufgrund schneller Verallgemeinerung ihre Kraft als Motor für strukturkritische

Innovation verlieren, systemstabilisierend wirken oder gar verschärften repressiven staatlichen Maßnahmen zuarbeiten.

Im Zusammenhang mit einer undifferenzierten, breiten Frauenhandelsdefinition ist nämlich die Instrumentalisierung des Themas auch von Seiten des Staates (GOs) zu beachten. Der Aufbau von Grenzschutzmaßnahmen, von Maßnahmen zur inneren Sicherheit und von repressiven Mitteln wird von staatlicher Seite auch mit dem Problem Menschenhandel legitimiert.

Zugleich steht die Strafverfolgung vor dem Opferschutz. Die Unterstützung der Opfer von Menschenhandel konnte zwar in den letzten Jahren deutlich verbessert werden. Das Ziel der Frauenorganisationen, die Verwirklichung von Opferschutz als Menschenrecht, ist jedoch noch in weite Ferne gerückt. Abschiebung und Ausweisung vereiteln oft die Unterstützung der Geschädigten.

Auf der anderen Seite stelle ich fest, daß das Thema Frauenhandel nach wie vor noch keinen angemessenen Raum gefunden hat, weder in der sozial- und politikwissenschaftlichen, noch in der feministischen Diskussion². Sie fordert, daß sich feministische Wissenschaft auch unliebsamen Fragen, wie dem Nachfrageverhalten nach käuflicher Sexualität im Kontext von Menschenhandel, stellen muß. Eine Einbindung der Praxis von Frauenorganisationen in Wissenschaft könnte die notwendige empirische Basis für eine differenzierte Analyse des Phänomens Frauenhandel und seine politischen Implikationen sicherstellen.

In folgendem Beitrag wird der Begriff Frauenhandel verwendet, um die geschlechtliche Segregation der Opfer von Menschenhandel in ihrer gesellschaftlichen Realität sichtbar werden zu lassen. Die Terminologie Menschenhandel wird benutzt, wenn der strafrechtliche Kontext betont werden soll. Weitere Inhalte, die mit der Begriffswahl – Frauenhandel bzw. Menschenhandel – transportiert werden sollen, sind im Text an entsprechender Stelle genannt. Es sei an dieser Stelle noch zur Verdeutlichung erwähnt, daß mit den Opfern von Frauenhandel nicht die frei tätigen Migrantinnen in der Prostitution gemeint sind, sondern, nach meiner Sicht, immer die Verbrechensoffer im strafrechtlichen Sinn.

Ein kurzer historischer Einblick in die jüngsten Entwicklungen von Frauenhandel soll die inhaltliche Einordnung des Beitrages unterstützen.

Stationen in der Vergangenheit

Seit Ende der achtziger Jahre wird Frauenhandel öffentlich thematisiert. Das Phänomen ist damals vornehmlich auf südostasiatische Herkunftsländer ausgerichtet und wird verbunden mit den Problemen des Prostitutionstourismus diskutiert. Vor allem dem Engagement von Frauengruppen sowie von exponierten 'Einzelkämpferinnen' aus autonom-feministischen sowie christlichen Krei-

sen ist es damals zu verdanken, daß Frauenhandel von den Medien als ein Problem der Gewalt an Frauen aufgegriffen wird. Diese gesellschaftliche Enttabuisierung von Frauenhandel ist begleitet von einer spezifisch hilflosen und voyeuristischen öffentlichen Reaktion. So wird damals vermerkt: „Die breite Öffentlichkeit zeichnet sich bisher durch eine weitgehende Akzeptanz dieser Problematik aus bzw. kommt über eine moralische Empörung kaum hinaus. Diese Empörung bezieht sich meist auf sensationelle Einzelschicksale oder auf besonders brutale Praktiken seitens der Händler, Zuhälter oder Ehemänner.“ (agisra 1989, S. 5)

In politisch verantwortlichen Kreisen sieht die Reaktion von Frauen auf das Phänomen teilweise anders aus. Politikerinnen greifen das Thema auf und konfrontieren Parlament und Regierung mit dem Problem. Es folgen Anfragen aus den Fraktionen, von Frauen initiiert. Der ersten Kleinen Anfrage der Grünen 1983 im Bundestag folgen zwei große Anfragen der Fraktion der SPD im Deutschen Bundestag zu „Menschenhandel mit ausländischen Mädchen und Frauen, sogenannte Heiratsvermittlung und Prostitutionstourismus“. Aus der CDU/CSU Bundestagsfraktion reist eine Gruppe von Frauen nach Thailand und auf die Philippinen, um sich vor Ort über die Probleme und die Hintergründe zu informieren. In einer gemeinsamen, überparteiischen Anfrage von Frauen im Bundestag wird 1988 zum „internationalen Tag der Frau“ auch die Problematik des Frauenhandels und des Sextourismus angesprochen.

Die Bundesregierung signalisiert ab 1987, daß sie Frauenhandel als ein gesellschaftlich relevantes Thema behandeln will. Praxisnahe Forschungsaufträge sollen Situationsanalysen erbringen und politischen Handlungsbedarf aufzeigen. An Wissenschaftlerinnen und an einschlägige Frauenorganisationen werden politikberatend ausgerichtete empirische Forschungsaufträge vergeben. Die Beauftragten hatten sich bereits durch ihre Praxisarbeit und ihr Engagement im Bereich des Frauenhandels exponiert. Diese Auftragsforschungen liefern erste Informationen über Umfang und Ausmaß von Frauenhandel, sie stellen Hintergründe dar und verweisen auf mögliche Bewältigungsstrategien und sozial-politische Handlungsansätze³.

Mit dem Fall der Mauer verschärfen sich ab 1989 die Probleme: Jetzt kommen ost- und mitteleuropäische Frauen als Opfer von Frauenhandel hinzu. Der Markt vergrößert sich enorm, da – so die Erklärungen aus Kreisen der Strafvermittlung – nun kürzere und leichter zu bewältigende Transportwege von Herkunfts- in Zielregionen zu überwinden sind. In den Herkunftsregionen lebt eine große Anzahl von leicht anzuwerbenden jungen Frauen. Das Vorgehen der neuen Händlerringe zeichnet sich zudem durch eine besonders große Gewaltbereitschaft aus. Schnell bilden die Frauen aus ost- und mitteleuropäischen

Ländern die größten Opfergruppen bei Frauenhandel. Zwischen 80 und 90% der Betroffenen kommen seit Jahren aus diesen Herkunftsregionen⁴.

Frauenhandel gewinnt an gesellschaftspolitischer Brisanz: Das Randphänomen transformiert zu einem relevanten sozialen Problem, dessen Bekämpfung nun von politischen Entscheidungsträgern in die Hand genommen wird. Damit beginnt die Anfangsphase des staatlichen Handelns gegen Frauenhandel. Diese Phase repräsentiert eine Zeit, in der die Verbesserung der strafrechtlichen Bekämpfung von Menschenhändlern nach dem Strafgesetz im Vordergrund steht.

Die Verbesserung der Strafverfolgung soll zunächst durch die Veränderung der Strafrechtsnorm zu Menschenhandel erreicht werden. 1992 findet auf Initiative des Bundesfrauenministeriums eine Gesetzesänderung zu dem damaligen §181 StGB Menschenhandel statt. Erkenntnisse aus den Forschungsaufträgen, die aus der Arbeit der Frauenorganisationen, die Betroffene unterstützen, gewonnen werden konnten, fließen in die Diskussion um die Strafrechtsänderung mit ein. So werden z.B. in der damaligen Rechtspraxis regelmäßig nur sogenannte unbescholtene Frauen als Opfer von Menschenhandel anerkannt. In dem neuen Gesetzestext zu Menschenhandel wird deshalb auf Initiative von Frauenorganisationen explizit die Möglichkeit genannt, daß auch dann Personen Opfer von Menschenhandel sein können, wenn diese bereits im Herkunftsland der Prostitution nachgegangen sind.

Das ab 1988 geförderte Modellprojekt des Bundesfrauenministeriums⁵ zielt zwar darauf ab, Chancen und Grenzen der sozialen Hilfe für Geschädigte zu erkunden. Dennoch steht in dieser Anfangsphase bei politischen Entscheidungsträgern weniger der im Bundesgebiet zu leistende Opferschutz als die Anforderungen an eine effektive Strafverfolgung zur Diskussion.

Zur Unterstützung von sozial verträglichen Rückkehrmöglichkeiten für Betroffene in die Herkunftsländer wird allerdings bereits eine kostenintensive Maßnahme von Seiten der Bundesregierung initiiert. Über das Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit wird ein Rückkehrerinnenprogramm bei einer Beratungseinrichtung angesiedelt⁶.

Die Opfer, ihre spezifischen Nöte und Bedürfnisse und die sozial-politische Verantwortung für einen Opferschutz von Seiten der Bundesregierung kommen erst später verstärkt in den Blick. Dies erfolgt parallel mit der politischen Aufwertung der NGOs, d.h. mit der gesellschaftlichen Anerkennung der Arbeit der Fachberatungsstellen, die für Opfer von Menschenhandel zuständig sind. Es ist eine Entwicklung, die sich darauf zurückführen läßt, daß staatliche Institutionen bei der Bekämpfung von Menschenhandel die Vorteile der Kooperationen mit den NGOs erkennen. Denn diese stabilisieren und unterstützen die

Geschädigten des Verbrechens, die immer auch potentielle Zeuginnen in einem Strafverfahren sind.

Die Problematik Frauenhandel rückt insgesamt immer stärker in das Bewußtsein politischer Entscheidungsträger, und das Interesse der Öffentlichkeit auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene an dem Thema wächst. Spätestens mit der Fachtagung zu Frauenhandel Mitte 1996 in Wien – sie wurde von der Europäischen Kommission und der Internationalen Organisation für Migration ausgerichtet – wird auf der Ebene der Europäischen Union die Aufmerksamkeit auf das Thema Frauenhandel gelenkt. Dabei wurde ein Bewußtsein dafür geschaffen, daß nur in enger europaweiter Zusammenarbeit die Bekämpfung von Frauenhandel Erfolg haben kann⁷. Dies wird deutlich an gemeinsamen Stellungnahmen, wie die Den Haager Erklärung auf der Konferenz der Innen- und Sozialminister der EU in Den Haag (1997) (Ministerial Conference under the Presidency of the European Union 24-26 April 1997) sowie der Empfehlungen der Minister des Europarates (2000 Conseil de l'Europe 19 mai 2000). Dies wird auch deutlich an den unterschiedlichen Maßnahmen, die auf europäischer Ebene ergriffen werden, wie beispielsweise das EU-Programm STOP⁸. Neben Interpol erhält auch Europol den Auftrag, im Bereich des Menschenhandels tätig zu sein.

Etwa im Jahre 1997 beginnt in Deutschland eine vorsichtig und zurückhaltend geführte Phase der interdisziplinären und grenzübergreifenden Kooperation zwischen staatlichen Institutionen und Beratungseinrichtungen (NGOs), die regelmäßig von Frauen aufgebaut worden sind. Diese Frauen arbeiten entweder in einem kirchlichen Kontext, sie gehören Frauenkreisen an, die organisiert gegen Gewalt an Frauen kämpfen, oder es sind Frauen, die in einem Migrations-, bzw. Nord-Süd-Zusammenhang tätig sind. Die Kooperationen entstehen vor allem zwischen der Polizei, der Staatsanwaltschaft und den Fachberatungsstellen für Menschenhandel. Praktisch entwickeln sie sich aufgrund von Einzelfällen, in denen aus der Situation heraus konkreter gemeinsamer Handlungsbedarf entstanden ist, oder sie lassen sich auf die gemeinsame Teilnahme an fachspezifisch ausgerichteten Arbeitszusammenhängen – Tagungen und Runde Tische – zurückführen.

Die Ziele, die diese beiden Gruppen – die Seite der Strafverfolgung einerseits und die Seite des Opferschutzes andererseits – mit ihrer Zusammenarbeit verfolgen, sind nicht identisch, zugleich sind es aber Ziele, die miteinander zu verbinden sind. Die Strafermittler und die Staatsanwaltschaften wollen mit der Zusammenarbeit die Strafverfolgung effektivieren. Meist wird davon ausgegangen, daß geschützte, beratene und betreute Opfer von Menschenhandel die verlässlicheren Zeuginnen sind. Mit der Kooperation soll die Chance auf verwertbare

Aussagen der Opfer/Zeuginnen vor Gericht erhöht werden. Die Fachberatungsstellen erhoffen sich andererseits die Herstellung eines frühen Kontaktes zu den Betroffenen. Die NGOs verfolgen primär die Realisierung und die Verbesserung eines tatsächlichen, auch von der Zeugschaft unabhängigen, Opferschutzes.

Heute löst die sogenannte Sklaverei des 20. Jahrhunderts grenzüberschreitend moralische Empörung aus. Der Bekämpfung von Frauenhandel wird Priorität eingeräumt. Frauenhandel wird bekämpft als extreme Form von sexualisierter Gewalt und als eine krasse Form von Fremdbestimmung. Er ist unvereinbar mit den deklarierten Menschenrechten der modernen Welt. Dies wird auch von Seiten des Bundesfrauenministeriums so gesehen: „Frauenhandel ist eine zu verhindernde und zu bekämpfende Menschenrechtsverletzung und ein Verbrechen. Dies ist allgemeiner politischer Konsens – sowohl über die jeweiligen Ressortzuständigkeiten als auch über die Ländergrenzen hinweg“ (Augstein, Renate 1999, S. 63).

Wie sich diese Einstellung auf die Opfer der Straftat in der Praxis auswirkt, ist die Frage, der im folgenden nachgegangen wird.

(K)Ein Menschenrecht auf Opferschutz

Werden die Menschenrechte bei der Bekämpfung von Frauenhandel angeführt, dann sollten die Interessen der Opfer, ihr Schutz und ihre Würde, im Vordergrund stehen. Bei dem sogenannten Kontrolldelikt Menschenhandel rückt damit eine effektivere Strafverfolgung in den Blick. Es muß eine Strafverfolgung sein, die Geschädigte orten, erkennen und aufgreifen kann. Sie bildet eine der Voraussetzungen und stellt die Weichen für einen angewandten Opferschutz.

Die Praxis sieht jedoch anders aus: Findet Strafverfolgung statt, dann kommt dem Schutz der Opfer, wenn überhaupt, nur eine untergeordnete Bedeutung zu. In der Regel werden sie wie illegale Immigrantinnen behandelt. Unverzüglich nach ihrer polizeilichen oder richterlichen Vernehmung erfolgt ihre Abschiebung. In wenigen Fällen können sich die Frauen während einer Aufenthaltsfrist von wenigen Wochen von dem ersten Schock des Aufgreifens erholen, sich auf ihre neue Lebenssituation einstellen, sich über ihre soziale und rechtliche Situation informieren, Gewalterfahrungen und Ängste (ansatzweise) bearbeiten und persönliche Dinge regeln. Selten bleiben Opfer von Menschenhandel, die Zeuginnen in einem Strafverfahren gegen Menschenhandel sind, bis zum Ende des Prozesses in der Bundesrepublik. Im Falle einer Zeuginnenschaft werden die Strafverfahren, die sich gegen die Opfer von Menschenhandel wegen des Verstoßes gegen das Ausländergesetz richten, regelmäßig von der Staatsan-

waltschaft eingestellt. Absolute Ausnahmen bilden Aufenthaltsrechte für Opfer/Zeuginnen von Menschenhandel nach dem Abschluß eines Strafprozesses gegen die Täter des Verbrechens.

Der (vorübergehende) Aufenthalt der Geschädigten ist in aller Regel daran gebunden, ob sie als Zeuginnen für das Gerichtsverfahren zur Verfügung stehen und ob ihre Aussage in das Strafverfahren als relevantes Beweismittel einfließen soll. Opfer, die als Opfer anerkannt werden wollen, müssen eine Zeugenschaft akzeptieren. Jeglicher Opferschutz ist an diese Zeuginnenfunktion geknüpft. Ein Recht auf staatlich unterstützte und geschützte Rehabilitation für die Betroffenen, unabhängig von einer Zeugenschaft, existiert nicht⁹. Zugleich sind die Möglichkeiten der sozialen und finanziellen Hilfe für anerkannte Opfer des Menschenhandels stark eingeschränkt. Für fachliche Beratung, Begleitung und Unterbringung stehen oft nur unzulängliche Kapazitäten zur Verfügung. Fehlende Rechte auf Erwerbsarbeit¹⁰ und auf berufliche Fortbildung lassen den Aufenthalt zu einer sinnlosen Wartezeit werden.

Daß bestehende Rechte auf Wiedergutmachung (Schadensersatz oder Opferentschädigung) nicht bzw. nur selten von den Geschädigten eingefordert werden, ist zudem empirisch belegt (Niesner u.a. 2001, S 223f.)¹¹. Zivilklagen auf Schadensersatz im Rahmen der Strafverfahren finden meist nicht statt. Ein dem Strafverfahren folgendes Zivilverfahren wird von den Geschädigten aufgrund fehlender Aufenthaltsrechte nicht umgesetzt. Zum Handeln im Eigeninteresse fehlen den Opfern die finanziellen Ressourcen und oft auch die Information und die sprachliche Kompetenz.

Zugleich ist kontextbezogen eine Transformation des Status der Betroffenen vom Opfer zur Täterin zu beobachten. Im Zusammenhang mit Organisierter Kriminalität werden die Betroffenen als Verbrechensopfer angesehen, im Zusammenhang mit dem illegalen Grenzübertritt stehen sie als Täterin da. Parallelen zur Flüchtlingspolitik lassen sich ziehen: „Solange es darum geht, Fluchthilfe zu kriminalisieren und als Teil der ‘Organisierten Kriminalität’ darzustellen, erscheinen Flüchtlinge und MigrantInnen als bedauernswerte Opfer, denen schon in den Herkunftsländern aufgelauret wurde und die unter Vorspiegelung falscher Tatsachen zum rechtswidrigen Einwandern nach Europa verlockt oder gar gezwungen werden. Ganz anders sieht es aber dann aus, wenn es Flüchtlingen und MigrantInnen gelungen ist, die EU-Außengrenze – mit oder ohne Hilfe – zu überschreiten und sie in die Fänge der deutschen Flüchtlingsverwaltung und Abschiebemaschinerie geraten. In diesem Augenblick erscheinen die heimlich Eingereisten in den Verlautbarungen der Sicherheitsstrategen nicht mehr als Opfer sondern als TäterInnen, die illegal Grenzen überquert haben und Asyl ‘mißbrauchen““. (ak – analyse & kritik 1999, S. 4)

Werden Überlebens- und damit auch Aufenthaltsinteressen der Opfer von Menschenhandel diskutiert, so tritt die Angst vor Überfremdung und vor Einwanderung in den Vordergrund. Befürchtungen wie, Frauen könnten sich zu Opfern machen lassen, um sich eine legalisierte Einwanderung zu erschleichen, stehen im Raum¹². Die vormals bedauerten Opfer von Menschenhandel sind dann zu Nicht-Europäerinnen geworden, die sich, wie viele andere auch, eine Einreise in das Land des Wohlstandes mit allen Mitteln erschleichen wollen. Damit bleiben die Menschenrechte in Form von Wiedergutmachung und Rehabilitation im sozialen wie im materiellen und im ethischen Sinne für die Opfer von Menschenhandel eine leere Hülle, eine Luftblase, die sich nicht greifen läßt. Wie Forschungsergebnisse belegen, steht die Verwirklichung der Menschenrechte für die Opfer von Menschenhandel mit Abstand auf Platz zwei, wenn sie den im Interesse des Staates ergriffenen Maßnahmen – Abschottung und Sanktion – gegenübergestellt sind (vgl. Niesner u.a. 2001, S. 214f.).

Nationalstaatliche Interessen – Innere Sicherheit und Grenzschutz

Die Maßnahmen der einzelnen Staaten, die im Kreise der Europäischen Union abgestimmt sind, stellen die strafrechtliche Bekämpfung von Menschenhandel stark in den Vordergrund. Zugleich erhält die Bekämpfung von Menschenhandel im Kontext von Organisierter Kriminalität eine besondere Priorität. Häufig wirkt es strafverschärfend, wenn organisiertes Handeln im Zusammenhang mit dem Delikt des Menschenhandels steht. Bei den staatlichen Maßnahmen gegen Menschenhandel stehen repressive Mittel im Vordergrund (vgl. auch Augstein 1999, S. 68f.).

Dabei erlangt die Bedeutung der Strafverfolgung noch mehr Gewicht, weil die Terminologie eine inhaltliche Erweiterung und damit eine Ausweitung der Zielgruppen, die es zu verfolgen gibt, erfährt. Regelmäßig wird mit der Bekämpfung von Menschenhandel die Verhinderung von illegaler Einreise verbunden, Menschenhandel wird mit Schlepperei, Schleuserkriminalität und illegaler Arbeitsmigration vermischt. Auf der Ebene verantwortlicher Politiker und zuständiger Behörden verdeutlicht dies beispielsweise der Erlaß des Bundesinnenministeriums zur Bekämpfung der Einschleusung vom Mai 1997, der in Folge eines Falles von Menschenhandel – nicht in Folge eines Falles von Einschleusung – einer Ausländerin zum Zwecke der Prostitution entstand¹³. Für die breite Öffentlichkeit ist dieser Bewußtseinsstand hier beispielhaft durch Zeitungsberichte belegt¹⁴.

Die sogenannten heimlichen Einreisenden, die in das Paket Menschenhandel gepackt werden, sind dabei auf sogenannte FluchthelferInnen, die ihnen den

Grenzübertritt ermöglichen, angewiesen. Den Migrationswilligen steht keine Möglichkeit des legalen Grenzübertritts offen. Vielmehr arbeitet der Staat unermüdlich an Konzepten, wie unerwünschte Personen sicher abzuwehren sind.

Praktisch münden die Abschottungsbemühungen der EU in rasante technische und personelle Aufrüstungen an den EU-Außengrenzen (Flüchtlingsrat 1998). „Die ‘Sicherheitsagentur Europas’ entstammt dem Schengener System der Polizeizusammenarbeit, der Grenzaufrüstung und der Schleierfahndung.“ (Dietrich 1999, S. 4) Staatsgrenzen schützende Maßnahmen, wie die Verstärkung des Bundesgrenzschutzes, der Einsatz von Techniken wie Infrarotkameras oder die Erstellung von umfangreichen Datenbanken zur Verbesserung von Personenkontrollen und zur Identitätsfeststellung, haben Konjunktur. Bereits in Vorbereitung auf den Beitritt zur EU sind die Anwärterländer gehalten, neue, eben EU-gerechte Standards der Grenzkontrolle und Grenzsicherung aufzubauen (vgl. SCADplus).

Menschenhandel rechtfertigt europaweit bessere und schnellere Kontrollen von Ausländern allgemein. Es sind Kontrollen, die sich auf potentielle ausländische Opfer und auch Täter von Menschenhandel beziehen sollen. Kontrollen, die auf ausländerrechtliche Aspekte abzielen, können potentielle Täter des Verbrechens aber nur partiell erfassen, weil diese zu 38,9% deutscher Herkunft sind¹⁵.

Es liegt der Schluß nahe, daß Menschenhandel dazu benutzt wird, die nationalstaatliche und die europäische Abschottungspolitik gegenüber Einreisewilligen zu rechtfertigen, die von Seiten des Staates unerwünscht sind. Dies bedeutet wiederum, daß der Grenzübertritt dieser Personen mit internationaler Kriminalität in Verbindung gebracht wird, „... dem dann wieder der Ruf nach einer Verbesserung der Grenzsicherung folgt“ (ak - analyse & kritik 1999, S. 4).

Zugleich legitimiert Menschenhandel in einem solchen Kontext eine repressive nationale und innereuropäische Sicherheitspolitik und geht mit der Ausweitung und der Stärkung des gesamten Strafverfolgungsapparates einher. Denn, so wird im Allgemeinen argumentiert, viele Illegale bildeten eine Gefahr für die Sicherheit und die Stabilität Westeuropas (vgl. z.B. Dietrich 1999, S. 1).

Weitgehend unberücksichtigt bleibt, daß „... erst das System der administrativen und materiellen Grenzsicherung den Raum dafür schafft, in dem sich die verschiedenen Formen von Fluchthilfe entwickeln“ (ak - analyse & kritik 1999, S. 1). Denn zur Überwindung von geschlossenen Grenzen sind Migrationswillige auf Personen und Gruppen angewiesen, die in organisierter und spezialisierter Form den Zugang zu dem Zielland ermöglichen. So bleibt unbestritten, daß offene Grenzen diesem Dienstleistungsgeschäft den Nährboden entziehen würden. Damit zeigt sich eine Spirale, die bei gleichbleibenden wirtschaftlichen

Bedingungen und ohne die Veränderung von Einreisekonditionen nicht gestoppt werden kann.

Mit der Abschottungspolitik der Regierung ist die Ignoranz von weltwirtschaftlichen Zusammenhängen sowie die Verweigerung von Verantwortung eng verknüpft.

Von Ursachen und Verantwortlichkeiten

So führt der internationale Konsens darüber, gegen Frauenhandel als Verbrechen vorzugehen, nicht dazu, daß alle betroffenen Länder für die Ursachen von Frauenhandel und ihre Bekämpfung (Stichwort: Prävention) international Verantwortung übernehmen. Die wirtschaftlich wohlhabenden Länder, die sogenannten Zielländer des Frauenhandels, blicken im Zusammenhang mit der Entstehung der Probleme primär in die Herkunftsländer der Frauen.

Tatsache ist, daß die wirtschaftlich und sozial desolate Lage der Bevölkerung in den Herkunftsländern eine zentrale Ursache für den Frauenhandel darstellt. Denn es sind insbesondere Frauen von Armut betroffen, sie leben in einer existentiell angespannten Situation, haben keine berufliche Perspektive und geringe soziale Sicherheit vor Ort. Bei jungen Frauen entsteht daraus eine Bereitschaft zur Abwanderung. Sie sind willens, auch über riskante Wege ins wohlhabende Ausland zu migrieren. Auf dem internationalen Arbeitsmarkt stehen für sie aber nur selten seriöse, d.h. nicht ausbeuterische und gewaltfreie Arbeitsverhältnisse bereit. Internationale Händlerringe und die spezifische Nachfrage nach käuflichen sexuellen Diensten in den Wohlstandsländern führen dazu, daß diese migrationsbereiten jungen Frauen die potentiellen Opfer des Verbrechens Menschenhandel sind.

Bei den politisch Verantwortlichen der Zielländer fehlen Sichtweise und Handlungsansatz, die den obigen Armutskontext, bislang auf Herkunftsregionen reduziert, ergänzt. Ich vermisse Überlegungen, die die internationalen strukturellen Bedingungen, die Bedeutung von globalen Zusammenhängen und Verflechtungen, die internationale Weltwirtschaftsordnung u.a. in die Ursachenforschung und -bekämpfung von Frauenhandel miteinbeziehen¹⁶. Die Zielländer fühlen sich nur bedingt verantwortlich, wenn es um die Verbesserung von existentiellen Bedingungen in den Herkunftsregionen geht.

Die Migrationsbereitschaft der Frauen, die potentielle Opfer von Menschenhandel sind, ist in erster Linie wirtschaftlich bedingt. Die Veränderung dieser grundlegenden Bedingung, die zur Entstehung von Frauenhandel beiträgt, wird von den Zielländern primär in die Verantwortlichkeit der Herkunftsländer gelegt. Vorbeugende Maßnahmen von Seiten der Zielländer zielen statt dessen

eher auf Aufklärungsarbeit. Dies bedeutet, an (potentiell) migrationswillige Frauen werden Informationen über die Arbeitssituation in den Wohlstandsländern, über arbeitsrechtliche und ausländerrechtliche Bedingungen sowie über die Gefahren, ausgehend von organisierten Händlerringen, adressiert. Hier scheint Aufklärung angebracht, weil sich die Frauen dann sachlich informiert für oder gegen eine Auswanderung entscheiden können. Aufklärungsarbeit ist relativ leicht und kostengünstig durchzuführen. Im Verhältnis zur notwendigen wirtschaftlichen Besserstellung von Frauen erhält sie allerdings eine zu große Aufmerksamkeit. Sie steht bei den Zielländern im Feld der Prävention an erster Stelle, obgleich Information nicht den Kern der Probleme trifft – die eben wirtschaftlicher Art sind – und die Sinnhaftigkeit von Aufklärungsarbeit, wenn sie alleine steht, nicht unumstritten ist¹⁷.

Die Europäische Kommission fördert Informationskampagnen im Rahmen ihrer Präventionsarbeit. Die Informations- und Beratungsstellen von La Strada, die in Polen, Tschechien, der Ukraine und in Bulgarien bestehen, werden z.B. mit einem ausgewiesenen Aufklärungsauftrag von den Geldgebern aus der Europäischen Union unterstützt. Auch Mittel des STOP-Programms fließen in das Arbeitsfeld der Prävention in Form von Aufklärung ein¹⁸.

Mit Blick auf problemverursachende Zusammenhänge in den Herkunftsländern entziehen sich die Zielländer einer Verantwortung. Mit Blick auf problemverursachende Zusammenhänge in den Zielländern selbst sieht es nicht besser aus. So wird auch die marktbestimmende Nachfrage in den Wohlstandsländern nach käuflichen sexuellen Dienstleistungen von jungen Migrantinnen, die Opfer von Menschenhandel sind, nicht thematisiert. Obgleich zaghafte Ansätze¹⁹ zu erkennen sind und vereinzelt angemahnt werden, stehen Fragen, wie „warum denn dieser moderne Sklavenhandel“ aus Sicht der Zielländer so boomt (Gardiner 1997, S. 52), nicht zur Diskussion. Bislang ist das Verhalten der Freier, die Kunden der Opfer von Frauenhandel sind, in der allgemeinen Öffentlichkeit, in der Wissenschaft wie auch in der Politik tabuisiert. Ein Zusammenspiel von strukturellen, internationalen und geschlechtshierarchischen Hintergründen mit spezifischen Entwicklungen im Rotlichtmilieu wird niegiert.

Von der Homogenisierung der Geschädigten und dem Wertediskurs

Von Seiten der NGOs besteht von jeher das Interesse, daß der Staat die Verantwortung für die Probleme, auch mit Blick auf strukturelle Zusammenhänge, übernimmt. Die Forderung der NGOs nach qualifizierter Unterstützung betroffener Frauen stellt in diesem Zusammenhang nicht nur eine caritative Maßnah-

me, einen humanitären Akt, sondern auch eine staatliche Verpflichtung gegenüber Betroffenen, eine politische Maßnahme gegen Ausbeutung dar.

NGOs haben den Frauenhandel enttabuisiert und haben Druck auf politisch Verantwortliche ausgeübt. Sie waren und sind an regulativen Verbesserungen beteiligt, und sie tragen mit ihrer sozialen Infrastruktur wesentlich zur Unterstützung der Opfer von Menschenhandel bei. Die politische Bedeutung der NGOs als Katalysator für die Entwicklung einer sachgerechten Politik wird auch von Seiten des Bundesfrauenministeriums erkannt: „Die Bundesregierung, insbesondere das Bundesfrauenministerium, ist auf das know-how der NGOs und Fachberatungsstellen angewiesen. Nur mit ihrer Hilfe können wir politische Forderungen so einbringen, dass sie auch Umsetzungschancen haben.“²⁰

Für die Frauenbewegung erfreulich, können ausgewiesene NGOs im Zuge des Themas Frauenhandel eine Aufwertung ihrer Arbeit und eine allgemeine gesellschaftliche Akzeptanz erfahren. Qualifizierte Mitarbeiterinnen dieser Einrichtungen, die ihre Einzelfallhilfe in aller Regel auf Heiratsmigrantinnen, Migrantinnen auf dem informellen Arbeitsmarkt, Migrantinnen in der Prostitution und Opfer von Menschenhandel ausrichten, werden als Expertinnen im Bereich Menschenhandel bekannt. Die Anerkennung der Organisationen führt zur Sicherstellung bzw. zum Aufbau von Arbeitskapazität mit finanzieller Unterstützung der öffentlichen Hand²¹.

Diese positive Entwicklung wird von einem inhaltlichen Dilemma begleitet. Die NGOs befinden sich nämlich mit der Darstellung ihrer Arbeit und der Situation ihrer Klientinnen in einer schizophrenen Situation: Die heterogene Lebenssituation der Frauen wird homogenisiert. Die NGOs kennen durch ihren Praxisbezug die vielfältigen Lebensentwürfe und -bedingungen sowie Handlungsstrategien und -motive der Frauen. Um Aufmerksamkeit zu gewinnen und um politisches Handeln angesichts der gegebenen Medienstruktur – geprägt von Informationsüberfluß und Sensationsgier – zu provozieren, wird eine einseitige, vereinfachte Darstellung der Situation der Frauen favorisiert. Das Wissen der NGOs um die vielfältigen Lebensbedingungen der Frauen wird nicht bzw. nur verhalten nach außen transportiert. Auf Kosten einer differenzierten Darstellung der Lebenssituation der Frauen wird der Kampf der NGOs um Einfluß und Anerkennung in der (Halb-)Öffentlichkeit geführt.

Die verschiedenen Lebenslagen werden oft, entgegen eigener Praxiserfahrungen, in der Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit stereotypisierend und klischeehaft dargestellt und verallgemeinernd dramatisiert. Heiratsmigrantinnen, Frauen auf dem informellen Arbeitsmarkt und Migrantinnen, die aus freiem Entschluß in der Sexarbeit tätig sind, werden pauschal zu Opfern von Frauenhandel stigmatisiert²².

Die Migrantinnen befinden sich aber in verschiedenen Lebenslagen, die zwar von ähnlichen strukturellen Bedingungen beeinflusst, aber auch von unterschiedlichen persönlichen Lebenszusammenhängen und subjektiven Zwängen geprägt sind. Die subjektiven Wünsche, Bedürfnisse und Einstellungen, die individuellen Möglichkeiten ihrer Lebensbewältigung unterscheiden sich²³. Nach 'außen' werden die Frauen wie eine homogene Gruppe behandelt und alle in eine Opferrolle gedrängt. Aus dem Wissen heraus, daß alle Migrantinnen im großen Feld der reproduktiven Dienstleistung strukturell bedingten Nachteilen ausgesetzt sind, werden die Probleme auf ein einfaches Täter-Opfer Schema reduziert. Dem können in der Praxis nur Maßnahmen folgen, die sich auf Soziale Hilfe einerseits und auf Verbesserung von Strafverfolgung andererseits konzentrieren. Es handelt sich damit um eine systemstützende Entwicklung, die dem politischen Selbstverständnis der NGOs insofern zuwiderläuft, als diese in ihrer Grundhaltung zumindest pauschalisierend auch strukturelle Zusammenhänge berücksichtigt sehen wollen.

Das inhaltliche Vakuum, entstanden durch das Eliminieren der vielfältigen Lebensrealität der Frauen, wird von den NGOs mit ideologischen Standpunkten gefüllt. In Folge bestimmen nicht selten ethisch und moralisch geprägte Debatten die Situation. Als Effekt werden wiederum vereinfachte Wahrnehmungen und simplifizierte Darstellungen gefördert, die zur weiteren Stigmatisierung der Klientinnen der Beratungseinrichtungen, zur Homogenisierung derer Lebenslagen, beitragen.

Praktisch präsentiert sich das Dilemma so: Theoretische Grundsatzdebatten füllen das inhaltliche Vakuum. Das Thema Frauenhandel wird benutzt, um Ideologien und Werte zu transportieren²⁴. Verkürzt dargestellt konkurrieren die Gruppen zweier entgegengesetzter Einstellungen zur Prostitution miteinander:

Einerseits nutzen auf der internationalen Plattform abolitionistische Gruppen das Thema, um gegen Prostitution – das 'Übel der Menschheit' vorzugehen. Für sie ist Prostitution immer mit Zwang verbunden, immer würdelos und unmoralisch. Sie versuchen, Prostitution unter der Fahne von Frauenhandel zu bekämpfen. Sie fordern unter dem Etikett Frauenhandel eigentlich ein Strafrecht gegen Prostitution ein.

Andererseits setzen sich NGO-Netzwerke im Kontext von Frauenhandel für die Anerkennung von Prostitution als Beruf ein – dies dürfte die weitaus größere Gruppe sein. Dahinter steht der Gedanke, daß die arbeitsrechtliche Gleichstellung von Prostitution mit anderer Erwerbsarbeit der Ausbeutung von SexarbeiterInnen den Boden entzieht. Von den verbesserten Arbeitsbedingungen sollen inländische wie nicht-inländische Prostituierte profitieren. Bei ausländischen Prostituierten ohne entsprechende Aufenthalts- und Arbeitserlaub-

nis wird als weiterer Lösungsansatz die notwendige Verbesserung von deren Rechtssituation gesehen²⁵.

Da die NGOs die unterschiedlichen Lebenslagen ihrer Klientinnen in ihren theoretischen (halb-)öffentlichen Überlegungen negieren, fehlt ihnen auch die Kraft, einen realitätsnahen Diskurs über den Komplex: Menschenhandel, Heiratsmigration, informeller Arbeitsmarkt und Erwerbsarbeit in der Prostitution zu initiieren. Spannende und vielschichtige politische Konzepte fehlen. Die Debatte um Frauenhandel eröffnet heute vielmehr ein Schlachtfeld, auf dem sich Prostitutionsgegner und Prostitutionsbefürworter tummeln können.

Von verschiedenen Zielen und ähnlichen Strategien

Nicht nur bei den NGOs, sondern auch bei den GOs ist die Definition von Frauenhandel, die Festlegung der Inhalte, die sich hinter dem Begriff Frauenhandel verbergen, von entscheidender Bedeutung. GOs und NGOs stehen zunehmend für eine breite Definition von Frauenhandel. Dabei handelt es sich um eine Definition, die in den meisten Ländern der Europäischen Union, so auch in Deutschland, von dem abweicht, was strafrechtlich unter Menschenhandel zu verstehen ist. Wie bereits erwähnt, wird in Deutschland von Menschenhandel dann gesprochen, wenn Personen unter Anwendung von Gewalt, Zwang oder Täuschung ihres sexuellen Selbstbestimmungsrechtes beraubt werden.

Der Straftatbestand Menschenhandel (§§180b und 181StGB) soll Personen vor erzwungener Prostitution, aber auch vor erzwungener Ehe – also vor sexueller Fremdbestimmung – schützen. In der Bundesrepublik steht die Rechtsnorm vorrangig im Kontext einer sogenannten auslandsspezifischen Hilflosigkeit – dem Opfer sind die sozio-kulturellen Gegebenheiten am Ort der Tat fremd –, und die Rechtsnorm soll unabhängig von früheren Lebensbedingungen im Heimatland – beispielsweise einer Tätigkeit in der Prostitution – wirksam sein.

Die breite Definition von Frauenhandel ist demgegenüber eng mit der oben beschriebenen Homogenisierung der Frauen verknüpft. Die Definition bezieht sich nicht mehr auf sexualisierte Gewalt, sondern allgemein auf eine ausbeuterische Arbeitssituation (vgl. u.a. Global Alliance against Traffic in Women, Foundation Against Trafficking in Women, International Human Rights Law Group 1999; KOK o.D., Bündnis 90/Die Grünen 1999, S. 51). Sie umfaßt „... neben dem Handel in die Prostitution auch den Handel von Frauen in andere Ausbeutungsverhältnisse (also in die Ehe und in ungeschützte Arbeitsverhältnisse, z.B. in die Hausarbeit), ohne daß das Merkmal der sexuellen Ausbeutung gegeben sein muß“ (KOK-Schattenbericht 1999, S. 1). Alle Formen des Handels

mit Menschen, wie z.B. Zwangsarbeit, Schuldknechtschaft sowie sklaverei-ähnliche Bedingungen, sollen darin abgedeckt sein. Praktisch umfaßt diese Terminologie Frauenhandel den gesamten informellen Arbeitsmarkt mit seinen verschiedenen Facetten an Ausbeutung und an Ausnutzung von Abhängigkeiten und Rechtlosigkeit. Die Kategorie sexualisierte Gewalt, die die Frauenspezifität im Kontext Menschen-/Frauenhandel hervorhob, wird damit abgeschafft.

Obgleich nicht bezifferbar, so ist doch klar, daß eine solch breite Definition unweigerlich zu einer enormen Ausweitung der Opferzahlen führen muß. Als Opfer von Frauen-/Menschenhandel kommen nicht nur weitere Frauengruppen, sondern auch viele Männergruppen hinzu. Männer sind mit großem Anteil auf dem informellen Arbeitsmarkt als Arbeitnehmer beschäftigt. Auch ihre Situation ist, strukturell bedingt, von Ausbeutung und von Zwang bestimmt. Das, was heute unter die Strafrechtsnorm Menschenhandel fällt, ist in der gesellschaftlichen Realität als Frauenhandel präsent. Das, was die Frauennetzwerke unter Frauenhandel gefaßt haben wollen, kann in der Praxis aber nur Menschenhandel – Opfer weiblichen und männlichen Geschlechts – sein. Damit geben die NGOs mit der breiten Definition von Frauenhandel den frauenspezifischen, den feministischen Fokus ab. Unter der Hand wird die Betonung von geschlechtsspezifischer Benachteiligung, von sexualisierter Gewalt, die regelmäßig auf Frauen ausgerichtet ist, eliminiert.

So übereinstimmend die Interessen an einer zukünftigen, breit gefaßten Definition von Menschenhandel bei GOs und bei NGOs sind, so unterschiedlich sind die politischen Ziele, die sich dahinter verbergen, und die sozio-ökonomischen Konsequenzen, die daraus abgeleitet werden.

Ein internationaler Zusammenschluß von NGOs, die Frauenhandel bekämpfen – der Human Rights Caucus, in dem auch das deutsche Frauenhandelsnetzwerk, der Bundesweite Koordinierungskreis gegen Frauenhandel und Gewalt an Frauen im Migrationsprozess (KOK) in Potsdam, vertreten ist –, hat sich im Rahmen seiner Lobbyarbeit vom Januar 1999 bis Oktober 2000 in Wien bei der Crime Commission der UNO im Kontext einer neuen Konvention zur Bekämpfung der transnationalen Kriminalität dafür eingesetzt²⁶, daß

- a) eine breite Definition zu Menschenhandel umgesetzt wird;
 - b) Mindestrechte für die Betroffenen des Menschenhandels gewährleistet sind.
- Ende 2000 muß das deutsche Vertretungsgremium (der KOK) in einem Schreiben an alle Mitgliedsorganisationen bedauern: „Das erste Ziel haben wir erreicht, nicht jedoch das zweite.“ (KOK.Potsdam@t-online.de, e-mail: ban-ying@ipn.de, 31.10.2000)

Konkret förderte die breite Menschenhandelsdefinition, daß „... die Delegierten zwischen Menschenhandel und Schleusung so wenig zu unterscheiden

bereit sind. Dies hat zur Folge, daß Opfer von Menschenhandel nach dem gleichen rechtlichen Prinzip behandelt werden wie eingereiste MigrantInnen“. (KOK.Potsdam@t-online.de, e-mail:ban-ying@ipn.de) Die Gleichung ist nun: Frauenhandel ist Menschenhandel. Da die Kategorie sexualisierte Gewalt entfällt, sind Männer wie Frauen gleichermaßen betroffen. Die Gleichung ist deshalb zugleich: Menschenhandel ist illegale Immigration.

Daß dies geschehen könnte, wurde bereits Jahre zuvor auf der für die inhaltliche Bestimmung der Definition von Menschenhandel entscheidenden internationalen NGO-Tagung in den Niederlanden²⁷ von zwei deutschen NGOs vorgebracht. Sie setzten sich damals für eine klare Differenzierung zwischen Menschenhandel (Opfer sexualisierter Gewalt) und Ausbeutung auf dem informellen Arbeitsmarkt ein. Von ihnen wurde erwartet, daß bei einer breiten Definition mit hohen Opferzahlen nicht der Schutz für die Betroffenen bei den Regierungen im Vordergrund stehen kann. In einem Papier der beiden Gruppen wird deshalb ein klares und differenziertes Herangehen von Seiten der NGOs verbunden mit politischem Realismus gefordert. So heißt es darin: „There is exploitation of women labour power *and* there is sexual violence. ... The political authorities fear the informal immigration movements. ... They are interested, therefore, in stopping informal border transfers, and their interest in supporting the women (victims) concerned is low. NGOs have to be engaged in improving the situations of the victims of trafficking and improving the situations of migrant women workers in general. The latter demands discussions about legalisation practices, about standards for the informal economy ... and about the national, the European and the international migration policy.“ (Ökumenische Asiengruppe²⁸ und Informationszentrum Dritte Welt - Beratungs- und Infostelle für Migrantinnen aus Afrika, Asien, Lateinamerika und Osteuropa 1997, S. 2)

Der „mainstream“, die ideologische Besetztheit des Themas und möglicherweise der allgegenwärtig knappe Zeitplan verhinderten auf der Tagung eine sachliche und differenzierte Diskussion. Menschenhandel per Definition nach wie vor mit sexualisierter Gewalt zu verknüpfen und damit seine besondere Präsenz im Rotlichtmilieu sichtbar zu machen, wurde von vielen wie ein Angriff auf die Erwerbsarbeit in der Prostitution, die Fortführung der Diskriminierung von Prostituierten, interpretiert²⁹. Um in der Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit besser wachrütteln und motivieren zu können, gab es zugleich Bestrebungen, jede Form der Ausbeutung von Frauen einem Schlagwort zu subsumieren.

Die breite Menschenhandelsdefinition fand die große Mehrheit. So heißt es in dem Abschlußpapier: „Policies should address: ... ‘Trafficking’ in the sense of

abusive recruitment and brokerage practices related to migration as well as 'forced labour and slavery-like practices' in the sense of abusive living and working conditions ..." (NGO Statement 1997, S. 2).

Heute hat die breite Definition in dem UN-Protokoll zu Menschenhandel Eingang gefunden. Die Terminologie Menschenhandel wurde mit ihrer neuen inhaltlichen Bedeutung maßgeblich von NGOs, die gegen Frauenhandel arbeiten, transportiert. Im UN-Protokoll sind zudem weitreichende Strafverfolgungsbestimmungen vorgesehen. Die Schutzregelungen für die Betroffenen des Menschenhandels sind allerdings nur unzureichend erfaßt (KOK.Potsdam@t-online.de, e-mail:ban-ying@ipn.de).

Die Frauenbewegung hat zwar spezifische Inhalte transportiert, die Ziele aber, die sie damit erreichen wollte, verfehlt. Damit hat sie der nationalstaatlichen Abschottungs- und Repressionspolitik zugearbeitet. Dies war nur möglich, weil ein vereinfachter, ideologiebesetzter Diskurs auch die Diskussion innerhalb der Frauennetzwerke bestimmt. Vielschichtigkeit und inhaltliche Reichhaltigkeit der Praxiserfahrung wird gegenwärtig nicht in feministische, gesellschaftskritische Arbeit umgesetzt.

(Keine) Einfache(n) Lösungen für ein komplexes Problem

Unbestritten haben die NGOs für die Opfer von Menschenhandel in der Praxis einiges erreicht. Regional führen beispielsweise gute Vernetzungsarbeit und der Aufbau von interdisziplinärer Kooperation zu guten Zugangsmöglichkeiten der Migrantinnen zu Beratungseinrichtungen. Für die Klientinnen stehen qualifizierte Dienste (Beratung, Sprachvermittlung u.a.) bereit. In dem Bemühen um eine kritische und innovative Rolle wird das Arbeitsfeld der Einzelfallhilfe von den NGOs regelmäßig mit Informations-, Öffentlichkeits-, Sensibilisierungsarbeit und mit Lobbying ergänzt. Beispielsweise war die Beteiligung von NGOs am bundesweiten Runden Tisch Frauenhandel unverzichtbar für die Entwicklung eines „Kooperationskonzeptes zwischen Fachberatungsstelle und Polizei für den Schutz von Opferzeugen/-innen von Menschenhandel“. Die neuen Verwaltungsrichtlinien der Bundesregierung zum Ausländergesetz³⁰ können u.a. als Erfolg der NGO-Arbeit bewertet werden. Auf internationaler Ebene hat das deutsche NGO-Netzwerk KOK mit seinem Bericht zu Frauenhandel ('Schattenbericht') im Januar 2000 bei dem UN-Frauenrechtsausschuß (CEDAW) auf Menschenrechtsverletzungen an den Klientinnen der Fachberatungsstellen in Deutschland aufmerksam gemacht. Das Dokument wurde neben der offiziellen Stellungnahme der Bundesregierung vorgelegt und wirkte auf die Empfehlungen von CEDAW an die Bundesregierung ein.

Zahlreiche inhaltliche, finanzielle und rechtliche Probleme verhinderten nicht, daß nach und nach eine Verbesserung der sozialen Hilfe für die Geschädigten erreicht worden ist. Soziale Hilfe schützt die Interessen und Bedürfnisse im Einzelfall, sie wirkt aber immer auch system- und strukturstabilisierend – die Probleme werden besser verwaltet – und zielt nicht auf Veränderung von gesellschaftlicher Realität, auf Lösung im Sinne von Prävention, ab. Die Abwesenheit eines kritischen, feministischen, wissenschaftlich fundierten Diskurses fördert diese tendenziell angepaßte und unkritische Situation (vgl. auch Kontos 2000).

Bei den NGOs, die an der Basis arbeiten, dominiert – möglicherweise zwangsläufig – eine Art Aktionismus. Das Vorgehen der NGOs basiert auf wenig differenzierten Erklärungsmustern und zielt auf vereinfachte Lösungen ab. Die Basisverbundenheit und der damit verknüpfte unmittelbare Handlungszwang begrenzen die Möglichkeiten zum vertieften Weiterdenken und behindern Ansätze zur systemkritischen und systemverändernden Innovation.

Frauenforschung findet sich im Bereich Frauenhandel nur als maßnahmeorientierte und praxisnahe Auftragsforschung wieder. Im Interesse ihrer öffentlichen Geldgeber wirkt sie politikberatend und handlungsorientiert. Das Thema Frauen-/Menschenhandel findet keinen wirklichen Platz in der feministischen, wissenschaftlichen Diskussion³¹. Vielleicht liegt dies daran, daß sich alle einig sind, denn alle sind gegen Menschenhandel. Vielleicht liegt dies daran, daß alles klar zu sein scheint; so ist das Täter-Opfer-Schema festgelegt. Vielleicht liegt dies aber auch daran, daß Frauenhandel letztlich doch für viele ein 'Schmuddelthema' ist.

Den NGOs, die den Praxisbezug haben, fehlt eine theorieeinbindende, gesellschaftsanalytische und feministische Diskussion. Gerade der Frauenforschung obläge es, die Arbeit der frauenspezifischen Beratungseinrichtungen und -organisationen im Kontext Menschenhandel/Frauenhandel mit einem gesellschaftsanalytischen Diskurs zu begleiten. Feministische Wissenschaft sollte nicht nur für politische Entscheidungsträger und Entscheidungsträgerinnen, sondern auch für die Frauenbewegung in der Praxisarbeit beratend tätig sein. Zum einen sind kritische Situationsanalysen im Sinne von Grundlagenforschung lange überfällig. Diese sollten u.a. Genderfragen, Globalisierungszusammenhänge, Migrationsbewegungen, Gewaltentwicklungen und Lebensbiographien einbeziehen. Zum anderen sind aber auch bestehende und aktuelle praxisrelevante Strategiediskussionen kritisch zu begleiten. Die NGOs hätten im oben geschilderten Kontext der Frauenhandelsdefinition vorab die Möglichkeit in Betracht ziehen sollen, daß die internationale Staatengemeinschaft mit der Annahme einer breiten Definition repressive Maßnahmen verbinden wird. Sol-

che Überlegungen hätten wahrscheinlich die inhaltliche Ausrichtung der politischen Arbeit, der Lobbyarbeit, gewandelt.

Unter Beteiligung einer wissenschaftlichen feministischen Diskussion könnte die basisorientierte Frauenbewegung aus dem Fahrwasser herauskommen oder der Gefahr entgehen, für staatliche Maßnahmen nur noch Zuarbeiterin und Helferin zu sein oder gar 'ungewollt' inhaltliche Vorlagen für repressive Mittel zu liefern. Die NGOs im Beratungsfeld erkennen die Gefahr ihrer Instrumentalisierung und versuchen, dem entgegenzuwirken³². Von der Praxis selbst die Evaluierung der eigenen Arbeit und die Einbindung in feministische Theorie zu fordern, kann allerdings leicht eine Überforderung sein. Die Praxis kann in der Regel nicht oder nur begrenzt gleichzeitig auch ihre eigene Arbeit wissenschaftlich begleiten.

Ein anderes Problem stellt für NGOs die scheinbare Hoffnungslosigkeit dar, die mit der Suche nach realisierbaren und pragmatischen Lösungsansätzen verbunden ist. Nicht nur mit Blick auf das internationale Organisierte Verbrechen, sondern vor allem auch auf die Bereitschaft der Frauen zur Migration und auf die ungebrochene Nachfrage nach käuflichen sexuellen Dienstleistungen werden komplexe, riesige und scheinbar unlösbare Schwierigkeiten offenbar. Dabei sind diese strukturellen Hintergründe für die Dynamik des internationalen Marktes zentral.

Eine Annäherung an die Problematik kann nur gelingen, wenn über die Seite der migrationswilligen Frauen wissenschaftlich fundiert nachgedacht wird. Dann wird die heterogene Lebensrealität der Frauen in der Heiratsmigration, dem informellen Arbeitsmarkt, der Prostitution und der Opfer von Menschenhandel, die bislang alle unter den Komplex Frauenhandel fallen, nicht nur wahrgenommen, sondern auch benannt und möglicherweise auch öffentlich sichtbar gemacht. Begriffe wie Handel, Ausbeutung u.a. werden geklärt und mit Inhalten gefüllt.

Der Erkenntnisgewinn wird darin liegen, daß Frauen in zunehmender Anzahl Ausbeutung und Abhängigkeit akzeptieren aus Mangel an Lebensalternativen, aus Mangel an beruflichen Möglichkeiten, die ihnen aus strukturellen Gründen nicht zur Verfügung stehen. Aus dieser Perspektive werden die Frauen zu aktiv handelnden Subjekten – im Gegensatz zu den hilflosen Opfern – in einer extrem eingeschränkten Lebenssituation. Verschiedene Fragen schließen sich an diesen Ansatz der Differenz an. In jedem Fall führen sie in eine gesellschaftskritische und systemhinterfragende Diskussion.

Der Wahrnehmung der verschiedenen Lebensrealitäten der Frauen wird die Frage nach sozialen Standards in der Gesellschaft folgen. Das Thema der ungleichen Verteilung von Ressourcen steht auf nationaler wie auch auf internationa-

ler Ebene als auch im Geschlechtervergleich zur Diskussion. Die Lösung der Probleme wird nicht nur in der Bekämpfung von Kriminalität oder auch im Opferschutz gesucht, vielmehr gewinnen die Debatten um den Zugang zu notwendigen gesellschaftlichen Ressourcen für alle Frauen an Brisanz. Ein solcher politischer Ansatz ist, im Vergleich zu gegenwärtigen Bekämpfungsstrategien, wesentlich schwieriger, weil er Bestehendes hinterfragt und transformierend auf gesellschaftliche Strukturen einwirkt. Er ist eben nicht nur Kosmetik, sondern lösungsorientiert, und er wird Stützpfeiler dieses Gesellschaftssystems national und international, und nicht nur die Sozialpolitik, kräftig ins Wanken bringen. Leicht vorstellbar ist, daß NGOs mit einer solchen Politik weniger beliebt bei verantwortlichen Regierungsstellen – bei Kooperationspartnern und Geldgebern – sind. Dann hätten die NGOs die Aufgabe, das bislang Er kämpfte, das wichtig und wertvoll ist, zu erhalten und weiterzuentwickeln. Zugleich wäre an einem zweiten Strang, sozusagen parallel zu bestehenden Arbeitszusammenhängen, eine strukturkritische, eine feministische Rolle einzunehmen. Für diese Doppelfunktion – nicht zwangsläufig realisiert innerhalb einer Organisation – wäre um gesellschaftliche Akzeptanz und Anerkennung zu werben, und die NGOs selbst müßten lernen, aus der Verbindung zwischen Praxis und Theorie Vorteile für ihre Arbeit zu ziehen.

Bei aller Befürwortung von anti-diskriminierenden Maßnahmen in der Sexarbeit kann eine feministische Wissenschaft auch die Seite der Nachfrage nach käuflichen sexuellen Dienstleistungen nicht ignorieren. Verfechterinnen der Forderung, Prostitution als Beruf anzuerkennen, befürchten, der Freier, also der Kunde der Frauen, könne mit Hilfe von wissenschaftlicher Forschung stigmatisiert werden. Die feministische Wissenschaft sollte sich von solchen Denkverböten des politischen 'mainstream' befreien. Zum einen ist es unabhängig von einer Problemorientierung für die Gesellschaft wissenswert, wie der Prostitutionsmarkt auch von Seiten der nachgefragten Dienstleistung funktioniert. Zum anderen sind auf die Problemstellung Menschenhandel zugeschnitten in der Tat einige dringende Fragen zu klären. Der Bereich Nachfrage nach käuflicher Sexualität ist ein offenes Feld, so daß theoretisch der ganz normale Freier Kunde von Dienstleistungen der Opfer des Verbrechens sein kann.

Eine ernstzunehmende Forschung zur Nachfrage nach käuflicher Sexualität im Zusammenhang mit Menschenhandel kann natürlich nicht in dualistische Schuldzuschreibungen und Polarisierungsbestrebungen, wie: die Frau ist Opfer und der Mann ist Täter, enden. Eine solche Forschung sollte vielmehr unter Berücksichtigung struktureller Bedingungen dezidiert eruieren, ob und inwiefern eine spezifische gesellschaftliche Entwicklung von Sexualverhalten im Allgemeinen – Stichworte sind Enttabuisierung von Sexualität, 'Entzauberung' von

Sexualität, Auswirkungen von Leistungsgesellschaft u.a. – und von Sexualverhalten bei Männern im Besonderen – Stichworte sind neue und alte Männlichkeit, Männerphantasie u.a. –, ein spezifisches Freierverhalten fördert. Weiterhin ist empirisch zu erheben, ob und inwiefern eine spezifische Nachfrage nach käuflicher Sexualität mit einer spezifischen Dienstleistung der Opfer von Menschenhandel assoziiert.

Angenommen, der Geschäftsablauf im Milieu ist immer weiter von jeglicher zwischenmenschlichen Interaktion entfernt – und einiges spricht für diese These –, dann wäre eventuell nachzuvollziehen, warum die Opfer von Menschenhandel – als sprachlose, eingeschüchterte, ängstliche Akteurinnen – für Freier attraktiv sind.

Zugleich wäre den Fragen nachzugehen, ob für die Freier die Chance besteht, die schlechten Geschäftsbedingungen der Opfer von Menschenhandel wahrzunehmen³³ und ob Kunden gezielt zu extrem gebundenen ausländischen Prostituierten gehen³⁴. Solche Themen greifen das Preis-Leistungs-Verhältnis auf, oder auch lösungsorientiert gedacht, die Einführung einer Geschäftsethik im Freier-Prostitutions-Geschäft.

Möglicherweise handelt es sich bei den Freiern der Opfer von Menschenhandel um Männer, die nicht mit selbstbewußten, professionellen Prostituierten ins Geschäft kommen möchten. Sie setzen nicht auf ein offenes und freiwilliges Geschäft 'Sex gegen Geld', sondern lassen sich von besonders jungen, sprachlich isolierten, sozial verunsicherten und eingeschüchterten Frauen bedienen. Es könnten Freier sein, die über die Verwirklichung ihrer Machtinteressen und Hegemoniebestrebungen im Geschäft mit Opfern von Menschenhandel profitieren (vgl. auch Niesner 1999).

Da das Feld Nachfrage nach käuflicher Sexualität bislang weitgehend unerforscht ist, ist heute nur sicher, daß Männer die Bereitschaft zeigen, ein internationales ökonomisches Machtgefälle auszunutzen und sich auf einem internationalen Markt die erwünschten sexuellen Dienstleistungen zu besorgen. Strukturelle Nachteile für die betroffenen Frauen sowie frauendiskriminierende Vermittlungspraktiken, Zwang und Ausbeutung nehmen sie zumindest billigend in Kauf. Ob und wie die Kunden selektieren, ist unbekannt. Unterschiede im Freierverhalten werden bislang nicht registriert. Eine nicht unwesentliche Aufgabe für die feministische Wissenschaft bestände darin, Fragen, wie oben angeführt, zu verfolgen. Das Wissen über Freierverhalten, empirisch belegt und soziologisch analysiert, könnte eine bislang nicht existente Debatte zu Frauenhandel über Verantwortung von Seiten der wohlhabenden Zielländer initiieren.

Die beiden aufgezeigten Stränge – die heterogene Lebenssituation der Frauen und die völlig im Dunkeln liegende Nachfrage nach käuflicher Sexualität – sind,

neben vielen anderen wichtigen Fragestellungen, für eine feministische Wissenschaft zentral. Die Forschung zu Frauenhandel bindet gesamtgesellschaftliche Fragestellungen, die für die Gleichstellung der Frau in der Gesellschaft von Bedeutung sind, ein. Der Umsetzung von notwendiger Forschung geht das Interesse, die Sinnhaftigkeit unter feministischen Gesichtspunkten, voraus. Zu realisieren sind solche Vorhaben aber nur, wenn auch die notwendigen Forschungsmittel für solch gesellschaftlich 'unangenehme' Themen einzuwerben sind.

Anmerkungen

- 1 Dies dürfte darauf zurückzuführen sein, daß die Geschäfte im Sexgewerbe oft mit organisierter Kriminalität verknüpft sind und im Rotlichtmilieu große Geldsummen staatlich unkontrolliert umgesetzt werden.
- 2 Es ist hier die nationale, nicht die internationale Diskussion gemeint.
- 3 Diese ersten Untersuchungen wurden in Auftrag gegeben vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Die Ergebnisse sind veröffentlicht in: agira (Hrsg) 1990; Schriftenreihe des Bundesministers für Frauen und Jugend 1992; 1989 erfolgte die Wissenschaftliche Begleitung des Fraueninformationszentrums Stuttgart, die vom Frankfurter Institut für Frauenforschung durchgeführt wurde. Die Ergebnisse sind veröffentlicht in Niesner u.a. 1997.
- 4 1999 kamen 88,9% der Frauen aus ost- und mitteleuropäischen Staaten, an erster Stelle stand die Ukraine (21,7%), dann kamen Polen, Rußland und Litauen mit jeweils einem Anteil von über 10% (Bundeskriminalamt, S. 6f.).
- 5 Von 1988 bis 1993 das Fraueninformationszentrum Stuttgart (FIZ) in Trägerschaft des Vereins für internationale Jugendarbeit, YWCA.
- 6 Es handelte sich um SOLWODI (Solidarity with Women in Distress).
- 7 Vgl. zur gleichen Einschätzung auch: Deutscher Bundestag, Ausschuß für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 27. Mai 1998, S. 13.
- 8 Das STOP-Programm zielt auf die Bekämpfung von Menschenhandel und von sexualisierter Gewalt gegen Kinder ab: „The aim of Joint Action 96/700/JHA of 29 November 1996 by the Council on the basis of Article K.3 of the Treaty on European Union, establishing an incentive and exchange programme for persons responsible for combating trade in human beings and the sexual exploitation of children, is 'the establishment of a framework for training, information, study and exchange actions' (Joint Action, 5th recital) as part of 'a coordinated multi-disciplinary approach to the problem'“ (Joint Action, 4th recital) (Commission of the European Communities, Commission staff working paper 18.06.1998, S. 40).
- 9 Die neue italienische Gesetzgebung zum Einwanderungsgesetz 1998 könnte die Vorlage für einen zeugenunabhängigen Opferschutz sein. Ihre Praktikabilität muß sich in Italien erst noch erweisen.

- 10 Der Runde Tisch Frauenhandel, angesiedelt beim Bundesfrauenministerium, ist intensiv bemüht, bei gegebener Rechtslage alle Möglichkeiten auszuloten und Maßnahmen anzustoßen, die die Chancen einer Arbeitsaufnahme für die Frauen erhöhen.
- 11 Vgl. auch KOK-Schattenbericht S. 23. An der Erhebung des KOK waren 18 Fachberatungsstellen aus dem Bundesgebiet beteiligt.
- 12 Solche Vorbehalte wurden mir in Fachgesprächen und Interviews mit PolitikerInnen, mit Strafermittlungsbehörden, Ausländerbehörden u.a. immer wieder bekannt.
- 13 Erlaß des Bundesministeriums des Innern an den Grenzschutz (Erlaß BGS II 2 - 645 374/0 (Ro) vom 6. Mai 1997, Bekämpfung der Schleuserkriminalität; hier: Erlangung einer Duldung zugunsten einer Zeugenaussage im Schleusungsverfahren), in: Niesner u.a. 2001, S. 210f. Vgl. zur Verknüpfung zwischen Menschenhandel, Schleuserkriminalität und Innere Sicherheit auch Eggert 18. Januar 1997.
- 14 z.B. Frankfurter Rundschau - Magazin 3. Februar 2001 und Frankfurter Rundschau 19. Februar 2001.
- 15 Dem folgt die Tätergruppe türkischer Staatsangehöriger mit 15,3% (vgl. Bundeskriminalamt S. 9).
- 16 Vgl. hierzu bspw. Eggert, D. Heinz 1997. Darin heißt es: „... Die aus unserem Nachbarstaat zu uns hereinschwappende Kriminalität ...“.
- 17 Z.B. ergab die Studie „Ein Traum vom besseren Leben“, daß Aufklärungsarbeit auswanderungsbereite Frauen nicht mehr zurückhalten kann (Niesner u.a. 1997).
- 18 Primär fördert das STOP-Programm allerdings Maßnahmen, die zur Verbesserung der Strafverfolgung führen, und Maßnahmen, die auf Vernetzung und Austausch von Regierungsstellen und NGOs abzielen.
- 19 Siehe hierzu Evangelische Akademie Bad Boll u.a. 1993.
- 20 So die parlamentarische Staatssekretärin des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), Dr. Edith Niehuis, anlässlich der Eröffnungsfeier der Bundesgeschäftsstelle des Koordinierungskreises gegen Frauenhandel und Gewalt an Frauen im Migrationsprozess e.V. (KOK) am 30. März 2000 in Potsdam.
- 21 Natürlich sind auch im Bereich der Fachberatungsstellen für Menschenhandel die Mittel knapp. Im Vergleich zu anderen Frauenprojekten geht es ihnen jedoch oft gut. Im Schattenbericht des KOK heißt es hierzu: „Die Unterstützungen fallen unter die freiwilligen Leistungen und richten sich nach der Haushaltslage, die jedes Jahr neu verhandelt wird. Sie sind mit den zunehmenden Kürzungen und den angespannten Haushaltslagen relativ ungewiß.“ (KOK-Schattenbericht, S. 3)
- 22 Beispielhaft ist dies dokumentiert in dem KOK-Schattenbericht. Darin wurden alle Klientinnen der Beratungsstellen, auch die Frauen mit klassischen Eheproblemen oder typischen Problemen der Kindererziehung u.a., neben den Opfern von Menschenhandel dem Oberbegriff Frauenhandel subsumiert. Nur so ist zu verstehen, daß in dem Zeitraum von 1996 bis 1998 von den Organisationen insgesamt 2035 Klientinnen, die von Frauenhandel betroffen sind, betreut werden konnten (KOK-Schattenbericht, S. 3).

- 23 Wissenschaftlich dokumentiert ist diese Vielfalt in Niesner u.a. 1997. Siehe hierzu auch Niesner 2000.
- 24 Beispielhaft war dies wieder zu beobachten auf dem Internationalen Seminar in Straßburg: „Action against Traffic in Human Beings for the Purpose of Sexual Exploitation“ Council of Europe, 29. bis 30. Juni 1998. Das Seminar endete für die meisten TeilnehmerInnen ergebnislos, weil der Schlagabtausch von Meinungen häufig eine sachbezogene inhaltliche Verständigung verdrängte.
- 25 Z.B. wird die Green Card für ausländische Sexarbeiterinnen gefordert.
- 26 Dies im Zusammenhang mit einem der drei Zusatzprotokolle, das sich ausschließlich der Vorbeugung und Bekämpfung von Menschenhandel widmet.
- 27 European NGO Conference on Trafficking in Women (notraf), 5.-7. April 1997 in Noordwijkerhout, Niederlande, durchgeführt von der Foundation against Trafficking in Women (STV), Mr. A. de Graaf Foundation (Institute for Prostitution issues) and Tampep.
- 28 Die Ökumenische Asiengruppe hat sich einen neuen Namen gegeben und heißt heute FiM, was für den Leitgedanken 'Frauenrecht ist Menschenrecht' steht.
- 29 An dieser Interpretation hat sich seither wenig verändert, wie der Bericht der Organisation Ban Ying belegt (Prasad o.D., S. 88).
- 30 Eine vierwöchige Fristenregelung ist seit Oktober 2000 über die Verwaltungsvorschriften zum Ausländergesetz bundeseinheitlich geregelt. In dem Erlaß heißt es: „Bei der Einräumung und Bemessung einer Ausreisefrist sind auch öffentliche Interessen zu berücksichtigen (z.B. Beweiserhebung in einem strafrechtlichen Ermittlungsverfahren). Sprechen konkrete Tatsachen oder andere Anhaltspunkte dafür, daß eine ausreisepflichtige Person von Menschenhandel betroffen ist, so ist grundsätzlich eine Frist zur freiwilligen Ausreise von vier Wochen vorzusehen. Die Betroffenen werden über die Möglichkeit informiert, sich durch spezielle Beratungsstellen betreuen und helfen zu lassen. Die Ausreisefrist soll darüber hinaus dem Ausländer die Möglichkeit geben, seine persönlichen Angelegenheiten zu regeln.“
- 31 Auch Brinkmann to Broxten stellt eine mangelnde Verknüpfung zwischen praxisbezogener feministischer Forschung und theoretischen feministischen Konzepten fest (vgl. Brinkmann to Broxten 2001).
- 32 Z.B. zeigt dies das 16. agisra-Vernetzungstreffen mit dem Titel: „Fachberatungsstellen zwischen Anpassungsleistung und Autonomieanspruch – gesellschaftliche mainstream-Interessen und Zielvorgaben versus unabhängige Arbeit im sozialen und politischen Feld“ (27.-29. Oktober 2000).
- 33 Auch für die Strafverfolgung von Menschenhandel kann dies von Interesse sein (vgl. hierzu Niesner u.a. 2001, S. 239ff.).
- 34 Diese Überlegung steht in Anlehnung an die spezifischen Geschäftsabläufe bei drogenabhängigen Prostituierten.

Literatur

- agisra (1989): Begründung zum Antrag an die Frauenanstiftung e.V. für die internationale Vernetzungsarbeit der agisra (Arbeitsgemeinschaft gegen internationale sexuelle und rassistische Ausbeutung) e.V. für September bis Dezember 1989, internes Papier. Frankfurt/Main
- (Hg.) (1990): Frauenhandel und Prostitutionstourismus – eine Bestandsaufnahme zu Prostitutionstourismus, Heiratsvermittlung und Menschenhandel mit ausländischen Mädchen und Frauen. München
- ak – analyse & kritik, Zeitung für linke Debatte und Praxis (23.09.1999): Schleuser und Schlepper – Fluchthilfe als Dienstleistung, Nr. 430 (http://www.akweb.de/ak_s/ak430/05.htm)
- Augstein, Renate (1999): Der Frauenhandel aus Sicht der Politik. In: Frauen in der einen Welt – Zeitschrift für interkulturelle Frauenalltagsforschung, Heft 1, S. 63-71
- Brinkmann to Broxten, Eva (2001): Und was ist mit der feministischen Forschung außerhalb der Hochschulen? In: Berg, Tanja/Niekant, Renate/Schuchmann, Uta (Hg.): Feministische Erkenntnisprozesse – Zwischen Wissenschaftstheorie und politischer Praxis (Arbeitstitel), herausgegeben vom Arbeitskreis ‚Politik und Geschlecht‘ in der deutschen Vereinigung für politische Wissenschaft e.V. DVPW. Opladen (voraussichtlicher Erscheinungstermin: Herbst 2001)
- Bündnis 90/Die Grünen (1999): Dringender Handlungsbedarf bei der Bekämpfung des Frauenhandels. In: agisra, Rundbrief Nr. 26, August
- Bundeskriminalamt (BKA) (1999): Lagebild Menschenhandel
- Commission of the European Communities, Commission staff working paper (18.6.1998): First report of the commission to the European Parliament and the Council on the implementation of the Grotius, Sherlock, STOP and OISIN Programmes (1996-1997). Brussels
- Connell, Robert (1995): 'The big picture' – Formen der Männlichkeit in der neueren Weltgeschichte. In: Widersprüche, Heft 56/57
- Connell, W. Robert (1999): Der gemachte Mann – Konstruktion und Krise von Männlichkeiten. Opladen
- Conseil de l'Europe (2000): La traite des etres humains aux fins d'exploitation sexuelle – Recomandation n° R 11 adoptée par le Comité des Ministres du Conseil de l'Europe le 19 mai 2000 et Exposé des motifs
- Deutscher Bundestag (27. Mai 1998), Ausschuß für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, 89. Sitzung, Wortprotokoll (Öffentliche Anhörung). Bonn
- Dietrich, Helmut (1999): Fluchtwege. In: Themenheft: Europäische Sicherheit, Ausgabe 11, Auszüge in <http://userpage.fu-berlin.de/~ami/ausgaben/1999/t11-99-9.htm>
- Eggert, D. Heinz, Staatsminister a.D. (18. Januar 1997): Europa größer – Sicherheit kleiner ?? Vortrag beim Internationalen Euro-Ski-Treffen der JU-Bezirksverbände Niederbayern und Oberpfalz

- Evangelische Akademie Bad Boll/Frankfurter Institut für Frauenforschung/Fraueninformationszentrum, Stuttgart/Ökumenische Asiengruppe (1993): Die Sehnsucht nach der fremden Frau – Sozialpsychologische Hintergründe von Männerphantasien und -wünschen. Protokolldienst Bad Boll 8/93
- Flüchtlingsrat – Zeitschrift für Flüchtlingspolitik in Niedersachsen. Ausgabe 5/98: Forschungsgesellschaft Flucht und Migration (FFM): Die Grenze: Flüchtlingsjagd im Schengenland (Auszüge) (<http://www.proasyl.de/lit/grenze.htm>)
- Frankfurter Rundschau – Magazin (3. Februar 2001): Moderne Sklaventreiberei
- Frankfurter Rundschau (19. Februar 2001): Südfrankreich – Entsetzen über Flüchtlingsdrama
- Gardiner, Angelika (1997): Angebot und Nachfrage – wer sind die Freier? In: Nordelbisches Frauenwerk: Frauenhandel. Neumünster, S. 52-55
- Global Alliance against Traffic in Women, Foundation Against Trafficking in Women, International Human Rights Law Group (1999): Human Rights Standards for the Treatment of Trafficked Persons (<http://www.inet.co.th/org/gaatw/SolidarityAction/SMR99.htm>)
- KOK.Potsdam@t-online.de, e-mail:ban-ying@ipn.de (31.10.2000), Pressemitteilung: Das neue UNO-Protokoll zu Menschenhandel: kein Mindestschutz für Opfer von Menschenhandel!
- KOK-Schattenbericht zur CEDAW (1999) – Art. 6: Frauenhandel – Auswertung der Fragebögen der Basisorganisationen. Potsdam
- KOK – Bundesweiter Koordinierungskreis gegen Frauenhandel und Gewalt an Frauen im Migrationsprozess e.V. (Hg.) (o.D.): Frauenhandel(n) in Deutschland – Frauenprojekte in Deutschland, zur Problematik Frauenhandel – eine Dokumentation. Berlin
- Kontos, Silvia (2000): Feministische Politik zwischen Professionalisierung(-swahn) und Unsichtbarkeit. Vortrag auf dem 16. agisra-Vernetzungstreffen: „Fachberatungsstellen zwischen Anpassungsleistung und Autonomieanspruch – gesellschaftliche mainstream-Interessen und Zielvorgaben versus unabhängige Arbeit im sozialen und politischen Feld“, 27.-29. Oktober 2000, Gelnhausen
- Ministerial Conference under the Presidency of the European Union (24-26 April 1997): The Hague Ministerial Declaration on European Guidelines for Effective Measures to Prevent and Combat Trafficking in Women for the Purpose of Sexual Exploitation. The Hague
- NGO Statement (5-7 April 1997), adopted by the European NGO Conference, Noordwijkerhout, to be presented to the EU Ministerial Conference April 24-26 1997
- Niesner, Elvira (1998): Die historische Entwicklung der Menschenrechte aus frauen-spezifischer Sicht. In: Landesfrauenrat Niedersachsen e.V.: 50 Jahre Allgemeine Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen im Jahr 1998, Frauenrechte sind Menschenrechte, Dokumentation der Fachtagung des Landesfrauenrates Niedersachsen e.V. am 10. Dezember 1998 in Hannover. Hannover, S. 6-20

- (1999): Beweggründe von Migrantinnen und der Bedarf von Männern, besonders an Frauen aus Entwicklungsländern. In: FrauenRat NW: Unstillbarer Bedarf an Frauen aus Entwicklungsländern – Gewalt an Frauen – Ursachen und Auswirkungen am Beispiel Frauenhandel. Eine Dokumentation der Fachtagung des FrauenRat NW e.V. in Kooperation mit dem Politischen Arbeitskreis Schulen e.V. am 5./6.2.1999 im Internationalen Jugendforum (DJD) in Bonn. Leverkusen, S.8-26
- (2000): Mythos und Wirklichkeit auf einem bikulturellen Heiratsmarkt. In: Friebe-Blum, Ellen/Jacobs, Klaudia/Wießmeier, Brigitte (Hg.): Wer ist fremd? – Ethnische Herkunft, Familie und Gesellschaft. Opladen, S. 163-181
- /Anonuevo, Estrella/Aparicio, Marta/Songsingchai-Fenzl, Petchara (1997): Ein Traum vom besseren Leben – Migratinnenerfahrungen, soziale Unterstützung und neue Strategien gegen Frauenhandel. Opladen
- (Frankfurter Institut für Frauenforschung und Ökumenische Asiengruppe Frankfurt) (1998): Zur veränderten Rolle von NGOs im Kontext von Frauenhandel – Entwicklungen – selbstkritische Anmerkungen und Überlegungen – Ausblick. Vortrag auf dem 14. agisra Vernetzungstreffen, 17. Oktober 1998 in Gelnhausen
- /Jones-Pauly, Christina (2001): Frauenhandel in Europa – Strafverfolgung und Opferschutz im europäischen Vergleich. Bielefeld
- Ökumenische Asiengruppe und Informationszentrum Dritte Welt – Beratungs- und Infostelle für Migrantinnen aus Afrika, Asien, Lateinamerika und Osteuropa (2. April 1997): „15 Points concerning Trafficking in Women and Exploitation of Female Working Power“. Germany
- Prasad, Nivedita (o.D.): NGO-Lobbyarbeit bei den Verhandlungen zum UN-Zusatzprotokoll der Crime Commission. In: KOK – Bundesweiter Koordinierungskreis gegen Frauenhandel und Gewalt an Frauen im Migrationsprozess e.V. (Hg.): Frauenhandel(n) in Deutschland, Frauenprojekte in Deutschland, zur Problematik Frauenhandel – Eine Dokumentation. Berlin, S. 85-93
- Rothe, Andrea (1995): „Wenn Herren reisen – Männer – Prostitution – Tourismus“ (Dissertationsschrift am Fachbereich politische Wissenschaften der Freien Universität Berlin). Berlin
- SCADplus: Erweiterung – Vorbereitung auf den Beitritt – Beitrittspartnerschaft mit Ungarn, Justiz und Inneres. (<http://europa.eu.int/scadplus/leg/de/lvb/e401.03d.htm>)
- Schriftenreihe des Bundesministers für Frauen und Jugend (1992): Umfeld und Ausmaß des Menschenhandels mit ausländischen Mädchen und Frauen, Band 8. Bayreuth

Anhang

Sabine Weilandt

Chronik der 'Sektion Frauenforschung in den Sozialwissenschaften' in der DGS

Die Sektion hat im Laufe ihres Bestehens immer wieder an der Erstellung einer Chronik gearbeitet. Edit Kirsch-Auwärter hat in ihrer Amtszeit als 2. Sprecherin 1993 damit begonnen. Anja Wolde hat als Rätin anlässlich des 20-jährigen Bestehens der Sektion eine Aktualisierung vorgenommen. Im Jahr 2001 wurde die Chronik wesentlich erweitert. Bettina Mathes hat im Auftrag der Sektion Archivmaterial gesichtet und neben den harten Fakten wie Veranstaltungen und Personen auch Diskussionsstränge nachgezeichnet. Diese umfassende Darstellung, die in einzelnen Daten von Birgit Geissler ergänzt wurde, kann bei der Sektion bezogen werden. Sabine Weilandt als Rätin und Mitherausgeberin dieses Bandes hat die vielen Informationen schließlich für diesen Jubiläumsband aufgearbeitet.

Der folgende Text basiert im Wesentlichen auf der o.g. Ausarbeitung von B. Mathes. Die einzelnen Passagen wurden nicht jeweils als Zitat gekennzeichnet; die Inhalte wurden als solche nicht geändert, der Text wurde nur gekürzt, in Teilen anders zusammengestellt und in Einzelfällen aktualisiert.

1. Gründung, Organisation und Aufgaben der Sektion

1.1 Die Gründung der Sektion

In einem Sektionsbericht für *Soziologie* 1/80 beschreibt die Sektion sich als Teil der internationalen Frauenbewegung und -forschung:

Die Bemühungen, eine Sektion der DGS 'Frauenforschung in den Sozialwissenschaften' zu gründen, sind Teil einer Reihe von Bemühungen der letzten Jahre, auch in der Bundesrepublik Deutschland Organisationsformen für Frauenforschung zu finden, die in anderen Staaten, z.B. den USA und den skandinavischen Ländern, bereits in Universitäten und universitätsunabhängigen Forschungszentren institutionalisiert sind. Der Antrag einer Gruppe von Soziologinnen und Soziologen auf dem Sozialtag (sic!) in Bielefeld im September 1976 stellte den Beginn der Institutionalisierung von Sozialwissenschaftlicher Frauenforschung in der Bundesrepublik Deutschland dar (S. 73f).

Am 19. April 1979 beschließt das Konzil der DGS einstimmig die Gründung der Sektion Frauenforschung in den Sozialwissenschaften. Dieser Beschluss geht zurück auf die Initiative der Sektionsgruppe München um Lerke Gravenhorst, die als deren Sprecherin fungiert. Die Münchner Initiativgruppe erarbeitete den

Gründungsantrag, der dem Konzil der DGS vorgelegt wurde. Am darauf folgenden Tag findet eine konstituierende Sitzung der Sektion statt, dort wird Lerke Gravenhorst in ihrem Amt bestätigt und Ilona Kickbusch als zweite Sprecherin der nun offiziell installierten Sektion Frauenforschung dazu gewählt.

1.2 Die Sektion Frauenforschung heute: Organisation und Aufgaben

Die Sektion 'Frauenforschung in den Sozialwissenschaften' in der DGS war eine der ersten Vereinigungen von Wissenschaftlerinnen innerhalb einer wissenschaftlichen Gesellschaft in Deutschland. Ihr Ziel ist es, Frauenforschung innerhalb der Sozialwissenschaften und insbesondere innerhalb der DGS thematisch zu verankern und die Institutionalisierung von Frauenforschung in Hochschulen und außeruniversitären Forschungszusammenhängen zu fördern.

Die Sektion hat heute ca. 510 Mitglieder aus außeruniversitären und universitären Forschungs- und Praxisfeldern. Sie ist damit die größte Sektion innerhalb der DGS. Die Mitgliedschaft in der Sektion Frauenforschung ist nicht identisch mit der Mitgliedschaft in der Deutschen Gesellschaft für Soziologie. Die Sektion steht auch Männern offen.

Die Sektion wird durch zwei Sprecherinnen vertreten, die von der Mitgliederversammlung im Turnus von zwei Jahren gewählt werden. Sie werden in ihrer Arbeit vom Sektionsrat unterstützt, der aus sieben Frauen besteht. Die Sektionsrätinnen werden ebenfalls für zwei Jahre von der Mitgliederversammlung gewählt (s. unten).

Auf regelmäßig stattfindenden Sitzungen wird die inhaltliche und wissenschaftspolitische Arbeit der Sektion vom Sektionsrat vorbereitet und koordiniert. Diese Sitzungen sind sektions-öffentlich, die Protokolle werden im *Rundbrief*, dem zwei bis drei Mal jährlich erscheinenden Diskussionsforum der Sektion, veröffentlicht. Der *Rundbrief* informiert über wissenschaftliche Aktivitäten innerhalb der DGS und der Sektion (Ankündigungen von Tagungen, Kongressberichten, call-for-papers nationaler und internationaler Wissenschaftsvereinigungen, Buchveröffentlichungen von Mitgliedern), über politische Aktivitäten, insbesondere zur Frage der Institutionalisierung von Frauenforschung (Stellenbesetzungsverfahren etc.). Zwischen den Tagungen und Mitgliederversammlungen der Sektion dient der *Rundbrief* auch als Diskussionsforum der Mitglieder. Die Jahrestagungen finden im jährlichen Wechsel mit den Sektionsveranstaltungen auf den Soziologie-Kongressen statt. Seit 1999 gibt es die eigene homepage auf der Internet-Seite der DGS: www.sozioologie.de/Frauenforschung.

Die Sektion gibt verschiedene Publikationen heraus (s. unten). Die Buchreihe *Forum Frauenforschung* erschien zunächst im AJZ Verlag, dann im Kore Verlag und seit FF10 im Verlag Westfälisches Dampfboot in Münster.

Eine *Lehrbuchreihe* der Sektion zur sozialwissenschaftlichen Frauenforschung ist mit drei Bänden im Verlag Leske und Budrich erschienen (s. unten).

Auch einzelne *Jahrestagungen* und *sonstige Veranstaltungen* wurden publiziert (s. unten).

Die Sektion führt ein *Register* mit Namen, Adressen und Arbeitsschwerpunkten aller Mitglieder. Damit sollen themen-, berufsspezifische oder regionale Vernetzungen innerhalb der Sektion erleichtert werden. Darüber hinaus ist die Sektion in das Informations- und Kooperationsnetz der deutschen und internationalen Frauen- und Geschlechterforschung eingebunden.

1.3 Selbstdarstellung der Sektion / Homepage

In den neunziger Jahren wurde das Projekt Homepage für die Sektion begonnen. Inzwischen können die Selbstdarstellung, aktuelle Themen und links abgerufen werden über die Homepage der DGS: www.sozioLOGIE.de/Frauenforschung.

Weiterhin gibt es eine *Selbstdarstellungsbroschüre*, die regelmäßig aktualisiert wird.

1.4 Die Sprecherinnen der Sektion

1978/79-1981	Lerke Gravenhorst, Ilona Kickbusch
1981-1983	Ilona Ostner, Carol Hagemann-White
1983-1985	Hilde von Balluseck, Ursula Beer
1985-1987	Christel Rammert-Faber, Hiltraud Schmidt-Waldherr
1987-1989	Ursula Müller, Angelika Wetterer
1989-1991	Ursula Müller, Angelika Wetterer
1991-1993	Ilse Dröge-Modelmog, Ulrike Grässel
1993-1995	Ulrike Teubner, Edit Kirsch-Auwärter
1995-1997	Ilse Lenz, Angelika Diezinger
1997-1999	Ilse Lenz, Sabine Brombach
1999-2001	Hildegard Maria Nickel, Birgit Geissler
2001-2002	Hildegard Maria Nickel, N.N.

1.5 Die Rätinnen der Sektion

1981-1983	Ute Gerhard, Gerda Guttenberg, Lerke Gravenhorst, Doris Janshen, Ilona Kickbusch, Ursula Westphal-Georgi, Christine Woesler de Panafieu
1983-1985	Johanna Beyer, Margrit Brückner, Kerstin Dörhöfer, Petra Glöß, Carol Hagemann-White, Birgit Meyer, Ilona Ostner, Maria S. Rerrich

1985-1987	Ursula Beer, Johanna Beyer, Ulla Bock, Sabine Gensior, Ursula Müller, Marianne Weg, Angelika Wetterer
1987-1989	Christel Faber, Cornelia Helfferich, Gudrun-Axeli Knapp, Yolanda Koller-Tejeiro Vidal, Helga Milz, Hiltraud Schmidt-Waldherr, Insa Schöningh
1989-1991	Karin Gottschall, Ulrike Gräfel, Cornelia Helfferich, Heike Jacobsen, Gudrun-Axeli Knapp, Ulrike Martiny, Insa Schöningh
1991-1993	Kathrin Braun, Magdalene Deters, Christine Eifler, Birgit Gabriel, Heike Jacobsen, Karin Jurczyk, Edit Kirsch-Auwärter, Helgard Kramer, Monika Wohlrab-Sahr; (erweiterter Sektionsrat)
1993-1995	Kathrin Braun, Magdalene Deters, Angelika Diezinger, Christine Eifler, Karin Jurczyk, Elisabeth Kremer, Brigitte Lindert, Martina Ritter
1995-1997	Sabine Brombach, Ina Dietzsch, Sabine Hark, Brigitte Hasenjürgen, Martina Ritter, Sabine Weilandt, Anja Wolde
1997-1999	Ina Dietzsch, Birgit Geissler, Sedef Gümen, Sabine Hark, Ursula Hornung, Sabine Weilandt, Anja Wolde
1999-2001	Regina Dackweiler, Gudrun Ehlert, Sedef Gümen, Ursula Hornung, Martina Löw, Paula-Irene Villa, Sabine Weilandt
2001-2003	Regina Dackweiler, Gudrun Ehlert, Martina Löw, Bettina Mathes, Mechthild Öchsle, Paula-Irene Villa, Susanne Völker.

2. Publikationen der Sektion

Die Sektion fungiert als Herausgeberin einer Reihe von Publikationen, die auf verschiedene Weise einen Beitrag zur Frauenforschung und feministischen Theoriebildung innerhalb der Sozialwissenschaften leisten.

2.1 Die Buchreihe 'Forum Frauenforschung'

Die Sektion Frauenforschung gibt die Buchreihe 'Forum Frauenforschung' heraus und beauftragt Wissenschaftlerinnen jeweils mit der Herausgabe der einzelnen Bände. Die Reihe erhebt den Anspruch – so das Vorwort des ersten Bandes (1987) – ein „Diskussionsforum für zentrale Fragen und aktuelle Kontroversen dar[z]ustellen, um in interdisziplinärer Diskussion die theoretische, methodische und politische Entwicklung der Frauenforschung voranzutreiben“ (o. S.). Einige der Bände (FF2; FF4) geben Auskunft über zentrale und tiefgreifende Kontroversen innerhalb der Sektion wie auch der Frauenforschung, und sie

können heute als historisches Zeugnis gelesen werden, das wichtige Stationen feministischer Forschung und Theoriebildung reflektiert.

Die Schriftenreihe 'Forum Frauenforschung' umfasst bisher folgende Bände:

- FF1 Ursula Beer (Hg.) 1987. Klasse Geschlecht. Feministische Gesellschaftsanalyse und Wissenschaftskritik. Bielefeld: AJZ
- FF2 Carol Hagemann-White/Maria S. Rerrich (Hg.) 1988. FrauenMännerbilder. Männer und Männlichkeit in der feministischen Diskussion. Bielefeld: AJZ
- FF3 Ursula Müller/Hiltraud Schmidt-Waldherr (Hg.) 1989. FrauenSozialkunde. Wandel und Differenzierung von Lebensformen und Bewußtsein. Bielefeld: AJZ
- FF4 Kerstin Dörhöfer (Hg.) 1990. Stadt-Land-Frau. Soziologische Analysen, feministische Planungsansätze. Freiburg: Kore
- FF5 Lerke Gravenhorst/Carmen Tatschmurat (Hg.) 1990. TöchterFragen. NS-Frauengeschichte. Freiburg: Kore
- FF6 Gudrun-Axeli Knapp/Angelika Wetterer (Hg.) 1992. Traditionen Brüche. Entwicklungen feministischer Theorie. Freiburg: Kore
- FF7 Margrit Brückner/Birgit Meyer (Hg.) 1994. Die sichtbare Frau. Die Aneignung der gesellschaftlichen Räume. Freiburg: Kore
- FF8 Angelika Diezinger/Hedwig Kitzner (Hg.) 1994. Erfahrung mit Methode. Wege sozialwissenschaftlicher Frauenforschung. Freiburg: Kore
- FF9 Ilse Modelmog/Edit Kirsch-Auwärter (Hg.) 1996. Kultur in Bewegung. Beharrliche Ermächtigungen. Freiburg: Kore
- FF10 Martina Ritter (Hg.) 1999. Bits und Bytes vom Apfel der Erkenntnis. Frauen-Technik-Männer. Münster: Westfälisches Dampfboot
- FF11 Christine Eifler/Ruth Seifert (Hg.) 1999. Soziale Konstruktionen. Militär und Geschlechterverhältnis. Münster: Westfälisches Dampfboot
- FF12 Ilse Lenz/Hildegard M. Nickel/Birgit Riegraf (Hg.) 2000. Geschlecht - Arbeit - Zukunft. Münster: Westfälisches Dampfboot
- FF13 Gudrun-Axeli Knapp/Angelika Wetterer (Hg.) 2001. Soziale Verortung der Geschlechter. Gesellschaftstheorie und feministische Kritik. Münster: Westfälisches Dampfboot
- FF14 Ursula Hornung/Sedef Gümen/Sabine Weilandt (Hg.) 2001. Zwischen Emanzipationsvision und Gesellschaftskritik. Rekonstruktionen der Geschlechterordnung in Frauenforschung - Frauenbewegung - Frauenpolitik. Münster: Westfälisches Dampfboot.

2.2 Die Lehrbuchreihe

Das Projekt 'Lehrbuchreihe' wurde ab Mitte der neunziger Jahre konzipiert. Es zielt darauf, in Form vertiefender Einführungen die Entwicklung und den Stand der sozialwissenschaftlichen Frauenforschung themenspezifisch zu dokumentieren. Die Reihe erscheint im Verlag Leske und Budrich und umfasst die folgenden drei Bände:

- Andrea Dorothea Bührmann/Angelika Diezinger/Sigrid Metz-Göckel (Hg.) 2000. Arbeit, Sozialisation, Sexualität. Zentrale Felder der Frauen- und Geschlechterforschung. Opladen: Leske und Budrich. (Lehrbuchreihe der Sektion Frauenforschung in der DGS, Bd. 1)
- Martina Althoff/Mechthild Bereswill/Birgit Riegraf (Hg.). Methodologische Erörterungen. Feministische Traditionen, Konzepte, Dispute. (Lehrbuchreihe der Sektion Frauenforschung in der DGS, Bd. 2) (im Erscheinen)
- Hark, Sabine (Hg.). Dis/Kontinuitäten: Feministische Theorie. (Lehrbuchreihe der Sektion Frauenforschung in der DGS, Bd. 3) (im Erscheinen).

2.3 Tagungsbände

Einzelne Jahrestagungen der Sektion wurden als Tagungsband publiziert. Die Jahrestagung zum 20-jährigen Bestehen der Sektion war Ausgangspunkt für den Band FF14 in der Reihe 'Forum Frauenforschung'. Außerdem gibt es Publikationen von Tagungen, die die Sektion gemeinsam mit anderen VeranstalterInnen durchgeführt hat. Bisher sind folgende Bände erschienen:

- Arbeitskreis wissenschaftlich und künstlerisch tätiger Frauen e.V. Berlin/Arndt, Marlies u.a. (Hg.) 1993. Ausgegrenzt und mittendrin – Frauen in der Wissenschaft. Dokumentation einer Tagung an der Humboldt-Universität Berlin am 23./24. Oktober 1992. Bonn: Ed. Sigma
- Gudrun Axeli Knapp/Ursula Müller (Hg.) 1992. Ein Deutschland – zwei Patriarchate? Dokumentation der Jahrestagung der Sektion 'Frauenforschung in den Sozialwissenschaften' in Hannover, 21.-23. Juni 1991. Bielefeld, Hannover. (Selbstverlag)
- Ilse Dröge-Modelmog/Ulrike Gräfel (Hg.) 1994. Konkurrenz und Kooperation. Frauen im Zwiespalt? Beiträge zur Jahrestagung der Sektion Frauenforschung in der DGS 1993 in Sonneberg. Münster: LIT Verlag
- Ruth Fabianke/Heike Kahlert (Hg.) 1991. Frauen in der Hochschullehre: Auf der Suche nach neuen Lehr- und Lernformen. Dokumentation des Workshops 'Lehre in der Frauenforschung' Hamburg, 29./30. Juni 1990. Hochschuldidaktische Arbeitspapiere Nr. 24. Druck: Universität Hamburg.

2.4 Chronik der Sektion

Der Sektionsrat hat erstmalig eine umfassende Chronik der eigenen Geschichte veröffentlicht:

Sektionsrat der Sektion Frauenforschung in der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (Hg.). „Aus der Geschichte ... – ‘Die Sektion Frauenforschung in den Sozialwissenschaften’ in der DGS“ von Bettina Mathes. Mai 2001.

3. Jahrestagungen, Soziologie-Kongresse, Workshops

3.1 Jahrestagungen der Sektion

Im Turnus von zwei Jahren veranstaltet die Sektion Jahrestagungen, die aktuelle Themen aufgreifen und vertiefen und die die kritische Selbstreflexion der Sektion fördern. Seit der dritten Tagung 1983 in München stehen diese unter einem inhaltlichen Schwerpunktthema. Im Folgenden sind die Tagungen und ihre Themenschwerpunkte aufgeführt. Dabei spiegelt sich die sehr unterschiedliche Dokumentationslage in dieser Darstellung wieder.

1978, 27.–29. Oktober in München: Treffen der Sektionsinitiative

- Erster Gründungsantrag auf dem 18. Soziologentag in Bielefeld 09/76
- „Dokumentation zur Frauenforschung“ über den SFB zu beziehen, Auflage 800 (im Mai 1979 vergriffen)
- Erste Sprecherin: Lerke Gravenhorst (München)

1980, 22.–24. Februar in Dortmund

Hier liegt nur das vorläufige Programm aus Rundbrief 4 vor. Es existiert eine Dokumentation der Tagung mit dem Titel: Dokumentation II der Sektion Frauenforschung.

Eröffnungsvortrag: Ein feministischer Blick auf die empirische Sozialforschung

Sektion I Arbeitsgemeinschaften

AG 1 Frauenrealität, Frauenpolitik, Frauenforschung: Zum Zusammenhang von Familien- und Erwerbsarbeit

AG 2 Zur sozialen und rechtlichen Sicherung der Frau

AG 3 Problematik der Begriffe von Familie und Familienpolitik in der öffentlichen Diskussion für die Bedürfnisse und Interessenlage von Frauen

Sektion II Schlußfolgerungen:
Ansätze zu einer feministischen Sozialpolitik

- Sektion III Thematisch unabhängige Veranstaltungen
 Sektion IV Wissenschafts- und berufspolitisches Forum

1981, 29.-31. Mai in Gießen

Podiumsdiskussion: Historische Perspektiven auf die Situation von Frauen

- AG 1 Zur ambivalenten Bedeutung von Familie
 AG 2 Frauen und Alter
 AG 3 Lust am Älterwerden
 AG 4 Frauen und Gesundheitsforschung
 AG 5 Mütter und Paradoxien
 AG 6 Mütterlichkeit als Beruf – Sozialarbeit von Frauen – Sozialarbeit für Frauen
 AG 7 Frauen und Universität
 AG 8 Prüderie in der Neuen Frauenbewegung am Beispiel von Ger-
 not Gailer und den Folgen
 AG 9 Feministische Grundlagenforschung
 AG 10 Sektionspolitik
 AG 11 Was haben Frauen mit Rüstung zu tun?

Lesung und Diskussion: Gisela von Wysocki zu ihrem Buch „Die Fröste der Freiheit“.

- So Ad hoc Treffen
 So Intellektuelle Arbeit und Eigenarbeit

1983, 27.-29. Mai in München

Frauen ante portas – Ausschluß, Ausstieg oder ...?

1985, 14.-16. Juni in Bielefeld

Der Einfluß von Frauenforschung und Frauenprojekten auf Politik, Wissen-
 schaft und soziale Bewegungen

1987, 26.-28. Juni auf Jagdschloss Göhrde

Wandel und Differenzierung der Lebenssituation von Frauen seit 1945

1989, 23.-25. Juni in Würzburg

Theoretische Ansätze in der Frauenforschung und ihre emanzipatorischen Per-
 spektiven

1991, 21.-23. Juni in Hannover
Ein Deutschland - Zwei Patriarchate?

1993, 25.-27. Juni in Sonnenberg
Konkurrenz und Kooperation in der Frauenforschung

1995, 16.-18. Juni in Darmstadt
„Ungleichzeitigkeiten“ in der Diskussion der Frauenforschung. Neuere Analysen zu Ungleichheiten und Unterschieden

1997, 13.-15. Juni in Potsdam
Die Zukunft der Arbeit und die Zukunft des Geschlechts

1999, 2.-4. Juli in Gelnhausen
(20-jähriges Jubiläum der Sektion Frauenforschung)
Frauenforschung - Frauenbewegung - Frauenpolitik

2001, 15.-17. Juni in Berlin
frauen - macht - geld

3.2 Beteiligung der Sektion an den Kongressen der DGS

Seit ihrer Gründung ist die Sektion Frauenforschung auf den zwei-jährlich stattfindenden Kongressen der Deutschen Gesellschaft für Soziologie mit Beiträgen in Sektions- und Plenarveranstaltungen sowie in ad-hoc-Gruppen präsent. Sie trägt damit die feministischen Diskussionen auch in die DGS hinein.

Die ursprüngliche Benennung der Kongresse der DGS als 'Soziologentag' wurde aufgegeben. Seit 1995 heißen sie nun 'Kongress für Soziologie'.

19. Soziologentag 17.-20. Oktober 1979 in Berlin
ad-hoc-Gruppe 6: Frauenforschung in den Sozialwissenschaften (Referentinnen: Karin Jurczyk, Ilona Ostner, Marianne Rodenstein, Heide Göttner-Abendrot, Karen Böhme)

20. Soziologentag 16.-19. September 1980 in Bremen
Themenbereich 4: Familienformen und Geschlechterrollen (Beteiligung der Sektion) (ReferentInnen: Rita Süßmuth, Ilona Ostner, Ilona Kickbusch, Jutta Limbach u.a.)
Sektionsveranstaltung:
- Autorinnenkollektiv 1: Zur ambivalenten Bedeutung der Familie für Frauen

- Autorinnenkollektiv 2: Interessendurchsetzung von Frauen im Recht
- Autorinnenkollektiv 3: Thesen zu einer feministischen Sozialpolitik
- Barbara Bick/Christine Woesler de Panafieu: 'Maschinerie und Mütterlichkeit'

21. Soziologentag 13.-16. Oktober 1982 in Bamberg

Themenbereich 2: Wertewandel, politische Kultur und Arbeit (Beteiligung der Sektion) (Referentinnen: Ilona Ostner, Angelika Willms, Regina Becker Schmidt, Helgard Kramer)

Themen der Sektionsveranstaltung:

- Entwurf zu einer historischen und theoretischen Kritik des Patriarchats in der bürgerlichen Gesellschaft
- Frauenforschung erforscht: Die koloniale Situation
- Weltwirtschaftskrise, Frauenarbeit, Subsistenzarbeit
- Zur Problematik des Begriffs 'weibliche Sozialisation'
- Thesen zur somatischen Kultur von Frauen
- Belastungen, Gesundheit und Gesundheitsverhalten erwerbstätiger Frauen
- Struktur der Frauenerwerbstätigkeit und neue Technologien. Das Beispiel der Frauenarbeit im Einzelhandel
- Das Interesse von Frauen in ungeschützten Beschäftigungsverhältnissen
- Hausarbeit und Erwerbstätigkeit aus Sicht amerikanischer Frauenforschung (Referentinnen: Ute Gerhard, Doris Janshen, Hiltraud Schmidt-Waldherr, Christine Woesler de Panafieu, Dietlinde Lessner-Abdin, Claudia von Werlhof, Carol Hagemann-White, Marianne Rodenstein, Ulrike Maschewsky-Schneider, Melanie Nassauer, Hedwig Rudolph, Carola Möller, Myra Marx Ferree)

Podiumsdiskussion: Krise der Arbeitsgesellschaft - Welche Krise findet statt? (Laura Balbo, Christel Eckart, Doris Janshen, Maria Mies, Helga Nowotny)

22. Soziologentag 9.-12. Oktober 1984 in Dortmund

Themenbereich 1: Gesellschaftliche Entwicklung und Lebenszusammenhänge (Referentinnen: Ursula Beer, Barbara Riedmüller)

Sektionsveranstaltung: Selbstbild und Selbstverständnis von Frauen; (Referentinnen: Carol Hagemann-White, Margrit Brückner, Lerne Gravenhorst, Angelika Wetterer, Bärbel Clemens)

Sektionsveranstaltung: Veränderungen im Arbeitsleben von Frauen? (Referentinnen: Ilona Ostner, Margarete Aßfalz, Doris Janshen,

Martina Mingels, Hanne-Lore Pretzsch, Helga Krüger-Müller, Sabine Gensior, Petra Glöß, Dagmar Schultz)

Sektionsveranstaltung: Industrielle Entwicklung und Wandel der Frauenarbeit (Referentinnen: Sabine Gensior, Karin Jurczyk, Carmen Tatschmurrat, Ingeborg Wegehaupt-Schneider, Ina Wagner, Ursula Müller)

23. Soziologentag 29. September – 2. Oktober 1986 in Hamburg

Plenum: Technik und Gesellschaft

Plenum: Probleme des technischen Wandels, Beschäftigungschancen und soziale Sicherheit

Podiumsdiskussion: Probleme des technischen Wandels: Beschäftigungschancen und soziale Sicherheit (Christel Rammert-Faber, Werner Dichmann, Gerhard Kühlewind, Margarete Landenberger, Michael Schreyer, Rudi Weizmüller, Ursula Westphal-Georgi)

Sektionsveranstaltung: Wandel und Differenz der Lebenslagen von Frauen seit 1945 (Referentinnen: Helga Milz, Claudia Born, Gerlinde Schumacher)

Sektionsveranstaltung: Wandel und Differenz der Lebenslagen von Frauen seit 1945 (Referentinnen: Hildegard Heise, Ursula Beer, Ilse Dröge-Modelmog, Carol Hagemann-White, Karin Gottschall)

24. Soziologentag 4.-7. Oktober 1988 in Zürich

Plenum A: Kultur, weiblich/männlich? (ReferentInnen: Ilona Ostner, Ulrike Prokop, Claudia Honegger, Klaus Lichtblau, Gertrud Nunner-Winkler, Marina Fischer-Kowalski, Hannelore Bubltz)

Sektionsveranstaltung: Frauenforschung im Spannungsfeld von Wissenschaft und Politik

- Frauenforschung zwischen Tradition und Traditionsbruch (Referentinnen: Claudia Honegger, Regina Becker-Schmidt)
- Feministische Wissenschaft: Radikale Gesellschaftskritik oder Beihilfe zur Modernisierung? (Referentinnen: Eva Cyba, Katharina Ley, Ilona Ostner)
- Projekte aus der Frauenforschung stellen sich vor (Referentinnen: Elisabeth Meyer-Renschhausen, Ulrike Gräfel, Silvia Staub-Bernasconi, Jutta Gysi)

25. Soziologentag 9.-12. Oktober 1990 in Frankfurt am Main

Plenum 4: Klassengesellschaft, Patriarchat, Individualisierung (ReferentInnen: Stefan Hradil, Reinhard Kreckel, Regina Becker-Schmidt, Michael Thomas, Irene Dölling, Ute Gerhard)

Sektionsveranstaltung: Vergesellschaftung im Geschlechterverhältnis
(Referentinnen: Bärbel Meurer, Ingrid Herlyn, Ulrike Vogel, Monika Wohlrab-Sahr, Ulrike Nagel, Ursula Rabe-Kleberg, Marlene Stein-Hilbers, Krisztina Mänicke-Gyöngyösi)

Sektionsveranstaltung: Berichte aus laufenden Projekten (Referentinnen: Yolanda Koller-Tejeiro, Johanna Beyer, Helga Dill, Gisela Notz)

26. Soziologentag 28. September – 2. Oktober 1992 in Düsseldorf

Plenum 2: Berufskarrieren von Frauen in Europa (Referentinnen: Elisabeth Beck-Gernsheim, Ingrid N. Sommerkorn, Maria S. Rerrich, Czarina Wilpert, Hedwig Rudolph, Hildegard Maria Nickel)

Sektionsveranstaltung: 'Die neue Europa': Einheitskonstruktion und Widersprüche (ReferentInnen: Birgit Rommelspacher, Theresa Wobbe, Helma Lutz, Irmgard Pinn, Marlies Wehner, Helgard Kramer, Beryl Gilroy, Andrée McLaughlin, Elena Andreevna Zdravomyslova, Susanne Schunter-Kleemann, Ulla Terlinden, Anneliese Looß, Claudia Bernardoni, Elke Heinsen)

ad-hoc-Gruppe 5: Soziale Konstruktion von Geschlecht und und Sexualität

ad-hoc-Gruppe 16: Rationalisierung, Industrielle Entwicklung, soziale Differenzierung und Geschlechterverhältnisse

Stellungnahme des Sektionsrates der SFF zum Ethik-Kodex der DGS (s. Soziologie 1/93, 87f.).

27. Kongress für Soziologie 3.–7. April 1995 in Halle

Sektionsveranstaltung: Demokratiekonzeptionen und -erfahrungen von Frauen (Referentinnen: Claudia Bernardoni, Sabine Hark, Marianne Kriszio, Elisabeth Meyer-Renschhausen, Hanna Havelková, Jana Cviková)

28. Kongress für Soziologie 7.–11. Oktober 1996 in Dresden

Plenum IV: Subjektivität, Bewegung, Machtverhältnisse (Referentinnen: Angelika Diezinger, Ilse Lenz, Martina Löw, Margrit Brückner, Karin Gottschall, Gudrun-Axeli Knapp, Birgit Pfau-Effinger)

Sektionsveranstaltung: Soziale Grenzziehungen und Öffnungen: geschlechtliche und andere soziale Ungleichheiten
(Referentinnen: Chong-Sook Kang, Sedef Gümen, Paula-Irena Villa, Encarnación Gutiérrez Rodríguez, Claudia Gather, Petra Frerichs, Margareta Steinrücke)

29. Kongress für Soziologie 14.–18. September 1998 in Freiburg
 Plenum X: Alte und neue Grenzen im Geschlechterverhältnis
 (ReferentInnen: Regine Gildemeister, Günter Robert, Hildegard Maria Nickel, Eva Nadai, Michael Meuser, Hildegard Heise, Theresa Wobbe)
30. Kongress für Soziologie 26.–29. September 2000 in Köln
 Sektionsveranstaltung: Normalisierung in 'guter Gesellschaft'? Re-Konstruktion von Geschlechterordnungen zwischen Freiheitsversprechen, Gesellschaftskritik und Institutionalisierung (Referentinnen: Barbara Holland-Cunz, Tanja Berg, Marion Möhle, Christina Schachtner, Iris Peinl, Susanne Völker, Gabriele Wagner)

3.3 Workshops und sonstige Tagungen

Zur Selbstverständigung wie auch zur Verständigung mit einem größeren feministischen Umfeld veranstaltet die Sektion in unregelmäßigen Abständen Workshops u.a. Es finden auch Tagungen in Zusammenarbeit mit anderen VeranstalterInnen statt.

- | | | |
|-----------|-------------------|--|
| 1988 | Stöcken: | Frauenforschung – Frauenpolitik |
| 1990 | Hamburg: | Lehre in der Frauenforschung |
| 1992 | Köln: | Soziale Ungleichheit und Geschlechterverhältnis (Gemeinsame Tagung mit der Sektion 'Soziale Ungleichheit und Sozialstrukturanalyse') |
| 1992 | Berlin: | Ausgegrenzt und mittendrin – Frauen in der Wissenschaft (Gemeinsame Tagung mit dem 'Arbeitskreis wissenschaftlich und künstlerisch tätiger Frauen e.V. Berlin' und mit dem 'Zentrum interdisziplinäre Frauenforschung der Humboldt-Universität zu Berlin') |
| 1994 2000 | Hannover/Rostock: | Trendwende – Trennwände: Perspektiven in der Frauenforschung. Die soziale Konstruktion sozialer Ungleichheiten – Geschlecht, Klasse, Ethnizität (Gemeinsame Tagung mit der Sektion 'Soziale Ungleichheit und Sozialstrukturanalyse') |

4. Nachwort

Es wurde versucht, die Sektion Frauenforschung in den Sozialwissenschaften in der Deutschen Gesellschaft für Soziologie bzgl. ihrer Organisation, ihren Aufgaben und Aktivitäten so präzise wie möglich darzustellen. Aber nicht immer ist

die Datenlage so vollständig und genau, dass sicher gestellt ist, Nichts und Niemanden „vergessen“ zu haben.

Mehr Details lassen sich in der umfassenderen, gerade veröffentlichten Dokumentation nachlesen: Sektionsrat der Sektion Frauenforschung in der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (Hg.). „Aus der Geschichte ... – ‘Die Sektion Frauenforschung in den Sozialwissenschaften’ in der DGS“ von Bettina Mathes. Mai 2001.

Aktuelles findet sich auf der Homepage der Sektion: www.soziologie.de/Frauenforschung.

Ich hoffe, dass wir mit dieser Chronik ein Stück Frauengeschichte geschrieben haben, die für uns selber spannend nachzulesen ist und für Nicht-Sektions-Mitglieder einen Einblick gibt und Interesse weckt. Sie ist auch der Versuch, Frauengeschichte sichtbar zu machen und sich der Unkenntnis, dem Vergessen und Verdrängen entgegenzustellen.

Autorinnen- und Herausgeberinnenangaben

Mechthild Bereswill, geb. 1961, Dr. phil., Dipl.Soz.arb./päd.; Dipl.-Soz.wiss.; Studium der Sozialpsychologie, Soziologie und Politikwissenschaft sowie Promotion an der Universität Hannover; Arbeitsschwerpunkte: qualitative Methodologie, Biographieforschung, Theorien des Rassismus; wissenschaftliche Mitarbeiterin am Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen: Habilitationsprojekt zur biographischen Verarbeitung eines Freiheitsentzugs im Kontext männlich-jugendlicher Selbstentwürfe; Lehrbeauftragte der Universität Hannover.

Ute Gerhard, Prof. Dr. phil., geb. 1939. Studium der Rechtswissenschaften, Soziologie und Geschichte. Seit 1987 Professorin für Soziologie mit dem Schwerpunkt Frauen- und Geschlechterforschung am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Universität Frankfurt/M. Seit 1997 geschäftsführende Direktorin des Cornelia Goethe Centrum für Frauenstudien und die Erforschung der Geschlechterverhältnisse an der Universität Frankfurt. Mitbegründerin der Feministischen Studien und Mitherausgeberin von *L'Homme*, Zeitschrift für feministische Geschichtswissenschaft. Arbeitsschwerpunkte: Geschichte und Theorie des Feminismus, Sozialpolitik, Frauen und Recht.

Lerke Gravenhorst, geb. 1942, PhD (University of Minnesota, USA), Diplom-Soziologin, Privatdozentin an der Universität Bremen, bis Anfang 2001 während vieler Jahre Mitarbeiterin des Deutschen Jugendinstitutes in München, Gründungsmitglied und erste Sprecherin der Sektion Frauenforschung (in den Sozialwissenschaften) der DGS sowie Gründungsmitglied und Erste Vorsitzende der Frauenakademie München e.V.

Sedef Gümen, geb. 1954, Soziologin, B.A. und M.A. in New York City (1980), Promotion an der Freien Universität Berlin (1987), freie Wissenschaftlerin und Lehrbeauftragte, lebt zur Zeit in Osnabrück und New York, Forschungsschwerpunkte: Frauen-, Migrations- und Ungleichheitsforschung.

Encarnación Gutiérrez Rodríguez, geb. 1964: Wissenschaftliche Assistentin am Institut für Soziologie an der Universität von Hamburg. Kürzliche Veröffentlichungen „Queer Politics im Exil und der Migration“ (in: *Queering Demokratie*. Hrgs. v. Engel u.a. 2000) sowie 1999 „Intellektuelle Migrantinnen – Subjektivitäten im Zeitalter von Globalisierung“. Ihre Schwerpunkte sind Subjekttheorie, qualitative Sozialforschung, feministische, queer und postkoloniale Theorie.

Ulrike Hänsch, geb. 1962, Dipl.Sozialwissenschaftlerin, Mitgründerin und viele Jahre Mitarbeiterin bei Frauen lernen und forschen e.V. Wuppertal, z.Zt. Dissertation im Themenbereich Biographie-Sexualität-Geschlecht (Uni Dortmund), assoziierte Kollegiatin im Graduiertenkolleg Geschlechterverhältnis und sozialer Wandel, Veröffentlichungen zu Frauenbewegung und -projekten, zu Queer- und Lesbenforschung.

Carol Hagemann-White, Prof. Dr., geb. 15.08.1942, Studium der Geschichte, Philosophie, Soziologie (Harvard, F. U. Berlin), Lehre und Habilitation 1976 in Soziologie in Berlin, 1977-81 Begleitforschung zum Berliner Frauenhaus, 1983 Gründung Berliner Institut für Sozialforschung (BIS), 1985 Teilzeitprofessur in Politikwissenschaft, 1988 Lehrstuhl für Allgemeine Pädagogik/Frauenforschung Osnabrück, Leitung Institut Frau und Gesellschaft Hannover 1992-1997, Gast als Preisträgerin an der Uppsala Universität 1998-99.

Sabine Hark, Dr. phil., Diplomsoziologin; Studium der Soziologie, Politikwissenschaft, Pädagogik in Mainz und Frankfurt/Main; 1984-1988 Mitarbeit im feministischen Interdisziplinären Forschungsinstitut Frankfurt/Main; 1990-1995 Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Soziologie, Freie Universität Berlin, seitdem Lehrtätigkeiten an verschiedenen Universitäten, seit 1998 Habilitandin und wissenschaftliche Assistentin an der Universität Potsdam. Arbeitsschwerpunkte: Feministische Theoriebildung, Queer Theory, Wissenschaftsgeschichte und -forschung, Poststrukturalistische Subjekttheorien, Politische Soziologie und Theorie. Zahlreiche Veröffentlichungen.

Barbara Holland-Cunz, Prof. Dr. phil., Jahrgang 1957, Professorin für Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt Frauenforschung an der Justus-Liebig-Universität Gießen. 1988-1993 wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität Frankfurt/Main. 1993-1995 Hochschullehrerin an der Freien Universität Berlin. Forschungsschwerpunkte: Politische Theorie; Frauenbewegung, Gleichstellungspolitik; Wissenschaftstheorie, Naturphilosophie. Monographien: Utopien der Neuen Frauenbewegung (1988), Soziales Subjekt Natur (1994), Ecofeminismos (1996), Feministische Demokratietheorie (1998). Aktuelle Edition, zusammen mit Uta Ruppert: Frauenpolitische Chancen globaler Politik (2000).

Ursula Hornung, geb. 1958, studierte Soziologie, Politik und Philosophie an Universität Frankfurt. Sie arbeitete mehrere Jahre als Sozialwissenschaftlerin am Institut für Sozialforschung in Frankfurt am Main sowie der Universität Dortmund. Heute ist sie Dozentin für Ökonomie, Politik sowie Berufs- und Arbeits-

pädagogik bei der Handwerkskammer Rhein-Main, daneben Lehrbeauftragte an der Fachhochschule Fulda.

Edit Kirsch-Auwärter, Dr. phil., Diplom-Soziologin, verheiratet, ein Sohn; geb. 1946 in Buenos Aires, Argentinien; Studium der Soziologie, Psychologie und Linguistik in Buenos Aires und Frankfurt am Main; 10 Jahre Forschungstätigkeit am Max-Planck-Institut für Sozialwissenschaften, Starnberg und München; 10 Jahre Dozentin am Institut für Soziologie der Universität Tübingen, aktiv in der Frauenforschung und der institutionalisierten Frauenförderung; Sektionsrätin und zweite Sprecherin der Sektion Frauenforschung der Deutschen Gesellschaft für Soziologie; Sprecherin der Regionalgruppe Tübingen/Reutlingen des Verbandes Baden-Württembergischer Wissenschaftlerinnen (VBWW).

Gudrun-Axeli Knapp, Dr. phil., studierte nach mehrjähriger Tätigkeit als Journalistin Soziologie und Sozialpsychologie und ist seit 1990 Professorin am Psychologischen Institut der Universität Hannover; Arbeitsschwerpunkte: Sozialpsychologie der Geschlechterdifferenz und Soziologie des Geschlechterverhältnisses, Feministische Theorie und Methodologie;

Ilse Lenz, seit 1992 Professorin für Soziologie (Geschlechter- und Sozialstrukturforschung) an der Ruhr-Universität Bochum und kooptiert an der Fakultät für Ostasienwissenschaft der Ruhr-Universität Bochum. Sie koordiniert (zusammen mit Dr. Paula Villa) die Marie-Jahoda Gastprofessur für internationale Frauenforschung an der RUB/ im Netzwerk Frauenforschung NRW. Sie studierte u.a. Soziologie, Japanologie, Politische Wissenschaften in den USA, Japan, der Universität München und der Freien Universität Berlin. Sie habilitierte an der Universität Münster über Arbeitsmarkt, Computerisierung und Geschlecht in Japan. Forschungsschwerpunkte: Globalisierung und Geschlecht, Arbeitsmarkt und Geschlecht, Frauenbewegungen im internationalen Vergleich, Theorien zu Geschlecht und Ethnizität, politische Soziologie. Längere Forschungsaufenthalte in Ostasien, u.a. an der Ochanomizu Universität und der Tokyo Universität, Tokyo. Sprecherin der Sektion Frauenforschung in der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (1995-1999). Mitherausgeberin der Reihe „Geschlecht und Gesellschaft“ im Leske- und Budrich Verlag. Verheiratet, ein Kind.

Ilse Modelmog, Prof. Dr., ist Hochschullehrerin an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg (Soziologie). Forschungsschwerpunkte: Kulturen von Frauen; Frauen und Erkenntnis, feministische Theorien. Dazu liegen zahlreiche Veröffentlichungen vor.

Hildegard Maria Nickel, Soziologin, geb. 1948, Professorin an der Humboldt-Universität Berlin, Helge-Pross-Preisträgerin 1994, wiss. Leiterin des Zentrums für interdisziplinäre Frauenforschung an der Humboldt-Universität; Forschungsschwerpunkt: Soziologie der Arbeit und Geschlechterverhältnisse, seit 1999 Sprecherin der Sektion Frauenforschung in der DGS.

Elvira Niesner, geb. 1961, ist Diplomsoziologin und arbeitet seit Mitte der achtziger Jahre sozialwissenschaftlich und praxisorientiert zu „Frauenhandel“, „Heiratsmigration“ und zum „informellen Arbeitsmarkt“. Sie ist Mitbegründerin der agisra und war viele Jahre als Wissenschaftliche Mitarbeiterin und Projektleitung am Frankfurter Institut für Frauenforschung (fif) tätig. Ihr jüngstes Forschungsprojekt thematisiert den Menschenhandel, seine Strafverfolgung und den Opferschutz, im europäischen Vergleich. Seit 2001 bei der Ökumenischen Arbeitsgruppe FiM – Frauenrecht ist Menschenrecht – beschäftigt.

Cornelia Ott, Dr. phil., geb. 28.10.1953, zweiter Bildungsweg, ab 1984 Studium der Sozialwissenschaften an der Universität Hannover, Promotion 1997, Lehrtätigkeit an der Universität Hannover seit 1995, Mitarbeiterin im Frauenhaus Hannover, e.V., zur Zeit arbeitssuchend. Forschungsschwerpunkte: gesellschaftliche Organisation von Sexualität; theorievergleichende Arbeiten zu Macht, Herrschaft und Gewalt.

Sabine Weilandt, 1954, Soziologin/Ethnologin, M.A., Wissenschaftliche Mitarbeiterin in verschiedenen Forschungsinstituten, aktuell im Change Management in der Industrie in Süddeutschland und USA, Arbeitsschwerpunkte: Frauen, Arbeit, Bildung, Organisation, betriebliches Change Management.

Kritische Theorie und Kulturforschung

herausgegeben von Ursula Apitzsch, Alex Demirovic und Heinz Steinert

Band 5

Kerstin Rathgeb

Helden wider Willen

Frankfurter Swing-Jugend – Verfolgung und Idealisierung

2001 – 231 Seiten – DM 40,10 – ab 1.1.2002: EURO 20,50 – ISBN 3-89691-705-6

Band 4

Gottfried Oy

Die Gemeinschaft der Lüge

Medien- und Öffentlichkeitskritik sozialer Bewegungen in der Bundesrepublik

2001 – 296 Seiten – DM 48,50 – ab 1.1.2002: EURO 24,80 – ISBN 3-89691-704-8

Band 3

Christian Schneider/Cordelia Stillke/Bernd Leineweber

Trauma und Kritik

Zur Generationengeschichte der Kritischen Theorie

2000 – 227 Seiten – DM 48,50 – ab 1.1.2002: EURO 24,80 – ISBN 3-89691-703-X

Band 2

Tomke Böhnisch

Gattinnen – Die Frauen der Elite

1999 – 263 Seiten – DM 48,50 – ab 1.1.2002: EURO 24,80 – ISBN 3-89691-702-1

Band 1

Christine Resch

Die Schönen Guten Waren

Die Kunstwelt und ihre Selbstdarsteller

1999 – 346 Seiten – DM 48,50 – ab 1.1.2002: EURO 24,80 – ISBN 3-89691-701-3

WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT



Dorotheenstr. 26a · 48145 Münster · Tel. 0251/6086080 · Fax 0251/6086020
e-mail: info@dampfboot-verlag.de · <http://www.dampfboot-verlag.de>

Sünne Andresen

Der Preis der Anerkennung

Frauenforscherinnen im
Konkurrenzfeld Hochschule

2001 – 236 Seiten

DM 48,50 – ab 1.1.2002: EURO24,80

ISBN 3-89691-505-3

Der Rückgang von Solidarität und die Zunahme von Konkurrenz werden selbst innerhalb von Gruppen beklagt, die diese Kriterien als Charakteristika patriarchaler Herrschaft gebrandmarkt haben: Wie lassen sich der Rückgang von Solidarität und die Zunahme von Konkurrenz unter Frauenforscherinnen in der Hochschule erklären? Am Beispiel der Situation von Frauenforscherinnen, die in einem sozialwissenschaftlichen Fach die Habilitation anstreben, wird dieser Frage empirisch nachgegangen.

Elisabeth Timm

Ausgrenzung mit Stil

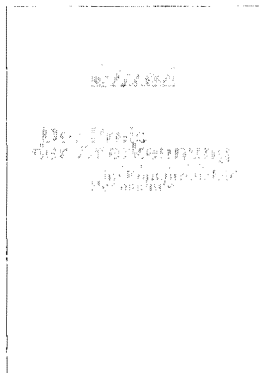
Über den heutigen Umgang mit
Benimmregeln

2001 – 309 Seiten

DM 48,50 – ab 1.1.2002: EURO24,80

ISBN 3-89691-500-2

„Richtiges Benehmen“ ist en vogue. Gelehrt, definiert und trainiert wird es in Seminaren auf dem Bildungsmarkt. Elisabeth Timm untersuchte solche Seminare und stellt in ihrem Buch fest: Nicht die Übernahme anderer Verhaltensstile sind das Ergebnis solcher Kurse, sondern die Einübung eines sozial-ästhetischen urteilenden Blicks. Die insbesondere in den Medien behauptete „Renaissance der guten Sitten“ erweist sich so als die alltagskulturelle, ästhetisierte Feinmechanik sozialer Schließungsprozesse.



Kerstin Rathgeb

Helden wider Willen

Frankfurter Swing-Jugend – Verfolgung
und Idealisierung

(Kritische Theorie und Kulturforschung
Band 5)

2001 – 231 Seiten

DM 40,10 – ab 1.1.2002: EURO20,50

ISBN 3-89691-705-6

Tomke Böhnisch

Gattinnen – Die Frauen der Elite

(Kritische Theorie und Kulturforschung
Band 2)

1999 – 263 Seiten

DM 48,50 – ab 1.1.2002: EURO24,80

ISBN 3-89691-702-1

WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT



Dorotheenstr. 26a · 48145 Münster · Tel. 0251/6086080 · Fax 0251/6086020
e-mail: info@dampfboot-verlag.de · <http://www.dampfboot-verlag.de>

Alex Demirovic (Hrsg.)

Komplexität und Emanzipation

Kritische Gesellschaftstheorie und die Herausforderung der Systemtheorie
Niklas Luhmanns

2001 – 349 Seiten

DM 48,50 – ab 1.1.2002: EURO 24,80

ISBN 3-89691-494-4

Durch eine enorme Steigerung des Komplexitätsniveaus und des Abstraktionsgrades seiner Theorie versucht Luhmann nicht zuletzt, kritische Gesellschaftstheorie als historisch obsolet erscheinen zu lassen. Die darin liegende Herausforderung wollen die Beiträge des vorliegenden Buches ernst nehmen. Es schreiben: Daniel Barben, Hans-Jürgen Bieling, Hannelore Bublitz, Christoph Görg, Michael Th. Greven, Kirsten Huckenbeck, Dirk Martin, Wolf-Dieter Narr, Gerhard Schwepenhäuser, Michael Weingarten.

Reinhard Kößler/Hanns Wienold

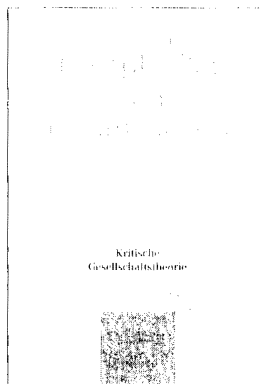
Gesellschaft bei Marx

2001 – 314 Seiten

DM 48,50 – ab 1.1.2002: EURO 24,80

ISBN 3-89691-510-X

Die Darstellung führt in Struktur und Methodik des Marxschen Werkes ein. Sein Gesellschaftskonzept wird aus den historischen Formen der „Vergesellschaftung durch Arbeit“ entfaltet, in deren Zentrum die Begriffe „Wert“ und „Kapital“ stehen. Die Marxsche Theorie der sozialen Evolution und der Geschichte und ihrer Akteure (Klassen und Staat) wird aus der Perspektive von „Modernisierung“ und „Globalisierung“ neu gelesen.



Michael Scharping (Hrsg.)

Wissenschaftsfeinde

„Science Wars“ und die Provokation der Wissenschaftsforschung

2001 – 186 Seiten

DM 40,10 – ab 1.1.2002: EURO 20,50

ISBN 3-89691-495-2

Sven Papcke

Gesellschaft der Eliten

Zur Reproduktion und Problematik sozialer Distanz

2001 – 409 Seiten

DM 68,45 – ab 1.1.2002: EURO 35,00

ISBN 3-89691-496-0

Ulrich Brand/Alex Demirovic/Christoph Görg/Joachim Hirsch (Hrsg.)

Nichtregierungsorganisationen in der Transformation des Staates

2001 – 182 Seiten

DM 29,90 – ab 1.1.2002: EURO 15,30

ISBN 3-89691-493-6

WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT



Dorotheenstr. 26a · 48145 Münster · Tel. 0251/6086080 · Fax 0251/6086020
e-mail: info@dampfboot-verlag.de · <http://www.dampfboot-verlag.de>